

Ökonomischer oder politischer Konjunkturzyklus?

Ökonomischer Zyklus, staatliche
Wirtschaftspolitik und Gewerk-
schaften in der Bundesrepublik

Inaugural—Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors
bei der
Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen
Fakultät an der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Jürgen Hoffmann
aus Jerxheim

1978

Ökonomischer oder politischer Konjunkturzyklus?

Ökonomischer Zyklus, staatliche
Wirtschaftspolitik und Gewerk-
schaften in der Bundesrepublik

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors

bei der

Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen
Fakultät an der Freien Universität Berlin



vorgelegt von

Jürgen Hoffmann

aus Jerxheim

1. Referent: Prof. Dr. Elmar Altvater

2. Referent: Prof. Dr. Bodo Zeuner



Tag der mündlichen Prüfung: 8. Juni 1978

Gliederung

Vorbemerkung	1
1. Kapitel: Einleitung	2
1. Teil: <u>Der ökonomische Zyklus in der Bundesrepublik</u>	15
2. Kapitel: Produktions- und Realisierungsbedingungen im kapitalistischen Krisenzyklus - Zur Diskussion um die Unterkonsumtions- und Überakkumulationstheorie als Ansatzpunkte einer Erklärung des Zyklus	22
2.1. Theorien des industriellen Zyklus	22
2.1.1. Eklektizistische und subjektivistische Theorien	22
2.1.2. Unterkonsumtions-/Überproduktionstheorien	29
2.1.3. Überakkumulation als Grund von Krisen	41
2.1.4. Exkurs: Produktions- und Nachfragebedingungen im Marxschen Reproduktionsschema	45
2.1.5. Analyse der zyklischen Krisenprozesse	61
2.1.6. Krise als notwendiges Durchgangsstadium der Kapitalakkumulation	68
2.2. Zur Periodizität und zur Länge des industriellen Zyklus	70
2.3. Zusammenfassung	84
3. Kapitel: Die zyklische Entwicklung der Akkumulation in der Bundesrepublik seit 1966/67	86
3.1. Krise 1966/67 und Aufschwung	87
3.2. Aufschwung und Boom 1969/70	92
3.3. Abschwung und schwache Krise 1970/71	98

3.4. Schwacher Aufschwung und Krise 1974/75	100
3.5. Zusammenfassung	106
4. Kapitel: Zyklische und strukturelle Arbeitslosigkeit	110
4.1. Zyklische Krise und sektorale Struktur der Arbeitslosigkeit	110
4.2. Struktur der Dauerarbeitslosigkeit	115
4.3. Akkumulation, Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot	127
4.4. Industrielle Reservearmee und ihre Auswirkungen	142
4.5. Zusammenfassung: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Perspektiven	144
2. Teil: <u>Der Zyklus wirtschaftspolitischer Interventionsformen in der Bundesrepublik 1967 - 1975</u>	148
5. Kapitel: Von der Politik der Kapitalbildung zur Politik des Krisenmanagements	153
5.1. Konjunkturpolitik in der Prosperität	153
5.2. Kapital"überfluß" als Problem der Wirtschaftspolitik	156
5.3. Keynesianismus in der Bundesrepublik: Das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 6.6.1967	166
5.4. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz I: Der Veränderung des politischen Systems in der Bundesrepublik	172
5.5. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz II: Kapitalreproduktion und die Grenzen keynesianischer Globalsteuerung	177
5.6. Globalsteuerung und Einkommenspolitik	185

5.7. Exkurs: Kapitalakkumulation, Formen der Einkommenspolitik und deren Anwendung in Westeuropa	192
5.8. Zusammenfassung	217
6. Kapitel: Vom Keynesianismus zum Monetarismus - Staatliche Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik nach dem Stabilitätsgesetz	220
6.1. Von der Großen zur Sozialliberalen Koalition: Keynesianische Globalsteuerung und Inflation	220
6.2. Der Umschwung: Monetarismus und Restriktionspolitik	222
6.2.1. Die Kritik in der ökonomischen Theorie	222
6.2.2. Restriktionspolitik gegen die Inflation	234
6.2.3. Von der antizyklischen Niveausteuerung zur mittelfristigen Finanzpolitik	241
6.3. Strukturpolitik als "Rettungsanker" der Globalsteuerung	248
6.4. Ökonomischer oder politischer Konjunkturzyklus?	260
6.5. Zusammenfassung	271
7. Kapitel: Macht und ökonomisches Gesetz - Zur Auseinandersetzung mit politisch-ökonomischen Machttheorien	276
7.1. Gesellschaftliche Machtverhältnisse und ökonomische Vermittlung	278
7.2. Klassenkampf und Krise: "Arbeiter produzieren die Krise"	284
7.2.1. Die "profits-squeeze-Theorie" bei Glyn/Sutcliffe	285
7.2.2. Die These vom "inflationären Verteilungskonflikt"	294

7.2.3. Planstaat versus Arbeiterautonomie	302
7.3. Kapitalakkumulation und Krise - Das Kapital als prozessierender Wider- spruch und die Macht gesellschaftlicher Gruppen und des Staates	307
7.4. Zusammenfassung	322
3. Teil: <u>Gewerkschaftliche Entwicklung im ökonomischen Zyklus und wirtschafts- politische Alternativen gegen die Krise</u>	324
8. Kapitel: Ökonomischer Zyklus und gewerk- schaftliche Entwicklung	326
8.1. Die Begründung des gesellschaftlichen Basiskonsenses in der Entwicklung der Bundesrepublik	327
8.1.1. Eine methodische Vorbemerkung	327
8.1.2. Zur historischen Begründung des Basis- konsenses in der Bundesrepublik	329
8.2. Vollbeschäftigung und Gewerkschaften	334
8.3. Von der Vollbeschäftigung zur Krise: Staatliche Wirtschaftspolitik, Gewerk- schaften und Arbeiterwiderstand im Zyklus 1966/67 bis 1974/75	341
8.4. Ökonomische Krise und gesellschaftlicher Konsens	354
8.4.1. Gewerkschaftspolitik in der Krise	356
8.4.2. Staatliche Arbeitsmarkt- und Sozial- politik als Bewältigung von Konflikt- potentialen	370
8.5. Austerity-Politik und repressiver gesell- schaftlicher Konsens	373
8.6. Zusammenfassung	376

9. Kapitel: Alternativen der Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik	382
9.1. Traditionelle Ansatzpunkte einer Anti-krisenpolitik in der gewerkschaftlichen Diskussion	384
9.2. Krisenüberwindung durch Kaufkraftausweitung?	388
9.3. Kaufkraftausweitung mit flankierenden Maßnahmen	391
9.3.1. Der "Umbau der Wirtschaft"	391
9.3.2. Monopolkontrolle: Oskar Lange (1941), Memorandum (1975)	394
9.4. Beschäftigungspolitische Alternativkonzeptionen	401
9.5. Gewerkschaftliche Lernprozesse in der Krise	411
Literaturverzeichnis	419



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vorbemerkung

Die folgende Arbeit ist nicht als einzelnes Disser-
tationsprojekt entstanden, sondern im Zusammenhang
mit einem größeren Forschungsprojekt zur Analyse der
ökonomischen und politischen Entwicklung in der Bun-
desrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.
Die Ergebnisse dieses Projekts werden Anfang 1979
als Buch erscheinen und der in den Arbeiten zu diesem
Buch entstandene Diskussionszusammenhang ist natür-
lich auch nicht ohne Einfluß auf die Abfassung der
vorliegenden Dissertation geblieben. Insofern sind
viele der in der folgenden Arbeit entwickelten Argu-
mentationen nicht nur ein Ergebnis individueller Ge-
dankenarbeit, sondern auch ein Produkt dieser kollek-
tiven Diskussionen.

Das zweite Kapitel basiert auf einem gemeinsam mit
Elmar Altvater und Willi Semmler verfaßten Aufsatz
für die WSI-Mitteilungen, der im Juli 1978 erscheinen
wird. Da der in diesem Kapitel behandelte Gegenstand,
die Analyse des ökonomischen Zyklus, von zentraler
Bedeutung für die daran anschließende Diskussion
der Theorie vom politischen Krisenzyklus ist, wurde
der Aufsatz vom Verfasser zu einem Kapitel im Rahmen
der Dissertation umgearbeitet.

1. Kapitel: Einleitung

Die in dem Titel der vorliegenden Arbeit anklingende Affinität zu einer seit einigen Jahren in der Politikwissenschaft geführten Kontroverse zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist beabsichtigt. Diese Kontroverse wurde Anfang der 70er Jahre von zwei Seiten her der Politikwissenschaft aufgedrängt: Zum einen stellten marxistische Ansätze, die sich im Zuge der Studentenbewegung in den 60er Jahren in der Bundesrepublik entwickeln konnten, das traditionelle Selbstverständnis der Politikwissenschaft infrage; während diese vornehmlich von der Trennung von Staat und Gesellschaft *ausging*, um dann an den "Nahtstellen" ihr eigentliches Forschungsobjekt zu finden (Verbände-, Parteienforschung, Politologie als "Integrationswissenschaft"), stellten die marxistischen Ansätze die unvermittelte Voraussetzung der Trennung von Politik und Ökonomie zur Diskussion, versuchten die *Genese dieser Trennung* in der bürgerlichen Gesellschaft nachzuvollziehen, um daraus Schlüsse für die Grenzen staatlichen Handelns gegenüber der Gesellschaft zu ziehen.

Die Kontroverse hat jedoch noch einen anderen Ursprung: Spätestens ab Mitte der 60er Jahre werden in der Bundesrepublik Planungsmodelle für die kapitalistische Entwicklung diskutiert und teilweise auch politisch umgesetzt. Die Wirtschaftspolitik tritt mit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes 1967 mit dem Anspruch auf, die Entwicklung der Ökonomie politisch regulieren zu können; mit der sozial-liberalen Koalition gewinnt dann allgemein eine regelrechte Planungseuphorie an Boden, dem ökonomischen Keynesianismus

der Globalsteuerung werden Modelle eines politischen Keynesianismus an die Seite gestellt, die von der gleichfalls in der Politikwissenschaft sich durchsetzenden Systemtheorie (1) beeinflusst sind. Auch diese Ansätze verstanden sich als eine Kritik des traditionellen politologischen Vorverständnisses vom Verhältnis von Staat und Gesellschaft: als "Steuerungswissenschaften" mußten sie die Aufgaben des politischen Systems nicht mehr nur "in der Integration und Repräsentation von Interessengegensätzen und deren Kompromißresultaten" sehen, sondern in der "Steuerung der Gesellschaft" (Blanke u.a. 1975, 284).

Die Planungsansätze im politischen System, insbesondere aber die wirtschaftspolitische Globalsteuerung werden auch in marxistischen und kritischen (von der Systemtheorie beeinflussten) theoretischen Ansätzen zum Anlaß genommen, der Rolle des Staates gegenüber der ökonomischen Entwicklung ein größeres Gewicht zu geben, als dies in orthodoxen marxistischen Ansätzen der Fall ist. Dies vorausgesetzt, ist dann die Frage nach den Inhalten staatlicher Politik eine Frage nach dem Einfluß und der Macht bestimmter Gruppen und Klassen auf den Staat. So wird in den verschiedenen Varianten der "Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" aus dem Zusammengehen einer neuen Qualität des Monopols mit einer neuen Qualität staatlicher Regulierungstätigkeit eine Dominanz von *Staat* und *Monopolen* gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung

(1) Diese Übernahme der Systemtheorie aus der amerikanischen Politikwissenschaft wird in den Beiträgen von Kastendiek und Blanke in dem Reader "Kritik der politischen Wissenschaft" (Blanke u.a. 1975) genauer dargestellt.

behauptet. Radikale, an den Erfahrungen der Klassenkämpfe in Italien orientierte Ansätze sehen demgegenüber in einer neuen Qualität der *Klassenkämpfe* und den Tendenzen zum "Planstaat" das eigentlich Neue: Der kapitalistische Staat steht gegen die "autonome" Arbeiterklasse. Kritisch systemtheoretische Ansätze gehen ihrerseits von einer neuen Qualität des Spätkapitalismus aus, der aufgrund der Organisierung des Marktes durch Monopole, der Institutionalisierung des technischen Fortschritts und der staatlichen Regulierung des kapitalistischen Gesamtsystems einen guten Teil seiner Anarchie und damit seiner Krisenhaftigkeit eingebüßt habe - allerdings mit der Folge, daß sich die Krisen bzw. krisenhaften Prozesse aus Konflikten zwischen öffentlichem und privatem Sektor bzw. aus Verarbeitungs- und Legitimationsproblemen des *politischen Systems* selbst ergeben. Hier zeigt sich bei dieser Theorie eine Verschiebung innerhalb der Analyse des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft im "Spätkapitalismus": Die genuinen ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche werden als prinzipiell regulierbar betrachtet mit dem Resultat, daß wesentlich das politische System selbst gesellschaftliche Konflikte erzeugt bzw. durch die Verarbeitung von gesellschaftlichen Konflikten "Legitimationsprobleme" produziert.

Es geht uns nun nicht um eine ins Einzelne gehende Kritik dieser Ansätze, die hier nur skizzenhaft vergrößert vorgestellt wurden. Die spezifische ökonomische Reproduktion in der bürgerlichen Gesellschaft wird in diesen Ansätzen von der politischen Sphäre getrennt und als regulierbar durch den Staat betrachtet. Es bleibt dann nur noch die unmittelbare Entge-

gensetzung der Machtfaktoren (Staat, Monopole, autonome Klasse). Während so auf der einen Seite diese Machtfaktoren autonom gesetzt werden, müssen ihnen aber auf der anderen Seite klassenspezifische Interessen unterstellt werden: Die Politik des kapitalistischen Staates entspricht "den" Interessen des Kapitals; eine These, die auch gern in die Engelssche Kurzformel vom Staat als "ideellem Gesamtkapitalisten" gekleidet wird. Gegen ein solch simples Identitätsverhältnis bei den Marxisten wehren sich begreiflicherweise die kritischen Systemtheoretiker als Kritiker dieses (im schlechten Sinne) orthodoxen Marxismus und betonen demgegenüber die (relative) Autonomie des politischen Systems, dessen Klassencharakter sich erst in vom gesellschaftlichen System erzwungenen Selektivitäten erweise.

Die Kritik an beiden Positionen ist auf einer allgemeinen theoretischen Ebene bereits weitgehend von der neueren marxistischen Staatsdiskussion geleistet worden (und wenn die vielfach als "unfruchtbar" verschriebene Ableitungsdiskussion wichtige Ergebnisse geliefert hat, dann mit dieser Kritik). So wurde z.B. in den Arbeiten von Blanke/Jürgens/Kastendiek (1974 und 1975) die Genesis der Trennung von Politik und Ökonomie und damit ihr innerer Zusammenhang in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt und damit wurden Theorieansätze kritisiert, die beide Sphären unmittelbar in ein äußerliches Verhältnis zueinander setzen. Zugleich war es damit möglich, die Grenzen staatlichen Handelns gegenüber der "autonomen Bewegung der Ökonomie" festzuhalten: Denn durch die Trennung von Politik und Ökonomie "kann sich der Staat nur über die äußeren Formen auf den Reproduktionsprozeß beziehen, seine Aktionen

sind also schon formell beschränkt,

a) indem er bei Regulierungsversuchen des Reproduktionsprozesses sich verselbständigter Formen bedienen muß (die Geld- und die Rechtsform) und an deren autonome Bewegung gebunden ist;

b) indem die Reichweite solcher Regulierungsversuche durch die allgemeinen Formen und die historische Konkrektion der Warenzirkulation, der Kapitalreproduktion und des Klassenverhältnisses beschränkt ist ('System- und Tätigkeitsgrenze')." (Blanke 1977, 143)

Der Staat kann sich also nur äußerlich auf die *Formen* des kapitalistischen Reproduktionsprozesses beziehen (da das Privateigentum prinzipiell die "autonome Bewegung der Ökonomie" garantiert), und die *Inhalte* staatlichen Handelns sind an die Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses gebunden. Mit der Trennung von Politik und Ökonomie und dem staatlichen Handeln ist daher nicht die spezifische Vergesellschaftungsform im Kapitalismus aufgehoben, die aus einer privat organisierten, arbeitsteilig erfolgende, aber an sich "gesellschaftlichen" Produktion resultiert und die sich im Wirken des *Wertgesetzes* darstellt.

Die Grenzen staatlicher Regulierung der ökonomischen Entwicklung wurden in der Bundesrepublik auch sehr bald schmerzhaft von der mit dem "modernsten wirtschaftspolitischen Instrumentarium der Welt" angetretenen sozialliberalen Regierung verspürt, als weder Inflation noch Stagnation verhindert werden konnten. Auch die "Planungseuphorie" mußte in den 70er Jahren bald einer nüchterneren Betrachtungsweise weichen, als sich herausstellte, daß die mit den inneren Reformen verbundene Ausweitung des Staatsanteils nicht ohne Folgen für das Preisniveau und die private Akkumula-

tion blieb. Teilweise wurde diese Erfahrung von den kritischen Ansätzen auch auf die spezifische Organisation und die Perzeptions(un)fähigkeit des Staatsapparats in der bürgerlichen Gesellschaft zurückgeführt (so z.B. in der Restriktionsanalyse, vgl. Ronge/Schmieg 1973). Während solche Ansätze also das Scheitern der Planungsansätze zum Anlaß nahmen, die Widersprüche im Staatsapparat herauszuarbeiten, führen ~~die~~ Marxisten, die von der Regulierbarkeit der ökonomischen Entwicklung durch den Staat ausgehen, die Abkehr von den mit der Planung verbundenen "inneren Reformen" und der Globalsteuerung auf eine *politische Entscheidung* zugunsten des Kapitals und zuungunsten der Arbeiterklasse zurück. Diese Position sieht (zu Recht) in den Planungsansätzen und insbesondere in der mit der Globalsteuerung verbundenen Vollbeschäftigungspolitik eine Stärkung der Positionen von Arbeitern und Gewerkschaften innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufgrund der dadurch eröffneten Möglichkeiten einer Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der verbesserten Reproduktion der Arbeitskraft bei Vollbeschäftigung. Der Umschwung 1973, die Abkehr von den "inneren Reformen" und von der Vollbeschäftigungspolitik, wird in diesem Ansatz nicht auf die ökonomischen Grenzen staatlicher Planung und Regulierung zurückgeführt, sondern auf eine Verschiebung der Macht- und Einflußstruktur zugunsten des Kapitals bzw. der Kapitalinteressen. Diese Verschiebung wird auch begründet: Auf die Lohnerhöhungen und die Ausweitung des Staatsanteils habe das Kapital mit Preiserhöhungen reagiert; mit der dadurch erzwungenen und von der Bundesbank durchgesetzten Anti-Inflationspolitik sei es dem Kapital gelungen, in der staatlichen Wirtschaftspolitik die Restriktionspolitik an die Stelle der Vollbeschäftigungspolitik zu setzen, um über Krise

und Arbeitslosigkeit die Arbeiter und Gewerkschaften zu disziplinieren. Wir werden unten in Kapitel 6 und 7 die verschiedenen theoretischen Positionen, die hier unter der "Theorie vom politischen Krisenzyklus" zusammengefaßt werden (1) und die in der einen oder anderen Weise dieser Argumentation anhängen, noch genauer darstellen und kritisieren. Eine Kritik dieser Position erscheint uns aber nicht nur deshalb wichtig, weil sie auf einer problematischen Betrachtungsweise des Krisenzyklus gründet, sondern auch deshalb, weil sie eine Interpretation von Konjunktur und Krise ist, die im wesentlichen von den Gewerkschaften und der (wenn auch kleinen) kritischen Öffentlichkeit vertreten wird bzw. wurde, und die auch als Ausgangspunkt von Forderungen nach einer alternativen Wirtschaftspolitik dient.

In diesem Zusammenhang könnte sich eine Konkretisierung der Ergebnisse der "neueren marxistischen Staatsdiskussion" auch politisch als fruchtbar erweisen. Denn wenn es gelingt, nicht nur die strukturellen Grenzen der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten in die autonome Bewegung der Ökonomie, sondern auch die Veränderungen im Inhalt der Staatstätigkeit (hier: der staatlichen Wirtschaftspolitik) als "Anpassungsbewegung" der Politik an die Ökonomie aufzuzeigen, kann der Begriff der "Tätigkeitsgrenze" des Staates historisch konkret

(1) Darunter fassen wir sowohl die Beiträge von Bergmann u.a. (1975), Body/Crotty (1974), Glyn/Sutcliffe (1972) als auch die Analysen von Hufschmid/Schui (1976). Der theoretische Hintergrund dieser Positionen ist durchaus unterschiedlich: Während die erste Gruppe von der Profits-squeeze-Theorie her den politischen Krisenzyklus begründet, gehen die Analysen in dem Buch von Hufschmid/Schui von einer differenzierten Monopol- und Überproduktionstheorie aus, die im zweiten Kapitel noch dargestellt werden wird. Vgl. zu einer kritischen Übersicht auch Schlüter 1978.

entfaltet und damit können dann auch die vorgebrachten Alternativen der Wirtschaftspolitik kritisiert werden. In unserer Darstellung sollen die Determinanten dieser Anpassungsbewegung aus der Analyse des kapitalistischen Krisenzyklus heraus entwickelt und damit zugleich die Kritik an den Theorien geführt werden, die von einem politischen Krisenzyklus ausgehen. Mit dieser Kritik soll die "Ebene der Interessenartikulation", die diese Theorien zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtung des Zyklus machen, keineswegs infrage gestellt werden; es wird aber von uns die These aufgestellt und im folgenden begründet, daß dieser Ausgangspunkt nicht ausreicht, da in ihm nicht jene materiellen Zwänge hinter den Machtverschiebungen auf der Einflüssebene analysiert werden können, die aus der widersprüchlichen Bewegung der Ökonomie resultieren. Auf dem Hintergrund dieser Darstellung kann dann sowohl die "Autonomie-" als auch (umgekehrt) die "Entsprechungsthese" in der Staatstheorie einer Kritik unterzogen werden.

Ausgehend von diesen Fragestellungen haben wir die Arbeit in *drei Teile* gegliedert: Im ersten Teil werden wir den ökonomischen Zyklus und die ökonomischen Ursachen der Arbeitslosigkeit untersuchen, im zweiten Teil der Formwandel der Wirtschaftspolitik im ökonomischen Zyklus und im dritten Teil werden wir am Beispiel der gewerkschaftlichen Entwicklung im Zyklus die ökonomischen Vermittlungen gesellschaftlicher Macht analysieren. Bevor im einzelnen die Gliederung dargestellt wird, muß noch auf ein prinzipielles Problem hingewiesen werden. Durch die vorgenommene Einteilung wird nämlich eine einseitige Bestimmtheit der Politik durch die Ökonomie suggeriert: erst "Ökonomie", dann - davon abhängig - "Politik". Ökonomie wird von uns aber nicht

als nationalökonomische Kategorie betrachtet, sondern als ein in sachlichen Beziehungen sich darstellendes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Produzenten, deren Zusammenhang untereinander über den Austausch vermittelt ist. Gerade auf diesem Zusammenhang gründet auch unsere grundsätzliche Kritik an den politischen (oder "Macht-") Theorien, die nicht die ökonomische Vermittlung gesellschaftlicher Herrschaft im Kapitalismus zum Ausgangspunkt nehmen, sondern die unmittelbar sichtbare Macht besonderer Gruppen (z.B. Gewerkschaften, Monopole). Darauf werden wir zum Abschluß des zweiten Teils im Kapitel 7 noch einmal gesondert eingehen. Darüber hinaus könnte die von uns vorgenommene Trennung von ökonomischer Analyse und Darstellung der politischen Entwicklung deshalb kritisiert werden, weil die ökonomische Entwicklung selbst nicht getrennt vom politischen Handeln im Staat verläuft. In den in unserer empirischen Analyse des Zyklus in der Bundesrepublik (Kapitel 2) benutzten Kennziffern ist selbstverständlich das staatliche Handeln schon mit enthalten; die benutzten Daten sind synthetische Kennziffern, die auch die Effekte der staatlichen Steuer- und Nachfragepolitik quantitativ widerspiegeln, ohne daß allerdings eine genaue Unterscheidung zwischen staatlichen und privaten Einflüssen auf diese Daten möglich wäre.

Wir setzen uns im *ersten Teil* unserer Arbeit zunächst mit Zyklustheorien auseinander, die teils nur exogene Faktoren als Ursachen des Zyklus bestimmen, teils aus dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital im Zyklus eine Unterkonsumtions- oder eine Überproduktionstheorie des Zyklus entwickeln, die einseitig die effektive Nachfrage als Ursache der zyklischen Schwankungen behaupten (Kapitel 2). Gegenüber diesen Theorien (die zugleich auch die Ansatzpunkte der verschiedenen Theorien

zum politischen Krisenzyklus bilden) werden wir versuchen, einen eigenen Interpretationsansatz von Zyklus und Krise zu entwickeln, der von der Überakkumulation des Kapitals in seinen drei Existenzformen ausgeht und den Zusammenhang von Produktion und Realisierung thematisiert. Damit soll zugleich die Basis unserer Kritik an einer einseitigen Analyse der zyklischen Bewegung von der Produktions- oder von der Realisierungsseite her erarbeitet werden. Denn die Theorien zum politischen Krisenzyklus müssen grundsätzlich die Möglichkeit für die staatliche Wirtschaftspolitik unterstellen, über eine niveaurorientierte *Nachfragepolitik* die Krise verhindern bzw. überwinden zu können. Ihr Pendant finden diese Theorien dann in rechtskeynesianischen oder auch in neo-klassischen Interpretationen des Zyklus, die von der *Produktion* her argumentieren und die Erhöhung der Profitraten durch den Druck auf die Löhne (sei es durch die staatliche Einkommenspolitik oder durch eine "natürliche Rate der Arbeitslosigkeit") als Weg aus der Krise anempfehlen. Im dritten Kapitel werden wir dann einen Abriß der empirischen Verlaufsförm des Zyklus seit 1966/67 in der Bundesrepublik geben, mit dem zugleich unser Überakkumulationsansatz illustriert werden soll. Ziel dieses Kapitels ist es, die "autonome Bewegung der Ökonomie" nachzuzeichnen und die Funktion der Krise als notwendiges Durchgangsstadium des Zyklus herauszuarbeiten, auf das sich auch die staatliche Wirtschaftspolitik beziehen muß. Vor diesem Hintergrund sollen im vierten Kapitel als Abschluß des ersten Teils dann die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik analysiert werden; wir werden dabei ausführlicher auf die Struktur der Arbeitslosigkeit und die unterschiedliche Betroffenheit der Beschäftigten durch die Arbeitslosigkeit eingehen, da dies später im dritten Teil für die Untersuchung der Ge-

werkschaftsentwicklung und der gesellschaftlichen Konfliktverarbeitung in der Krise von Bedeutung sein wird.

Im fünften Kapitel werden wir zu Beginn des *zweiten Teils* die historische Entwicklung des Keynesianismus als Instrument der Wirtschaftspolitik darstellen und zugleich in einer systematischen Analyse die Eingriffsformen und die Grenzen der keynesianischen Nachfragepolitik aufzeigen. Diese Grenzen sollen innerhalb der Globalsteuerung einseitig mit Hilfe der Einkommenspolitik von der Lohnseite her ausgeweitet werden. Der Einkommenspolitik kommt somit im Rahmen dieser Politik eine große Bedeutung zu und wir werden daher in einem längeren Exkurs ihre Formen und ihre historische Entwicklung am Beispiel ihrer Anwendung in Westeuropa genauer darstellen. Allerdings bereinigt die Einkommenspolitik die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zu Beginn des zyklischen Abschwungs nur von der *Lohnseite* her, und selbst wenn der Widerstand der Arbeiter gegen die Einkommenspolitik ausbleibt (was nicht sicher ist), kann die staatliche Wirtschaftspolitik notwendige Entwertungsprozesse des *Kapitals* (wie sie von uns in der theoretischen Analyse des Zyklus herausgearbeitet wurden) nur zeitlich verschieben, und dabei muß sie u.U. steigende Inflationsraten in Kauf nehmen, über die sich von einem gewissen Zeitpunkt an auch Entwertungsprozesse durchsetzen. An diesem Dilemma der staatlichen Globalsteuerung im Zyklus setzt die Kritik der Gegenposition zum Keynesianismus an, wie sie neuerdings vom "Monetarismus" entwickelt wird und der auch mit der Entwicklung von Inflation und Stagnation in dieser Phase des Zyklus die Wirtschaftspolitik zuneigt. Wir werden diesen *Formwandel* der Wirtschaftspolitik, der von der Theorie vom politischen Krisenzyklus als Ursache der nachfolgenden Krise benannt wird, im sechsten Kapitel genauer untersuchen und dabei auch die

Politikkonzeption berücksichtigen, die über eine "aktive Strukturpolitik" die Substanz der keynesianischen Globalsteuerung angesichts krisenhafter Prozesse und Massenarbeitslosigkeit retten will. Die Kritik des "politischen Krisenzyklus" soll dann zum siebten Kapitel überleiten, in dem zum Abschluß des zweiten Teils verschiedene Versionen von Machttheorien kritisiert werden, die das Verhältnis von "Macht und ökonomischem Gesetz" in der ökonomischen Entwicklung im "Spätkapitalismus" zugunsten der Macht als dominierendem Faktor auflösen. In diesem Kapitel wird daher die Frage "ökonomischer oder politischer Krisenzyklus?" allgemeiner beantwortet und die abstrakte Entgegensetzung von Macht versus ökonomischer Gesetze als Scheinalternative dargestellt, in der kein Begriff mehr von der Form kapitalistischer Vergesellschaftung und ökonomisch vermittelter Herrschaft entwickelt werden kann.

Die Veränderungen der Macht von Organisationen, die konkrete Darstellung der ökonomischen Vermittlung von Herrschaft und die Krise als Form der "Bereinigung" von gesellschaftlichen Widersprüchen im Sinne der Disziplinierung der Arbeiterschaft, diese bisher offen gebliebenen Formen der Vermittlung von Ökonomie und Politik sollen im *dritten Teil* analysiert werden. Am Beispiel der Entwicklung der Gewerkschaftspolitik wird im achten Kapitel die Machtverschiebung zugunsten der Gewerkschaften in der Phase der Vollbeschäftigung und die Erosion gewerkschaftlicher Macht mit Abschwung und Krise analysiert werden. Dabei werden wir auch allgemeiner die Frage nach der Begründung des gesellschaftlichen Konsenses und nach seiner Veränderung unter den Bedingungen der Krise stellen. Die Darstellung der Konfliktverarbeitung des gesellschaftlichen Systems, die wir auf der Ebene des Betriebs, der Branche und der Gesellschaft, untersuchen, und die daran anknüpfenden Formen der staatlichen

Krisen(bewältigungs)politik steht dabei in einem engen Zusammenhang mit den kritisierten Machttheorien, in denen diese ökonomischen Vermittlungen von Macht bzw. Ohnmacht weitgehend eliminiert sind. In diesem Kapitel wird gezeigt, daß die Gewerkschaften in der Krise ihre Macht gegenüber dem Kapital nur dann behaupten können, wenn sie mit ihrer Politik der Abwehr von Krisenfolgen zugleich wirtschaftspolitische Alternativen durchsetzen, die die Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie entscheidend einschränken. Erst im Rahmen einer solchen Veränderung in der Struktur der Produktionsweise könnten Erfolge in der Krisenpolitik der Gewerkschaften bewahrt werden, weil damit der Krisenzyklus als notwendige Bewegungsform der kapitalistischen Ökonomie in seinem naturwüchsigen Wirken eingeschränkt werden könnte und auf dieser Basis in der Tat die unmittelbaren Produzenten die ökonomischen Bedingungen ihrer Reproduktion beherrschen könnten. In dem abschließenden neunten Kapitel soll allerdings kein Modell einer solchen alternativen Vergesellschaftungsform entwickelt, sondern die Frage beantwortet werden, inwieweit in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung Vorstellungen einer Krisenpolitik entwickelt wurde, die Ansätze zu solchen strukturellen Veränderungen beinhalteten, und inwieweit diese Vorstellungen wieder verstärkt heute in den Diskussionen im Umkreis der Gewerkschaften aufgenommen werden. Dabei wird sich zeigen, daß die vorhandenen Ansätze wiederum nur einseitig an bestimmten ökonomischen Funktionen der Krise anknüpfen.

1. Teil: Der ökonomische Zyklus in der Bundesrepublik

Die folgende kritische Darstellung von Konjunktur- und Krisentheorien ist im Zusammenhang mit der wiederaufgelebten Diskussion um die Erklärung des Krisenzyklus zu sehen. Diese Diskussion spiegelt sich insbesondere in den von kritischen Wissenschaftlern und von gewerkschaftlicher Seite vorgelegten Programmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wider. In der Begründung dieser Programme wurde auf Krisentheorien zurückgegriffen, die in der Arbeiterbewegung stets eine besondere Rolle gespielt haben und sich mit dem Begriff der *Unterkonsumtions-* bzw. *Überproduktionstheorien* umreißen lassen.

Neben einer Kritik eklettizistischer und subjektivistischer Theorien zum Krisenzyklus (wie sie mit der Renaissance der Neo-Klassik im modernen Gewand des Monetarismus wieder in der Öffentlichkeit an Gewicht gewonnen haben) steht daher im Zentrum unserer Analyse die kritische Darstellung der Unterkonsumtionstheorien; dabei wird sich zeigen, daß diese Theorien zwar wichtige Argumente zur Erklärung des Krisenzyklus (von der Nachfrageseite her) benennen, aber den Zyklus insgesamt nur ungenügend theoretisch erfassen können. Daher werden wir in einem weiteren Schritt versuchen, Ansätze einer akkumulationstheoretischen Krisenerklärung zu erarbeiten, die nicht nur die *Realisierungsseite* (Nachfragebedingungen), sondern auch die *Produktionsseite* berücksichtigt.

In dieser Darstellung können allerdings langfristige strukturelle Veränderungen in den Bedingungen von Produktion und Realisierung nur am Rande berücksichtigt werden. Dies hier zu betonen ist deshalb wichtig, weil die folgende Darstellung im Zusammenhang einer umfassenderen Untersuchung zur Entwicklung der Gesamtwirt-

schaft in der Bundesrepublik Deutschland geschrieben wurde und weil es u.E. ein Wechselverhältnis zwischen langfristigen Entwicklungstendenzen und der zyklischen Bewegung gibt. (Vgl. Altvater u.a., 1979)

Konkret auf unseren Erklärungsansatz bezogen heißt das: Einerseits wird der Charakter der industriellen Zyklen vom Niveau der Profitrate und der Akkumulation des Kapitals geprägt. Die Tiefe und Dauer der Krise, die Dynamik und Länge des Booms hängen von den strukturellen und nicht nur den konjunkturellen Grundlagen der Kapitalentwicklung ab. Umgekehrt läßt sich zeigen, daß in den zyklischen Krisen gerade die Umbrüche in den langfristigen Entwicklungstendenzen stattfinden. Offensichtlich waren es die Jahre eines konjunkturellen Abschwungs oder der Krise (1958/60, 1967/68 und 1974/75), die größere Umbrüche in den strukturellen Voraussetzungen der Kapitalverwertung und Akkumulation darstellen. Auch bei Betrachtung der Entwicklung der Weltprosperität nach dem Zweiten Weltkrieg wird deutlich, daß langfristige Entwicklungstendenzen, die eine ganze Epoche kapitalistischer Entwicklung kennzeichnen, und konjunkturelle Zyklen miteinander vermittelt sind. In diesem Zusammenhang erscheint die *Krise als ein "Knotenpunkt"* (Oelßner 1971) der Entwicklung und daher bei Betrachtung des industriellen Zyklus als die entscheidende Phase, in der die Weichen nicht nur für den konjunkturellen Aufschwung, sondern auch für die strukturellen Voraussetzungen der Akkumulation und daher für die längerfristigen Entwicklungstendenzen gestellt werden. Neue Technologien, Umwälzungen der Branchenstruktur, Konzentrationstendenzen, neue wirtschaftliche Steuerungsinstrumente des Staates usw., die sich beschleunigt und massiert vor allem in den Krisen durchsetzen, bestimmen tatsächlich für zum Teil lange Zeiträume die Entwicklung. Daher ist es nicht richtig, die industriellen Zyklen lediglich als ein Auf und Ab von Krise, Aufschwung, Boom und einem erneut

Tabelle 1

Zyklische Entwicklung der Nachfrageverhältnisse in der Bundesrepublik / Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v.H. (real)

Jahr	Bruttoanlage- investitionen	Staatsverbrauch	Privater Verbrauch	Export*	Sozialprodukt
1950					
51	+ 5,3	+ 9,7	+ 7,9	+ 74,3	+ 10,4
52	+ 8,7	+ 9,7	+ 9,2	+ 16,0	+ 8,9
53	+ 17,0	+ 0,3	+ 11,0	+ 9,6	+ 8,2
54	+ 12,6	+ 2,6	+ 6,1	+ 18,9	+ 7,4
1955	+ 20,8	+ 4,6	+ 10,4	+ 16,7	+ 12,0
56	+ 8,6	+ 0,6	+ 8,8	+ 20,0	+ 7,3
57	- 0,1	+ 4,8	+ 6,2	+ 16,5	+ 5,7
58	+ 4,2	+ 8,3	+ 5,1	+ 2,9	+ 3,7
59	+ 11,8	+ 9,0	+ 5,7	+ 11,3	+ 7,3
1960	+ 10,2	+ 6,0	+ 8,0	+ 16,4	+ 9,0
61	+ 4,7	+ 6,5	+ 6,0	+ 6,3	+ 4,9
62	+ 2,8	+ 10,4	+ 5,4	+ 3,9	+ 4,4
63	- 1,2	+ 6,7	+ 2,9	+ 10,1	+ 3,0
64	+ 14,2	+ 1,1	+ 5,0	+ 11,3	+ 6,6
1965	+ 7,5	+ 5,1	+ 6,9	+ 10,4	+ 5,5
66	- 2,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 12,5	+ 2,5
67	- 10,7	+ 3,6	+ 1,0	+ 8,0	- 0,1
68	+ 13,8	+ 0,1	+ 4,5	+ 14,4	+ 6,5
69	+ 12,8	+ 5,1	+ 7,9	+ 14,1	+ 7,9
1970	+ 9,3	+ 4,6	+ 7,3	+ 10,3	+ 5,9
71	- 0,2	+ 6,3	+ 5,2	+ 8,6	+ 3,3
72	+ 2,6	+ 4,6	+ 4,0	+ 9,6	+ 3,6
73	+ 2,1	+ 5,5	+ 2,5	+ 19,7	+ 4,9
74	- 10,5	+ 4,3	+ 0,3	+ 29,3	+ 0,4
1975	- 4,2	+ 4,5	+ 2,5	- 3,9	- 2,5
76	+ 5,0	+ 2,4	+ 3,6	+ 15,8	+ 5,7
77	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,9	+ 6,6	+ 2,4

Quelle: Sachverständigenrat JG 1977; Stat. Beihfte der Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, eigene Berechnungen | * bis 1959 ohne Saarland

zur Krise führenden Abschwung zu betrachten. "Die Wiederholung der Zyklen bedeutet ... nicht die Aneinanderreihung von qualitativ gleichartigen Vorgängen. Der neue Zyklus ist nicht eine bloße Wiederholung der vorhergehendes: Jeder Zyklus ist zugleich eine Stufe in der Geschichte des Kapitalismus ..." (Varga 1969, 208). Die jeweiligen Krisen der Kapitalakkumulation sind demzufolge nicht bloße Wiederholungen der vorangegangenen Krisen, sie verändern die gesellschaftlichen, d.h. die ökonomischen, politischen selbst die kulturellen Strukturen. In diesem Zusammenhang ist die Krise nicht nur als eine ökonomische Krise zu begreifen, sondern als ein je nach Stärke der Krise umfassender Einbruch einer bislang gegebenen *gesellschaftlichen Entwicklungsphase*. Dies zeigt sich auch bei einer Betrachtung der industriellen Zyklen in der BRD. An dieser Stelle wollen wir nicht im einzelnen den Verlauf der Zyklen beschreiben, sondern zunächst nur einige hervorstechende Phänomene zusammenfassen, die uns zur Entwicklung von Fragestellungen für die nachfolgende theoretische und empirische Untersuchung des Zyklusverlaufs insbesondere seit 1966/67 dienen sollen (vgl. Tabelle 1/Schaubild 1).

1. Die langfristige Veränderung in den Bedingungen der Kapitalakkumulation ist offensichtlich *zyklisch* vermittelt. Einmal sind die von Altvater u.a. (1974a) beschriebenen Umbruchpunkte in den langfristigen Tendenzen (1958 und 1966/67) jeweils Endpunkte eines Zyklus. Zum anderen ist die Schärfe der Krise von der Akkumulationsphase im langfristigen Verlauf anhängig. Während noch 1958 die westdeutsche Rezession, die auf dem Hintergrund einer weltweiten konjunkturellen Krise zu sehen ist, als "Wachstumskrise" in Erscheinung trat, bildet die Krise 1966/67 bereits einen tiefgreifenden Einbruch sowohl bei Kapazitätsauslastung, Produktion und Beschäftigung

und drückt sich erstmals in der Nachkriegszeit in negativen Wachstumsraten des Sozialprodukts aus. Daher ist zu fragen, inwieweit die langfristigen strukturellen Veränderungen in den Bedingungen der Verwertung zyklisch vermittelt sind, welche konkreten Wechselverhältnisse zwischen langfristigen Entwicklungstendenzen und zyklischer Bewegung bestehen.

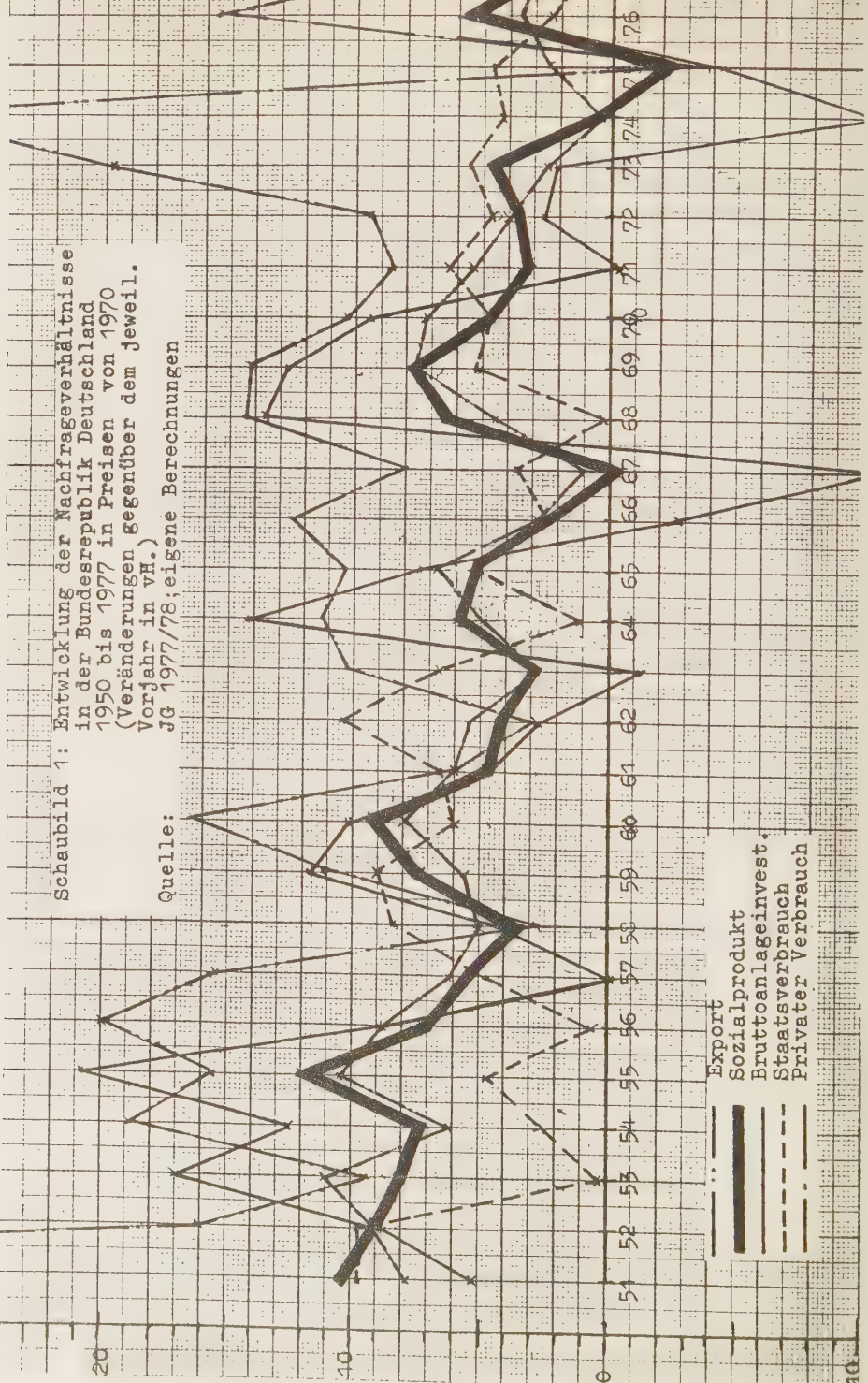
2. Im nachfolgenden Schaubild 1 wird deutlich, daß die Entwicklung der *Investitionen* weitaus ausgeprägter zyklisch verläuft als die anderen Nachfragekomponenten und das Sozialprodukt insgesamt. Dabei ist die Entwicklung der Nettoinvestitionen in den einzelnen Zyklen der Entwicklung des Sozialprodukts meistens vorgelagert. Dies gilt insbesondere für die Jahre 1957/58 und 1974/75. Zu fragen ist daher, inwieweit sich darin eine Dominanz der Nettoinvestitionen für die zyklische Entwicklung ausdrückt und von welchen Faktoren die ausgeprägt starken zyklischen Ausschläge der Nettoinvestitionen abhängen.

3. Dagegen entspricht der Verlauf der Zuwachsraten des privaten *Konsums* in etwa denen des Sozialprodukts. Teilweise liegen sie sogar noch niedriger und ist ihr Verlauf insgesamt abgeflachter. Der Effekt auf den Verlauf des Sozialprodukts dürfte, verglichen mit den Zuwachsraten der Investitionen, geringer einzuschätzen sein. Daher stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang von Investitionen und Konsumtion, d.h. inwieweit die Investitionen eine Funktion des Konsums sind (wie dies mit dem "Akzelerator" ausgedrückt werden könnte) oder ob und wie weit die Investitionen von anderen Größen, insbesondere von den Profiterwartungen, abhängig sind.

4. Der zyklische Verlauf weist eine Eigentümlichkeit auf: Einem starken Aufschwung folgt jeweils eine schwache Krise, der wiederum ein schwacher Aufschwung

Schaubild 1: Entwicklung der Nachfrageverhältnisse
in der Bundesrepublik Deutschland
1950 bis 1977 in Preisen von 1970
(Veränderungen gegenüber dem jeweil.
Vorjahr in %.)
JG 1977/78; eigene Berechnungen

Quelle:



und eine tiefe Krise nachgelagert sind. Dieses Phänomen hat auch zu der Annahme geführt, daß es sich in der Bundesrepublik nicht - wie bisher angenommen - um einen 4-5jährigen Zyklus, sondern um einen 7-9-jährigen Zyklus handeln könnte, der jeweils von einer Zwischenkrise unterbrochen wird. Auch die Bewegung der Nettoinvestitionen könnte für eine solche These sprechen: Die Nettoinvestitionen weisen nämlich in den schwachen Aufschwüngen, z.B. der Jahre 1963/64 und 1972/73, nur geringe Zuwachsraten auf. Daher ist die Frage nach der Länge des Zyklus aufzuwerfen und in diesem Zusammenhang auch das Problem der schwachen Krisen bzw. der sog. "Zwischenkrisen" zu erörtern.

Entsprechend diesen Fragestellungen gliedern wir die nachfolgenden Kapitel: Zunächst werden wir die Frage nach der Ursache der zyklischen Entwicklung aufwerfen und in diesem Zusammenhang einige uns relevant erscheinende theoretische Erklärungsversuche diskutieren. Danach stellen wir uns die Frage nach der Länge des Zyklus und dem Charakter der Krisen. Während diese Problemstellungen auf die zyklische Entwicklung des westdeutschen Kapitals generell bezogen sind, werden wir in Kapitel 3 dann ausführlicher auf die Zyklizität in der Bundesrepublik von Mitte der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre eingehen, d.h. auf die Entwicklungsphase nach der ersten schweren Rezession des westdeutschen Kapitals nach dem Zweiten Weltkrieg. Im abschließenden Kapitel dieses Teils werden dann die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Zyklus und ihre Ursachen analysiert.

2. Kapitel: Produktions- und Realisierungsbedingungen im kapitalistischen Krisenzyklus - Zur Diskussion um die Unterkonsumtions- und Überakkumulationstheorie als Ansatzpunkte einer Erklärung des Zyklus

2.1. Theorien des industriellen Zyklus

2.1.1. Eklektizistische und subjektivistische Theorien

In der nationalökonomischen Forschung ist insbesondere die Konjunkturtheorie ausgesprochen unterentwickelt. Die Ansätze zu Erklärungsversuchen der großen Depression der 30er Jahre (vgl. die Zusammenfassung von Haberler 1948) sind aufgrund der langen Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben oder doch nicht wesentlich weiterentwickelt worden. Ältere Ansätze, die auf der Grundlage der Keynesianischen Theorie eine Theorie des Konjunkturzyklus zu liefern versuchten, wie die Multiplikator-Akzelerator-Modelle (1) von

-
- (1) Das Akzeleratorprinzip besagt, daß bei einer Steigerung des Konsums entsprechend dem Kapitalkoeffizienten die Investitionen erhöht werden müssen. Ist also ein Kapitaleinsatz von 2000 DM notwendig, um zusätzliche 1000 DM in Konsumgütern produzieren zu können, dann "akzeleriert" eine *zusätzliche* Konsumausgabe von 1000 DM die Investitionen auf den doppelten Betrag; der Akzelerator wäre in diesem Falle gleich 2. Allerdings ist der Akzelerator keine objektive, z.B. technologisch eindeutig definierte Größe, sondern ökonomisch durch das Investitionsverhalten der Unternehmer beeinflusbar. Daher ist der Akzelerator auch *nicht identisch* mit dem Kapitalkoeffizienten (d.h. dem Kehrwert der Kapitalproduktivität), sondern orientiert sich an ihm. Der Multiplikator besagt, daß ein Zusammenhang von zusätzlichen Investitionen und Einkommenszuwachs besteht. Eine anfängliche Investition von einer bestimmten Höhe bringt nach einer Reihe von Perioden ein Mehrfaches an Einkommen hervor. Mit Hilfe des Akzelerator-Multiplikator-Prinzips läßt sich daher folgender zyklischer Ablauf konstruieren: Wenn das Einkommen in der Prosperität steigt, fällt - da die marginale (Fortsetzung nächste Seite)

Hicks (Hicks 1950) und von Samuelson (Samuelson 1939) oder die empirisch orientierte Theorie Schumpeters, der die wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe von Innovationswellen erklärte, sind bald vergessen worden. Andere Theorieansätze, wie die stochastische Konjunkturtheorie, die die Krisen mit einer zufälligen Störung der Gleichgewichtslagen der Wirtschaft begründete (Krelle 1967), leugneten gar, daß es so etwas wie Gesetzmäßigkeiten des industriellen Zyklus geben könne. Dieser wurde als "Mythos" abgetan.

Der für die Entwicklung der ökonomischen Theorie in der Bundesrepublik für viele Jahre dominierende Walter Eucken schreibt, "daß dynamische Theorien oder Konjunkturtheorien, die allgemein gültige Aussagen des konkreten wirtschaftlichen Alltags versuchen, scheitern müssen" (Eucken 1950, 182). Der Fortschritt der wissenschaftlichen Erforschung des industriellen Zyklus hat sich so weniger auf der Ebene einer theoretischen Durchdringung abgespielt als vielmehr bei den Versuchen, anhand von *Symptomen*, d.h. anhand von ökonomischen Indikatoren, die konjunkturelle Bewegung möglichst exakt prognostizieren zu können. Damit sind Versuche fortgesetzt worden, die bereits in den 20er Jahren in den USA durch Mitchell u.a. mit dem sogenannten *Harvard-Konjunkturbarometer* begonnen wurden. Diese Art und Weise, den Konjunkturverlauf in den Griff zu

Fortsetzung:

Konsumquote sinkt - der proportionelle Teil, der für Konsumausgaben verwandt wird. Die Nachfrage nach Konsumprodukten steigt daher weniger schnell als das Einkommen. Da der Anstieg der Konsumgüternachfrage in jeder Periode immer kleiner wird, sinken die Nettoinvestitionen absolut (Akzelerator). Dies verursacht ein Absinken des Gesamteinkommens (Multiplikator) und ein Absinken der Konsumnachfrage, welches zu einem weiteren Absinken der Investitionen und zur Depression führt. Da aber umgekehrt in der Krise die Konsumtion nicht so schnell absinkt wie das Einkommen, wird der Abfall der Nachfrage langsamer, bis schließlich Nettoinvestitionen wieder vorgenommen werden.

bekommen, ist als *Symptomatologie* (1) bezeichnet worden, der auf wissenschaftstheoretischer Ebene die Annahme einer *pluralistisch* zu erfassenden *Multikausalität* von Einflußfaktoren auf die ökonomische Entwicklung zugrundeliegt. Letztlich verführt dies zu *Eklektizismus* (2).

Auch wenn wir die empirischen Untersuchungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der BRD betrachten, fällt die ausgeprägte Theorielosigkeit im Hinblick auf den industriellen Zyklus und insbesondere hinsichtlich der Erklärung der ökonomischen Krise auf. Nicht zuletzt hat dies zu prognostischen Fehlleistungen geführt, so wenn noch im November 1966 wenige Wochen vor dem scharfen konjunkturellen Einbruch der Sachverständigenrat "für die Beschäftigung auch 1967 keine ernstesten Gefahren" sieht (JG 1966/67, 133). In der Krise Mitte der 70er Jahre sieht sich der Sachverständigenrat dann veranlaßt, die "Ursprünge der Krise" (JG 1975, 41) zu benennen. Dabei geht es ihm nicht darum,

-
- (1) Als Symptomatologie wird die Konjunkturtheorie zur bloßen Konjunkturbeobachtung der zyklischen Erscheinung ökonomischer Größen, wo aus dem bloßen Verhalten bestimmter Daten auf Gesetze empirischer Art geschlossen werden soll. Dies gilt sowohl für die "Konjunkturbarometer" (vgl. Gater 1931) als auch für Konjunkturtests, wie sie etwa vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt werden (vgl. Marquardt/Strigel 1959). "Die Methode besteht einfach darin, Tatsachen - wenn möglich Zahlen - zu beobachten, die solche Phänomene betreffen, von denen wir aus Erfahrung wissen, daß sie in sich selbst oder als Symptome wichtig sind ..." (Schumpeter 1961, 21).
 - (2) "Allgemein kann man sagen, daß die Konjunkturtheorie immer eklektischer geworden ist ..." (Weber/Neiss 1967, 18).

die innere Dynamik der industriellen Zyklen aufzudecken und das Krisenphänomen, das immerhin zu über 1 Million Arbeitslosen geführt hat, theoretisch zu begründen, sondern entsprechend der multikausalen Betrachtungsweise einzelne Faktoren nebeneinander zu stellen, von denen angenommen wird, daß sie für die Ursprünge der Krise verantwortlich sein könnten: Zunächst benennt der Sachverständigenrat unter den binnenwirtschaftlichen Gründen den "Verteilungskampf", dessen Resultat Lohnsteigerungen über dem Produktivitätsfortschritt gewesen seien. Durch nachfolgende Preissteigerungen sei die Stabilität gefährdet und habe das Beschäftigungsrisiko zugenommen. Dabei geht der Sachverständigenrat mit der Neoklassik davon aus, daß das marktwirtschaftliche System grundsätzlich krisenfrei sei. Nur die übermäßigen Ansprüche der sozialen Gruppen hätten die Krise produziert: die Gewerkschaften durch ihre Lohnforderung und der Staat durch seine überzogene Inanspruchnahme des Produktionspotentials für soziale Reformen, Leistungsverbesserungen, Wohlstandszuwächse usw. Dieses wirtschaftliche "Fehlverhalten" habe die Erträge auf die Investitionen sinken lassen und die Investoren verunsichert. Nicht das marktwirtschaftliche System neigt dem Sachverständigenrat zufolge zu periodischen Krisen, sondern das der Marktwirtschaft nicht entsprechende Verhalten der sozialen Gruppen macht eine Reinigungskrise notwendig. Als weiteren wirtschaftspolitisch bedingten Grund der Krise bezeichnet der Sachverständigenrat dann das zu lange Festhalten an fixen Wechselkursen, wodurch die Inflationstendenzen im Ausland durch eine entsprechende Wechselkursanpassung nicht vom Inland ferngehalten werden konnten. Schließlich nennt der Sachverständigenrat noch die "Inflationsgewöhnung" als Grund für das Verhalten der "Wirtschaftssubjekte", die zu spät stabilisierende Maßnahmen als erforderlich erachteten. Es

sind zumeist also subjektive oder psychologische Faktoren, die für die Krise Mitte der 70er Jahre verantwortlich gemacht werden. Wenn die Krise aus dem Fehlverhalten von Arbeiterklasse und Staat und nicht aus den Strukturbedingungen der privatkapitalistischen Ökonomie mit ihren dezentralen Entscheidungen über Produktion und Akkumulation erklärt wird, ist es sehr leicht möglich, das System der Produktion von den Krisenursachen zu entlasten und diese je nach Interessenlage abwechselnd den einzelnen Interessengruppen oder dem Verhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen anzulasten.

Bei diesen *subjektivistischen Krisenerklärungen* ist immer die Frage zu stellen, warum das jeweilige handelnde Subjekt ein Interesse an der Krise haben soll und warum und wie sich dieses Interesse gerade *periodisch* herausbildet. Die Gewerkschaften, häufig genug zu Verantwortlichen für die Krise gestempelt, dürften kaum ein Interesse an einer Rezession haben, da Arbeitslosigkeit ihre Handlungsmöglichkeiten und Kampfstärke einschränkt und die Lebenssituation der Lohnarbeiterklasse insgesamt verschlechtert. Die Bundesbank, der die Krise angelastet wird, dürfte ebenfalls kein Interesse daran haben, da schließlich das Renommée ihrer Vertreter davon betroffen ist und so ihre Aufgabe, mit ihrer Politik Wachstum und Stabilität zu garantieren, nicht erfüllt werden kann. Daß eine Regierung gerade unter parlamentarischen Verhältnissen ebenfalls an der Krise kein Interesse hat, ist einsichtig. Bleiben also die Unternehmer. Auf keinen Fall können die von Konkursen Betroffenen und Bedrohten an der Krise interessiert sein. Zumindest wäre eine differenzierte Betrachtung notwendig, selbst wenn einzelne Unternehmervertreter in der Öffentlichkeit eine Situation bejahen, in der die Arbeitsplätze knapp sind und die Gewerkschaften zurück-

stecken müssen. Die Suche nach eindeutigen Interessen an der Krise dürfte sich demnach als ein Fehlschlag erweisen. Dann bleibt aber nur noch die Behauptung, daß *Fehler* und Fehlverhalten die Krise bewirkt haben könnten. Doch auch hier ist zu fragen, wieso es gerade *periodisch* zu diesen Fehlern kommen sollte, und wieso beispielsweise Regierungen der westlichen Industriestaaten eine sehr lange Periode nach dem Zweiten Weltkrieg über ausgesprochen "klug" und ohne Fehler gehandelt haben und nun auf einmal und gleichzeitig mit Blindheit geschlagen sein sollen.

Eine scheinrationale Begründung erfährt dieser Subjektivismus in dem neoklassischen Theorieansatz - dem neuerdings auch der Sachverständigenrat anhängt -, wenn das "fehlerhafte" Verhalten und die "falsche" Politik darauf bezogen werden, daß ohne solche Fehler das System stabilitätsgerecht funktionieren würde. Unter der prinzipiellen Annahme von der Stabilität und Krisenfreiheit der erwerbswirtschaftlichen, privaten Ökonomie können Krisen, selbst schwere Krisen, nur als Resultat von friktionellen Anpassungsschwierigkeiten und von Fehlverhalten interpretiert werden. Ein dauerhafter Arbeitskräfteüberschuß, also Arbeitslosigkeit, kann nach diesem Theorieansatz ebenso wenig in der Privatwirtschaft entstehen wie eine längere Unterauslastung der Kapazitäten oder eine permanente Inflation, wenn nur die Selbstregulierung des Systems nicht durch Inflexibilitäten oder störende Eingriffe "von außen" (durch falsche staatliche Politik) gestört würde. Ein flexibel reagierendes Preissystem auf den Güter- und Faktormärkten sorgt dann dafür, daß Überproduktion und Unterbeschäftigung durch Mengen- und Preisanpassung schnell beseitigt würden. Daraus resultieren dann auch die wirtschaftspolitisch verbreiteten Anti-Krisenrezepte, in denen eine so starke Lohnsenkung verordnet wird,

daß bei einem gegebenen "Grenzprodukt" der Arbeit die Unternehmer wieder zusätzliche Arbeitskräfte nachfragen. Umgekehrt liegt die Arbeitslosigkeit insgesamt wie die einzelnen Gruppen von Lohnabhängigen nach diesem Interpretationsrahmen an Löhnen, die das Grenzprodukt der Arbeit übersteigen. Also erscheint auch in diesem Ansatz die "Maßlosigkeit" als Krisenursache - wie in der Darstellung des Sachverständigenrates, der die neoklassische Theorie seit Anfang der 70er Jahre in seiner Mehrheit vertritt.

Gegenüber diesem neoklassischen Argumentationsstrang wird in der Regel eingewandt, daß das Preissystem gegenüber Mengenungleichgewichten gar nicht mehr flexibel reagieren könne. Bei Überproduktion und Kapazitätsunterauslastung können die Preise nicht mehr sinken. Denn die Preispolitik der großen Kapitale (Monopole) ist gerade in der Krise von dem Versuch bestimmt, die Profitabilität der Produktion noch durch möglichst hohe Preise gerade bei Absatzrückgang zu erhalten (vgl. dazu die Kritik von Inflationstheorien und den eigenen Ansatz der Inflationsanalyse bei Altwater u. a. 1975). Zwar hängt das Gelingen dieser Preissetzung von der Konkurrenzintensität in der Branche, von potentiellen Konkurrenten außerhalb der Branche und von der Nachfrageelastizität bei den entsprechenden Waren ab. Doch kann realistisch davon ausgegangen werden, daß eine Preisanpassung nach unten nur in seltenen Fällen erfolgen wird und daher die Preise ihre Funktion, Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen, nicht mehr erfüllen. Aber selbst bei flexiblen Preisen ist es sehr ungewiß, daß eine Anpassung von Angebot und Nachfrage erfolgt, die zu einer Situation der Vollbeschäftigung führt. Denn Preissenkungen würden selbst dann mit einer kumulativen Abwärtsbewegung des *Mengensystems* verbunden sein,

wodurch die Krise gerade eingeleitet wird. *Rigide* Preise hingegen verschärfen zwar das Krisenproblem, verursachen es aber nicht (wie fälschlicherweise auch einige marxistische Ökonomen meinen, so Huffschmid/Schui 1976). Welches sind nun aber die Ursachen für die kumulativen Abwärtsprozesse in der kapitalistischen Wirtschaft?

2.1.2. Unterkonsumtions-/Überproduktionstheorien

Wir können diese kurzen und notwendigerweise groben Ausführungen über das Verständnis vom industriellen Zyklus und insbesondere von der Krise in der national-ökonomischen Wissenschaft und in der öffentlichen Meinung abschließen und uns Erklärungsansätzen zuwenden, die den Zyklus und die Krise aus der Form der gesellschaftlichen Reproduktion zu erklären versuchen.

Oberflächlich betrachtet, können Krisen allein schon deshalb eintreten, weil die Abstimmung der Fülle von Handlungen der Privatproduzenten über den Markt nur "*anarchisch*" vonstatten geht. Jedes einzelne Kapital muß immer wieder seinen Kreislauf vollziehen können, d.h. seine Verwandlung von Geldkapital in produktives Kapital (bestehend aus Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die zur Erzeugung von Waren im Produktionsprozeß kombiniert werden). Das in den erzeugten Waren steckende Kapital muß wieder auf dem Markt gegen Geldkapital eingetauscht werden können. Dabei ist nicht nur eine Kontinuität der Produktion und Reproduktion vorausgesetzt, sondern es ist entscheidend, daß dieser Tausch in einem Kreislauf vollzogen wird, der eine Verwertung des vorgeschossenen Geldkapitals ermöglicht. Die *Kreisläufe der Einzelkapitale* sind ineinander verwoben, so daß Störungen die Eigenschaft haben können, sich

nicht auf ein einzelnes Kapital zu beschränken, sondern sich auszuweiten. Kann beispielsweise Warenkapital nicht oder nur unter Verlusten in Geldkapital rückverwandelt werden, dann wird die Produktion der entsprechenden Waren eingeschränkt. Es werden entsprechend weniger Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt gekauft und Rohstoffe und Vorprodukte von anderen Unternehmen bezogen. Jede Störung kann sich so multiplizieren, und es ist eine der Aufgaben der Krisentheorie, zu begründen, unter welchen Umständen die *Störungen* der vielen Kapitalkreisläufe *synchron* auftreten oder sich so schnell und stark *ausweiten*, daß eine *allgemeine Krise* eintritt. Partielle Krisen bei einzelnen Kapitalen oder Wirtschaftszweigen sind infolge der Planlosigkeit auf dem Markt immer möglich, d.h. das Angebot nach einzelnen Warenarten kann temporär größer als die Nachfrage sein. Vorangegangene *Disproportionalitäten* können zu einer solchen Situation der Überproduktion führen. Wenn einige für den Reproduktionsprozeß zentrale Industriezweige betroffen sind, dann kann aus partiellen Disproportionalitäten eine allgemeine ökonomische Krise entstehen. Warum dies der Fall ist und unter welchen Umständen dies geschieht, ist jedoch im Rahmen der "*Disproportionalitätstheorie der Krise*" nicht erklärbar.

Eine andere, an Marx anknüpfende Richtung der Krisen- und Zykluserklärung begründet die Krise aus dem Widerspruch zwischen Produktionskraft des Kapitals und Konsumtionskraft der Massen - als Folge also der *Überproduktion* bzw. *Unterkonsumtion*. Auf diese Theorie-richtung gehen wir etwas ausführlicher ein, nicht zuletzt deshalb, weil sie innerhalb der Arbeiterbewegung eine große Rolle gespielt hat und noch spielt und weil sie selbst in keynesianisch begründeten Krisenvermeidungsstrategien zentral ist. Denn es ist die Interpre-

tation nicht ganz von der Hand zu weisen, daß auch Keynes zu den Unterkonsumtionstheoretikern zu zählen wäre (1).

Marx bezeichnet den zur Krise treibenden Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise folgendermaßen: "Da nicht Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Profit Zweck des Kapitals, und da es diesen Zweck nur durch Methoden erreicht, die die Produktionsmasse nach der Stufenleiter der Produktion einrichten, nicht umgekehrt, so muß beständig ein Zwiespalt eintreten zwischen den beschränkten Dimensionen der Konsumtion auf kapitalistischer Basis und einer Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt..." (Kapital III, MEW 25, 267). In der Unterkonsumtionstheorie nun liegt das Gewicht der Argumentation auf den "beschränkten Dimensionen der Konsumtion", bei den Überproduktionstheorien auf der "Produktion, die beständig über diese ihre immanente Schranke hinausstrebt". Allerdings bedeutet in diesen Theorien, wie wir sehen werden, die Verabsolutierung einer Seite

-
- (1) In seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" setzt sich Keynes mit der Überinvestitions- und mit der Unterkonsumtionstheorie auseinander. Für die praktische Politik meint er Schlußfolgerungen aus beiden Konjunkturerklärungen übernehmen zu sollen: "... I should readily concede that the wisest course is to advance on both fronts [Investitions- und Konsummankurbelung - d. Verf.] at once. Whilst aiming at a socially controlled rate of investment with a view to a progressive decline in the marginal efficiency of capital, I should support at the same time all sorts of policies for increasing the propensity to consume. For it is unlikely that full employment can be maintained, whatever we may do about investment, with the existing propensity to consume ..." (Keynes 1964, 325). Die Möglichkeit einer Erhöhung der Konsumneigung sieht Keynes bereits in einer Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der kleinen Einkommen, die eine höhere Konsumquote als die höheren Einkommen aufweisen. Insgesamt betrachtet, unterscheidet sich Keynes von den gängigen Konsumtionstheoretikern jedoch dadurch, daß er neben der Konsumneigung die Investitionsneigung als bestimmend für den Konjunkturverlauf erkennt.

des Widerspruchs weit mehr als die bloße Überbetonung eines Moments. Denn damit wird vom Widerspruch selbst, d.h. von der Notwendigkeit der Krise als der Form, in der sich "der Konflikt zwischen den widerstreitenden Agentien Luft macht" (Kapital III, MEW 25, 259), abstrahiert. Lösungen der Krise scheinen danach durch jeweilige Anpassung von Konsumtion und/oder Produktion möglich: Entsprechend der Unterkonsumtionstheorie müßte die Massenkonsumtion angehoben werden, um das Problem der mangelnden Nachfrage zu lösen. Während Marx aber nur sehr grobe Hinweise auf diesen Krisentypus gegeben hat, haben einige marxistische Theoretiker wie Luxemburg, Sternberg, Lederer u.a. versucht, hier genauere Erklärungsansätze anzubieten. War bei Luxemburg und Sternberg die Unterkonsumtionstheorie nur ein Mittel, um einen Zusammenbruchs- und Imperialismustheorie zu begründen, so versuchten andere - etwa Lederer - mit Hilfe des Unterkonsumtionsansatzes auch eine Krisen- und Zyklustheorie abzuleiten (1).

-
- (1) In der Gruppe der marxistischen Unterkonsumtionstheoretiker nimmt nur Varga eine Sonderstellung ein, indem er den *Widerspruch* von Produktionskraft und Konsumtionskraft ins Zentrum seiner Krisen- und Zyklusanalyse stellt. So formuliert er: "Die private Aneignung, die Jagd nach dem Profit, zwingt zur Akkumulation, d.h. zur Verwendung eines Teils des Wertprodukts nicht zur individuellen Konsumtion, sondern zur Vergrößerung des Kapitals, bedeutet aber eine ständige, relative - periodisch latente, periodisch offene - Überproduktion. Der Widerspruch zwischen dem unbegrenzten Trieb der Kapitalisten zur Vergrößerung der Produktion und der beschränkten Konsumtionskraft der kapitalistischen Gesellschaft muß zu periodischen Krisen führen." (Varga 1969, 202).

Wie wird nun in Unterkonsumtionstheorien das "Auseinanderklaffen zwischen Produktionsentwicklung und Einkommensentwicklung, welches allein eine universale Krise und ihr regelmäßiges Auftreten zu erklären vermag" (Lederer 1925, 386), begründet? In den verschiedenen Unterkonsumtionstheorien spielen zwei Begründungszusammenhänge die bedeutendste Rolle: Einmal wird dieses Auseinanderklaffen durch *Disproportionen* in der Lohn- und Preisentwicklung, wie sie im Konjunkturverlauf auftreten, hergeleitet; zum anderen wird es mit einer zu Beginn des Zyklus auftretenden ungleichen Einkommensverteilung erklärt. In beiden Fällen haben die Löhne für den Konjunkturmechanismus und das Eintreten der Krise eine Schlüsselfunktion. Wenden wir uns zunächst der Erklärung dieses Mechanismus aus der Disproportion von Lohn- und Preisentwicklung zu: Steigt im Konjunkturaufschwung die Preissumme vor allem der Konsumwaren schneller als die Preissumme für die Ware Arbeitskraft, so vermindert sich deren *relative Realkaufkraft*, während auf der anderen Seite infolge der steigenden Gewinne die Nachfrage nach Produktionsmitteln relativ ansteigt. Produktionsmittel werden aber nur so lange gekauft, wie man das, was mit ihnen produziert werden kann, auch gewinnträchtig zu verkaufen vermag. Wie soll dies aber gelingen, wenn gerade die relative Realkaufkraft der Löhne im Verlauf des Konjunkturaufschwungs sinkt? In der Hochkonjunktur entsteht also auf der Grundlage der Einkommensverteilung ein Ungleichgewicht, das erst wieder behoben werden kann, "wenn durch neuerliche Veränderungen der Einkommensströme das alte Verhältnis wieder hergestellt, die Akkumulation wieder gesenkt, die Quote der konsumierten Waren wieder in das gleiche Verhältnis zum Kapitalbestand gebracht wird. Diese Wiederherstellung erfolgt in der Krise." (Lederer 1925, 393f.) Auch der

Aufschwung aus der Krise ist aus den umgekehrten Gründen im Rahmen dieser Begrifflichkeit erklärbar: Aufgrund spezifischer Inelastizitäten bestimmter Preiskategorien, insbesondere der Löhne, die nicht unter ein Existenzminimum fallen können, ergeben sich Veränderungen in der Preisstruktur. Die Preise der Konsumwaren sinken relativ am stärksten, so daß die relative Realkaufkraft der Löhne, obwohl sie absolut ebenfalls sinken, ansteigt und mit der nun steigenden realen Konsumnachfrage die "Lager rasch geleert [werden], während die Produktion sinkt. Übersteigt der Konsum die Neuproduktion (was im Tiefpunkt der Konjunktur der Fall ist), so sind schon die Vorbedingungen für steigende Preise und damit Neubelebung der Konjunktur geschaffen." (Lederer 1925, 403ff.) Dieser Automatismus aus der Krise heraus kann allerdings noch politisch effizient gemacht werden, indem der "*Konsumtionssockel*" politisch angehoben wird. Es können durch "*Notstandsarbeiten*" neue zusätzliche Einkommen geschaffen werden, und es kann die Konsumtion sog. *dritter Schichten* gefördert werden, weil durch deren Einkommenserhöhungen nicht wie bei steigenden Löhnen der Profit unmittelbar gefährdet wird. Diese dritten Schichten spielen in der Argumentation der Unterkonsumtionstheoretiker, wie z.B. bei Lederer (aber auch bereits bei den klassischen Unterkonsumtionstheoretikern wie Malthus und Hobson) eine wichtige Rolle: "Würden wir die industrielle Gesellschaft lediglich als Unternehmer und Arbeiter vorstellen, die anderen Geschichten der Gesellschaft aber ignorieren, so könnten wir zu einer Überwindung der Krise überhaupt nicht gelangen: denn die Krise würde Senkung der Löhne, damit aber wieder steigende Arbeitslosigkeit und weiter sinkende Preise ins Endlose ... bedeuten. Hingegen wird in unserem Gesellschaftsbild

durch das Sinken der Preise die vorhandene Kaufkraft der anderen Schichten in ihrer Wirkung gesteigert und es wird bei sinkendem Lohn bald wieder die Möglichkeit geschaffen, die zum Ausgangspunkt neuer Geschäftsbelebung wird. Die Mannigfaltigkeit der gesellschaftlichen Gliederung ist ebenso sehr die Vorbedingungen für einen raschen Aufschwung als auch zugleich der Schutz vor einer gänzlichen Zerrüttung des Wirtschaftsprozesses durch die Krise." (Lederer 1925, 403)

Wir sehen hier bereits eine gewisse Nähe zu der keynesianischen Vorstellung der Konsumtionsbelebung in der Krise mittels Hebung des Massenkonsums oder *deficit-spending*. Sowohl Lederer als auch Keynes geht es darum, eine Konsumtionsankurbelung zu erreichen, ohne daß von der Lohnkostenseite her die Profitabilität des Kapitals eingeschränkt würde. Bei Lederer sind es die dritten Schichten, bei Keynes ist es die Konsumneigung der unteren Einkommensbezieher, die hier Abhilfe schaffen sollen. Allerdings ist im Rahmen dieser Vorstellung die Frage kaum zu beantworten, woher die Einkommen der dritten Schichten und der zusätzliche Konsum unterer Einkommensbezieher eigentlich stammen sollen, außer durch staatliche Verschuldung. Deren Wirkung auf den Produktionsprozeß ist jedoch davon abhängig, inwieweit mit den verbesserten Realisierungsbedingungen durch Ausweitung der Konsumtionskraft auch profitable Produktionsbedingungen entstehen. Dies ist kurzfristig dann der Fall, wenn die Nachfrage steigt und die Auslastung zunimmt. Langfristig kann dies aber nur dann der Fall sein, wenn die Profitrate aufgrund steigender Ausbeutung und durch Entwertung von überakkumuliertem Kapital zu steigen vermag.

Auch die *zweite Version* der Unterkonsumtionstheorie begründet die Krise weniger mit dem Profitabilitätsargument als aus der ungleichen Einkommensverteilung und der dadurch entstehenden Nachfragerücke auf der Konsumgüterseite (vgl. Hunt/Sherman 1974, 151ff. und Schui 1976). Wenn sich das in einer Periode entstehende Einkommen von seiner Verwendungsseite her in Konsum und Investitionen und von seiner Verteilungsseite her in Löhne und Profite aufteilt, und wenn weiter angenommen wird, daß die Konsumneigung bei den Lohnbeziehern größer ist als bei den Profitbeziehern, so läßt sich folgender Ablauf von Einkommensverteilung und Konsumnachfrage im Zyklus konstruieren: In der Krise gehen zunächst die Profite stärker zurück als die Löhne. Die Lohnquote steigt und die Profitquote sinkt demzufolge. Da relativ mehr aus den Löhnen konsumiert wird und die Konsumausgaben relativ langsamer absinken als das Einkommen, kommt es wieder zu einem neuen Aufschwung. Da jedoch im Aufschwung die Profite schneller steigen als die Löhne und infolgedessen die Lohnquote wieder sinkt, und da aus den Profiten relativ weniger konsumiert und mehr investiert wird, kommt es im Laufe des Booms zu einer relativen Begrenzung der Nachfrage nach Konsumgütern, weil sich die konsumtive Kaufkraft der Bevölkerung nicht entsprechend den Produktionsmöglichkeiten entwickelt. Die fehlende Ausweitung der Konsumgüternachfrage zwingt die Produzenten von Konsumwaren zu einer entsprechenden Zurückhaltung bei der Bestellung von Investitionsgütern. Hier verschafft sich das "*Akzeleratorprinzip*" Geltung, d.h. die Abhängigkeit der Investitionen von der Wachstumsrate der Konsumnachfrage. Die Investitionen werden also mit dem Rückgang der Wachstumsrate der Konsumnachfrage gedrosselt. Auf der anderen Seite gehen mit den Investitionen aber auch die Einkommen und daher

die Konsumausgaben zurück oder sie wachsen zumindest langsamer. Dann aber verringert sich sowohl das Lohn- als auch das Profiteinkommen und die Depression beginnt. "Mit dem Volkseinkommen verringern sich in der Depression die Konsumausgaben, aber die Investitionen gehen noch mehr zurück." (Hunt/Sherman 1974, 159) In der Krise selbst sinkt nach dieser Theorie der Konsum schließlich aufgrund der steigenden Lohnquote langsamer als das Einkommen, wodurch die Investitionen wieder zunehmen können bzw. die Desinvestitionen zurückgehen. Durch die Investitionen steigen wieder Lohn- und Profiteinkommen in ungleicher Weise, wodurch wieder die Basis für eine neue zyklische Krise gelegt wird. Auch die für die BRD zu beobachtende schwächere Ausprägung der zyklischen Bewegung der Konsumgüternachfrage im Vergleich zur Investitionsgüternachfrage (vgl. Schaubild 1) scheint tatsächlich auf den ersten Blick eine Bestätigung der Unterkonsumtionstheorie der Krise zu liefern. Doch sind einige problematischen Punkte hervorzuheben.

Erstens kann, wie die empirischen Daten zur Lohn- und Profitquote im Zyklus zeigen, nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, daß die Lohnquote auch noch im Boom fällt bzw. die Profitquote steigt. Vielmehr ermöglicht gerade die steigende Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften im Aufschwung steigende Geldlöhne und eine steigende Lohnquote. Auch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Einbeziehung von bislang inaktiven Bevölkerungsteilen in den Produktionsprozeß (Jugendliche, Ältere, Hausfrauen, Gastarbeiter usw.) bedeutet eine Steigerung der Lohneinkommen und damit auch der Konsumnachfrage, die auch nicht relativ zurückgehen muß. Auch Marx wies bereits in seiner Kritik an Sismondi darauf hin, daß die Zuwachsraten der Löhne

im Boom und "Prosperität der Arbeiterklasse" der "Sturmvogel der Krise" seien (Kapital II, MEW 24, 409ff.) Es ist noch ein zweites Argument anzuführen. Diese Theorie, insbesondere, wenn man sie von der Überproduktionsseite her betrachtet, könnte nur dann eindeutig eine Krise in der ganzen Wirtschaft begründen, wenn mit ihr gezeigt werden könnte, daß die Wachstumsrate der Produktivität in den Konsumgüterindustrien im Verlaufe des Booms größer ist als die Reallohnzunahme in der Gesamtwirtschaft unter der Annahme *inflexibler Preise*. Nur dann kann sich eine "Konsumlücke" herausbilden, weil die Konsumgüternachfrage durch die Wachstumsrate der Lohneinkommen begrenzt wäre und sich gegenüber der stärker expandierenden Produktionskraft der Konsumgüterindustrien relativ verringern würde. Aber der relative Rückgang der Konsumgüternachfrage könnte sich ja durch partielle Preisanpassungen kompensieren lassen, so daß (wenn die Preise sinken) Rückgänge in den Absatzmengen nicht eintreten brauchten. Die Krise ist also nur begründbar mit der Annahme inflexibler Preise. Außerdem wäre das Problem zu klären, wieso es nicht - zumindest langfristig - bei Herausbildung der "Konsumlücke" zu Verschiebungen in der Nachfragestruktur zu den Investitionen und zu zusätzlicher Nachfrage höherer Einkommensschichten kommen kann. Auch wenn zugestanden werden muß, daß durch diese Nachfragekomponenten eine allenfalls teilweise Kompensation möglich sein dürfte, ist dadurch doch ein Spielraum gegeben. Denn es gibt kein allgemeines und ausschließliches Verhältnis zwischen Konsumtion und Investition, oder zwischen Konsum der Massen und derjenigen höherer Schichten oder des Staates. Die Investitionsquoten, die Anteile des Staatsverbrauchs an der Gesamtnachfrage, die Konsumtion der höheren Einkommensschichten sind von Land zu Land

verschieden und wechseln auch in den Epochen kapitalistischer Entwicklung.

Drittens sind die verschiedenen Versionen der Unterkonsumtionstheorie in der Beurteilung der Entstehung von Konsumlücken nicht eindeutig. In der traditionellen Theorie wird die mangelnde Konsumnachfrage der Massen zum eigentlichen, krisenverursachenden Faktor erklärt. Diese Version der Unterkonsumtionstheorie ist dann Mißverständnissen ausgesetzt, wenn gemeint wird, daß die Krise aus unbefriedigten Massenbedürfnissen herrührt. In der kapitalistischen Produktion zählt nur "zahlungsfähige" Nachfrage, und aufgrund einer bestimmten Einkommensverteilung wird dann die zahlungsfähige Nachfrage, wenn sie bei den unteren Einkommensbeziehern fehlt, bei höheren Einkommensbeziehern konzentriert sein. Daß unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden sind, ist allenthalben sichtbar"; die Konsumtionsnachfrage der Massen kann nur dann zum Grund der Krise werden, wenn das Masseneinkommen bei steigendem Produktionspotential stagniert oder relativ langsamer wächst als die Produktionskapazitäten und *keine* zusätzliche Nachfrage durch höhere Einkommensschichten oder durch zusätzliche Investitionsnachfrage entsteht. In der Version von Hunt/Sherman ist es die Unterkonsumtion der höheren Einkommensschichten (infolge der höheren Sparquote bei geringerer Konsumneigung), die die Krise begründet, während nach der traditionellen Version die Unterkonsumtion der Massen (also der niedrigen Einkommensbezieher) die Krise verursacht.

Viertens erweist sich die Unterkonsumtionstheorie der Krise insofern als eine vereinseitigende Auffassung, weil von ihr lediglich die Realisierungsbedingungen von Profit, nicht aber seine Produktionsbedingungen betrachtet werden. Wir haben auf diesen Punkt bereits in der

Auseinandersetzung mit der Unterkonsumtionstheorie Lederers hingewiesen und zu zeigen versucht, daß dieser Einwand auch die Theorie des deficit-spending von Keynes trifft. Gerade auf diesen Punkt werden wir im folgenden Abschnitt noch eingehen.

Fünftens: Wenn die Unterkonsumtionstheorie die Seite der Überproduktion in der Krise betont und dabei das Streben nach größtmöglicher Profitproduktion in der Konkurrenz der Kapitale für den entstehenden Widerspruch von Produktionskraft und Nachfrage - oder genauer: für den Aufbau von Produktionskapazitäten, die über die erwartete Nachfrage hinausgehen - verantwortlich macht, dann sind damit weiterführende Argumente der Konjunkturerklärung benannt. Dieser sich durch die *Kapitalakkumulation* zuspitzende Widerspruch kann sich aber in *allen* Bereichen der Kapitalanlage entwickeln und nicht nur in der Konsumgüterindustrie. Eine von der Konsumgüterindustrie ausgehende, sich verallgemeinernde Krise ist so jedenfalls nicht begründbar. Die Einseitigkeit der Unterkonsumtions-/Überproduktionstheorie besteht gerade darin, daß die in bezug auf das aufgebaute Produktionspotential unzureichende Nachfrage lediglich und in erster Instanz als *Konsumnachfrage* gesehen wird und nach ihrer Auffassung die Krise daher von der Konsumgüter-produzierenden Abteilung ausgehen müßte. Diese Annahme ist jedoch weder theoretisch (wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird) noch empirisch haltbar.

2.1.3. Überakkumulation als Grund der Krisen

Es zeigt sich also, daß "die produzierte Quantität von Konsumtionsmitteln ... nur deshalb zur Schranke der Produktion werden kann, weil sie als kapitalistisch produzierte Warenmasse oder Existenzform des prozessierenden Kapitalwerts zu einem Preis veräußerbar sein muß, der einen bestimmten Mindestprofit einschließt. Zwar kann im Einzelfall für ein spezifisches Produkt die Größe des Bedürfnisses auch unabhängig von dieser formbestimmten Schranke die Produktion begrenzen, denn: 'Der Gebrauchswert an sich hat nicht die Maßlosigkeit des Werts als solchen. Nur bis zu einem gewissen Grade können gewisse Gegenstände konsumiert werden und sind sie Gegenstände des Bedürfnisses' (Marx, Grundrisse, 308f.), aber eine allgemeine Überproduktion von Konsumtionsmitteln ist nur möglich, wenn der Gebrauchswert oder die Befriedigung von Bedürfnissen nicht der unmittelbare Zweck der Produktion ist." (Künzel 1976, 282)

Die Krisenerklärung muß also bei der Tauschwertproduktion und Kapitalverwertung als Zweck der Produktion ansetzen. Überproduktion in diesem Sinne heißt daher Überproduktion von Kapital, das sich nur zu einer verminderten Profitrate verwerten kann, und Überproduktion von kapitalistisch produzierten Warenmassen, deren Preise nicht mehr einen Mindestprofit einbringen. Wenn wir hier hervorheben, daß die *Krise als Überproduktion bzw. Überakkumulation von Kapital* - hervorbracht durch die Konkurrenz der Kapitale - erscheint, dann wollen wir damit nicht einen weiteren Aspekt des Krisenprozesses hervorheben, sondern den Zugang zur Beantwortung der schon mehrfach gestellten Frage nach der Profitentwicklung finden, die für die unternehmerischen Produktions- und Kaufentscheidungen die rele-

vanteste Größe ist. Im Erklärungsansatz der "Überakkumulationstheorie" werden Profit- und Akkumulationsrate zu den entscheidenden zu erklärenden Größen der ökonomischen Entwicklung und des Zyklus.

Wir sind in der vorangegangenen Darstellung davon ausgegangen, daß die ökonomische Entwicklung im wesentlichen von der Kapitalakkumulation bestimmt wird. Für die kapitalistische Produktion gilt: Je profitabler die Produktion und die Anlagesphären von Kapital, desto größer wird die Kapitalakkumulation sein. Mit dem Anstieg der Akkumulationsrate und der Nettozugänge zum Kapitalstock werden auch neue Produktionskapazitäten aufgebaut, Nachfrage und Beschäftigung steigen. Umgekehrt gilt, daß bei Verminderung profitabler Anlagemöglichkeiten von Kapital durch ein Absinken der Kapitalrentabilität auch die Akkumulationsrate sinken wird und damit die Nachfrage und die Auslastung der Kapazitäten. Die Wachstumsrate des Sozialprodukts, die Beschäftigung und folglich auch die Nachfrage gehen zurück oder weisen zumindest abflachende Steigerungsraten auf. So betrachtet, befindet sich eine kapitalistische Gesellschaft in ihrer Entwicklung immer vor dem Problem, daß die Akkumulationsrate eine bestimmte Höhe und die Nachfrage bestimmte Wachstumsraten aufweisen müssen, um einen krisenfreien Prozeß zu ermöglichen. Allein wegen der Entscheidungen unabhängig voneinander produzierender Kapitalisten über die Akkumulationsrate wird ein solches "Gleichgewicht" nur zufällig zustandekommen können. Aber dies gilt immer, in Prosperitäten ebenso wie in Krisen, und daher kann aus der "Anarchie des Marktes" und den privaten Akkumulationsentscheidungen die Krise nicht allein erklärt werden.

Bei der Darstellung der Unterkonsumtionstheorie hatten wir gesehen, daß in ihr die Annahme von der Abhängigkeit der Investitionen von der Konsumnachfrage (Akzeleratorprinzip) grundlegende Bedeutung hat. Nur unter dieser Annahme nämlich kann von der Realisierungsseite her die mangelnde Konsumnachfrage zum Ursprung eines die gesamte Ökonomie erfassenden Krisenprozesses werden. Tatsächlich aber läßt sich sowohl theoretisch begründen als auch empirisch belegen, daß die Investitionen von den Profiterwartungen abhängen. Denn Zweck der kapitalistischen Produktion ist *Kapitalverwertung* (dies bedeutet, daß der Akzelerator bei absinkenden Profiten und sinkender Profitrate nicht funktionieren wird) und *nicht* die *Gebrauchswert*produktion für Konsumentenbedürfnisse. Akkumulation von Kapital wird somit auch nur dann erfolgen, wenn der Zweck der Produktion, nämlich eine Mindestverzinsung des Kapitals, die - zumindest langfristig - die Zinsrate übersteigt, erreicht wird. Dabei ist es zunächst gleichgültig, ob wir die Kapitalverwertung in der absoluten Höhe der Profite, der Veränderung der Profite, der Profitrate, der Umsatzrentabilität, der Kapitalrentabilität oder wie immer die Rentabilität des Einzelkapitals betriebswirtschaftlich gemessen wird, darstellen. Bevor wir auf die Gründe zu sprechen kommen, warum sich die Profitabilität zyklisch bewegt, ist die Abhängigkeit der Investitionen, also der Kapitalakkumulation und der Akkumulationsrate, von der Profitabilität genauer zu bestimmen. In diesem Zusammenhang wird das Verhältnis von *vergangener* und *erwarteter* Profitrate bedeutsam. Aufgrund von Erfahrungen aus einer mehr oder weniger langen Zeitperiode und im Vergleich mit anderen Unternehmen der gleichen Branche sowie mit anderen Branchenkapitalen (dieser Vergleich wird dem Kapitalisten durch das System betriebswirtschaftlicher Kenn-

ziffern ermöglicht) kalkuliert der Einzelkapitalist mit einer durchschnittlichen Profitrate als historischem Maß der Kapitalverwertung. Deren absolute Größe ist zunächst wenig interessant, da nicht unmittelbar aus einer hohen Profitrate eine starke und aus einer niedrigen Profitrate eine schwache Akkumulationstätigkeit geschlossen werden kann. Für die Investitionen ist vielmehr der Vergleich zwischen durchschnittlicher und erwarteter Profitrate bedeutsam. Die Profitrate auf das vorgeschossene und fungierende Gesamtkapital wird in der Regel nach oben oder unten von der marginalen Profitrate auf das investierte Zusatzkapital abweichen. Ist die marginale erwartete Profitrate (Profit auf Investitionen) größer als die vergangene durchschnittliche (Profit auf das insgesamt fungierende Kapital), dann steigen die Investitionen an und Kapital wird verstärkt akkumuliert. Die Ausweitung der Produktion, die Zunahme der Beschäftigung führen zu einem Anstieg der Nachfrage, so daß sich nicht nur die Produktionsbedingungen, sondern auch die Realisierungsbedingungen für das produzierte Warenkapital verbessern. Ist hingegen die erwartete marginale Profitrate kleiner als die aus vergangenen Erfahrungen gewonnene durchschnittliche, sinkt also die Profitabilität der Investitionen gegenüber dem bereits fungierenden Kapital, drücken infolgedessen zusätzliche Investitionen auch noch die Profitrate auf das bereits akkumulierte Kapital, so werden Investitionen eingeschränkt, die Akkumulationsrate und damit auch die Gesamtnachfrage sinken (dabei kann die Zinsrate, wie vorn gezeigt, als Untergrenze der erwarteten Profitrate gelten). Mit den verschlechterten Produktionsbedingungen von Profit verschlechtern sich auch die Realisierungsmöglichkeiten. Warenkapital wird schwer in Geldkapital umsetzbar, die Kapitalzirkulation stockt, so daß sich,

über die Zirkulation des Kapitals vermittelt, der Krisenprozeß ausweitet. Es beginnt so ein kumulativer Abwärtsprozeß, der die Krisenphase des Zyklus einleitet.

Dieser hier grob umrissene Zusammenhang von Überakkumulation von Kapital und Realisierung soll im nächsten Abschnitt noch genauer auf die Marxschen Reproduktionsschemata bezogen werden, um dann im darauffolgenden Abschnitt den Abschwung und den Krisenprozeß darstellen zu können. Die folgende Betrachtung soll dabei exkurshaft den Stellenwert der Realisierungsseite im Rahmen der "Überakkumulationstheorie", wie sie von uns vertreten wird, verdeutlichen. Denn die Kritik an den gängigen Überakkumulationstheorien der Krise, daß sie den *Zusammenhang* von Produktions- und Zirkulationsprozeß einseitig zugunsten des Produktionsprozesses zerreißen (vgl. z.B. Beckenbach/Krätkke 1978), ist ernst zu nehmen, auch wenn sie u.E. nicht konsistent ist (worauf aber hier nicht näher eingegangen werden kann; vgl. aber dazu die in PROKLA Nr. 32 erschienene Diskussion zu dieser Kritik).

2.1.4. Exkurs: Produktions- und Nachfragebedingungen im Marxschen Reproduktionsschema

Bedeutsam für eine Gesamtbetrachtung der ökonomischen Entwicklung und des kapitalistischen Krisenzyklus ist es, nicht nur vom Einzelkapital und seinen Verwertungsbedingungen auszugehen, sondern den vollständigen Reproduktionsprozeß ins Auge zu fassen. Wir wollen daher die für die Akkumulation relevanten Zusammenhänge und Variablen mit Hilfe der Marxschen Reproduktionsschemata beschreiben (vgl. Sweezy 1959, Lange 1969, Brody 1974, Koshimura 1975), ohne zunächst auf die darin enthalte-

nen methodischen Abstraktionen einzugehen. Wenn in einem solchen "Reproduktionsmodell" überdies von relevanten Einflüssen, wie dem Einfluß sozialer Klassen auf die Reproduktion, dem Weltmarkteinfluß und der Rolle des Staates abstrahiert wird, so können doch hiermit wichtige Grundzusammenhänge aufgezeigt werden, die für die Erklärung der historischen Entwicklung wichtig sind.

Marx unterscheidet zwischen einfacher und erweiterter Reproduktion. Die sog. einfache Reproduktion, bei der die Kapitalbesitzer nach der Produktion und Realisierung von Mehrwert nur ihr Kapital ersetzen und den produzierten Überschuß vollständig konsumieren, läßt sich in der folgenden Form darstellen:

		Vorschuß von Geldkapital	Mehrwert- produktion	Angebot	Nachfrage
I	$G \rightarrow$	$\left[(C, V) \right] \rightarrow$	$\left[(C, V) \rightarrow M \right] \rightarrow$	$W = (C+V) + M$	$= \left[C_I + C_{II} \right]$
II	$G \rightarrow$	$\left[(C, V) \right] \rightarrow$	$\left[(C, V) \rightarrow M \right] \rightarrow$	$W = (C+V) + M$	$= \left[V_{I,II} + M_{I,II} \right]$

Die Kapitalisten der Reproduktions- und Konsumgüterabteilung schießen Geldkapital vor, verwandeln dies in konstantes und variables Kapital und produzieren mit Hilfe der produktiven Lohnarbeiter (symbolisiert mit V) einen Mehrwert. Das Geldkapital selbst ist bereits Resultat der Warenproduktion und der Umsetzung von Warenkapital und Geldkapital. (Insofern müßte unsere Darstellung eigentlich mit W' anfangen, worin ausgedrückt ist, daß schon verwertetes Kapital Voraussetzung des Reproduktionsprozesses ist.) Das durch die Produktion entstehende Angebot von Waren auf dem Markt $(C+V) + M$ ist dann absetzbar und der enthaltene

Mehrwert (Profit) realisierbar, wenn diesem Angebot eine gleich große Nachfrage gegenübersteht. Eine hinreichende Nachfrage nach *Produktionsmitteln* kommt dann zustande, wenn die Kapitalisten beider Abteilungen - der Konsumgüter- und der Produktionsmittelabteilung - ihr verbrauchtes Kapital ersetzen; eine hinreichende Nachfrage nach *Konsumgütern*, wenn die Arbeiter ihr Lohneinkommen und die Kapitalisten den realisierten Mehrwert für Konsumgüter ausgeben. Da innerhalb der Abt. I C_I abgesetzt wird, $V_I + M_I$ aber für Waren der Abt. II ausgegeben wird, in der Abt. II wiederum $V_{II} + M_{II}$ verkauft werden muß, C_{II} nur gegen Waren der Abt. I verausgabt werden kann, ist eine gleichgewichtige Reproduktion nur möglich, wenn $C_{II} = V_I + M_I$ ist, d.h. wenn die Ausgaben der Kapitalisten und die Ausgaben der Arbeiter der Abt. I für Konsumgüter genau den Ausgaben für konstantes Kapital seitens der Kapitalisten der Abt. II entsprechen.

Einfache Reproduktion ist unter Bedingungen kapitalistischer Warenproduktion aber eine Abstraktion. Durch die Konkurrenz werden die Kapitalbesitzer gezwungen, ihr Kapital zu erweitern, Mehrwert also nicht nur zu konsumieren, sondern auch zu akkumulieren. Der Mehrwert kann daher nicht nur allein der Konsumtion dienen, sondern muß in zusätzliches konstantes Kapital und variables Kapital verwandelt werden, um die Produktionskapazitäten zu erweitern und die Produktivität der Arbeit zu steigern. Welcher Teil des Mehrwerts von den Kapitalbesitzern akkumuliert, in zusätzliches Kapital zurückverwandelt wird, ist von vornherein nicht bestimmt. Wenn zwar der minimale Kapitalbedarf für die Erweiterung der Produktionskapazitäten - und mithin der zu akkumulierende Mehrwert - durch technische Gründe bestimmt ist, so kann dennoch davon ausgegangen

werden, daß der akkumulierte Teil des Mehrwerts oder Profits bei jedem Einzelkapital und bei jeder Abteilung der gesellschaftlichen Produktion von der Profitrate abhängt, genauer: von der vergangenen und erwarteten Profitrate, wobei letztere die Zinsrate übersteigen muß. In Begriffen der Keynesschen Theorie ausgedrückt heißt dies, daß so lange Nettoinvestitionen vorgenommen werden, wie die erwartete Profitrate der Investitionen in den realen Kapitalstock größer ist als die Zinsrate. Wenn die Profitrate für reale Produktionsanlagen unter die Zinsrate sinkt - so die Keynessche Theorie -, besteht für die Kapitalbesitzer die Alternative, Teile des Profits auf dem Geldkapitalmarkt anzulegen. Wenn angenommen wird, daß die Akkumulation in den Kapitalstock in dieser Weise auch von der Zinsrate abhängig ist, bedeutet dies aber nicht, daß der Zinsrate für die Investitionen eine große Bedeutung zukäme. Denn:

1. Die Konkurrenz zwingt die einzelnen Unternehmen selbst bei einer fallenden Profitrate und auch bei einer unter dem Zinssatz liegenden Profitrate zu akkumulieren, Teile der Produktionsanlagen zu erneuern und neue Produktionsanlagen zu installieren, da sie andernfalls Konkurrenznachteile durch veraltete Technologie befürchten müßten. Die Zinsrate wird also bei bestimmten Arten von Investitionen durchaus keine absolute Untergrenze für die Kapitalerweiterung sein.

2. Die Unternehmen, insbesondere die Großunternehmen, haben trotz einer beträchtlichen Fremdfinanzierungsquote stets die Tendenz, vorwiegend aus Eigenmitteln, aus dem Profit oder - bei den Aktiengesellschaften - aus den einbehaltenen Gewinnen zu akkumulieren, so daß auch hier die Zinsrate für Finanzierungsmittel nicht die ausschlaggebende Rolle bei Neuinvestitionen spielt.

Dennoch kann angenommen werden, und dies zeigen auch viele empirische Studien, daß tatsächlich Investitionen aus dem Profit zurückgehen, Nettoinvestitionen in größerem Umfang also zurückgestellt werden, wenn die erwartete *Profitrate sinkt oder gar unter die Zinsrate fällt*. Obwohl dann die Investitionsmöglichkeiten in Form der *Profitmasse* durchaus vorhanden sind, bestimmt doch die *Profitrate* (in ihrem Verhältnis zur Zinsrate), wieviel gespart, d.h. auf dem Geldmarkt angelegt oder konsumiert wird.

In diesem Rahmen können allerdings nur die einzelkapitalistischen Investitionsentscheidungen bestimmt werden. Für das Gesamtkapital sehen nämlich die Verhältnisse anders aus: Jeder einzelne Unternehmer kann den Vergleich machen zwischen der Zinsrate, die er für angelegtes Geldkapital erhalten würde, und der erwarteten Profitrate, die er aufgrund seiner Erfahrungen kalkuliert. Für das Gesamtkapital allerdings ist die Zinsrate keine äußerlich vorgegebene Größe, sondern selbst Resultat der langfristigen und der zyklischen Entwicklung. Wir werden noch unten (vgl. dazu 2.1.5.) genauer sehen, wie sich in spezifischer Weise der Zins in den einzelnen Phasen des industriellen Zyklus verhält und daß es Gesetzmäßigkeiten für die Bewegung von Profit und Zins im Akkumulationszyklus gibt, die jenseits der individuellen Entscheidung von einzelnen Unternehmern begründet sind. Wenn es richtig ist, daß die Zinsen wie auch die Profite aus dem von den Lohnarbeitern produzierten Mehrwert "finanziert" werden, dann ist es klar, daß für alle Kapitalisten gar nicht die Möglichkeit besteht, zu Lasten der Akkumulation ihr freies Geldkapital zinsträchtig anzulegen: Die zu zahlenden Zinsen müssen schließlich produziert werden, und wird der Produktionsprozeß eingeschränkt,

dann bedeutet dies letztlich - sofern keine Sonder-
einflüsse z.B. von seiten des Weltmarktes vorliegen -,
daß auch die Zinsen auf Leihkapital reduziert werden
müssen. Dann aber kann auf niedrigerem Niveau die
erwartete Profitrate die Zinsrate übersteigen, so daß
eine erneute produktive Anlage von Kapital, d.h. Akku-
mulation von Kapital, wahrscheinlich wird.

Ebensowenig wie die Zinsrate also eine objektiv vor-
gegebene fixe Größe wäre, sozusagen die Meßlatte, an
der sich die Entscheidung über Investition oder Sparen
rational ausweisen ließe, ist das Verhältnis von ver-
gangener und erwarteter Profitrate ein für allemal
gegeben. Wenn wir den Begriff der Erwartung hier ein-
führen, dann nicht im Sinne einer psychologischen
Kategorie, denn da die Erwartungen an Erfahrungen ge-
bunden sind, die die Kapitalisten innerhalb des Funk-
tionsmechanismus des gesellschaftlichen Systems machen,
spiegeln sich bereits in den Erwartungen gesellschaft-
liche Abläufe. Natürlich ist jede Erwartung zunächst
einmal eine individuelle, sonst würde der Begriff
keinen Sinn geben. Jedoch sind die Individuen bzw. die
einzelnen Kapitalisten oder Einzelkapitale nur Teile
der Gesamtheit der kapitalistischen Gesellschaft und
daher auch mit den Erwartungen auf den Funktionsmecha-
nismus des Systems bezogen. Marx spricht in diesem Zu-
sammenhang erstens von den "immanenten Gesetzen der
kapitalistischen Produktions", die zweitens in der
"äußeren Bewegung der Kapitale erscheinen", sich drit-
tens als "Zwangsgesetze der Konkurrenz" geltend machen
und so viertens als "treibende Motive dem individuellen
Kapitalisten zum Bewußtsein kommen" (Kapital I, MEW 23,
335). Von den immanenten Gesetzen der Produktionsweise
zu den treibenden Motiven und Erwartungen des Handelns
der Kapitalisten sind demzufolge Vermittlungen notwendig,

über die die immanenten Gesetze sich im motivierten Handeln durchsetzen bzw. die das aufgrund von bestimmten Erwartungen vollzogene Handeln im Systemzusammenhang begrenzen.

Dabei ist ein weiteres Problem zu berücksichtigen. Vordergründig betrachtet, ist die These von der Abhängigkeit der Investitionsentscheidungen von der erwarteten Profitrate ein Zirkelschluß, denn einmal hängen die Investitionsentscheidungen von der erwarteten Profitrate ab, zum anderen wird aber die zukünftige Profitrate von den Investitionsentscheidungen bestimmt, da die Investitionsnachfrage die Höhe der *realisierten* Profitrate mitbestimmt. Hier haben wir es mit einem in der Nationalökonomie . . . bekannten Widerspruch zu tun, daß nämlich die Unternehmer mit ihren Investitionsentscheidungen den Profit, den sie erwarten, "selbst produzieren können". Aber auch dieser scheinbare Widerspruch läßt sich auflösen, denn die Investitionsentscheidung des einzelnen Kapitalisten hängt tatsächlich von der erwarteten Profitrate ab - von anderen Entscheidungsparametern, die wir bereits erwähnt haben, einmal abgesehen. Der wirklich produzierte *und* realisierte zukünftige Profit jedoch ist das Resultat des Wirkens der vielen Kapitalisten im Funktionszusammenhang des Gesamtkapitals. Erst wenn viele entscheidende Kapitalgruppen eine "angemessene" Profitrate erwarten und sich dementsprechend verhalten, kann sich die "Erwartung" bewahrheiten.

Die Höhe der Profitrate (und ihr Verhältnis zur Zinsrate) kann als die entscheidende Bestimmungsgröße der Akkumulationsrate und damit der Kapitalerweiterung gelten. Die Akkumulationsrate ist das Verhältnis von in Arbeitskraft und Produktionsmitteln ausgelegtem Teil

des Mehrwerts zum Gesamtmehrwert $\left(\frac{\Delta C + \Delta V}{M} \right)$.

Mit der Erweiterung der Produktionskapazitäten wächst aber auch der Output an Waren, so daß die Profitrate letztlich auch für das Wachstum des Sozialprodukts und die Beschäftigung bestimmend ist. Die vergangene und erwartete Profitrate selbst hängt langfristig von den Produktionsbedingungen ab, wird aber auch von kurzfristigen Nachfrageschwankungen beeinflusst. Um den Zusammenhang von "Produktion" und "Nachfrage" deutlich zu machen, wollen wir den oben angedeuteten Akkumulations- und Wachstumsprozeß, der sich auf Wertgrößen bezieht, in einem Kreislaufschema verdeutlichen. Daß die *Akkumulationsrate* von entscheidender Bedeutung für die Kontinuität des Reproduktionsprozesses ist, läßt sich durch folgende Überlegung zeigen: Wird von den Kapitalbesitzern zu viel vom Mehrwert akkumuliert, entsteht eine "Nachfragelücke" in der Konsumgüterabteilung; wird zu wenig von dem Mehrwert akkumuliert, entsteht eine "Nachfragelücke" in der Produktionsmittelabteilung, wie dies auch im Schaubild 2 (ausgedrückt in den Ungleichheitszeichen) deutlich wird (in dem Schaubild wird der Außenbeitrag nicht berücksichtigt):

Das Kreislaufschema in Schaubild 2 stellt eine Erweiterung des Schemas der einfachen Reproduktion dar. Im Schema der erweiterten Reproduktion wird berücksichtigt, daß ein Teil des Mehrwerts in Kapital rückverwandelt wird, also *Akkumulation* stattfindet. Dieser Prozeß der Produktion und Akkumulation von Mehrwert und der Erweiterung von Kapital (bzw. der Erweiterung von Produktionskapazitäten) ist im Schaubild links von den 'Ungleichheitszeichen' dargestellt. In bürgerlicher Terminologie repräsentiert diese Seite im wesentlichen die "Angebotsseite" des Kapitalkreislaufs. Rechts der Ungleichheitszeichen ist dagegen die Nachfrageseite erfaßt: Die Nachfrage nach *Produktionsmitteln* seitens der Kapitalbesitzer, des Staates und des Auslandes, sowie die Nachfrage nach *Konsumgütern* seitens der Kapitalbesitzer, der Lohnarbeiter, des Staates und des Auslandes. Obwohl sie unmittelbar in den Kreislaufprozeß einbezogen sind, sind daher hier die Nachfrageelemente aus Darstellungsgründen von der Produktionsseite getrennt. So bedeuten die Ungleichheitszeichen zwischen dem Gesamtangebot und der Gesamtnachfrage, daß die durch die Kapitalakkumulation geschaffenen Angebotskapazitäten größer oder kleiner oder gleich der Gesamtnachfrage sein können. Hier wird die Akkumulationsrate entscheidend. In dieser Beziehung ist daher die *Möglichkeit* partieller oder allgemeiner Krisen stets eingeschlossen, die aus der Trennung von Kauf und Verkauf allgemein resultiert.

Betrachten wir zunächst die linke Seite des Kreislaufschemas, die "*Angebotsseite*". Allgemein symbolisiert die obere Reihe das auf zwei Abteilungen aufgeteilte Kreislaufschema des Geldkapitals bei Marx

$$(G - W \begin{smallmatrix} \text{Pm} \\ \text{A} \end{smallmatrix} \dots P \dots W' - G'),$$

wobei wir zu G' ($= G + \Delta G$) auf dem Umweg über die Aufteilung des Mehrwerts im unteren Teil des Schemas gelangen. (Diese Umformungen des Marxschen Schemas waren notwendig, weil wir hier ja schon den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion einschließlich Aufteilung des Mehrwerts, der Nachfrageverhältnisse etc. betrachten. Andererseits müßten wir eigentlich diese Betrachtung anhand des Kreislaufs des Warenkapitals $W' \dots W'$ illustrieren, was aber zusätzliche Komplikationen mit sich gebracht hätte, weshalb wir hier lediglich den Kreislauf des Geldkapitals $G \dots G'$ herausgenommen haben).

In unserem Schema symbolisieren die beiden oberen Reihen wieder, wie schon bei der Darstellung der einfachen Reproduktion, den Prozeß der Mehrwertproduktion, aggregiert nach den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion (Produktionsmittel- und Konsumgüterabteilung): Es wird vom Kapitalisten *Geldkapital* vorgeschossen ($G_{I,II}$), das durch die Realisierung von Warenkapital in der Zirkulation entstanden ist (insofern müßte auch W' davorgesetzt werden); das Geldkapital wird für den Ankauf von Arbeitskraft und Produktionsmitteln resp. variablem und konstantem Kapital ($V_{I,II}$; $C_{I,II}$) verwandt und in der Produktion von Mehrwert eingesetzt. Der Produktenwert wird dann als *Warenkapital* ($W'_{I,II}$) in die Zirkulation geworfen und der in den Waren enthaltene Wert und Mehrwert durch Verkauf realisiert. Wenn dieser Prozeß der Umsetzung von Warenkapital in Geldkapital (= Realisierung des Mehrwerts) gelingt, kann Mehrwert akkumuliert, konsumiert oder vom Staat absorbiert werden. Die Größen ($M^a_{I,II} + M^k_{I,II} + M^{St}_{I,II}$) stellen daher die akkumulierten, konsumierten und/oder vom Staat absorbierten Mehrwertteile dar. (Der Einfachheit halber wird hier vorausgesetzt, daß die Staatstätigkeit allein aus dem Mehrwert finanziert wird.) Der akkumulierte Teil des Mehr-

werts ($M^a_I + M^a_{II}$) dient der Erweiterung des konstanten und variablen Kapitals. Die Mehrwertteile ($M^k_I + M^k_{II}$) repräsentieren einmal den konstanten Konsum der Kapitalisten ($K_{I,II}$), der ihnen auch unter den Bedingungen der einfachen Reproduktion zukäme (also M_I und M_{II} aus der einfachen Reproduktion) und einen Zuwachs an Konsum ($\Delta K_{I,II}$), der aus dem Wachstum des Mehrwerts hervorgeht. Daher:

$$[M^k_{I,II} = K_{I,II} + \Delta K_{I,II}]$$

Die Mehrwertteile ($M^{St}_I + M^{St}_{II}$) werden vom Staat dem privaten Kapital durch Steuern abgezogen.

Die von den Kapitalisten konsumierten Mehrwertteile ($M^k_{I,II}$) und der vom Staat absorbierte Mehrwertteil ($M^{St}_{I,II}$) sind - von indirekt produktiven Wirkungen der Staatsausgaben abgesehen - *nur nachfragewirksam* (vgl. die rechte Seite des Schemas). Die Aufteilung des nach Steuerabzug verbleibenden Mehrwerts in akkumulierten Mehrwertteil ($M^a_{I,II}$) und konsumierten Mehrwertteil ($M^k_{I,II}$) und die Aufteilung des akkumulierten Mehrwertteils in Anlage im eigenen Unternehmen oder auf dem Geldkapitalmarkt hängen wiederum von der vergangenen und erwarteten einzelkapitalistischen Profitrate bzw. letztere vom Vergleich der erwarteten Profitrate und der Zinsrate ab. Der akkumulierte Mehrwert ($M^a_{I,II}$) hat eine *doppelte* Bedeutung: Er ist zum einen *nachfragewirksam*, da durch die Kapitalisierung von Mehrwert die Nachfrage nach (zusätzlichen) Produktionsmitteln und Konsumgütern bestimmt wird; zum anderen ist er *angebotswirksam*, da durch die Verwandlung von Mehrwert in zusätzliches Kapital die Produktionskapazitäten erweitert und die Produktivkraft der Arbeit gesteigert werden. (Soweit die auf dem Geldkapitalmarkt angelegten Mehrwertteile wieder der Akkumulation zugeführt werden (Fremdfinanzierung), gilt für

sie gleichermaßen diese doppelte Bedeutung - dies wird durch die dünn gestrichelten Linien angegeben.) Findet Kapitalakkumulation statt, sei es durch Kapitalisierung von Mehrwert, sei es durch Kapitalkredite aus dem Geldkapitalfonds finanziert, dann vergrößert sich auf jeden Fall das Angebot von Waren auf dem Markt.

Der im Schaubild 2 durch das Pfeilschema verdeutlichte Kreislaufprozeß kann nur dann störungsfrei gelingen, wenn auch eine hinreichende Nachfrage vorhanden ist, die produzierten Waren zu kaufen. Die *Nachfrage* nach Produkten der beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion setzt sich zusammen aus der Nachfrage nach Produktionsmitteln und der Nachfrage nach Konsumgütern. Eine hinreichende Nachfrage nach *Produktionsmitteln* kommt zustande, wenn die Kapitalbesitzer ihr konstantes Kapital ersetzen ($C_{I,II}$), dieses in hinreichendem Maße erweitern ($\Delta C_{I,II}$) und der Staat zur Erstellung allgemeiner Produktions- und Reproduktionsvoraussetzungen Produktionsmittel nachfragt.

Eine hinreichende Nachfrage nach *Konsumgütern* entsteht, wenn die Arbeiterklasse die Lohnsumme ($V_{I,II} + \Delta V_{I,II}$), die Kapitalbesitzer die Mehrwertteile ($M^k_{I,II}$) und der Staat den Mehrwertteil (M^{St}_k) verausgaben.

Aus dem gesamten, den Kapitalkreislauf repräsentierenden Schema wird sichtbar, daß (abgesehen von den Staatsausgaben) die Kapitalbesitzer den Betrag wieder realisieren, den sie für die Produktion vorschießen. Das Geldkapital fließt an die Kapitalbesitzer zurück, wenn sie es wieder für Produktionsmittel oder Konsumgüter ausgeben. Die Realisierung der Waren gelingt nur vollständig, wenn bestimmte Austauschproportionen zwischen den Abteilungen gewährleistet sind. Legt man die oben

entwickelten Kreislaufzusammenhänge der erweiterten Reproduktion zugrunde (und sieht man der Einfachheit halber von der Staatstätigkeit und dem Außenhandel ab), dann gelten folgende Bedingungen der erweiterten Reproduktion:

$$\boxed{C_{II}} + \Delta M^a_{C_{II}} = \boxed{V_I + M_I} + M^{\Delta k}_I + M^a_{V_I}.$$

Die eingerahmten Größen repräsentieren dann wieder die Bedingungen für die einfache Reproduktion. Für die erweiterte Reproduktion kommt die Bedingung hinzu, daß der in konstantes Kapital umgesetzte Mehrwertteil der Abteilung II ($\Delta M^a_{C_{II}}$) dem zusätzlichen Konsum der Kapitalisten der Abteilung I ($M^{\Delta k}_I$) und dem Konsum der zusätzlich in der Abteilung I eingestellten Lohnarbeiter ($\Delta M^a_{V_I}$) entsprechen muß. Erst unter dieser zusätzlichen Bedingung kann sich eine gleichgewichtige erweiterte Reproduktion vollziehen (vgl. Sweezy 1959, 126).

Dieser oben dargestellte Entwicklungs- und Akkumulationsprozeß vollzieht sich aber nicht - wie die schematische Darstellung nahelegt - auf der Grundlage gleicher ökonomischer und sozialer Strukturen. Durch die Akkumulation und Erweiterung der Produktionskapazitäten sowie durch die Anwendung technischen Fortschritts wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit erhöht auch bei gegebenem Reallohn der Arbeiten die Mehrwertrate. Der Reallohn und die Mehrwertrate werden aber auch von der Militanz und der Stärke der Gewerkschaften bestimmt. Die Arbeitsproduktivität und die Stärke der Gewerkschaften bestimmen daher die Bedingungen der Mehrwertproduktion. Andererseits kann die Steigerung der Produktivität der Arbeit im wesentlichen nur über

eine Steigerung des Kapitaleinsatzes pro Arbeiter (einer Erhöhung der technischen Zusammensetzung des Kapitals ($\frac{P_m}{A_k}$)) erfolgen. Dadurch ändert sich aber auch die organische Zusammensetzung des Kapitals ($\frac{C}{V}$) und das Verhältnis, in dem der akkumulierte Teil des Mehrwerts ($\Delta M^a_I + \Delta M^a_{II}$) in konstantes und variables Kapital verwandelt wird. Auch von dieser Seite ändern sich also mit der Akkumulation die Bedingungen der Mehrwertproduktion. Darüberhinaus wird sich aber auch das Verhältnis der Konsumgüter- zur Produktionsmittelabteilung ändern ($\frac{W_I}{W_{II}}$), wenn die technische Zusammensetzung des Kapitals - und als Folge davon die organische Zusammensetzung des Kapitals - ansteigt. Die Folge hiervon ist nämlich eine verhältnismäßig stärkere Zunahme der Produktionsmittelabteilung und eine Umlenkung eines Teils der Arbeitskräfte auf die Produktionsmittelabteilung. Mit der Änderung in den Methoden der Mehrwertproduktion und Akkumulation wächst aber auch die durchschnittliche Kapitalgröße (Konzentration). Kleinere Kapitale werden von größeren verdrängt (Zentralisation). Diese strukturellen Veränderungen, die sich im Laufe des Akkumulationsprozesses vollziehen, verändern also nicht nur die Bedingungen der Mehrwertproduktion und Akkumulation, sondern auch die Nachfrageverhältnisse, wodurch wieder Störungen im Absatz und in der Produktion entstehen können (abgesehen von staatlichen Einflüssen, den Einflüssen der Arbeiter und Gewerkschaften, des Weltmarktes auf den Reproduktionsprozeß).

Die für die Entwicklung des Akkumulationsprozesses relevante Größe ist aber die Profitrate; diese ist mithin entscheidend für die Größe der Akkumulationsquote, ob Mehrwert resp. Profit akkumuliert, konsumiert oder "gespart", d.h. als Geldkapital gehortet, also angelegt wird. (Diese Zusammenhänge sind gerade

für den Zyklus wichtig.) Die Profitrate selbst ist *langfristig* durch die jeweiligen Produktionsbedingungen bestimmt, d.h. durch die jeweils vorherrschende Mehrwertrate m' und durch die organische Zusammensetzung ($\frac{C}{V}$) festgelegt. Die Mehrwertrate ist durch das Reproduktionsniveau der Arbeiter und die Arbeitsproduktivität determiniert. Die organische Zusammensetzung des Kapitals wird durch den Kapitaleinsatz pro Arbeiter (die technische Kapitalzusammensetzung) und die Arbeitsproduktivität bestimmt. Die Höhe der Profitrate wird also - wenn man einmal von den verschiedenen Umschlagszeiten der einzelnen Bestandteile des Kapitalvorschusses absieht - von der Mehrwertrate und der organischen Zusammensetzung des Kapitals determiniert (bzw. von dem Reproduktionsniveau der Arbeiter, der Arbeitsproduktivität und der technischen Kapitalzusammensetzung). Je höher aber die Profitrate, desto mehr werden die Kapitalbesitzer dazu neigen, die Akkumulationsrate des Mehrwerts zu erhöhen und Kapital zu akkumulieren, desto schneller werden aber auch die Produktionskapazitäten ausgedehnt und desto größer wird auch die Nachfrage nach Arbeitskräften sein. Das Umgekehrte gilt bei niedriger oder absinkender Profitrate. Ist dies der Fall, so werden die Investitionen aus dem Mehrwert resp. Profit abnehmen, obwohl durch die Produktion eines Surplusproduktes die "Investitionsmöglichkeiten", die Profitmassen, noch vorhanden sind. Die Akkumulationsrate sinkt. Die Ausnutzung der Produktionskapazitäten und die Beschäftigung werden zurückgehen. Die Auslastung der Produktionskapazitäten hat aber wieder Rückwirkungen auf die Profitrate. Es ist daher richtigerweise gesagt worden, daß *kurzfristig* (also in dem uns hier interessierenden zyklischen Ablauf) die Profitrate auch von der Nachfrage abhängt. (Vgl. die rechte Seite in dem Schema.) Die Nachfrage selbst wird aber wieder von

der Profitrate beeinflusst, insofern diese die Höhe der Kapitalisierung des Profits (Auslage in ΔC und ΔV) bestimmt. Die wichtigsten *Komponenten der Nachfrage* sind die Konsumnachfrage der Kapitalbesitzer und Lohnarbeiter, die Investitionsnachfrage der akkumulierenden Kapitalbesitzer, die Nachfrage des Staates nach Konsum- und Investitionsgütern und die Auslandsnachfrage. Diese Nachfragegrößen haben insofern einen Einfluß auf die Profitrate, als infolge einer Übernachfrage die Profite aufgrund von Preissteigerungen steigen können und infolge einer zurückgehenden Nachfrage die realisierten Profite zurückgehen, weil die Produktionskapazitäten unterausgelastet sind, die Fixkosten steigen und die Profitanteile pro Produkt sowie durch eine geringere Gesamtproduktion zurückgehen. Damit sinkt auch die realisierte Profitrate ab.

2.1.5 Analyse der zyklischen Krisenprozesse

Den mit der absinkenden realisierten Profitrate eingeleiteten zyklischen Abschwungprozeß gilt es im folgenden näher zu analysieren. Während die Überlegungen im vorangegangenen Abschnitt allgemeiner die Frage nach dem Zusammenhang von Produktion und Realisierung gestellt hatten, nehmen wir daher jetzt wieder die Frage nach den Ursachen des kapitalistischen Krisenzyklus auf.

Warum kommt es zu einem Absinken der Profitabilität nicht nur in der langfristigen Tendenz (vgl. dazu Altvater u.a. 1974 b und 1979), sondern auch im zyklischen Verlauf? Welche Faktoren sind für das Absinken der vergangenen und erwarteten marginalen Profitrate, d.h. für das Absinken der Akkumulationsrate

verantwortlich? Hier lassen sich vier Faktoren benennen.

1. Im Verlauf des Aufschwungs und des Booms sinkt die Profitabilität der Investitionen deshalb ab, weil die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität, die anfänglich aufgrund der Reinigungsprozesse in der Krise sehr hoch ist, infolge des Ausschöpfens der Produktivitätsreserven allmählich nachläßt. Zugleich steigen aufgrund der Arbeitskräfteverknappung und der gewachsenen Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, die den Lohnrückstand der Krise und der ersten Phase des Aufschwungs nachholen müssen, die Geldlöhne und die Lohnquote. Die Profitquote sinkt im Boom daher leicht ab. Zudem steigt die Kapitalintensität an, was sich, sofern die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität darunter liegt, in einem steigenden marginalen Kapitalkoeffizienten ausdrückt. In Marxschen Begriffen ausgedrückt, bedeutet dies, daß im Laufe des Aufschwungs und vor allem des Booms die Kapitalzusammensetzung steigt und die Mehrwertrate stagniert oder abnimmt.

2. Durch die Kapitalakkumulation im Laufe des Zyklus und die Konkurrenz der Kapitale und profitable Anlagesphären steigen auch die Preise für Rohstoffe, Vorprodukte und vor allem für Investitionsgüter. Gleichzeitig erhöhen sich die Preise der Konsumgüter infolge der begrenzten Endnachfrage langsamer als die Investitionsgüterpreise (vgl. Schaubild 5). Die Profitabilität der Investitionen wird daher in der Konsumgüterindustrie aufgrund des Verhältnisses von Investitionsgüter- und Konsumgüterpreisen stärker absinken als in der Investitionsgüterindustrie. Da die Investitionen von den Profiten abhängen, sinken die Bestellungen von Investitionsgütern.

3. Im Aufschwung und vor allem in der Boomphase wird verleihbares Geldkapital knapp. Das Kreditwesen wird durch nachgefragte Kapitalkredite und Spekulationsgeschäfte sowie später bei sich abzeichnender Krise durch Konsolidierungskredite angespannt. Diese Kreditverknappung und Verteuerung des Geldkapitals durch Zinssteigerungen wird in der Regel bei sich verstärkenden inflationären Tendenzen im Boom durch die Politik von Regierung und Zentralbanken mit beeinflußt. Gerade in Boomphasen wird die Zentralbank wegen der sich entwickelnden Inflation eine Politik der Kreditverknappung und der hohen Zinssätze einleiten. Investitionen in fixes Kapital und steigende Lagerhaltung (um der Nachfrage zu entsprechen) werden dadurch verteuert, sofern sie durch Kredite mitfinanziert werden müssen. Eine restriktive Anti-Inflationspolitik der Zentralbank kann daher die Finanzierungsschwierigkeiten kleiner Kapitale in der Schlußphase des Booms erheblich vergrößern und zum Abbruch von Investitionen (ein aktuelles Beispiel: die Bauruinen zu Beginn des zyklischen Abschwungsprozesses 1973) oder zur Revision von Investitionsentscheidungen nach unten führen.

4. Infolge der hohen Zinssätze und wegen des Rückgangs der Investitionstätigkeit entwickeln die Kapitalbesitzer die Neigung, ihr Kapital lieber in Geldform zu halten und anzulegen, als es in Arbeitskraft und Produktionsmittel umzusetzen. Statt zu akkumulieren und das Kapital produktiv zu investieren, wird Geldkapital gehortet und/oder zinsbringend angelegt. Die Geldkapitalhortung bzw. -anlage beschleunigt dann zusammen mit der Zurückhaltung der Lohnabhängigen bei Konsumausgaben in der beginnenden Krise (Sparen aus Lohneinkommen) wegen der Unsicherheit der zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten den allgemeinen Abschwung in die Krise.

Der Abbruch des Booms und der Eintritt der Krise kommen nach dieser Erklärung durch eine *sinkende Akkumulationsrate* zustande, die sofort auch die Realisierungsbedingungen verändert (vgl. Lange 1969, 81). Im Gegensatz zu der Unterkonsumtionstheorie der Krise, die den Übergang des Booms in die Krise nur aus veränderten Realisierungsbedingungen auf der Konsumseite erklärt, bezieht die Überakkumulationstheorie in der hier entwickelten Version sowohl die *Realisierungsbedingungen* als auch die veränderten *Produktionsbedingungen* des Profits bei der Erklärung des Übergangs zur Krise mit ein. Die Krise ist daher die Zuspitzung der durch die Konkurrenz der Kapitale im Akkumulationsprozeß sich entwickelnden Widersprüche, die die Profitabilität und Akkumulationsrate der Einzelkapitale absinken lassen. Die Akkumulation bringt also eine Überakkumulation von Kapital und eine Überproduktion von Waren (Waren, deren Absatz keinen Mindestprofit einbringt) hervor. Gleichzeitig aber hat die Krise für das Kapital eine "positive" bereinigende Funktion. Sie ist, wie es der Sachverständigenrat ausdrückt, "im Kern eine Stabilisierungskrise, [die] wohl oder übel durchgestanden werden [muß]" (JG 75, 47). Worin besteht aber diese "bereinigende" Funktion? In der Krise wird überakkumuliertes Kapital vernichtet und entwertet, konkurrierende Kapitale werden ausgeschieden. Auf diese Weise wird die Profitrate wieder angehoben. Die Vernichtung und Entwertung von überakkumuliertem Kapital vollzieht sich entsprechend den unterschiedlichen Formen, in denen das Kapital in seinem Kreislauf existiert:

1. In der Krise wird das überakkumulierte *produktive Kapital* vernichtet bzw. entwertet. Dies erfolgt durch Konkurse nicht mehr profitabler Unternehmungen, durch Verschrottung von Maschinen und ganzen Anlagen, durch den Verkauf von ökonomisch überalterten Anlagen zu

Schleuderpreisen usw. Illiquide Unternehmungen können trotz eines höheren Werts der dort vorhandenen Produktionsmittel von noch liquiden Unternehmen billig aufgekauft werden. Durch diesen Prozeß wird von der Kostenseite her die Belastung des Kapitals durch unterdurchschnittlich produktive Anlagen verringert und folglich die allgemeine Profitrate durch Entwertung der unprofitablen Kapitalbestandteile angehoben; wird das Angebot insgesamt durch Verringerung des Produktionspotentials gesenkt und daher der Druck der Angebotskonkurrenz auf die Preise gemildert.

2. In der Krise findet auch Vernichtung und Entwertung von *Warenkapital* statt. Zunächst kann die *physische Vernichtung* von Waren das Angebot entlasten und daher Preise ermöglichen, die eine Verwertung des vorgeschossenen Kapitals enthalten. Daß Kaffee ins Meer gekippt und Schweinefleisch zum Füttern verwendet wurde, waren skandalöse Beispiele aus der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre. *Entwertung* von *Warenkapital* vollzieht sich hingegen durch Senkung der Preise. Diese Form der Entwertung von Kapital scheint sich in der gegenwärtigen Krise nicht mehr abzuspielen, da ganz offenbar das allgemeine Preisniveau nicht sinkt, sondern immer noch ansteigt. Jedoch findet auch im Verlauf von Inflationsprozessen Entwertung von *Warenkapital* statt, und zwar dann, wenn die Inflationsrate einzelner Warenkategorien geringer ist als die Inflationsrate anderer Waren. Immer dann, wenn die Inflation ungleichmäßig in verschiedenen Branchen verläuft, sind Entwertungsprozesse darin impliziert. Paul Mattick hat dafür den paradoxen Begriff der "deflationären Inflation" benutzt (Mattick 1976).

3. Schließlich findet auch Entwertung von *Kapital in Geldform* statt. Zur Finanzierung ihrer Transaktionen

benötigen die Unternehmen Geld. Das Geld wird vorgeschossen, um Produktionsmittel und Arbeitskräfte einzukaufen. Entwertung von Geldkapital findet immer dann statt, wenn im Verlauf des Zirkulationsprozesses von Kapital eine bestimmte realisierte Geldsumme (beim Verkauf der Waren) nicht mehr ausreicht, um die entsprechenden Arbeitskräfte und Produktionsmittel zu kaufen, mit denen die Waren wieder produziert werden können. Das Geldkapital vermag sich dann nicht zu reproduzieren. Entwertung von Geld äußert sich auch darin, daß die Festverzinsung von Geldsummen absinkt. In der Krise ist es regelmäßig so, daß die Zinsrate für Geldkapital sinkt, nicht zuletzt deshalb, weil die Nachfrage nach Geldkapital sich in dem Maße verringert, wie die "Investitionsneigung" der Unternehmer zurückgeht.

Die Kehrseite des Abbaus überakkumulierten Kapitals ist die *Arbeitslosigkeit der Arbeiter*. Das Freisetzen von Arbeitskraft und die Verringerung von Arbeitsplätzen führt für das Kapital zu einer Verringerung des für die Arbeitskräfte vorzuschießenden variablen Kapitalteils, Kapital wird freigesetzt. Denn wenn die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte abnimmt, dann sinkt die Lohnsumme; und wenn bei den beschäftigten Arbeitern außerdem der Reallohn gesenkt wird, und wenn schließlich für den gleichen Lohn aufgrund gesteigerter Arbeitsleistung (Steigerung von Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität) mehr herausgeholt werden kann, so hat dies entsprechend positive Wirkungen für die Kapitalauslage und ihre Verwertung. So wird in der Krise die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auf doppelte Weise gesteigert: einmal durch Reallohnkürzungen, zum anderen durch höhere Arbeitsleistungen.

In dem Maße, wie das Kapital seine Überakkumulation behebt, verbessern sich die Produktionsbedingungen von Profit. Die Krise übt ihre "Reinigungsfunktion" aus. Darin kommt aber nur zum Ausdruck, daß im Kapitalismus in gewissen periodischen Abständen *destruktive Prozesse* notwendig sind, um überhaupt weitere Akkumulation von Kapital profitabel zu machen. Entwicklung im Kapitalismus kann sich also nur als ein zyklisch verlaufender Prozeß von Akkumulation - Überakkumulation - Krise - Entwertung - Akkumulation vollziehen.

Die "Bereinigungsfunktion" der Krise besteht also im wesentlichen in der Vernichtung und Entwertung von Kapital in seinen oben beschriebenen drei Formen. Die Reduktion der Lohnsumme kann die Krise nicht überwinden helfen: Mit der Freisetzung produktiver Arbeiter bei Überkapazitäten muß auch der produzierte Mehrwert sinken (d.h. die produzierten Mengen gehen zurück - und die Fixkostenanteile steigen sogar noch an, wenn sie nicht auf die Preise abgewälzt werden können). Die *realisierte* Profitrate sinkt daher aus zwei Gründen in der Krise: Einmal, weil die produzierte Mehrwert- resp. Profitsumme absinkt; zum anderen, weil das Fixkapital bei Unterauslastung auf die Profitrate drückt. Gesamtwirtschaftlich muß dabei gegenüber der Konsumgüterindustrie eine Lohnsenkung zu einer weiteren Unterauslastung der Kapazitäten und so zur Senkung der realisierten Profitrate beitragen. Eine Politik der Verschlechterung der Reallohnposition der Arbeiter kann aus diesen Gründen schwerlich zu einer Überwindung der Krise beitragen, sicherlich wird sie aber die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verschlechtern.

2.1.6. Krise als notwendiges Durchgangsstadium der Kapitalakkumulation

Die ökonomische Krise ist nichts der bürgerlichen Gesellschaft Äußerliches oder Zufälliges. Sie ist notwendiges Moment der gesellschaftlichen Entwicklung, also weder auf Fehler der wirtschaftspolitischen Steuerung der Regierungen noch auf "exogene" Faktoren, "erratische" Schocks oder Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die "Ölkrise" und dergleichen mehr zurückzuführen. Die Krise ist - wie Georg Lukács bemerkt - die dramatische Zuspitzung der bürgerlichen Normalität und also in deren Struktur immer schon angelegt. Die gesellschaftlichen Widersprüche, die sich gerade im ökonomischen Bereich periodisch bis zum "Eklat" (Marx) zuspitzen, haben wir bereits analysiert. Wir haben auch gezeigt, daß die Krise nicht nur in dem Sinne notwendig ist, als in ihr die "widerstreitenden Agentien" der Kapitalakkumulation konfligieren, sondern auch als ein *Mittel der Bereinigung* der die weitere Entwicklung *blockierenden Widersprüche*. Damit ist die Krise aber keineswegs nur eine ökonomische Krise, die sich in rückläufigen oder gar negativen Wachstumsraten von ökonomischen Kategorien manifestiert. Sie ergreift vielmehr *alle* Aspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse: Sie ist Krise des Kapitals, dessen Verwertung infolge von Überakkumulation rückläufig ist; sie ist Finanzkrise des Staates infolge rückläufiger Einnahmen und relativ wachsender Ausgaben; sie wird zur Krise der wirtschaftspolitischen Konzeptionen, die ihr Scheitern offenbart haben; sie ist auch Krise der Arbeiterklasse, deren Einheitlichkeit und Kampfstärke angesichts von Arbeitslosigkeit gefährdet ist; und sie ist Legitimationskrise

des Systems, dessen Kapazität, die gesellschaftliche Entwicklung entsprechend den Lebensbedürfnissen der Massen zu steuern, offenbar an Schranken auch im Massenbewußtsein stößt.

Auch wenn in der Krise die "Defizienzen" des Systems zu Tage treten und sie folglich auch nicht nur ein "Betriebsunfall" ist, ist mit ihr keineswegs die Endphase des kapitalistischen Systems eingeläutet, und wird auch nicht quasi-automatisch der Übergang zu einer anderen, höheren Gesellschaftsformation auf die Tagesordnung gesetzt. Als Mittel der Bereinigung ist die Krise zugleich eine *notwendige Bedingung* der Sicherung und Stärkung der Herrschaft des Kapitals, indem die Voraussetzungen für eine erneute Phase der profitablen Kapitalakkumulation erzeugt werden. Dies geschieht nicht als bloße Wiederherstellung der Zustände vor der Krise, sondern als Prozeß der Herausbildung neuer historischer Verhältnisse der Kapitalverwertung. Es ist nur daran zu erinnern, daß in der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren die bürgerliche Klasse Methoden des Keynesianismus in der Wirtschaftspolitik erstmals einsetzte. In Deutschland wurde das faschistische Modell der "Krisenlösung" in einem Akt politischer Machtergreifung und dann mit in der Geschichte bis dahin noch nicht dagewesenem Terror gegenüber der Arbeiterklasse und allen kritischen und oppositionellen Gruppen durchgesetzt. Die Bereinigung in der Krise ist folglich nicht als Prozeß der Reduzierung von Widersprüchen in dem Sinne zu verstehen, daß lediglich durch Lohnsenkung und Kapitalentwertung die Verhältnisse vor der Krise restauriert würden, sondern als Prozeß der Durchsetzung neuer politisch-ökonomischer Bedingungen der Kapitalakkumulation, angefangen von einer Restrukturierung des Kapitals im Einzelbetrieb, in der Branchenstruktur und auf dem Weltmarkt bis hin zu Veränderungen in den politischen Methoden staatlicher

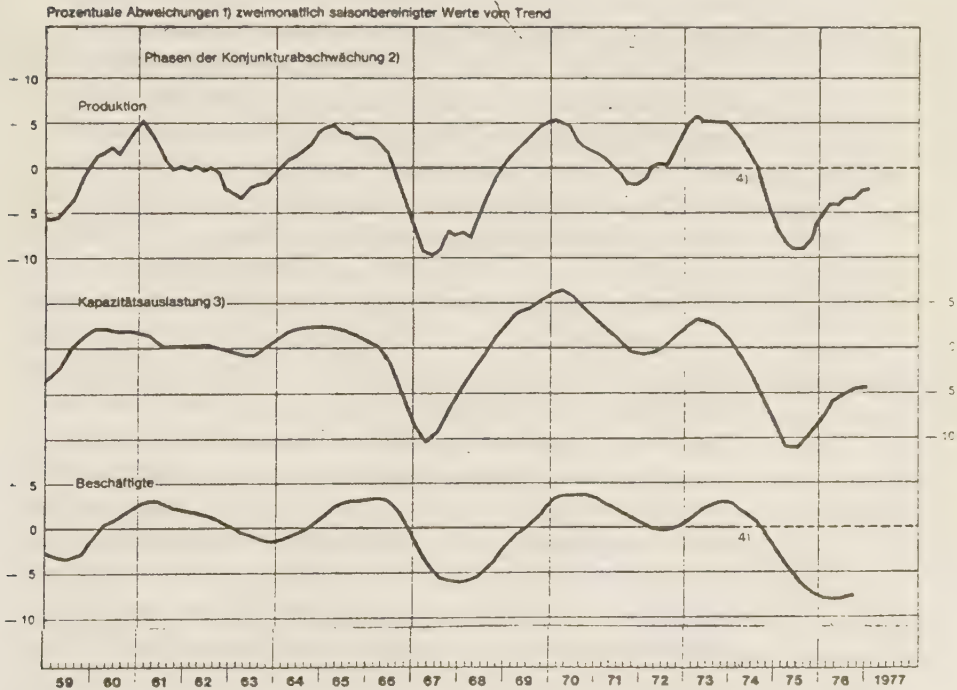
Interventionen in die Gesellschaft und den internen Strukturen des politischen Institutionensystems. Bereinigung heißt also immer Durchsetzung *neuer historischer Bedingungen der Kapitalakkumulation als Grundlage der bürgerlichen Hegemonie* in der Gesellschaft. Und genau darum geht auch die Auseinandersetzung zwischen Fraktionen der bürgerlichen Klasse und erst recht - wie wir noch sehen werden - zwischen Arbeiterklasse und Kapital.

2.2. Zur Periodizität und zur Länge des industriellen Zyklus

Wir haben bei der Darstellung der dem Zyklus zugrunde liegenden Triebkräfte die Bedeutung der profitabhängigen Investitionen herausgestellt. Dabei geht es im wesentlichen um Neuinvestitionen und nicht nur um Reinvestitionen. Die letzteren allein können die Spezifika eines kapitalistischen Akkumulationszyklus nicht erklären. Die Begründung der Zyklizität der ökonomischen Entwicklung und ihrer Länge aus den Ersatzinvestitionen ist daher nicht hinreichend, auch wenn sich Analysen mit dieser Position auf die Marxsche Aussage vom Fixkapital als der materiellen Basis des Zyklus beziehen können (vgl. Projekt Klassenanalyse 1976). Zwar existieren Reinvestitionszyklen, wenn in einer bestimmten Phase des Zyklus Investitionen in zeitlich konzentrierter Weise vorgenommen werden. In einer späteren Phase des Zyklus zieht dies dann ein Abklingen der Investitionen und der Investitionsnachfrage nach sich, weil dann die Abschreibungen größer sind als die Ersatznachfrage. Erst nach einer weiteren Phase des physischen Verschleißes der Anla-

Schaubild 3:

Produktion, Kapazitätsauslastung, Beschäftigung in der BRD
1959-1977 - Prozentuale Abweichungen vom Trend -



*) Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe und Energiewirtschaft.
1) Ergebnisse mit einem gleitenden 3-Periodendurchschnitt geglättet.
2) Gemessen an dem Rückgang der trendbereinigten Werte der Industrieproduktion (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe und Ener-

giewirtschaft) - 3) Vierteljährliche Angaben (Quelle für Ursprungswerte: Ifo-Institut) - 4) Kursverlauf ab Frühjahr 1974 noch nicht gesichert, da der Trend seitdem durch Extrapolation geschätzt wurde

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 4.

gen und des Umschlags des fixen Kapitals wird dann der physische Ersatz der Anlagen stattfinden, der, weil die Ersatznachfrage größer ist als die Abschreibungen, zu einem neuen Investitionsaufschwung führt. Diese Erscheinung wird in der ökonomischen Theorie als *Echoeffekt der Investitionen* bezeichnet (vgl. z.B. Lange 1969), der auch in der sozialistischen Produktion gilt, ohne daß damit jedoch zyklische Krisen verbunden sind. Wird von reinen Ersatzzyklen ausgegangen, dann scheinen die kapitalistischen Zyklen allenfalls nur ein technisches Problem der konzentrierten Reinvestitionen zu sein; es wird dabei aber nicht berücksichtigt, in welcher Weise die Investitionen mit den Bedingungen der Profitproduktion und Realisierungs zusammenhängen. Die Erklärung der Zyklizität mit dem Echoeffekt hätte allenfalls den Vorteil, daß die Länge der Zyklen recht einfach mit der durchschnittlichen Lebensdauer der Anlagen begründet werden könnte. Die Zyklen müßten dann entweder stets gleichbleibende Länge haben oder mit der Abschreibungszeit der Anlagen entsprechend variieren. Dagegen ist aber einzuwenden, daß erstens die Abschreibungen und die Ersatznachfrage nicht technisch, sondern *ökonomisch* bestimmt sind, und daß zweitens die Rolle der Nettoinvestitionen bei dieser Begründung der Zykluslänge vergessen wird. Werden die *Bruttoinvestitionen*, d.h. die Ersatz- und Nettoinvestitionen, der Untersuchung zugrunde gelegt, dann ist die Länge des Zyklus mit dem Echoeffekt nicht mehr exakt festlegbar und das Bild des Zyklus kompliziert sich.

Wenn wir die konjunkturelle Bewegung von Produktion, Kapazitätsauslastung und Beschäftigung in der Bundesrepublik seit 1959 betrachten (vgl. Schaubild 3), dann zeigt es sich, daß die Zyklen sehr unterschiedlich sind.

Man könnte dem Schaubild entnehmen, daß es Zyklen von etwa 7-9jähriger Dauer gibt mit den Tiefpunkten in den Jahren 1958/59, 1966/67 und 1974/75. Man könnte aber auch die Auffassung vertreten, daß es drei- bis vierjährige Zyklen gibt mit Tiefpunkten 1958, 1963, 1967, 1971/72 und 1974/75. Der empirische Verlauf der Konjunktur in der Bundesrepublik scheint somit eine Auffassung zu bestätigen, die Josef A. Schumpeter folgendermaßen zusammengefaßt hat: "Es besteht kein Grund dafür, daß der zyklische Entwicklungsprozeß nur eine wellenförmige Bewegung hervorbringen sollte. Im Gegenteil bestehen viele Gründe für die Erwartung, daß er eine unbeschränkte Zahl von wellenförmigen Schwankungen auslösen wird, die gleichzeitig abrollen und während dieses Prozesses sich gegenseitig stören." (Schumpeter 1961, 171) Nach Schumpeters Auffassung überlagern sich insbesondere drei Zyklen: Die lange Welle von 30 bis 40 Jahren Dauer (Kondratieff-Zyklus), der 7-9jährige Zyklus (Juglar-Zyklus) und der etwa 40-monatige kurze Zyklus (Kitchin-Zyklus). Die BRD-Entwicklung könnte eine Bestätigung dieses Drei-Zyklen-Schemas abgeben: Der lange Weltmarktaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg als "lange Welle", die 7-9jährigen Zyklen mit bedeutenden konjunkturellen Einbrüchen und Krisen 1958, 1967 und 1974 und die kurzen drei- bis vierjährigen Zyklen, deren Abweichung vom Trend der Entwicklung relativ gering ist. Für die "lange Welle" haben Altvater u.a. (1974b) eine Erklärung diskutiert. Sie haben auch den Zusammenhang zwischen langfristigen Entwicklungstendenzen und zyklischer Bewegung benannt, als sie darauf verwiesen, daß die zyklischen Krisen umso schärfer sind, je niedriger das Niveau von Profitrate und Akkumulation ist. Aber auch zwischen den kurzen Zyklen und den stärkeren 7-9jähri-

gen Zyklen besteht ein Zusammenhang, den wir im folgenden noch herausarbeiten müssen.

Betrachtet man die Daten, dann läßt sich feststellen, daß jedesmal nach einem Investitionsboom von 2 bis 3 Jahren die Investitionen stagnieren oder gar zurückgehen. Die Kapazitäten bleiben aber noch aufgrund der Konsumnachfrage, der Staatsnachfrage und - dies ist in der BRD besonders wichtig - aufgrund der Exportnachfrage relativ gut ausgelastet. Der nach einer Zeit des Booms auftretende Rückgang der Produktion, der Beschäftigung und der Kapazitätsauslastung, wie in der BRD 1962/63 und 1971, wäre demnach eher als eine durch den Investitionsrückgang bedingte schwache Krise oder "*Zwischenkrise*" zu interpretieren.

"Zwischenkrise und Zwischenaufschwung sind nicht als Sonderbewegung einer Variablen und auch nicht als Ergebnis einer modifizierenden bzw. überlagernden Welle aufzufassen, sondern als eine Durchsetzungsform des kapitalistischen Zyklus, die sich unter den strukturellen Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus zwingend ergibt, die den Normalfall der Durchsetzung des kapitalistischen Zyklus darstellt. Dementsprechend muß sie auch im Rahmen eines allgemeinen Zyklusmodells bzw. im Rahmen einer allgemeinen Analyse des Zyklus berücksichtigt werden." (Prittwitz 1977, 67). Wenn wir die Momente näher betrachten, die auf der einen Seite nach einem 2-3jährigen Investitionsaufschwung zur Zwischenkrise führen, auf der anderen Seite jedoch verhindern, daß sich aus ihr eine tiefere und allgemeinere Krise entwickelt, dann sind wir auf Zusammenhänge verwiesen, die wir bereits angesprochen hatten, als wir die Frage erörterten, unter welchen Bedingungen partielle Kriseneinbrüche zu einer allgemeinen, die gesamte ökonomische Struktur ergreifenden Krise werden können: *Zwischenkrisen* können als *partielle Krisen*

interpretiert werden, die nur einige Industriezweige erfassen und die keine starken kumulativen Abwärtsprozesse aufweisen. Die alle 7 bis 9 Jahre erfolgenden Einbrüche von Produktion, Akkumulation und Beschäftigung sind dann *allgemeine Krisen* mit starken kumulativen Abwärtsprozessen. Woran liegt es aber, daß sich etwa alle 4 Jahre Teilkrisen herausbilden, die nicht zur allgemeinen Krise werden, während sich alle 7 bis 9 Jahre stärkere Krisentendenzen allgemein durchsetzen?

Der Aufschwung aus einer allgemeinen Krise hat zunächst einmal selbstverstärkende Tendenzen. Die Investitionen und der Konsum nehmen zu, damit weitet sich auch die Nachfrage aus; die Produktion wird angeregt durch Preissteigerungen; die Spartätigkeit nimmt zwar ab, doch steht noch genügend Geldkapital zu relativ niedrigen Zinsen zur Verfügung, so daß das Verhältnis zwischen industriellem Profit und Zins für das industrielle Kapital ausgesprochen günstig ist. Alle diese Momente bedeuten eine Steigerung der Profitabilität des Kapitals, die noch dadurch verstärkt wird, daß trotz zunehmender Beschäftigung in der ersten Phase des Aufschwungs die Löhne hinter den Profiten hinterherhinken und Produktivitätsreserven mobilisiert werden. Darauf deuten auch die sprunghaften Erhöhungen der Mehrwertrate im 7-9jährigen Abstand hin (vgl. Altvater u.a. 1979, Kapitel 5.1.3.). Doch bilden sich mit fortdauernder beschleunigter Akkumulation auch Gegenkräfte heraus, die eine Senkung der Zuwachsraten der Profite hervorbringen. Die nach einem time-lag erfolgenden Lohnsteigerungen, die starken Kapazitätserweiterungen, deren Auslastung nicht mehr in jedem Fall gewährleistet ist, die abfallenden Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität, Steigerungen der Preise von Rohstoffen und Produktionsmitteln und eine Steigerung des Zins-

niveaus sind nun Tendenzen, die auf die Profitmasse drücken. Die Akkumulationsrate sinkt ab, was sich als Verringerung der Wachstumsraten der Investitionen ausdrückt. Dabei handelt es sich nicht nur um eine abnehmende Neigung zu Anlageinvestitionen; auch die Vorratsinvestitionen gehen zurück. Die Aufträge und damit die Produktion nehmen ab, so daß auch die Zuwachsraten des Sozialprodukts in Zwischenkrisen absinken.

Die aufgeführten Krisenerscheinungen in einer solchen zu beobachtenden Zwischenkrise sind relativ schwach ausgeprägt und zum Teil erfolgen sie so verzögert, daß sie nicht die gesamte ökonomische Struktur und Entwicklung erfassen. Denn erstens ist das Absinken der Profitrate in drei bis vier Jahren nach einer Krise relativ gering, da zumeist noch eine hohe Nachfrage (Konsumnachfrage, Export- und Staatsnachfrage) eine hohe durchschnittliche Auslastung der Kapazitäten garantiert und die Fixkosten noch nicht stark ansteigen. Daß die Profitrate in der Zwischenkrise noch hoch ist, geht auch aus empirischen Daten hervor (vgl. Alt-vater u.a. 1979, Schaubild 9). Insbesondere handelt es sich in den Zwischenkrisen lediglich um ein Absinken der Kapitalrentabilität auf einem immer noch hohen, in den ersten Jahren des Aufschwungs nach einer schweren Rezession erreichten Niveau. Der Rückgang der *Investitionsneigung* ist daher relativ gering. Infolge der immer noch hohen Profitrate und -masse sind aber auch die *Investitionsmöglichkeiten* noch durchaus gegeben. Überdies sind die Finanzierungsspielräume der Unternehmen noch gesichert, so daß es nur in relativ wenigen Fällen zu Zusammenbrüchen oder eiligen und kostspieligen Sanierungsmaßnahmen kommt.

Zwar drücken die Löhne infolge der nachholenden Lohnsteigerungen auf die Profitrate, aber die Unternehmen gehen nicht dazu über, Arbeitskräfte in größerem Umfang zu entlassen. Denn bei Vollbeschäftigung fürchten die Unternehmen, daß sie im Falle eines erneuten Aufschwungs vor allem ihre qualifizierten Facharbeiter nicht so schnell wieder engagieren können. "Wenn sie in dieser Situation den Lohnfonds verringern wollen, dann, abgesehen von der Lohndrückerei, durch Verzicht auf Neueinstellungen und Kurzarbeit ... erst in zweiter Linie durch (Massen)entlassungen." (Prittwitz 1977, 70) Die Verzögerungen in der Anpassung an die konjunkturelle Situation wird also zu einem stabilisierenden Moment in der Zwischenkrise. Denn weil die Entlassungen größeren Ausmaßes ausbleiben, sinkt der Konsumfonds nicht ab, so daß auch von der Nachfrageseite her die Realisierungsbedingungen des Profits in der Zwischenkrise nicht wesentlich schlechter werden.

Hinzu kommt, daß der Staat von seiner Einnahmenseite her von der Zwischenkrise nur unwesentlich getroffen wird. Die Lohnsteuer steigt in der Regel noch an, und da die Verluste der Unternehmen oder die Profitminderungen nur relativ gering sind, wird auch die Einkommensteuer nicht zurückgehen, zumal mit der entsprechenden Verzögerung in der Zwischenkrise gerade die hohen Einkommens- und Körperschaftssteuerbeträge aus dem Boom anfallen. Aufgrund des Finanzierungsspielraums ist daher der Staat in der Lage, mit seinen Ausgaben entscheidend gegenzusteuern. Dies geht sehr deutlich aus der Kurve des Staatsverbrauchs im Schaubild 1 hervor. Im Gegensatz zu den tiefen Einschnitten insbesondere 1967 und dann Mitte der 70er Jahre steigt der Staatsverbrauch 1963 und 1971 *antizyklisch* stark

an. In den tiefen Krisen hingegen gerät auch der Staat in finanzielle Schwierigkeiten, die ihn dann zu Sparprogrammen veranlassen, die letztlich eine *prozyklische* Wirkung entfalten.

Die nur geringen Veränderungen der Bedingungen der Profitproduktion und ein noch hohes Niveau der wichtigsten Nachfragekomponenten verhindern, daß sich die Krisentendenzen verallgemeinern und ausbreiten können. Die Krisenerscheinungen sind infolgedessen in der Regel nicht sehr stark und wirken auch nur relativ kurze Zeit. Die schwache Krise wird daher dann zumeist in einen erneuten schwachen Aufschwung übergehen, gerade wenn noch eine starke Exportnachfrage, Staatsnachfrage und Konsumnachfrage - aufgrund des Lohn-lags - wirksam sind. Dieses Phänomen, daß einer schwachen Krise ein schwacher Aufschwung und nach der dann einsetzenden starken Krise ein starker Aufschwung folgt, läßt sich in allen kapitalistischen Industriestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg feststellen: "Am etwas kürzeren Ende des Schwingungsspektrums fällt allerdings auf, daß in den meisten Industriestaaten auf eine schwächere Welle häufig eine besonders starke Welle folgt und umgekehrt: In den USA etwa folgte ... auf eine schwache Hochkonjunktur 1959 der lange Aufschwung 1961/66 und die starke Hochkonjunktur 1966/68, auf die bescheidene Abschwächung 1971 das tiefe Tal von 1974/75; in der Bundesrepublik Deutschland waren die Abschwächungen 1967 und 1975 tief, 1963 und 1971 hingegen nur schwach ausgeprägt; In Österreich lag der schwache Boom 1964/66 zwischen den starken von 1960/61 und 1970/73. Eine genauere Analyse dieser Fälle läßt vermuten, daß die Unterschiede zwischen starken und schwachen Wellen hauptsächlich überwiegend auf die Investitionen zurückgehen. Die Kombination von etwa vier- bis fünfjährigen Kitchin- und

acht- bis zehnjährigen Juglar-Wellen bzw. von minor- und major cycle findet somit auch in der europäischen Nachkriegszeit eine gewisse Bestätigung, entbehrt jedoch weitgehend der Regelmäßigkeit." (Tichy 1976, 80) Wir können nach diesen Ausführungen schlußfolgern, daß die kurzen, mittleren und längeren Zyklen sich nicht einfach überlappen und jeweils unterschiedlich erklärt werden müßten, sondern daß der lange Weltmarktaufschwung, die sieben- bis neunjährigen Zyklen und die Aufschwünge bzw. Zwischenkrisen aus den *gleichen* Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung begründet sind, nämlich aus dem Niveau und der Tendenz der Profit- und Akkumulationsrate, die von den Produktions- und Realisierungsbedingungen bestimmt werden.

Weder können die kürzeren 3-5jährigen Zyklen noch die längeren 7-9jährigen Zyklen allein aus den Reinvestitionszyklen erklärt werden. Wie alle verfügbaren Daten zeigen, sind sowohl die Abschreibungszeit als auch die Abnutzungszeit des fixen Kapitals im Durchschnitt beträchtlich länger als 3-5 Jahre. Bei einer längeren Abschreibungszeit wird zwar auch nach einigen Jahren nach der Krise ein Nachlassen der Ersatzinvestitionen bei gleichzeitigem Anstieg der Abschreibungen zu verzeichnen sein - wodurch die Investitionsnachfrage zurückgeht -, aber die Zyklen müßten insgesamt länger dauern als 3 bis 5 Jahre, da die vollständige Abschreibung und der reale Ersatz großer Teile des fixen Kapitals erst sehr viel später einsetzen. Angesichts einer durchschnittlichen Abschreibungszeit von wichtigen Ausrüstungsinvestitionen von ca. 10 Jahren und durchschnittlicher Lebenserwartung von 20 bis 25 Jahren für die wichtigsten Anlageinvestitionen in der BRD (vgl. Tabelle 2) sind zumindest die kürzeren Zyklen kaum mit den Ersatzzyklen

Tabelle 2: Die durchschnittliche Lebenserwartung für das Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen (in Jahren)

	Nr.	1960	1970
Land- und Forstwirtschaft	1	31	26
Warenproduzierendes Gewerbe	2-13	26	23
Energiewirtsch. u. Bergbau	2+ 3	29	27
Energiewirtschaft	2	31	28
Bergbau	3	26	24
Verarbeitendes Gewerbe	4-12	26	24
Chem.Ind., Mineralölver.	4	27	25
Gew.d.St.u.E.,FK.u.Glasg.	5	23	21
Metallerzeugung u.-bearb.	6	22	20
Stahl-,Masch.u.Fahrz.bau	7	27	25
El.,Feinmech.,EBM-Waren	8	27	25
Holz-,Papier-u.Druckgew.	9	26	24
Textilgewerbe	10	26	25
Leder u.Bekleidungsgew.	11	22	21
Nahr.-u.Genußm.-Gewerbe	12	29	27
Baugewerbe	13	14	12
Handel, Verkehr, Dienstl.	14-22	56	49
Handel und Verkehr	14-18	31	27
Handel	14	36	31
Verkehr u.Nachrichtenüb.	15-18	29	25
Eisenbahnen	15	39	36
Schiffahrt,Wasserstr.u.H.	16	25	25
Übriger Verkehr	17	21	18
Nachrichtenübermittlg.	18	22	20
Dienstleistungsunternehmen	19-22	76	66
Kreditinstitute u. Vers.	19	45	41
Sonstige Dienstleistung.	20-21	50	40
Wohnungsvermietung	22	81	78
Unternehmen ohne Wohnungsverm.	1-21	29	26
Unternehmen insgesamt	1-22	41	35
Staat, priv.Haush.,Org.o.E.	23+24	57	49
Staat	23	56	48
Priv.Haush., Org.o.E.	24-25	71	68
Alle Wirtschaftsbereiche	1-25	43	37

Quelle: Görzig/Kirner 1976, 20.

erklärbar. Zudem machen sich - wie zu zeigen versucht wurde - die Veränderungen in den Produktions- und Realisierungsbedingungen von Profit, welche einen Abbruch der Akkumulation nach sich ziehen würden, nicht innerhalb solch kurzer Zeiträume geltend.

Es bleibt aber noch zu diskutieren, was für die längeren Zyklen spricht. Geht man wieder von den Reinvestitionszykeln aus, dann müßte sich gemäß der durchschnittlichen Lebenserwartung des Anlagevermögens eine durchschnittliche Zyklenlänge von 20-25 Jahren ergeben, da dann erst der reale Kapitalersatz erfolgen würde. Es ist aber unrealistisch, von solchen Reinvestitionszyklen auszugehen, da erstens ein großer Teil des fixen Kapitals (bei einer Abschreibungszeit, die durchschnittlich die Hälfte der Lebenszeit beträgt) viel früher abgeschrieben ist und für Neuinvestitionen verwandt werden kann (vgl. Fließhardt u.a. 1977) und zweitens beständig Neuinvestitionen die Reinvestitionszyklen überlagern. Daß die Investitionen aus den Abschreibungen und die Neuinvestitionen aus den Profiten aber abbrechen, liegt weniger an dem fehlenden Ersatzbedarf als an den längerfristig während des Aufschwungs sich verändernden Profiterwartungen auf Investitionen. Wenn auch die Reinvestitionszykeln nicht eindeutig die *Länge* des Zyklus bestimmen können, so kann aber doch ihre Kapazitätswirkung durchaus als "materielle Grundlage" der *Periodizität* der ökonomischen Entwicklung angesehen werden. Dies hat Marx gemeint, als er schrieb: "Soviel ergibt sich: durch diesen eine Reihe von Jahren umfassenden Zyklus von zusammenhängenden Umschlägen, in welchen das Kapital durch seinen fixen Bestandteil gebannt ist, ergibt sich eine materielle Grundlage der periodischen Krisen, worin das Geschäft aufeinanderfolgende Perioden der *Abspannung*, *mittleren Lebendigkeit*, *Überstürzung*,

Krise durchmacht. Es sind zwar die Perioden, worin Kapital angelegt wird, sehr verschiedene und auseinanderfallende, indessen bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage, also auch - die ganze Gesellschaft betrachtet - mehr oder minder eine neue materielle Grundlage für den nächsten Umschlagszyklus." (Kapital II , MEW Bd. 24, 185f.)

Die Abschreibungszeit und die Lebensdauer des fixen Kapitals können zwar - wie unsere Überlegungen gezeigt haben - nicht eindeutig als Determinante für die Länge des Zyklus angesehen werden, wohl aber können die Ersatzzyklen - der Ersatz eines großen Teils des fixen Kapitals nach der Krise und die dadurch entstehenden Kapazitätswirkungen - als Grundlage für die Periodizität der Krisen gelten. Dabei ist wichtig festzuhalten, daß weder die Zeitdauer noch das Ausmaß der Erneuerung des fixen Kapitals ein für allemal gegeben sind. Mit der Verkürzung der Zeiträume technologischer Umwälzungen verkürzt sich tendenziell auch der Zeitraum der Erneuerung. Die durchschnittliche Länge des industriellen Zyklus im 19. Jahrhundert betrug 10-11 Jahre (1), gegenwärtig weisen

-
- (1) Karl Marx hatte das Problem der tendenziellen Verkürzung der Zyklen klar erkannt. In der französischen Ausgabe des ersten Bandes des "Kapital" schreibt Marx: "Aber erst von der Zeit an, als die mechanische Industrie so tiefe Wurzeln geschlagen hatte, daß sie auf die ganze nationale Produktion einen überwiegenden Einfluß ausübte; als durch sie der Außenhandel dem Binnenhandel den Rang abzulaufen begann; als sich der Weltmarkt sukzessive ausgedehnter Gebiete in der neuen Welt, in Asien und in Australien benächtigte; als schließlich die industriellen Nationen, die auf die Arena traten, zahlreich geworden waren - erst von dieser Zeit an datierten jene sich stets wiedererzeugenden Zyklen, deren aufeinanderfolgende Phasen Jahre umfassen und die immer hinauslaufen auf eine allgemeine Krise, die Ende eines Zyklus und Ausgangs- (Fortsetzung nächste Seite)

alle empirischen Beobachtungen auf eine Länge des Zyklus von 7-9 Jahren mit 3-5jährigen Zwischenkrisen hin. Der von uns untersuchte Zeitraum ist allerdings zu kurz, um auch in dieser Phase eine Verkürzung der Zyklen empirisch feststellen zu können.

Fortsetzung:

punkt eines neuen ist. Bis jetzt ist die periodische Dauer solcher Zyklen zehn oder elf Jahre, aber es gibt keinerlei Grund, diese Zahl als konstant zu betrachten. Im Gegenteil, aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktion, wie wir sie eben entwickelt haben, muß man schließen, daß sie variabel ist und daß die Periode der Zyklen sich stufenweise verkürzen wird." (Kapital I, MEW Bd. 23, 662)

2.3. Zusammenfassung

Wir haben in diesem Kapitel als Einstieg in unser Thema die theoretischen Vorstellungen vom kapitalistischen Krisenzyklus dargestellt und kritisiert. Dabei kam es uns darauf an, in einer eigenen Interpretation die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie gegenüber subjektivistischen und eklektizistischen Ansätzen herauszuarbeiten. Im Gegensatz zu diesen Positionen, die die zyklischen Schwankungen nur mit Hilfe der Einführung exogener Faktoren erklären können, haben wir den ökonomischen Zyklus als eine notwendige *Bewegungsform* der kapitalistischen Widersprüche entfaltet; im Unterschied zu Unterkonsumtions-/Überproduktionstheorien wiederum, die zwar den Zyklus mit dem Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital im Zyklus erklären, aber eine einseitige Krisenbegründung im Realisierungsproblem entwickeln, haben wir den Zusammenhang von "Produktion" von Kapital und "Realisierung" herausgearbeitet und die Krise als Überproduktion von Kapital in allen drei Existenzweisen analysiert. Diese theoretische Auseinandersetzung, deren Kern im nächsten Kapitel nochmals am industriellen Zyklus in der Bundesrepublik expliziert werden soll, hat gezeigt, daß der Zyklus nicht aus exogenen "Ereignissen" erklärbar ist und daß die Krise auch nicht (wie dies die Anhänger der Unterkonsumtions-/Überproduktionstheorien meinen) über eine exogen bewirkte Steigerung der effektiven Nachfrage (Steigerung der Massenkaufkraft, Erhöhung der staatlichen Nachfrage) verhindert werden kann, sondern ein *notwendiges Durchgangsstadium* im ökonomischen Zyklus ist.

Für unsere Fragestellung "Ökonomischer oder politischer Krisenzyklus?" haben wir damit zunächst in der theoretischen Auseinandersetzung die immanenten Bedingun-

gen des kapitalistischen Krisenzyklus dargestellt. Wir werden später sehen, daß die verschiedenen Positionen zum "politischen Konjunkturzyklus" die hier entwickelten Zusammenhänge zerreißen bzw. einseitig interpretieren: als Problem der Profit*produktion* einerseits und als Problem der *Realisierung* andererseits.

3. Kapitel: Die zyklische Entwicklung der Akkumulation in der Bundesrepublik seit 1966/67 (1)

In den industriellen Zyklen der 60er und 70er Jahre in der Bundesrepublik werden deren typische Phänomene sichtbar. Während in den Krisenphasen der Zyklen vor der Krise 1966/67 die Wachstumsrate des Sozialprodukts sich zwar abschwächte, nicht aber absolut zurückging, ist die zyklische Entwicklung seit 1966/67 durch krisenhafte Abschwünge gekennzeichnet, die zu einem absoluten Rückgang von Produktion und Beschäftigung führten. Betrachtet man den Gesamtzeitraum der ökonomischen Entwicklung von 1950 bis 1975 (vgl. Schaubild 1), so lassen sich drei Krisen ausmachen, die zu einem stärkeren Einbruch von Produktion und Beschäftigung geführt haben. Diese fallen in die Jahre 1957/58, 1966/67 und 1974/75. Schwächere Krisen treten in den dazwischenlie-

-
- (1) In der folgender Darstellung der empirischen Verlaufsform des ökonomischen Zyklus in der Bundesrepublik werden wir mit Indikatoren auf der *Preisebene* arbeiten, die von uns auf die Wertbewegung bezogen werden. Dieses Verfahren ist nicht unumstritten, da es mit einer Parallelitätsannahme in der Bewegung von Preisen und Werten arbeitet, die in der neueren Diskussion um die "Wert-Preis-Transformation" problematisiert worden ist. Wir können hier nicht im einzelnen unsere Position und damit die Möglichkeit der Verwendung dieses "Indikatorenverfahrens" darstellen und begründen; dies ist in einem anderen Zusammenhang bereits ausführlich geschehen [vgl. die Diskussion zwischen Altvater u.a. (1976a) mit Diefenbach/Grözingen/Ipsen/Warthenpfuhl/Wengenroth (1976)]. Allerdings betrachten wir damit diese Diskussion durchaus nicht als abgeschlossen und benutzen daher das Indikatorenverfahren als eine erste Annäherung. Auf einer anderen Ebene liegt die Kritik von Jürgens (1977), der in dem notwendigerweise gesamtwirtschaftlich vorgehenden Indikatorenverfahren die Gefahr sieht, daß die strukturellen Veränderungen zwischen und in den Branchen als Ausdrucksform der Bewegung des Wertgesetzes und der Profitraten nicht mehr sichtbar sind und daher die Analyse einen Abstraktionsgrad annimmt, der konkret empirische Untersuchungen nicht mehr zuläßt.

genden Jahren, den Jahren 1963 und 1971/72, auf. Der erste größere Einbruch von Produktion und Beschäftigung, die Krise 1966/67, soll hier aus Ausgangspunkt für die empirische Analyse der inneren Dynamik des Akkumulationszyklus bis Mitte der 70er Jahre dienen.

3.1. Krise 1966/67 und Aufschwung

In den vorangegangenen Teilen ist bereits dargestellt worden, daß die Krise mit ihrer Reinigungsfunktion selbst die Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung schafft. Im Verlaufe der Krise verändern sich allmählich wieder die Produktions- und Realisierungsbedingungen zugunsten des Kapitals. Diese Reinigungsfunktion der Krise hat auch der Sachverständigenrat nach der Krise 1966/67 ausführlich beschrieben. Er spricht hier von einem "Produktivitätswunder" als "Wirkung der Rezession", das sich sowohl aus der veränderten Produktionsbedingungen von Profit als auch aus einer zunehmenden Nachfrage und Auslastung der Kapazitäten ergibt (Wir zitieren hier ausführlicher wegen der 'Klarheit' der Beschreibung der Funktionen der Krise): "Die Ursache für das 'Produktivitätswunder' sehen einige in der hohen Auslastung des Produktionspotentials in diesem Boom, andere verweisen auf die heilsamen Wirkungen der Rezession. Es ist aber auch denkbar, daß sich die Kapitalproduktivität auf längere Sicht wieder erhöht hat. - Kurzfristig kann die Arbeitsproduktivität dadurch überdurchschnittlich gesteigert werden, daß mit zunehmender Auslastung der Sachkapazitäten die fixen Elemente im Personalbestand der Unternehmen stärker genutzt werden. Vom Rezessionstal der Jahre 1966/67 aus gesehen, waren demnach die Voraussetzungen für kräftige Produktivitätssteigerungen besonders günstig. (...). Auf den Übergang von der Minder- zur

Vollauslastung (der Kapazitäten) dürfte es teilweise zurückzuführen sein, daß sich der Produktivitätsanstieg kräftig beschleunigte. Offenbar bedurfte es erst einer konjunkturellen Anspannung wie im Jahre 1969, um die Unternehmen zu veranlassen, ihre Produktionsreserven voll zu mobilisieren. Die Anzahl der Unternehmen, die 1969 zu Mehrschichtarbeit übergegangen sind, oder zusätzliche Schichten eingelegt haben, dürfte erheblich größer gewesen sein als in der letzten Hochkonjunktur; seit langem sind nicht mehr so viele Überstunden geleistet worden wie in diesem Jahre [1969, d. Verf.]. - Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die hohen Produktivitätszuwächse ohne die vorangegangene Rezession niemals hätte erreicht werden können, und daß es offenbar von Zeit zu Zeit einer 'Reinigungskrise' bedürfe, um günstige Wachstumsbedingungen zu schaffen. Man kann wohl nicht bestreiten, daß die Rezession eine Rolle für das 'Produktivitätswunder' gespielt hat - als Gegenposten zu den Produktivitätsausfällen während dieser Zeit. Viele Unternehmen haben veraltete Produktionsanlagen stillgelegt und sich auf Investitionen mit hohem Rationalisierungseffekt verlegt. Häufig könnten sie ihre Produktion und ihren Vertrieb straffen, sei es durch technische und organisatorische Neuerungen im eigenen Unternehmen, sei es durch Zusammenschluß mit anderen Unternehmen oder durch Abstimmung des Produktionsprogramms ... 1968 und 1969 ist jedoch allem Anschein nach die Kapitalproduktivität in der Gesamtwirtschaft nicht so stark zurückgegangen, wie es dem längerfristigen Trend entsprochen hätte. Für diese These spricht vor allem, - daß die Welle der Arbeitszeitverkürzungen, die Anfang der 60er Jahre einsetzte, nach der Rezession zum Stillstand gekommen ist (und wohl auch in absehbarer Zeit nicht mehr das Ausmaß früherer Jahre erreichen dürfte), - daß sich der Anteil der privaten Ausrüstungs-

investitionen an den gesamten Investitionen erhöht hat und daß die privaten Ausrüstungsinvestitionen - gemessen am Bruttosozialprodukt - noch nie so groß gewesen wie 1969, was zu einer Verbesserung der Altersstruktur unseres Kapitalstocks geführt hat, - daß in den letzten Jahren viele neue arbeitssparende Techniken und Verfahren entwickelt und zur Produktionsreife gebracht worden sind (wie zum Beispiel der Einsatz von Computern bei der Planung, Steuerung und Kontrolle des Produktionsprozesses), die sich in der Aufschwungsphase dieses Zyklus erstmals voll auf die Kapitalproduktivität ausgewirkt haben..." (JG 1969, Ziff. 50-54).

Kurz: Die Produktivitätssteigerungen sind bewirkt worden durch (a) Intensivierung der Arbeit ("stärkere Nutzung der fixen Elemente im Personalbestand"), (b) Vollauslastung der Kapazitäten, (c) Mobilisierung der Reserven, (d) Ausdehnung der Arbeitszeit (Mehrschichtbetrieb, Überstunden), (e) Stilllegung von "veralteten" Anlagen, also Reduzierung des konstanten Kapitals, (f) Rationalisierung und Effektivierung von Produktion und Zirkulation, (g) Konzentration und Zentralisation von Kapitalen, (h) teilweise Einführung arbeitssparender Techniken und Verfahren.

Die Produktivitätswirkungen der Krise 1966/67 schlagen sich, wie aus der Tabelle 3 zu entnehmen ist, in folgenden Veränderungen der Bedingungen der Profitproduktion in der Industrie nieder: Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität steigt von 3,9 v.H. (1967) auf 11 v.H. (1968), die Zuwachsrate der Lohn- und Gehaltssumme verändert sich zwar auch von 3,9 v.H. (1967) auf 7,9 v.H. (1968), dennoch sinkt (bei leicht absinkenden Verbrauchsgüterpreisen) die Lohnquote leicht ab, wodurch die Profitquote ansteigt. Noch mehr steigt aber

Tabelle 3: Übersichtstabelle zum Zyklus 1966/67-1975: Veränderungen der Komponenten der Kapitalrentabilität

	Wachstumsrate		Wachstumsrate		Lohn- quote	Profit- quote	Kapital- produkti- vität	Kapital- rentabi- lität	"Akku- mulations- rate"
	des Kapital- stocks	der Arbeits- produktivi- tät	der Kapital- intensität	der Bruttoan- lageinvesti- tionen	und Ge- halts- summe				
	$\frac{\Delta K}{K}$	$\frac{Y}{L}$	$\frac{K}{L}$			$1-w$	$\frac{Y}{K}$	π	$\frac{I}{P}$
1		2	3	4	5	6	8	9	10

Preisindex 1962:

1966	6,2	2,0	7,1	- 0,3	7,0	0,393	0,607	0,706	0,429	17,9
1967	5,1	3,9	12,3	- 11,7	3,2	0,383	0,617	0,653	0,403	16,2
1968	4,2	11,0	3,5	- 1,2	7,9	0,371	0,629	0,700	0,440	13,8
1969	4,9	7,4	- 0,3	36,7	10,0	0,379	0,621	0,754	0,468	16,2
1970	6,0	2,5	2,4	25,3	15,8	0,426	0,574	0,755	0,433	18,7
1971	5,7	2,8	6,5	2,0	10,6	0,448	0,552	0,729	0,402	18,1
1972	5,1	5,3	7,5	- 6,0	9,3	0,454	0,546	0,714	0,390	17,1
1973	4,2	7,0	3,8	- 0,1	12,3	0,466	0,534	0,735	0,392	15,1

Mit dem Preisindex von 1970 deflationiert:

1970	6,0	2,5	2,4	26,9	15,8	0,423	0,577	0,699	0,403	20,2
1971	6,0	2,4	6,8	5,3	10,6	0,417	0,583	0,671	0,390	19,4
1972	5,0	5,7	7,5	- 7,4	9,3	0,411	0,589	0,657	0,388	16,9
1973	4,1	6,2	3,8	- 0,1	12,3	0,412	0,588	0,671	0,396	15,3
1974	3,4	0,7	6,2	- 2,4	12,4	0,436	0,564	0,637	0,324	14,8
1975	2,7	- 0,3	9,8	- 1,9	7,5	0,441	0,559	0,578	0,324	14,6

Quelle: Krengel u.a. 1973ff. und eigene Berechnungen; $\pi = \frac{Y/L}{K/L} (1-w)$ = Kapitalrentabilität

(vgl. Altwater u.a. 1974a)

die Kapitalproduktivität, so daß die Kapitalrentabilität insgesamt von 0,40 auf 0,44 v.H. anschnellt. Die Akkumulationsrate selbst steigt aber im Jahre 1968 noch nicht an; bei den Bruttoanlageinvestitionen sind noch negative Wachstumsraten zu verzeichnen. Diese Wirkung der Krise auf die Produktivität und die Kapitalrentabilität ist daher doppelt bedingt: Einerseits spielt hier die Reinigungsfunktion der Krise eine wesentliche Rolle bei dem Anheben der Arbeitsproduktivität und der Kapitalrentabilität. Hinzu kommt, daß die Investitionsgüter-, Grundstoff- und Rohstoffpreise sowie der Zinssatz fallen (vgl. Tabelle 3, Spalte 2, 3, 4 und 8). Andererseits ermöglicht die langsam ansteigende Nachfrage - infolge des Nachholbedarfs bei den Konsumenten, der Ersatzinvestitionen, des staatlichen Konjunkturprogramms und der hohen Exportquoten - eine bessere Ausnutzung der Produktionskapazitäten. Dadurch sinken die Fixkosten und die Profite steigen an (sinkende Durchschnittskosten pro Produktionseinheit bei Produktion steigender Mengen). In der nächsten Phase - im Jahre 1969 - erhöht sich dann auch wieder - angesichts der steigenden Kapazitätsauslastung und steigender Kapitalrentabilität - die Akkumulationsrate und die Bruttoanlageinvestitionen steigen rapide an (vgl. Tabelle 3, Spalte 4 und 10).

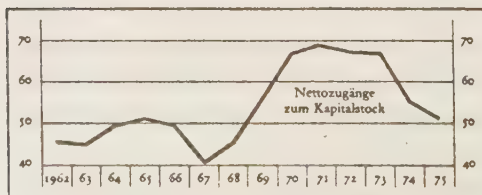
Die in der Krise neu eingeführten technologischen Verfahren und arbeitsorganisatorischen Veränderungen und eine dadurch ermöglichte Intensivierung der Arbeit verbessern zugleich die Konkurrenzposition des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt. So läßt sich im Aufschwung 1968/69 feststellen, daß der Indikator für die Mehrwertrate (in jeweiligen Preisen gemessen) als Folge zunehmender Auslastung des produktiven Kapitals, der Neuanlage von Kapital in technologisch veränderter

Form, der steigenden Arbeitsproduktivität und Arbeitsintensität bei nachhinkenden Reallöhnen ansteigt. Obwohl dies auch mit einer Erhöhung der Kapitalintensität einhergeht (vgl. Tabelle 3, Spalte 3), sind diese Effekte doch stark genug, um die Profitrate schnell ansteigen zu lassen, da zugleich auch die steigende Nachfrage zur stärkeren Kapazitätsauslastung und zu sinkenden Fixkosten führt. Diese sich selbst verstärkenden Prozesse in der Veränderung der Produktions- und Realisierungsbedingungen von Profit (Erhöhung der Profite führt zu neuer Nachfrage, Erhöhung der Nachfrage zu höheren Profiten) führen dann zu einem raschen Aufschwung, der sich sehr bald auch in einem raschen Zuwachs der Produktionskapazitäten niederschlägt (vgl. Tabelle 3, Spalte 1).

3.2. Aufschwung und Boom 1969/70

Die ansteigende Akkumulationsrate nach dem Aufschwung drückt sich auch in einer beschleunigten Akkumulation von produktivem Kapital aus: Große Produktionskapazitäten werden aufgebaut, was im Schaubild 4 anhand der Nettozugänge zum Kapitalstock deutlich zu erkennen ist.

Schaubild 4: Nettozugänge zum Kapitalstock (Mrd. DM), log. Maßstab.



Quelle: Sachverständigengutachten 1974, Schaubild 31.

Dieselbe Tendenz ist auch in der Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen zu verfolgen (vgl. Tabelle 3, Spalte 4). Diese hohen Zuwachsraten des Kapitalstocks sind zum einen das Ergebnis des explosiven Investitionsbooms der Jahre des Aufschwungs; die steigenden Investitionen waren die Folge steigender Profitabilität des Kapitals, die auf die Neuanlage von Kapital erwarteten Profitraten waren aufgrund der Bedingungen der Profitproduktion hoch; auch die Bedingungen der Realisierung aufgrund der steigenden Endnachfrage ("Akzeleratorprinzip") waren gut. Bis 1971 sind die Wachstumsraten aller Komponenten der Nachfrage positiv. Im Verlauf des so bewirkten Aufschwungs und des Booms werden aber dann die (auch vom Sachverständigenrat 1969 hervorgehobenen) 'stillen' Reserven der Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgeschöpft: Die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität sinken von 11,0 v.H. (1968) auf 2,8 v.H. (1971) (vgl. Tabelle 3, Spalte 2). Zugleich wird der Arbeitsmarkt ausgeschöpft und die Stellung der Arbeiter gegenüber dem Kapital stärker. Das fand seinen Ausdruck in der versuchten Wiederherstellung der versprochenen "sozialen Symmetrie" 1969 und vor allem in den Septemberstreiks und in den gesellschaftlichen Erfolgen im Tarifkampf 1970. Das Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität und das Ansteigen der Geldlöhne - die Lohn- und Gehaltssumme wächst 1969 um 10,5 v.H., 1970 um 15,8 v.H. und 1971 um 10,6 v.H. - erzwingt zusätzlich die Anwendung kapitalintensiver Methoden der Produktion, wodurch die Kapitalzusammensetzung angehoben wird (vgl. Tabelle 3). Die Durchsetzung hoher Geldlohnforderungen der Lohnarbeiter in den Septemberstreiks 1969 und dann 1970 und 1971 kompensiert in dieser Phase aber das Zurückbleiben der Geldlohnentwicklung gegenüber den Zuwachsraten der Produktivität

und der Profite im Aufschwung; doch wird dadurch aber die Lohnquote angehoben - sie steigt von 0,37 (1969) auf 0,45 (1971) - und folglich die Profitrate gesenkt. (1) Dies erfolgt zu einem Zeitpunkt, als die Kapitalproduktivität (aufgrund der ansteigenden Kapitalintensität und der abfallenden Rate der Arbeitsproduktivität) auch bereits langsam abfällt. In eben dieser Phase steigen zusätzlich infolge der starken Investitionen die Grundstoff-, Rohstoff- und Investitionsgüterpreise (vgl. Tabelle 4) und - aufgrund einer verschärften Konkurrenz der industriellen Kapitale um Kredite und wegen der restriktiven Zentralbankpolitik, mit der die Inflation eingedämmt werden soll (vgl. Kapitel 6) - die Zinssätze (vgl. Tabelle 4, 8). So fällt nicht nur aufgrund der sinkenden Pro-

- (1) Der von uns hier dargestellte Zusammenhang von "Ausschöpfung der Produktivitätsreserven" und Stärkung der Macht der Arbeiter in der zyklischen Prosperität wird von Kritikern der "Überakkumulationstheorie" zum Anlaß genommen, einer solchen Darstellung vorzuwerfen, sie vernachlässige die Möglichkeit "der Steigerung des Wertprodukts bei konstanter Arbeiteranzahl" (Beckenbach/Krätke 1978, 61), indem technischer Fortschritt sowie Rationalisierungen im eigentlichen Sinne ignoriert würden. Dazu ist zu sagen, daß der "technische Fortschritt" sowie "Rationalisierungen" das *Wertprodukt* überhaupt nicht steigern können, sondern lediglich (was allerdings sehr wichtig für unseren Zusammenhang ist) die *Aufteilung* des Wertprodukts zugunsten des Kapitals verändern. In einem zweiten Schritt wäre zu fragen, ob denn zu dem genannten Zeitpunkt die *dazu* notwendigen Investitionen den Kapitalisten rentabel erschienen, d.h. ob die erwarteten (und zu realisierenden) Profitraten auf diese Investitionen ihrer durchschnittlich erzielten Profitabilität von Zusatzanlage von Kapital entsprachen. Denn für die Kapitalisten zählt nicht die Mehrwertrate als solche - diese bleibt ihm verborgen! -, sondern der Profit auf das angelegte (Zusatz-)Kapital (vgl. Kap. 2.1.4.). Allerdings ist zu fragen, inwieweit in diesem Zeitraum durch Überstundenableistung und (nicht verallgemeinerte) (Fortsetzung nächste Seite)

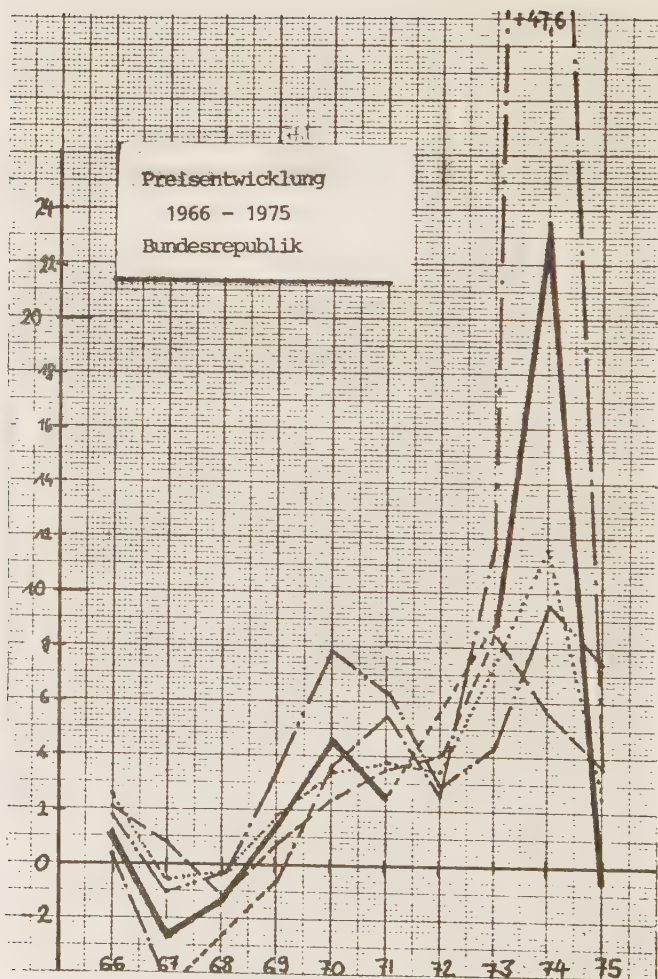
Tabelle 4: Preisentwicklung seit 1966 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr)
und Zinsentwicklung

Jahr	Grundstoff- und produk- tionsgüter	Rohstoffe	Investi- tionsgüter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- u. Genußmittel	langfrist. Kredite Zuwachsraten	Sollzinsen für ver- einbarte Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8
1966	1,1	0,2	1,9	2,6	2,2	7,9	9,5
1967	- 2,5	- 4,1	- 1,0	- 0,6	0,8	8,7	7,6
1968	- 1,3	-	- 0,2	- 0,3	- 1,2	13,2	7,5
1969	1,5	- 0,1	3,2	1,9	0,9	11,9	9,6
1970	4,4	3,8	7,9	3,7	2,2	9,4	11,4
1971	2,5	5,4	6,2	3,8	3,6	11,3	9,6
1972	-	2,3	2,7	3,6	4,0	15,3	9,1
1973	8,8	11,4	4,2	7,4	8,4	12,4	14,0
1974	23,5	47,6	9,3	11,7	5,7	7,5	13,2
1975	- 0,5	3,9	7,3	2,7	3,8		

Quelle: Spalte 2-6 : Stat. Bundesamt
Lange Reihen 1976

Spalte 7,8 : Bundesbank 1976

Schaubild 5:



Quelle: Tabelle 4

- Grundstoffe und Produktionsgüter
- - - Rohstoffe
- - - (Jahreszahlen nicht vorhanden)
- - - Investitionsgüter
- Verbrauchsgüter
- . - Nahrungs- und Genussmittel

fitquote und sinkender Kapitalproduktivität die Profitabilität des angelegten Kapitals, sondern steigende Grundstoff-, Rohstoff- und Investitionsgüterpreise sowie steigende Zinssätze verschärfen noch zusätzlich das Verwertungsproblem. Wenn auch die Nachfrage noch nicht sehr stark zurückgeht, so werden doch bereits langfristig orientierte Investitionen aufgeschoben oder ausgesetzt (z.B. im Baubereich). Diese Veränderungen der Verwertungsbedingungen haben daher einen Rückgang der Profitabilität des Kapitals zur Folge und drücken dementsprechend auch die Profitrate auf Investitionen. Der Erhöhung der Profitrate im Aufschwung folgt so wieder eine rückläufige Tendenz im Boom, da die negativen Einflüsse auf die Profitrate im Laufe des Booms wieder an Gewicht gewinnen. Die Kapitalrentabilität sinkt auch entsprechend von 0,47 (1968) auf 0,42 (1971) ab.

Mit dem Boom verändern sich aber nicht nur die Produktionsbedingungen von Profit in negativer Weise, sondern es zeichnet sich auch eine Überakkumulation von produktivem Kapital ab: Die steigende Nachfrage nach Produkten der Investitionsgüterabteilung infolge der raschen Akkumulation und Anlage von fixem Kapital im Aufschwung führt auch rasch zu zunehmenden Auslastung der Investitionsgüterabteilung und zum Aufbau produktiver Kapazitäten in der Konsumgüterproduktion, die

Fortsetzung:

Arbeitsintensivierung das Wertprodukt noch steigerbar war: Gerade hier aber zeigt sich ab 1970 eine Schranke im Widerstand der Arbeiterklasse (gegen die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen), während die Möglichkeiten zur Ableistung von Überstunden tatsächlich nicht weiter ausgedehnt werden können - also "ausgeschöpft" sind.

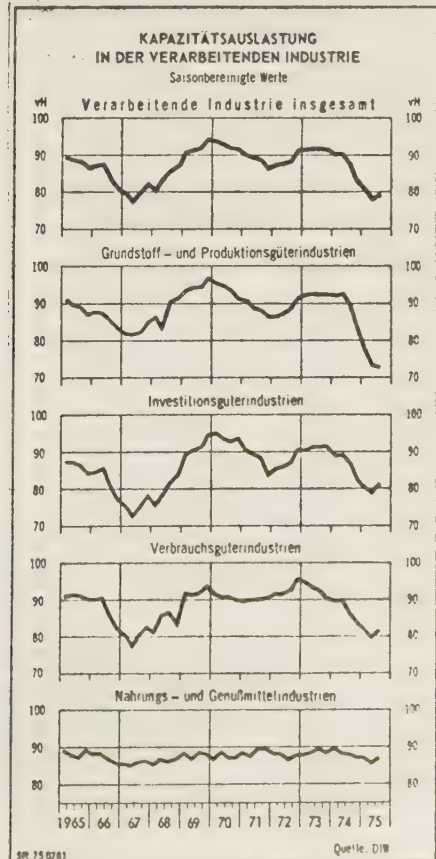
Investitionen müssen aber zu dem Zeitpunkt nachlassen, als die realen *Wachstumsraten* der Konsumnachfrage zurückgehen ("negativer Akzelerator"). Dies ist nach unseren Berechnungen bereits an 1969/70 der Fall (vgl. Konsumnachfragekurve im Schaubild 1). Der gleichzeitig eintretende starke Rückgang in der Investitionsgüternachfrage hätte bereits 1969/70 zu einem Rückgang der Investitionsgüterproduktion führen müssen, wenn nicht noch die Exportnachfrage nach Investitionsgütern (und die Staatsnachfrage) gewesen wären. So kommt es 1971 lediglich zu einer "*Zwischenkrise*" und nicht zu einem tieferen Einbruch im Prozeß der Kapitalakkumulation.

3.3. Abschwung und schwache Krise 1970/71

So wie die Entwicklung der Kapitalrentabilität, der Konsumnachfrage, der Investitionen und der Kapazitätsauslastung in den Jahren 1969/70 verlaufen ist, hätten sich schon 1970/71 ein allgemeiner Abschwung und eine Krise anbahnen müssen. Wie aber schon im zyklischen Abschwung 1963 nach der starken Krise 1958 bleibt auch der auf die Krise 1966/67 folgende zyklische Abschwung 1970/71 relativ schwach. Gerade dieses Phänomen legt die oben diskutierte These nahe, daß es sich bei dieser für die Bundesrepublik zunächst konstaterbaren Regelmäßigkeit eines starken Abschwungs, dem ein relativ schwacher Abschwung im nächsten Zyklus folgt, um einen durch eine kleinere Krise (*Zwischenkrise*) unterbrochenen 7-9jährigen Zyklus handelt. In dieser "*Zwischenkrise*" geht zwar die Investitionsnachfrage schon stärker zurück als alle anderen Nachfragekomponenten, die Auslastung der Kapazitäten bleibt aber noch relativ hoch (insbesondere in der Verbrauchs-

güterindustrie, vgl. Schaubild 6). Der sich selbst verstärkende Prozeß von absinkender Profitabilität der Investitionen, der die Nachfrage zurückgehen läßt, und zurückgehender Nachfrage, der - infolge abnehmender Auslastung der Kapazitäten - wiederum die Profitabilität der Produktion absinken läßt, findet hier nicht in dem Maße wie in der alle 7 bis 9 Jahre eintretenden tiefen Krise statt. Die alle 3 bis 4 Jahre auftretende Zwischenkrise weist daher nur einen schwachen Rückgang von Produktion und Beschäftigung und nur schwache kumulative Abwärtsbewegungen auf.

Schaubild 6:



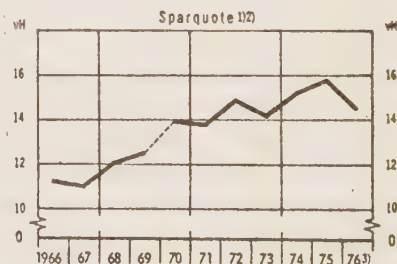
Quelle:

JG 1975, 54.

3.4. Schwacher Aufschwung und Krise 1974/75

Zu einem leichten Aufschwung kommt es wieder 1972/73, als die Verbrauchsnachfrage und die Staatsnachfrage leicht anziehen und vor allem die Exportaufträge (insbesondere für Investitionsgüter) kräftig zunehmen. Zu einem Anstieg der Verbrauchsnachfrage kommt es deshalb, weil - trotz bereits rückläufiger Beschäftigung - aufgrund der härteren Tarifaufeinandersetzungen die Lohn- und Gehaltssumme 1972 um 9,3 v.H. und 1973 um 12,3 v.H. ansteigt. Der Reallohn und die Konsumausgaben nehmen noch kräftig zu, da die Verbrauchsgüterpreise nur um 3,6 v.H. (1972) bzw. 7,4 v.H. (1973) ansteigen und die Sparquote zwar auf einem hohen Niveau, aber 1972/73 wieder rückläufig ist (vgl. Schaubild 7):

Schaubild 7:



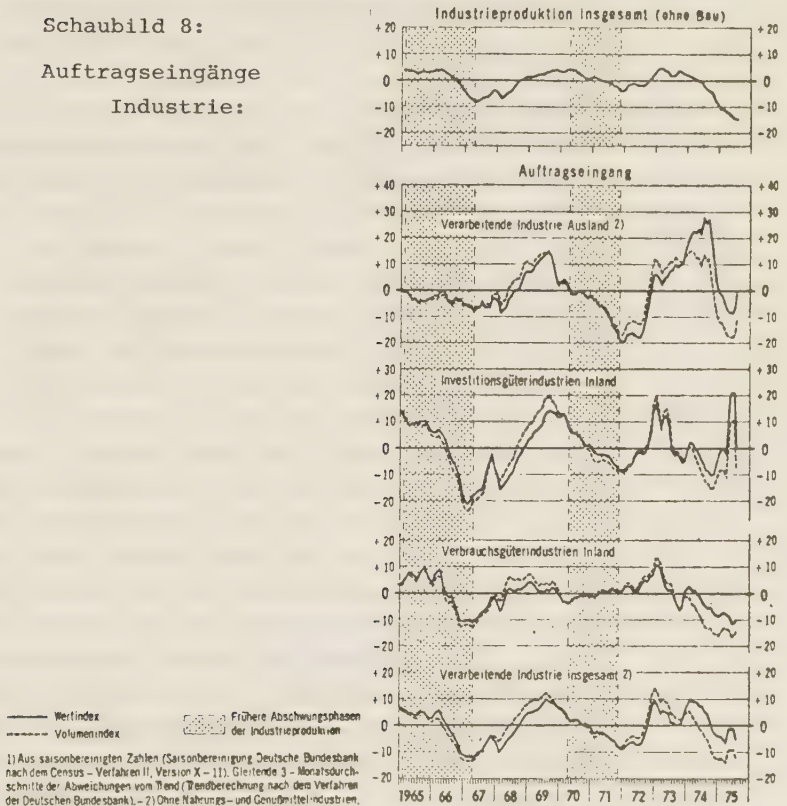
1) Ohne nichtentnommene Gewinne. Wegen Revision der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind die Angaben ab 1970 mit denen der vorangegangenen Jahre nicht voll vergleichbar. - 2) Ersparnis in v.H. des verfügbaren Einkommens. - 3) Eigene Schätzung.

Quelle; JG 1975, 51,

Auch die Staatsnachfrage zeigt für die Jahre 1972 und 1973 wieder einen leichten Aufwärtstrend (vgl. Schaubild 1), so daß auch von dieser Seite her kein weiterer Einbruch der Konjunktur zu erwarten war.

Der schwache Aufschwung 1972/73 wird aber, wie das Schaubild 8 zeigt, vor allem von der Exportnachfrage getragen. Während die Auftragseingänge für Verbrauchsgüter aus dem Inland bereits kräftig zurückgehen, weisen die Auftragseingänge aus dem Ausland eine stark steigende Tendenz auf.

Schaubild 8:
Auftragseingänge
Industrie:



Quelle: JG 1975, 47

An diesen zunehmenden Exportaufträgen partizipieren vor allem - aufgrund einer noch guten Konjunktur in einigen kapitalistischen Ländern und den OPEC-Ländern - die Investitionsgüterindustrie und die Grundstoff-

und Produktionsgüterindustrie (vgl. JG 1975, Ziff. 85ff.). Die Nachfrageentwicklung gegenüber der Investitionsgüterabteilung wird dagegen nur noch in geringem Maße von *inländischen* Nettoinvestitionen getragen. Die Zuwachsraten der Bruttoanlageinvestitionen in der Industrie werden mit - 6,0 v.H. (1972) und - 0,1 v.H. (1973) negativ. Real stiegen die Anlageinvestitionen für die gesamte Wirtschaft von 1972 auf 1+73 nur noch um knapp 1 v.H. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt sinkt um 1,2 v.H. Dies drückt sich auch in der von uns berechneten Akkumulationsrate im Bereich der Industrie aus. Diese sinkt von 18,1 v.H. (1971) auf 17,1 v.H. (1972) und schließlich auf 15,1 v.H. (1973). Dieser Rückgang der inländischen Kapitalakkumulation hat in dieser Phase zwei Gründe: Aufgrund der nachgeholten Lohnsteigerungen, der schwachen Produktivitätsentwicklung und der starken Kapitalintensivierung steigt die Lohnquote und sinkt die Kapitalproduktivität (vgl. Tabelle 3), so daß die Kapitalrentabilität stark absinkt, Hinzu kommt, daß Rohstoff-, Grundstoff- und Produktionsgüterpreise ansteigen (vgl. Tabelle 4). Neue, langfristig orientierte Investitionsprojekte werden nicht vorgenommen, sondern eher zurückgestellt. Zum anderen führt auch die leicht absteigende Nachfrage nicht zu einer neuen Welle von Investitionen, da die Verbrauchsgüterindustrie bereits stagniert und die Auslandsnachfrage, wie gezeigt, vor allem nur die Investition- und Grundstoffgüterindustrie betrifft. Die Unternehmen lasten daher angesichts der so gestiegenen Nachfrage die Kapazitäten voll aus, neue Investitionsgüter werden aber nicht mehr bestellt. Statt ihr produktives Kapital also auszuweiten, nutzen die Unternehmen in der Konsum- und vor allem in der Investitionsgüterabteilung in der kurzen Phase der wieder angestiegenen Nachfrage ihr produkti-

ves Kapital nur voll aus, ohne erneut zu akkumulieren (vgl. Schaubild 1;6 und JG 1972, Zf. 124, Jg. 1973, Zf. 86).

Ende 1973 verändern sich auf der Basis dieser allgemeinen Zurückhaltung in der Akkumulation die Bedingungen der Auslastung des vorhandenen produktiven Kapitals:

1. Die stark ansteigenden Preise in der Verbrauchs-güterproduktion - die Preise steigen 1974 hier um 11,7 v.H. - drücken auf das Realeinkommen und damit auf die Konsumtionskraft der Arbeiter. Zugleich nimmt aufgrund der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Arbeitslosigkeit die Sparquote bei Stagnation der Konsumentenkredite (JG 1975, 52) stark zu. Die Verbrauchsnachfrage stagniert daher.

2. Die Inflation macht sich auch in sehr starkem Maße für das industrielle Kapital bemerkbar: Die Grundstoff- und Produktionsgüterpreise steigen von 1973 auf 1974 zum Teil infolge der Ölkrise um 23,5 v.H., die Rohstoffpreise um 47,6 v.H. und die Investitionsgüterpreise um 9,3 v.H. - die stärksten Steigerungsraten im Laufe des Zyklus (vgl. Tabelle 4). Die Kosten für das fixe und zirkulierende Kapital steigen also stark an, während die Absatzmöglichkeiten sich zugleich verengen. Da die Verbrauchsgüterpreise nicht in dem Maße steigen konnten, daß die Preissteigerungen für das fixe und zirkulierende Kapital kompensiert wurden, ist auch eine inflationäre Umverteilung zwischen den Klassen nicht mehr ohne weiteres möglich.

3. Gegen die beschleunigte Inflation versucht der Staat ein *restriktives Stabilitätsprogramm* durchzusetzen: die staatliche Nachfrage soll gedrosselt werden (vgl. Kapitel 6). Zugleich versucht die Bundes-

bank auf dem Hintergrund flexibler Wechselkurse ein *monetaristisch* geprägtes geldpolitisches Konzept gegen die Inflation anzuwenden: den Banken wird in verschiedenen Stufen 1973 Liquidität entzogen; die Kredite verteuern sich, wodurch die Investitionen zusätzlich von der Seite der Fremdfinanzierung her eingeengt werden; diese Politik der Zentralbank wirkt auf dem Hintergrund steigender Zinssätze in der Phase des beginnenden Abschwungs (seit Mitte 1972 steigen die Zinssätze schnell an). Die Vertueuerung des kommerziellen und des Bankkredits (vgl. JG 1975, Schaubild 32) aufgrund der steigenden Nachfrage nach diesen Kreditarten in der beginnenden Abschwungphase des Zyklus erschwert die Fremdfinanzierung zusätzlicher Investitionen. Während so auf der einen Seite die zu diesem Zeitpunkt bereits in einigen Branchen stagnierende bzw. rückläufige Nachfrage zu einer steigenden Nachfrage der Kapitalisten nach kommerziellen Krediten führt (vgl. dazu die Entwicklung in der Bauindustrie 1972/73), erschwert die dadurch erfolgende Vertueuerung des kommerziellen Kredits sukzessive die Rückverwandlung von Warenkapital in Geldkapital (also die Realisierung). Diese Zinssteigerungen erfolgen, weil jetzt Geld als Zahlungsmittel nachgefragt wird, *nicht* als Kapitalkredit. Dadurch gerät die realisierte Profitrate weiter unter Druck: Der Abzug von der Seite des zinstragenden Kapitals steigt, während zugleich die Rückverwandlung von Waren- in Geldkapital erschwert ist.

Es zeigt sich zu diesem Zeitpunkt (Ende 1973), daß die Inflation jetzt nicht mehr die Profithöhe halten kann und nicht mehr der Kapitalakkumulation förderlich ist. Die sinkende Profitabilität der Investitionen wird durch die inflationäre Entwicklung jetzt nicht mehr verschleiert; im Gegenteil, sie wird durch die

inflationäre Preisentwicklung bei den Ausrüstungs-
investitionen etc. sichtbar. Es entwickelt sich daher
ein kumulativer Abwärtsprozeß. Die Kapitalrentabili-
tät, die Akkumulationsrate und die Bruttoinvestitio-
nen sinken seit 1974 ab, ebenso die wichtigsten
Nachfragekomponenten. Die Krise setzt sich jedoch zu-
erst und besonders frühzeitig (1974) in den Branchen
langlebiger Massenverbrauchsgüter (Autoindustrie, Elek-
troindustrie, Baugewerbe, Möbelindustrie, Textil- und
Bekleidungsgewerbe) durch, da die Auslastung der In-
vestitionsgüterindustrie (und auch der Grundstoff-
und Produktionsgüterindustrie) teilweise weiterhin
noch durch die Weltmarktnachfrage gewährleistet ist.
Die industrielle Bruttoproduktion fällt 1974 in der
Verbrauchsgüterindustrie um - 7,4 v.H. zurück, in
der Investitionsgüterindustrie jedoch nur um - 1,7 v.H.
Auch im Bereich der "primären Lohngüter", die etwa
durch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie repräsen-
tiert werden, bleibt die Nachfrage noch hoch.

Mit dem Rückgang der Weltmarktnachfrage im Zuge der
Synchronisierung der Krisenzyklen auf dem Weltmarkt
1974/75 sinken auch Auslastung und Profite jener ex-
portorientierten großen Kapitale, die bis dahin ihre
Kapazitäten noch aufgrund der günstigen Nachfragebe-
dingungen auf dem Weltmarkt hatten auslasten können.

Gegenüber 1974 geht im Jahre 1975 der Exportüberschuß
der BRD-Industrie (in jeweiligen Preisen gemessen) von
50,8 auf 37,2 Mio DM, also um 13,6 Mio DM (Jg 1976,
280) zurück. Dies betrifft insbesondere die export-
orientierten Wachstumsindustrien, des Grundstoff-,
Produktionsgüter- und Investitionsgüterbereichs
(Stahl, Elektrotechnik, Chemie, Maschinenbau und Fahr-
zeugbau). Diese Bereiche heben erst 1975 einen starken

Rückgang von Produktion und Beschäftigung zu verzeichnen, die allerdings dann den Krisenablauf erheblich verschärfen. Dieser branchenmäßige Verlauf der Krise - zuerst Rückgang in der Produktion (langfristiger) Verbrauchsgüter, im privaten und gewerblichen Wohnungsbau und in Teilen der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Stahl- und elektrotechnische Erzeugnisse), dann als die Exportnachfrage ausfällt, ein starker Einbruch in der Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie - drückt sich auch in der Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit aus (vgl. Kapitel 4).

3.5. Zusammenfassung

Der Zyklus hat seinen Ausgangspunkt in der Krise 1966/67, in der durch Kapitalvernichtung und -entwertung der Kapitalbestand und Kapazitäten vermindert, durch Konzentration die Konkurrenten ausgeschaltet, durch niedrigere Lohnstückkosten und Mobilisierung von Produktivitätsreserven die Grundlage für eine erhöhte Profitabilität und einen Wiederaufschwung der Akkumulation gelegt werden. Diese günstigen Produktionsbedingungen für die übrig gebliebenen konkurrierenden Kapitale lassen die Profiterwartungen auf neue Investitionen ansteigen, die Akkumulationsrate der Kapitale steigt - befördert durch niedrige Investitionsgüterpreise und niedrige Zinssätze, steigende Nachfrage und zunehmende Kapazitätsauslastung - rasch an, was sich sehr bald in starken Nettozugängen zum Kapitalstock niederschlägt. Auch kann die Akkumulation wieder günstiger durch Fremdfinanzierung erfolgen. Diese günstigen Produktions- und Realisierungsbedingungen erodieren aber im Laufe des Booms: Bedingt durch die Konkurrenz der Kapitale steigt die Zusammensetzung

des Kapitals an, die Arbeitsproduktivität weist mit der Ausschöpfung aller Produktivitätsreserven keine großen Zuwachsraten mehr auf und der Arbeitsmarkt ist leergefegt, die Löhne steigen. Die Investitionsgüterpreise - und später auch die Grundstoff-, Produktionsgüter- und Rohstoffpreise - steigen ebenso an wie der Zinssatz aufgrund der Nachfrage nach Geld als Zahlungsmittel. Die Profitabilität der vergangenen und zukünftigen Investitionen beginnt wieder stark zu sinken: einmal infolge der veränderten Produktionsbedingungen von Profit, zum anderen, weil Überschüsskapazitäten - hervorgerufen durch die Konkurrenz der Kapitale - an Realisierungsschranken stoßen und ebenfalls auf die Profite drücken. Die Akkumulationsrate stagniert und sinkt dann leicht ab. Ausgehend von Bereichen langlebiger Konsumgüter (Autos, Wohnungsbau, Wohnungseinrichtungen, elektrische Haushaltsgeräte) und höheren Konsums (Farbfernsehen, Stereoanlagen, Urlaubsreisen) nimmt - als Vorbote der Krise - auch die Wachstumsrate der Verbrauchsnachfrage seit 1969/70 ab; absolut geht die Verbrauchsnachfrage seit 1974 zurück. Die Krise 1971 kann insbesondere durch die Exportnachfrage noch abgefangen werden. Der kurze Wiederaufschwung wird aber nicht mehr in erster Linie durch die Neuanlage von Kapital, sondern nur noch durch eine wieder ansteigende Kapazitätsauslastung getragen. Während die Profitrate nach kurzem Wiederaufschwung weiter sinkt, kann durch die Investitionsgüternachfrage vom Weltmarkt her die Produktion in der Investitionsgüterabteilung noch gehalten werden, wenngleich kaum noch inländische Nachfrageimpulse aufgrund der sinkenden Nettoinvestitionen zu verzeichnen sind. Die Krise setzt sich daher (1974) zunächst am stärksten in Teilen der Verbrauchsgüterindustrie durch, um dann 1975 - nach dem drastischen Rückgang der Exportnachfrage nach Investitionsgütern - auch in der Investitions-, Produktions- und Grundstoffindustrie durchzuschlagen.

Dieser atypische Verlauf des letzten Konjunkturzyklus in der BRD (frühzeitiger und stärkerer Rückgang der Verbrauchsgüterproduktion und verspätete Produktionseinschränkungen bei der Investitionsgüterindustrie) erklärt sich gerade aus der Exportabhängigkeit der BRD-Industrie, bestätigt also keineswegs die Unterkonsumtionserklärung der Krise. Nach der Unterkonsumstheorie hätte die Krise zuallererst und am stärksten in den Bereichen des *Massenkonsums* ausbrechen müssen. Zwar kann gesagt werden, daß noch hinreichend unbefriedigte Bedürfnisse bei den unteren Einkommensschichten vorhanden gewesen wären (Nahrungsmittel, Wohnung, Ausbildung, Gesundheit), um die Nachfrage hoch und die Produktion in Gang zu halten. Diese Bedürfnisse können aber aufgrund einer vorgegebenen Einkommensverteilung nicht nachfragewirksam werden, mithin auch nicht Grund der Krisen sein (wenngleich sie als unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden sind): Grund der Krisen ist vielmehr "*das Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine sich stets erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind." (*Kapital* III , MEW Bd. 25, 260) Das Mittel, die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die Anhäufung von produktivem Kapital, gerät in "fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals" (ebd.). Nicht die beschränkte Nachfrage ist also Ursache der kapitalistischen Krise, sondern der Zweck der Produktion, die Verwertung des Kapitals, realisiert in der Konkurrenz der Kapitale; dies schließt allerdings ein: die Entwicklung der Produktivkräfte über

die (zahlungsfähige) gesellschaftliche Nachfrage hinaus, die Produktion von Waren, die nicht mehr zu einem Mindestprofit realisiert werden können. *Überakkumulation von Kapital bildet in diesem Sinne auch die Ursache für die Entwicklung der Krise und der Arbeitslosigkeit*, die das Brachliegen, die Entwertung und Vernichtung von Kapital in wertmäßiger und in stofflicher Form begleitet.

4. Kapitel: Zyklische und strukturelle Arbeitslosigkeit

Die Schwere und Dauer der Arbeitslosigkeit während der Wirtschaftskrise seit 1974 kann nicht nur auf den zyklischen Abschwung und die konjunkturelle Krise zurückgeführt werden. Langfristige Entwicklungen in der Kapitalintensität, in der Kapitalkonzentration und -zentralisation und in der - durch die Internationalisierung des Kapitals vermittelten - Branchenstruktur der Wirtschaft der BRD (vgl. dazu Altvater u.a. 1979, Kapitel 5) haben erhebliche Bedeutung für die jetzige Akkumulationskrise des Kapitals und die gegenwärtige Dauerarbeitslosigkeit erlangt. Zunächst wenden wir uns der eher zyklisch bedingten Arbeitslosigkeit zu.

4.1. Zyklische Krise und sektorale Struktur der Arbeitslosigkeit

Die am Ende eines jeden Akkumulationszyklus und in der Krise auftretende Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen bedingt durch Angebotsüberschüsse und Nachfrageklücken - Resultat der zurückgehenden Kapitalakkumulation in der Krise. Die Krise drückt sich daher aus in einem Überschuß an produktivem Kapital (unausgelastete Kapazitäten, stillgelegte Anlagen), Warenkapital und Geldkapital sowie in einem Überfluß an Arbeitskräften. Wird die Krise durch einen Rückgang der Kapitalakkumulation eingeleitet, dann muß dies auch in einem besonderen *sektoralen* Verlauf der Arbeitslosigkeit sichtbar werden. Naheliegend ist es, daß mit dem Beginn der Krise die *Wachstumsrate* der

Arbeitslosigkeit und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der Investitionsgüterindustrie am größten sind. Diese Tendenz konnte sich in der Wirtschaftskrise der 70er Jahre zunächst aber nicht unmittelbar durchsetzen, da der starke Exportanteil der Investitionsgüterindustrie und die bis 1974 noch steigende Exportnachfrage nach Maschinen, Anlagen usw. einen stärkeren Rückgang der Investitionsgüterproduktion verhinderten. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Krise war daher zunächst die Folge der *Kontraktion der Konsumgüter- und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie* - neben den umfassenden Einschränkungen im Baugewerbe und im Straßenfahrzeugbau. "Aus konjunkturellen, aber auch aus strukturellen und aus mit dem Außenwert der DM zusammenhängenden Gründen kamen die Verbrauchsgüterindustrien zuerst in die Flaute. In diesem Bereich, insbesondere in der Textil- und Bekleidungs- sowie in der Möbelindustrie war schon Anfang 1973 eine deutliche Produktionsabschwächung zu registrieren. Die Unternehmen reagierten sofort, wenngleich noch verhalten, mit Herabsetzung ihrer Beschäftigtenzahl. Gleichzeitig sank die Zahl der Überstunden ... Als sich im Jahresverlauf der Nachfragerückgang deutlich verstärkte, wurde auch die Zahl der Beschäftigten drastisch verringert; seit Ende 1973 werden per Saldo in jedem Vierteljahr zwischen 32.000 und 45.000 Personen freigesetzt." (DIW Wochenbericht Nr. 28/1975, 230ff.) Erst im Jahre 1974 änderte sich dann die Situation für die *Investitionsgüterindustrie*, die jetzt - bedingt durch einen nachlassenden Auftragseingang aus dem Ausland und der allgemein absinkenden Weltmarktkonjunktur - Kurzarbeit und Entlassungen vornehmen mußte. Während hier der Beschäftigtenstand 1973 noch ausgeweitet wurde, hat sich die Situation zu Beginn des Jahres 1974 ab-

rupt geändert. "Der Beschäftigtenstand wurde beschleunigt reduziert. Daneben wurde in verstärktem Maße Kurzarbeit eingeführt; dies drückte sich in einem Rückgang der Produktionsleistungen je Beschäftigten ... aus. Besonders die Automobilindustrie hat Kurzarbeit Entlassungen vorgezogen..." (ebd., 232). Während daher Mitte des Jahres 1975 bereits die frühzeitig betroffenen Industriezweige wie die Verbrauchs-güterindustrie, Automobil- und Bau- sowie auch die Textilindustrie den Tiefpunkt der Krise überschritten hatten, weiteten sich Kurzarbeit und Entlassungen in der *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie* (Eisen-, Stahl- und Chemieindustrie) und in den Investitionsgüterindustrien - hier vor allem der Maschinenbau - noch aus. Am dauerhaftesten wirkte die Krise in der gesamten eisenschaffenden Industrie, die bis in die Jahre 1976/77 von Überkapazitäten, Kurzarbeit und Entlassungen betroffen war. Folglich wurden auch die Schwerpunkte der Arbeitslosigkeit auf die letztgenannten Sektoren mit der Dauer der Krise verschoben, was an der Entwicklung der Arbeitslosenquoten und der Zahl der Kurzarbeiter nach Branchen- und Berufsgruppen verfolgt werden kann. Der Rückgang der Produktions- und Investitionsgüterindustrien (Maschinenbau, Elektroindustrie, Chemie und Eisenschaffende Industrie) setzte zwar später ein, die *Wachstumsrate der Arbeitslosigkeit* war aber hier dann viel größer.

Aus der Tabelle 5 ist ersichtlich, daß nach der eingetretenen Krise die Wachstumsrate der Arbeitslosigkeit insbesondere in der *Investitionsgüterindustrie* am stärksten anschnellte. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Investitionsgüterindustrie (in der Tabelle gemessen an arbeitslos gewordenen männlichen Beschäftigten) steigt von 1974 auf 1975 um ca. 106 v.H., während die *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie*

Tabelle 5: Arbeitslose und Wachstumsraten der Arbeitslosigkeit in einzelnen Sektoren

Wirtschaftsabt. bzw. -gruppe	männliche Arbeitslose			Steigerungsraten in vH. in vH.	
	Sept. 1974	Sept. 1975	Sept. 1976	1974/75	1975/76
I. <u>Land- und Forstwirtschaft</u> in v.H.	3.924	7.040	6.762	79,4	-4,0
II. <u>Energie- und Wasserwirtsch.</u>	6.552	6.083	7.017	-7,2	15,3
III. <u>Verarbeitende Gewerbe (o. Baugew.)</u> insgesamt	111.215	202.392	164.792	81,9	-18,6
<u>Grundstoff- und Produktionsgüterind.</u>	29.828	51.925	45.347	74,0	-12,6
darunter Chemische Industrie	11.846	14.660	13.081	23,7	-10,7
darunter Eisen- und Stahl	16.668	29.335	24.169	76,0	-17,6
<u>Investitionsgüterindustrie</u>	36.162	74.791	62.428	106,7	-16,5
darunter Maschinenbau	8.727	17.940	14.048	105,6	-21,6
Fahrzeugbau	5.473	15.232	9.673	178,0	-36,5
Elektroindustrie	9.221	19.767	16.774	114,0	-15,0
<u>Verbrauchsgüterindustrie</u>	30.654	50.191	38.044	63,7	-24,2
<u>Nahrungs- und Genußmittel</u>	7.851	13.403	12.725	70,7	-5,0
IV. <u>Baugewerbe</u>	62.394	89.235	67.094	43,0	-24,8
V. <u>Handel</u>	35.775	58.235	58.418	65,0	3,0
VI. <u>Verkehr und Nachrichtenübermittl.</u>	10.612	18.332	16.583	72,7	-9,5
VII. <u>Kreditinstitute u. Versicherungsgewerbe</u>	3.612	6.025	7.374	66,8	22,4
VIII. <u>Dienstleistungen</u>	24.216	38.516	45.103	59,0	17,1
IX. <u>Organisationen o. Erwerbscharakter und private Haush.</u>	876	1.488	2.063	69,8	38,6
X. <u>Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen</u>	5.845	12.796	16.609	119,2	29,6

Quelle: ANBA 1976, 80f.

eine Wachstumsrate der Arbeitslosigkeit von 74 v.H., die *Verbrauchsgüterindustrie* eine Wachstumsrate von ca. 64 v.H., die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* eine Wachstumsrate von ca. 71 v.H. aufweisen. Weiterhin ist ersichtlich, daß der Rückgang der Beschäftigten in der Verbrauchsgüterindustrie bereits seit dem Jahre 1973 relativ stetig ist (vgl. Tabelle 5). Diese Daten zeigen, daß offenbar die Arbeitslosigkeit mit zunehmender Konsumgüterhöhe abnimmt. Überdies ist aus der Tabelle zu entnehmen, daß die Entlassungen und Freisetzungen im *tertiären Sektor* und hier besonders im *öffentlichen Bereich* (auch aufgrund der längeren Kündigungszeiten der Angestellten) erst mit einer zeitlichen Verzögerung einsetzen, während im ganzen verarbeitenden Gewerbe die Wachstumsraten der Arbeitslosigkeit im Jahre 1976 bereits negativ sind, d.h. die Beschäftigung wieder ansteigt. Aufgrund der zurückgehenden Einkommen und der zurückgehenden Nachfrage nach privaten und öffentlichen Dienstleistungen in der Krise und aufgrund der später einsetzenden Rationalisierungsprozesse (vgl. Peschel/Scheibe-Lange 1977, 325ff.) sinkt die Beschäftigung hier erst später ab.

Der stärkste Beschäftigungsabbau erfolgt in den Industriegruppen der Verbrauchs- und Investitionsgüter-, Nahrungs- und Genußmittelindustrien und im Baugewerbe, während der Bereich der *privaten* Dienstleistungen und der *öffentliche Dienst* erst später einen Beschäftigungsabbau bzw. sinkende Beschäftigungszunahmen aufweisen. Wie die Tabelle zeigt, konnte der tertiäre Sektor und darin insbesondere der öffentliche Dienst nicht mehr wie noch in den 60er Jahren und zu Beginn der 70er Jahre einen Teil der im industriellen Bereich freigesetzten Arbeitskräfte absorbieren, vielmehr fanden hier selbst

mit der Dauer der Krise Beschäftigungseinschränkungen statt. (1)

4.2. Struktur der Dauerarbeitslosigkeit

Wie die Krise 1966/67 weist auch die Krise 1974 eine besondere Betroffenheit bestimmter *Schichten* der Lohnarbeiter sowie eine besondere *sektorale, berufsstrukturelle* und *regionale* Gliederung der Arbeitslosigkeit auf. In beiden Krisen waren entsprechend des starken Einbruchs in der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrie *ungelernte Massenarbeiter* sowie *Facharbeiterschichten* wie Metallarbeiter, Elektriker, Maschinenbauer, Chemiearbeiter, Kunststoffarbeiter, Bau- und Bauausstattungsberufe betroffen. Auch ist ein besonderer Zusammenhang von Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit sichtbar geworden. Mit dem Umfang und der Dauer der Arbeitslosigkeit, die sich bereits Anfang der 70er Jahre anbahnte, bildeten sich aber *neue, dauerhafte Tendenzen in der Arbeitslosenstruktur heraus*, die auch für die zukünftige Entwicklung relevant sein werden.

1. Die langfristige Struktur der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit wurden durch eine *Veränderung der sektoralen Struktur* der Wirtschaft mitbestimmt. Kennzeichnend für die Beschäftigungsentwicklung und für die

(1) Dieser oben gezeigte typische sektorale Verlauf der Arbeitslosigkeit ist zu berücksichtigen, wenn darauf gesetzt wird, daß der tertiäre Sektor - und hierunter insbesondere der öffentliche Dienst - die im Industriesektor freigesetzten Arbeitskräfte absorbieren könne. Gerade die Wachstumsrate der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienstleistungssektor ist nach der Krise 1974/75 nicht nur abgefallen, sondern sogar negativ geworden. Allerdings ist hierfür auch die Haushaltspolitik und das Haushaltsstrukturgesetz verantwortlich. Vgl. dazu Kapitel 6.

Freisetzungen ist, daß mit dem langfristigen Akkumulations- und Wachstumsprozeß allmählich eine Verlagerung von Produktion und Beschäftigung vom primären zum sekundären und zum tertiären Sektor erfolgte. Zwar nimmt in der Zeit von 1960 bis 1972 die Zahl der beschäftigten Angestellten und Arbeiter von 20,1 Millionen auf 22,4 Millionen zu (vgl. Altvater 1976, 56). Dies ist eine Steigerungsrate von 11,3 v.H. Die Zahl der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten - einem zentralen Bereich des primären Sektors - nimmt aber stark ab: um 45,6 v.H. Im warenproduzierenden Gewerbe und im Handel und Verkehr kamen unterdurchschnittliche, nur geringfügige Steigerungsraten der Beschäftigtenzahl zustande. Die in dem genannten Zeitraum eindeutig expandierenden Bereiche dagegen waren die Dienstleistungsunternehmen, die ihre Beschäftigtenzahl um 39,6 v.H. erhöhten, und der Staat (einschließlich privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbscharakter, deren Bedeutung jedoch relativ gering ist) mit einer Steigerungsrate von 35,5 v.H. So kommt es, daß Dienstleistungsunternehmen und öffentlicher Sektor im Jahre 1960 rund 22,3 v.H. aller abhängig Beschäftigten, im Jahre 1971 aber 27,5 v.H. auf sich vereinigen. An diesen Zahlen wird deutlich, daß ein großer Teil der in Industrie und warenproduzierendem Gewerbe arbeitslos gewordenen Beschäftigten vor allem durch die überdurchschnittliche Expansion der Beschäftigtenzahlen im tertiären Sektor, wobei gerade der öffentliche Dienst eine hervorragende Rolle spielt, aufgefangen werden konnte (vgl. Tabelle 9). In welchen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes selbst seit Anfang der 60er Jahre ein starker Beschäftigungsabbau stattfand, zeigt die Tabelle.

Tabelle 6:

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

Jahr	Staat	Private Organi- sation- en ¹⁾	Chemische Industrie, Mineralöl- verarb. usw. ²⁾	Dienst- lei- stungs- unter- nehmen ³⁾	Nach- richten- über- mitt- lung ⁴⁾	Stahl-, Maschi- nen-, Fahr- zeug- bau	Ener- gie- wirt- schaft ⁵⁾	Elektro- technik, Fein- mecha- nik, Herst. v. EBM- Waren usw. ⁶⁾	Sonstige Ver- kehr ⁷⁾	Groß- und Einzel- hand- els- ver- mitt- lung
1961	+ 130	+ 7	+ 42	+ 40	+ 11	+ 97	+ 2	+ 84	+ 1	+ 45
1962	+ 119	+ 9	+ 15	+ 54	+ 14	+ 67	+ 7	+ 12	+ 2	+ 4
1963	+ 97	+ 13	+ 14	+ 81	+ 12	+ 0	+ 7	+ 9	+ 6	- 2
1964	+ 96	+ 11	+ 22	+ 48	+ 2	+ 31	+ 5	+ 28	+ 4	- 2
1965	+ 87	+ 17	+ 39	+ 62	+ 1	+ 66	+ 4	+ 69	+ 2	- 17
1966	+ 80	+ 14	+ 29	+ 66	+ 3	+ 23	+ 2	+ 20	+ 0	+ 32
1967	+ 70	+ 20	- 40	+ 55	+ 3	+ 116	+ 0	+ 114	+ 0	- 67
1968	+ 25	+ 15	+ 36	+ 63	- 2	+ 35	+ 2	+ 39	+ 5	+ 8
1969	+ 56	+ 19	+ 59	+ 45	+ 3	+ 157	+ 1	+ 138	+ 4	+ 30
1970	+ 120	+ 21	+ 50	+ 48	+ 9	+ 127	+ 2	+ 90	+ 5	+ 18
1971	+ 110	+ 15	+ 0	+ 49	+ 20	+ 41	+ 0	+ 32	+ 10	+ 17
1972	+ 137	+ 12	- 8	+ 41	+ 15	+ 48	+ 4	+ 53	+ 10	+ 16
1973	+ 96	+ 13	+ 9	+ 12	+ 6	+ 42	+ 1	+ 55	+ 11	+ 7
1974	+ 113	+ 1	+ 1	+ 21	- 1	- 20	+ 1	- 22	+ 0	- 116
1974 *)	3 446	570	1 026	3 066	490	2 644	233	1 951	495	3 272
1960—1974 1 000 *) vH *)	+ 1 336 + 63,3	+ 187 + 48,8	+ 268 + 35,4	+ 685 + 28,8	+ 96 + 24,4	+ 502 + 23,4	+ 38 + 19,5	+ 313 + 19,1	+ 60 + 13,8	- 27 - 0,8
Jahr	Bauge- werbe	Holz-, Papier-, Drucke- reige- werbe	Nah- rungs- und Genuß- mittel- ge- werbe	Steine und Erden, Fein- kera- mik, Glasge- werbe	Eisen- und NE- Metall- erzeu- gung u. -bear- beitung	Leder- und Be- klei- dungs- ge- werbe	Textil- ge- werbe	Land- und Forst- wirt- schaft, Fische- rei	Berg- bau	Private Haus- halte
1961	+ 47	+ 12	+ 7	+ 10	+ 30	+ 11	- 6	- 132	- 29	- 41
1962	+ 88	- 4	+ 7	- 1	- 21	+ 2	- 22	- 142	- 38	- 65
1963	+ 103	- 19	- 7	- 12	- 23	- 11	- 15	- 163	- 38	- 7
1964	+ 60	- 12	- 31	+ 6	+ 4	- 18	- 18	- 142	- 19	- 22
1965	+ 0	+ 2	+ 3	+ 0	+ 16	- 3	- 9	- 126	- 16	- 36
1966	- 30	- 26	- 7	- 10	- 48	- 21	- 11	- 86	- 23	- 23
1967	- 192	- 15	- 11	- 29	- 87	- 62	- 53	- 152	- 51	- 4
1968	+ 30	+ 0	+ 1	- 9	- 2	- 25	- 1	- 115	- 37	- 21
1969	+ 6	+ 22	- 14	+ 7	+ 17	+ 5	+ 21	- 128	- 14	- 20
1970	+ 0	+ 11	- 13	+ 5	+ 15	- 23	- 11	- 133	+ 6	- 26
1971	+ 20	+ 4	- 3	+ 4	- 19	- 30	- 23	- 118	- 3	- 10
1972	- 2	- 11	- 8	+ 1	- 27	- 16	- 24	- 106	- 20	- 6
1973	- 17	+ 16	+ 1	- 3	- 3	- 37	- 28	- 84	- 22	- 1
1974	- 178	- 41	- 26	- 24	+ 9	- 80	- 44	- 74	- 99	- 4
1974 *)	1 977	1 042	941	425	858	570	428	1 882	249	95
1960—1974 1 000 *) vH *)	- 65 - 3,2	- 61 - 5,7	- 101 - 9,7	- 55 - 11,5	- 157 - 15,5	- 308 - 35,1	- 244 - 36,3	- 1 699 - 47,4	- 313 - 55,7	- 286 - 75,1

1) Ohne Erwerbscharakter.

2) Einschließlich Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung.

3) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, übrige Dienstleistungen.

4) Deutsche Bundespost.

5) Einschließlich Wasserversorgung.

6) Einschließlich Optik, Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren

7) Verkehr ohne Eisenbahnen, Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen.

*) Anzahl in 1 000.

*) Veränderung 1974 gegenüber 1960.

Zentrale Bereiche des Beschäftigungsabbaus waren hiernach die Leder-, Bekleidungs- und Textilindustrie, der Bergbau, die Eisen- und NE-Metallerzeugung, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, das Holz-, Papier- und Druckereigewerbe. Diese durch die sektoralen Verschiebungen bedingte Struktur der Arbeitslosigkeit ist ein charakteristisches Merkmal der Arbeitslosigkeit der 70er Jahre. Die in der Tabelle 6 aufgeführten Wirtschaftsbereiche mit Expansionen der Beschäftigung haben rund 3,5 Mio neue Arbeitsplätze bereitgestellt. Gleichzeitig gingen in den anderen Bereichen 3,3 Mio Arbeitsplätze verloren. Die ausschlaggebende Rolle in diesem Verhältnis hatte ganz zweifellos der *Öffentliche Dienst*, und darin zeigt sich auch die Bedeutung von Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst mit dem Zweck, Arbeitskraft einzusparen, eines Einstellungsstops und gar von Entlassungen für die Beschäftigung insgesamt.

Inzwischen hat sich das Bild weiter negativ verfärbt. Denn andere Bereiche sind nach 1974 zum Kreis der kontrahierenden Branchen hinzugestoßen, so insbesondere die Stahl- und Eisenschaffende Industrie. Aufgrund ausländischer Konkurrenz mit moderneren Produktionsmethoden (Japan, manche osteuropäische Staaten), der Errichtung von eigenen Stahlbasen in einigen Ländern der Dritten Welt, der Verbesserung von Qualität und Verlängerung der Lebensdauer von Stählen, der Substitution von Stahl durch Kunststoffe, Aluminium und Beton, der Verbilligung des Stahlangebots im Inland und der Verteuerung der Exporte wegen der Aufwertungen der DM, ist die Branche in eine schwere Krise geraten und auch zu einem Zweig geworden, der tendenziell die Beschäftigung reduziert.

2. Verschiebungen und Entwicklungstendenzen in der Betroffenheit der verschiedenen *sozialen Gruppen* von (registrierter) Arbeitslosigkeit zeigt die folgende Tabelle 7:

Tabelle 7: Gruppenspezifische Arbeitslosenquoten in der BRD

	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	
Alle Erwerbstätigen	0,7	2,1	1,5	0,9	0,7	0,8	1,1	1,2	2,6	4,7	4,6		(1)
Männer	0,8	2,4	1,7	0,9	0,7	0,7	1,0	1,0	2,2	4,3	3,9		(2)
Frauen	0,6	1,7	1,2	0,8	0,8	1,1	1,4	1,5	3,1	5,4	5,8		(3)
Ausländische Arb. und Ang.		1,5	0,6	0,2	0,3	0,6	0,7	-	-	7,4	5,5		(4)
Arbeiter	0,7	2,2	1,0	0,5	0,5	0,8	1,0	1,1	3,0	5,6			(5)
Angestellte	0,3	0,9	0,6	0,4	0,4	0,6	0,8	1,0	2,0	3,7			(6)
Arb. und Ang. mit: keinem Ausbildungsabschluß mit Anlernung betriebl. Ausbildung Berufsfach-, Fach-, Technikerschule Fachhochschule Hochschule	-	-	-	-	-	-	-	1,6	4,3	7,5	6,3	7,1	
	-	-	-	-	-	-	-	0,7	1,7	3,1	3,0	3,1	
	-	-	-	-	-	-	-	0,4	0,7	1,6	1,9	1,7	
	-	-	-	-	-	-	-	0,9	2,0	2,6	2,8	2,5	
	-	-	-	-	-	-	-	0,6	1,0	1,7	2,1	2,5	
Arb. und Ang.: unter 35 Jahre 35 bis 55 Jahre 55 bis 65 Jahre	0,3	1,0	0,4	0,3	0,4	0,6	0,8	1,0	3,2	5,9			
	0,4	1,4	0,6	0,4	0,4	0,6	0,7	0,8	1,9	3,4			
	1,1	3,5	2,9	1,5	1,1	1,5	2,2	1,9	2,8	4,8			

Quellen: (1) ANBA, Arbeitsstatistik 1976-Jahreszahlen; Jahresdurchschnitte

(2) Ebenda

(3) Eigene Berechnungen nach: ebenda, S. 14 und S. 63; Jahresdurchschnitte

(4) Schmid 1977, 31; Septemberzahlen

(5) Tessaring 1977, 231; Septemberzahlen

(6) Schmid 1977, 31; Septemberzahlen

Die 77'er Zahlen beruhen auf einer unveröffentlichten Schätzung des IAB für März 1977

Die wichtigsten längerfristigen Verschiebungen, die auch im Vergleich mit der Krise von 1967 deutlich werden, sind:

a) Die Frauenarbeitslosigkeit ist höher als die der Männer. Während 1976 3,0 v.H. der Männer ohne Beschäftigung waren, mußten 5,5 v.H. der Frauen "stempeln" gehen. In dieser besonders starken Betroffenheit von der Arbeitslosigkeit setzt sich die Unterprivilegierung im Arbeitsleben fort. Denn Frauen sind zumeist im Produktionsprozeß die unterdurchschnittlich Qualifizierten, und sie sind in Wirtschaftsbereichen konzentriert, die wegen ihrer hohen Arbeitsintensität zum Schrumpfen verurteilt sind. Auch die Tatsache, daß viele Frauen wegen ihrer Doppelbelastung in Beruf und Familie Teilzeitarbeit angenommen hatten, bewirkt überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit; diese Teilzeitjobs sind die ersten, die wegfallen. Auf der anderen Seite bedeutet das Angewiesensein auf Teilzeitjobs in der Krise, daß Frauen Arbeitsplätze, die Ganztagsarbeit verlangen, nicht annehmen können.

b) Seit dem Anwerbestopp im Herbst 1973 versuchen die *ausländischen Arbeitskräfte* auch im Fall der Arbeitslosigkeit in der BRD zu bleiben, was ab 1974 zu überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten bei den Ausländern führte. Diese sinkt seit 1976 wieder ab, daß viele Ausländer ohne Neueinstellung und Anspruch auf Arbeitslosen- und Sozialhilfe wieder in ihr Heimatland zurückkehren mußten. In einigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes werden seit kurzem auch wieder verstärkt Ausländer mit besonderer Arbeitserlaubnis eingestellt.

c) Die tendenzielle Annäherung zwischen Arbeiter- und Angestelltensituation drückt sich auch in einem überproportionalen Steigen der *Angestelltenarbeitslosigkeit*

keit aus, obwohl sie immer noch unterdurchschnittlich ist. Generell steigt die Angestelltenarbeitslosigkeit im Konjunkturzyklus mit einer Zeitverschiebung; dieses Ansteigen findet in den letzten Jahren auf der Basis einer breiten Rationalisierungswelle im Angestelltenbereich statt, die insbesondere im tertiären Sektor zu massenhaften Entlassungen führt. Durch den hohen Frauenanteil im Bereich Handel und Dienstleistungen und hier in den unteren Angestelltengruppen sind die Frauen besonders stark betroffen, vgl. die hohen Arbeitslosenzahlen in den Büro-, Verwaltungs- und Organisationsberufen wie auch der Warenkaufleute.

d) Ein besonders für die BRD neues Phänomen ist die überdurchschnittlich ansteigende und inzwischen überproportionale *Jugendarbeitslosigkeit*. Hierbei kommen verschiedene Momente zusammen: Die Krise der beruflichen Bildung mit zu wenig Ausbildungsstellen, die häufig verweigerte Übernahme nach abgeschlossener Ausbildung; das Arbeitskräfteüberangebot im Bereich un- und angelernter Tätigkeiten; der Einstellungsstopp in einer Vielzahl von Unternehmen, die es Berufsanfängern ohne spezifische Qualifikation sehr schwer machen, einen Arbeitsplatz zu finden. Sicher spielt auch die zunehmende Differenz zwischen den Berufsvorstellungen der Jugendlichen und den eingeengt hierarchischen Ausbildungs- und Arbeitsangeboten eine Rolle.

Die relativ hohe Altersarbeitslosigkeit ist ein altes Phänomen, bildet sich aber derzeit nicht mehr so stark wie in früheren Zyklen aus. Dies hat im wesentlichen drei Gründe: die ausgeweiteten Möglichkeiten der Frühverrentung, die fast hundertprozentig genutzt werden; die Ausweitung der Berufsunfähigkeitsrenten sowie die verstärkten Kündigungsschutz- und Sozialplanregelungen für ältere Betriebsangehörige.

e) Bei der Beurteilung des Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Qualifikation sind mehrere Entwicklungstendenzen, die sich zum Teil überlagern oder sogar widersprechen, zu unterscheiden. Untersuchungen über die Qualifikationsentwicklung in der westdeutschen Industrie zeigen plausibel, daß bei den Beschäftigten eine Tendenz der Polarisierung der Qualifikation stattfindet und zwar in dem Sinne, daß einer relativ geringen Zahl sehr hoch qualifizierter Arbeitskräfte die Masse von Angelernten für die Spezifik des besonderen Produktionsprozesses entspricht (SOFI 1977). Die Qualifikationsstruktur der abhängig Erwerbstätigen, wie sie in den sehr groben Kategorien des Statistischen Bundesamtes ausgedrückt wird, spiegelt dieses Verhältnis wider: Ohne Ausbildungsabschluß, mit Anlernung sind 1976 31,8 v.H. der Erwerbstätigen, betriebliche Ausbildung haben 49,7 v.H., Berufsfach-, Fach-, Technikerschulabschluß haben 11,6 v.H., die Fachhochschule haben 2,6 v.H. absolviert und die Hochschule mit einem Examen abgeschlossen 4,3 v.H. (Tessaring 1977, 231). In der Krise entwickeln die Unternehmer Strategien bei Entlassungen, am ehestens diejenigen zu feuern, deren Wiederbeschaffungskosten relativ gering sind. Daher verlieren als erste die leicht austauschbaren "Massenarbeiter" ihren Arbeitsplatz, also diejenigen mit relativ niedrigem Qualifikationsniveau. Daraus wird häufig genug geschlossen, daß Arbeitslosigkeit eine abhängige Variable des (niedrigen, zu niedrigen) Qualifikationsniveaus sei. Diese Annahme ist jedoch falsch, da die Qualifikation nur bei der Auswahl der von den Belegschaften zu Entlassenden eine Rolle spielt, nicht bei der Entscheidung über Entlassungen an sich.

Die Überlegung mit den Wiederbeschaffungskosten bei Entlassungen spielt allerdings nur so lange eine Rolle, wie die Unternehmen davon ausgehen, daß die "Konjunktur-

flaute" und mithin die Arbeitslosigkeit nur eine vorübergehende Erscheinung seien. Stellt es sich heraus, daß Arbeitslosigkeit zu einer langandauernden, strukturellen Tatsache wird, dann werden auch höher und hoch Qualifizierte entlassen. Es zeigt sich folglich auch in Westdeutschland die Tendenz einer relativ (im Vergleich mit der Gesamtarbeitslosigkeit) abnehmenden Arbeitslosenquote der wenig Qualifizierten - die jedoch immer noch hoch genug ist - und einer Zunahme der Quote der arbeitslosen Fachhochschul- und Hochschulabsolventen. Daher ist realistisch davon auszugehen, daß in den 80er Jahren die Akademikerarbeitslosigkeit auch in der BRD zum Schicksal für viele junge Menschen werden wird, zumal der Ersatz- und Expansionsbedarf des öffentlichen Dienstes die Hochschulabsolventen nicht wird absorbieren können.

3. Bei der Argumentation mit offiziellen Arbeitslosenzahlen sind allerdings einige generelle, *methodische Verzerrungen* zu berücksichtigen:

Erstens: Die *registrierte* Arbeitslosigkeit bildet nur sehr unscharf und mit sehr unterschiedlicher Genauigkeit die reale Beschäftigungssituation ab. So werden einige Gruppen überhaupt nicht erfaßt, wie der ins Heimatland zurückkehrende Ausländer, die wieder als Hausfrau tätige Arbeiterin, die im Haushalt mithelfende Jugendarbeitslose, der auf seinen Hof zurückkehrende Nebenerwerbslandwirt. Andere Gruppen sind zwar faktisch arbeitslos, überbrücken diesen Zustand aber mit Frühverrentung, verlängerter Ausbildung, Zweitausbildung, Umschulung etc. Eine dritte Gruppe mit erzwungener Teilzeitbeschäftigung muß zumindest als unterbeschäftigt angesehen werden.

Zweitens: Direkte Schlußfolgerungen von der Qualifikation der Arbeitslosen auf ihre Einsatzmöglichkeiten im Betrieb können zu erheblichen Fehleinschätzungen führen, wenn nicht die Effekte *betrieblicher Personalpolitik* mitbedacht werden. Zwei Beispiele: Einstellungsstopp über längere Zeit führt notwendigerweise zu höherer Arbeitslosigkeit bei Berufsanfängern. Andererseits: die betriebliche Selektion bei Entlassungen und Einstellungen verschiebt die Relation zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitsplatzangebot. D.h., wenn Facharbeiterplätze wegfallen, können Angelernte entlassen werden und Facharbeiter auf deren Arbeitsplätze umgesetzt werden. Gleichermaßen können Facharbeiter für Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen gesucht werden, was zum Bild einer "Facharbeiterlücke" beiträgt.

Drittens: Die offizielle Statistik beruht auf bestimmten Strukturmerkmalen der Arbeitsmarktanalyse wie "Arbeiter/Angestellte", "Geschlecht", "Alter", "formale Ausbildung", ohne daß nachgewiesen werden kann, daß die real bedeutsamen Strukturlinien damit gefaßt sind. Auch hier nur zwei Beispiele: Untersuchungen über den Zusammenhang von Betriebsgröße und Entlassungsquote deuten an, daß Klein- und Mittelbetriebe viel weniger in der Lage sind, in der Krise ihre Stammbesatzung zu halten. Als zweites Beispiel ist auf die zunehmende Bedeutung der psycho-physischen Leistungsfähigkeit für Einstellungen bzw. Entlassungen hinzuweisen; Indiz dafür ist der Anteil gesundheitlich Eingeschränkter an den Arbeitslosen; im Mai 1976 betrug er ca. 25 v.H.

4. Es wurde aber auch deutlich, daß - trotz Krise - bestimmte Sektoren (wie Straßenfahrzeugbau, Reaktor-bau und andere hochtechnologische Industriezweige wie Elektrotechnik und Elektronik) eine das Angebot übertreffende *Nachfrage nach Arbeitskräften bestimmter Qualifikation* (Schlosser, Elektriker, Metallarbeiter, Monteure, Bauarbeiter und ähnliche produktionsnahe Berufe) entfalteten, die zu Engpässen im Arbeitskräfteangebot mit produktionsnaher Qualifikation führten. (Vgl. JG 1976, 58) Dies konnte allerdings die Arbeitslosigkeit bei den anderen o.g. Gruppen nicht kompensieren. Dies erklärt auch die Tatsache eines seit 1975 nahezu konstanten Sockels von ca. 200.000 offenen Stellen.

Während also die Krise - so läßt sich zusammenfassen festhalten - in ihrer ersten Phase eine typische konjunktuelle Arbeitslosigkeit mit spezifischer sektoraler, berufsstruktureller und regionaler Gliederung aufweist, bilden sich mit der Dauer der Krise neue dauerhafte Formen der Arbeitslosigkeit heraus, wie sie bereits seit langem für hochentwickelte kapitalistische Länder wie England und die USA charakteristisch sind. Diese Tendenzen bewirken eine Konzentration der Arbeitslosigkeit auf unqualifizierte Arbeiter, auf Frauen, bestimmte ethnische Gruppen (Ausländer) und Jugendliche, Verlagerung auf untere Altersgruppen; aber auch Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (Angestellte) sind stark betroffen; höhere Qualifikationsstufen (Akademiker) dürften erst mittelfristig in größerem Umfang von der Arbeitslosigkeit erfaßt werden. Gleichzeitig entstehen Engpässe bei qualifizierten Facharbeitergruppen, die durch einen partiellen Aufschwung einzelner Branchen bedingt sind. (1)

(1) Von der neoklassischen Theorie wird die besondere Betroffenheit der un- und angelernten Arbeiter (Fortsetzung nächste Seite)

Diese Struktur der Dauerarbeitslosigkeit hat sich in der Wirtschaftskrise herausgebildet und wird vermutlich auch ein bleibendes Moment in der zukünftigen Entwicklung sein. Im folgenden wollen wir nun die Ursachen untersuchen, die zu einem solchen Arbeitskräfteüberschuß bei *bestimmten Gruppen und Qualifikationsstufen*, d.h. zu einer dauerhaften Abweichung von Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot führen.

Fortsetzung:

nur damit erklärt, daß der Reallohn dieser Schichten (infolge der nivellierenden Lohnpolitik der Gewerkschaften in den letzten Jahren vor der Krise) allmählich größer wurde als der "Beitrag" dieser Schichten zum Gesamtprodukt (als das Grenzprodukt ihrer Arbeit); vgl. dazu Soltwedel/Spinanger 1976. Verallgemeinert ausgedrückt hieße dies, daß diese Schichten deshalb von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, weil sie "mehr verlangen als sie leisten". Ist schon die Anwendung der Grenzproduktivitätsbegriffe auf den einzelnen Arbeiter sehr problematisch, da die "Leistung" des einzelnen Arbeiters nur in Kooperation mit anderen und im Zusammenwirken mit den objektiven Bedingungen des Arbeitsprozesses möglich ist. Zum anderen wird hier vergessen, daß die Diskriminierung bestimmter Schichten bei Entlassungen und Einstellungen auch nach außerökonomischen Merkmalen erfolgt - wie ethnische Gruppenzugehörigkeit, Ausbildungs- und Bildungsniveau, soziale Herkunft, Einstellung zur Arbeit (Disziplin, Kontinuität, Pünktlichkeit usw.), Protestbereitschaft usw. Diese Kriterien für die Selektion bei Einstellung und Entlassungen können - obwohl sie für die realen Vorgänge sehr wichtig sind - von neoklassischen Theorien gar nicht mehr erfaßt werden. Zu Recht ist gerade diese Problemstellung von der Theorie der "segmentierten Arbeitsmärkte" aufgegriffen worden (vgl. Freiburghaus / Schmidt 1975).

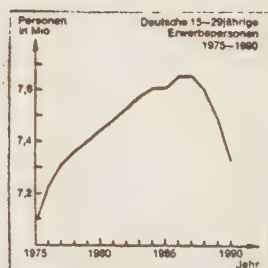
4.3. Akkumulation, Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot

Gegen die These der dauerhaften Abweichung von Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot könnte - wie die Keynesianer dies tun - eingewandt werden, daß die Arbeitslosigkeit bestimmter Gruppen und Schichten eigentlich nur dadurch bedingt ist, daß das Gesamtangebot von der effektiven Gesamtnachfrage abweicht. Würde die Gesamtnachfrage so gesteigert, daß die Überkapazitäten abgebaut und damit das Beschäftigungsniveau gehoben werden könnten, dann würde auch die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung bestimmter Schichten und Gruppen verschwinden. Demgegenüber läßt sich aber zeigen, daß ein *konjunktureller* Aufschwung nicht ausreicht, die herausgebildete industrielle Reservearmee zu beseitigen, sondern daß erhebliche Veränderungen in den Wachstums- und Akkumulationsbedingungen dazu geführt haben, daß das Arbeitsplatzangebot, gemessen an der Erwerbstätigenentwicklung, auch zukünftig unzureichend sein wird. Im folgenden untersuchen wir die Nachfrage- und Angebotsseite des Arbeitsmarktes. Wir beginnen mit einer Darstellung des Angebots von Arbeitskräften, d.h. der Nachfrage nach Arbeitsplätzen.

Zur *potentiellen Erwerbstätigenentwicklung* sind Prognosen aufgestellt worden, um den zukünftigen Arbeitsplatzbedarf abzuschätzen. (Vgl. Mitt AB, 1976, 156ff.) Danach wird das deutsche Erwerbspersonenpotential im Gegensatz zu den letzten 15 Jahren, in denen es um 1,8 Mio gesunken ist, bis 1990 um ca. 1,1 Mio zunehmen, und zwar von rund 24,5 Mio im Jahre 1975 über rund 24,8 Mio im Jahre 1980 auf knapp 25,5 Mio im Jahre 1990. Betrachtet man noch spezifische Altersgruppen, dann wird der Eindruck verstärkt, daß auch

in Zukunft bestimmte Schichten der Erwerbstätigen von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sein werden: Es wird nämlich zukünftig ein überdurchschnittliches Anwachsen der Altersgruppe von 15 bis 30 Jahre zu verzeichnen sein (was von der Angebotsseite von Arbeitskräften auf eine steigende Jugendarbeitslosigkeit hinweist). (Vgl. Mitt AB, 1976, 157)

Schaubild 9:

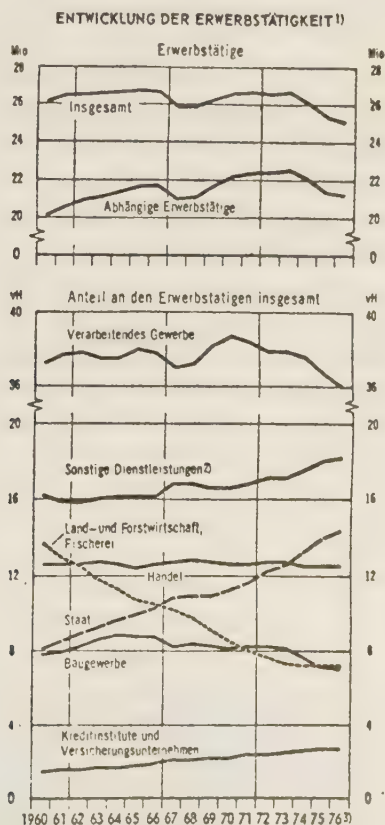


Quelle: Mitt AB 1976, 160

Bereits dieser Trend verstärkt eine bestimmte Schicht der industriellen Reservearmee. Überdies kann davon ausgegangen werden, daß das Angebot an potentieller Arbeitsbevölkerung noch ansteigt, da dieses sich nicht nur aus der Bevölkerungsentwicklung und den Erwerbsquoten von Beschäftigungsgruppen zusammensetzt, sondern aus den zusammengesetzten Wirkungen des Bevölkerungswachstums, der Proletarisierung von Bauern, Handwerkern, kleineren Kapitaleignern, dem Angebot ausländischer Arbeitskräfte und dem verstärkten Arbeitskräfteangebot derjenigen Gruppen und Arbeiterfamilien, deren Realeinkommen langfristig absinkt. Das zukünftige Angebot an Arbeitskräften wird also nicht unabhängig von dem Gang der Kapitalakkumulation und der Umstrukturierung der Erwerbstätigenbevölkerung selbst sein.

Dieser möglichen Entwicklung des Angebots an potentiellen Lohnarbeitern steht eine *Nachfrage* nach Lohnarbeitern gegenüber, die wie alle relevanten Untersuchungen zur Arbeitskräfteentwicklung zeigen, in dem verarbeitenden Gewerbe seit Beginn der 70er Jahre bereits rückläufig war (vgl. Schaubild 10):

Schaubild 10:



Quelle: JG 1976, 54

¹⁾ Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsart). – ²⁾ Verkehr und Nachrichtenübermittlung, übrige Dienstleistungen und Wohnungsvermittlung, private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter. – ³⁾ Eigene Schätzung.

Allein im verarbeitenden Gewerbe wurden von 1973 bis 1976 ca. 1 Million, das sind 12 v.H. der Arbeitskräfte, entlassen. (JG 1976, 55) Im Zeitraum von 1966 bis 1969 hat dieser Rückzug nur 450.000 betragen. Erfolgte die oben genannte Freisetzung auch zum größten Teil infolge des konjunkturellen Rückgangs, so wird doch bis 1980 mit einem Arbeitsplatzdefizit von 1,5 bis 2 Mio gerechnet. (Vgl. Soltwedel 1977, 308) Dazu haben neben dem konjunkturell bedingten Rückgang in der Kapazitätsauslastung wesentlich drei *strukturelle Veränderungen in den Produktions- und Wachstumsbedingungen* beigetragen:

1. Eine erste, für die Beschäftigungssituation der Lohnarbeiter sehr relevante Tendenz waren die mit der Kapitalakkumulation sich vollziehenden *technischen Veränderungen* in den industriellen Arbeitsprozessen, die einen arbeitssparenden Charakter hatten (vgl. dazu Altvater u.a. 1979, Kapitel 5). In den 60er Jahren fanden nicht nur bloße Erweiterungen des Kapitalstocks statt, sondern die Methoden der Produktivitätssteigerungen wurden beständig kapitalintensiver.

Die Kapitalintensität stieg im industriellen Bereich stark an, und zwar seit Beginn der 60er Jahre schneller als die Arbeitsproduktivität. So war 1970 im Vergleich zum Jahr 1950 bereits in den einzelnen Unternehmen im Durchschnitt ein zweieinhalbfacher Kapitalaufwand (in konstanten Preisen) aufzubringen, um einen Arbeitsplatz mit Maschinen, Bauteilen etc. auszurüsten. (1) Ein ansteigendes Kapitalminimum und eine

(1) Dies hat erhebliche Konsequenzen für die Wirksamkeit staatlicher Programme zur Arbeitsplatzbeschaffung: So wird nach einer Studie des DIW das 13,8Mrd-Programm der Bundesregierung (1977ff.) im Verein mit den Steuererleichterungen seit 1975 nicht einmal eine Abnahme der Arbeitslosen nach 1978 bewirken, wenn nicht weitere wirtschaftspol- (Fortsetzung nächste Seite)

kapitalintensivere Produktion infolge technologischer Innovationen und arbeitsorganisatorischer Änderungen führt aber nur dann zu einer industriellen Reservearmee, wenn der Produktionsumfang konstant bleibt oder nur geringer ansteigt als die Arbeitsproduktivität. Steigt aber auch die Produktion, so wird zwar lebendige Arbeit durch tote, in den Produktionsmitteln vergegenständlichte Arbeit ersetzt, aber dies muß nicht zur Arbeitslosigkeit führen.

Eine Gefährdung der Beschäftigung der industriellen und sonstigen Lohnarbeiter entsteht also dann, wenn die Produktionsausweitung infolge einer abnehmenden Akkumulation (bzw. abnehmenden Akkumulationsrate) geringere Wachstumsraten aufweist als die Arbeitsproduktivität bzw. Kapitalintensität. (Vgl. auch Helfert 1977a, 430f.) Wie weit die Wachstumsraten der Produktion ab 1970 unterhalb der Wachstumsraten der Produktivität lagen, zeigt die folgende Tabelle (Tabelle 8) und das Schaubild 11:

Fortsetzung:

litische Aktivitäten folgen. Bestenfalls wäre "mit einer Stabilisierung des 1978 erreichten Beschäftigungseffektes zu rechnen." Dieser Effekt besteht darin, daß eine durch die Milliardenprogramme einschließlich deren Multiplikatoreffekte erreichbare Mehrproduktion von ca. 23 Mrd DM höchstens 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen würde - was angesichts steigender Erwerbspersonenzahl in den Jahren nach 1978 nicht ausreichen würde, die weitere Zunahme der Arbeitslosenzahl zu verhindern. (Zit. nach Frankfurter Rundschau vom 12.1.1978).

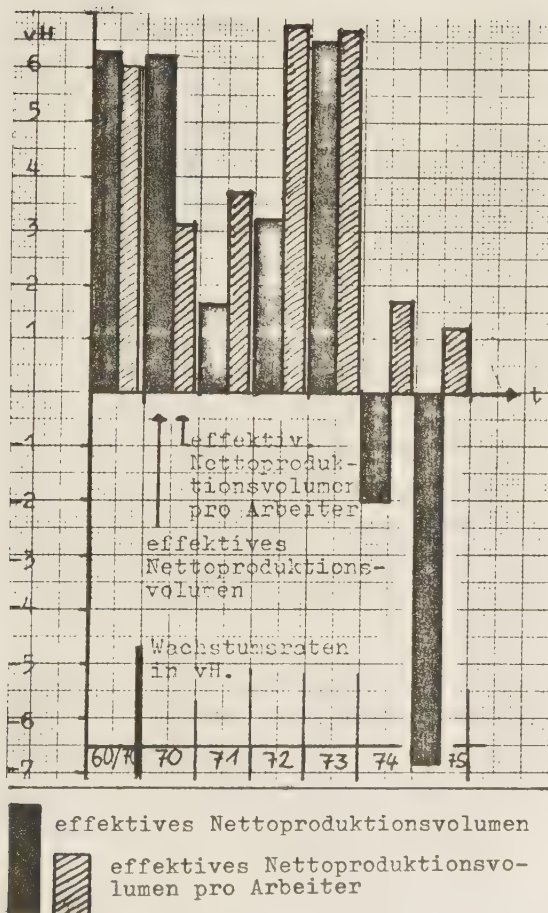
Tabelle 8: Wachstumsraten des effektiven Nettoproduktionsvolumens im Vergleich zum effektiven Nettoproduktionsvolumen je Arbeiter (in v.H.)

	1960/70 (Durchschn.)	1970	1971	1972	1973	1974	1975
eff. Nettoproduktionsvolumen (jährliche Veränderungsraten)	6,3	6,2	1,6	3,2	6,5	- 2,0	- 6,1
eff. Nettoproduktionsvolumen je Arbeiter (jährliche Veränderungsraten)	6,0	3,1	3,7	6,8	6,7	1,7	1,1

Quelle: Krengel u.a. 1976

Hiernach betrug die durchschnittliche Veränderungsrate der Arbeitsproduktivität von 1970 bis 1975 3,9 v.H. und die des Nettoproduktionsvolumens hingegen nur 1,5 v.H., vor allem wegen der Schrumpfung des effektiven Nettoproduktionsvolumens 1974/75. In den Jahren von 1970-73 beträgt das Durchschnittswachstum des effektiven Nettoproduktionsvolumens 4,4 v.H.; das Wachstum der Arbeitsproduktivität liegt mit durchschnittlich 5,1 v.H. darüber. Im Gegensatz zu den 60er Jahren, in denen die Produktionsausdehnung die Produktivitätssteigerung überkompensierte, liegen seit Beginn der 70er Jahre die Produktivitätssteigerungen also wesentlich höher als die Steigerungen des Produktionsvolumens. Dieser Trend in den arbeitssparenden Produktionstechniken und arbeitsorganisatorischen Veränderungen zusammen mit der absinkenden Produktionsausweitung infolge absinkender Kapitalakkumulation stellte daher eine wesentliche Ursache für das Anwachsen der industriellen Reservearmee seit Be-

Schaubild 11 zu Tabelle 8:



ginn der 70er Jahre dar. (Vgl. dazu Helfert 1977a,b) Werden nämlich nicht mehr so viele Erweiterungsinvestitionen getätigt und nimmt - wie insbesondere in den 70er Jahren in der Wirtschaft der BRD zu verzeichnen ist - das Gewicht der Ersatzinvestitionen zu, so werden nicht nur alte Produktionstechniken durch neue ersetzt, sondern die neuen Produktionstechniken machen auch alte Arbeitsplätze überflüssig. Die Arbeitsproduktivität steigt dabei, d.h. die Produktion kann mit weniger Arbeitern bewältigt werden, ohne daß die Produktion insgesamt ausgeweitet werden muß. Die noch stattfindenden Investitionen sparen so Arbeitsplätze ein, statt neue zu schaffen. Es erfolgen Freisetzen.

Sehr bedeutsam für diese Art von Rationalisierungsmaßnahmen, die eine steigende Produktivität bei zumeist nicht ausgelasteten Kapazitäten zum Ergebnis haben, ist die Mikroelektronik geworden, die eingesetzt wird:

- zur schnelleren Datenverarbeitung und besserem Informationsfluß in Verwaltung, Büro und Arbeitsvorbereitung
- zur Automatisierung von Meß-, Regelungs- und Steuerungstätigkeiten im Bereich der betrieblichen Fertigung
- zu veränderten technologischen Verfahren bei der Produktherstellung (z.B. in der Uhrenindustrie)
- zur Erhöhung der betrieblichen Flexibilität bei betrieblichen Umstellungsprozessen aufgrund veränderter Marktdaten. (Vgl. Helfert 1977a; Loderer 1977; Frosch 1978)

Der Anstieg der Kapitalintensität der Produktion, steigende Arbeitsproduktivität durch Rationalisierungsprozesse infolge neuer Technologie (bei den Ersatzinvestitionen) und arbeitsorganisatorischer Veränderungen

Tabelle 9: Freisetzung von Arbeitskräften in einigen Wirtschaftsbereichen in der Bundesrepublik Deutschland von 1960-1972

Jahr	Land-und Forstwirt- schaft	Warenpro- duzieren- des Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienst- leistun- gen	Staat
Erwerbstätige in der BRD in Tausend					
1960	3 531	12 497	4 759	2 381	2 374
1965	2 876	13 135	4 796	2 666	3 289
1967	2 638	12 241	4 717	2 787	3 446
1969	2 395	12 715	4 726	2 895	3 520
1971	2 144	12 933	4 831	2 992	3 750
1972	2 038	12 751	4 877	3 033	3 893
Das Bruttoinlandsprodukt des Wirtschaftsbereichs...im Jahre... hätte bei der Arbeitsproduktivität des Jahres 1972 mit... Erwerbstätigen produziert werden können (Erwerbstätige i.Tsd.)					
1960	1 767	6 987	3 055	1 765	2 436
1965	1 738	9 372	3 808	2 247	2 997
1967	1 993	9 366	3 887	2 434	3 200
1969	1 982	11 383	4 421	2 633	3 396
1971	2 081	12 369	4 780	2 911	3 713
1972	2 038	12 751	4 877	3 033	3 893
Freisetzung von Erwerbstätigen (tatsächliche Zahl der Erwerbs- tätigen im Jahre...abzüglich potentieller Zahl der Erwerbs- tätigen im Jahre...)					
1960	1 814	5 510	1 704	616	388
1965	1 138	3 781	988	419	292
1967	645	2 875	830	353	246
1969	413	1 332	305	262	124
1971	63	564	51	81	37
1972	-	-	-	-	-

(Fortsetzung)

Jahr	Land-und Forstwirt- schaft	Warenpro- duzieren- des Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienst- leistun- gen	Staat
Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in der BRD in Preisen von 1962 in Mio DM					
1960	18 170	176 090	64 960	39 050	30 320
1965	17 880	236 200	80 960	49 720	26 540
1967	20 500	236 060	82 650	53 860	39 020
1969	20 380	286 890	94 000	58 260	41 410
1971	21 400	311 750	101 630	64 430	45 270
1972	20 960	321 370	103 690	67 120	47 470
Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1960 bis 1975 in v.H.					
	15.4	82.5	59.6	71.8	56.6
Die Arbeitsproduktivität in der BRD in Preisen von in DM					
1960	5 074	14 091	13 650	16 401	10 550
1965	6 217	17 958	16 824	18 650	11 110
1967	7 771	19 284	17 522	19 325	11 323
1969	8 509	22 563	19 890	20 124	11 764
1971	9 981	24 105	21 037	21 534	12 072
1972	10 285	25 204	21 261	22 130	12 194
Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität von 1960 bis 1975 in v.H.					
	102.5	78.9	55.7	34.9	15.6

Quelle: Altvater 1976 und
eigene Berechnungen auf Grundlage der Daten
von Kridde/Bach 1974.

setzen Arbeitskräfte frei, ohne daß in hinreichendem Maße neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aus der Tabelle 9 ist die potentielle Freisetzungsrate, die sich aus der Differenz von tatsächlicher Zahl der Beschäftigten und der durch Produktivitätssteigerungen reduzierten Zahl der Beschäftigten ergibt, ersichtlich. Hier zeigt sich, daß in der BRD in den 60er Jahren die potentielle Freisetzung in der Landwirtschaft am größten, im warenproduzierenden Gewerbe sehr hoch und im Bereich der Dienstleistungen und des Staates sehr gering gewesen sind. Zu einer *tatsächlichen* Freisetzung kam es nur in der Landwirtschaft, da hier die Produktionsausweitung geringer war als die Produktivitätssteigerungen (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Freisetzung in einzelnen Wirtschaftsbereichen der BRD in v.H.

	Land- und Forst- wirt- schaft	Ware produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistun- gen	Staat
Freisetzung 1960/72 i.v.H. d.Erwerbstätigen von 1960	50,7	44,1	35,8	25,9	13,5
Freisetzung 1960/72 i.v.H. d.Erwerbstätigen von 1972	89,0	43,2	34,9	20,3	10,0

Quelle: Eigene Berechnung, Daten aus Tabelle 9

2. Die Voraussetzungen und Begleiterscheinungen solcher Rationalisierungsprozesse durch arbeitssparende, technologische und arbeitsorganisatorische Veränderungen sind *Konzentration* und *Zentralisation* von Kapital. Die *Kapitalkonzentration* - die sich in einer ansteigenden Kapitalmasse je Unternehmen ausdrückt - macht innerbetriebliche Rationalisierungsprozesse und die Umstrukturierung ganzer Branchen in großem Maßstab erst möglich. Die Rationalisierungsanstrengungen der Großunternehmen in der Krise, d.h. bei bestehenden Überkapazitäten, zielen auf die Senkung der betrieblichen Kosten für das fixe Kapital, die Lagerhaltung und vor allem der Lohnkosten in Produktion, Verwaltung und Vertrieb. Dadurch können das betriebliche Arbeitsvolumen besser ausgenutzt und Arbeiter eingespart werden, wodurch die Produktivität bei gleichbleibendem Produktionsumfang ansteigen kann. Dieselbe Produktion kann mit weniger Arbeitern hergestellt werden. In welcher Weise gerade die Rationalisierungsinvestitionen in der Krise - insbesondere in den schon kapitalintensiven Großbetrieben - als Motiv der Investitionen vorherrschte und bis 1980 noch weiter vorherrschen wird, zeigt die Tabelle 11.

Tabelle 11:

Investitionsmotive in der verarbeitenden Industrie
nach Betriebsgröße

Gründe und Anlässe für Investitionen	Anzahl der Beschäftigten				verarb. Industrie insges.
	weniger als 50	50 bis 199	200 bis 999	1000 und mehr	
Rationalisierung					
1970-75	76	80	85	86	82
1976-80	74	85	91	86	87
zu kleine Produktionskapazitäten					
1970-75	28	35	48	56	40
1976-80	9	12	12	13	12
technische Entwicklung					
1970-75	52	57	64	70	60
1976-80	53	63	70	78	66
Veränderung der Nachfragestruktur					
1970-75	23	22	28	35	28
1976-80	29	32	38	44	38
Umsstellung auf neue Produktionsmethoden					
1970-75	20	21	27	44	28
1976-80	23	26	37	50	34
Umsstellung/Ausweitung des Produktionsprogramms					
1970-75	25	31	39	47	36
1976-80	24	30	38	41	33

ohne chemische Industrie

Quelle:

ifo-Schnelldienst
33/76 (Auswahl)
Die Umfrage wurde im
Frühjahr 1976 durch-
geführt.

Hier wird deutlich, daß Rationalisierungsinvestitionen sehr stark auf Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten konzentriert sind. Darüberhinaus findet gerade in der Krise eine mit Beschäftigungseffekten verbundene Restrukturierung der Einzelkapitale in den Branchen durch die *Zentralisation* von Kapital statt. Diese vollzieht sich durch das Ausscheiden unproduktiverer Kleinbetriebe (Konkurse) und durch die Übernahme kleinerer Unternehmen durch große (Fusionen). Daß diese Zentralisation von Kapital sich insbesondere in der Krise vollzieht, ist bei Altvater u.a. (1979) in Kapitel 6 gezeigt worden. Rationalisierungseffekte aufgrund der *Kapitalzentralisation* erfolgen sicher mehr in Industriezweigen, in denen kleinere Unternehmenseinheiten mit niedriger Kapitalintensität und niedriger Arbeitsproduktivität vorherrschen. Konkurse und

Fusionen werden hier zu größeren Unternehmenseinheiten, zur Senkung der Durchschnittskosten und zu höherer Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität führen. Durch diese Umstrukturierungen der Arbeitsprozesse in den Großbetrieben und durch die Restrukturierung der Kapitale innerhalb der Industriezweige wurde bewirkt, daß selbst in der Krise, d.h. bei nicht ausgelasteten Kapazitäten, die Arbeitsproduktivität schneller wuchs als die Produktion und auch weniger produktive Bereiche keine Kompensation mehr für die freigesetzten Arbeiter darstellen könnten. Daher gilt: "Überwiegen die Rationalisierungsinvestitionen und stagniert auch die Beschäftigung in anderen Sektoren mit geringerer Produktivität, dann wird die 'technologisch' bedingte Arbeitslosigkeit zur 'strukturellen'." (Vgl. Helfert 1977a, 276)

3. In diesem Zusammenhang ist noch ein dritter Punkt zu erwähnen, der neben der langfristig wirkenden Art des technischen Fortschritts und den betrieblichen und innerzweiglichen Umstrukturierungen zur geringeren Wiederbeschäftigung der freigesetzten Arbeiter geführt hat. Gerade Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre hat die *Internationalisierung der Produktion* - und die damit einhergehende Verstärkung internationaler Arbeitsteilung - einerseits zu einem Beschäftigungsabbau in arbeitsintensiven Branchen (mit unqualifizierten Arbeitern) und zum anderen zur Expansion kapitalintensiver Branchen (mit höherqualifizierten Arbeitern) geführt. Industriezweige wie die Leder-, Bekleidungs-, Textil- und Teile der Elektroindustrie, die lange Zeit durch die Unterbewertung der DM geschützt waren und noch mit passabler Rentabilität produzieren konnten, weisen seit Ende der 60er Jahre einen zunehmenden Beschäftigungsabbau auf. (Vgl. Olle/Schoeller 1977 und

Altvater u.a. 1979, Kapitel 5). Dies erfolgte entweder durch Betriebsstillegungen und/oder durch Auswanderung in Niedriglohngebiete oder durch verschärfte Rationalisierungen und die Anwendung kapitalintensiver Methoden der Produktion. So weist z.B. gerade die früher unter Konkurrenzdruck geratene Textilindustrie seit Beginn der 70er Jahre einen sinkenden Beschäftigungsstand, bei einer abnehmenden Anzahl von Betrieben, zugleich aber - infolge der Anwendung kapitalintensiverer Technologien - steigende Umsätze und Exportquoten auf. (Vgl. Der Spiegel Nr. 29/1977) Zum anderen wächst durch die Internationalisierung der Produktion auch die *Möglichkeit, Kapital* statt in der BRD, in *profitablen Industriezweigen des Auslandes zu akkumulieren*. Wie Altvater u.a. (1979) in Kapitel 7 zeigen, hat der Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen im Ausland insbesondere in den Bereichen der Chemie-, Elektro-, der Eisen- und Stahl- sowie der Automobilindustrie und dem Maschinenbau rapide zugenommen. (Vgl. v. Saldern 1973, 75). Zu beobachten ist daher eine beträchtliche Steigerung der Investitionen im Ausland: "Zwischen 1970 und 1976 hat sich der Gesamtbestand der deutschen Direktinvestitionen im Ausland etwa verdoppelt, erreichte Mitte 1975 ein Volumen von 39 Milliarden DM und hatte Ende 1975 mit 41,99 Milliarden DM beinahe schon das Niveau der ausländischen Investitionen in der BRD eingeholt, die 1975 nur noch um 2,53 Mrd. DM auf 42,45 Mrd. DM zunahmen." (Jonas 1976, 20) Dabei ist zu beachten, daß dieser Kapitalexport gerade seit den Krisenjahren stark anstieg und die Auslandsinvestitionen überwiegend *Erweiterungsinvestitionen* waren, währenddessen die inländischen Investitionen auf *Rationalisierungen* abzielten. Eine steigende Akkumulation von Kapital im Ausland und eine sinkende inländische Akkumulation mit starken Rationalisierungseffekten (beides zumeist ge-

tragen von den führenden großen Kapitalen) können daher ebenso wie die *Veränderung der Weltarbeitsteilung* mit als wesentlicher Faktor für die absinkende Beschäftigung in den 70er Jahren angesehen werden.

4.4. Industrielle Reservearmee und ihre Auswirkungen

Diese einzelnen, das Beschäftigungsniveau negativ beeinflussenden Tendenzen können natürlich nicht exakt quantifiziert werden. Dennoch ist für die 70er Jahre offensichtlich, daß der Bestand an beschäftigten Lohnarbeitern nicht nur relativ langsamer ausgeweitet wurde als das fixe Kapital, sondern daß infolge des arbeitssparenden technischen Fortschritts, der auf Kostensenkung abzielenden Restrukturierungs- und Rationalisierungsprozesse sowie der zunehmenden Internationalisierung der Produktion einerseits das *Beschäftigungsniveau negativ beeinflusst* wurde. Die Kapitalakkumulation im *sekundären* Sektor reichte nicht mehr aus, die freigesetzten Arbeiter durch Produktionsausweitung wieder zu absorbieren. Eine Abnahme der *Nachfrage* nach Arbeitskräften und des Beschäftigungsniveaus im Industriesektor war die Folge. Hier ging die Beschäftigung bereits von 1970 bis 1975 von 8,6 Mio auf 7,6 Mio zurück. (Vgl. Krenzel u.a. 1976, 13) Die Beschäftigungsmöglichkeiten im *primären* Bereich gingen weiter zurück, während der *tertiäre* Sektor aufgrund der dort später einsetzenden Rationalisierungsprozesse nur in geringem Maße freigesetzte Arbeiter absorbieren konnte. Dies gilt auch und besonders für den *öffentlichen Dienst*, dessen Expansion in den 60er Jahren viele in der Industrie freigesetzte Lohnarbeiter durch seine überdurchschnittlichen Expansionsraten hat absorbieren können. Mit dem Haushalts-

strukturgesetz 1975 (vgl. dazu Kapitel 6) wird der Stellenzuwachs im Bundeshaushalt bis 1979 stark eingeschränkt und Länder und Gemeinden sind in der Krise aufgrund sinkender Steueraufkommen ebenfalls zu Stellenstreichungen übergegangen.

Andererseits zeigt die Erwerbstätigenentwicklung - die ihrerseits freilich wieder von der ökonomischen Entwicklung abhängig ist - ein steigendes *Angebot* an potentiellen Lohnarbeitern und eine Zunahme unterer Altersgruppen, die die Beschäftigungssituation bestimmter Problemgruppen (Jugendliche ohne Berufsausbildung, Altersgruppen unter 25 Jahren, Frauen, ältere Arbeiter und leistungsschwache Schichten der Arbeitsbevölkerung) besonders verschärft. Zwar kann vermutet werden, daß ein Teil dieser industriellen Reservearmee marginalisiert wird, indem die Schulzeit verlängert, ältere Arbeiter stärker als bisher die Möglichkeit der Frühberentung in Anspruch nehmen, die Reproduktion von Jugendlichen weniger über eigenes Einkommen als vielmehr über das Familieneinkommen erfolgt und dauerhaft Arbeitslose vom Sozialsystem (Sozialhilfe) erhalten werden. Dennoch ist dadurch das Problem der Dauerarbeitslosigkeit nicht bewältigt. Denn die allmählich entstehenden offenen und verdeckten Formen der Arbeitslosigkeit, die für andere hochentwickelte kapitalistische Länder bereits seit langem charakteristisch sind, äußert sich nicht nur in individueller Verunsicherung und Perspektivlosigkeit sowie in zunehmender Kriminalisierung, sondern produziert auch *gesellschaftliche Kosten*. Diese durch die Arbeitslosigkeit entstehenden *sozialen Kosten* der *Privatproduktion* absorbieren nicht nur zunehmend finanzielle Ressourcen des Staatshaushalts, sondern engen das Reproduktionsniveau der beschäftigten Arbeiter selbst wieder ein (Anstieg der Aufwendungen für Arbeitslosen-, Kranken-

und Rentenversicherungen). Neben diesen über den Staat vermittelten Konsequenzen für die beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiter machen sich aber noch weit gravierendere geltend: Bedingt durch die Konkurrenz tatsächlich oder potentiell unbeschäftigter Arbeiter sind Lohnneinbußen, Reduktion betrieblicher Sozialleistungen, betriebliche Umstrukturierungen und Umgruppierungen, innerbetriebliche Herabstufungen, erhöhte Leistungsanforderungen und eine steigende Differenzierung und Fraktionierung der Arbeiterschaft nach Qualifikation, sozialen und ethnischen Merkmalen und Leistungsfähigkeit die Folge. Die verschärfte Konkurrenz der Arbeiter um die Arbeitsplätze und Einkommen in der Krise ermöglicht so eine Einkommensreduktion der Lohnarbeiter und eine gesteigerte Ausnutzung ihres Arbeitsvermögens, einen Abbau rechtlicher Schranken der Verfügung über Arbeitskraft, eine erhöhte Mobilität der Arbeiter für betriebliche und sektorale Umstrukturierungen, kurz: eine Verschiebung der Verteilungs- und Machtverhältnisse zugunsten des Kapitals und zuungunsten der Lohnarbeiter.

4.5. Zusammenfassung: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Perspektiven

Wir sahen in unserer Darstellung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, daß der sinkende Trend der Kapitalrentabilität und dessen zyklische Durchsetzung (vgl. Kapitel 3) dazu führen, daß aufgrund sinkender Akkumulationsraten eine beschleunigte Kapitalakkumulation nicht mehr in einem Ausmaß möglich ist, das die Wiederbeschäftigung "freigesetzter" Arbeiter gewährleisten könnte. Aufgrund der angewachsenen technischen Zusammensetzung des Kapitals (die

von der Weltmarktkonkurrenz erzwungen wird) entwickeln die Einzelkapitale Strategien, zumindest den Lohnkostenfaktor durch beschleunigte Rationalisierungsinvestitionen niedrig zu halten. Gesamtgesellschaftlich wirkt sich dies in weiteren Freisetzungsraten infolge einer weiter steigenden technischen Zusammensetzung des Kapitals aus, zumal die Arbeitsproduktivität ja dadurch angehoben werden soll. Das dadurch wachsende Kapitalminimum der Produktion und der Konkurs kleinerer (zumeist arbeitsintensiver) Kapitale verschärfen die Lage auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie die Internationalisierung der Produktion. Zugleich versucht aber der Staat (dessen "öffentlicher Dienst" in den 60er Jahren einen großen Anteil der freigesetzten Arbeitskräfte absorbieren konnte), durch Haushaltseinschränkungen gerade in den personalintensiven Bereichen sein Defizit niedrig zu halten oder zu beseitigen. Durch die steuerliche Entlastung soll das Kapital wieder in die Lage versetzt werden, über eine beschleunigte Kapitalakkumulation das Beschäftigungsproblem zu lösen (vgl. Kapitel 6). Da eine solche Umverteilung zugunsten des privaten Sektors aber (aufgrund der technischen Zusammensetzung des Kapitals und der einzelwirtschaftlichen Rentabilitätsprioritäten) nicht ausreicht, die "strukturelle Arbeitslosigkeit" aufzulösen, bleibt das Beschäftigungsproblem, zumal die Zahl der Erwerbspersonen ansteigt. Während so auf der einen Seite Überfluß von Kapital und Kapitalexport vorherrschen, steht auf der anderen Seite die industrielle Reservearmee in Millionenhöhe.

Dieser Problemlage werden *Marginalisierungsstrategien* entgegengesetzt, die ihre Basis in der faktischen "Marginalisierung" bestimmter Beschäftigungsgruppen, den sogenannten Problemgruppen unter den Arbeitslosen, haben. In diese Richtung weisen auf Versuche der Früh-

verrentung, der Ausdehnung der Schulzeit, sofern damit nicht gesellschaftliche Strukturveränderungen verbunden sind. Wenn es allerdings nur darum geht, Problemgruppen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, dann wird damit das mit Arbeitslosigkeit verbundene Elend eher verschoben als gelöst. Die Marginalisierungsstrategie birgt nicht nur die große Gefahr in sich, daß individuelle Perspektivlosigkeit en masse entsteht, daß breite Teile von Bevölkerungsgruppen noch nicht einmal die Chance haben, zur Arbeiterklasse und ihren institutionellen Organen zu gehören, daß dementsprechend Kriminalität (d.h. von der "funktionierenden" Gesellschaft kriminalisierte Verhaltensweisen) entstehen, sondern auch die Gefahr, daß in diesem Prozeß sich eine Art "zweiter Gesellschaft" (Asor Rosa 1977) herausbildet. Damit ist gemeint, daß Gruppen in der bürgerlichen Gesellschaft - wie die Dauerarbeitslosen - keinerlei Vertretungsmöglichkeiten im institutionellen System dieser Gesellschaft vorfinden, also weder in den Institutionen der herrschenden Klasse, aber auch nicht im Rahmen der Gewerkschaften und der traditionellen Arbeiterparteien, vertreten werden. Sie müssen daher *neue politische Formen* der Interessenartikulation, des gesellschaftlichen Lebens, der Kämpfe entwickeln. Dies birgt in sich positive Züge; aber davon abgesehen kann aus der Perspektivlosigkeit der Arbeitslosigkeit kein positiver gesellschaftlicher Alternativentwurf entstehen, so daß das Verhaftetsein in den negativen Formen der gesellschaftlichen Struktur doch bestehen bleibt und allenfalls individuell aufgehoben werden kann. Eine Perspektive für die Masse der Arbeitslosen ist dies nicht, und erst recht nicht für die beschäftigten Lohnarbeiter.

Daraus resultiert die Perspektivlosigkeit der "zweiten Gesellschaft" und als deren Ausdruck bestimmte Verhaltens- und Aktionsformen, die zwar "gegen das System" gemeint sein mögen, sich aber auch gegen die Interessen der Arbeiterbewegung richten. Als Ausdruck gesellschaftlicher Zersetzung (Disgregation im Gegensatz zur Integration) wirken diese Tendenzen negativ auf die Möglichkeiten der Arbeiterklasse, eine einheitliche Perspektive gegen die Tendenzen des Kapitalismus, also positiv zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, zu entfalten und durchzusetzen. Letztlich zeigt es sich hierbei, daß in jeweils historisch besonderer Phase die negativen Wirkungen der "Reservearmee der Arbeitslosen" auf die Arbeiterbewegung und Gewerkschaften durchschlagen.

Wir haben diese Marginalisierungstendenzen hier bereits kurz in ihren gesellschaftlichen und politischen Dimensionen angerissen, weil wir diese Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zum Abschluß der Arbeit bei der Analyse der gewerkschaftlichen Politik und der gesellschaftlichen Verarbeitung des durch die zyklische und strukturelle Krise freigesetzten Konfliktpotentials wiederaufnehmen werden. Zunächst wird uns noch im folgenden zweiten Teil der Arbeit die Frage beschäftigen müssen, warum der Staat oder besser: die staatliche Wirtschaftspolitik nicht in der Lage war, ein solches Ausmaß von Arbeitslosigkeit zu verhindern. Schließlich war die regierende Sozialdemokratie in der Bundesrepublik mit der Intention in die Regierung 1967 eingetreten, zyklische Krisen und Arbeitslosigkeit durch eine "neue Wirtschaftspolitik" zu verhindern - was ja auch nach 1967 scheinbar sehr erfolgversprechend begonnen wurde.

2. Teil: Der Zyklus wirtschaftspolitischer Interventionsformen in der Bundesrepublik 1967 bis 1975

Wir haben bisher die ökonomischen Bewegungsgesetze des kapitalistischen Zyklus und die empirische Verlaufsform des Zyklus in der Bundesrepublik untersucht. In dem jetzt folgenden zweiten Schritt der Arbeit erweitern wir die Fragestellung um die Analyse der Wirtschaftspolitik des Staates im Ablauf des ökonomischen Zyklus. Dabei ist in einer solchen Gliederung ein grundsätzliches Problem angelegt, insofern sie ein einseitiges Bedingungsverhältnis der Ökonomie gegenüber der Politik suggeriert. Demgegenüber gehen aber schon in die von uns untersuchte ökonomische Entwicklung stets "Daten" ein, die von der Existenz des Staates und der staatlichen Wirtschaftspolitik her gesetzt werden.

Wir können in unserem Zusammenhang nicht ausführlich auf die Diskussion um das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kapitalismus bzw. in der bürgerlichen Gesellschaft eingehen, in der die begrenzte Autonomie der Politik gegenüber der Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft herausgearbeitet wurde (vgl. dazu als Übersicht Altvater u.a. [1976b und die Zusammenstellung bei Brandes u.a. [1977]). In dieser Diskussion wurde gegen Autonomiethesen herausgearbeitet, daß der Staat nicht nur in seiner materiellen Basis (den "finanziellen Ressourcen") von der Wertproduktion im reproduktiven Sektor abhängig ist, sondern auch in seinen "Eingriffsformen" (Recht, Geld) funktionell an die (widersprüchlichen) Formen der autonomen Bewegung der Ökonomie gebunden ist, die diese Eingriffsformen selbst als widersprüchliche konstituieren. Worum es uns nun im zweiten Teil geht, ist folgendes: Anhand einer Analyse

der Grenzen des staatsinterventionistischen Handelns gegenüber der autonomen Bewegung der Ökonomie soll ein *"Zyklus" des Formwandels der Wirtschaftspolitik* nachgezeichnet werden, der von uns als "Anpassungsbewegung" der Politik gegenüber der Ökonomie begriffen wird. Dabei beziehen wir uns allgemein auf den Ansatz von Blanke (1977), der diesen Zusammenhang folgendermaßen entwickelt hat:

"Da mittels außerökonomischer Gewalt stets nur das zu entscheiden ist, was die verdinglichte Bewegung der Ökonomie *nicht* nach ihrem eigenen Funktionsmodus 'lösen' kann und was ein 'systemgefährdendes' Konfliktniveau erreicht, entstehen Probleme der Anpassung der staatlichen Entscheidungen an die autonome Bewegung der Ökonomie. Hier gibt es kein simples 'Identitätsverhältnis', sondern nur eine Anpassungsbewegung. Das Verhältnis von staatlichen Entscheidungen (Aktionen) und den von ihnen betroffenen Personen oder Bezugsebenen ist dabei in der gleichen Weise definiert wie das Verhältnis der privatisierten Produktionsprozesse (...) Die in der Verselbständigung geleistete staatliche 'Arbeit' muß (...) ebenfalls einen Prozeß des 'Austausches' durchlaufen, in dem sich herausstellt, ob sie gesellschaftlich notwendig ist, ob sie das Problem, was sie lösen soll, auch wirklich (wenn auch nur partiell) löst. Dabei ist wiederum nach den beiden Eingriffsformen (Geld, Recht) und nach der Bezugsebene zu fragen." (Blanke 1977, 144f.)

Uns interessiert im folgenden Teil ein Ausschnitt der Staatstätigkeit, der noch am unmittelbarsten sich auf die Ökonomie bezieht: die staatliche Wirtschaftspolitik als Versuch, den ökonomischen Zyklus zu regulieren. Gerade weil aber langfristige Veränderungen in den Ak-

kumulationsbedingungen des Kapitals nicht von den kurzfristigen zyklischen Schwankungen zu trennen sind (wie wir in Kapitel 3 und 4 gesehen haben), werden wir uns dabei nicht nur auf die "Konjunkturpolitik" im engeren Sinne beschränken können, sondern - soweit notwendig - auch "ordnungs- und strukturalpolitische" Maßnahmen im Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik untersuchen müssen. Bei der Darstellung der unterschiedlichen Formen staatlicher Wirtschaftspolitik werden wir besonders die jeweiligen Formen der Einbindung der Gewerkschaften bzw. der Formen der Einwirkung auf die Bewegung des Arbeitslohns (Einkommenspolitik) zu untersuchen haben; es wird sich dabei zeigen, daß die These, daß die Wirtschaftspolitik im entwickelten Kapitalismus angesichts ihrer strukturellen Begrenztheit letztlich auf die Beeinflussung der Bewegung des Arbeitslohns angewiesen ist, zwar allgemein für die Entwicklung in der Bundesrepublik nachweisbar ist, daß sich jedoch die Formen dieser Beeinflussung entsprechend der theoretisch-politischen Paradigmata der Wirtschaftspolitik stark unterscheiden. Da dieser Zusammenhang besonders für den abschließenden 3. Teil dieser Arbeit von Bedeutung ist, wird in einem Exkurs gesondert auf die Formen und historischen Phasen der Einkommenspolitik in Westeuropa eingegangen werden.

Die staatlichen Eingriffsformen gegenüber der Ökonomie sind oben von Blanke benannt worden: "Geld" und "Recht". Beide Eingriffsformen beziehen sich allerdings nur indirekt auf die Produktion von Tauschwerten und die Kapitalbewegung: *Recht* kann nur allgemeine bzw. spezifische *Bedingungen* der Konkurrenz setzen; *Geld* wirkt sowohl als Zirkulations- und Zahlungsmittel wie auch als verselbständigt zinstragendes Kapital und ist in diesen Funktionen dem Kapitalkreislauf *äußerlich*, ob- schon dessen Gesetzen unterworfen. Soweit sich staat-

liche Aktionen über die Geldform konstituieren, sind sie also an die widersprüchliche Bewegung des gesellschaftlichen Kapitals gebunden, während über die Rechtsform dieser Bewegung nur äußerliche Bedingungen aufgeherrscht werden können. Aus diesen Schranken staatlicher Intervention ergibt sich auch ein spezifisches Verhältnis der beiden Interventionsformen zueinander. Wir werden aufzuzeigen versuchen, daß innerhalb der staatlichen Wirtschaftspolitik im Ablauf des von uns untersuchten Zyklus dieses Verhältnis selbst einem "Zyklus" unterworfen ist, d.h. daß sich die Bedeutung dieser beiden Eingriffsformen zueinander mit den verschiedenen Phasen des ökonomischen Zyklus verschiebt. Diese Verschiebung, die im Wandel der staatsinterventionistischen Formen der Wirtschaftspolitik ihren Ausdruck findet, wird von uns als jene Anpassungsbewegung der Politik an die ökonomische Bewegung begriffen, die aus den Widersprüchen in der Kapitalbewegung resultiert.

Die dazu entgegengesetzte These führt den Formwandel der Wirtschaftspolitik nicht auf den ökonomischen Zyklus, sondern auf einen Zyklus in der Machtstruktur von gesellschaftlichen Interessengruppen bzw. Klassen und ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der staatlichen Wirtschaftspolitik zurück. Zwar wird auch die jeweilige Macht dieser Gruppen auf die jeweiligen Phasen des ökonomischen Zyklus zurückgeführt, dieser aber wird wiederum als politisch bestimmt begriffen. Diese "Theorie vom politischen Konjunkturzyklus" wurde zuerst von M. Kalecki (1943) entwickelt, der die ökonomischen Möglichkeiten einer keynesianischen Wirtschaftspolitik auf dem Hintergrund der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft untersuchte. Die Auseinandersetzung mit dieser Theorie, deren moderne Versionen

von der Dominanz der Politik gegenüber der Ökonomie ("Autonomiethese") bzw. von der Dominanz von Machtauseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Klassen gegenüber den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ausgehen, soll das letzte Kapitel dieses Teils einleiten, das sich der Frage stellt, ob im entwickelten Kapitalismus Herrschaft und Machtkämpfe die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen oder ob die Machtstrukturen nicht selbst ökonomisch vermittelt sind.

5. Kapitel: Von der Politik der Kapitalbildung zur Politik des Krisenmanagements

5.1. Konjunkturpolitik in der Prosperität

Zu Beginn der 50er Jahre wurde wirtschaftspolitisch in der Bundesrepublik die private Kapitalbildung massiv gefördert. Diese Politik der Begünstigung der privaten Investitionen durch steuerliche Erleichterungen, Subventionen und Interventionen auf dem Kapitalmarkt endet mit dem zweiten Boom 1954/55. Ab 1955 laufen die bisherigen 7er §§ aus, 1956 wird ein Konjunkturprogramm ausdrücklich zum Zwecke der "Verlangsamung der übermäßigen Investitionen" beschlossen. Die mit der beschleunigten Kapitalakkumulation wachsenden Staatseinnahmen werden zwischen 1954 und 1956 sogar zum Aufbau eines hohen Geldreservefonds beim Staat benutzt ("Juliusturm"), der ab 1956 für den Aufbau der Bundeswehr die finanziellen Reserven bereitstellt.

Es ist bezeichnend, daß in der Zeit der Prosperität etwa zwischen 1954 und 1964 die Wirtschaftspolitik im Sinne einer auf die Kapitalakkumulation bezogenen Konjunkturpolitik weitgehend zurücktritt. Selbst die zyklischen Krisen (1958 und 1963) waren immer noch von hohen Wachstumsraten gekennzeichnet und unterbrachen lediglich in minimalem Ausmaß den allgemeinen Trend zum kontinuierlichen Abbau der Arbeitslosigkeit. So ist es nicht verwunderlich, daß in diesem Zeitraum die Illusion von einem krisenfreien Kapitalismus sich verfestigte; der Kapitalismus erschien als zukunfts-trächtige Produktionsweise und paradoxerweise wurde dann, wenn Krisen theoretisch dennoch in den Bereich

des Möglichen gerückt wurden, verbal auf das moderne keynesianische Instrumentarium der Wirtschaftspolitik in einem Land gesetzt, dessen Wirtschaftspolitik sich gerade durch eine totale Abstinenz gegenüber staatsinterventionistischen Maßnahmen auszeichnete.

Auf dem Hintergrund der ordoliberalen Wirtschaftstheorie, die in einem *funktionierenden Preismechanismus* den Garanten für ein stetiges gleichgewichtiges Wirtschaftswachstum sah, mußten allerdings die sich bereits früh in den 50er Jahren herausbildenden überzyklischen Preissteigerungen Anlaß zur Sorge geben. Diese Preissteigerungen sind denn auch - wenn überhaupt - der Anlaß zu konjunkturpolitischen Diskussionen, die sich besonders auf das Instrumentarium der Geldpolitik konzentrieren. Dagegen befürchtete man von antizyklischen fiskalpolitischen Maßnahmen "diskretionäre" Eingriffe in den privat-strukturierten Marktmechanismus als "ersten Schritt in den Dirigismus" (eine Befürchtung, die noch anläßlich der Diskussion um das von Erhard eingebrachte Stabilitätsgesetz 1966 virulent war). Der Keynesianismus kommt in dieser Periode *nicht* - wie noch in und nach der Weltwirtschaftskrise - als Krisentheorie und -politik in die Diskussion, sondern als ein mögliches Instrument der Stabilitätspolitik. Neben der Diskussion innerhalb von Gewerkschaften und SPD um die Frage der "Planung" im Kapitalismus (auf die wir noch unten eingehen) waren für das Vordringen des Keynesianismus (auch in dem eher konservativen wirtschaftspolitischen Umfeld: Sachverständigenrat, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium etc.) drei Faktoren verantwortlich (vgl. dazu auch zusammenfassend Osterwald 1977):

(1) Während einerseits eine antizyklische Finanzpolitik explizit abgelehnt wurde, orientierte sich andererseits das Ausgabebegleichen der Haushalte an *wahltaktischen* Gesichtspunkten: Dies hatte nicht nur einen steigenden Anteil des Staatssektors am Nettoprodukt zur Folge, sondern auch eine Verlagerung der Staatsausgaben auf den konsumptiven Bereich zuungunsten des Anteils investiver Ausgaben. Beides aber setzte Quellen inflationärer Prozesse frei. Die Forderung nach einer Sanierung der Staatsfinanzen wird 1965/66 zum unmittelbaren Anstoß für das Stabilitätsgesetz.

(2) Mit der *Konvertibilität der D-Mark* ab 1958 wird eine wirkungsvolle Geldpolitik, auf die die Ordoliberalen gesetzt hatten, zunehmend schwieriger, da bei fixen Wechselkursen eine außenwirtschaftliche Absicherung nicht gegeben ist.

(3) Theoretisch war der Keynesische Ansatz einer Theorie der Krise und Deflation zu einer *Wachstumstheorie* (Harrod/Domar) weiterentwickelt worden, mit deren Hilfe auch inflationäre Prozesse wirtschaftspolitisch beherrscht werden könnten.

Auf diesem Hintergrund wurden keynesianische Vorschläge zur Wirtschaftspolitik stets als Instrument *gegen* die *Preissteigerungen* diskutiert; durch eine sinnvollere Planung der Haushaltsansätze (die zudem mit denen der Bundesländer im Rahmen einer Finanzreform koordiniert werden sollten) sollten makroökonomische Nachfrageströme, soweit vom Staat mitbestimmt, so kanalisiert werden, daß von diesen Nachfragekomponenten keine inflationären Impluse mehr ausgehen konnten. Keynesianische Globalsteuerung als Instrument der Effektivierung des Preis-

mechanismus steht daher nicht zufällig als Zielvorstellung auch noch hinter der vom Sozialdemokraten Schiller modifizierten Fassung des Stabilitätsgesetzes (1967). Der Keynesianismus kam in der Bundesrepublik sozusagen durch die ordoliberalen Hintertür.

Seinen Ausdruck fand die Anfang der 60er Jahre leicht veränderte Richtung der wirtschaftspolitischen Diskussion (die vorerst aber stets im Rahmen der ordoliberalen Theorie blieb) in einer verstärkten staatlichen Berichts- und Gutachtertätigkeit. "Bereits" 1960 wird die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingeführt, 1963 der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" eingesetzt (auch wenn seine Gutachten vorerst *ohne* wirtschaftspolitische Alternativvorschläge für die kommende Periode verfaßt werden müssen); die Bundesregierung legt in den einzelnen Haushaltsjahren Wirtschaftsberichte vor. Eine Verbindlichkeit der Gutachten für die Regierung wird aber stets von dieser strikt abgelehnt. Daher kann erst mit dem schließlich von der Großen Koalition verabschiedeten "Stabilitätsgesetz" von einem Einzug keynesianischer Vorstellungen in die wirtschaftspolitische Praxis gesprochen werden, die sich dann unter dem Eindruck der (unerwarteten) Krise 1966/67 über die bloße Stabilitätspolitik hinaus zum umfassenderen Krisenmanagement entwickelt.

5.2. Kapital"überfluß" als Problem der Wirtschaftspolitik

Eine Finanzpolitik, die ohne Rücksicht auf konjunkturelle Erfordernisse und z.T. nach wahltaktischen Gesichtspunkten gehandhabt wurde, mußte mit dem Ende der

Prosperität ihre Grenzen finden. Die Inhalte der Wirtschaftspolitik ändern sich daher auch nicht zufällig gegen Mitte der 60er Jahre, in einer Zeit also, in der die Bedingungen der Kapitalakkumulation sich verändern (vgl. dazu Altvater u.a. 1974a,b). Überspitzt formuliert könnte man die These aufstellen, *daß im Gegensatz zu der Zeit von 1948 bis 1954, in der Probleme der Kapitalbildung dominierten, jetzt ab Mitte der 60er Jahre die Wirtschaftspolitik vor Problemen steht, die aus dem "Überfluß von Kapital" resultieren!* Angesichts von Tendenzen zur Überakkumulation wird jetzt die Profitstabilisierung zum zentralen Problem und der im Stabilitätsgesetz verankerte Keynesianismus das Instrument, mit dessen Hilfe staatsinterventionistisch der kapitalistische Krisenzyklus gemeistert werden soll.

Allerdings werden den politischen Instanzen die veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation nicht direkt bewußt, und der Keynesianismus wird in der Bundesrepublik *nicht* als ein solches Instrument des Krisenmanagements eingeführt. Anlaß war - wie schon dargestellt - die inflationäre Entwicklung, die durch "übermäßige Lohnsteigerungen" und Staatsausgaben verursacht worden war (so jedenfalls die veröffentlichte Meinung). Über eine *Sanierung* der Staatsfinanzen und eine *Koordinierung* der Haushalte von Bund, Ländern und Gebietskörperschaften sollten die Spielräume für Preissteigerungen klein gehalten werden, während auf der anderen Seite Konzepte der Einbindung der Gewerkschaften in die "gesamtwirtschaftliche Vernunft" diskutiert wurden (Lohnleitlinien, Konzertierte Aktion, Formierte Gesellschaft). Wie bei Altvater u.a. (1979) in Kapitel 8 gezeigt, sind aber gerade die überzyklischen Preissteigerungen eine Ausdrucksform der veränderten Akkumulationsbedingungen gewesen, und auf der Basis dieser

Veränderungen mußte der Spielraum der Staatshaushalte (bzw. deren ökonomische Beliebigkeit) umso geringer sein, je schwieriger die Reproduktion des privaten Sektors vonstatten ging. Wenn daher auch die Krise in die Beratungen des Stabilitätsgesetzes regelrecht hineinplatzte, ist doch die im folgenden in Funktion zu den veränderten Akkumulationsbedingungen gesehene Durchsetzung des Keynesianismus in der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt (Krise 1966/67) kein Zufall. Andererseits zeigt sich in der sukzessiven Entwicklung keynesianischer Elemente der Konjunkturpolitik eine *Anpassungsbewegung* der Politik an veränderte ökonomische Bedingungen; eine Anpassung, die durch entgegengesetztes Verhalten von Bundesbank und Bundesregierung im Abschwung 1965 (also durch politische Fehler!) noch beschleunigt wurde. (Vgl. dazu Lindner 1973)

Überzyklische inflationäre Prozesse zeigen sich relativ früh Anfang der 60er Jahre auf internationaler Ebene. Wir hatten bereits die Ursachen der überzyklischen Inflation aus den Bedingungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses erklärt und gezeigt, daß ihre Ursache *nicht* losgelöst von diesen in der Lohnentwicklung liegt. Andererseits wird in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion das Ansteigen der Lohnquote für die Preisentwicklung verantwortlich gemacht. (Vgl. auch unten den Exkurs zur Einkommenspolitik in Westeuropa).

Die "Instabilitäten" sind auch in der Bundesrepublik der Anlaß für Diskussionen, die sich um das vom damaligen Bundeskanzler Erhard vertretene Konzept einer *"Formierten Gesellschaft"* entwickeln und Bezug nehmen auf die Macht der gesellschaftlichen Gruppen, die (und das sind dann besonders die Gewerkschaften) für die wirtschaftlichen Instabilitäten verantwortlich gemacht

werden. Während auf der einen Seite die von Erhard propagierte "Soziale Marktwirtschaft" auf der Pluralität der Gruppeninteressen aufbaute, sollten diese jetzt, nachdem die beschleunigte Kapitalakkumulation in den 50er und Anfang der 60er Jahre eben diese Gruppen stark gemacht hatte, eingebunden werden in die "Formierte Gesellschaft", in der das "Gemeinwohl" (die Stabilität der Wirtschaft und Gesellschaft als übergeordnetes Ziel) Richtschnur für das Handeln der Gruppen zu sein hatte. Mit der Prosperität und der sie begleitenden Konzentration und Zentralisation von Kapital und der verbesserten Stellung der Gewerkschaften im Lohnverhandlungssystem hatten sich die Voraussetzungen des Pluralismus bzw. auch des Neoliberalismus grundlegend gewandelt: Die Macht der Verbände bedrohte scheinbar an erster Stelle die (Preis-) Stabilität der Wirtschaft, deren Garant das "freie Spiel der Kräfte" doch eigentlich sein sollte. Die Erhard-sche Konzeption der "Formierten Gesellschaft" ist im Grunde das Eingeständnis des Scheiterns des Neoliberalismus als praktiziertes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell: *Sein "Erfolg" (die ökonomische Prosperität) hatte die eigenen Voraussetzungen aufgehoben.* Über die staatliche Einbindung der "nur konsumierenden" Verbände sollte insbesondere die Macht von *Gewerkschaften* auf das "Gemeinwohl" hin orientiert werden. Da die Daten dieses "Gemeinwohls" aus den Notwendigkeiten der Kapitalreproduktion gewonnen wurden (vgl. dazu genauer Opitz 1965 und 1966), lag das Schwergewicht der "Formierten Gesellschaft" letztlich auf der Einbindung der Gewerkschaften: Was die Arbeitslosigkeit nicht mehr bewirken konnte, nämlich den notwendigen Druck auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften auszuüben, sollte über ein korporativistisches Modell erreicht werden. Darüber erhoffte man sich, daß die Gewerkschaften wie-

der "marktkonform" handelten - also letztlich sich eigentlich überflüssig machten. Dagegen blieb die "Wirtschaft", der "Markt", außerhalb des Formierungsprozesses; sie war vielmehr *Garant des Gemeinwohls*, während die überschäumenden Ansprüche der anderen Gruppen ihre Funktionsfähigkeit und Leistungskraft beeinträchtigten. (1)

Wenn auch der "große Plan der CDU" (Opitz) weitgehend Ideologie bleiben sollte und sich sein geistiger Mentor Erhard dann doch eher auf Maßhalteappelle verlassen mußte, so wird der darin enthaltene Plan einer

-
- (1) Zur "Formierten Gesellschaft" vgl. allgemein die Darstellungen von Opitz (1965 und 1966) und Kogon (1966). Bei den geistigen Schöpfern der "Formierten Gesellschaft" wurde nicht nur die Wirtschaft aus dem Formierungsprozeß ausgenommen, sondern es wird sogar behauptet, daß "durch die Interdependenz (...) die Industriegesellschaft in immer steigendem Maße zu einem Gesamtbetrieb..." (Voegelin 1965, zit. bei Kogon 1966, 235) werde. Aus dieser Sichtweise ist es nur konsequent, wenn weiter gefolgert wird: "Wenn der demokratische Prozeß unter den Teilunternehmern nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagbiert und die wirtschaftliche Existenz der Gesellschaftsmitglieder, etwa durch steigende Arbeitslosigkeit, ernsthaft gefährdet ist, dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb..." [Wir hatten diesen "historischen Fall" schon im Faschismus, vgl. Kadritzke 1976] Wird so einerseits der Grund für die krisenhaften Entwicklungen in der mangelnden Disziplin der "Teilunternehmer" aufgefunden, so wird auch gleich auf der anderen Seite derjenige Teilunternehmer dingfest gemacht, der durch seine Disziplinlosigkeit diese Gefährdung verursacht: "Die Stimmen mehren sich, die Gesetzgebungsakte gegen die Arbeiterschaft ... für unvermeidlich halten, wenn die Leute durch ihre Unvernunft die Rationalität (!) des Gesamtprozesses gefährden." (Voegelin, zit. bei Kogon ebd.) Es bleibt Schiller vorbehalten, statt einer autoritären Lösung diesen "Leuten" in einem rationalen Diskurs die "notwendigen" Einsichten zu vermitteln: in der "Konzertierten Aktion".

korporativistischen Neuformierung des Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital für die weitere Entwicklung in den verschiedensten Versionen doch von Bedeutung sein; in der "Konzertierten Aktion" des Wirtschaftsministers Schiller sind diese korporativistischen Elemente gleichermaßen enthalten wie in der anlässlich der Krise 1974/75 entworfenen "Konzentrierten Aktion" des Sozialdemokraten Scharpf.

Auf den Plan der CDU, der *"Formierten Gesellschaft"*, antwortete der damalige Wirtschaftsexperte und spätere Wirtschaftsminister der SPD, Karl Schiller, mit dem Entwurf der *"Mündigen Gesellschaft"*. Wenngleich die *"Mündige Gesellschaft"* ebenfalls weitgehen Phrase blieb, so repräsentierte sie doch - soweit umgesetzt - im Kern eine von der *"Formierten Gesellschaft"* unterschiedene Lösungsform des *Machtproblems*: Die Verbände sollten nicht staatlicherseits *eingebunden*, sondern in ein *Bündnis* zueinander und mit dem Staat gebracht werden; soziale Konflikte sollten nicht unterbunden, sondern auf höchster Ebene diskursiv gelöst werden: "Soziale Konflikte, die in einer mündigen Gesellschaft unvermeidbar (!) sind, [sollen] durch die 'Konzertierte Aktion' in keiner Weise überdeckt werden. Aber durch den Austausch von Informationen und die gemeinsame Erarbeitung von Orientierungsdaten sollen sie eingegrenzt, rational erkennbar und damit lösbar werden." (Schiller 1967a, 54) Die Notwendigkeiten der Kapitalreproduktion - und was sonst konnten die Daten repräsentieren, wenn sie aus der Analyse der kapitalistischen Entwicklung entnommen wurden - sollten den Gruppen nicht dekretiert werden; vielmehr sollte durch "rationale Diskussion" auf Basis der gemeinsamen Interessen der soziale Konflikt entschärft werden.

Der Entwurf von Schiller ist auch umfassender als der Erhardsche Plan zu sehen, insofern er konkreter als Erhard die "Mündige Gesellschaft" in die Diskussion um *neue Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik* einbringt. Erhard bezog ja seinen Entwurf einer "Formierten Gesellschaft" explizit nur auf die sozialen Gruppen (Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Interessengruppen allgemein), die durch eine institutionelle Einbindung einem (zunächst abstrakt formulierten) Gemeinwohlbegriff untergeordnet werden sollten. Das Gemeinwohl wird dabei durch eben jene Regelmechanismen in der Gesellschaft vorgegeben, die *nicht* in die Formierung mit einbezogen werden sollten: die Gesetze der sozialen Marktwirtschaft.

Im Unterschied zu der einseitigen Einbindung der gesellschaftlichen Gruppen, durch die die Instabilitäten der sozialen Marktwirtschaft vermieden werden sollen, entwickelt sich schon relativ früh eine entgegengesetzte Diskussion, die nicht eine Einbindung von oben, sondern Information und rationale Diskussion zwischen den Gruppen fordert und die die Marktwirtschaft durch makroökonomisch orientierte Staatseingriffe effektivieren will. Diese besonders von der SPD und den Gewerkschaften getragene Diskussion steht in der Tradition des Linkskeynesianismus (vgl. dazu Beveridge 1944), dessen Vertreter durch die Steuerung der Nachfrage über Staatseingriffe und Erhöhung der Massenkaufkraft eine permanente Vollbeschäftigung meinen sichern zu können.

Programmatisch drückt sich diese *keynesianische Diskussion* sowohl in den Parteiprogrammen seit 1952 und dem Godesberger Programm

der SPD als auch in den Grundsatzprogrammen des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus; sowohl in der SPD als auch im DGB löste die keynesianische Konzeption einer makroökonomischen Wirtschaftslenkung zur Erreichung der Vollbeschäftigung alte wirtschaftsdemokratische Vorstellungen, wie sie in der Weimarer Republik entwickelt wurden, allmählich ab. So enthält das Grundsatzprogramm des DGB von 1963 bereits wesentliche Elemente der später von Schiller im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz formulierten keynesianischen "Globalsteuerung". Gefordert wird die Erstellung eines *volkswirtschaftlichen Rahmenplans* in Form eines Nationalbudgets, das die notwendigen *Orientierungsdaten* für "die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und Einzelwirtschaften" (Leminski/Otto 1974, 50) bereitstellt; die *Fiskalpolitik* nimmt in diesem Konzept ebenso einen wichtigen Platz ein wie die indirekte *Investitionslenkung*, die folgendermaßen begründet wird: "Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft sind ebenso wie Arbeitslosigkeit und Nichtauserschöpfung der wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten eine Belastung des Lebensstandards. Deshalb müssen im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich die Investitionen und strukturellen Erfordernisse der Gesamtwirtschaft abgestimmt werden." (Leminski/Otto 1974, 51) Hier wird ein fundamentaler Unterschied zum Erhard'schen Konzept deutlich: Nicht die Macht der Interessenverbände (wohl aber der *Machtmißbrauch* durch Monopole, vgl. ebd., 51), sondern die *Anarchie der Produktionsweise* gefährden das ökonomische Wachstum und die Vollbeschäftigung. Keynesianische Nachfragesteuerung und differenzierte Investitionslenkung sollen Fehlallokationen verhindern und Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum sichern; zugleich soll aber die *Tarifautonomie* erhalten bleiben.

Aus möglichen "Fehlleitungen von Kapital" wird geschlossen, daß zugleich eine *differenzierte Investitionslenkung* notwendig ist. Differenziert heißt dabei nicht, daß die Investitionsentscheidungen der Unternehmen direkt kontrolliert bzw. gelenkt werden, sondern daß "einzelwirtschaftliche, auf bestimmte Wirtschaftszweige oder regionale Bereich gerichtete Maßnahmen" (ebd., 51) durch "gezielte steuerliche und kreditpolitische Mittel oder durch Änderung der Abschreibungsbedingungen erfolgen. Als Grundlage für die Investitionslenkung sind laufend Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen für die einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige vorzunehmen und zu veröffentlichen. Auf diese Weise ist auch eine Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit in der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung zu erreichen, ohne die letzte Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen." (ebd.) Auch in diesem Entwurf einer "Investitionslenkung" bleibt der DGB daher letztlich dem *Instrumentarium* der Globalsteuerung verhaftet (Steuer-, Kredit- und Subventionspolitik, Informationsbeschaffung für die Entscheidungen der Unternehmen). Investitionslenkung ist nicht mehr begründetes *Ziel* der Wirtschaftspolitik im Sinne der Demokratisierung (wie noch in Theorien der "Wirtschaftsdemokratie" vertreten), sondern eines der *Mittel* zur Effektivierung der Globalsteuerung.

Ein weiterer Unterschied zu Schiller besteht darin, daß die *Tarifautonomie* strikt beibehalten wird: "Jeder staatliche Eingriff in die Tarifhoheit ist unzulässig." (ebd., 52). Da andererseits die Mittel der Globalsteuerung zur Erfüllung des Ziels der Vollbeschäftigung eingesetzt werden sollen, ist hier bereits im DGB-Grundsatzprogramm ein Konflikt angelegt, der

bei Schiller in der Institutionalisierung der "Konzertierten Aktion" gelöst werden sollte: Wenn man nämlich den Einsatz der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Erreichung der Vollbeschäftigung fordert, *zugleich* aber den Unternehmen freie Entscheidungen über Investitionen und Preise beläßt und für die Gewerkschaften Tarifautonomie einfordert, dann muß sich für die staatliche Wirtschaftspolitik ein Zielkonflikt ergeben: Vollbeschäftigung kann dann zu nicht mehr beeinflussbaren Lohnsteigerungen führen, die wiederum die Profithöhe der Unternehmen und somit die Preis- und Investitionsentscheidungen berühren können. Damit wären aber gerade die Ziele der staatlichen Wirtschaftspolitik unterlaufen. (1)

-
- (1) Dieses Problem wird auch gesehen und später insbesondere in der DGB-Zielprojektion 1973 bis 1977 zu lösen versucht: Aus der Einsicht, daß Lohnsteigerungen die Profite beeinträchtigen, wird geschlossen, daß die Unternehmen darauf mit Preissetzungen reagieren werden. Wie schon im 63er Grundsatzzprogramm wird daher eine effektive Wettbewerbspolitik gegen Preissetzungsmacht verlangt. Dadurch wären aber andererseits die Unternehmen mit sinkenden Profitraten konfrontiert, die sich aus der gewerkschaftlichen Umverteilungspolitik ergeben. Die Lösung wird darin gesehen, daß die "für die Produktionssteigerung und Beschäftigungssicherung notwendigen Investitionen (...) bei verringerten Gewinnmargen und damit verringerter Selbstfinanzierung durch die erhöhte Verfügbarkeit von Fremdkapital und einer billigen Kreditfinanzierung sichergestellt werden [müssen]..." (Leminski/Otto 1974, 272) Diese Fremdfinanzierung soll u.a. durch erhöhte Vermögensbildung der Arbeitnehmer gewährleistet werden. Hier stellt sich natürlich die Frage, aus welchem Fonds (a) überhaupt die Fremdfinanzierung und (b) die Vermögensbildung der Arbeitnehmer gespeist werden soll, wenn nicht aus als Abzug vom Profit des industriellen Kapitals. Hier liegt ein immanenter Widerspruch des Konzepts. Zum anderen wird dieser Interpretationsrahmen aber dazu führen, daß die Krise 1974/75 zunächst wesentlich auf die falsche Politik der Bundesbank zurückgeführt werden wird, die durch die Restriktionen gegenüber der Geldversorgung der Unternehmen die erforderliche Fremdfinanzierung erschwert habe. Vgl. dazu das Kapitel 9.

5.3. Keynesianismus in der Bundesrepublik: Das
"Gesetz zur Förderung der Stabilität und des
Wachstums der Wirtschaft" vom 6.6. 1967

Während die überzyklischen inflationären Tendenzen in anderen Ländern Mitte der 60er Jahre dazu führen, daß dem praktizierten Keynesianismus durch den Wechsel zu einer eher restriktiven Politik (trotz Krise) und zu Lohn- und Preisstops ein spätes Grab bereitet und auch in der theoretischen Diskussion das Jahr 1966 als "Todesjahr" der Keynesschen Theorie bezeichnet wird (vgl. Hahn 1967: "Ende der Ära Keynes?"), hat mit dem Stabilitätsgesetz nach Schiller "der Keynes der 'general theory' von 1936 und die nachfolgende moderne neoklassische Synthese in Deutschland ihren Einzug gehalten" (Schiller 1967b, 11). Insofern nimmt Schiller *nicht* den linkskeynesianischen der Gewerkschaften, sondern den ordoliberalen Strang der Diskussion in sein Globalsteuerungskonzept auf. Das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (StabG) wurde zunächst noch Anfang 1966 von der Erhardschen Bundesregierung als Vorlage in den Bundestag eingebracht, nachdem offenbar geworden war, daß die westdeutsche Wirtschaft erheblichen Instabilitäten entgegengetrieb. Dabei waren die Preissteigerungen (die insbesondere die Interessen der exportorientierten Kapitale auf dem Weltmarkt bedrohten) und das erhebliche Haushaltsdefizit (trotz Kürzungen durch ein 1965 eingebrachtes Haushaltssicherungsgesetz) die Probleme, die man mit Hilfe des Gesetzes meistern wollte. Die Krise wurde zunächst während der Beratungen noch gar nicht "bemerkt" und die dann nicht mehr übersehbaren Krisentendenzen auf das politische Gegensteuern der Bundesbank zurückgeführt. Die Ursachen der Krise wurden zunächst oberflächlich an zwei Punkten festgemacht:

- a) die steigenden Ansprüche der gesellschaftlichen Gruppen (insbesondere der Gewerkschaften) konnten von der Regierung Erhard nicht zurückgedrängt werden, sondern wurden aufgrund von Wahlgeschenken 1965 sogar noch angeheizt; wir hatten schon darauf hingewiesen, daß hier ein wichtiger Anstoß für die Entwicklung des Konzepts der "Formierten Gesellschaft" gegeben wurde;
- b) dem (durch Wahlgeschenke prozyklischen) Ausgabegebahren der Bundesregierung wurde von seiten der Bundesbank bewußt durch eine Restriktionspolitik entgegengesteuert, die nicht nur die Geldwertstabilität wiederherstellen sollte, sondern auch das Risiko einer Krise bewußt in Kauf nahm: Durch eine "Reinigungskrise" sollte (1) die Arbeitsmobilität erhöht, (2) die Arbeitsproduktivität gesteigert und (3) der Strukturwandel beschleunigt werden (vgl. die Rede des damaligen Bundesbankpräsidenten Blesing in Hagen, nach Lindner 1973, 375). Emminger (Mitglied des Zentralbankrats): "Wenn die Gewerkschaften es mit der von ihnen so oft geforderten Preisstabilisierung ernst meinen, so müssen sie letzten Endes auch für eine Lohnentwicklung eintreten, die eine Preisstabilität überhaupt zuläßt; und wenn sie für eine Vollbeschäftigung eintreten, müssen sie auch für ein Lohnniveau eintreten, das eine volle Beschäftigung zu kostendeckenden Preisen ermöglicht und einen ausreichenden Anreiz und Finanzierungsmöglichkeiten für fortschrittsfördernde Investitionen beläßt ..." (zit. bei Lindner 1973, 375).

Die Krise 1966/67 wird so in der Öffentlichkeit wesentlich als Resultat *falscher Politik* (Bundesregierung vs. Bundesbank) und langfristig zu hoher Lohnsätze begriffen.

Durch die Entwicklung gesetzgeberischer Möglichkeiten der Konjunkturpolitik wurde zunächst von der Regierung Erhard beabsichtigt, die Geldpolitik zu effektivieren und zu einer besseren Koordination der Fiskalpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt zu kommen. Zu deren Durchsetzung brauchte man neue gesetzliche Vollmachten, über die die Umsetzung der Wirtschaftspolitik zeitlich abgekürzt werden sollte. Der spätere Wirtschaftsminister Schiller (SPD), der den Erhardschen Gesetzentwurf kritisiert (1), legt in seinem Entwurf gegenüber dem Erhardschen Entwurf den Schwerpunkt auf die *Fiskalpolitik*, d.h. die globale Nachfragesteuerung, und begreift sein - unter der Großen Koalition verabschiedetes - Gesetzesvorhaben als einen Versuch, mit marktkonformen Mitteln den Preismechanismus wieder funktionsfähig zu machen - darin ganz in der o.a. Tradition der "fortschrittlichen" Ordoliberalen: "Ohne den systematischen Ausbau der Globalsteuerung ist Preisniveaustabilität im Rahmen der neuen Bedingungen nicht zu erreichen" (Schiller 1966, 11), es sei denn durch die Flucht in Einzeldirigismen. Dies aber wird von Schiller gerade am Erhardschen Entwurf kritisiert ("Ist es pure Vergeßlichkeit, daß in dem jetzigen Entwurf die Bedingungen 'im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung' fehlt?", ebd., 6). Ihm geht es eher darum, (1) das fiskal- und geldpolitische "Instrumentarium" zu verfeinern, (2) eine Rahmenplanung einschließlich einer "Konzertierten Aktion" zu schaffen und (3) die Globalsteuerung gegen eine "Importierte Inflation" außenwirtschaftlich abzusichern (vgl.

(1) Zwei bezeichnende Kritikpunkte: Einmal sei bei der Zielformulierung der Zusatz "im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" (zufällig?) vergessen worden (vgl. Schiller 1966, 6), zum anderen wird später in einer Rede vor dem Bundestag das Fehlen von Orientierungsdaten für die Tarifpartner kritisiert.

ebd., 11) Dabei sollen mit Hilfe der globalsteuern-
den Maßnahmen, die auf die Kosten- und Nachfragever-
hältnisse der Unternehmen wirken sollten, die *mikro*-
ökonomischen Ebenen (Unternehmen, Gewerkschaften) in-
stand gesetzt werden, sich marktkonform zu verhalten
und zugleich ihre Entscheidungen so zu treffen, daß
ein gleichmäßiges und stetiges *Wachstum* bei *Preis*-
stabilität erreicht werden könnte: "Für die Regelung
der einzelwirtschaftlichen Beziehungen ist der Wett-
bewerb das adäquate Mittel, damit die Kombination
der Produktionsfaktoren tendenziell in Übereinstimmung
mit den Konsumentenwünschen und in optimaler Kosten-
lage erfolgt. Die Steuerung über diese doppelte Rechen-
operation genügt aber nicht, um gewisse gesamtwirt-
schaftliche Ziele (magisches Dreieck usw.) zu erreichen.
Hierzu bedarf es der planvollen makroökonomischen Be-
einflussung der Kreislaufgrößen. Die optimale Zuord-
nung der Lenkungsmittel besteht demnach in der kombi-
nierten Anwendung des Prinzips der Selbststeuerung für
die Mikrorelationen und der Globalsteuerung für die
Makrorelationen." (Schiller 1966, 21)

Mit Hilfe dieser "Synthese" von Keynes und Eucken, die
aus den Defiziten neoliberaler Wirtschaftspolitik re-
sultierte, glaubte man - flankiert durch eine konzer-
tierte Aktion - sowohl den Problemen der überzyklischen
Preissteigerungen als auch möglichen krisenhaften wirt-
schaftlichen Einbrüchen Herr zu werden: "Die Kombina-
tion von Globalsteuerung (...) und Marktwirtschaft ist
nicht nur Voraussetzung einer Aktion zur Herbeiführung
der Stabilität, sie ist auch unter den gegebenen Ver-
hältnissen der Weg zur Rettung der Marktwirtschaft
(...) Mit der globalen Planung und Steuerung erhöhen
wir die 'Schwelle', von der ab das Verlangen nach ver-
waltungswirtschaftlichen Maßnahmen virulent wird."
(Schiller 1966, 20).

Im Zentrum des verabschiedeten StabG steht die "Keynesianische Botschaft" der Steuerung der effektiven Nachfrage durch die staatliche Fiskalpolitik. Die umfassende Kodifizierung des Keynesianismus und dessen Praktizierung schufen nicht nur ein modifiziertes Verhältnis von Politik und Ökonomie, sondern hatten auch erhebliche Konsequenzen für das politische System. Bereits im Paragraphen 1 des Gesetzes werden der Staat bzw. die Bundesregierung und Landesregierungen zu einer Wirtschafts- und Finanzpolitik verpflichtet, die so beschaffen sein soll, daß die ergriffenen Maßnahmen "im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen." (§1, StabG, sogenanntes 'magisches' Viereck). Der zur Erfüllung dieser allgemeinen Postulate im Gesetz geschaffene "Instrumentenkasten" (Schiller) trägt alle Züge der klassischen keynesianischen Finanzpolitik: Da die Ursachen des Preisanstiegs bei gleichzeitigem Abflachen des Wirtschaftswachstums innerhalb des keynesianischen Interpretationsrahmens von costpush (hier der Lohnentwicklung) und demand-pull (hier der übermäßigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte) begriffen wurden, sollte das Gesetz die Regierung in die Lage versetzen, über eine staatlich induzierte Variation der effektiven Nachfrage bei gleichzeitiger Beeinflussung wichtiger Kostengrößen die Instabilitäten des Zyklus in den Griff zu bekommen:

- (1) Durch die Variation der Einkommens- (Lohn-) und Körperschaftssteuersätze (und damit der Variation der Größe der erwarteten Profitrate nach Steuerabzug) und durch die Beeinflussung der Bedingungen der Kreditaufnahme soll die Nachfrage im privatkapitalistischen Sektor antizyklisch beeinflußt werden.

- (2) Die unmittelbare Nachfrage des Staates soll durch Konjunkturausgleichsrücklagen, die Variation mehrjähriger Investitionsprogramme im Rahmen einer neu eingeführten mittelfristigen Finanzplanung und durch erweiterte Verschuldungsmöglichkeiten anti-zyklisch (expansiv bzw. kontraktiv) gehandhabt werden können.
- (3) Kreditaufnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sollen durch einen Konjunkturrat koordiniert werden; nötigenfalls ist die Bundesregierung durch Rechtsverordnungen in die Lage versetzt, diese Koordination zu erzwingen.

Dieser Maßnahmenkatalog bezieht sich daher auf zwei Größen einzelkapitalistischer Kalkulation: Allgemein kann die unmittelbar auftretende *Nachfrage des Staates* variiert werden; dadurch kann die Realisierungsmöglichkeit von Warenkapital, das der Staat nachfragt, aus-
weitert (oder eingeengt) werden und die Kapazitäten von Einzelkapitalen können durch die zusätzliche Nachfrage (bzw. die Verminderung der Nachfrage) des Staates aus-
gelastet werden (oder aber ihre Auslastung kann in Boomzeiten gedämpft werden). Diese Möglichkeit hat die staatliche Fiskalpolitik allerdings nur, soweit Unternehmen direkt oder indirekt von der Staatsnachfrage bzw. durch sie induzierte "Multiplikatoreffekte" profitieren. Zum anderen kann die Größe des Steuerabzugs und damit die *Größe der Nettoprofitrate* auf die Zusatzanlage von Kapital (Investitionen) variiert werden. So kann bei einer Verminderung des Steuerabzugs (in Krisenzeiten z.B.) die Nachfrage nach Produkten der Abteilung I wieder ansteigen, weil die *realisierte Profitrate* wieder angehoben wird. Auch wirkt die Variation der

Einkommens- (und Lohn-)steuer auf den Massenkonsum und damit auf die realisierte Profitrate in beiden Abteilungen.

Die im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen sind i.d.R. durch Rechtsverordnungen der Bundesregierung durchzusetzen, denn ein jeweilig notwendig langwieriges Gesetzgebungsverfahren, z.B. zur Änderung der Steuersätze, könnte - so die Argumentation - verhindern, daß schnelles Handeln angesichts sich verändernder konjunktureller Situationen möglich wird.

Wir werden in den folgenden Unterpunkten zunächst diese Konsequenzen, die das Gesetz für das *politische System* hatte, darstellen und danach die gesellschafts-politischen Folgen (insbesondere für die Politik der Gewerkschaften durch die *Konzertierte Aktion*) und die *Grenzen* einer keynesianischen Finanzpolitik im Zyklus zeigen.

5.4. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz I: Die Veränderung des politischen Systems in der Bundesrepublik

Das Stabilitätsgesetz schließt in dreierlei Hinsicht Verschiebungen im politischen System der Bundesrepublik ein.

Erstens werden die Maßstäbe des im Paragraphen 1 geforderten staatlichen Handelns (das sich am "magischen Viereck" orientieren muß) notgedrungen von der Exekutive erarbeitet und können nicht mehr von Gesetzgeber formuliert werden (vgl. dazu Gotthold 1975, 13). Denn das,

was jeweils Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität etc. ist, ist von der ökonomischen Entwicklung abhängig und variiert dann nach 1967 entsprechend dem Verlauf der ökonomischen Entwicklung sehr stark: "Je stärker die Abweichung der tatsächlichen Entwicklung von den projektierten Werten, desto schneller war der politische Entscheidungsträger zu einer Revision der quantitativen Bestimmung der 'Ziele der Wirtschaftspolitik' bereit: Galt 1966/67 eine Arbeitslosenquote zwischen 0,7 bis 1 % als Indikator für 'Vollbeschäftigung', galten 1975 bereits 4 % als Erfolg" (Bolle 1977, 309). Wurde noch 1966 die Preissteigerungsrate von 4,4 % (Mai) zum Anlaß genommen, das StabG in den Bundestag einzubringen (vgl. Schiller 1966, 7), so wäre 1973/74 eben diese Preissteigerungsrate als Erfüllung eines der Ziele des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gedeutet worden. Wichtiger ist aber noch, daß die Interpretation, welches der vier Ziele am meisten die Stabilität und das Gleichgewicht der Wirtschaft gefährdet, den politischen Instanzen der Exekutive überlassen bleibt. Gerade rechtsliberale Kritiker des Gesetzes sehen darin die Gefahr, daß dem 'politischen Dezisionismus' Tür und Tor geöffnet wird und übersehen, daß diese Veränderungen im politischen System der Bundesrepublik ein Resultat der veränderten ökonomischen Bedingungen waren. Ähnlich anderen historischen Krisensituationen in Deutschland hat daher auch die Krise 1966/67 dazu geführt, daß im stärkeren Maße der Gesetzesbegriff sich in Richtung *Maßnahmegesetz* verschoben hat.

Zweitens verdrängen die finanziellen Wirkungsmechanismen - wie sie in dem Maßnahmenkatalog des StabG angezielt werden - allgemein-rechtliche Regelungen. In Begriffen der neueren marxistischen Staatsdiskussion könnte man insofern von einer Verschiebung vom "Medium

'Recht'" zum "Medium 'Geld'" reden (vgl. Blanke u.a. 1974; Altvater u.a. 1976^h). Da die finanziellen Wirkungsmechanismen stark von ökonomischen Konstellationen abhängig sind und fallweise über den Einsatz bestimmter Maßnahmen entschieden werden muß, stärkt die systematische Anwendung der Fiskalpolitik im Sinne des StabG die Stellung der Exekutive. Dies wird besonders deutlich, wenn die einzelnen vorgesehenen Maßnahmen in ihren rechtlichen Konsequenzen genauer untersucht werden.

Denn neben der Möglichkeit der Regierung, durch Rechtsverordnung kurzfristig Steuersätze zu verändern, kann die Exekutive bestimmte vom Bundestag beschlossene Ausgaben (die stabilitätsgefährdend sind) ablehnen und durch die Lockerung der Bindung der Regierung an den Haushaltsplan (Möglichkeit von Leertiteln in den Plänen) wird auch das in parlamentarischen Systemen zentrale Budgetrecht des Parlaments ausgehöhlt. Darüberhinaus ist mit dem StabG der Einfluß des Bundes auf das Finanzgebaren von Ländern und Gemeinden ausgeweitet - im Gemeindefinanzreformgesetz 1969 wurde dieser Einfluß weiter ausgebaut.

Drittens werden mit der Einrichtung von Institutionen wie die der "Konzertierten Aktion", der "Sozialpolitischen Gesprächsrunde", aber auch die des "Konjunkturrats", Gruppen mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben implizit oder auch explizit betraut, die "keine verfassungsrechtliche Legitimation" dafür haben können. (Vgl. Gotthold 1975, 162) Während der traditionelle bürgerliche Staat gerade auf der Trennung von Staat und Gesellschaft basierte (zumindest dem Anspruch nach), wird diese Trennung in Institutionen wie der "Konzertierten Aktion" aufgehoben durch ein "Bündnis von Wirtschaft und Staat" (Schiller 1967, 82, hier zit. nach Gotthold 1975, 166).

Hier besteht zugleich - wie oben schon erwähnt - ein entscheidender Unterschied zum praktizierten Neoliberalismus in der Bundesrepublik: Denn während dieser private Machtbildung durch Gesetz verhindern bzw. eindämmen wollte, um so eine Störung der Konkurrenzbedingungen zu vermeiden, *bedient* sich die Globalsteuerung in der Bundesrepublik mit der "Konzertierten Aktion" dieser privaten Macht! (Vgl. Gotthold 1975, 130) Durch das *Bündnis von Staat, Unternehmerschaft und Arbeitnehmern* sollte der Staat in die Lage versetzt werden, in der Krise den Nachfrageausfall zu ersetzen (durch öffentliche Nachfrage), ohne daß dies - aufgrund der Auslastung von Kapazitäten - sogleich zu Lohn- und Preissteigerungen hätte kommen können: Die "Konzertierte Aktion" sollte dies zumindest verhindern helfen. Die "Konzertierte Aktion" war insofern der Angelpunkt der Globalsteuerung, der der Fiskalpolitik zum Erfolg verhelfen sollte.

Gerade bei neoliberalen Theoretikern (vgl. die Zusammenfassung bei Gotthold 1975 und den Sammelband von Hoppmann 1971) macht sich die Kritik an den durch den praktizierten und kodifizierten Keynesianismus bewirkten Veränderungen im politischen System fest. Die Stärkung der Exekutive gegenüber dem Parlament, die Ausweitung und Verwischung des Gesetzesbegriffes (durch die zweideutigen, der nationalökonomischen Begrifflichkeit entnommenen Formulierungen im StabG), die teilweise Aufhebung föderalistischer Prinzipien, werden als Indiz für eine umfassende Veränderung der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit gedeutet. Die Zusammenfassung der politischen Macht in der Exekutive, die Zentralisierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen und die Verschiebung im Gesetzesbegriff zum Maßnahmegesetz hin sind aber

"notwendiger Ausdruck" des Versuches, den veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation politisch über eine makroökonomische Steuerung Herr zu werden. Die beschleunigte Kapitalakkumulation zu Zeiten des "Neoliberalismus" hatte die ihr eigenen günstigen Bedingungen der Profitproduktion zersetzt und sollte nun durch indirekte, koordinierte Interventionen der Wirtschaftspolitik erneut ermöglicht werden. Soweit dem verfassungsmäßige Schranken entgegenstanden, wurden sie durch eine Neuformulierung der Verfassungsartikel eliminiert: Der politische Rahmen wurde an die veränderten ökonomischen Bedingungen angepaßt. (1)

-
- (1) Damit soll nicht suggeriert werden, daß zu diesem Zeitpunkt geradezu zwangsläufig eine solche Anpassung von den ökonomischen Prozessen her erzwungen wurde. Wir hatten schon den ideologischen Hintergrund der Schillerschen Konzeption angedeutet, darüberhinaus sind auch die i.e.S. politischen Prozesse für den Zeitpunkt der Großen Koalition mitverantwortlich etc. Nur: die Rahmenbedingungen oder wenn man so will: die Determinanten der Anpassung des politischen Instrumentariums waren durch die ökonomische Entwicklung bestimmt.

5.5. Stabilitäts- und Wachstumsgesetz II: Kapitalreproduktion und die Grenzen keynesianischer Globalsteuerung

Wir hatten gesehen, daß die Entwicklung eines keynesianischen Instrumentariums der Wirtschaftspolitik ihren Ausgangspunkt in den Preissteigerungen und den Haushaltsdefiziten der 60er Jahre hatte. Auf der anderen Seite wurde zuvor von uns der keynesianische Staatsinterventionismus als Ausdruck neuerer Probleme im Akkumulationsprozeß der Bundesrepublik, von Problemen, die aus dem "Überfluß von Kapital" (1) resultierten, begriffen. Wie bei Altvater u.a. (1975) gezeigt, können die Preissteigerungen nicht losgelöst vom Reproduktionsprozeß des Kapitals betrachtet werden. Die in den Preissteigerungen und der Krise 1966/67 eklatierenden Verwertungsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals und der dadurch eingeengte Spielraum der Staatsfinanzen standen daher hinter der oberflächlichen Interpretation von Inflation und Krise durch die veröffentlichte Meinung in der Bundesrepublik. Der Maßnahmenkatalog des StabG setzt daher nicht zufällig an den Bedingungen der Profitproduktion an, um die Geldwertstabilität wiederherzustellen. Die angesichts angewachsener Kapazitäten bei nachlassender Nachfrage gesunkene realisierte Nettoprofitrate und die dadurch gesunkene Akkumulationsrate des Kapitals sollten durch die staatliche Fiskalpolitik wieder angehoben werden.

-
- (1) Der Begriff "Überfluß von Kapital" entstammt der keynesianischen Diskussion, die damit die Drohung von deflationären Prozessen verbindet. Entsprechend bezieht sich die Kritik von Anti-Keynesianern (vgl. z.B. Hahn 1967) auf den Hinweis einer entgegengesetzten Entwicklung (langfristig steigender Preise), die der Keynesianismus theoretisch wie praktisch nicht bewältigen könne. In unserem Kontext beziehen wir dagegen den Begriff auf Marx (Überakkumulation von Kapital), und dieses Problem kann durchaus mit der überzyklischen Inflation vermittelt werden.

Allerdings wurden die Probleme nur in ihrer Ausdrucksform als *mangelnde effektive Nachfrage* erkannt: Der Ausfall der Nachfrage verschärft bei angewachsenen Kapazitäten das Problem von Auslastung und Fixkosten. Die realisierte Profitrate sinkt dann dort, wo der Fixkostenanstieg nicht durch Preissteigerungen kompensiert werden kann. Dieses Problem konnte bis 1966/67 die vorherrschende Politik, die am Neoliberalismus orientiert blieb, nicht bewältigen. Die realitätsferne Vorstellung vom Markt, der automatisch ohne staatliche Intervention Vollbeschäftigung und Preisstabilität herstellen könnte, mußte in einer Zeit, da dieser Mechanismus offensichtlich versagte, über Bord geworfen werden und durch ein realitätstüchtigeres Modell ausgetauscht werden. Zwar überläßt auch der Keynesianismus die "Mikroebene" dem Marktmechanismus (und legitimiert damit die gegebenen Produktionsverhältnisse). Denn (so Schiller): "Für die Regelung der einzelwirtschaftlichen Beziehungen ist der Wettbewerb das adäquate Mittel, damit die Kombination der Produktionsfaktoren tendenziell in Übereinstimmung mit den Konsumentenwünschen und in optimaler Kostelage erfolgt." (Schiller 1966, 21) Auf der Ebene der gesamtgesellschaftlichen Beziehungen, der "Makroebene", soll aber die Politik die Nachfragegrößen "planvoll" beeinflussen (vgl. ebd.).

Für Keynes ist die notwendige Vermittlungsgröße zum gesamtwirtschaftlichen Wachstums der *Profit* (oder genauer: die "marginale Ertragsrate der Investitionen"), damit steht er gegen die neoklassische Auffassung, die im Profit nur eine Form der Faktorentlohnung unter anderen sah); dieser Profit stellt sich ihm aber wesentlich als Größe dar, die durch "unsichere Erwartun-

gen" bestimmt wird. (1) Das Verhältnis von Löhnen zu Profit wird eher bagatellisiert: Wiederum im Gegensatz zur Neoklassik bestreitet Keynes, daß Lohn-erhöhungen "automatisch" eine Profitverminderung und eine Krise zur Folge hätten, da die Rückwirkungen auf die Gesamtnachfrage unsicher seien. Darüberhinaus seien die Arbeiter am Geldlohn fixiert ("Geldillusion"), würden daher nicht eine direkte Kürzung der Nominallohne hinnehmen, während eine Kürzung der Reallöhne über Inflation wegen der "Geldillusion" zunächst auf keinen Widerstand der Arbeiter träge (Keynes 1964, 11f.). Denn über die Inflation ist eine stille Umverteilung zugunsten des Profits bei steigenden Geldlöhnen möglich. Wird nun eine Inflation aber nicht mehr hingenommen (wie Mitte der 60er Jahre, als die überzyklische Inflation einer der Anstöße zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz war), dann müssen bei entsprechender Steuerung der Nachfragegrößen durch die Wirtschaftspolitik andere Mechanismen gefunden werden, die eine Umverteilung zugunsten der Kapitalisten bzw. doch zumindest einen Status quo der Verteilung sicherstellen. Dies umso mehr, als ja das selbst proklamierte Ziel der Globalsteuerung die Vollbeschäftigung war, die die Macht der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt stärken mußte. Hier liegt also einer der Gründe, warum im Stabilitätsgesetz zugleich die Institution der *"Konzertierten Aktion"* verankert wurde, über die die Lohnentwicklung in die gesamtwirtschaftlichen Zwänge eingebunden werden sollte.

(1) Auch wenn bei Keynes die Erwartungen auf ökonomische Daten zurückgeführt werden, sind sie doch sehr stark als psychologische Faktoren beschrieben. Vgl. dagegen unsere Definition einer "erwarteten Profitrate" auf der Basis der ökonomischen Bedingungen von Produktion und Realisierung von Profit in Kapitel 2.

In der Notwendigkeit, die keynesianische Globalsteuerung mit einer Einbindung der Gewerkschaften in eine mehr oder weniger rigide Lohnpolitik ist aber auch schon eine Schranke ihrer Funktionsfähigkeit angelegt. Denn wenn dadurch auf Dauer eine Umverteilung zugunsten des Kapitals bewirkt wird, dann sind spontane oder organisierte Widerstandsaktionen der Arbeiter möglich und - vom Standpunkt der Reproduktion der Arbeitskraft aus gesehen - notwendig. Aber auch in der Beschränkung auf die (versuchte) Beeinflussung des Volumens der effektiven Nachfrage ("Niveausteuerung", vgl. dazu auch Bolle 1977) liegen implizit Grenzen einer erfolgreichen keynesianischen Wirtschaftspolitik. Denn:

Erstens wirkt die Beeinflussung der effektiven Nachfrage des Staates nur beschränkt auf die Auslastung der Kapazitäten. Brachliegendes Warenkapital kann zwar zusätzlich realisiert werden, vorhandenes produktives Kapital kann in gewissem Maße ausgelastet werden, das Einkommen kann über "Multiplikatorprozesse" ansteigen und insgesamt kann die realisierte Profitmasse unter Umständen stabilisiert werden. Damit kann zwar auch die realisierte Profitrate wieder etwas angehoben werden, *zugleich werden damit aber auch strukturelle Defizite der Verwertung festgeschrieben*. Indem die Krise durch Nachfragesteuerung aufgeschoben wird (werden soll), *werden die Bedingungen der Produktion von Profit und der Rentabilität überhaupt verschlechtert*: Kapitalbewertungen (die ja sowohl langfristig die Kapitalrentabilität heben, Platz schaffen für die Neuanlage von Kapital als auch die Produktivität erhöhen und veränderte Nachfrage - und Konkurrenzverhältnisse schaffen) werden aufgeschoben, die Löhne bleiben aufgrund der Vollbeschäftigung hoch bzw. steigen weiter. So mag

die staatliche Nachfrage zwar den aufgrund der sinkenden Rentabilitätserwartungen vorhandenen Ausfall der Nachfrage im privaten Sektor stabilisieren, nicht aber auf Dauer die Zusatzanlage von Kapital in ausreichendem Maße sichern können. Die Globalsteuerung schreibt die Strukturprobleme fort.

Zweitens ist damit auch nicht gewährleistet, daß die Arbeitslosigkeit kurzfristig ganz beseitigt wird: Die globale Nachfragesteigerung kann nur dann eine allgemeine Produktionssteigerung bewirken, wenn sie sich an der vorhandenen Produktionsstruktur orientiert. Aber eine solche Kompensation der ausgefallenen privaten Nachfrage ist aufgrund der *spezifischen Struktur der staatlichen Nachfrage* kaum wahrscheinlich. Denn der Staat kann nicht Warenkapital beliebiger Qualität nachfragen, sondern muß selbst dafür Verwendung haben im Rahmen seiner Aufgabenstellung. Zudem ist ja gerade in der Globalsteuerung des StabG verankert, daß die Mikroebene (d.h. die Unternehmensebene) und somit auch die durch die Kapitalreproduktion und Kapitalbewegung geschaffene Produktionsstruktur autonom bleiben. Dies hat zur Folge, daß je nach Profithöhe Kapital in bestimmte Branchen ein- bzw. aus bestimmten Branchen ausströmt. Dadurch verändern sich also die Angebots- und Nachfrageverhältnisse. Die Globalsteuerung kann eine solche Veränderung der Produktionsstruktur nicht beeinflussen. Darüberhinaus impliziert die Autonomie der Mikroebene, daß die Einzelkapitale in der Wahl der von ihnen angewandten Technik unabhängig sind: sie können (und werden unter bestimmten ökonomischen Bedingungen) z.B. eine Technik zur Anwendung bringen, die zwar profit-, aber nicht unbedingt beschäftigungssteigernd ist. (Vgl. dazu Bolle 1976, 40ff.).

Drittens: Ein Ausweg aus dieser Beschränkung in der Struktur der staatlichen Nachfrage könnte die erhöhte staatliche Nachfrage nach Gütern sein, die vom gesellschaftlichen Standpunkt her gesehen *unreproduktiv* sind, die aber gleichwohl vom Staat aufgrund seiner spezifischen Funktionen in der bürgerlichen Gesellschaft nachgefragt werden können (Rüstungsgüter etc.). Die Nachfrage nach diesen Gütern hätte zwar keine Produktivitätseffekte, wohl aber Einkommenseffekte, die wiederum die Nachfrage stärken. Hier müssen aber zwei Einwände vorgebracht werden, die eine unbegrenzte Ausweitung bzw. eine Funktionalisierung dieser Art von Nachfrage schon im Rahmen einer mittelfristigen Wachstumspolitik äußerst illusorisch erscheinen lassen (vgl. Stamatis 1977 und Laaser 1977):

a) Die staatliche Nachfrage nach unreproduktiven Gütern kann nur dann überhaupt zu einer erhöhten Profitrate im privaten Sektor führen, wenn durch die vermehrte Produktion auch mehr produktive Arbeiter eingestellt werden, somit die Mehrwertmasse im privaten Sektor erhöht wird; zugleich sind diese Güter aber vom gesellschaftlichen Standpunkt her (von indirekt produktiven Rückwirkungen abgesehen) "Faux frais", unreproduktiv, weil sie nicht mehr als produktivitätssteigernd in den Reproduktionsprozeß wieder eingehen.

b) Die vermehrte Verwendung unreproduktiver Güter durch den Staat muß sich in einem erhöhten steuerlichen Abzug vom Mehrwert bzw. vom Lohn und/oder in einer erhöhten Staatsverschuldung ausdrücken, soweit der Gebrauch dieser Güter weder direkt noch indirekt produktiv ist.

Gerade die letzte Behauptung einer ansteigenden Staats-

verschuldung trifft allerdings auf das Gegenargument von Keynesianern, die aus den durch staatliche Defizite finanzierten Nachfragesteigerungen Einkommenseffekte ableiten, die wiederum die Nachfrageverhältnisse verbesserten und die Kapazitätsauslastung der Kapitale ermöglichten. Dies hätte dann wiederum eine erhöhte realisierte Profitrate und entsprechende Mehreinnahmen des Staates zur Folge. Dagegen muß aber eingewandt werden, daß gerade *weil* die staatliche Einnahmenseite von der Kapitalreproduktion abhängt, die Mehreinnahmen zumindest mittelfristig nicht garantiert werden können. Denn einmal stößt die Steigerung der Mehrwertproduktion an jene Grenzen, die aus der unproduktiven Absorption von Kapital resultieren: Aufgrund des Ausfalls von Produktivitätseffekten kann die Mehrwertrate nicht über die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit hinaus erhöht werden. Zum anderen werden ja mittelfristig gerade durch die staatliche Nachfrage und Auslastung bestehender Kapazitäten Defizite der Verwertung festgeschrieben (wie schon oben angemerkt); notwendige Entwertungsprozesse, Umwälzungen in der Technologie etc. werden aufgeschoben und so die mittelfristigen Produktionsbedingungen von Profit verschlechtert. Die Mehreinnahmen sind daher für den Staat zumindest mittelfristig nicht garantiert, *weil der Staat an den Akkumulationsprozeß gebunden bleibt*, und wir werden unten zeigen, daß in diesem Konflikt zwischen keynesianisch bewirkter Staatsverschuldung und Reproduktion des Kapitals eine der Ursachen für das spätere Abrücken vom Keynesianismus in der Bundesrepublik zu sehen ist.

Wir können festhalten, daß mit dem Keynesianismus in der Wirtschaftspolitik gegenüber dem Neoliberalismus ein Wechsel eingetreten ist: die Politik bezieht sich jetzt offen auf die *Verwertungsbedingungen* des Kapitals:

"Globale Steuerung der Nachfrage meint im wesentlichen Gewinnpolitik" (Bolle 1977, 325). Insofern ist der Keynesianismus ein realistischerer theoretischer Ansatz als der Neoliberalismus, der auf Preisflexibilität und Ordnungspolitik fixiert blieb. Zugleich zeigt sich aber, daß auch der Keynesianismus an den Verwertungsbedingungen des Kapitals seine Grenze findet. Nicht nur wird ja die diese Verwertungsbedingungen bestimmende Souveränität des Kapitals ausdrücklich in der Globalsteuerung zum Ausgangspunkt genommen ("Marktwirtschaftliche Ordnung"); die keynesianische Globalsteuerung knüpft an den *äußerlichen Formen* der Kapitalbewegung an. So können strukturelle Verschiebungen in den Bedingungen der Verwertung (Veränderungen in der Zusammensetzung des Kapitals etc.) zwar *aufgeschoben* werden, insofern Kapazitäten noch zu Zeiten ausgelastet werden, zu denen sie aufgrund der Entwicklung der Nachfrage (und letztlich der Rentabilitätsbedingungen) längst hätten brachgelegt werden müssen bzw. u.U. ganz aus dem Reproduktionsprozeß des Kapitals ausgeschieden wären. Damit ist aber das grundlegende Problem nicht erledigt: Die Rentabilität des produktiven Kapitals bleibt niedrig mit der Folge, daß die staatliche Nachfragepolitik keine "Mengeneffekte", sondern nur noch "Preiseffekte" nach sich zieht! Die *Inflation* entwickelt sich in der Stagnation und läßt dann die staatliche Nachfragepolitik vollends wirkungslos werden, wenn sie auch keine Umverteilungseffekte zwischen Lohnarbeit und Kapital mehr bewirken kann, sondern sogar noch (über die Wiederbeschaffungspreise) auf die Kostenseite der Unternehmen (die Auslage zum Ankauf produktiven Kapitals) zurückschlägt (vgl. dazu Altvater u.a. 1975, wo dieser Zusammenhang entwickelt wird). Die Inflation kann daher die Krise nicht substituieren.

Die *Inflation als Schranke des Keynesianismus* scheint zunächst exogen bestimmt zu sein (was auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit gern aufgegriffen wird, es sei hier an die Ölpreis-These oder die These von der importierten Inflation erinnert). Wird dagegen die Inflation aus den Strukturproblemen der Verwertung erklärt, dann ist sie nicht mehr nur äußerliche Schranke, sondern immanenter Vermittlungsmechanismus der Begrenztheit der keynesianischen Nachfragepolitik. Diese immanente Begrenztheit der Wirkungen der keynesianischen Globalsteuerung kann daher unter der Bedingung der Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft nicht überwunden werden. Wohl aber kann versucht werden, über den Druck auf die Lohnkostenseite die realisierte Profitrate der Unternehmen zu heben, wenn gleichzeitig die staatlich induzierte Nachfragesteigerung die Realisierungsprobleme löst. Die *Einkommenspolitik* als Weg aus dem Dilemma des praktizierten Keynesianismus ergibt sich logisch aus den Grenzen der globalen Niveausteuerung und wird daher in anderen westeuropäischen Ländern schon relativ früh beschritten; im Rückgriff auf diese Erfahrungen wird sie daher von Schiller in Form der "Konzertierten Aktion" integrierter Bestandteil der Globalsteuerung.

5.6. Globalsteuerung und Einkommenspolitik

In der "Konzertierten Aktion" (KA) findet das von Schiller angestrebte Bündnis von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften seinen sinnfälligsten Ausdruck. Dabei scheint die Zusammensetzung und Struktur der KA keineswegs allein diese Dreipoligkeit zu repräsentieren: "Teilnehmer an der 'Konzertierten Aktion' sind einmal die Vertreter der Bundesregierung und der Bundesbank sowie des Sachverständigenrates. Sodann sind

anwesend die Repräsentanten der großen Spitzenverbände, etwa des 'Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.', des 'Zentralverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.' und etwa auch des 'Deutschen Bauernverbandes e.V.'. Als sehr gewichtiger Spitzenverband figuriert in diesem Kreis sodann der 'Deutsche Gewerkschaftsbund', ferner die 'Deutsche Angestelltengewerkschaft' ... Zu dieser Gruppe [der Arbeitnehmerorganisationen, d. Verf.] gesellen sich nun Repräsentanten von Organisationen, welche direkt an der Lohnfront tätig und in diesem Sinne Partner von Tarifverträgen sind. Zu nennen ist hier beispielsweise die 'Industriegewerkschaft Metall' oder die 'Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr'." (Werner 1971, 190f.) Tarifpolitisch ist die "Arbeitgeberseite" noch durch die "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V." vertreten.

Dieses pluralistisch zusammengesetzte Gremium soll nun keineswegs nur über die Orientierungsdaten für die Tarifpartner entscheiden, sondern auch über "die Abstimmung zwischen Notenbankpolitik und staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber zum anderen auch um die Koordinierung der aufgegliederten staatlichen Instanzen selbst..."; für Schiller ist aber "... der zentrale 'Runde Tisch', um den wir uns bemühen, (...) das (...) Gespräch mit den Tarifpartnern im Rahmen einer umfassenden 'Konzertierten Aktion'". (Schiller 1967a, 53) Während so die zwei Gruppen (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) und die staatlichen Institutionen scheinbar gleichberechtigt über die wirtschaftspolitischen Ziel- und Mittelvorstellungen auf Basis der erkennbaren wirtschaftlichen Tendenzen diskutieren sollen, sind die zugrunde liegenden "objektiven" Daten für diesen Diskurs schon zuvor gesetzt: Da die "Mikroebene",

also die Unternehmen, deren Entscheidungen über die Investitionen das Einkommen, die Sicherheit der Arbeitsplätze und das zukünftige wirtschaftliche Wachstum bestimmen, autonom ist und bleibt, ist die Souveränität der Bewegung des Kapitals unangetastet. *In den Daten selbst ist daher die Reproduktion des Kapitalverhältnisses stets schon vorausgesetzt*; da diese Daten den Rahmen der Entscheidungen in KA bilden, kann auch nur noch über die von ihnen *abhängigen* Variablen, die Löhne und den Umfang der Staatsausgaben, entschieden werden. (Und die "Fehlentwicklung" dieser beiden Variablen gab - wie wir sahen. - auch den Anlaß zur Einführung des Keynesianismus in die Wirtschaftspolitik.) Schon deshalb ist im Rahmen der von Schiller vertretenen Konzeption einer Globalsteuerung eine Preispolitik nicht möglich, weil ja über die Rahmensezung durch den Staat die Preise als einzelwirtschaftliche Kalkulationsgrößen in ihren Wirkungen effektiviert werden sollten.

Nun ist der Ausgangspunkt der in der KA von den "Sachverständigen", den Vertretern des Staates und den Arbeitgebern favorisierten Lohnpolitik ein geradewegs umgekehrter als unsere hier vertretene Darstellung: Nicht die Löhne seien abhängige Variable, sondern aus der quasi als autonom vorausgesetzten Lohnhöhe ergeben sich Preise, Profit- und Investitionsraten und die Höhe der Beschäftigung. Dies wird besonders an der bereits vor der KA von dem Wirtschaftswissenschaftler H. Meinhold (vgl. Meinhold 1965) vorgeschlagenen "vernünftigen" Lohnformel deutlich, die das Wachstum der Löhne an das Wachstums der Arbeitsproduktivität *plus* einer für unvermeidlich gehaltenen Inflationsrate binden sollte. Aus der Hypothese, daß die Lohnsteigerungen sich direkt in Preissteigerungen ausdrücken

müßten, glaubte man schließen zu können, daß die Inflation nur dann eingedämmt werden kann, wenn ihre Ursache, die Lohnsteigerungen, unter Kontrolle gebracht werden kann. (1) Letztlich liegt der "Meinhold-Formel" und der mit ihrer Hilfe durchzusetzenden "Doppelanpassung der Löhne" (an die Produktivitäts- und Preisentwicklung) eine Theorie des "inflationären Verteilungskonfliktes" zugrunde. Inflationstheoretisch ist auch die Begründung der Einkommenspolitik in kritischen Theorien, auch wenn sie gerade eine "inflationstheoretische Begründung der Einkommenspolitik" kritisieren wollen: "Bei Vollbeschäftigung setzt (...) das Bestreben beider Seiten nach Besser-

(1) Generell können die bei der Einkommenspolitik in den entwickelten kapitalistischen Ländern angewandten Lohnformeln in zwei Gruppen eingeteilt werden:

a) in solche der Begrenzung der Lohnsteigerungen durch Anbindung an Preis- und/oder Produktivitätsentwicklung; durch diese Art der Lohnbegrenzung sollte die Lohnkostenseite der Unternehmen konstant gehalten werden. Selbst bei einer Anbindung der Lohnentwicklung an die Produktivität bei konstant gehaltenen Preisen steigt dabei noch die Mehrwertmasse der Kapitale mit der Produktivitätsrate.

b) solche, die den Druck auf die Löhne mit dem Investitionsbedarf der Kapitale zur Erreichung eines bestimmten wirtschaftlichen Wachstums begründen. Hier wird der Lohn ganz offen als Restgröße der Kapitalakkumulation begriffen; nicht mehr der Status quo der Verteilung wird angezielt, um einer noch höheren möglichen Lohnsteigerung einen Riegel vorzuschieben (wie in der Gruppe (a)), sondern die Veränderung der Verteilungsverhältnisse zugunsten des Kapitals resp. des kapitalistischen Wachstums. (Vgl. dazu exemplarisch die neueste Lohnformel des Sachverständigenrats im JG 1977).

Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch in der ersten Gruppe eine Umverteilung immer dann zugunsten des Kapitals stattfindet, wenn die Lohnzunahmen nur einseitig an die Produktivitäts- oder Preissteigerungsrate gebunden werden. Vgl. zu einer differenzierteren Darstellung den anschließenden Exkurs.

stellung bzw. Verteidigung ihrer Einkommenssituation einen Verteilungskampf in Gang, der den inflatorischen Preisauftrieb verschärft. Die Auseinandersetzung um den "relativen Arbeitslohn" hat also die Kumulation der Inflationsrate zu Folge." (Jacobi 1972, 60). Die Einkommenspolitik hat in diesen Analysen dann die Funktion, den Verteilungskonflikt zu befrieden und den Status quo der Verteilung einzufrieren: "Während die Lohnformel der Doppelanpassung eine Verteilungsnorm vorgibt, stehen 'Konzertierte Aktion' und Orientierungsdaten als Mittel der Durchsetzung der Norm parat." (ebd., 59).

Aus einer Kombination von keynesianischer Vollbeschäftigungspolitik (die als erfolgreich vorausgesetzt, ~~ist~~ gestärkter Gewerkschaftsmacht und monopolistischer Preissetzungsmacht wird die Notwendigkeit der Einkommenspolitik als Mittel der Inflationsbekämpfung begründet; angesichts seiner Untersuchung der Einkommenspolitik in der Bundesrepublik kommt dann Jacobi zu dem "paradoxen Ergebnis, daß die 'Konzertierte Aktion', die die autonome gewerkschaftliche Lohnpolitik in Zeiten der Vollbeschäftigung zügeln soll, in der Rezession eingeführt wurde, in der die Gewerkschaften ohnehin schon eine ungünstige Situation hatten." (ebd., 60) Gerade weil aber die Einkommenspolitik nicht nur aus dem Zusammenspiel ökonomischer Macht und deren behauptetem Resultat, der Inflation, erklärt werden kann, ist die Einführung der "Konzertierten Aktion" nicht nur die geschickte Ausnutzung einer Schwächesituation der Gewerkschaften durch die Regierung. Mit der Einkommenspolitik sollten vielmehr in der Krise und im beginnenden Aufschwung die *Mehrwert*rate und die Profitraten der Unternehmen erhöht werden. Denn die Einkommenspolitik wird auf die

Mehrwertrate des Kapitals oder - im Bewußtsein des Einzelkapitalisten - auf die Lohnkostenseite. Die Einführung der Einkommenspolitik in der Krise war daher wichtige Bedingung des Aufschwungs, insofern sie günstige Profitraten im Aufschwung garantierte. Dies zeigt sich auch daran, daß die Einkommenspolitik nicht nur als Mittel der Inflationsbekämpfung eingesetzt wurde und auch nicht an die Formen der "Doppelanpassung" gebunden ist: So ist die praktizierte Einkommenspolitik z.B. in den Niederlanden und in Skandinavien in der Nachkriegszeit lange Zeit als Mittel dafür eingesetzt worden, den "Kapitalbedarf" für eine beschleunigte Kapitalakkumulation zu befriedigen; so wird die Forderung nach Einkommenspolitik gerade in Krisenzeiten (wie 1966/67 und auch in der Stagnationsphase nach 1974 in der Bundesrepublik) mit der Notwendigkeit einer erhöhten Investitionsquote (bzw. Akkumulationsrate) begründet - unabhängig von der jeweiligen Inflations- und Produktivitätsentwicklung. (1) (Vgl. dazu den folgenden Exkurs.)

Die einseitige inflationstheoretische Einordnung der Einkommenspolitik beruht darauf, daß im Rahmen einer Monopoltheorie bestritten wird, daß die Lohnentwicklung die abhängige Variable der Kapitalentwicklung ist: In jenen Zeiten nämlich, in denen *durch* den zyklischen Aufschwung des Kapitals (wie auch in lang-

(1) Unter diesem Aspekt kämen wir zu dem paradoxen Ergebnis, daß eine Doppelanpassung der Löhne in der Krise ab 1975 objektiv einen gewerkschaftlichen Erfolge dargestellt hätte und *nicht* Ausdruck einer Befriedungspolitik des Staates und einer kooperativen Gewerkschaftspolitik gewesen wäre (vgl. dazu Kapitel 8).

fristigen Prosperitätsphasen) die Macht der Gewerkschaften gestärkt ist, sollen die Lohnsteigerungen an die Produktivitätsentwicklung gebunden werden, um zu verhindern, daß die Gewerkschaften *ihre* Marktmacht ausnutzen; in Krisenzeiten aber soll die Einkommenspolitik (sofern sie überhaupt notwendig ist und nicht durch die "stumme Macht der ökonomischen Verhältnisse", die industrielle Reservearmee, ersetzt wird) die Profitraten des Kapitals hoch halten und zumindest massive Entwertungsprozesse verhindern helfen: Denn während jene Entwertungsprozesse außerhalb des Handlungsbereichs des Einzelkapitalisten sich entwickeln und nur bedingt durch staatliche Globalsteuerung verhindert werden können, kann auf die Lohnbewegung gesamtgesellschaftlich gerade in Krisenzeiten massiv Druck ausgeübt werden. (1)

Es zeigt sich hier nicht nur, daß in der Krise unter historischen Bedingungen einer schwach entwickelten Arbeiterbewegung der Staatseingriff in die Lohnbewegung einen großen Spielraum hat (gerade weil er auch an den Interessen der Arbeiter an der Erhaltung der Arbeitsplätze anknüpfen kann). Es zeigt sich hier auch, daß im Hinblick auf Kapital und Arbeit die "Tätigkeitsgrenze" des Staates asymmetrisch ist: Gegenüber dem Kapital zeigen sich sehr schnell die Grenzen des Staats-

(1) Darüberhinaus stellt sich die Frage, ob ein solcher Eingriff des Staates über keynesianische Nachfragepolitik in bestimmten historischen Situationen überhaupt noch im Sinne einer effektiven kapitalistischen Wirtschaftspolitik liegt. Damit werden wir uns im nächsten Kapitel beschäftigen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß auch die faschistische Krisenlösung an dem hier skizzierten Punkt ansetzte - allerdings nicht durch Integration, sondern durch die organisatorische und politische Zerschlagung der Arbeiterklasse.

eingriffs, insofern hier nicht nur das "Privateigentum" an Produktionsmitteln dem entgegensteht, sondern auch die durch die Kapitalreproduktion gesetzten Formen, auf die sich z.B. die staatliche Wirtschaftspolitik beziehen muß, dem Staat immanente Grenzen diesseits des marktwirtschaftlichen Systems setzen (vgl. 5.4.). Wie es sich gerade in der Bundesrepublik, aber noch stärker in anderen westeuropäischen Ländern gezeigt hat, kann der kapitalistische Staat gegenüber den Rechten der Lohnarbeit wesentlich stärker eingreifen, "weil diese Rechte 'nur' vom Privateigentum ganz allgemein abgedeckt sind" (Blanke u.a. 1974, 94) Wie aber die Auseinandersetzungen um die Einkommenspolitik in Westeuropa zeigen, wird hier die wesentliche Schranke des Staatseingriffs durch die historischen *Klassenkonstellationen* und *Klassenkämpfe* unmittelbar gesetzt: Auch in der Bundesrepublik wird die Einkommenspolitik mit den Septemberstreiks 1969 faktisch wirkungslos; sofern sie später Mitte der 70er Jahre wieder Wirkungen zeigt, dann nicht aufgrund massiven politischen Drucks, sondern wesentlich aufgrund der sich entwickelnden strukturellen Arbeitslosigkeit, der industriellen Reservearmee.

5.7. Exkurs: Kapitalakkumulation, Formen der Einkommenspolitik und deren Anwendung in Westeuropa

Wir wollen im folgenden Exkurs einen kurzen Überblick über die Formen der Einkommenspolitik und deren historische Anwendung in Westeuropa geben. Im Zusammenhang mit unserer Ausgangsfragestellung "Ökonomischer oder politischer Konjunkturzyklus?" ist eine solche Übersicht schon deshalb wichtig, um darstellen zu können, daß unsere These von den strukturellen Grenzen des

Keynesianismus historisch in allen Ländern Westeuropas zu belegen ist. Der Ausweg wird dann in der Einkommenspolitik gesucht, über die die Kapitalakkumulation aufrechterhalten werden soll.

Soweit mit der Einkommenspolitik eine Lohnbegrenzung bzw. ein Lohnstop staatlicherseits erzwungen wird, setzt hier die Rechtsform der Ware Arbeitskraft spezifische Konkurrenzbedingungen in der Konkurrenz mit dem Kapital. Spezifische Rechtssetzungen also "flankieren" die wirtschaftspolitische Regulierung des ökonomischen Zyklus mittels der Geldform (im Keynesianismus).

1. Auswirkungen von Lohnbegrenzungen durch die staatliche Wirtschaftspolitik auf Mehrwertrate und Akkumulation - theoretische Zusammenhänge

Eine äußerliche Begrenzung des Arbeitslohns, der ja Reproduktionsbasis der Arbeitskraft ist, bedarf allerdings der Legitimation gegenüber den Betroffenen. Die propagandistische Begründung der Lohnbegrenzung macht sich daher in der Regel an behaupteten "übermäßigen" Ansprüchen der Einkommensbezieher am Sozialprodukt fest, das nicht überfordert werden dürfe. Der "gerechte" Anteil am Nettosozialprodukt hat sich daher gemäß dieser Argumentation vielmehr an der Steigerung der (Arbeits-)Produktivität zu orientieren, sollen nicht die Unternehmen in ihrer Leistungskraft überbeansprucht und damit auch die Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Arbeitsproduktivität wird hier also als Indikator für den Zuwachs des verteilbaren Nettoprodukts genommen; eine Orientierung der Lohnpolitik an der Produktivitätsentwicklung (unter den Bedingungen permanenter schleichender Inflation wird in der Regel auch die Rate der Geldentwertung mit in die Berechnung des zulässigen

Lohnanstiegs einbezogen) scheint die Konstanz der Verteilung des wachsenden Sozialprodukts zu gewährleisten, ohne daß das Wachstum selbst gefährdet würde. Andererseits wird aber auch aus der Sicht (linkskeynesianisch orientierter) Gewerkschaftler die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Preissteigerungen als Orientierungsgrößen für die Lohnzunahme benutzt mit der Begründung, daß dann die Zunahme der effektiven Nachfrage die Wirtschaft in einem dynamischen Gleichgewicht hielte. Wir werden im folgenden versuchen, den Zusammenhang von Lohn und Wachstum des Kapitals zu entwickeln, um dann die gängigen Versionen der Einkommens- resp. Lohnpolitik auf dieser Basis auf ihre Funktionen hin untersuchen zu können. Anschließend sollen die historischen Durchsetzungsformen der Einkommenspolitik in den verschiedenen Ländern Westeuropas dargestellt werden, um dann im abschließend den historisch entwickelten Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Einkommenspolitik und Gewerkschaften entfalten zu können.

Um die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Versionen der Einkommenspolitik und der Kapitalakkumulation zu verdeutlichen, sind die folgenden Überlegungen - obwohl auf Basis der Marxschen Werttheorie - auf empirisch erscheinende Preisgrößen bezogen, um die Stellung des Lohns im Verhöknis zum Profit und die Wirkung von Arbeitsproduktivität und Inflation auf die Profitrate, Profitmasse und Akkumulation klären zu können. Soweit sich Abweichungen (aufgrund der Preisform) von der Werttheorie ergeben, wird dies einschränkend vermerkt. Ein eventueller Einwand, der sich auf die Problematik der sogenannten Wert-Preis-Transformation bezieht, trifft also auf die folgende Darstellung nicht zu.

Bei der Entwicklung der folgenden quantitativen Zusammenhänge ist Ausgangspunkt die Überlegung, daß der Motor der gesellschaftlichen Entwicklung das Kapital ist. Daher muß bei der Untersuchung der staatlichen Lohnbegrenzung die kapitalistische Produktion auch als das aufgefaßt werden, was sie ist: Produktion und Kapitalisierung von Profit und nicht als Herstellung eines konsumierbaren Produkts, das im nachhinein auf die verschiedenen Klassen verteilbar erscheint. Die Produktion und Kapitalisierung von Profit ist es auch, die primär die Lage der Lohnarbeiter und ihren Beschäftigungsstand bestimmt. Die folgenden Formalisierungen versuchen daher, den eigentlichen Zweck der kapitalistischen Produktion im Zusammenhang mit der Lohnbegrenzung herauszuarbeiten.

(a) Produktion von Profit

In der Märxschen (und in der klassischen) Theorie stellt sich der Profit als Überschuß (bzw. Surplusprodukt) des Bruttoproduktionswertes über den Wert der Produktionselemente dar: Profit = Gesamter Produktenwert - (Kapitalersatz + Lohnsumme). Auf die Wertbestimmung durch die Arbeitskraft braucht für unsere Zwecke nicht weiter eingegangen zu werden. Da der Kapitalersatz (c) unberücksichtigt bleiben kann für den Anteil des Profits und des Lohns am Neuwert (= $V + P$), d.h. für die Bestimmung des Exploitationsgrades der Lohnarbeit durch das Kapital

$$\frac{P}{V} = \frac{Y}{V} - 1,$$

läßt sich der von Kapital angeeignete Surpluswert zum Zeitpunkt (t) in folgender Formel darstellen:

$$(1) \quad P(t) = Y(t) - W(t) L(t),$$

wobei $W(t) L(t) = V$ ist, der Neuwert $(=V+P) = Y(t)$.

In dieser Form wird ausgedrückt, daß der vom Kapital engezeichnete Wertüberschuß (Mehrwert) des (von den produktiven Lohnarbeitern geschaffenen) Neuwerts über den Lohn (dem bezahlten Teil des Neuwerts resp. dem Teil, den sich die unmittelbaren Produzenten aneignen können) die Quelle des Profits darstellt. Damit ist auch angedeutet, daß der Profit aus der Produktion von Waren entspringt, nicht aber aus deren Veräußerung. Werden weiterhin Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit (die vom Standpunkt des Kapitals der Steigerung des Profits dient) und darüberhinaus noch Preisveränderungen mit in diese Gleichung einbezogen, so läßt sich der Profit zum Zeitpunkt (t) (wobei $t > t_0$) in folgender Formel schreiben:

$$(2) \quad P(t) = Y(t_0) (1+q)^{t-t_0} + Y(t_0) (1+q)^{t-t_0} p - W(t) L(t).$$

Durch Ausklammern kann diese Formel auch so geschrieben werden:

$$(3) \quad P(t) = Y(t_0) (1+q)^{t-t_0} (1+p) - W(t) L(t).$$

(Im folgenden werden wir aus Gründen der Übersichtlichkeit $Y(t_0) (1+q)^{t-t_0}$ als $Y(t)$ und $Y(t_0) (1+q)^{t-t_0} (1+p)$ als $Y^*(t)$ bezeichnen.)

In (2) und (3) bedeuten:

Y der Neuwert $(=V+P)$ zu laufenden Preisen

q die Rate des Wachstums des Nettoprodukts, soweit bewirkt durch Intensifikation der Arbeit, Steigerung der Produktivkraft etc. (= "Arbeitsproduktivitätsentwicklung")

p der Koeffizient, der die Preisveränderungsrate nach t Perioden ausdrückt

W der Geldlohn pro Arbeitseinheit und

L die Anzahl der Arbeitseinheiten.

In $(Y(t_0)(1+q)^{t-t_0})$ ist also die "relative Inflation" (vgl. dazu Hoffmann 1962, 10) ausgedrückt, insofern (nach Marxscher Auffassung) eigentlich bei einer Steigerung der Produktivkraft der Arbeit Y (also der Neuwert) nicht wächst (wohl aber die Mehrwertrate!), sondern - alle anderen Umstände als gleichbleibend angenommen - gleichbleibt. Steigerungen der Arbeitsproduktivität und Preissteigerungen, die größer als die Geldlohnsteigerungen sind, schlagen sich hier - da diese vom Kapital realisiert werden - als Profitsteigerungen nieder! Da für die kapitalistische Produktion durchaus nicht angenommen werden kann, daß sich Lohnveränderungen quasi "automatisch" aus Veränderungen der Produktivität ergeben (da das Kapital resp. die Eigentümer der Produktionsmittel sich zunächst den Neuwert und den Wertüberschuß über den Lohn in erster Hand aneignen) (1), wird der Geldlohn in der gegebenen Situation autonom durch die entwickelte gewerkschaftliche Macht und die betrieblichen und zentralen Klassenkämpfe mitbestimmt. Erst diese können bewirken, daß sich die Arbeiter einen Anteil an der Steigerung der Produktivkraft ihrer Arbeit verschaffen.

- (1) Daher geht der Versuch Nutis, die verschiedenen Versionen der Einkommenspolitik ("incomes policy") vom Lohn bzw. der möglichen Zuwachsrate des Reallohns her anzugehen -

$$\frac{\dot{w}}{w} = \frac{\dot{z}}{z} + \frac{\dot{p}}{p} + \frac{\dot{x}}{x} \quad (\text{wobei } w = \text{Geldlohn; } \dot{w} = \frac{dw}{dt}; z = \text{Lohnquote; } p = \text{inneres Preisniveau; } x = \text{durchschnittliche Arbeitsproduktivität}) -$$

fehl, insofern er (in dieser Formel) den wirklichen Zusammenhang der kapitalistischen Produktion auf den Kopf stellt (vgl. Nuti 1972a, 434ff.).

Deswegen ist auch in (2) $W(t)L(t)$ nicht - wie dies häufig geschieht - an die Produktivitätszunahme gekoppelt. (Warum dadurch die sogenannten Verteilungsquoten

$$\frac{P}{Y} \text{ (= Profitquote) und } \frac{W \cdot L}{Y} \text{ (= Lohnquote)}$$

nicht gleichbleiben müssen, wenn sie an die Produktivität gekoppelt werden, soll weiter unten entwickelt werden.)

Aus der Formel (3) läßt sich weiderum die Mehrwertrate ableiten, wenn beide Seiten durch $W(t)L(t)$ dividiert werden:

$$(4) \quad \frac{P(t)}{W(t)L(t)} = \frac{Y(t_0)(1+q)^{t-t_0}(1+p)}{W(t)L(t)} - 1 = \frac{Y^*(t)}{W(t)L(t)} - 1.$$

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß $Y^*(t)$ ja auch von den Kapitalisten als Konsumenten und vom Kapital - nämlich in der Form von Produktionsmitteln - konsumiert wird; die Preissteigerungen können sich also nur dann als zusätzlicher Profit beim gesellschaftlichen Gesamtkapital niederschlagen, wenn sie eine reale Umverteilung zwischen den Klassen bewirken!

Insgesamt zeigt also die oben entwickelte Formen (2), daß die vom Kapital angeeignete Profitmasse - ohne deren weitere Aufteilung schon berücksichtigt zu haben - sich zusammensetzt aus den Wirkungen

1. der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit (q) - die Intensität eingeschlossen -,
2. der Entwicklung des Preisniveaus (p) und
3. der Entwicklung des Geldlohns.

Festzuhalten ist hier zunächst noch, daß zwar die Lohn- und Klassenkämpfe den Geldlohn bestimmen, jedoch nicht den Reallohn und auch nicht die Mehrwerttrate (vgl. Gleichung (4)) bzw. die Verteilungsquoten. Diese Überlegungen sind schon deshalb leicht einsehbar, als sich ja die Verteilungsquoten aufgrund der kapitalistischen Produktion ständig durch die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und deren Intensifikation zugunsten der Profitquote ändern und sich diese Veränderungen zunächst nur beim Profiteinkommen niederschlagen. Deswegen können durch die Klassenkämpfe auch die Verteilungsquoten nicht bestimmt werden, allenfalls im nachhinein verändert werden.

(b) Kapitalisierung des Profits

Da die oben entwickelte Profitmasse $P(t)$ nicht als ganze akkumuliert (d.h. kapitalisiert) werden kann, muß noch gezeigt werden, wodurch der akkumulierbare Profit begrenzt wird. Begrenzend wirken insbesondere:

- der Konsum der Kapitalisten und der unproduktiven Zwischenklasse, die zumeist aus Geld- und Sachvermögen ein Rentierseinkommen auf Kosten des akkumulierbaren Profits beziehen ($= cP(t)$),
- die Steuerlast auf den Profit ($= St_P(t)$),

so daß sich der akkumulierbare Profit folgendermaßen schreiben läßt:

$$(5) \quad a(t)P(t) = P(t) - [cP(t) + St_P(t)].$$

Dieser akkumulierbare Teil des Profits teilt sich bei der Anlage als Zusatzkapital auf in zusätzliche Lohnarbeiter und in zusätzliches konstantes Kapital:

$\Delta v + \Delta c = a(t)P(t)$. Damit wird angedeutet, daß die Beschäftigung der Lohnarbeiter von der Reproduktion des Kapitals abhängig ist. Die Wachstumsrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ($C=c+v$) wird daher bestimmt durch (a) Faktoren, die das Wachstum der Profitmasse bestimmen und (b) die Akkumulationsrate. Wenn daher die Profitrate des produktiven Kapitals

$$\pi^* = \frac{a(t)P(t)}{C(t)}$$

ist, wächst das produktive Kapital der Gesellschaft (die Änderung der organischen Zusammensetzung und damit die Änderung der Profitrate hier ausgeschlossen) mit der Rate π^* :

$$(6) \quad C(t) = C(t_0) (1+\pi^*)^{t-t_0}.$$

Aus (1), (5) und (6) ergibt sich die Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals:

$$(7) \quad \frac{P(t)}{C(t)} = \frac{a(t)P(t) + cP(t) + St_P(t)}{C(t)}.$$

Daraus folgt, daß $\frac{P(t)}{C(t)} > \frac{a(t)P(t)}{C(t)}$ ist.

- (c) Auswirkungen der Einkommenspolitik auf die Produktion und Kapitalisierung des Profits (vgl. zu den möglichen Versionen Adam (1972) und Nuti (1972a)).

Wurde die Profitproduktion anfänglich als Zweck der kapitalistischen Produktion dargestellt - worin der Lohn als Geldform des Einkommens der Lohnarbeiter nur ein zu reproduzierender Wert ist und bei gegebenem

Neuwert für den Profit die untere Grenze bildet -, so soll jetzt dieser hier entwickelte Zusammenhang auf die verschiedenen Versionen der Lohnbegrenzungen bezogen werden.

Eine *erste Version* ist die des Lohnstopps, des Preisstopps oder des Lohn- und Preisstopps. Wir können hier diesen Zusammenhang schnell anhand der Gleichung (2) klären: Werden nur die Löhne begrenzt ($W(t)L(t) = \text{konstant}$), wächst offensichtlich der Profit $P(t)$ mit $Y^*(t)$. Werden sowohl Löhne wie Preise begrenzt, so wächst der Profit $P(t)$ mit dem Nettoprodukt $Y(t)$; werden dagegen nur die Preise begrenzt, so wächst die Profitmasse (vorausgesetzt die Lohnzunahme ist nicht größer als die Steigerung des Nettoprodukts $Y(t)$ - vgl. dazu aber auch unsere Untersuchung der dritten Version) mit dem Nettoprodukt $Y(t)$, also wesentlich mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit.

Eine *zweite Version* der Lohnbegrenzung zielt darauf ab, den Lohn mit der Geldentwertung wachsen zu lassen bzw. an den Preisindex zu binden. Dies hat zur Folge - wie aus (3) ersichtlich -, daß das Mehrprodukt und damit der Profit direkt mit dem Nettoprodukt wächst, vermindert um die Rate der Geldentwertung. Die Einkommensverteilung verschlechtert sich laufend für die Arbeiter:

$$\frac{W(t)L(t)}{Y^*(t)} \text{ sinkt bzw. } \frac{P(t)}{Y^*(t)} \text{ steigt.}$$

Dies hat zur Folge, daß der Exploitationsgrad der Lohnarbeiter mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität steigt:

Wenn $\frac{P(t)}{V(t)} = \frac{Y^*(t)}{V(t)} - 1$ und $\frac{dY}{dtY} = \frac{dV}{dtV}$, folgt daraus,

daß der Exploitationsgrad des Arbeiters steigt. Damit steigt auch die Profitrate des produktiven Kapitals:

$\frac{a(t)P(t)}{C(t)}$; die Akkumulation wird beschleunigt!

Werden - so eine *dritte Version* - die Lohnzunahmen auf die Zunahmen der Arbeitsproduktivität begrenzt, wird also die "produktivitätsorientierte Lohnpolitik" propagiert, dann steigt der Geldlohn mit der Rate q und es ist

$$W(t) = W(t_0) (1+q)^{t-t_0}$$

Die Profitsteigerung wird aber durch die Raten q und p beeinflusst:

$$P(t) = Y(t_0) (1+q)^{t-t_0} (1+p)^{t-t_0} - W(t_0) (1+q)^{t-t_0} L(t).$$

Daraus ergibt sich, daß bei dieser einfachen Form der produktivitätsorientierten Lohnpolitik die von den Arbeitern produzierte und vom Kapital angeeignete Profitmasse noch schneller steigt als die Zunahme der Geldlöhne. Der Schein also, die Arbeiter könnten sich bei einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik die Produktivitätszunahmen als steigenden Reallohn voll aneignen, erweist sich als falsch. Vielmehr steigen Profit und der kapitalisierte Mehrwert ebenso schnell oder schneller, wenn noch die Preise mit der Rate p steigen. Auf diese Weise verändern sich die Verteilungsquoten des Nettoprodukts zuungunsten der Arbeiter und die Exploitationsrate steigt; ebenso steigt die Profitrate $\pi^* = \frac{a(t)P(t)}{C(t)}$, die Inflationsrate befördert die Akkumulation!

In einer *vierten Version* wird die Lohnzunahme an Preissteigerungen und an Produktivitätszunahmen gebunden. Auf diese Weise können, wie wir zeigen werden, günstigstenfalls die Verteilungsverhältnisse und die Ausbeutungsrate eingefroren werden. Warum dies günstigstenfalls geschehen kann, beruht auf folgenden Zusammenhängen (die übrigens auch für die anderen hier diskutierten Versionen gelten):

Die Messung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (als gewichtete, aggregierte Produktivität der einzelnen Produktionszweige) drückt nicht die Veränderung der Exploitation bzw. des Exploitationsgrades aus, weil die unproduktiven Bereiche wie z.B. Teile des Dienstleistungsbereichs die Rate der Produktivitätsveränderung und damit die Lohnzunahme insgesamt drücken. Darüberhinaus stammt das Einkommen aus unproduktiver Arbeit - die keinen Wert oder Mehrwert produziert - aus einem schon produzierten Neuwert, wenngleich es in der "Gesamtrechnung" als Arbeitseinkommen gilt (Dienstleistungen, Staatsangestellte etc.). Die Expansion des Anteils der unproduktiven Arbeit an der Gesamtarbeitskraft - die eine notwendige Begleiterscheinung der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und der Steigerung des Mehrprodukts im Kapitalismus ist - bringt auf der einen Seite keinen zusätzlichen Neuwert hervor, läßt aber andererseits die Lohnquote ansteigen. Wenn also $Y^*(t) = Y^*(t+1)$, aber $W(t)L(t) < W(t+1)L(t+1)$, dann ergibt sich daraus eine steigende Lohnquote:

$$\frac{W(t+1)L(t+1)}{Y^*(t+1)} > \frac{W(t)L(t)}{Y^*(t)} \quad (\text{da eben } Y(t) = Y(t+1))$$

und der Exploitationsgrad scheint zu sinken, weil die Lohnsumme angestiegen ist (vgl. dazu auch Shaikh 1978).

Die These, daß der Lohnanteil langfristig konstant bleibt oder gar steigt - wie empirische Untersuchungen beweisen wollen - ist eben wegen der mangelnden Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit, die auch in der wissenschaftlichen bürgerlichen Diskussion seit Ende des letzten Jahrhunderts verschwunden ist, äußerst problematisch.

Da aber die unproduktiven Arbeiter aus dem allgemeinen Profit oder aus Steuern auf diesen Profit (St_p) - wie auf den Lohn - bezahlt werden müssen, hat die Expansion des Anteils der unproduktiven Arbeit an der Gesamtbeschäftigung möglicherweise eine sinkende Akkumulationsrate $a(t)P(t)$ zur Folge. (Daß sich deshalb das Kapital wieder bei den Löhnen der produktiven Arbeiter schadlos halten will, versteht sich innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise von selbst!)

Daraus ergibt sich, daß die Lohnquote gleichbleiben oder gar steigen kann bei steigendem Exploitationsgrad der produktiven Lohnarbeiter. Daran ändert auch die Version der produktivitätsorientierten Lohnpolitik nichts; wie sollte auch anders der Widerspruch zwischen den "konstanten Verteilungsverhältnissen" und der gleichzeitigen Akkumulation von Reichtum bei der besitzenden Klasse und der bloßen Reproduktion der Lohnarbeiterklasse erklärt werden als durch die steigende Exploitation der produktiven Lohnarbeiter infolge der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit.

Eine *fünfte Version* der Lohnbegrenzung kehrt den bisherigen Zusammenhang um, indem der Profit nicht mehr als zu steigender Überschuß, sondern der Lohn als Residuum aufgefaßt wird; dies geht einher mit der For-

derung an die Lohnarbeiter, über niedrige Löhne und damit niedrigen Konsum die Akkumulation zu befördern. Diese Version geht von einem bestimmten Profit- und Akkumulationsbedarf aus, um gewisse gegebene oder geplante Wachstumsraten aufrecht zu erhalten. (In einer modifizierten Form wird auch der Finanzbedarf des Staates für die erweiterte Produktion materieller Produktionsvoraussetzungen als Folge der entwickelten Akkumulation des Kapitals in eine solche Berechnung des Lohns miteinbezogen (vgl. dazu Gahlen 1973)). Der Lohn, das Reproduktionsniveau der unmittelbaren Produzenten, wird dabei zu einer Restgröße, die übrig bleibt, wenn das für die Finanzierung des "Einkommenswachstums" notwendige Niveau der Profitmasse und der Akkumulation von dem Nettoprodukt abgezogen ist. Dementsprechend gilt hier:

$$W(t) = Y(t) - P(t) \quad (\text{Der Übersicht halber beziehen wir hier keine Preissteigerungen in die Überlegungen mit ein!})$$

Da die Wachstumsrate des Kapitals (die bestimmt ist durch die Profitrate des produktiven Kapitals) - hier eine Periode betrachtet - auch $(6) \pi^* = \frac{C(t)}{C(t_0)} - 1$ ist und diese gleich der Profitrate

$$\pi^* = \frac{a(t_0)P(t_0)}{C(t_0)}$$

sein muß, ergibt sich durch Umformung nach $P(t_0)$ die für das Kapitalwachstum notwendige Profitmasse:

$$(8) \quad P(t_0) = \frac{C(t) - C(t_0)}{a(t_0)}.$$

$(C(t) - C(t_0))$ entspricht etwa der Investition I , enthält aber auch zusätzliche variable Kapital. Wird ein Einkommenswachstum von q

$$q = \frac{Y(t)}{Y(t_0)} - 1$$

zugrundegelegt und ist der notwendige Kapitalstock pro Einheit von Y :

$$v = \frac{C(t_0)}{Y(t_0)} \quad (\text{Bei Harrod-Domar: } \frac{K}{Y} = v = \text{Kapitalkoeffizient})$$

dann ergibt sich:

$$(9) \quad qY(t_0)v = C(t) - C(t_0) = \text{notwendige Akkumulationsmasse.}$$

$(qY(t_0)v)$ drückt also das "notwendige Investitionsniveau" aus, um die Wachstumsrate des Einkommens von

$$q = \frac{Y(t) - Y(t_0)}{Y(t_0)}$$

zu erreichen. Aus (8) und (9) ergibt sich der Lohn als Residuum:

$$(10) \quad W(t) = Y(t) - \frac{C(t) - C(t_0)}{a} = Y(t) - \frac{qY(t_0)v}{a}.$$

In dieser Version der Lohnbegrenzung wird der Lohn wieder offen als "abhängige Variable" der Kapitalakkumulation definiert; das Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik wird nicht mehr (wie in den anderen Versionen partiell) in der "gerechten" Verteilung oder der Aufrechterhaltung der "Stabilität des Geldwerts" etc. gesehen, sondern in der Reproduktion und Vergrößerung des Kapitals; die Aufrechterhaltung eines "notwendigen" Profits und der Investitionsquote durch Staatseingriffe soll die Akkumulation von Reichtum bei den Eigentümern von Produktionsmitteln (und die bloße Reproduktion der Lohnarbeiter) bewirken. Gerade diese fünfte Version der Einkommenspolitik ist es denn auch, die in indu-

striellen Aufschwungsphasen unter den Kapitalisten und in der staatlichen Wirtschaftspolitik an Popularität gewinnt, wenn ein niedriges Lohnniveau und die "Enthaltung von Konsum" zum Zwecke des nötigen Profits für die Kapitalakkumulation gefordert wird. Denn wenn - wie wir in Kapitel 2 entwickelt haben - die Akkumulationsrate eine Funktion der (erwarteten) Profitrate ist, dann wird diese Version gerade in Krisen- und Stagnationsphasen von Bedeutung sein. Es bleibt allerdings offen (und darauf werden wir noch in Kapitel 6 zurückkommen), ob dann überhaupt noch die staatliche Einkommenspolitik neben der Existenz der industriellen Reservearmee gefragt ist.

Welche Version der Lohnbegrenzung der Staat auch immer anwendet (und angewandt hat), ihre Auswirkungen auf die Profitproduktion und die Kapitalakkumulation sind:

- steigende Profitmasse, steigender oder bestenfalls gleichbleibender Ausbeutungsgrad und steigende Profitrate (bzw. den Fall der Profitrate kompensierende Wirkung) und erneute Akkumulation
- sinkender Reallohnanteil am Nettoprodukt und teilweise sinkender Reallohn auf der Seite der Lohnarbeiterklasse
- insgesamt damit die Stärkung der gesellschaftlichen und politischen Macht der besitzenden Klasse und Schwächung der Lohnarbeiterklasse und ihrer Organisationen.

2. Entwicklungsphasen der Einkommenspolitik in Westeuropa

Die hier dargestellten theoretischen Zusammenhänge und darauf basierenden Versionen der Einkommenspolitik wurden im unterschiedlichen Maße und zeitlich variierend von den einzelnen Regierungen zur Anwendung gebracht. Dennoch können wir - auch mit Bezug auf unsere historische Skizze - generell vier Phasen der Entwicklung der Einkommenspolitik in Westeuropa festmachen.

Eine *erste Phase* fällt zeitlich zusammen mit der ersten Phase der Kapitalakkumulation in Westeuropa (vgl. dazu Redaktionskollektiv Gewerkschaften 1972a; Altvater u.a. 1974b); die Einkommenspolitik war in diesem Zeitraum der Versuch, über eine langfristige indirekte Beeinflussung die Lohnentwicklung an die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation zu binden, die dadurch in ihrem Aufschwung gefördert werden sollte (Version V). Wenn eine solche Politik bei der vorherrschenden relativ hohen Unterbeschäftigung in vielen Ländern keiner Zwangsmittel bedurfte, so war doch in einigen Ländern wie z.B. in den Niederlanden eine derart formulierte staatliche Lohnpolitik Bestandteil staatlicher Entwicklungspläne und wurde auch gegenüber den Tarifpartnern durchgesetzt (in den Niederlanden mit ausdrücklicher Billigung durch die Gewerkschaften, wie überhaupt in dieser Phase viele nationale Gewerkschaftsorganisationen auf eine aktive Lohnpolitik zugunsten des notwendigen Wiederaufbaus verzichteten).

Eine *zweite Phase* der Einkommenspolitik ist die Folge des sich abzeichnenden Ansteigens der Lohnquote bei gleichzeitiger Entwicklung von Konflikten im Reproduk-

tions- und Wachstumsprozeß des Kapitals, die zunächst über eine forcierte Geld- und Fiskalpolitik in vielen dieser Länder vermittelt werden konnten (mit der Folge der Herausbildung inflationärer Prozesse). Vorausgegangen war dem ein Anstieg der Lohnquoten, das Auseinanderbrechen arbeitsgemeinschaftlicher Vorstellungen mit der Entwicklung prosperierender Kapitalakkumulation und eine Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht. Diese neue Phase fällt zeitlich zusammen mit dem Beginn der zweiten Phase der Kapitalakkumulation (Anfang bzw. Mitte der 60er Jahre): In diesem Zeitraum werden in allen westlichen Ländern die staatlichen Lohnbegrenzungen relevant, sei es, daß solche Konzepte in der theoretischen (ökonomischen) Diskussion auftauchen, sei es, daß sie schon jetzt in die Praxis umgesetzt werden. Der Beginn und die Schärfe solcher staatlichen Lohnbegrenzungen waren dabei wesentlich davon bestimmt, wieweit es den einzelnen Ländern noch gelang, über eine besondere Stellung auf dem Weltmarkt die immanenten Konflikte im Akkumulationsprozeß der nationalen Kapitale zu "externalisieren", was sich positiv am Beispiel der Bundesrepublik und negativ am Beispiel Großbritanniens zeigen läßt. Der Anstoß zu diesen Versuchen der Lohnbegrenzung wird durch eine 1961 erscheinende Studie der OECD gegeben (Fellner u.a. . 1961), in der die Einkommenspolitik als Mittel gegen inflationäre Prozesse den Mitgliedsländern anempfohlen wird (vgl. auch Kapitel 5 für die Bundesrepublik). Der ergriffenen Maßnahmen (sie fallen zeitlich mit verschärften Arbeitskämpfen in Italien, Frankreich und Westdeutschland zusammen) sind im wesentlichen die Einrichtung von Lohn- und Preiskontrollkommissionen (bzw. dort, wo sie schon bestehen, wie in den Niederlanden und in Österreich etwa, die Erweiterung ihrer Befugnisse), die über die Erarbeitung von Lohn- und Preisleitlinien Druck auf die (in eini-

gen Ländern nunmehr staatlicherseits zentralisierten) Lohnverhandlungen ausüben sollen. In Ländern, die noch nicht so weit gehen wollen (bzw. müssen), wie etwa in der Bundesrepublik, wo Lohnleitlinien 1963 erst "intern" diskutiert werden (vgl. Schlecht 1968, 12), werden zumindest die Voraussetzungen weitergehender Staatseinflüsse auf den Arbeitslohn in Form einer Intensivierung der staatlichen bzw. staatlich geförderten Gutachtertätigkeit und Entwicklung von Planungsansätzen geschaffen (Einrichtung des Sachverständigenrats in Westdeutschland; Planungsdiskussion in Italien, vgl. dazu Momigliano in: CGIL/CISL 1973, 145ff.). Auch werden Lohnleitlinien in der Weise durchgesetzt, daß über vorgezogene Tarifverhandlungen mit den Arbeitern der Staatsbetriebe bzw. des Öffentlichen Dienstes Daten gesetzt werden, die in den anderen privatwirtschaftlichen Produktionszweigen als Lohnleitlinien dienen sollen. Kennzeichnend für die Lohnleitlinien sind die Bindung der Löhne an die Entwicklung der Produktivität bzw. teilweise auch an den Preisindex (Versionen II-IV); ersteres, weil man meinte, dadurch die inflationären Prozesse bändigen zu können (kostenniveauneutral und nachfragedämmend), letzteres, weil man ansonsten mit dem Widerstand der in dieser Phase erstarkenden Gewerkschaften rechnen mußte.

Eine *dritte Phase* der Einkommenspolitik ist in einigen Ländern (hier ist besonders Großbritannien zu nennen) die Antwort des Staates auf den mangelnden Erfolg der staatlichen Geld- und Fiskalpolitik einerseits und des Scheiterns der staatlichen Versuche einer Lohnpolitik andererseits. Mitte bis Ende der 60er Jahre zeigen stagnative Tendenzen bei gleichzeitigem Preisauftrieb in verschiedenen Ländern die Grenzen der

staatlichen Fiskalpolitik an; der Staat antwortet mit drastischen Mitteln: dem Lohn- und Preisstopp. (Version I). Diese besonders in den USA angewandte Politik wird in Westeuropa in dieser drastischen Form lediglich von Großbritannien praktiziert; in anderen Ländern werden teilweise Preisstopps mit Lohnkontrollen bzw. einer Indexbindung der Löhne an die Produktivitätsentwicklung (Version III) verbunden. In Frankreich werden die Lohn- und Preisleitlinien Bestandteil des Plans 1966-70; in der Bundesrepublik wird in Form der "Konzertierten Aktion" eine lockere Lohn- und Preisplanung versucht. Das Scheitern sowohl der verschärften (wie in Großbritannien) als auch der lockeren (wie in der Bundesrepublik) Versuche der Lohnbegrenzung ist wesentlich auf den Widerstand der Arbeiter und ihrer Organisationen zurückzuführen. Die Maßnahmen sind teils selbst Anlaß zu verschärften Abwehrkämpfen der Arbeiter (auf betrieblicher Ebene) und der Gewerkschaften (auf zentraler Ebene), teils sollen die über die Auseinandersetzungen erreichten Lohnerhöhungen über die staatliche Politik rückgängig gemacht werden. In diesen Kämpfen hat der Druck der Gewerkschaftsbasis, die z.T. über betriebliche Lohnkämpfe hohe Lohnforderungen gegen die Einzelkapitale durchsetzen kann, eine besonders wichtige Funktion: Zunächst "kooperationswillige" Gewerkschaftsführungen sind gezwungen, die staatlichen Lohnbegrenzungen abzulehnen. (Dies gilt besonders für die englischen Gewerkschaften nach dem ersten Lohn- und Preisstopp 1966/67.)

Es sind diese Auseinandersetzungen, die eine *vierte Phase* der Einkommenspolitik (etwa um 1970) einleiten, da das "für den Einsatz lohnpolitischer Maßnahmen erforderliche Mindestmaß an Kooperationsbereitschaft

von Seiten der Gewerkschaften oft nicht zu erhalten war, andererseits aber auch wenig Neigung bestand, zu strengen Lohnkontrollen überzugehen" (Ahnefeld 1972, 22). Zwei Ziele werden angegangen: Einmal soll über die Beeinflussung des Preisniveaus indirekt Druck auf die Lohnverhandlungen ausgeübt werden (partielle Preisstopps für Konsumgüter in Italien und Frankreich); andererseits sollen über die gesetzlichen Einschränkungen der Tarifautonomie Eingriffe in die Arbeitsmarktverfassung und die Zentralisierung der Lohnverhandlungen die Gewerkschaften, insbesondere deren betriebliche Organisationen, in ihrem Spielraum beschränkt oder aber der Druck der Arbeiter auf ihre Organisationen gesetzlicherseits gehemmt werden (vgl. dazu die Maßnahmen in Großbritannien - Industrial Relations Act - oder die in den Niederlanden und in Schweden; auch in Italien ging es in den letzten Jahren wesentlich darum, daß über die Gesetzgebung versucht wurde, die Rechte der betrieblichen Räte zu beschneiden). Zugleich wird versucht, dezentrale (regionale oder betriebliche) Kontrollinstanzen aufzubauen, die den "Wildwuchs" der betrieblichen Lohnvereinbarungen eindämmen sollen (vgl. für Großbritannien Blackaby 1972, 4).

Dabei werden im Zeichen sich verengender Profitmargen und gestiegener Ansprüche des Staats an den Akkumulationsfonds des Kapitals wieder Lohnleitlinien gefordert, die den Akkumulationsfonds des Kapitals und den Konsumtionsfonds des Staats als unabhängige Variablen voraussetzen, der Lohn wird Residuum (wir haben es hier mit einer um die staatlichen Ansprüche erweiterten Version V zu tun, wie sie z.B. in der Bundesrepublik angesichts notwendiger Reformen, die finanziert werden müssen, von Gahlen (1973, 524-534) den Gewerk-

schaften anempfohlen wird). Das Dilemma einer solchen Politik bricht an zwei Stellen auf: Abgesehen von den oben entwickelten Widersprüchen staatlicher Wirtschaftspolitik verschärft der notwendig erhöhte steuerliche Abzug vom Akkumulationsfonds die Verwertungsschwierigkeiten der Kapitale, während langfristig solche staatlichen Investitionen Voraussetzung der weiteren Reproduktion sind. Darüberhinaus erfolgt der Versuch, einen Teil dieser Kosten über den steuerlichen Abzug vom Lohn zu finanzieren, die weiter versuchte Begrenzung des Reallohns und die Beschränkung der gewerkschaftlichen Rechte (die teilweise mit Konzessionen in Fragen der Mitbestimmung und der Vermögensbildung einhergeht) in einer Phase, in der die Gewerkschaftsführungen aufgrund des Drucks ihrer Mitglieder gezwungen sind, die Interessen ihrer Mitglieder gegen den Druck des Kapitals und des Staats entschiedener zu verteidigen. Die Einkommenspolitik stößt an die Schranke *des Widerstands der Arbeiterklasse!*

3. Staatliche Lohnbegrenzung, Klassenkämpfe und Gewerkschaften in Westeuropa

Der Widerstand der Arbeiter und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, gegen die staatliche Lohnbegrenzung (und das damit bewirkte Scheitern dieser Politik zumindest in ihren drastischen Formen) ist in seiner gewachsenen Stärke selbst allgemeines Resultat der Entwicklung des Kapitals in Westeuropa. Wenngleich bestimmte klassenkämpferische Traditionen in ihren verschiedenen nationalen Ausprägungen (z.B. in Italien, Frankreich und Großbritannien, negativ in der Bundesrepublik) bedeutenden Einfluß auf die Form und die Heftigkeit der Kämpfe hatten und die Existenz kommunistischer Parteien in Italien und Frankreich in diesen Län-

dern eine wichtige Bedingung der partiellen Erfolge der Arbeiter darstellten, so sind doch das nahezu gleichzeitige Wiederaufleben klassenkämpferischer Bewegungen und die allgemein in diesen Kämpfen formulierten Ziele nicht allein nationalen Besonderheiten zuzuschreiben.

Denn es sind die allgemein benannten Bereiche gewesen, in denen sich der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital wieder hervortat: Beschränkung der Lohnbewegung durch Staatseingriffe, Intensifikation der Arbeit und Überakkumulationstendenzen des Kapitals und dadurch bewirkte Freisetzung von Arbeit und Unterbeschäftigung. Dies sind auch die allgemeinen Ausgangspunkte der Kämpfe gewesen (vgl. Albers u.a.: 1971):

- als Konflikte um die Realloohnhöhe zwischen Lohnarbeit und Kapital resp. Staat
- als Abwehrkämpfe gegen die Intensifikation der Arbeit
- als Kämpfe gegen Stilllegungen, Entlassungen und Arbeitslosigkeit.

In diesen Prozeß sind die Gewerkschaften als Organisationen der Lohnarbeiter in doppelter Weise einbezogen: Als Mitgliederorganisationen müssen sie die Interessen dieser Mitglieder gegen Kapital und Staat effektiv verteidigen, stehen somit unter "Legitimationszwang" (vgl. dazu Bergmann 1973). Eine solche Vertretung ist dann umso dringlicher, wenn einerseits in der zweiten Phase der westeuropäischen Akkumulation das Kapital nicht mehr über jene "Konzessionsspielräume" verfügt wie in der Phase prosperierender Kapitalakkumulation. Daher ergeben sich nicht mehr - wie im früheren Ausmaß - Er-

folge in der Lohnpolitik quasi naturwüchsig über die Absicherung angestiegener betrieblicher Effektivverdienste, die in solchen Prosperitätsphasen vom Kapital schnell zugestanden wurden. Die Gewerkschaften sind daher als *Organisationen* viel stärker in die Auseinandersetzungen involviert. (Insofern ist auch die in einigen westeuropäischen Ländern erzwungene Zentralisierung der Lohnverhandlungen zum Zwecke der besseren Kontrolle der Lohnentwicklung ein äußerst zweischneidiges Mittel des Staates, da nunmehr auf nationaler Ebene - wie etwa der Dockerstreik in England und die dort freigesetzten politischen Potenzen in der Arbeiterbewegung zeigten - der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital hervortritt.)

Eine effektive Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter durch die Gewerkschaften wird deshalb immer zwingender, als das Kapital versucht, das akkumulierbare Mehrprodukt über die Intensifikation der Arbeit und damit den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft zu erhöhen (vgl. für die Bundesrepublik Redaktionskollektiv Gewerkschaften 1972b,c; für Italien gilt, daß die Einführung einer neuen Arbeitsorganisation und auf dieser Grundlage die Intensifikation der Arbeit im Zeitraum von 1964 bis 1970 das wesentliche Mittel der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und damit der Profitproduktion war). Kämpfen die Arbeiter nicht - wie in Italien - gegen die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen und den erhöhten Verschleiß der Arbeitskraft, so fordern sie doch die gestiegenen Reproduktionskosten der Arbeitskraft im Verlauf der Lohnauseinandersetzungen ein. Dieses Umsetzen der Erfahrung des erhöhten Verschleißes der Arbeitskraft in höhere (Real-)Lohnforderungen trifft aber in eben dieser Phase auf die Versuche staatlicher Lohnbegrenzung. Die staatliche Lohnpolitik (in der beschriebenen vierten

Phase) versucht die gewerkschaftliche Lohnpolitik auf die notwendigen (und in stagnativen Phasen besonders hohen) Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals, die Notwendigkeit eines erhöhten Anteils des Staates am Nettoprodukt und die konjunkturellen Preisstabilisierungsmaßnahmen festzulegen. Dabei wird seitens des Staates versucht, über eine Disziplinierung der Gewerkschaften (über Eingriffe in die Arbeitsmarktverfassung und die Zentralisierung der gewerkschaftlichen Organisationen und der Lohnverhandlungen) die Macht der Gewerkschaften zu brechen; sofern die Gewerkschaften kooperationswillig sind, sollen sie auf die staatliche Stabilitätspolitik verpflichtet werden (wie dies auch in der Bundesrepublik die sozial-liberale Regierung unter Ausnutzung der gewachsenen Bindungen zwischen SPD und Gewerkschaften versucht). Die Politik der Gewerkschaften steht so zwischen den berechtigten Reproduktionsbedürfnissen der Arbeiter und - teils vermittelt über den Staat - den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals, und diese beiden Pole können nicht mehr in der bequemen Weise miteinander vermittelt werden, wie dies in Phasen prosperierender Kapitalakkumulation der Fall war.

Die offensichtlichen Grenzen der keynesianischen Staatseingriffe im ökonomischen Zyklus, die sich (ab 1972/73) allgemein in der Unvereinbarkeit von Vollbeschäftigungspolitik und Inflation äußerlich zeigen und der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Hinnahme einschneidender Lohnsenkungen sind denn auch in dieser Phase des allgemeinen zyklischen Abschwungs auf dem Weltmarkt bei anhaltender Inflation Anlaß für ein "Umdenken" in der Wirtschaftspolitik: die Neoklassik im modernen Gewande des "Monetarismus" wird wieder in der wissen-

schaftlichen wie auch wirtschaftspolitischen Diskussion dominant. In einer Phase nämlich, in der gleichermaßen die staatliche Geld- und Fiskalpolitik und die staatlichen Versuche der Lohnbegrenzung an die oben aufgezeigten Schranken stoßen, die nur - soll die Vollbeschäftigung gesichert bleiben - durch einschneidende Maßnahmen (dirigistischer oder aber terroristischer Art) überwunden werden können, empfehlen Ökonomen wie Politiker wieder die Hinnahme einer "natürliche(n) Rate der Arbeitslosigkeit" ("natural rate of unemployment", so Friedmann) als einzigen Ausweg aus dem Dilemma an. Damit treten nicht nur die finanziellen Regulierungsversuche gegenüber dem ökonomischen Zyklus (die Eingriffsform des "Geldes") innerhalb der staatlichen Wirtschaftspolitik zurück; auch die rechtlich fixierten spezifischen Bedingungen der Ware Arbeitskraft in ihrer Konkurrenz mit dem Kapital (in Form der Einkommenspolitik) können nun eliminiert werden; die *ökonomische* Regulierung dieser Konkurrenzbedingungen wird wieder offen in ihr Recht gesetzt. Für die Bundesrepublik werden wir nun im folgenden Kapitel diesen Formwechsel der Wirtschaftspolitik näher untersuchen.

5.8. Zusammenfassung

Die veränderten Bedingungen der Kapitalakkumulation in den 60er Jahren führten zu einer veränderten Rolle des Staates bzw. der staatlichen Wirtschaftspolitik. Einerseits wird der Spielraum für ungeplante *Staatsausgaben* und die Aufblähung des konsumptiven Anteils an den Staatsausgaben geringer, wodurch Quellen *inflationärer* Prozesse freigesetzt werden. Auf der anderen Seite führt die beschleunigte Kapitalakkumulation zu einer Stärkung der Macht der Arbeiter in den *Lohnver-*

handlungen. Über das von der Großen Koalition eingesetzte Stabilitätsgesetz sollen wichtige Nachfragegrößen so beeinflusst werden, daß der Preismechanismus wieder funktionsfähig wird, d.h. die Geldwertstabilität wiederhergestellt wird. Dadurch soll zugleich die Voraussetzung für eine Kooperation von Staat, Gewerkschaften und Unternehmern im Rahmen einer "Konzertierten Aktion" geschaffen werden. Mit der *Krise 1966/67* wird das Stabilitätsgesetz zum Ausgangspunkt staatlichen "Krisenmanagements" im Zyklus.

Dem Entwurf einer "Formierten Gesellschaft", daß die Interessen der Gruppen (besonders der "nur konsumierenden" Gruppen) im Kampf um die Verteilung des Sozialprodukts an die Interessen der Wirtschaft *binden* wollte (deren Leistungskraft gestärkt werden sollte), setzt die SPD im Konzept der "Mündigen Gesellschaft" ein *alternatives* Konzept entgegen, das auf der *makroökonomischen Steuerung* der wichtigen Nachfragegrößen durch den Staat und dem *rationalen Diskurs* zwischen den betroffenen Gruppen (besonders den Tarifpartnern) in der "Konzertierten Aktion" beruht. Bei genauerer Betrachtung erweist sich diese Alternative als scheinbar, weil eben die *Datenbasis* des rationalen Diskurses schon durch die *autonome Bewegung des Kapitals* vorausgesetzt wird (die Einbindung also über die Einsicht in die Notwendigkeiten sich vollzieht), während die makroökonomische Fähigkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Kapitalbewegung zu regulieren, aufgrund der autonomen Bewegung des Kapitals (die "autonome Mikroebene") sehr begrenzt ist. Die immanenten Grenzen des Keynesianismus, der nur an den äußeren Formen der Kapitalreproduktion anknüpft und der prinzipiell durch die Abhängigkeit der Staatseinnahmen von der Reproduktion des Kapitals eingeschränkt ist, erhöhen den

Stellenwert der durch die "Konzertierte Aktion" durchzusetzenden *Einkommenspolitik* des Staates, die zum Angelpunkt der antizyklischen Regulierungstätigkeit des Staates wird. Der finanziellen Regulierung des Zyklus soll "flankierend" eine freiwillige Beschränkung der Lohnarbeit in ihrer Konkurrenz mit dem Kapital zur Seite gestellt werden.

6. Kapitel: Vom Keynesianismus zum Monetarismus -
Staatliche Wirtschaftspolitik in der
Bundesrepublik nach dem Stabilitätsgesetz

6.1. Von der großen zur sozialliberalen Koalition:
Keynesianische Globalsteuerung und Inflation

Das Mitte der 60er Jahre eingeführte neue Instrumentarium der Wirtschaftspolitik kann - wie oben gezeigt - als Folge neuerer Probleme im Akkumulationsprozeß des Kapitals in der Bundesrepublik gelten (wir hatten dies mit dem Begriff "Kapitalüberfluß" bezeichnet). Zugleich zeigt aber auch die politische Durchsetzung des Keynesianismus in der Bundesrepublik eine gewisse Kräfteverschiebung im Verhältnis Lohnarbeit - Kapital an, insofern sie ein Mehr an staatlicher Lenkung des Wirtschaftsprozesses zugunsten des (auch im Stabilitätsgesetz) propagierten Vollbeschäftigungsziels einschloß. Beides kulminiert in der Krise 1966/67 und der durch sie ausgelösten politischen Krise der Regierung Erhard, die zu deren Ablösung und Ersetzung durch die Große Koalition führte. Die Große Koalition ist allerdings nicht nur aus den Notwendigkeiten einer breiten Regierungsbasis angesichts der ökonomischen Krise und einer notwendigen Integration der Arbeiterschaft in eine Krisenpolitik zu erklären (wenngleich die Durchsetzung der makroökonomischen Globalsteuerung einschließlich der angesichts von Stabilitätsgesetz und dem Vorhaben der Notstandsgesetzgebung notwendig werdenden Verfassungsänderungen die Substanz der Gemeinsamkeit zwischen Sozialdemokratie und Christdemokraten ausmachte).

Zwei wichtige Voraussetzungen dafür waren:

- (1) Die Annäherung der Sozialdemokratie an die bürgerlichen Parteien durch ihre angestrebte Wandlung hin zur Volkspartei, die programmatisch im "Godesberger Programm" ihren Ausdruck fand.
- (2) Der Zerfall des "Bürgerblocks", der gemeinsamen Front der bürgerlichen Parteien (CDU/CSU, FDP, BHE, DP usw.), die die Regierung unter Adenauer stützten.

Während die Annäherung der Sozialdemokratie an die bürgerlichen Parteien und ihre Umwandlung zur "linken Volkspartei" nicht zuletzt als Ausdruck des sich in der Prosperität und den durch sie ermöglichten permanenten Reallohnsteigerungen entwickelten Basiskonsens (bzw. des Interklassenkonsens, vgl. Schmollinger/Stöss 1977) zu werten ist, begünstigte der ökonomische Aufschwung zugleich den Zerfall der Interessengemeinschaft des Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie. Nicht nur traten zwischen Parteien des Bürgerblocks jetzt die Gegensätze schärfer hervor; auch in der die verschiedenen Fraktionen des Bürgertums vereinigenden und zusätzlich noch große Teile gerade der katholischen Arbeiterschaft umfassenden Partei, der CDU/CSU, wurden die Unterschiede z.B. zwischen Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsrat und Sozialausschüssen deutlicher. Im gleichen Maße, in dem der gemeinsame Gegensatz zum sozialdemokratischen Gegner an Konturen verlor, gewannen die innerparteilichen und zwischenparteilichen Interessendifferenzen der die Fraktionen der Partei und die verschiedenen Parteien tragenden Schichten des Bürgertums an Bedeutung und Kontur. Auch drückte sich die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitals auf Basis der beschleunigten Kapitalakkumulation in regionalen Unterschieden aus, die sich nun auch stärker in innerparteilichen regionalen Differenzen niederschlugen bzw. solche beförderten und die jetzt nicht mehr überdeckt werden konnten.

Die Große Koalition war so einerseits Ausdruck des in der Prosperitätsphase entwickelten Basiskonsenses in der Gesellschaft und andererseits der Versuch des in sich zunehmend zerfallenden Bürgertums, die politische Repräsentanz großer Teile der Arbeiterschaft (vgl. Schmollinger/Stöss 1977) in die Regierungsgeschäfte zu integrieren. Gerade darin war die Große Koalition auch Ausdruck der objektiv angewachsenen Macht der Arbeiterklasse (eine schwache Arbeiterbewegung hätte kaum integriert werden müssen); diese Kräfteverschiebung zwischen den Klassen war allerdings Resultat der günstigen Stellung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt und in den Lohnverhandlungen, sie drückte sich nicht unmittelbar im politischen Kräfteverhältnis aus.

Die von der Großen Koalition eingeführte Globalsteuerung mußte von der Arbeiterbewegung bzw. den Gewerkschaften solange als ein Erfolg angesehen werden, solange durch sie in der Tat die Arbeitsplatzsicherheit garantiert werden konnte - auch um den Preis der Integration in die Globalsteuerung und des Einfrierens des Verteilungskonfliktes. Die Konzertierte Aktion kann daher zur Zeit ihrer Entstehung nicht nur kritisch als Integration der Gewerkschaften in das bürgerliche Herrschaftssystem abgetan werden, sondern muß im Zusammenhang mit dem faktisch bestehenden breiten (wenn auch brüchigen) Konsens zwischen Arbeiterschaft, Gewerkschaften und Kapital gesehen werden, der die Überwindung der Krise zum Ziel hatte - zumal die Krise i.d.R. als Ergebnis einer falschen Politik begriffen wurde. Nur so ist zu erklären, daß sich der Widerstand gegen den Eintritt in die Konzertierte Aktion zunächst auf wenige linke Mitglieder des Funktionärskörpers (bes. in der IG Metall) beschränkte.

Der Erfolg der Globalsteuerung 1968 schien auch die gewerkschaftliche Politik zu rechtfertigen, vorerst durch Hinnahme einer Umverteilung zugunsten der Gewinne im Aufschwung die Investitionen und damit die Vollbeschäftigung zu sichern. Die spektakulär aufgemachten Eventualhaushalte der Regierung, die Politik des "leichten Geldes" der Bundesbank und die Erfolge der Konzertierten Aktion bestärkten in der Öffentlichkeit die Auffassung, daß der schnelle Aufschwung nach 1967 wesentlich durch Globalsteuerung und Konzertierte Aktion bewirkt worden sei. Dieser Erfolg schien auch den Gewerkschaften Recht zu geben, die ja in der Globalsteuerung wesentlichen Forderungen des 63er Grundsatzprogramms verwirklicht sahen (wenn auch mit der "bitteren Pille" der Konzertierten Aktion). Der Erfolg der Globalsteuerung verfestigte aber auch bei Teilen der Arbeiterschaft Ansprüche gegenüber der staatlichen Wirtschaftspolitik: Denn wenn die kapitalistische Entwicklung steuerbar ist, dann muß auch die Vollbeschäftigung garantiert werden können. Umgekehrt: Jede Arbeitslosigkeit wäre dann aufgrund falscher Politik "gemacht" bzw. bewußt angezielt. (1)

Der scheinbar durch die Globalsteuerung bewirkte schnelle Aufschwung und der Boom zersetzen sehr schnell den in der Krise hergestellten und in der Konzertierten Aktion institutionalisierten sozialen Konsens: Die durch

-
- (1) Die These, daß sich durch die praktizierte Globalsteuerung veränderte Ansprüche der Arbeiter gegenüber dem Staat entwickelt hätten und die Arbeiter sowohl Vollbeschäftigung wie auch Verteilungsgerechtigkeit vom Staat einklagen würden, ist umstritten. J. Bergmann führt auf dieses veränderte Anspruchsniveau die Septemberstreiks 1969 zurück, in denen das Versprechen nach sozialer Symmetrie eingefordert wurde (Vgl. Bergmann 1972, 171ff.; vgl. auch Kapitel 8).

Lohnzurückhaltung, Arbeitsintensivierung und Produktivitätsfortschritt bedingte Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinnen und die faktisch geminderte Reproduktion der Arbeitskraft wird von den Arbeitern ab 1969 nicht länger widerspruchslos hingenommen. Während die Gewerkschaften in ihrer Tarifpolitik durch langfristige Tarifverträge noch gebunden sind, erzwingen Arbeiter in spontanen Streiks im September 1969 Realloohnerhöhungen; in den Tarifrunden 1970 bis 1972 können die Gewerkschaften dann z.T. sehr hohe Lohnsteigerungen (die höchsten in der Geschichte der Bundesrepublik) durchsetzen.

In den spontanen Streiks ("Septemberstreiks") spielten nicht nur die als ungerecht empfundenen Verteilungsverhältnisse eine Rolle (Ausbleiben der von Schiller versprochenen "Sozialen Symmetrie"), sondern auch die Tatsache, daß der Aufschwung über die Intensivierung der Arbeit den Verschleiß der Arbeitskraft stark erhöhte hatte (vgl. Kapitel 8). Die Arbeitsintensivierung konnte auf Basis der nach der Krise neu eingeführten Technologie von den Kapitalisten durchgesetzt werden und diese Problematik wird später auch von den Gewerkschaften aufgenommen werden (Diskussion um die "Humanisierung der Arbeit", Lohnrahmentarifvertrag in Nord-Baden/Nordwürttemberg). (1)

Die Basis für den schnellen Erfolg der spontanen Streiks und die daran anschließenden Erfolge der Gewerkschaften in den Tarifrunden 1970-72 wurde durch die Vollbeschäftigung gelegt: Jedes Brachliegen von

-
- (1) Diese Erfolge der Gewerkschaften im Kampf gegen die Arbeitsintensivierung werden allerdings in der Krise 74/75 wieder von den Kapitalisten unter Ausnutzung des verstärkten Konkurrenzkampfes der Arbeiter untereinander zurückgenommen.

produktivem Kapital hätte in dieser Zeit prosperierender Kapitalakkumulation und nicht zuletzt angesichts der Nachfrage auf dem Weltmarkt große Verluste an Profiten mit sich gebracht; die Kapitalisten ließen sich daher schnell auf Verhandlungen mit den Streikenden ein (auch wenn diese arbeitsrechtlich "ungesetzlich" gehandelt hatten (1)) und gaben auch in den Tarifrunden den Forderungen der Gewerkschaften nach.

Im Boom bis 1970 entwickeln sich die Preise in der Bundesrepublik schnell nach oben; dieser Preisanstieg (vgl. Tabelle 4 in Kapitel 3), der auf die "Überbeanspruchung des Produktionspotentials" zurückgeführt wird, wird von der (inzwischen sozial-liberalen) Wirtschaftspolitik zum Anlaß genommen, über eine Drosselung der staatlichen Nachfragekomponenten und eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik die "Übernachfrage" abzubauen (Konjunkturzuschlag, Haushaltskürzungen, Diskontsatzserhöhung). Auch 1971 wird dieser restriktive Kurs weiterverfolgt (Stabilisierungsprogramm im Mai 1971; Freigabe der Wechselkurse); die Wirkungen dieser Programme bleiben aber aus: Die öffentlichen Haushalte

-
- (1) So stellt der Arbeitsrechtler B. Rütters fest: "Es ist interessant, daß die These von der Unrechtmäßigkeit der sogenannten 'wilden' Streiks in den letzten Wochen nur von einigen Politikern betont worden ist. Die Arbeitgeber haben die für sie theoretisch günstige Rechtsfrage geflissentlich übergangen. Von Kündigungen oder Schadenersatzforderungen gegenüber den streikenden Arbeitern war bisher nicht die Rede." (Rütters in: Die Zeit vom 26.9. 1969, wiederabgedruckt in Schmidt 1971, 329ff.) Auf die "für sie günstige Rechtslage" werden sich die Arbeitgeber erst anläßlich der "wilden" Streiks 1973 besinnen - unter veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen.

bleiben "gegen die erklärte Absicht der Finanzpolitik" (SVR) weiter "expansiv" , und auch als 1972 der "große" Abschwung nicht in diesem erwarteten Maße eintraf, weiteten die öffentlichen Haushalte trotzdem ihre Ausgaben in einem Maße aus, das noch den Umfang der für eine scharfe Rezession geplanten zusätzlichen Ausgaben überstieg. Diese kontinuierliche Expansion der Staatsausgaben wird auch in den Wachstumsraten der Staatsnachfrage (Schaubild 1) deutlich.

Der Mißerfolg der beabsichtigten antizyklischen Fiskalpolitik (jetzt als Restriktionspolitik) kann zu diesem Zeitpunkt auf zwei Ursachen zurückgeführt werden:

- (1) auf die *föderale Struktur* des politischen Systems in der Bundesrepublik, die es trotz Finanzreform ermöglichte, daß Gemeinden und Ländern in ihren Haushalten die beabsichtigten kontraktiven Wirkungen des Bundeshaushaltes überkompensierten.
- (2) Damit zusammenhängend zeigte sich in diesem Zeitraum sehr deutlich, daß die *Staatsausgaben eben nicht nur eine Funktion der anti-zyklischen Fiskalpolitik sein können*, wie gerade von Keynesianern unterstellt. Denn durch Krise und versuchte Restriktionspolitik ab 1969 hatte sich ein "öffentlicher Bedarf" angestaut, der sich in den Haushalten 1972 voll auswirkte. Infrastrukturmaßnahmen (die auch und gerade notwendig werden durch die beschleunigte Kapitalakkumulation; vgl. Semmler 1977a) können eben nicht einfach aufgeschoben werden, ohne daß dies Rückwirkungen auf die Reproduktion von Kapital und Arbeitskraft hätte.
- (3) Hinzu kommt allerdings in diesem Zeitraum noch ein weiterer (sozusagen weniger von der ökonomischen denn von der politischen Konjunktur abhängiger)

Grund: Die 1969 angetretene sozial-liberale Koalition setzte in den ersten Regierungsjahren Programme für eine Verbesserung der Lage der lohnabhängigen Bevölkerung und lange zurückgehaltene Infrastrukturmaßnahmen durch, die unter dem Stichwort "Innere Reformen" propagiert wurden. Diese Reformen (Vermögensbildung, Berufsausbildung, Hochschule, Mitbestimmung etc.) kosteten aber Geld und diese Ausgaben waren nicht - da Termine von Wahlen eben nicht einfach dem ökonomischen Zyklus angepaßt werden können - nach antizyklischen Gesichtspunkten zu manipulieren. Auch diese Ausgaben unterliefen daher die antizyklische Wirkung der Fiskalpolitik.

Die Grenzen der Globalsteuerung scheinen zu diesem Zeitpunkt daher weniger in der Reproduktionsstruktur des Kapitals zu liegen, als in Schranken im politischen System begründet zu sein. Zugleich ermöglicht die expansive Politik die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auch im "leichten" Abschwung, damit relativ hohe Reallohnzunahmen in den Tarifrunden 1972. Der Zusammenhang von staatlicher Nachfragepolitik, Vollbeschäftigung mit Realloohnerhöhungen und zugleich schon sinkender Profitabilität des Kapitals (vgl. Kapitel 3) drückt sich aber auch in weiter ansteigenden *Inflationsraten* aus. In diesen Inflationsraten, die dann im erneuten Aufschwung 1973 bisher in der Bundesrepublik ungekannte Steigerungsraten aufwiesen, traten die Grenzen des Keynesianismus deutlich hervor, da ja die Inflation äußerlich die Profitabilitätskrise des Kapitals und deren Verschiebung u.a. durch die staatliche Nachfragepolitik sichtbar macht. Während im Aufschwung 1972/73 die Kapitalisten kaum noch Neuanlagen von Kapital tätigen, steigen insbesondere die Erzeugerpreise industrieller Produkte stark an: Die *Inflation* wird zum zentralen

Problem der Wirtschaftspolitik. Damit kommt die Globalsteuerung in ein Dilemma: Während nämlich in der Phase des bereits beginnenden Abschwungs Mitte 1973 eigentlich staatliche Nachfrage die stagnierende Nachfrage im privaten Sektor hätte stimulieren müssen (um ein Abrutschen in die Krise zu vermeiden), muß gerade jetzt umgekehrt die Inflation durch eine Drosselung auch der staatlichen Nachfrage bekämpft werden.

6.2. Der Umschwung: Monetarismus und Restriktionspolitik

6.2.1. Die Kritik in der ökonomischen Theorie

Der 1973 eingeleitete Umschwung in den Inhalten der staatlichen Wirtschaftspolitik, die Ablösung der keynesianischen Vollbeschäftigungspolitik durch eine restriktive Anti-Inflationspolitik, kam (theoriegeschichtlich und von der Entwicklung im ökonomischen Zyklus her gesehen) nicht von ungefähr: Bereits seit 1971 vertrat der Sachverständigenrat die These von einer Anspruchsinflation, durch die die private Investitionstätigkeit behindert würde: Staat und Gewerkschaften stellten zu hohe Ansprüche an das Sozialprodukt, die Unternehmer ihrerseits konterten mit Preiserhöhungen. Die hier vom Sachverständigenrat vorgetragene Theorie vom "Inflationären Verteilungskonflikt", die die Ursachen der Inflation in den Gruppenansprüchen an das Sozialprodukt sieht, kann sich nicht nur auf (in der Boomphase des industriellen Zyklus) reale Verschiebungen des Kräfteverhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten der Lohnarbeit stützen (Vollbeschäftigungsphase), sondern geht auch einher mit der in dieser Phase neubelebten Kritik des Keynesianismus durch den sogenannten Monetarismus, einer moderneren Variante der Neoklassik. (Wenn im folgenden

von einer monetaristischen Wirtschaftspolitik zu reden sein wird, so soll allerdings schon jetzt einschränkend vermerkt sein, daß die Neoklassik - also letztlich auch der Monetarismus - keine Theorie der Wirtschaftspolitik i.e.S. formulieren kann (vgl. dazu Riese 1975, 106ff.); ihr theoretisches Paradigma kann allerdings zur Begründung der *Ablehnung* einer antizyklischen Globalsteuerung dienen.)

Die Durchsetzung des Monetarismus in der theoretischen Diskussion und seine praktische "Anwendung" in der Wirtschaftspolitik ist wesentlich auf das sich in den 70er Jahren entwickelnde Dilemma der (keynesianisch orientierten) staatlichen Wirtschaftspolitik zurückzuführen, Vollbeschäftigung und Preisstabilität nicht gleichzeitig verwirklichen zu können. Als es sich zeigte, daß weder das eine noch das andere durch die Globalsteuerung gesichert werden konnte, gewann die monetaristische Analyse in der politischen Diskussion an Boden: Für sie war die "Stagflation" die Bestätigung ihrer These, daß es den sogenannten trade-off der Keynesianer nur vorübergehend gibt (d.h. daß nur kurzfristig über die Inflation die Vollbeschäftigung zu sichern sei), daß aber mittelfristig trotz Inflation (oder gerade wegen der Inflation) Vollbeschäftigung nicht erreichbar sei.

Hinter den monetaristischen Thesen steht die Vorstellung von *einem in sich stabilen privaten Sektor der Produktion* (vgl. auch Kapitel 2), der gegenüber äußeren Einflüssen sogar noch die wichtige Funktion einer "Schockabsorption" erfüllt, also exogene Einflüsse (z.B. die "antizyklische" Wirtschaftspolitik des Staates, die Lohnpolitik der Gewerkschaften etc.)

abfängt und sich in Krisen re-stabilisiert. (1) Dementsprechend sind Krisen Resultate falscher Politik bzw. überhaupt exogenen Faktoren geschuldet, nicht aber dem privaten Sektor der kapitalistischen Produktion immanent. Zentrales Mittel der Wirtschaftspolitik ist für den Monetarismus nicht die *Fiskalpolitik* (auch wenn deren Bedeutung gesehen wird, vgl. Friedmann 1970, 24), sondern die *Geldpolitik*. Diese soll aber gerade nicht (wie bei den Keynesianern die Fiskalpolitik) als Mittel kurzfristig antizyklischer Regulierung eingesetzt werden. Vielmehr soll durch eine kontinuierliche und der Ausweitung des Produktionspotentials in etwa entsprechende Ausweitung der Geldmenge ein kontinuierliches Wachstum der Produktion ohne Inflation ermöglicht werden. Entsprechend soll die "antizyklische" Fiskalpolitik, die durch ihr "diskretionäres" Eingreifen in den privaten Sektor erst die Zyklen verursache, durch eine stetige, mittelfristig orientierte Ausgabenpolitik im Rahmen der allgemeinen Aufgaben des Staates ersetzt werden.

Umgekehrt wird aus der Vollbeschäftigungspolitik des Staates der Zwang zu einer ständig expansiven Geldpolitik abgeleitet, denn: "Die Aufrechterhaltung eines Nutzungsgrades der Ressourcen oberhalb des längerfristigen Gleichgewichtsniveaus, das im wesentlichen von

(1) Gute Übersichten über die unterschiedlichen Ansätze zur Wirtschaftspolitik von Keynesianismus und Monetarismus geben Siebke/Willms 1974 und Kalmbach 1973. Dabei ist für unsere Darstellung besonders die unterschiedliche Interpretation des "Transmissionsmechanismus" vom Geldsektor zum realen Sektor wichtig, auf den wir hier nicht näher kritisch eingehen können. Vgl. Siebke/Wilms 1974, 33.

nicht monetären Kosten- und Ertragsgrößen bestimmt wird, macht eine *fortgesetzte* und *ununterbrochene* Akzeleration der Geldmenge und folglich einen *fortgesetzten Anstieg* der tatsächlichen Inflationsrate notwendig." (Brunner, zit. bei Reiche 1976, 97)

Aus der trivialen Einsicht heraus, daß zwischen "Preissteigerungen und Expansion der Geldmenge (Geldbasis) ein notwendiger Zusammenhang besteht, der auch als solcher empirisch erscheint" (Reiche 1974, 100), wird die Notwendigkeit einer Geldpolitik gefolgert, die keinen Raum mehr für inflationäre Prozesse bieten soll, aber mit einer Rate der Arbeitslosigkeit rechnet, die zwar quantitativ nicht bestimmt wird (und auch für die Monetaristen nicht bestimmbar ist), wohl aber als "natürliche Rate der Arbeitslosigkeit" gelten soll. Diese Arbeitslosigkeit entsteht dann nicht aus den immanenten Instabilitäten des Systems, sondern ist "freiwillige Arbeitslosigkeit", die aus "Suchprozessen" bzw. zu hohen Lohnforderungen der Arbeiter (welche nicht dem "Gleichgewichtspreis der Arbeit" entsprechen) erklärt wird. (1)

Die *wirtschaftspolitische Strategie* der Monetaristen reduziert sich auf eine Geldpolitik, die inflationäre Prozesse durch die Kontrolle der Geldmenge mittelfristig eindämmen soll. Darüber soll erreicht werden, daß sich

(1) An diesem Problem differieren übrigens Neo-Klassik und Monetarismus. Während die Neo-Klassik Arbeitslosigkeit im System vollständig flexibler Löhne und Preise aus zu hohen Lohnniveaus erklärt, führen Monetaristen Arbeitslosigkeit und unausgenutzte Ressourcen auf ein "vermögensmaximierendes Verhalten von Arbeitern und Kapitalisten zurück. Indem der Arbeiter seine Arbeit nur zu einem bestimmten Lohnsatz verkaufen will (andernfalls aber lieber ohne Arbeit bleibt), "spekuliert" er mit dem Vermögen seiner Arbeitskraft. Vgl. dazu auch kritisch Schlüter 1977, 94f.

die private Produktion wieder in ein dynamisches Gleichgewicht einpendelt. Strukturelle Defizite der Produktion, die durch die Niveausteuerung keynesianischer Fiskalpolitik lediglich festgeschrieben werden und ein Hindernis für ein gleichgewichtiges Wachstum der privaten Produktion darstellen, sollen nicht mehr verschleiert, sondern durch eine restriktive Geldpolitik und eine verstetigte Finanzpolitik offengelegt werden; auf diese Weise sollen *Anpassungsprozesse* erzwungen werden. Indem sich so der Monetarismus auf die Forderung nach einer mittelfristig stabilen, an die Entwicklung des Produktionspotentials im privaten Sektor angepasste Geldmengensteuerung beschränkt und weitergehende antizyklische staatliche Eingriffe mittels der Fiskalpolitik möglichst vermieden sehen möchte (von sogenannten-z.B. steuerpolitischen-Regelmechanismen abgesehen), *setzt er letztlich die Funktionen der kapitalistischen Krise wieder offen in ihre Rechte ein* - auch wenn gerade der Monetarismus keinen Begriff von der kapitalistischen Krise entwickeln kann (vgl. auch Reiche 1974, 101). Denn der Kern monetaristischer Krisenpolitik ist die These von der "natürlichen Rate der Arbeitslosigkeit", die für ihn nicht empirisch bestimmbar ist: Jede bestehende Rate der Arbeitslosigkeit kann daher als "natürliche" und so als notwendig unterstellt werden: "Dadurch wird die These von der natürlichen Arbeitslosigkeit beliebig manipulierbar und so funktional für die ideologische Offensive des Kapitals und der Wirtschaftspolitik" (Reiche 1974, 100). Über die *industrielle Reservearmee* soll von der Lohnseite her eine Bereinigung der Disproportionalitäten und ein Neubeginn der Kapitalakkumulation erreicht werden. (1)

(1) Wir können hier nicht im einzelnen eine Kritik an diesen Vorstellungen ausführen. Doch selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die fortgeschrittenen Versionen (wie sie bei Siebke/Willms vorgestellt werden) nicht mehr anhand der Kritik der Quantitäts- (Fortsetzung nächste Seite)

Auf einer allgemeineren analytischen Ebene kann der wirtschaftspolitische Formwandel zum "Monetarismus" hin auch als Bedeutungsverlust der staatlichen Eingriffsform "Geld" zugunsten der Rechtsform begriffen werden. Eine solche Charakterisierung mag zunächst angesichts der Bedeutung, die bei den Monetaristen der "Geldpolitik" zukommt, erstaunen. Aber die Bundesbank als wichtigster (politischer) Akteur in der Geldpolitik wird bei den Monetaristen nicht mehr als Zuträger bzw. Instrument der staatlichen Globalsteuerung bestimmt: Die geforderte Autonomie der Zentralbank (in der Bundesrepublik gesetzlich ohnehin abgesichert) und deren Aufgabenzuweisung, das Wachstum der Geldmenge zu ver-
stetigen bzw. am Wachstum des Produktionspotentials zu orientieren, begreifen die Zentralbank als unmittelbaren Teil des Reproduktionsprozesses des Kapitals und somit als *außerhalb* der staatlichen Wirtschaftspolitik stehend. Zugleich soll der Staat nicht mehr ("schockauslösend") mittels *finanzieller* Maßnahmen antizyklisch wirksam werden, sondern relativ aus dem ökonomischen Prozeß heraustreten und sich wesentlich auf die *rechtliche* Fixierung allgemeiner Konkurrenzbedingungen beschränken. Dem entspricht denn auch, daß die rechtliche bzw. korporativistische Setzung *spezifischer* Konkurrenzbedingungen gegenüber der Lohnarbeit in der Einkommens-

Fortsetzung:

gleichung zu messen sind, so sind doch auch deren Grundannahmen (z.B. vom in sich stabilen privaten Sektor, der Dominanz monetärer Impulse) gesetzte Hypothesen, die letztlich nicht belegt werden können. Soweit z.B. statistische Belege für den Zusammenhang von Geldmengenwachstums und Wirtschaftsentwicklung erbracht werden, wird anhand dieser Daten lediglich der (unbestrittene) Zusammenhang des monetären und des realen Sektors belegt, keineswegs aber die Dominanz des einen. Vgl. zu einer ausführlichen Zusammenfassung der Kritik Schlüter 1977, zur Kritik der empirischen Hypothesen Simmert 1974.

politik in der neoklassischen bzw. monetaristischen Diskussion abgelehnt wird (vgl. als Übersicht Hoppmann 1971), es sei denn, das gewerkschaftliche "Monopol" kann nicht ökonomisch gebrochen werden.

6.2.2. Restriktionspolitik gegen die Inflation

Die monetaristische Kritik an der Vollbeschäftigungspolitik wird zunächst vom *Sachverständigenrat* in seinen Gutachten formuliert. Bereits im Jahresgutachten 1969 geht er von dem "stabilen privaten Sektor" in seiner Analyse aus und schon im Jahresgutachten 1970 wird eine "potentialorientierte Kreditpolitik" gefordert (JG 1970, 100), über die der monetäre Spielraum der inflationären Entwicklung eingeschränkt werden soll; zugleich wird die Freigabe der (bis 1973 fixen) Wechselkurse verlangt, um die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken im Ausland und damit das Unterlaufen jeder Kreditpolitik zu unterbinden. 1972 plädiert der Rat schon offen für eine "Verselbständigung" des Ziels der Geldwertstabilität gegenüber den anderen Zielen des "magischen Vierecks" und setzt auf die Geldpolitik der Bundesbank, da dem Staat "pluralistisch bestimmtes Anpassungsverhalten" bescheinigt wird und da weder von den "autonomen Gruppen" (Tarifpartnern) noch von der Seite der staatlichen Fiskalpolitik her ein Beitrag zur Stabilisierung zu erwarten sei. (1) Für den Sachverständigenrat heißt daher die

-
- (1) "In jedem Falle wäre weder ein Stabilitätspakt noch ein Lohn- und Preisstopp eine Dauerlösung der Fragen, die ein unter permanenten inflatorischen Begleiterscheinungen ausgetragener Kampf gegensätzlicher Interessen aufwirft, insbesondere der ohnmächtige Kampf gegen eine als ungerecht empfundene (!) Einkommensverteilung sowie das pluralistisch bestimmte Anpassungsverhalten des Staates. Dieser (Fortsetzung nächste Seite)

Alternative zum Lohn- und Preisstopp die *wirksame autonome Kontrolle der Geldversorgung durch die unabhängige Notenbank*; durch eine restriktive Geldpolitik soll nach den Vorstellungen des Rates dem inflationären Verteilungskonflikt zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staat ("inflationäres Gerangel" - JG 1972, 119) die monetäre Basis entzogen und auf mittlere Frist die Inflation eingedämmt werden. Die Aufwertung der Geldpolitik gegenüber der Fiskalpolitik wird dabei nicht zuletzt mit der Unabhängigkeit der Notenbank begründet, während die anderen Gruppen jeweils nur ihre eigenen Ziele verfolgten; auch die staatliche Wirtschaftspolitik habe sich "die Aufgabe zuweisen lassen, dafür zu garantieren, daß im Verteilungsstreit der Bürger niemand ernsthaft zu Schaden kommt." (ebd., 119) Das abstrakte Erhardsche Konzept vom "Gemeinwohl" wird in der unabhängigen Notenbank konkretisiert.

Die Voraussetzung einer Aufwertung der Geldpolitik und der "Verselbständigung des Zieles der Geldwertstabilität" (vgl. ebd.) werden im März 1973 mit der Freigabe der Wechselkurse geschaffen. Dadurch bekommt die Geldpolitik einen höheren Stellenwert: Über eine radikale Beschneidung der freien Liquiditätsreserven der Banken (durch die Einschränkung der Rediskontkontingente und die Erhöhung der Mindestreserven) wird von

Fortsetzung:

hat sich die Aufgabe zuweisen lassen, dafür zu garantieren, daß im Verteilungsstreit der Bürger niemand ernsthaft zu Schaden kommt. Weil seine Mittel dabei knapp werden, begibt er sich immer wieder selbst in das inflatorische Gerangel, wenn die eigentlichen öffentlichen Aufgaben keinen Aufschub mehr dulden, verliert an Vertrauen dabei und muß nun hinnehmen, daß die Bürger weniger denn je bereit sind, für das zu bezahlen, was sie vom Gemeinwesen an Leistungen mit Ungeduld verlangen." (Sachverständigenrat JG 1972, 119).

der Bundesbank die Geldversorgung eingeschränkt. Damit wird die Geldpolitik der Bundesbank auf eine neue Basis gestellt: "Prinzipiell steuert nun die Notenbank unmittelbar die Schaffung von Zentralbankgeld, während sie das vordem nur indirekt über die freien Liquiditätsreserven tat." (Bundesbank 1974, 4) Mit diesen Maßnahmen sollen die monetäre Expansion unter Kontrolle und der bestehende "Geldüberhang" angebaut werden: "Die Zentralbankmenge nahm von Mai bis zum Jahresende von 5,7 % zu gegen 12,4 % in den ersten vier Monaten von 1973." (Ebd., 5) Mit diesen Maßnahmen wird daher die Liquidität der Banken in einer Phase eingeengt, in der Kredite von industriellen Kapitalen verstärkt zur Konsolidierung nachgefragt werden; zugleich wird damit eine mittelfristige Geldmengensteuerung durch die Bundesbank eingeleitet, die im wesentlichen potentialorientiert ist. Diese Steuerung soll über das Instrument der an Mengen orientierten Offen-Markt-Politik der Bundesbank erreicht werden. (1)

Auf dem monetaristischen Hintergrund wird auch die *Fiskalpolitik* - sofern sie als Vollbeschäftigungspolitik konzipiert wurde - 1972/73 einer scharfen Kritik unterzogen. Neben dem Sachverständigenrat wendet sich der *"Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft"* in einem Gutachten über "Grundfragen der Stabilitätspolitik" gegen die Fortsetzung der praktizierten Globalsteuerung. Kern der Kritik ist (wie

- (1) Da eine Offen-Markt-Politik der Zentralbank zumindest auch vom Willen der Banken und Nicht-Banken zu Offen-Markt-Geschäften abhängig ist und zudem die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht steuern kann, ist diese Art der Geldmengensteuerung durchaus nicht so unmittelbar, wie dies die Bundesbank in ihrem Geschäftsbericht unterstellt. Gerade in diesen beiden Einwänden gegen die Behauptung, durch Offen-Markt-Politik die Geldmenge steuern zu können, drückt sich auch die mittelbare Abhängigkeit der Geldmengenentwicklung von der Akkumulation aus.

schon beim Sachverständigenrat) die Vollbeschäftigungsgarantie des Staates. Dadurch würden Erwartungen in die wirtschaftspolitische Potenz des Staates geweckt (denen auf der Seite des Staates ein Wandel zu einer Bereitschaft zu dirigistischen Eingriffen korrespondiere), was teilweise zu einer Verselbständigung des politischen Interesses an einer Ausweitung der Staatstätigkeiten geführt habe. "Für die Stabilitätspolitik ergeben sich aus alldem wesentliche Vorbelastungen. Sie sind einmal darin zu sehen, daß die Flexibilität der Wirtschaft beeinträchtigt wird. Statt sich neuen Marktdaten anzupassen, erheben die Gruppen politische Forderungen nach staatlichen Maßnahmen zur Erhaltung des Status quo und zur Kompensation der erlittenen Verluste. Bedingungen, die einmal geschaffen wurden, sind immer schwerer rückgängig zu machen.(...) Dazu kommen zunehmende Konflikte über Maßnahmen, die zur Erreichung der Stabilitätsziele ergriffen werden sollen. Konflikte, die darin begründet sind, daß solche Maßnahmen unterschiedliche Wirkungen auf die Erreichung anderer Ziele haben." (Beirat 1973, A I 4) Tarifautonomie bei Vollbeschäftigungspolitik wird vom Beirat als "Einbruchsstelle" in die Globalsteuerung begriffen, insofern die Vollbeschäftigungsgarantie zu übermäßigen Lohnerhöhungen führte, weil die Existenz eines Beschäftigungsrisikos und "damit eines potentiellen Marktsignals, welches das Verhalten der Tarifpartner mitsteuert" (ebd., A II 2) wegfällt. Die Konsequenz, die der Beirat für die Wirtschaftspolitik zieht: "Automatisch wirkende Gegenkräfte, die bei autonomer Lohnbildung einen übermäßig starken Lohnkostendruck verhindern könnten, bestünden also nur bei Hinnahe der dadurch eventuell ausgelösten Beschäftigungsrückgänge." (ebd.) Um dafür der Konjunkturpolitik einen Orientierungsrahmen zu geben, formuliert der Beirat die "natürliche Rate der Arbeitslosigkeit" positiv als

"Index der konjunkturellen Beschäftigung" um, "der so konstruiert ist, daß er den Wert 100 annimmt, wenn die tatsächliche konjunkturpolitisch beeinflussbare Beschäftigung mit der konjunkturpolitisch normalen Beschäftigung übereinstimmt." (ebd., B IV 6) Übrig bleibt dann eben die "natürliche Rate der Arbeitslosigkeit", die nicht mehr beeinflussbar ist: Das Beschäftigungsrisiko wird reprivatisiert.

Aufgrund der inflationären Entwicklung (vgl. Kapitel 3) wird 1973 die *Bundesregierung* aktiv: Bereits im Februar und dann im Mai 1973 werden die Ausgaben aus stabilitätspolitischen Gründen gekürzt bzw. die Nachfrage durch fiskalische Maßnahmen eingeschränkt: Die Bundesregierung beschloß u.a. einen Konjunkturzuschlag, Steuererhöhungen, Aussetzung von günstigen Abschreibungsbedingungen; der Ausgabenzuwachs der öffentlichen Haushalte wird durch Beschlüsse des Finanzplanungsrates begrenzt. (1) Diese Maßnahmen werden in der Öffentlichkeit (z.B. vom Sachverständigenrat) für das schnelle Abbrechen des Aufschwungs 1973 und (z.B. von gewerkschaftlicher Seite) für das Hinabgleiten in die Krise verantwortlich gemacht. Der Sachverständigenrat begrüßt dies als notwendige "Maßnahme" gegen die inflationäre Entwicklung, als Basis für eine notwendige Entzerrung der im Boom "verzerzten Relationen"; Branchen

(1) Insbesondere mit dem zweiten, im Mai 1973 eingesetzten Stabilitätsprogramm wurde die "private Nachfrage" über steuerliche Sonderregelungen rigoros eingeschränkt: "Zum ersten Mal wurde eine konjunkturpolitisch begründete Investitionssteuer eingeführt. Ähnlich wie die monetäre Politik, die das Geldangebot knapper werden und damit die Zinsen kräftig steigen ließ, erhöhte auch die Investitionssteuer die Bereitschaft der Investoren, Investitionen zu vertagen." (Sachverständigenrat, JG 1973, 103; zu den Programmen im einzelnen vgl. ebd., 78f.)

sollten sich "gesundschrumpfen" (so die Bauindustrie), übermäßige Ansprüche an das Sozialprodukt sollten zurückgeschraubt und das Verhältnis von Staatssektor und privatem Sektor wieder ins Lot gebracht werden. Darin sieht auch der Sachverständigenrat in monetaristischer Manier den "Sinn" der Krise (JG 1975, 189):

"Sinn der Stabilisierungsphase war es, Verzerrungen in den Relationen wichtiger ökonomischer Größen aufzulösen: im Verhältnis der für die Zukunft erwarteten zu den gegenwärtigen Preisen, im Verhältnis der Löhne zu den Unternehmenserträgen, im Verhältnis der Investitionen zu den übrigen Verwendungskomponenten des Sozialprodukts, im Verhältnis zwischen staatlichen Ausgabe - wünschen einerseits und dem volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen andererseits, in Verhältnis der Unternehmen und Branchen mit guten zu denen mit schlechten Wachstumsaussichten." Während hier der Sachverständigenrat nichts anderes als die Funktionen der kapitalistischen Krise beschreibt, geht er allerdings davon aus, daß - nachdem zunächst die Relationen durch die übermäßig gehandhabte staatliche Globalsteuerung verzerrt wurden - jetzt die Stabilisierungsphase bewußt politisch eingeleitet wurde und darin ihre *Ursache* liegt.

Einer solchen Begründung der Krise durch die staatliche Restriktionspolitik muß allerdings entgegengehalten werden, daß der ökonomische Umschwung zum Zeitpunkt der finanzpolitischen Maßnahmen schon da war. So behauptet der Sachverständigenrat einerseits in seinem JG 1973 eine konjunkturelle Wende mit dem Stabilisierungsprogramm (und der neuen Geldpolitik der Bundesbank) im *Mai 1973* und muß im gleichen Gutachten einen "Gesamtindikator zur Konjunkturentwicklung" veröffentlichen, aus dem ersichtlich ist, daß bereits ab *März 1973* der

Abschwung beginnt. Vollends illusorisch wird die Interpretation von der politisch gemachten Stabilisierungskrise dann, wenn man die Zeitverzögerungen mit berücksichtigt. Zumindest die finanzpolitischen Maßnahmen beginnen auch erst mit einer Zeitverschiebung von ca. ein bis zwei Jahren zu wirken und können insofern schwerlich als Grund für den bereits März 1973 beginnenden Abschwung herhalten. Auch werden diese Maßnahmen im Dezember 1973 wieder aufgehoben. Gewichtig sind zwar die restriktiven Maßnahmen der Bundesbank zu werten, die den Finanzierungsspielraum gerade kleinerer Kapitale schnell einengten und so zur 1973 einsetzenden Welle von Konkursen wesentlich beitrugen. Aber diese Maßnahmen wirkten insgesamt auf dem Hintergrund der bereits abnehmenden Profitabilität und veränderter Nachfrageverhältnisse, wie wir sie bereits dargestellt haben (vgl. Kapitel 3). Durch die sich anschließende tiefgreifende Krise werden allerdings die Ziele dieser Politik so "gründlich" erreicht, daß sich der Sachverständigenrat sogar angesichts der Arbeitslosigkeit um den sozialen Konsens Sorgen macht und sich fragt, ob der "Zeitbedarf" (vgl. Sondergutachten vom August 1975; abgedruckt in JG 1975, 191) der beabsichtigten "Normalisierungsvorgänge" ausreicht: Es dürfte nämlich "dem sozialen Frieden zuträglicher sein, erledigte man recht viel der Korrektur [in der Einkommensverteilung, d. Verf.] , solange deren Notwendigkeit unumstritten ist." (JG 1975, 175)

6.2.3. Von der antizyklischen Niveausteuerung zur mittelfristigen Finanzpolitik

Zwar wurden die im Rahmen der Restriktionspolitik 1973 erlassenen Maßnahmen bereits zum Ende desselben Jahres wieder aufgehoben; auf eine antizyklische (expansive) Ausgabenpolitik wurde aber 1974 vorerst verzichtet. Erst als mit dem Einbruch der Auslandsnachfrage gegenüber der Investitionsgüterindustrie zu Ende des Jahres 1974 der Abschwung in eine tiefe Krise zu münden drohte, beschloß die Bundesregierung flankierend zur Restriktionspolitik ein "rechtskeynesianisches" *Programm zur "Förderung von Investitionen und Beschäftigung"*, das über eine 7,5%ige Investitionszulage, zusätzliche öffentliche Investitionen im Infrastrukturbereich und Mobilitätszulagen an Arbeitnehmer die Investitionen und die Beschäftigung erhöhen sollte. Aber auch in diesem Programm wird der Umschwung in den Inhalten der Wirtschaftspolitik deutlich: Nicht mehr die allgemeine Erhöhung des Nachfrageniveaus, sondern die direkte und indirekte Förderung der Rentabilität der privaten Investitionen (Investitionszulagen und Infrastrukturausgaben) stand im Zentrum der Maßnahmen (die sogenannte Angebotsseite). In diesen Trend fügte sich auch die *Vorlage über Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen der Bundesregierung vom September 1975* ein (verkürzt als "Haushaltsstrukturgesetz" bekannt). Mit diesen Maßnahmen sollte mittelfristig der Zuwachs des Staatsanteils am Sozialprodukt eingedämmt werden. Zugleich sollte die Entwicklung des Staatsanteils weniger konjunkturellen denn mittelfristigen wachstumspolitischen Notwendigkeiten unterworfen werden: als Pendant zur mittelfristig konzipierten Geldmengenpolitik der Bundesbank. Über die (1976 in Kraft getretenen) Maßnahmen sollte der Anteil des Staates am Sozialprodukt nicht weiter ausgedehnt, und innerhalb der Staatsaus-

gaben selbst sollte durch Umstrukturierungen der "unreproduktive" Anteil gesenkt werden (1): So setzten sich die Kürzungen zu etwa zwei Dritteln aus Streichungen im Sozialbereich (Verminderung der Zuschüsse des Bundes zur Bundesanstalt für Arbeit, Kürzung der Arbeitsförderungsmaßnahmen) zusammen. Abgesehen von Investitionsprogrammen (bes. für die betroffene Bauindustrie) wurden die Ausgabenansätze insgesamt gekürzt, im *personalintensiven* Bereich betraf dies insbesondere den Bildungssektor. Während daher auf der einen Seite der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen von ca. 20 v.H. (1970) auf über 30 v.H. (1977) progressionsbedingt gestiegen ist, wird mit dem Programm 1975 der Beitrag des Staates zur *Reproduktion der Arbeitskraft* zugunsten einer Umverlagerung in Richtung der staatlichen und privaten *Investitionstätigkeit* gekürzt. (Vgl. zusammenfassend dazu Laaser 1977 und die von Laaser übernommene Tabelle 11).

Die Entlastung des reproduktiven Sektors durch ein Zurücktreten des Staates wird auch bei Betrachtung der Einnahmen, namentlich der Steuerpolitik in der Krise sichtbar: Die Bemühungen der staatlichen Steuer-

-
- (1) Genauer als im folgenden sind die mit dem "Haushaltsstrukturgesetz" beschriebenen Maßnahmen bei Laaser (1977) dargestellt und analysiert worden. Während aber die stabilitätspolitischen Maßnahmen 1973 eher im Kontext kurzfristig konjunktureller Probleme, wie wir sie als Dilemma der keynesianischen Globalsteuerung charakterisiert haben, stehen, sind Maßnahmen der Zurückdrängung des Staatsanteils bzw. der unreproduktiven Ausgaben des Staates eher im mittelfristigen Zusammenhang von "Inneren Reformen", Ausweitung des Staatssektors und damit Beschränkung der Mehrwertproduktion im privaten Sektor zu sehen. Beide Aspekte hängen insofern zusammen, als die Globalsteuerung immanent (zumal in den Händen der Sozialdemokratie) zu einer Ausweitung des Staatsanteils am Sozialprodukt drängt und dieser Trend dementsprechend auch geschlossen von den Monetaristen kritisiert wird, die darin die Gefahr des Dirigismus wittern.

Tabelle 11:

Übersicht zum Haushaltsstrukturgesetz Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur und zur Verminderung der Kreditaufnahmen					nachrichtlich Länder und Gemeinden 1976 grob geschätzt
	1976	1977	1978	1979	
	- in Mill. DM -				
I. Gesamtergebnis	12 978	26 843	32 915	23 442	
davon					
Kürzungen gegenüber bisher geltendem Finanzplan 1)	5 100	6 600	11 400	—	
Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur 2)	7 878	20 243	21 515	23 442	2 800
II. Bereich					
1. Öffentlicher Dienst	1 131	1 267	1 404	1 472	2 200
2. Wirtschaft	15	15	5	—	—
3. Landwirtschaft	269	532	777	1 087	100
4. Verminderung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit durch Erhöhung Arbeitslosenversiche- rungsbeitrag von 2 auf 3 vH	3 800	4 600	4 800	5 000	—
5. Arbeitsförderungsgesetz und sonstiges im Bereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	900	1 465	1 725	1 880	40
6. Gesundheitswesen	—	55	155	255	—
7. Wohnungswesen und Städtebau 3)	46	109	172	244	40
8. Forschung und Technologie	50	95	100	105	—
9. Bildung und Wissenschaft 4)	343	408	410	510	180
10. Zuschüsse zum Schutzraumbau u. a.	40	45	45	45	—
11. Gemeinschaftlich finanzierte Ausgaben von Bund und Ländern	—	765	759	754	—
12. Sparförderung	—	400	465	525	—
13. Abbau von Steuervergünstigungen	209	287	373	415	240
14. Abbau von Subventionen (Zuwendungsempfänger)	275	300	325	350	—
15. Globale Minderausgabe	800	1 800	—	—	—
16. Steuererhöhungen	—	8 100	10 000	10 800	—
Haushaltsverbesserungen insgesamt	7 878	20 243	21 515	23 442	2 800
davon Ausgaben	3 622	6 715	5 519	6 086	2 400
davon Einnahmen	4 256	13 528	15 996	17 356	400

Die Länder werden im Jahr 1976 um rd. 2,8 Mrd. DM entlastet; ab 1977 erhöht sich die Entlastung insbesondere durch ihren Anteil an der Mehrwertsteuererhöhung auf 8 bis 10 Mrd. DM.

1) Hier handelt es sich ausschließlich um Kürzungen von Bundesausgaben; sie sind mit den Ausgabesteigerungen bereits saldiert. Eine Ausnahme bildet lediglich die Mittelzuführung an die Bundesanstalt für Arbeit, die im bisher geltenden Finanzplan für das Jahr 1976 nicht vorgesehen war. 2) Hier handelt es sich um die am 28. August 1975 im Kabinett zusätzlich beschlossenen gesetzlichen und haushaltsgesetzlichen Maßnahmen. 3) Im Jahre 1976 ist eine Anpassung des Wohngeldes an die Einkommens- und Mietentwicklung nicht möglich. 4) Eine Anpassung im Jahre 1976 ist nicht möglich. Härtefällen soll Rechnung getragen werden. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz soll novelliert werden. Dabei soll auch die Förderung verstärkt auf Darlehen umgestellt werden.

Quelle: Bulletin Nr. 106 v. 2.9.1975

Quelle: Laaser 1977

politik in der Krise zielten auf eine Erhöhung der Nettoprofite (relativ zu den Bruttoprofiten) durch die schon erwähnten Investitionszulagen und Lohnkostenzuschüsse sowie durch den ab 1976 wirksamen Verlustrücktrag und schließlich die ab 1977 wirksame Körperschaftssteuerreform. War also auf der einen Seite die Steuerbelastung der Lohnabhängigen ständig (besonders seit 1970) angestiegen, so war ein umgekehrter Trend bei den Belastungen der Profite durch steuerlichen Abzug sichtbar, wie die Tabelle 12 deutlich macht:

Tabelle 12: Der Verteilung des Sozialprodukts

	(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)				
	1972	1973	1974	1975	1976
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,9	7,9	1,9	3,8	14,5
Nettoeinnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,1	3,6	1,6	6,2	14,2
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,7	13,5	9,6	4,1	7,4
Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	9,1	9,0	7,9	3,6	4,3

Quelle: JG 1976/77, zit. nach Laaser 1977, Tab. 6

Diese Zahlen zeigen deutlich die relative Bevorteilung der Unternehmerngewinne gegenüber dem Einkommen der Lohnabhängigen durch die Steuerpolitik; durch die Verminderung des steuerlichen Abzugs vom Profit in der Krise sollte der reproduktive Sektor entlastet werden.

Hinter diesen Umstrukturierungen in der Krise (die z.T. mit absoluten Kürzungen der Haushaltsansätze einhergehen) stehen nicht nur die schon analysierten Beweggründe des Staates, in der Krise zu einer restriktiven Wirtschaftspolitik zurückzukehren, sondern auch die mögliche Beschneidung der akkumulationsfähigen Mehrwertmasse des privaten ("reproduktiven") Sektors durch den Staatsanteil am Nettoprodukt. Ein solches Anwachsen des Staatsanteils kann zweierlei Wirkungen haben: Eine Umstrukturierung der privaten Reproduktion aufgrund der von Staat nachgefragten kapitalistisch produzierten Güter (z.B. Rüstungsgüter), die zur Folge haben kann, daß die private erweiterte Reproduktion aufgrund so zustande gekommener *Produktionsstruktur* behindert wird. Zum anderen sind die Ausgaben des Staates in Bereichen, die nicht-reproduktiv sind bzw. lediglich der Reproduktion der Arbeitskraft dienen (z.B. Sozialleistungen) eine Schranke der privaten Reproduktion; dies wird auch deutlich durch die Schwerpunktsetzung solcher Ausgaben auf *Personalausgaben* (im Sozial-, Bildungs- und Rüstungsbereich, letzterer wurde allerdings kaum von Streichungen betroffen): Denn Personalausgaben (neue Stellenausschreibungen z.B.) können nicht ohne weiteres an konjunkturelle Schwankungen angepaßt werden, haben eine gewisse Beharrungstendenz, und die Erhöhungen der Einzelentlohnungen orientieren sich zudem in der Regel nicht an den (zurückbleibenden) Produktivitätszuwächsen im staatlichen Sektor, sondern an den Lohnerhöhungen im privaten Bereich. So ist die Umstrukturierung der Ausgaben auf dem Hintergrund einer drohenden Verschiebung im Verhältnis von Staat und privater Reproduktion zu erklären. Der Aufschwung im reproduktiven Sektor (also dem kapitalistischen Sektor) sollte nicht durch die Struktur der staatlichen Ausgaben eingeschränkt werden. (vgl. dazu umfassender Laaser 1977 und Stamatis 1977).

Trotz der angewachsenen Millionen-Arbeitslosigkeit seit 1974 bleiben die *Ausgabenansätze der Haushalte* seit 1973 zurückhaltend: Selbst wenn der Sachverständigenrat z.B. für 1976 einen expansiven Haushalt berechnet (der der Konjunkturlage angepaßt sei), muß dagegen gehalten werden, daß die Berechnungsgrundlage dafür äußerst zweifelhaft ist, weil als Basisjahr das Krisenjahr 1966 genommen wurde. (Vgl. zur Kritik Baisch u.a. 1977, 186) Gerade eine solche kritische Betrachtung der Berechnungen des "konjunkturellen Impulses" der Haushalte durch den Sachverständigenrat zeigt nochmals den Umschwung in der Wirtschaftspolitik recht deutlich: Mit der 1973 eingeleiteten Politik wurde Abschied genommen von der *niveauorientierten* Globalsteuerung und der darin implizierten Vollbeschäftigungsgarantie. Soweit jetzt Beschäftigungspolitik betrieben wird, geschieht dies nicht mehr über eine antizyklische *Ausgabenpolitik*, sondern wesentlich über die gezielte Erhöhung der erwarteten und realisierten *Profitraten* der Unternehmen durch steuerliche Erleichterungen, Investitionssubventionen und Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Produktionsvoraussetzungen. Zudem soll mittelfristig der "unreproduktive" Anteil in den Staatsausgaben gesenkt und die Staatsausgaben sollen insgesamt verstetigt werden.

Insgesamt sollen mit der hier umrissenen Restriktionspolitik und der mittelfristigen Orientierung von Fiskal- und Geldpolitik die Erwartungen der "Marktteilnehmer" wieder den Marktdaten angepaßt werden: Die Konjunkturpolitik ist jetzt (so der Sachverständigenrat) "keine unbeschränkte Versicherung [mehr] gegen die Folgen von Fehlverhalten"! (JG 1975, 155) Und auch wenn sich die Monetaristen der Illusion von einem in sich stabilen privaten Sektor der Produktion hingeben,

der mit der Abkehr von der Vollbeschäftigungspolitik jetzt wieder möglich erscheint: Der *tieferen Grund der Restriktionspolitik* lag darin, daß die Widersprüche in der kapitalistischen Entwicklung zu jenem Zeitpunkt angesichts von Inflation *plus* Stagnation nur noch um den Preis einer beschleunigten Inflation hätten hinausgeschoben werden können, die aber zusätzlich die *Weltmarktposition* des westdeutschen Kapitals gefährdet hätte! Der Umschwung in der Wirtschaftspolitik setzte die kapitalistische Krise wieder in ihre Rechte ein; auf der Strecke blieb die Illusion einer politisch machbaren Vollbeschäftigung im Kapitalismus.

Allerdings kann eine monetaristische Politik - dies zeigt sich auch in der Bundesrepublik - *nicht ungebrochen* (als "laissez-faire"-Politik) durchgeführt werden: Denn einmal werden sich auch die Nachfragebedingungen durch den Ausfall staatlicher und privater (Konsum-)Nachfrage weiter verschlechtern und u.U. die Profitraten weiter unter Druck setzen. Zum anderen sind die *"sozialen Kosten"* einer rigiden Restriktionspolitik hoch: Arbeitslosigkeit, Senkung des Reproduktionsniveaus breiter Schichten der Lohnabhängigen, Dequalifizierung ganzer Arbeiterschichten etc. bergen die Gefahr eines Verlustes von Massenloyalität in der Arbeiterschaft in sich, den sich gerade sozialdemokratische Parteien bzw. Regierungen nicht ohne weiteres leisten können. Dieses Dilemma zeigt sich selbst noch in den wirtschaftspolitischen Vorschlägen des Sachverständigenrates, der zwar einerseits eine rigide Restriktionspolitik fordert, andererseits aber noch Stabilisierung *und* Expansion zugleich anzielt. Die Gratwanderung der staatlichen Wirtschaftspolitik drückt sich auch in den verschiedenen wirtschaftspolitischen Stabilisierungsprogrammen seit 1973 aus: Die Stabilitätsprogramme werden zu Ende 1973 wieder ausge-

setzt; das Haushaltsstrukturgesetz 1975 will zwar einerseits Ausgabenerhöhungen (die jetzt in der Krise eigentlich nahegelegen hätten) verhindern und die Ausgaben der "Öffentlichen Hand" mittelfristig festlegen, andererseits werden die durch Kürzung bzw. Einschränkung des Zuwachses bei den Ausgaben, die der Reproduktion der Arbeitskraft dienen, freigewordenen Mittel "rechtskeynesianisch" zur Förderung der Investitionen via Investitionshilfegesetz dem Kapital zugeleitet, in der Hoffnung, dadurch die Beschäftigung zu erhöhen. (1)

6.3. Strukturpolitik als "Rettungsanker" der Globalsteuerung

Das Dilemma, in dem die Wirtschaftspolitik steht, ist dies: Einerseits sollen die Wirkungen der Krise als "Reinigungskrise" nicht verwässert werden, andererseits dürfen diese Wirkungen nicht derart zeitraubend und durchschlagend sein, daß soziale Konflikte ausbrechen könnten. Denn auch wenn von den Protagonisten einer monetaristischen Wirtschaftspolitik das "Konsensus-Potential" in der Bundesrepublik auch in der Krise noch hoch eingeschätzt wird (und werden kann!), so ist doch dieser Zustand nicht beliebig verlängerbar - schon gar nicht für eine Regierung, die wesentlich von

- (1) Neben Mobilitätszulagen für Arbeitnehmer (die aber kaum ausgenutzt wurden) und Sonderhilfen für die Energieindustrien enthielt das Programm eine Investitionszulage von 7,5 v.H. (befristet von Dezember 1974 bis Juni 1975). Insgesamt wurde 1,7 Mrd DM zusätzlich öffentliche Gelder freigegeben. Die Investitionszulagen, die besonders im Mai und Juni 1975 genutzt wurden, hatten "durchschlagenden Erfolg: Durch sie wurden die eh bei den Unternehmen aufgrund der Rentabilitätssituation anstehenden Rationalisierungsinvestitionen zusätzlich gefördert. Die Rechnung "Mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze" ging nicht auf, im Gegenteil.

der Sozialdemokratie getragen wird. Auf diesem Problemhintergrund wurden daher sowohl in der Sozialdemokratie als auch vom Sachverständigenrat Vorschläge für strukturpolitische Maßnahmen entwickelt, mit deren Hilfe man sich zum einen erhoffte, daß der "Zeitbedarf" der Krise verkürzt werden könnte. Zum anderen verspricht man sich von einer neuen ("aktiven") Strukturpolitik eine flankierende Wirkung für die Globalsteuerung, die dann wieder ihre alte Funktion einnehmen könnte. Auch in diesen Vorschlägen lassen sich wiederum zwei Positionen erkennen, von denen die eine durch weniger Staat und mehr indirekte Begünstigung der Investitionen den *Marktmechanismus* effektivieren will, während die andere Position eine "konzentrierte Aktion" von Staat, Unternehmen, Gewerkschaften und Forschungsinstituten anstrebt, durch die das Konzept einer *Politik des aktiven Strukturwandels* in die Praxis umgesetzt werden soll.

Allerdings zeichnet sich der Begriff des Strukturpolitik in der bundesrepublikanischen Diskussion durch eine große Unschärfe aus; "Strukturpolitik" wurde der Allerweltsruf gegen die Krise, gegen "Überindustrialisierung"; für "Modernisierung der Volkswirtschaft" und gegen "Rationalisierungsinvestitionen", für einen "höheren Exportanteil" und gegen eine "Ausweitung des Staatsanteils am Sozialprodukt" und für den "Ausbau des tertiären Sektors" - um nur die schillerndsten Schlagwörter hier kurz zu benennen.

Der *Sachverständigenrat* sieht die Notwendigkeit einer Strukturpolitik im Rahmen der allgemeinen Investitionsschwäche der westdeutschen Wirtschaft. Diese "Investitionsschwäche", die auf mangelnde Gelegenheiten rentabler Investitionen zurückgeführt wird, soll durch die *Beseitigung* investitionshemmender Steuern und durch

indirekte steuerliche *Förderung* der Investitionen bekämpft werden. Diese Maßnahmen sollen "soweit wie möglich global wirken, damit nicht staatliche Instanzen darüber entscheiden, welche Art von Investitionen besonders dringlich sind" (JG 1977, 179). Dabei soll durch eine Verschiebung zu ertragsabhängigen Steuern die "Risikobeteiligung des Staates" an den Investitionen erhöht werden. Für den Sachverständigenrat besteht daher in monetaristischer Manier das Problem wesentlich darin, daß der Staat die Kräfte des Marktes zur Zeit eher behindert denn fördert; wenn Staatsausgaben überhaupt ausgeweitet werden sollen, dann die "wachstumsfreundlichen Ausgaben". Ansonsten soll die indirekte Förderung der Investitionen durch Senkung des steuerlichen Abzugs mit der Folge einer Erhöhung der realisierten Profitrate bevorzugt werden. In dieses Konzept paßt denn auch die Forderung, durch ein Weniger an staatlichen Dienstleistungen im konsumptiven Bereich (z.B. Sport- und Freizeitanlagen!) konkurrierende private Anbieter nicht mehr zu behindern, denn: "Dienstleistungen, die vom Staat zu unter den Kosten liegenden Preisen angeboten werden, erschweren die Entwicklung eines privatwirtschaftlichen Angebots." (JG 1977, 183; vgl. aber JG 1976, 134) Damit sollen zum einen die "unreproduktiven Ausgaben" des Staates vermindert, zum anderen vermehrt Möglichkeiten produktiver Anlage zum Kapital geschaffen werden. (Vgl. dazu Kapitel 5.4.). Auch in dieser Weise soll letztlich die Reproduktion der Arbeitskraft "den Marktdaten wieder angepaßt" werden, und wir sahen bereits, daß diese Forderungen im Haushaltsstrukturgesetz teilweise in die Praxis umgesetzt wurden. Fazit des Sachverständigenrates: "Der Strukturwandel wird nicht dadurch gefördert, daß man ihn lenkt, sondern dadurch, daß man ihm Hindernisse aus dem Weg räumt." (JG 1976, 134) Dies gilt gleichermaßen für die staatliche Förderung technologischer

Innovationen in den Unternehmen, die wesentlich durch steuerliche Risikobeteiligung des Staates erfolgen soll.

Gegen diese (neoklassische) Variante von Strukturpolitik, die auf ein Weniger an Staat und ein Mehr an Markt hinausläuft, steht der Vorschlag von F.W. Scharpf bzw. Scharpf/V.Hauff (Forschungsminister seit 1978), der zwar auch - wie der Sachverständigenrat - Strukturpolitik als "Erhaltungspolitik" ablehnt, dagegen aber den Vorschlag einer "Politik des aktiven Strukturwandels" setzt. Schon darin drückt sich aus, daß hierin der Staat eine durchaus aktive Rolle spielen soll - aber nicht nur der Staat: In einer "*Konzentrierten Aktion*" (nicht die "Konzertierte Aktion"!) (Scharpf/Hauff 1975, 124) soll eine Strategie einer aktiven Krisenpolitik entwickelt und umgesetzt werden, die "notwendigerweise eine weitgehende und detaillierte Abstimmung mit Unternehmen, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen [erfordert], die man im Klartext nur als weitgehende Investitionslenkung, Arbeitslenkung und Forschungslenkung charakterisieren kann." (Scharpf 1974, 23) Hinter dieser Politik steht bei Scharpf und Scharpf/Hauff die Sorge, die Bundesrepublik könne als industrieller Standort an Gewicht verlieren und ihrer besonderen Stellung auf dem Weltmarkt verlustig gehen; eine Sorge, die durch stagnierende Akkumulation im Inland bei gleichzeitig erfolgreicher Transferierung von Kapital zu produktiver Anlage im Ausland in der derzeitigen Krise gestützt wird. Infolgedessen wird die Ursache der Stagnation in der Bundesrepublik in dem vergleichsweise hohen Lohnniveau, zu hohen Wechselkursen u.ä. gesehen, die die Stellung des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt schwächen würden. Während nun auf der einen Seite das "zu hohe" Lohnniveau als Argument gegen die Politik der Gewerk-

schaften (insbesondere von Unternehmerverbänden und ihnen nahestehenden Wirtschaftsinstituten) gebraucht wird, sieht Scharpf gerade in der Kooperation mit den Gewerkschaften die Chance, eine "aktive Strukturpolitik" durchzusetzen: "Ohne die Problemkenntnis und die Aufklärungs- und Vermittlungskompetenz der Gewerkschaften kann eine aktive Sektoralstruktur- und Arbeitsmarktpolitik [keinen] Erfolg haben..." (Scharpf 1974, 24). War die Schillersche Globalsteuerung noch von einer "Konzertierten Aktion" flankiert, so wird in der von Scharpf propagierten "Politik des aktiven Strukturwandels" die "Konzentrierte Aktion" als politische Vermittlungsinstanz gefordert; baute die Schillersche Konstruktion auf die *Kooperation* von Kapital und Lohnarbeit in der Konzertierten Aktion, so wird in den hier vorgestellten Modellen der neuen Strukturpolitik der *korporativistische* Einbau von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, Forschungsinstituten in die Politik gefordert (vgl. dazu Hoffmann 1977; Narr/Offe 1977). Gegenüber der Konzertierten Aktion im Rahmen der Globalsteuerung, die faktisch einen Korporativismus auf der Makroebene anzielte, zeichnet sich dieser "neue Korporativismus" (Narr/Offe) durch eine angestrebte Zusammenarbeit von Staat, Kapital und Gewerkschaften auf der Ebene der Branchen und Einzelkapitale aus, ist Korporativismus auf der "Mikroebene", die eigentlich durch die Globalsteuerung gerade *nicht* in ihrer Autonomie tangiert werden sollte. Die "aktive Strukturpolitik" soll die naturwüchsigen Wirkungen der ökonomischen Krisen bzw. deren "Funktionen" (Veränderungen im Branchengefüge, Erhöhung der Arbeitsproduktivität) politisch antizipieren und kann sich daher gar nicht auf die Makroebene beschränken, auf der neben einer keynesianischen Globalsteuerung bestenfalls die bereits vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen indirekten Steueranreize zur Förderung von Innova-

tionen möglich wären. Technologiepolitik und branchenbezogene Wachstumspolitik - wie sie von Scharpf/Hauff angestrebt werden - müssen sich auf Branchen bzw. Einzelkapitale beziehen und stehen damit auch gegenüber den betroffenen Arbeitern und Gewerkschaften unter erhöhtem Legitimationszwang. Denn die Entscheidung zugunsten z.B. einer bestimmten Wachstumsbranche impliziert i.d.R. die Entscheidung zuungunsten einer strukturschwachen Branche und damit auch zuungunsten der Arbeitsplatzsicherheit in jener Branche. Der zur Durchführung dieser Politik notwendige Konsens zwischen Staat, Kapital und Gewerkschaften soll daher in der Konzertierte Aktion erfolgen und den Gewerkschaften durch Zugeständnisse in der Mitbestimmungsfrage leichter gemacht werden. Dabei setzen Scharpf/Hauff die "aktive Strukturpolitik" gegen eine "Erhaltungsstrategie", die die Defizite der Reproduktionsstruktur der Ökonomie über Subventionen etc. letztlich festschreiben hilft. Durch diese Politik soll die historisch überkommene Branchen- und Technologiestruktur durch politische Impulse umstrukturiert werden; sollen die "Überindustrialisierung" und die Weltmarktabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft abgebaut werden. Mit Hilfe der staatlichen Technologiepolitik und einer staatlich vermittelten Umstrukturierung und Effektivierung des Dienstleistungssektors soll die Produktivität der Arbeit in der Bundesrepublik erhöht werden. Die von Scharpf/Hauff geforderte Strukturpolitik setzt also gerade dort an, wo die Globalsteuerung ihre Grenze findet, weil durch diese nur das allgemeine *Niveau* der Nachfrage beeinflusst werden kann. Die aktive Strukturpolitik soll dagegen die Bedingungen der *Produktion* verbessern und in dieser Weise die Globalsteuerung flankieren. Durch die Verbesserung der Produktionsbedingungen soll das Dilemma, in das die Globalsteuerung immer

wieder im kapitalistischen Krisenzyklus gerät, vermieden werden.

Hinter der von Scharpf/Hauff propagierten Strukturpolitik steht die Vorstellung, daß über eine langfristig konzipierte staatliche Förderung der Produktivitätsentwicklung des nationalen Kapitals - und dies nicht nur im engeren Sinne einer Technologiepolitik, sondern auch im weiteren Sinne einer Bereinigung der Branchenstruktur um die jeweils "fußkranken" Branchen - mittelfristig höhere Wachstumsraten eingeleitet werden könnten, die das Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit über eine beschleunigte Kapitalakkumulation beseitigen und so der staatlichen Wirtschaftspolitik "den Rücken freihalten könnte(n)". Da bei den beiden Autoren die aktuelle (Struktur-)Krise nur als Ausdruck stofflicher Struktur"defizite" betrachtet wird (und die Autoren stehen hier nur repräsentativ für eine ganze Reihe von weiteren Beiträgen zu dieser Diskussion), letztlich also darin "nur" ein technologisches Problem (Lange Wellen technologischer Innovation, Produktenzyklus) und ein Problem einer veränderten Bedarfsorientierung der Konsumenten (Nachfragezyklus) gesehen wird, zielt ihre Strukturpolitik auch auf den stofflichen Reproduktionszusammenhang des nationalen Kapitals. Dabei wird die *ökonomische* Funktion der Krise (Veränderung des Branchengefüges durch Entwertung und Vernichtung von Kapital, Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit) als *politisches* Konzept entwickelt. Hier liegt aber auch das Problem dieses wirtschaftspolitischen Konzepts: Da Scharpf/Hauff wirtschaftliche Krisen verhindern wollen, indem sie deren ökonomische Wirkungen politisch antizipieren, müssen sie sich auch eben jenen ökonomischen Widersprüchen aussetzen, die im kapitalistischen Zyklus ihre Bewegungsform finden.

Immanent betrachtet würde zunächst der geforderte Abbau der "Überindustrialisierung" zugunsten einer Ausweitung des Dienstleistungssektors (Scharpf 1974, 20) eine Umstrukturierung von der Kapitalbildung im Investitionsgütersektor zum Konsum- und Dienstleistungssektor implizieren und dementsprechend gerade die von ihnen auch geforderten produktiven Investitionen im Wachstumssektor der "technologischen Basisindustrien" beschneiden - mit dem Resultat einer Freisetzung von Arbeitskräften in diesem Bereich. Ebenfalls dürfte die angestrebte Verlagerung von strukturschwachen Branchen in Niedriglohnländer (Scharpf 1974, 20) weitere Arbeitskräfte freisetzen. Nun könnten ja die durch die aktive Strukturpolitik freigesetzten Arbeiter durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors aufgesogen werden - wie dies ja zu Ende der 50er und in den 60er Jahren der Fall gewesen ist. Aber gerade dieser Sektor soll produktiver produzieren, also selbst potentiell Arbeitskräfte freisetzen (Scharpf/Hauff 1976, 95ff.). Bliebe also als Beschäftigungspolitik nur die Förderung einer beschleunigten Kapitalakkumulation im industriellen Sektor, der aber wegen seines Übergewichts und seiner Exportabhängigkeit gerade eingeschränkt werden soll. Die Politik des "aktiven Strukturwandels" bedarf also gerade jener Branchenstruktur, gegen die sie ins Feld zieht. Während diese Widersprüche in der Konzeption sich eher aus der Unsinnigkeit der von Untersuchungen der "prognos-AG" entliehenen "Überindustrialisierungs"-These erklären, so ist der Kern in der strukturpolitischen Diskussion doch der, daß über Struktur- und Technologiepolitik die Produktivkraft der Arbeit gesteigert werden soll, indem neue Branchenstrukturen politisch gefördert, neue Technologien entwickelt werden sollen. Beides ist aber (wie jede kapitalistische Krise zeigt) mit Freisetzungen von Arbeitern,

Umsetzungen, Dequalifikationen und/oder Arbeitsintensivierungen verbunden. Indem diese Folgen jetzt *politisch* verantwortet werden müssen, bedarf die propagierte aktive Strukturpolitik der Absicherung durch die schon erwähnte "konzentrierte Aktion".

Politisch entfaltet sich daher in der Konzeption von Scharpf/Hauff eben jenes Dilemma, vor dem die Politik schon in ihrer kurzfristigen antizyklischen Politik steht: Denn die von den Autoren kritisierte "Erhaltungsstrategie" war ja auch eine "Arbeitsplatzerhaltungsstrategie" (wie auch die nachfrageorientierte Globalsteuerung). Wenn die Krise also die Veränderung in der Produktivitätsentwicklung und die Umschichtung in der Branchenstruktur naturwüchsig löst, indem über Konkurse, Entwertung von Kapital, Massenentlassungen und Lohndruck, Neuanlage von Kapital in verbesserter technologischer Form etc. die Voraussetzungen neuer Reproduktionsbeziehungen entstehen, so müssen Scharpf/Hauff - da sie *diese* Veränderungen politisch antizipieren wollen - auch ein Mittel entwickeln, das jenseits der naturwüchsigen Wirkungen der Krise bei den betroffenen Arbeitern bzw. Brancheneinzelkapitalisten die "Einsicht in die Notwendigkeit" z.B. einer Ausverlagerung von Branchen, von Umsetzungen von Arbeitskräften, u.U. von Dequalifikation etc., vermittelt. Diese Vermittlung sollen die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitern leisten: der ökonomische Zwang (der sich als politischer verkleidet hat) soll den Betroffenen über ihre Organisationen vermittelt werden, um jene Reibungsverluste zu vermeiden, die dadurch die ökonomische Krise und die dadurch hervorgerufenen verschärften Verteilungskonflikte eintreten würden (Scharpf 1974, 24). Das korporativistische Modell der "konzentrierten Aktion" ist so Resultat der Anpassung der Strukturpolitik

an die Zwänge der kapitalistischen Ökonomie. (1)

Diese "Zwänge" werden besonders dann deutlich, wenn die Wirkungen der von Scharpf/Hauff favorisierten "neuen Technologie" genauer untersucht werden. Wir hatten oben gezeigt, daß ein Charakteristikum der gegenwärtigen Krise und Stagnationsphase die angestiegene technische Zusammensetzung des Kapitals ist. Gerade die jetzt in der Krise eingeführte neue Technologie, z.B. die der "Mikroprozessoren" (Halbleiterelektronik), setzt aber im großen Umfang Arbeitskräfte frei und steigert weiter die technische Zusammensetzung des Kapitals. (2) Diese technologische Revolutionierung

- (1) Diese Widersprüche, deren Widerspiegelung im strukturellen Modell hier kurz angedeutet wurden, sind den Verfassern auch bewußt: Denn angesichts der skizzierten Vermittlungsprobleme und anhaltender Millionenarbeitslosigkeit plädiert Scharpf 1976 für eine "aktive Beschäftigungspolitik", über die der Spielraum für eine aktive Strukturpolitik erweitert werden soll. Durch eine solche auf staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen basierende Politik würde die Lösung des (durch den Strukturwandel verschärften) Arbeitslosigkeitsproblems "partiell" von den jeweiligen privatkapitalistischen Erfordernissen "entkoppelt". (Vgl. Scharpf 1976, 5ff.) Da die Bezahlung dieser "unproduktiv beschäftigten Arbeiter" früher oder später als Abzug vom Nettoprodukt erscheinen müßte, muß auch dieser Entwurf von Scharpf letztlich auf eine beschleunigte Kapitalakkumulation setzen - was durchaus nicht sicher ist.
- (2) Wenn der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1977 Rationalisierungsinvestitionen sogar als beschäftigungssteigernd bezeichnet (weil "die Maschine, die einen Arbeitsplatz einspart, in der Regel mit zusätzlichen Arbeitskräften produziert werden muß"), setzt er einerseits voraus, daß durch Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit die Mehrwertrate so gesteigert werden kann, daß über günstige Profitraten eine beschleunigte Kapitalakkumulation eingeleitet werden könnte. Zum anderen verkennt er aber völlig den Charakter der neuen Technologie, die gerade bisher arbeitsintensive Bereiche der Spezial- und Kleinserienfertigung in der Investitionsgüterindustrie umwälzt (z.B. (Fortsetzung nächste Seite)

des Produktionsprozesses ist darüber hinaus deshalb von Bedeutung, als auch Spezialfertigung (kleine Serien z.B. im Maschinenbau) davon betroffen sind mit der Folge (a) von Konzentrationsprozessen in diesen Branchen, (b) von Freisetzungen und Dequalifizierungen im traditionellen "Facharbeitermilieu" und (c) einer stark angestiegenen Arbeitsproduktivität. Die angestiegene Arbeitsproduktivität mag nun die Profitraten der Einzelkapitalisten enorm steigern; gesamtgesellschaftlich dürften jedoch massiver als zuvor die Probleme der Arbeitslosigkeit auf die Wirtschaftspolitik zukommen. Denn angesichts der angewachsenen technischen Zusammensetzung des Kapitals müßte die Akkumulationsrate des Kapitals im Inland schon wieder sehr hoch sein, um auch nur den Stand der aktuellen Arbeitslosigkeit konservieren zu können. (1) Auch der von den Autoren (und auch von der Bundesregierung in den neuesten (Ausgabe-)Programmen zur Förderung der Infrastruktur (2) angezielte Weg, über eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erneut eine beschleunigte Kapitalakkumulation einleiten zu können, findet seine Grenzen offenbar an den veränderten Bedingungen der Kapitalverwertung.

Fortsetzung:

durch die Halbleitertechnologie) und die sich durch einen hohen Grad an Miniaturisierung auszeichnet. Vgl. dazu Frosch 1978.

- (1) Zumal hier noch Tendenzen der steigenden Anlage von produktivem Kapital im Ausland hinzukommen.
- (2) Hier ist besonders das im März 1977 von der Bundesregierung beschlossene "Programm für Zukunftsinvestitionen" zu nennen, durch das bis einschließlich 1981 insgesamt 13,8 Mrd DM ausgegeben werden sollen. Kernpunkte: Verkehrs- und Wasserwirtschaft, Energiesektor, Umwelt und Berufsausbildung. Durch eine verbesserte Infrastruktur ("allgemeine Produktionsvoraussetzungen") soll hier die Arbeitsproduktivität bzw. die Rentabilität des Kapitals indirekt gefördert werden.

Das Schlagwort von der "Strukturpolitik" bezeichnet also Versuche von Wirtschaftspolitik und Wissenschaft, über die (politische) Förderung der Arbeitsproduktivität die Rentabilität der Einzelkapitale trotz angewachsener Kapitalzusammensetzung, erhöhtem Kapitalminimum etc. derart zu steigern, daß eine beschleunigte Akkumulation wieder möglich wird. Durch sie soll der Zeitbedarf von "Reinigungskrisen" zumindest verkürzt und der hohe Sockel "struktureller Arbeitslosigkeit" abgebaut werden. Gerade die Diskussion der immanenten Widersprüche dieser Konzeptionen hat jedoch gezeigt, daß jenseits der ökonomischen Lösung der kapitalistischen Widersprüche (also der Krise) wenig Raum bleibt für eine staatliche Strukturpolitik, die die sich selbst gesetzten Ziele realisieren will. Dies wird selbst im Ausgangspunkt der strukturpolitischen Diskussion deutlich: Wie der Sachverständigenrat begreift auch Scharpf den disziplinierenden Druck der *Krise* auf die Gesellschaft als Chance, die Strukturpolitik gegen relevante Gruppen durchzusetzen. "Gerade in der Krise können ja verfestigte Strukturen in Bewegung geraten und können grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in politische Reichweite rücken, die in der Normalsituation völlig unerreichbar wären." (Scharpf 1974, 12) Die Gefährdung des (erzwungenen) Konsenses durch die Dauerarbeitslosigkeit als Ausdruck der naturwüchsigen "Modernisierung der Volkswirtschaft" in Form kapitalistischer Rationalisierungsinvestitionen läßt dann nur noch die "aktive Beschäftigungspolitik" (Arbeitsbeschaffungsprogramme) als Möglichkeit für die staatliche Wirtschaftspolitik offen, den "Spielraum für gesellschaftliche Reformen [zu] erhalten und [zu] erweitern, statt ihn zu beschränken." (Scharpf 1976,9) Gegenüber der Globalsteuerung und der aktiven Strukturpolitik hätte dann dieses Konzept "den unschätzbaren

politischen Vorteil einer partiellen 'Entkoppelung' zwischen der Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems und den jeweiligen Erfordernissen der privatwirtschaftlichen Entwicklung" (ebd.).

6.4. Ökonomischer oder politischer Konjunkturzyklus?

Von den Gewerkschaften (die naturgemäß von der Krise besonders betroffen sind) wird der Umstand, daß die Restriktionspolitik (der Bundesbank) in etwa mit dem Zeitpunkt des Abschwungs einsetzt, zum Gegenstand einer Kriseninterpretation genommen, die in der Geldpolitik die Krisenursache sieht und die gemachte Krise als politisches Disziplinierungsinstrument gegenüber den Gewerkschaften begreift. (1) Während der Monetarismus die Notwendigkeit der Krise aus den über die Globalsteuerung "verzerrten Marktdaten" ableitet, wird von linken Keynesianern und auch von Gewerkschaftlern der Kern der monetaristischen Krisenpolitik, die Krise als Disziplinierungsinstrument gegenüber einer in der Zeit staatlich garantierter Vollbeschäftigung stark gewordenen Arbeiterbewegung, scharf angegriffen. Ihre theoretischen Vorstellungen entsprechen dabei u.a. der

-
- (1) Eine solche Kriseninterpretation liegt nicht nur angesichts des Umschwungs in der Geldpolitik bei flexiblen Wechselkursen auf der Hand, sondern ergibt sich auch aus der schon dargestellten Rolle der Fremdfinanzierung bei einer offensiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik der DGB-Zielprojektion 1973-1977 (vgl. dazu Kapitel 5 Anmerkung S.165).

von M. Kalecki (1) bereits relativ früh nach Keynes in die Diskussion eingebrachten Theorie vom "politischen Konjunkturzyklus" (1943), nach der zwar Vollbeschäftigung mit Hilfe keynesianischer Wirtschaftspolitik prinzipiell machbar ist, aber nicht unbegrenzt von den mächtigen Interessengruppen des Kapitals angesichts der dadurch bewirkten Stärke der Arbeiterklasse hingenommen wird. Diese haben dann die Möglichkeit, gestützt auf die Funktionsmechanismen des Systems, "Gegenmacht" zu entwickeln und die hohen Löhne als Konsequenz der Vollbeschäftigung wieder zu reduzieren. Wir wollen daher im folgenden einen bereits im Kapitel 2 behandelten Aspekt wieder aufnehmen und am Beispiel des ökonomischen und politischen Zyklus in der Bundesrepublik versuchen, die Tragfähigkeit der Theorie des "politischen Konjunkturzyklus" zu untersuchen.

-
- (1) Paradoxerweise kann u.E. gerade Kalecki, der als erster den zugrundeliegenden Sachverhalt thematisiert hat, *nicht* als "Stammvater" des politischen Konjunkturzyklus angesehen werden, wie dies Karl Kühne (in der sehr verdienstvollen Herausgabe seiner Essays in deutscher Sprache) tut: "Kalecki unterstellt, daß diese Steuerbarkeit [des kapitalistischen Systems, d. Verf.] gegeben sei. Er nahm aber gleichzeitig an, daß soziologisch-politische Gründe diese Steuerbarkeit zunichte machen würden." (Kühne in Kalecki 1976, 36) Gerade die im selben Band veröffentlichten Analysen Kaleckis zur Theorie des Konjunkturzyklus und zum Mechanismus des Konjunkturaufschwungs lassen Zweifel an einer solchen Unterstellung aufkommen. Auf Basis des Aufsatzes von Kalecki gewinnt aber besonders die von Glyn/Sutcliffe in die Diskussion eingebrachte Profit-Squeeze-Theorie an Bedeutung (die in den USA von I. Crotty und R. Body aufgenommen wurde). Der daraus entwickelbare Zusammenhang von staatlicher Wirtschaftspolitik, Monopolpreissetzung und Krise durch den Umschwung der staatlichen Politik zur Restriktionspolitik wird bei Bergmann u.a. (vgl. Kapitel 7) gut zusammengefaßt. Wesentliche Elemente der Theorie des politischen Konjunkturzyklus werden auch von den Verfassern des Memorandums "Alternativen für eine (Fortsetzung nächste Seite)

Die Entwicklung des Verhältnisses von ökonomischer Bewegung und staatlicher Wirtschaftspolitik seit 1967 scheint in der Tat ein geradezu klassischer Fall eines solchen politischen Konjunkturzyklus zu sein. Nach dieser Theorie ist es mit Hilfe des keynesianischen Instrumentariums prinzipiell möglich, daß die Wirtschaftspolitik im Kapitalismus das Ziel der Vollbeschäftigung verwirklichen kann. Dazu muß die Wirtschaftspolitik über deficit-spending die effektive Nachfrage erhöhen und zur Auslastung von in der Krise unausgelasteten Kapazitäten beitragen. Während nun in der Krise Gewerkschaften wie Unternehmer eine solche Politik gemeinsam stützen (wie dies in der Bundesrepublik in der Konzertierten Aktion auch institutionell seinen Ausdruck fand), droht im darauffolgenden Boom bei Vollbeschäftigung, die ja erhalten werden soll, die Macht der Gewerkschaften anzuwachsen. Lohnsteigerungen bedrohen die Profitabilität der Kapitale, die Unternehmer (so die These) reagieren *ökonomisch* mit Preissteigerungen und/oder Produktionseinschränkungen ("Investitionsstreiks"): Die daraufhin einsetzende Inflation bedroht Profite, Geldwert und Realzins der Rentiersklasse - dies besonders dann, wenn die stille Umverteilung zwischen Klassen mittels der Inflation nicht mehr gelingt! *Politisch* setzen daher bei Andauern des Booms große Kapitalgruppen und Vertreter des zinstragenden Kapitals (in der Bundesrepublik auch die Bundesbank) die Regierung unter Druck und erzwingen den Umschwung zugunsten einer restriktiven Wirtschaftspolitik, die eine "Reinigungskrise" einleitet und die "verzerrten Relationen" zwischen Löhnen und Gewinnen wieder

Fortsetzung:

soziale Wirtschaftspolitik" (Memorandum 1975) aufgenommen. Zu einem Literaturbericht vgl. Schlüter 1978.

"entzerrt". *Theoretisch* wird diese Politik durch den "Paradigmen-Wechsel" vom Keynesianismus zum Monetarismus begründet und gestützt.

Wir haben in unserer kurzen Skizze für die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik gesehen, daß es in der Tat einige Belege für eine solche Theorie gibt, und die Behauptung, daß Kapitalverbände (und Gewerkschaften) versuchen, bei der Regierung *Einfluß* zu gewinnen, soll hier gar nicht bestritten werden. In der Theorie des "political business cycle" wird vorausgesetzt, daß die Wirtschaftspolitik weitgehend autonom gegenüber dem ökonomischen Zyklus sich verhält und vielmehr umgekehrt diesen bestimmt und nicht - wie in unserer Zyklusanalyse - dieser die Daten für den Bewegungs- und Anpassungsspielraum der Wirtschaftspolitik bestimmt. Wurde mit dem Einsatz des keynesianischen Instrumentariums in der Bundesrepublik also das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Kapitalismus umgekehrt? Werden nunmehr die Gruppeninteressen und deren Durchsetzungsmöglichkeiten im politischen System dominant für den ökonomischen Ablauf?

In der Theorie des politischen Konjunkturzyklus ist immer schon unterstellt, daß die Interessen einzelner Gruppen und auch das Interesse "des Staates" unabhängig von den ökonomischen Verhältnissen existent sind wie auch deren Durchsetzungskraft gegenüber der staatlichen Politik nahezu nur als Machtfrage verstanden wird. Dieser Anknüpfungspunkt der Theorie des politischen Konjunkturzyklus reicht aber deshalb nicht aus, *weil in ihm die Frage nach den hinter der Durchsetzung von Interessen stehenden materiellen Zwängen weitgehend unterschlagen wird*. Da in dieser hier skizzierten Theorie die Ökonomie ja grundsätzlich als vom Staat regu-

lierbar betrachtet wird, können diese Zwänge, die wir in unserer Untersuchung des Zyklus als Veränderungen in den Bedingungen der Produktion und der Realisierung von Profit bestimmt hatten, auch gar nicht als dominant angenommen werden und soziologische Betrachtungsweisen (wie sie in der bargaining-Theorie und der Einflußforschung repräsentiert sind) lösen die materialistische Analyse ab. Wir werden daher im folgenden noch einmal auf dem Hintergrund des Zyklus die Interessenkonstellationen, das Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen (bzw. Klassen) und deren Veränderungen im Ablauf des Zyklus betrachten und dabei zeigen, daß es nicht einer behaupteten *exogenen* Kampfkraft bzw. eines besonderen Einflusses einer bestimmten Gruppe, Klasse etc. bedarf, um den politischen Zyklus der staatlichen Wirtschaftspolitik in dem von uns betrachteten Zeitraum erklären zu können.

Die "Alternativen" für die staatliche Wirtschaftspolitik sind in den verschiedenen Phasen des industriellen Zyklus unterschiedlich gewichtet (wobei wir vorerst von mittel- bzw. langfristigen Strukturproblemen absehen): Während *in* der Krise die nachfrageorientierte Globalsteuerung auf keinen nennenswerten Widerstand, wohl aber auf ein gemeinsames Interesse von Kapital und Lohnarbeit stößt, so sind es gerade die Wirkungen dieser Politik im Boom, die ein Abrücken der staatlichen Wirtschaftspolitik vom Keynesianismus notwendig machen (sofern sich die Wirtschaftspolitik nicht in Widerspruch zu den kapitalistischen "Sachzwängen" setzen will): Denn während die Krise die Globalsteuerung bereits auf die Wirkungen der Krise vertrauen und zusätzlich die Auslastung des produktiven Kapitals im Aufschwung sichern kann, wird sie im Boom, wenn sie sich

die fortwährende Vollbeschäftigung zum Ziele setzt, zum Hemmschuh der kapitalistischen Entwicklung, insofern sie "Disproportionalitäten" in den Komponenten der Verwertung *festschreibt*. Im Boom findet dann die Globalsteuerung ihre Grenze an den gestiegenen Kosten und dem fallenden Verwertungsgrad des Kapitals, der sich zunächst noch durch inflationäre Prozesse aufschieben lassen mag, der sich dann aber vermittels der Inflation durchsetzt. (Dies "ahnt" auch die von seiten des Monetarismus vorgebrachte Kritik am Keynesianismus und an der Globalsteuerung, auch wenn sie die Disproportionalitäten einseitig an der Lohnentwicklung festmacht.) Stehen sich daher im Boom Globalsteuerung und Restriktionspolitik als alternative Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik gegenüber, so werden diese Alternativen auch von unterschiedlichen Interessengruppen gestützt:

a) Insbesondere die *Gewerkschaften* forderten angesichts eines drohenden Abschwungs mit Arbeitslosigkeit auf Basis einer Überproduktionstheorie die Aufrechterhaltung bzw. Erhöhung der staatlichen Nachfrage. Denn naturgemäß wäre ihre Position bei Lohnverhandlungen durch die Arbeitslosigkeit geschwächt und darüberhinaus müssen sie als Vertreter der Arbeiter für die Sicherheit der Arbeitsplätze kämpfen. Dies umso mehr, als sich auf dem Hintergrund der langen Prosperitätsphase in der Bundesrepublik bei den Arbeitern das Selbstverständnis von einem gesicherten Arbeitsplatz bei steigendem Reproduktionsniveau verfestigt hat. Paradoxerweise hat gerade der Keynesianismus in der Bundesrepublik dabei die Illusion von der Machbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung auch bei Teilen der Arbeiterschaft verstärkt und damit wachsende Ansprüche gegenüber der staatlichen Wirtschaftspolitik freigesetzt (vgl. Kap.8).

Insgesamt bedroht die Massenarbeitslosigkeit eine weitgehend auf Vollbeschäftigungsvorstellungen beruhende Massenloyalität und damit letztlich die wesentliche Voraussetzung des Klassenkompromisses zwischen Lohnarbeit und Kapital, auf dessen Basis sich erst der Klassenkonflikt in der reduzierten Form des Verteilungskonfliktes darstellen lassen kann.(1)

Aber auch einzelne Branchenkapitale haben ein Interesse an einer Verhinderung oder doch zumindest raschen Bewältigung einer Krise, die ja mit der Vernichtung von Kapital verbunden ist und woran die betroffenen (bzw. bedrohten) Einzelkapitale kein Interesse haben können. Hier liegen auch die *gemeinsamen* Interessen von Arbeitern und Einzelkapitalisten gegenüber der staatlichen Wirtschaftspolitik.

b) Demgegenüber wird von jenen *Kapitalgruppen*, die aus einer Reinigungskrise durchaus Nutzen ziehen (und dies sind besonders große Kapitalgruppen, das zins - tragende Kapital) eine Zurückhaltung des Staates gerade angesichts der beginnenden Krise gefordert, da - von Gesichtspunkten des "Gesamtkapitals" her gesehen - erst die Krise die Grundlage für die erneute Erhöhung des Verwertungsgrades und den zyklischen Wiederaufschwung wieder herstellt. Eine Krise - so auch konservative Teile der Wissenschaft, wie sie im Sachverständigenrat vertreten sind - soll die zuvor in der Prosperität entwickelten "Disproportionalitäten" beseitigen und eine "Stabilisierungsphase" einleiten. Anhand des Bei-

(1) Vgl. dazu Blanke 1977, 155ff. Eine solche "Möglichkeit" wird aber gerade in der *Krise* in der Regel nicht Wirklichkeit, weil die Krise ja gerade die Konkurrenz der Arbeiter untereinander freisetzt, und auf diese disziplinierende Funktion setzt ja auch die Restriktionspolitik.

ratsgutachtens hatten wir diesen Kern der monetaristischen Krisenpolitik schon dargestellt, der auf der These basiert, daß der praktizierte Keynesianismus notwendig zu einer Kumulation von Problemen im Kapitalverwertungsprozeß führt, die sich in der überzyklischen Inflation ausdrücken.

Ginge es nun nur um eine bloße Machtauseinandersetzung in der Frage, welche der beiden Interessengruppen sich mit "ihrer" wirtschaftlichen Konzeption durchsetzt, so ständen gerade die Gewerkschaften in der Phase des Booms angesichts allgemeiner Arbeitskräfteknappheit gegenüber dem Kapital sogar in einer relativ starken Position. Andererseits zeigt sich aber bei genauerer Analyse der Wirkungen der alternativen wirtschaftspolitischen Konzeptionen, daß die Kapitalseite auf Basis der - ja nicht infrage gestellten - kapitalistischen Bewegungsgesetze die "besseren Argumente" hat. Denn (vgl. dazu auch Kapitel 2, Schaubild 2):

a) legt die staatliche Wirtschaftspolitik jetzt im Rahmen der keynesianischen Globalsteuerung weiterhin ein Schwergewicht auf die *Förderung der Nachfrage* und damit die Auslastung ungenutzter Kapazitäten, dann wird dadurch zugleich die Krisenlösung im privaten Sektor erschwert: Entwertungsprozesse werden aufgeschoben (mit der Folge inflationärer Prozesse), der private Kredit wird durch die Kreditaufnahme des Staates verteuert, die steuerlichen Abzüge von Lohn und Profit erhöhen sich, die Löhne bleiben ebenfalls bei vorerst noch andauernder Vollbeschäftigung noch hoch und strukturelle Disproportionalitäten werden festgeschrieben.

b) Soll andererseits die allgemeine Profitrate im Rahmen einer kostenorientierten Restriktionspolitik als Motor der Akkumulation durch steuerliche Begünstigung der Kapitale, Haushaltssanierung (mit der Folge einer Ver-

ringerung des staatlichen Anteils am Nettoprodukt) und eine über Arbeitslosigkeit bewirkte *Lohnsenkung* stabilisiert werden, so hat dies auch die Wirkung, daß die Nachfrage und damit die Auslastung des produktiven Kapitals weiter abgeschwächt wird. Damit bleibt - aufgrund der niedrigen Profitmassen - auch die Profitrate niedrig; Entwertungsprozesse setzen sich durch, die zyklische Arbeitslosigkeit tritt hervor.

Da die Vollbeschäftigungspolitik mittelfristig aber auf Basis der kapitalistischen Produktion weder Inflation noch Krise verhindern kann, ist in der hier betrachteten Phase des Zyklus die Restriktionspolitik nicht nur Ergebnis des besonderen Durchsetzungsvermögens der Kapitalgruppen gegenüber dem Staat: In der Restriktionspolitik zeigt sich vielmehr die strukturelle Abhängigkeit der Inhalte staatlicher Wirtschaftspolitik im Kapitalismus von den Inhalten resp. Zwängen kapitalistischer Verwertung. (1) Durch eine Anpassung der Wirtschaftspolitik an die kapitalistischen Gesetze hofft man offensichtlich mittelfristig wieder das wirtschaftliche Wachstum und die Sicherung der Arbeitsplätze zu erreichen.

-
- (1) Solange sie nicht die Basis der kapitalistischen Produktionsweise selbst tangiert - müßte hinzugefügt werden. Darin liegt auch das Illusorische des Orientierungsrahmens der SPD, der erst über die Ausweitung des Staatssektors eine gerechtere Gesellschaft anstrebte - und dabei vergessen hatte, daß dann in der Tat "die Kuh geschlachtet werden müßte, die gemolken werden soll", nämlich der private (reproduktive) Sektor stagnieren müßte und gerade die Mittel für die fortgesetzte Ausweitung des Staatssektors nicht mehr zur Verfügung stellen kann (von davorliegenden politischen Konflikten einmal abgesehen). Die neuerliche Revision der Orientierungsrahmen hat im Zuge der "realistischeren" Politik von Schmidt denn auch mit dieser Illusion Schluß gemacht..

Die Theorie vom "politischen Konjunkturzyklus" wurde hier in der von Kalecki ausgehenden (linkskeynesianischen) Version vorgestellt. Interessanterweise läßt sich aber diese Sichtweise des kapitalistischen Krisenzyklus auch in konservativen Interpretationen der Krise festmachen: Wenn der Sachverständigenrat z.B. die Ursache der Krise in den im Boom überhöhten Ansprüchen der pluralistischen Gruppen, besonders aber denen der Gewerkschaften sieht, wird auch hier letztlich die Krise aus falschem Verhalten, falscher Tarifpolitik etc. erklärt, was angesichts der in den 70er Jahren wieder angenommenen neoklassischen Theorie durch den Rat nicht verwundert (vgl. zum "Subjektivismus" der neoklassischen "Zyklustheorie" Kapitel 2). Der Unterschied besteht allerdings darin, daß die monetaristische Version des Sachverständigenrates von einem an und für sich *stabilen* privaten Sektor ausgeht, der durch falsche Politik von Staat und Tarifpartnern destabilisiert wird. Dagegen gehen die Linkskeynesianer von einem *instabilen* privatkapitalistischen Sektor aus, der gerade durch die antizyklische Regulierungskapazität der Globalsteuerung bei Vollbeschäftigung stabilisiert werden könnte, wobei diese Politik dann in Widerspruch zu großen Kapitalgruppen und der Zentralbank gerät, wenn sie erfolgreich ist.

Wir haben in unserer Darstellung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie auf die Untersuchung der *Einflußebene* weitgehend verzichtet, also gerade auf jenen Bereich, den die Theoretiker des "Politischen Konjunkturzyklus" thematisieren. Dies hätte auch den Rahmen unserer Skizze gesprengt. Andererseits konnte allein auf Basis einer "Funktionsanalyse" schon gezeigt werden, daß die autonome Bewegung der Ökonomie bestimmte Anpassungsprozesse von der Politik erzwingt, die aller-

dings nochmals im Zusammenhang mit den konkreten Einflußfaktoren ("Ebene der Interessenartikulation") untersucht werden müßten.

Insofern die Theorie vom politischen Konjunkturzyklus auf dieser politischen (Einfluß-) Ebene den *Klassen-gegensatz* artikuliert, löst sie den gewerkschaftlichen Kampf aus dem pluralistischen Nebeneinander und der ökonomischen Beschränkung auf die Tarifpolitik. Hier ist also ein wichtiger positiver Aspekt dieser Theorie, soweit sie politische Praxis ist: Die Sachzwänge der kapitalistischen Ökonomie werden zugunsten der Interessen der Arbeiter infrage gestellt, die Wirtschaftspolitik von Regierung und Zentralbank wird auf ihre klassenspezifischen Inhalte hin hinterfragt. (1) Indem aber diese Theorie und die daran aufbauende Praxis selbst den kapitalistischen Zyklus als Resultat von Interessenkämpfen von Gruppen begreift und nicht mehr (oder noch nicht) als *Bewegungsform* der kapitalistischen Widersprüche, kann sie die strukturellen Rahmenbedingungen der Politik nicht thematisieren: die autonome Bewegung des Kapitals. Sie bleibt daher letztlich gegenüber der Plausibilität der Argumente für eine Restriktionspolitik hilflos und sie kann - gegenüber den Arbeitern - den in der Krise aufbrechenden Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht programmatisch artikulieren. Ihre Lösungsformen bleiben "harmonistisch".

(1) Dieser Aspekt wird u.E. zu Recht von Huffs Schmid den Kritikern des Memorandums implizit vorgehalten.
(Huffs Schmid, in: Huffs Schmid/Schul 1976, 480).

6.5. Zusammenfassung

1) Mit dem scheinbar aufgrund einer erfolgreichen Globalsteuerung einsetzenden Aufschwung und Boom nach 1967 werden die Grundlagen der Globalsteuerung (die günstigen, durch die Krise geschaffenen Verwertungsbedingungen des Kapitals und der soziale Konsens) zer-
setzt: der kapitalistische Zyklus leitet in seine Abschwungphase über. Während nun die staatliche Wirtschaftspolitik - indem sie durch die Fiskalpolitik die Vollbeschäftigung sichern will - zur Inflation beiträgt, kann sie aber zugleich die Stagnation nicht verhindern. Die Krise setzt sich vermittels der Inflation durch. Indem die Grenzen des Keynesianismus sichtbar werden, erfolgt (zunächst in der theoretischen Diskussion, dann in der politischen Praxis) ein *Umschwung in Richtung einer monetaristisch geprägten Wirtschaftspolitik*. Die Krise soll nicht mehr um den Preis der Inflation verhindert werden. Statt dessen wird von den Monetaristen und ihren politischen Befürwortern in Bundesbank und Sachverständigenrat auf die "reinigende Funktion" der Krise gesetzt. Über eine mengenorientierte Geldpolitik auf Basis flexibler Wechselkurse soll kein Raum mehr für inflationäre Prozesse gegeben und die staatliche Ausgabenpolitik ver-
stetigt werden. Der Anteil des Staates am Sozialprodukt soll verringert (bzw. nicht mehr ausgeweitet) und die Ausgabenstruktur zugunsten investiver Ausgaben verändert werden.

2) Andererseits steht auch jetzt die Wirtschaftspolitik angesichts der hohen "sozialen Kosten" dieser Art von Restriktionspolitik in einem Dilemma: Einerseits soll die Krise ihre "reinigende Funktion" erbringen, zum anderen sollen daraus möglicherweise entspringende soziale Konflikte tunlichst vermieden werden. Dieser

"Wettlauf mit der Zeit" und die offenkundigen "strukturellen" Probleme der Kapitalakkumulation werden zum Anlaß genommen, verstärkt *strukturpolitische Maßnahmen* des Staates zu fordern. Soweit sich diese Maßnahmen nicht lediglich auf eine steuerliche Begünstigung von Investitionen und die Zurückdrängung der konsumptiven Ausgaben im Haushalt des Staates beschränken (so der Sachverständigenrat), zielen sie einen stärkeren Einfluß des Staates gegenüber den Investitions- und Technologieentscheidungen der Unternehmen an. In dem *korporativistischen* Modell einer "Konzentrierten Aktion" von Staat, Kapital, Gewerkschaften und Forschungsinstituten soll die Funktion der kapitalistischen Krise politisch antizipiert und den Betroffenen vermittelt werden, durch die staatlich vermittelte Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eine beschleunigte Kapitalakkumulation eingeleitet werden - in der *Hoffnung*, dadurch die Arbeitslosigkeit zumindest mittelfristig beseitigen zu können.

3) Der scheinbar dominierenden Rolle, die der Monetarismus der Restriktionspolitik insbesondere der Bundesbank im Kontext der "Reinigungskrisen" zuweist, entspricht auf seiten der kritischen Wissenschaft und der Gewerkschaften eine Interpretation der Krise als politisch von der Bundesbank gewollter. Bewußt oder unbewußt wird in dieser Sichtweise an die von Kalecki in die Diskussion eingeführte Theorie vom politischen Konjunkturzyklus angeknüpft. Dabei gewinnt der politische Interessenkampf eine gegenüber der ökonomischen Dynamik unabhängige Existenzweise, das Verhältnis von Ökonomie und Politik wird von den gesellschaftlichen Bewegungsgesetzen getrennt untersucht. Die Krise erscheint als Resultat falscher bzw. einseitig Interessenbezogener Politik; die "normalen" Bewegungsgesetze

des kapitalistischen Zyklus wie die besonderen historischen Bedingungen der Kapitalverwertung als Determinanten der Wirtschaftspolitik werden nicht oder doch nur marginal in die Analyse einbezogen.

4) Die Restriktionspolitik wie auch die strukturalistische Diskussion sind dabei gerade im Kontext der besonderen Bedingungen der Kapitalverwertung, der angestiegenen technischen Zusammensetzung des Kapitals und dem dadurch erforderlichen stark angewachsenen Kapital"bedarf" für eine beschleunigte Kapitalakkumulation zu sehen. Während in den vorgestellten strukturalistischen "Modellen" die *Akkumulationsrate* über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wieder angehoben werden soll, setzt die Restriktionspolitik auf die Wirkungen der Krise. Während die strukturalistische Diskussion (z.B. bei Scharpf/Hauff) von der Sorge eines möglichen Legitimationsverlustes des politischen Systems durch Krise und Arbeitslosigkeit geprägt ist, setzt die Restriktionspolitik gerade auf diese disziplinierende Funktion der Krise. Sie ist auch nicht nur als Wirtschaftspolitik im engeren Sinne allein zu begreifen, sondern muß im gesellschaftlichen Zusammenhang gesehen werden, der Mitte der 70er Jahre mit dem Schlagwort der "Tendenzwende" bezeichnet werden kann. Insofern bezeichnet der Begriff "Austerity"-Politik auch mehr als nur die wirtschaftspolitische Komponente der Krisenpolitik in der Bundesrepublik : Denn wenn wir zuvor in der Einführung der keynesianischen Globalsteuerung auch eine gewisse Kräfteverschiebung zwischen den gesellschaftlichen Kräften gesehen haben, so kann andererseits auch die "Rückkehr" zur (im Gewand des "Monetarismus" gekleideten) Neoklassik in der Wirtschaftspolitik als Ausdruck einer solchen Kräfteverschiebung in der Gesellschaft gewertet werden.

5) Unsere historische Darstellung der Entwicklung der Wirtschaftspolitik im letzten industriellen Zyklus der Bundesrepublik hat gezeigt, daß es *keine unmittelbaren Entsprechungen von "ökonomischen Notwendigkeiten" und "staatlichem" (wirtschaftspolitischem) Handeln* gibt - nicht zuletzt deshalb, weil die "Sphäre der Interessenartikulation" jene ökonomischen Notwendigkeiten nur stark gebrochen über bestimmte Interessengruppen (die selbst wiederum konkurrierende Einzelinteressen zusammenfassen) in das politische System getragen werden. Die einzelnen Varianten der Theorie vom politischen Konjunkturzyklus meinen aber auf dieser Ebene schon die Entscheidung zugunsten einer bestimmten ökonomisch-notwendigen wirtschaftspolitischen Strategie ursächlich bestimmen zu können: Eine "Entsprechung" staatlichen Handelns mit ökonomischen "Notwendigkeiten" wird über den pluralistisch strukturierten Machtkampf in der Politik entschieden. Dagegen haben wir einmal gezeigt,

Erstens, warum bestimmte Interessen in bestimmten Phasen den Charakter "allgemeiner Interessen" annehmen können, in denen das "Gemeinwohl" bzw. die "Wohlfahrt des Ganzen" reflektiert wird; wir haben

zweitens dargestellt, daß sich diese Interessen nicht ungebrochen durchsetzen können, sondern mit Rücksicht auf die Regierungsloyalität breiter Schichten und diese repräsentierende Interessengruppen ihre Durchsetzung abgemildert wird; wir haben

drittens gesehen, daß allgemein Politik nicht notwendig den ökonomischen Erfordernissen "entspricht", sondern daß gerade aus den Eigengesetzlichkeiten des politischen Systems (z.B. Schranke des Föderalismus; durch den Interessenkampf gesetzte Widersprüche in der Administration selbst) zu erklären ist, daß sich

Politik bestenfalls an die ökonomische Bewegung *anpaßt*, zeitlich verzögert und durchaus nicht unmittelbar entsprechend.

6) Weiter hat sich gezeigt, daß die Grenzen staatsinterventionistischen Handelns gegenüber der kapitalistischen Ökonomie den Eingriffsformen selbst immanent sind; diese reproduzieren die Widersprüche in der Kapitalreproduktion und können sie nicht aufheben, sondern nur zeitlich begrenzt vermitteln. Aus diesen Schranken folgt in unserem untersuchten Zeitraum ein *Zyklus staatsinterventionistischer Formen*, der den jeweiligen Phasen des ökonomischen Zyklus folgt. Dem entspricht auch eine *Verschiebung in der Bedeutung der beiden Eingriffsformen "Geld" und "Recht" zueinander*: Während im Rahmen der Globalsteuerung mittels ökonomischer (finanzieller) Maßnahmen der Zyklus reguliert werden soll, tritt im Zuge der monetaristisch geprägten Wirtschaftspolitik nach 1973 diese Eingriffsform relativ zurück zugunsten eines "Selbstlaufes" der Ökonomie im Rahmen allgemeiner rechtlich gesetzter Konkurrenzbedingungen.

7. Kapitel: Macht und ökonomisches Gesetz - Zur Auseinandersetzung mit politisch-ökonomischen Machttheorien

Wir wollen die am Beispiel der Auseinandersetzung mit der Theorie vom "politischen Konjunkturzyklus" aufgeworfene Fragestellung im folgenden Kapitel weiter verfolgen und allgemeiner die Frage nach der Rolle von ökonomischer und/oder politischer Machtstrukturen im ökonomischen Zyklus aufwerfen. Dazu sollen Theorien diskutiert werden, die - ausgehend von einer Veränderung der Strukturen des Kapitalismus - ökonomische und politische Macht- und Klassenkämpfe als Ursache von Prosperität und Krise im "Spätkapitalismus" ansehen. In diesem Kapitel wird es daher um die Kritik der "Autonomiethese" gehen, denn alle hier im folgenden referierten Ansätze müssen von einer Autonomie der politischen Sphäre gegenüber der Ökonomie ausgehen, um überhaupt die Dominanz politischen Handelns gegenüber der ökonomischen Bewegung begründen zu können.

Dabei soll mit der Kritik der "Machttheorien" keineswegs der Ansatzpunkt dieser Theorien selbst infrage gestellt werden; vielmehr ist es unbedingt notwendig, die konkrete Rolle des Staates, die Rolle von Monopolen und von großen Kapitalgruppen, von starken Gewerkschaften und die Bedeutung von Macht- und Klassenkämpfen im ökonomischen Zyklus und in der gesellschaftlichen Entwicklung zu klären - in der Vernachlässigung der damit angesprochenen "Ebene der Interessenartikulation" und des Aufzeigens der ökonomischen Vermitteltheit der Interessenkämpfe auf *dieser* Ebene liegt auch ein Defizit der hier entwickelten Kritik; deshalb die Darstellung der gewerkschaftlichen Entwicklung im dritten Teil.

Die Kritik in diesem Kapitel zielt in erster Linie auf eine Dominanzbehauptung, aus der die ökonomische Vermittlung von Politik und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen herausgefallen ist, welche (bestenfalls) im Nachhinein wieder in die Analyse hineingenommen wird. Dabei setzen wir nicht einfach der Behauptung, die Politik bzw. die politische oder gesellschaftliche Sphäre bestimme die ökonomische Entwicklung, die Umkehrung entgegen, die politische Sphäre sei nur und unmittelbar durch die ökonomische bestimmt (also die "Entsprechungsthese"): Beide Positionen gehen - so lautete schon unsere Kritik in der Einleitung - von einander getrennten Sphären (oder Systemen) der Politik und der Ökonomie aus, die dann äußerlich miteinander verbunden werden: sei es in einem Wechselverhältnis (vgl. dazu die in der Politikwissenschaft bzw. Politischen Wirtschaftslehre gängige "Interdependenztheorie" (von Eynern 1968)), sei es, daß das eine System jeweils für das andere System bestimmend ist, wie in der "Entsprechungs"- und "Autonomiethese" schon dargestellt. Dagegen begreifen wir "Ökonomie" und "Politik" als Formen kapitalistischer Vergesellschaftung, die in einem inneren Zusammenhang zueinander stehen auf Basis der gesellschaftlichen Reproduktion innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Diese vorerst noch abstrakte Setzung soll im folgenden konkreter entwickelt werden.

7.1. Gesellschaftliche Machtverhältnisse und ökonomische Vermittlung

Um einen ersten Einstieg in unser Problem zu gewinnen, wollen wir mit einem historischen Beispiel beginnen und so die politische Relevanz der folgenden Auseinandersetzung deutlich machen: In dem bekannten "Revisionismusstreit" innerhalb der deutschen Sozialdemokratie betonte Kautsky gegenüber den "Reformisten", daß sich im Kapitalismus "zwei sehr gegensätzliche Elemente", nämlich Kapital und Arbeit, als "riesenhafte, festgeschlossene Organisationen" gegenüberstünden, die als mächtige Blöcke "das ganze gesellschaftliche und staatliche Leben bedingen" (Kautsky 1972, 33f.). In dieser Darstellung ist die Auffassung eingeschlossen, daß die jeweilige Macht bewegendes Prinzip der gesellschaftlichen Veränderungen - in die eine oder die andere Richtung - sei und die Frage nach den gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen von Machtpositionen, also nach den "Bewegungsgesetzen" der kapitalistischen Gesellschaft, keine Rolle spiele. Kapital und Arbeit werden hier als zwei Subjekte, die sich ihren Interessen folgend organisiert haben, verstanden, weniger als Momente des die gesamte Gesellschaft strukturierenden Kapitalverhältnisses und -reproduktion, in dessen Gesetzmäßigkeiten Kapital und Arbeit beide eingebunden sind. "Klassengegensätze sind Gegensätze des Wollens" (ebd., 42), heißt daher die Parole, die sich in unterschiedlicher theoretischer Begründung bis heute als eine Linie marxistischer Tradition in der Diskussion fortsetzt. Es sei nur angemerkt, daß in dieser Frage der Kontrahent Kautskys, Bernstein, keine andere Position eingenommen hatte. Auch für ihn war "die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ... zu allen Zeiten eine *Frage der Macht und der Organisation*" (Bernstein 1904, 76).

Von der Zerlegung des nach historisch spezifischen Gesetzen sich konstituierenden und entwickelnden Kapitalverhältnisses in die mit spezifischer Macht ausgestatteten Subjekte Kapital und Arbeit kann tatsächlich der gesellschaftliche Konflikt zunächst als Verteilungskonflikt interpretiert werden. Dies findet seinen Ausdruck, ebenfalls in der deutschen Sozialdemokratie, in der Theorie vom politischen Lohn, die zunächst von Bernstein vorgestellt, dann aber in den 20er Jahren von Hilferding, Tarnow und anderen sozialdemokratisch orientierten Theoretikern aufgegriffen und weiterentwickelt worden ist. "Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern", führte Hilferding auf seiner berühmten Parteitage Rede 1927 von der SPD aus, "daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet ..." (Hilferding 1927, 70). Hier werden die *gesellschaftlichen* Widersprüche, wie sie sich in den Tendenzen der Kapitalakkumulation ihren Ausdruck verschaffen, tatsächlich als *politische* Machtfragen uminterpretiert. Dabei kann gar nicht geleugnet werden, daß Lohnfragen auch politische Machtfragen sind. Jedoch geht es gar nicht um diese unstrittige Feststellung, sondern um die Frage, wie beispielsweise Lohnbewegungen im Rahmen des Kapitalverhältnisses auf die Profitabilität, die Akkumulation von Kapital, die Preis- und Beschäftigungsentwicklung usw. wirken. Die Voraussetzungen und Rückwirkungen von Machtauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des kapitalistischen, gesamtgesellschaftlichen *Reproduktionszusammenhangs* verweisen auf das eigentliche Problem.

Ähnlich stellt sich das Problem bei der Betrachtung der Macht der Kapitalistenklasse bzw. bestimmter Gruppen innerhalb des Kapitals, z.B. der Macht von Monopolen (vgl. dazu die Diskussionen um Theorien des "Monopolkapitalismus", "staatsmonopolistischen Kapitalismus" etc.). Denn auch der Macht von Monopolen ist zunächst einmal Kapitalverhältnis und Kapitalakkumulation *vorausgesetzt* und auch das Handeln von Monopolen muß sich auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Gesamtkapitals *rückbeziehen*, bleibt einzelkapitalistisches Handeln (vgl. dazu Altwater u.a. 1975) und kann deshalb die Regulierung der gesellschaftlichen Reproduktion durch das Wertgesetz nicht aufheben.

Entscheidend für das hier zur Diskussion stehende Verhältnis von Macht und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ist es daher, daß die Arbeiterklasse und der Staat ebenso wie die Kapitalistenklasse über ihre jeweilige Macht und Machtauseinandersetzung sehr wohl die Entwicklungstendenzen bestimmen, nur: daß diese Machtverhältnisse im Kapitalismus *wesentlich ökonomisch vermittelt* sind. Eine Analyse, die auf die Macht- und Interessenkämpfe reduziert bleibt, ohne die hinter diesen Kämpfen existierenden strukturell-gesellschaftlichen Verhältnisse zu beachten, nimmt dann sehr schnell die unmittelbar erscheinenden Interessenausinandersetzungen für die bestimmenden Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Am Beispiel der Analyse des politischen Systems hat Blanke (1977) den komplexen Zusammenhang zwischen der Sphäre des "Politischen" und der materiellen Reproduktion der Gesellschaft sehr deutlich gemacht:

"Die kapitalistische Form der Vergesellschaftung ist durch den Vermittlungsmechanismus des Wertgesetzes bestimmt. Das Wertgesetz ist Ausdruck des Widerspruchs einer *an sich bestehenden* Gesellschaftlichkeit der Produktion, die jedoch als Zusammenhang der arbeitsteilig und privat produzierenden Eigentümer sich immer erst in einem naturwüchsigen Prozeß 'nachträglich' *realisieren* kann. Allgemeine gesellschaftliche Bestimmtheit des Lebensprozesses, als wechselseitige Abhängigkeit der Arbeiten und Arbeitenden voneinander, und Verselbständigung dieser Arbeit in Form der Privatisierung der Produktionsprozesse und des Privateigentums über die Produktionsbedingungen und Produkte bedingen die strukturell-unbewußten Bewegungen von Produktionen und Zirkulation, sachlicher Beziehungen der produzierten Produkte aufeinander als Waren und verdinglichter Beziehungen der Menschen als 'Eigentümer' zueinander, in denen sich die Reproduktion der Gesellschaft als ganzer vollzieht. Die warenproduzierende kapitalistische Gesellschaftsform kann sich jedoch nicht allein über die *sachlichen* Formen, d.h. die 'Ökonomie', reproduzieren. Sie bedarf 'außerökonomischer' Formen der Vergesellschaftung der Menschen als handelnder Subjekte. Jedoch auch die 'außerökonomischen' Formen folgen dem Grundmuster strukturell-unbewußter Vergesellschaftung." (Blanke 1977, 137f.) Bezogen auf unsere Problemstellung heißt dies, daß sich auch der Klassengegensatz zunächst auf der Oberfläche als *Interessenkampf* der "Eigentümer" von Waren darstellt und daher an die sachlichen Beziehungen gebunden ist. Der Tausch Lohnarbeit-Kapital vermittelt die Kapitalreproduktion und das Herrschaftsverhältnis als *ökonomische* Beziehung, woraus die Möglichkeit des Umschlags vom "Interessenkampf" zum "Klassenkampf" resultiert.

Der Interessenkampf kann aber gegenüber dem zugrunde liegenden Klassengegensatz als umso bestimmender erscheinen, wenn die materiell-ökonomischen Bedingungen breite Konzessionsspielräume bieten, in deren Rahmen dann in der Tat die Auseinandersetzung zwischen den Eingetümmern der Ware Arbeitskraft und den Eigentümern der Produktionsmittel über den jeweiligen Anteil am produzierten Nettoprodukt entscheidet! Zum Beispiel kann mit Habermas (1973) angenommen werden, daß in der Verteilungssphäre ökonomisch ein so großer Spielraum für machtpolitische Auseinandersetzungen existiert, daß Profit und Lohn nicht oder nicht fühlbar in Widerspruch stehen, so daß der "politische Charakter des Lohns" behauptet werden kann. Bei einer breiten Kompromißzone kann es in wachstumsintensiven Sektoren gelingen, den "Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital zu entschärfen und einen partiellen Klassenkompromiß herbeizuführen" (ebd., 82). Umgekehrt bei einem zyklischen Abschwung, in der Krise und in Stagnationsphasen der Kapitalakkumulation: Unter diesen veränderten ökonomischen Bedingungen kann dann der Kampf um den Anteil am Nettoprodukt als unmittelbare Ursache der Krise erscheinen; angesichts veränderter Kompromißzonen muß der Interessenkampf dann sogar verschärft geführt werden (und zwar von seiten der Lohnarbeit wie von seiten des Kapitals) und kann auch die Basis für ein Umschlagen in die Konfrontation der Klassen abgeben. Allerdings wird gerade in der Krise die Macht des Kapitals über die Krisenauswirkungen (industrielle Reservearmee, Konkurrenz der Arbeiter) anwachsen; und diese Stärke wird i.d.R. ökonomisch vermittelt sein.

Gegenüber dieser Sichtweise, die von der Form der Vergesellschaftung im Kapitalismus und von ökonomisch vermittelten gesellschaftlichen Machtstrukturen im Kapitalismus her argumentiert, gehen die im nächsten Ab-

schnitt (stellvertretend für die Breite dieser Diskussion) vorgestellten Ansätze von *Strukturveränderungen* innerhalb des "Spät-" bzw. "Monopolkapitalismus" aus, die den in unserer Arbeit zugrunde gelegten Zusammenhang von gesellschaftlicher Reproduktion und Macht gesellschaftlicher Gruppen und Klassen umkehren: Aus der besonderen Macht einer Gruppe oder Klasse bzw. aus den Kämpfen zwischen den Gruppen und Klassen wird die gesellschaftlichen Entwicklung erklärt; die politische Sphäre bestimmt die Ökonomie. Für diese Interpretation sollen hier die folgenden Ansätze stehen, die wir genauer untersuchen wollen:

- a) Die "*profits-squeeze-Theorie*", die anhand einer ausführlichen Untersuchung der ökonomischen Entwicklung in Großbritannien von Andrew Glyn und Bob Sutcliffe zuerst formuliert wurde: In dieser Theorie wird die kapitalistische Krise dadurch erklärt, daß der Profit in die Klemme von Lohnforderungen der Arbeiter und internationalen Konkurrenzkampf geraten sei (Glyn/Sutcliffe 1972);
- b) Die Theorie vom "*inflationären Verteilungskonflikt*", die in Fortführung der Thesen von Glyn/Sutcliffe die Zusammenhänge von Lohnkampf der Arbeiter und Preissetzungsmacht des Kapitals auf der Basis einer als erfolgreich unterstellten Vollbeschäftigungspolitik des Staates thematisiert und die besonders in der Bundesrepublik für die Konzipierung einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus durch J. Bergmann, W. Müller-Jentsch und O. Jacobi von Bedeutung gewesen ist (Bergmann u.a. 1975);
- c) Die "*Arbeiterautonomie- und Planstaatstheorie*", die aus der in Italien entwickelten Operaismus-Diskussion hervorgegangen ist und in der die Arbeiterklasse

als der wesentliche "Störfaktor" des spätkapitalistischen Verwertungsprozesses begriffen wird, die "von außen" in die Kapitalbewegung "eingreife" und so die kapitalistische Krise produziere (Agnoli 1975, Negri 1973, Tronti 1974).

7.2. Klassenkampf und Krise: "Arbeiter produzieren die Krise"

Für die Beurteilung der hier zur Diskussion stehenden politischen Einflußmöglichkeiten ist es notwendig, die Grenzen von Interventionen von politischem Handeln zu diskutieren. Bei den im folgenden dargestellten Analysen wird nun davon ausgegangen, daß im entwickelten Kapitalismus die gesellschaftliche Reproduktion des Kapitals in einem solchen Ausmaß politisch reguliert wird, daß die von Marx entfalteten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten außer Kraft gesetzt werden: Sei es aufgrund der Monopolisierung, sei es aufgrund einer Kombination von gewerkschaftlicher Macht, Monopolkapital und Staatsinterventionismus. Angesichts der (für die hier vorzustellenden Theorien) offenkundigen Inadäquanz der Marxschen Theorie für den modernen Kapitalismus greifen diese Ansätze bewußt oder unbewußt auf ein neo-ricardianisches Paradigma zurück, das von P. Sraffa im Anschluß an Ricardo und als Kritik an der vorherrschenden Neoklassik Ende der 30er Jahre entwickelt wurde. Nach Sraffa bestimmt nämlich bei gegebener technischer Struktur (bzw. Kapitalzusammensetzung) die Verteilung (d.h. eine *exogen* vorgegebene Lohnhöhe oder Profitrate) die relativen Preise. Der Entwicklungsgang des Systems kann daher innerhalb dieses Bezugsrahmens bestimmt werden durch die *Lohnsetzung* seitens der Arbeiterklasse bzw. der Gewerkschaft-

ten und/oder durch die *Profitsetzung* seitens des Kapitals bzw. der Monopole, der Ausgang dieses "Machtkampfes" bestimmt dann die Preisstruktur und die Akkumulation. Die Bedeutung dieses neo-ricardianischen Paradigmas für die politische Analyse wird von dem "Neo-Ricardianer" Nuti wie folgt hervorgehoben: "The relation between the real wages rate and the profit rate uncovered by Sraffa ... restates the conflict between capitalists and workers in the problem of income distribution and provides scope for the concept of class struggle in the determination of relative shares." (Nuti 1972b, 226)

Die folgenden Theorien müssen daher in der Tat von einer konstanten Zusammensetzung des Kapitals ausgehen, um die behaupteten Wirkungen der Lohn- und Profitbewegung begründen zu können. An diesem für die Machttheorien entscheidenden Punkt werden wir im dritten Abschnitt wieder anknüpfen, nachdem wir im folgenden die immanenten Widersprüche der Theorien dargestellt haben.

7.2.1. Die "profits-squeeze-Theorie" bei Glyn/Sutcliffe

Andrew Glyn und Bob Sutcliffe unternahmen in ihrem (überaus materialreichen) Beitrag eine Analyse des entwickelten Kapitalismus am Beispiel Großbritanniens (engl.: "British Capitalism, Workers, and the Profits-Squeeze", 1972; deutsch: "Die Profitklemme" 1974) und führen die Nachkriegskrise des britischen Kapitalismus auf einen fortschreitenden Verfall der Profitabilität des angelegten Kapitals zurück. Der Rückgang der Profitquote (des Anteils der Kapitaleinkommen am

Volkseinkommen/Nettoprodukt (1)) wird dabei in folgendem Zusammenhang gesehen: Die allgemeine starke Stellung der Gewerkschaften und die militanten Lohnkämpfe der Arbeiter in den 60er und 70er Jahren haben zu permanenten Lohnsteigerungen geführt. Nun führen Lohnsteigerungen allein noch nicht notwendig zu einer sinkenden Profitquote, da sie ja zunächst nur Nominallohnsteigerungen sind. Gegenüber steigenden Löhnen hat das Kapital zwei Möglichkeiten, seinen Profitanteil zu verteidigen:

- (1) Es wälzt die gestiegenen Lohnkosten auf die *Preise* über;
- (2) Es erhält sich seinen Anteil am Nettoprodukt durch eine entsprechende Steigerung der *Arbeitsproduktivität* der beschäftigten Arbeiter.

Die entscheidende Schranke für eine Überwälzung der Löhne auf die Preise in voller Höhe sehen die Autoren aber in der internationalen Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die es bei Strafe einer schlechteren Stellung des britischen Kapitals auf dem Weltmarkt verbietet, diese Preisüberwälzungen durchzusetzen. Auf der anderen Seite führt der Kampf der britischen Arbeiter gegen produktivitätssteigernde Investitionen zu dem gleichen Ergebnis: der Anteil des Kapitals am Nettoprodukt kann so bei steigenden Löhnen nicht gehalten werden.

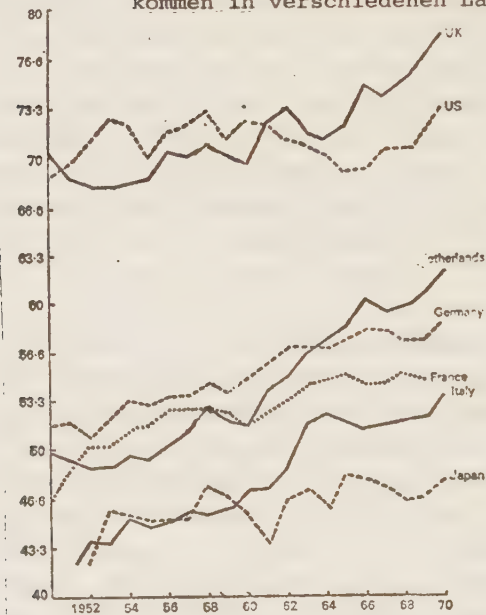
-
- (1) Während in der Profitquote der Anteil des Profits am gesamten Volkseinkommen ausgedrückt ist, wird im Begriff der Profitrate der Profit ins Verhältnis zum Kapitalvorschuß gesetzt. Zwar wird dieser Unterschied auch bei G/S gesehen; wir werden aber noch zeigen, daß für G/S die Profitquote an die Stelle der Profitrate treten kann, weil die Veränderung des Kapitalvorschusses keine wesentliche Rolle für die Bewegung der Profitrate bei ihrer Analyse spielt.

Aufgrund der sinkenden Profitrate wirkt sich darüber hinaus die traditionelle Trennung von Finanzkapital und industriellem Kapital fatal für die Akkumulation aus: Profite bzw. aus den Profiten abgezweigtes Geldkapital gelangt nicht in den Akkumulationsfonds des nationalen Kapitals zurück, da im Ausland eine höhere Profitrate zur Anlage reizt: *Der Teufelskreis zwischen Lohnkampf, internationaler Konkurrenz, mangelnder Produktivität und stagnierenden Investitionen (mit denen die Produktivität sich hätte erhöhen lassen) schließt sich!*

Aus diesem Zusammenhang wird schon deutlich, daß die Krise des englischen Kapitals durch die Aktion der Lohnarbeiter bewirkt wurde - so jedenfalls Glyn/Sutcliffe. Denn über eine entsprechende Zurückhaltung in den Lohnforderungen wäre ja die Konkurrenzfähigkeit des britischen Kapitals auf dem Weltmarkt gestärkt und eine relative Prosperität gesichert: Aufgrund günstiger Profitentwicklung würde die Akkumulationsrate wieder ansteigen mit der Folge wachsender Produktivitätssteigerungen, wodurch wiederum u.U. sogar ein relativer Wohlstand der Arbeiterklasse ermöglicht werden würde.

Glyn/Sutcliffe bleiben aber nicht bei der Analyse Großbritanniens stehen, sondern versuchen in einem besonderen Kapitel zu zeigen, daß die am Beispiel von Großbritannien entwickelten Zusammenhänge für die Entwicklung in den westlichen kapitalistischen Ländern überhaupt gelten. In der Tat ist ja während der langen Nachkriegsprosperitätsphase ein allgemeiner Anstieg des Lohnanteils am Sozialprodukt der westlichen Länder zu verzeichnen, wie die von Glyn/Sutcliffe übernommene Graphik zeigt (vgl. Schaubild 12):

Schaubild 12: Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen in verschiedenen Ländern



Quelle: Glyn/Sutcliffe, Engl. Ausgabe, S. 76.

Gerade diese Verallgemeinerung ihrer These deckt jedoch eine entscheidende Schwachstelle ihrer Argumentation auf: Denn wenn die Löhne allgemein in den verschiedenen Ländern angestiegen sind, muß dieser Lohnanstieg nicht unbedingt eine Schwächung der einzelnen Länder auf dem Weltmarkt implizieren. Dann wird offensichtlich entscheidend, inwieweit es den einzelnen nationalen Kapitalen gelingt, diesen Lohnsteigerungen mit entsprechenden Produktivitätssteigerungen zu begegnen, wobei übrigens auch umgekehrt davon ausgegangen werden kann, daß erst die Steigerung

der Arbeitsproduktivität in bestimmten Ländern dort die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse via Lohnsteigerungen möglich gemacht hat.

Die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist dabei im doppelten Sinne von der Akkumulationsrate und damit letztlich von der Kapitalrentabilität abhängig: Eine vergleichsweise hohe Kapitalrentabilität wird zu hohen Akkumulationsraten führen und damit den allgemeinen Produktivitätsfortschritt beschleunigen, zugleich werden hohe Akkumulationsraten zu erweiterter Nachfrage führen und dadurch erst die Realisierung hoher Produktivitätsfortschritte garantieren.

Nimmt man diese Reproduktionsbeziehungen als Basis einer Kritik an Glyn/Sutcliffe, müssen zwei Einwände formuliert werden. *Erstens*: Gerade die *Nachfragebedingungen* werden bei Glyn/Sutcliffe nur äußerlich im Weltmarkt gesehen. Die Stagnation des Outputs hat - wie sie behaupten - nur marginal etwas mit der Profitentwicklung zu tun: Es "gibt keinen Grund, warum ein langsames Produktionswachstum den Profitanteil überhaupt berühren sollte" (Glyn/Sutcliffe 1972, 61). Dadurch wird die Realisierungsfrage externalisiert, nur als Moment der Stellung auf dem Weltmarkt betrachtet. Dies impliziert auch die Unfähigkeit, mit der Analyse die Möglichkeit der Realisierung von Produktivitätsfortschritten bei steigender Nachfrage zu erfassen.

Zweitens: Die Kapitalrentabilität ist - analog der Profitrate - nicht nur vom Lohnanteil bzw. der Mehrwertrate abhängig. (Daß Glyn/Sutcliffe Profitquote mit dem Marxschen Begriff der Mehrwertrate vermengen,

sei hier nur am Rande erwähnt: Der Anteil der unproduktiven Arbeiter wird in keiner Weise berücksichtigt. Vgl. zur Kritik Yaffe 1974; Shaikh 1978.) Die zweite Einflußgröße ist , wie ausführlich von Altwater u.a. (1974a,b) begründet - die Kapitalintensität bzw. die organische Zusammensetzung des Kapitals. (Die Kapitalintensität kann allerdings nur als Indikator für die technische Zusammensetzung gelten; nur wenn diese schneller steigt als die Arbeitsproduktivität, steigt auch die organische Zusammensetzung.)

Während einerseits eine hohe organische Zusammensetzung des Kapitals die Profitrate vergleichsweise niedrig hält, führt die Anwendung "spezifisch kapitalistischer Produktionsmethoden", die die Arbeitsproduktivität erhöhen, zu einer Erhöhung der Mehrwertrate - aber auch (unter den bei Stamatis (1976) diskutierten Bedingungen) zu einem Sinken der Profitrate aufgrund einer ansteigenden Zusammensetzung des Kapitals. Das bedeutet aber, daß eine allgemeine Krise auf dem Weltmarkt aus den Produktionsbedingungen von Profit erklärbar wäre, die entsprechende allgemeine Veränderungen in den Nachfrageverhältnissen zur Folge hätten.

Dagegen steht bei Glyn/Sutcliffe hinter ihrer Vorstellung von den Lohnkämpfen als Ursache der Krise theoretisch die (neo-) ricardianische These, daß die Verteilungskämpfe die Aufteilung des Nettoprodukts zwischen Arbeitern und Kapitalisten und die Profitrate bestimmten. (1) In ihren Thesen ist daher die Vorstel-

(1) Unter der neo-ricardianischen Theorie ist die besonders im angelsächsischen Raum verbreitete Wiederaufnahme der Theorie von Ricardo zu verstehen, die (Fortsetzung nächste Seite)

lung eingeschlossen, daß das Nettoprodukt unabhängig von der *Produktionsbeziehung* entstünde und im Nachhinein auf die verschiedenen Klassen aufteilbar wäre. Folgerichtig wird in dieser Theorie das *Kapitalverhältnis* nur als *Verteilungsverhältnis* gesehen und nicht als Verhältnis des Kapitals zu sich selbst, das sich im Begriffe der Profitrate ausdrückt. Aus der unmittelbaren Beziehung zwischen Lohn und Profit in dieser Theorie resultiert auch ihr scheinbar unmittelbar politischer Charakter: Kapitalismus ist unmittelbar der Kampf von Lohnarbeit gegen das Kapital, der sich in dem jeweiligen Anteil am Nettoprodukt "materialisiert" und der die ökonomische Entwicklungsrichtung eindeutig bestimmt.

Nun mag diese Bedeutung des Lohnkampfes in bestimmten historischen Phasen in einzelnen Ländern durchaus gegeben sein: Dann nämlich, wenn das nationale Kapital nach einer langanhaltenden Periode der Prosperität aufgrund der angewachsenen organischen Zusammensetzung des Kapitals, der Ausschöpfung aller Ressourcen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und des durch die Prosperität bewirkten relativ hohen Lohnniveaus sinkende Profitraten verzeichnet und in eine Stagnationsphase einmündet (1); wenn daher bei allgemein niedrigen

Fortsetzung:

von Piero Sraffa (vgl. Sraffa 1960, dt.: 1968 und 1976) ausging und in der die neoklassische Theorie (insbesondere deren zentrale Annahmen zum Kapitalbegriff, zur Marginal- und Nutzentheorie) kritisiert wird. Zentral für die Neoricardianer sind die über die Lohnkämpfe bestimmten Verteilungsverhältnisse, die die Profitrate und die relativen Preise bestimmen.

- (1) Der englische Kapitalismus war - das zeigen auch G/S - bereits zu Ende des 19. Jahrhunderts voll entwickelt, "ausgereift", was nichts anderes heißt, als daß besondere Produktionsreserven, die (Fortsetzung nächste Seite)

Profit- und Akkumulationsraten Lohnerhöhungen unmittelbar auf die Profitabilität des Kapitals durchschlagen, weil eine Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht mehr aus *ökonomischen* Gründen möglich ist. Auch dann wären die Lohnsteigerungen nicht Ursache der Stagnation und Krise, auch wenn dies so scheint, weil die anderen Komponenten der Profitproduktion ja "vorgegeben" sind.

Welches sind nun die *politischen* Schlußfolgerungen?

Für G/S liegt die Chance einer sozialistischen Politik

Fortsetzung:

aus der Veränderung der Produktionsstruktur, der Auflösung vorkapitalistischer Produktionsformen und dem Zentralisations- und Konzentrationsprozeß entspringen, weitgehend ausgeschöpft waren, während zugleich die (organische) Zusammensetzung des Kapitals hoch war. (So waren bereits Ende des Jahrhunderts nur noch 2 v.H. der Arbeitsbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, was einmal ein Indiz dafür ist, daß das Land durchkapitalisiert war, zum anderen auch auf Probleme auf dem Arbeitsmarkt hinweist, der immer stärker von der "Einfuhr" pauperisierter irischer Arbeiter abhängig wurde.) Verhältnismäßig hohe Zusammensetzung des Kapitals als Folge des kapitalistischen Aufschwungs und der Produktivitätssteigerungen im 19. Jahrhundert, geringe äußere Produktivitätsreserven und relativ hohe Löhne lassen daher auf eine schon damals relativ geringe Profitabilität des industriellen Kapitals schließen; zumindest waren die Profitraten im Ausland und besonders in den englischen Kolonien höher, was den ständig steigenden Abfluß von Geldkapital ins Ausland erklärt. Hier wirkt sich die von G/S ausführlich beschriebene Trennung des industriellen Kapitals vom Finanzkapital im englischen Empire aus, das diesen Abfluß von Produktionsressourcen in Form von Geldkapital förderte und auch durch ihren Einfluß auf die englische Regierung (z.B. in der Frage des Goldstandards nach dem 1. Weltkrieg) ihre Interessen zuungunsten des industriellen Kapitals durchsetzte. Niedrige Profitrate, erschwerte Kreditfinanzierung mußten aber wiederum in einer Einschränkung von Nettoinvestitionen (die ja von den erwarteten Profitraten abhängig sind) resultieren und jenen *circulus vitio-* (Fortsetzung nächste Seite)

darin, daß die Arbeiter erkennen, daß sich trotz aller Militanz *im* Kapitalismus ihre Stellung in der Gesellschaft nicht wesentlich verändern läßt und sich ihnen daher der Sozialismus als realistischeres Modell aufdrängt. Denn die Art, "wie sich der Kapitalismus mit ökonomischen Problemen herumschlägt, ist anarchisch, unmenschlich und irrational. Daher macht die wirtschaftliche Krise den Erfolg einer revolutionären Bewegung und den Aufbau eines besseren Systems noch dringender." (Glyn/Sutcliffe 1972, 215) Diese radikale Position ist aber nur eine Seite der Medaille. Denn aus ihrer theoretischen Begründung der Krise können durchaus geradewegs umgekehrte Schlußfolgerungen gezogen werden: Wenn nämlich die Profitrate aufgrund verschärfter Lohnauseinandersetzungen mit der Konsequenz einer sinkenden Ausbeutungsrate fällt, dann ist ein solcher Fall immer aufhaltbar durch eine gewerkschaftliche Lohnpolitik die den "Notwendigkeiten" der Kapitalverwertung Rechnung trägt. Denn die Gewerkschaften wären schlecht beraten, wenn sie durch ihre Politik sichtbar die Lage der Arbeiterklasse allgemein verschlechtern würden, indem sie den Kapitalismus in Krisen treiben, an denen keiner etwas gewinnen könnte. Wenn die Lohnpolitik der Gewerkschaften tatsächlich die Ursache der Krisen ist, dann ist eine "verfüßte Lohnpolitik" auch im Sinne der Arbeiter erfolgreich, indem sie über ein stetiges Wachstum des

Fortsetzung:

sus einleiten, den wir oben beschrieben haben: Während auf der einen Seite sich der Druck auf die Arbeiterklasse verstärkt und diese zu militanten Widerstandsaktionen zwingt (vgl. etwa die Streiks nach dem 1. Weltkrieg), kann die Produktivität sich nur wenig entwickeln und so Raum für die Lohnforderungen der Arbeiter geben. So kommt es, daß G/S einerseits einen *steigenden Anteil* der Arbeiter am Nettoprodukt konstatieren, andererseits aber zugleich einen *sinkenden Lebensstandard* für die englische Arbeiterklasse festhalten müssen und diese wachsende Verelendung zum Ausgangspunkt ihrer sozialistischen Strategie machen.

Kapitals auch den Anteil der Arbeiter am Nettoprodukt zwar nicht relativ erweitern, wohl aber absolut den Lebensstandard der Arbeiterklasse sichern und erhöhen könnte. Es ist dies eben jene Ideologie, die in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik so erfolgreich für eine maßvolle Lohnpolitik werben konnte und wo eine prosperierende Akkumulation des Kapitals dafür den Spielraum bot.

7.2.2. Die These vom "inflationären Verteilungskonflikt"

Gegenüber der Erklärung der kapitalistischen Krise aus dem Zusammenhang von Lohnkämpfen und internationaler Konkurrenz bei Glyn/Sutcliffe versuchen Bergmann/Jacobi/Müller-Jentsch (Bergmann u.a. 1975) in ihrer Studie über die Gewerkschaften in der Bundesrepublik ein umfassendes Modell des monopolistischen Spätkapitalismus zu entwickeln, das sowohl Tendenzen zur Monopolisierung, veränderte Nachfrageverhältnisse und eine veränderte Rolle des Staates im Spätkapitalismus in eine Begründung von Prosperität und Krise einbezieht.

Gegenüber der Phase des Kapitalismus der freien Konkurrenz, in der die Überakkumulation von Kapital in zyklische Reinigungskrisen mündet, führt - so die Autoren - im Monopolkapitalismus "die kapitalistische Überakkumulation zu Stagnationstendenzen. Der entscheidende Grund hierfür ist, daß die Monopole auf Realisierungsschwierigkeiten nicht mit Preissenkungen, sondern mit Produktionseinschränkungen reagieren. Durch die Preis- und Investitionsstrategien der Monopole verschärfen sich die Krisentendenzen in doppelter Weise: Erstens vergrößert die "Machtpreisbildung" die Nachfragerlücke, zweitens führt die Produktionseinschränkung

zur Erhöhung von Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit, ohne daß ein endogener Mechanismus einen neuen Konjunkturaufschwung einleiten könnte." (Bergmann u.a. 1975, 25) Durch das daraus entstehende soziale Konfliktpotential wird aber der Staat gezwungen, in den Wirtschaftskreislauf einzugreifen: Er muß "die Preis- und Investitionsstrategien mit Hilfe von Fiskal-, Geld- und Kreditpolitik ergänzen, um die Nachfragerücke zu schließen" (Bergmann u.a. 1975, 25).

Durch den "keynesianisch aufgeklärten" Staat ist dann aber Vollbeschäftigung prinzipiell gesichert: Die langanhaltende Prosperität der Nachkriegszeit wird daher auf den Zusammenhang von Monopolkapitalismus und keynesianischer Staatstätigkeit zurückgeführt. Der Erfolg staatlicher Vollbeschäftigungspolitik hat aber fatale Folgen, die ihn wieder infrage stellen: Der Lohn kann nicht mehr auf das bloße Subsistenzniveau gedrückt werden (vgl. ebd.), denn die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften steigt mit der Vollbeschäftigung und höhere Löhne können durchgedrückt werden. Auf die höheren Löhne antworten aber die Unternehmen mit höheren Preisen (Preissetzungsmacht unterstellt): kumulative Inflationsraten sind die Folge. Der Staat antwortet daraufhin mit dem Instrument der Einkommenspolitik, um den Erfolg seiner Wirtschaftspolitik nicht infrage stellen zu lassen.

Auf Basis der als erfolgreich unterstellten staatlichen Vollbeschäftigungspolitik wird hier derselbe Mechanismus benannt, den auch Glyn/Sutcliffe zum Ausgangspunkt ihrer Theorie machen. Nur wird die bei Glyn/Sutcliffe vorausgesetzte dauernde Militanz der Arbeiter durch die Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften bei staatlich garantierter Vollbeschäftigung ersetzt, womit die beiden Theorieansätze auf die unterschiedlichen Voraus-

setzungen der Klassenauseinandersetzungen in Großbritannien und in der Bundesrepublik verschieden reagieren.

Prosperität und Krise sind bei Bergmann u.a. jeweils Resultat der bloßen *Machtauseinandersetzung* zwischen Staat, Monopolen und Gewerkschaften, ein industrieller Zyklus ist auf diesem Hintergrund nur noch als "politischer Konjunkturzyklus" begreifbar: "Preissetzungsmacht und Investitionszurückhaltung bilden die beiden zentralen Aktionsparameter der Unternehmen im Monopolkapitalismus, mit denen sie ihre beherrschende Rolle im ökonomischen Prozeß gegenüber Staat und Gewerkschaften aufrechterhalten können. Durch sie sieht sich die Wirtschaftspolitik des Interventionsstaates vor ein Dilemma gestellt. Einerseits treibt die Preispolitik der Unternehmen die Inflationsrate hoch, andererseits unterminiert die Rücknahme der Investitionstätigkeit die Vollbeschäftigungsgarantie" (Bergmann u.a. 1975, 58). Restriktionspolitik (also gewollte Arbeitslosigkeit zum Zwecke der Disziplinierung der Gewerkschaften) oder aber freiwillige Lohnbeschränkungen via Einkommenspolitik sind daher die Lösungsmöglichkeiten für dieses Dilemma. Bezogen auf die Gewerkschaften bedeutet dies: Verhalten sich diese "*konfliktorisch*", droht eine Zurücknahme der Vollbeschäftigungsgarantie und Disziplinierung via Arbeitslosigkeit; verhalten sie sich "*kooperativ*", droht in der Gewerkschaftsbewegung der Konflikt zwischen "antikapitalistischen Interessen" der Mitglieder und der integrativen Politik der Gewerkschaftsführung aufzubrechen. Andererseits ist damit aber unterstellt, daß durch eine kooperative Gewerkschaftspolitik auch Vollbeschäftigung garantiert werden könne.

In diesen Machtzusammenhängen, die bei Bergmann u.a. auf Basis einer Organisationssoziologie der Gewerkschaften erklärt werden, sind ökonomische Gesetzmäßigkeiten, die sich natürlich über das Handeln der Einzelkapitale, des Staates und der Gewerkschaften durchsetzen, nicht mehr sichtbar. Nicht nur geraten Wert- und Mehrwertproduktion als Bedingung der Kapitalverwertung aus dem Blickfeld; mit der behaupteten Aufhebung der Konkurrenz (als Exekutor des Wertgesetzes) scheint bei Bergmann u.a. Ökonomie als Machtkampf zwischen Monopolen, Gewerkschaften und Staat begriffen zu werden: Die *Kostenverhältnisse* bei den Monopolen werden wesentlich durch die gewerkschaftliche *Lohnpolitik* determiniert; die *Nachfrageverhältnisse* sind davon abhängig, ob der *Staat* die durch Produktionseinschränkungen bei den Monopolen entstehende Nachfragelücke schließen *will*; der ökonomische Zyklus wird so nur noch als politischer Zyklus von Interessenkämpfen entfaltet.

Diese Erklärung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im Spätkapitalismus bei Bergmann u.a. steht aber auf einer fragwürdigen *theoretischen* Basis:

Erstens ist hier die Begründung der Politik der permanenten Vollbeschäftigung problematisch: Denn es ist durchaus nicht einsichtig, daß durch monopolistische Preissetzungsmacht eine ständige Nachfragelücke entsteht, die der Staat stets zu schließen hätte. Zwar kann aus der Preissetzungsmacht (die hier einmal als schrankenlos unterstellt sei) eine Umverteilung zugunsten der Monopole resultieren, aber wenn diese Monopole ihre Profite investieren oder konsumieren, wird keine Nachfragelücke entstehen. Allerfalls ergäbe sich daraus eine Veränderung in der Reproduktionsstruktur

des nationalen Kapitals (Branchenstruktur, Verteilung der Ressourcen) durch die veränderten Nachfrageströme.

Zweitens hat diese Betrachtungsweise wie bei Glyn/Sutcliffe ihre Basis darin, daß die Profitrate wesentlich als durch die Lohnkämpfe der Arbeiter und das Preissetzungsverhalten der Unternehmer bestimmt wird (inwieweit sich die Autoren dadurch von der an anderer Stelle von ihnen kritisierten bürgerlichen Theorie vom "inflationären Verteilungskonflikt" unterscheiden, bleibt schleierhaft). Eine Veränderung der Zusammensetzung des Kapitals, daraus resultierende Veränderungen in der Reproduktionsstruktur etc. werden als irrelevant vorausgesetzt: Die organische Zusammensetzung bleibt konstant. Die Profitrate wird wiederum nur als nominelle Profitrate des *Einzelkapitals* betrachtet und die Bewegung des nationalen Gesamtkapitals wird aus eben dem Handeln eines Einzelkapitals (des Monopols) erklärt. Denn auch ein Monopol bleibt - bei allen Einschränkungen, vgl. dazu Altvater u.a. 1975 - ein Einzelkapital. Den Einzelkapitalen wird (umgekehrt) ein gesamtkapitalistisches Interesse unterstellt, wenn bei ihnen Investitionsentscheidungen nicht mehr gemäß einer erwarteten Profitrate erfolgen sollen, sondern die *gesamtgesellschaftliche* Disziplinierung der Arbeiterklasse zum *einzelkapitalistischen* Ziel wird, als könnten "Investitionsstreiks" bewußt angezielt werden.

Drittens: Die gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsbeziehungen kommen nur insoweit in die Analyse hinein, als die Grenzen der staatlichen Nachfragepolitik in den Investitionsstreiks der Monopole gesehen werden (also im Verzicht der Einzelkapitale auf eine bestimmte realisierbare Profitrate). Diese Investitionsstreiks werden als Antwort der Unternehmer auf die Lohnerhöhungen und den *dadurch* drohenden Verlust von Binnen- und

Außenmärkten erklärt: Auch hier werden wiederum mögliche Verschiebungen zwischen den Abteilungen durch unterschiedliche Lohn- und Preisbewegungen, *ohne* daß sich der Binnenmarkt verengen müßte, nicht gesehen, während die Stellung des Einzelkapitals auf dem Weltmarkt nicht nur von den Lohnentwicklungen in vergleichbaren Ländern abhängig ist, sondern auch von einem Vergleich der Produktivitätsentwicklungen bzw. der Rentabilitäten überhaupt.

Es zeigt sich hier, daß die behaupteten Veränderungen in den ökonomischen Strukturen des Spätkapitalismus gegenüber dem "klassischen Kapitalismus", soweit sie in diesem Erklärungsmodell expliziert werden, Behauptungen bleiben und gerade der Fundierung durch eine Kapitalismusanalyse bedürfen. Wir haben schon im vorhergehenden Kapitel bei der Analyse von Zyklus und Wirtschaftspolitik die ökonomischen Zwänge *hinter* den Interessenkämpfen dargestellt und daraus eine Kritik des "politischen Konjunkturzyklus" (Kalecki), wie er letztlich auch bei Bergmann u.a. formuliert wird, entwickelt.

Während wir in Kapitel 3 und bei Altvater u.a. (1974b; 1979) versucht haben, die besonders günstigen Bedingungen der Produktion von Profit und der Kapitalakkumulation herauszuarbeiten, gehen Bergmann u. a. zunächst von Stagnationstendenzen des Spätkapitalismus aus, die erst durch die "keynesianisch aufgeklärte" Wirtschaftspolitik des Staates in eine Prosperität übergeführt werden. Wie wenig eine solche Erklärung trägt, zeigt sich allerdings daran, daß ausgerechnet in der Bundesrepublik, die wohl die nachhaltigste wirtschaftliche Prosperität der Nachkriegszeit zu verzeichnen hatte,

die staatliche Wirtschaftspolitik sich geradezu durch eine absolute Abstinenz gegenüber dem ökonomischen Zyklus bis zur Krise 1966/67 auszeichnete und das Instrument der Fiskalpolitik bei den wirtschaftspolitisch bestimmenden Neoliberalen äußerst "verpönt" war (vgl. dazu Kapitel 5).

Politisch ist bei Bergmann u.a. letztlich der gleiche Rahmen wie bei Glyn/Sutcliffe vorgegeben:

Während Glyn/Sutcliffe die Militanz der Lohnkämpfe als Ursache der kapitalistischen Krise sehen, verweisen Bergmann u.a. allerdings anhand des englischen Beispiels auf die dort in der Krise erfahrenen Grenzen einer "konfliktorischen" Gewerkschaftspolitik.

Dagegen konstatieren sie in der Bundesrepublik, daß hier eine kooperative Gewerkschaftspolitik, mit einer verantwortungsbewußten Lohnpolitik, dazu beigetragen habe, daß schwerwiegende Krisen vermieden wurden. Aber dadurch gerät die Gewerkschaftspolitik selbst in eine Krise, insofern die Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr die Lohn(verzichts)politik mitmachten. Auch diese Grenzen werden äußerlich an die Gewerkschaften herangetragen; sie werden aus einem veränderten Selbstverständnis der Gewerkschaftsmitglieder (aus dem neuen Lohnbewußtsein im Sinne eines steigenden Abspruchsniveaus) hergeleitet. (Vgl. auch Bergmann 1972) Eine Krise *trotz* kooperativer Gewerkschaftspolitik und die darin offenbar gewordenen Grenzen einer Kooperation können von dieser Theorie nicht mehr erfaßt und in ihrer Bedeutung für das Verhältnis von Arbeitern und Gewerkschaftspolitik erkannt werden (vgl. dazu Kapitel 8 der vorliegenden Arbeit). Denn durch die Reduktion der Theorie auf den *Verteilungskampf* (mit den undefi-

nierbaren Polen "gerecht" und "ungerecht") sind die gegenwärtige Krise und die neueren Probleme einer Gewerkschaftspolitik wie die der Verhinderung der besonders in Krisenphasen aufbrechenden bzw. sich verschärfenden Spaltungstendenzen zwischen Fraktionen der Arbeiter (Beschäftigten und Unbeschäftigten usw.) für diesen Ansatz nicht mehr greifbar. Mit der "Krise" einer Gewerkschaftspolitik, die auf der staatlich "garantierten" Vollbeschäftigung aufbaute und die die expansive Lohnpolitik zum alleinigen Politikinhalt erhoben hatte, wird in der ökonomischen Krise in der Bundesrepublik seit 1974 auch der Theorie zum politischen Krisenzyklus und der darauf aufbauenden Gewerkschaftstheorie der Boden entzogen.

Und mit der allgemeinen ökonomischen Krise in den 70er Jahren trotz entwickeltem keynesianischen Instrumentarium der Wirtschaftspolitik und trotz einer zunächst noch "kooperativen" Gewerkschaftspolitik wird auch der allgemeine theoretische Ansatz praktisch kritisiert. Es zeigt sich jetzt, daß ihr Modell des Spätkapitalismus lediglich dem Schönwetter-Kapitalismus der 50er und 60er Jahre adäquat war, weil in Zeiten prosperierender Kapitalakkumulation auch der Spielraum der (Lohnverhandlungs-) Macht der Arbeiterklasse und der Spielraum der (Preissetzungs-) Macht des Kapitals relativ groß ist und so der Schein des autonomen Wirkens von Lohnarbeiter-Organisationen und von Kapitalisten befestigt wird.

7.2.3. Planstaat versus Arbeiterautonomie

Noch einen Schritt weiter als die bisher dargestellten Theorien hinsichtlich der Rolle der Arbeiterbewegung für die Kapitalakkumulation gehen die Theoretiker des "Operaismus" (vgl. als Übersicht und zur Kritik der Theorie Altwater 1977). Die Arbeiterklasse befindet sich nach ihrer Auffassung sogar *außerhalb* des Kapitalverhältnisses und fällt nachgerade in das Kapitalverhältnis ein, um durch unkalkulierbare, spontane Aktion die Kontinuität der Kapitalzirkulation zu unterbrechen und das Kapital so durch die Militanz der Aktion in die Krise zu bringen. Hier geht es nicht um Verteilungskonflikte allein, bei denen sich zwei "Machtblöcke" gegenüberstehen, sondern um eine dem Kapitalverhältnis und seinen Zwängen nicht mehr unterworfenen Arbeiterklasse, die in ihren Aktionen die Akkumulation des Kapitals nachhaltig stört bis hin zur Krise. Im krassen Unterschied zu den bisher referierten Machttheorien greift die Theorie des Operaismus nicht die Verhältnisse auf der Distributionsebene auf, sondern wendet sich unmittelbar den Gegebenheiten in der *Produktion* zu, von deren Störung - im Sinne einer Unterbrechung der Kontinuität der Kapitalverwertung - sie sich die Krise des Kapitals und die Stärkung der Arbeiterbewegung bis hin zur Stellung der Machtfrage erwartet. Die Begründung für diese Annahme der durch Aktionen der Arbeiterklasse störanfälligen Kapitalreproduktion wird aus den gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus hergeleitet. So gehen implizit oder explizit die operaistischen Theoretiker von einem Phasenmodell der kapitalistischen Entwicklung aus: Konzentration und Zentralisation haben die Aufhebung der freien Konkurrenz zur Folge und führen zur Monopolisierung. Dadurch aber erhalte das Ausbeutungsverhältnis in der Fabrik gesamtwirtschaftliche Dimension. Der Plan der Mehrwertproduktion in der Fabrik

werde sozusagen auf die Gesellschaft projiziert, so daß das Mehrwertgesetz alle Poren des gesellschaftlichen Lebensprozesses durchdringe und bestimmt. Organisator dieses gesamtgesellschaftlichen Plans ist nach der Vorstellung der Operaisten der Staat, der sich so zum "Planstaat" entwickle. Die staatlich vermittelte gesamtgesellschaftliche Planung der Kapitalreproduktion hat für die Arbeiterklasse Konsequenzen: Ihre Organisationen tendieren dazu, als "befestigte Verbände" in das Institutionengefüge der planstaatlichen gesellschaftlichen Reproduktion einbezogen, also integriert zu werden. Der Kampf der Arbeiterklasse als antiinstitutioneller Kampf muß sich infolgedessen selbst gegen die Institutionalisierungen der Arbeiterorganisationen richten, um das Kapital in die Krise zu zwingen (Agnoli 1975). Die Rationalität der Fabrikgesellschaft wie sie auf kapitalistischer Grundlage, d.h. mit der ausschließlichen Zielsetzung der Optimierung der Ausbeutung, durch die wissenschaftliche Betriebsführung (Taylor, Gilbreth) herzustellen versucht wird, findet ihre gesamtgesellschaftliche Entsprechung in der Verwissenschaftlichung des gesamtökonomischen Prozesses, wie sie mit dem Namen Keynes in Verbindung gebracht werden kann. Dem Begriffspaar Fabrik und Gesellschaft entsprechen nach dieser Überlegung die Namen Taylor und Keynes.

Dadurch, daß der Planstaat in jeder Hinsicht und in allen gesellschaftlichen Bereichen tätig wird, um den *Gesellschaftsplan* des Kapitals zu realisieren, gibt es in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft keinen Raum, in dem nicht die Beziehungen der Klassen unmittelbar politisch wären. Der Kampf der Arbeiterklasse, so folgern daher die Theoretiker des Operaismus bzw. des Planstaats (wobei die Theorie des

Planstaats nur die Kehrseite der Theorie des Operatismus darstellt), muß sich daher unmittelbar politisieren. Die Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Kampf scheint in diesem Konzept aufgehoben zu sein. Es geht um die Organisationen der Arbeiterklasse in ihrem *antagonistischen* Verhältnis zum Kapital; die im "Gesellschaftsplan" zum Ausdruck kommende Kontrolle des Kapitals über die Arbeit soll umgekehrt werden als Kontrolle der Arbeiterklasse über die Produktion. Zunächst ist dies noch negativ bestimmt, als Aktion der Arbeiter, sich der planstaatlichen Kontrolle in Fabrik und Gesellschaft zu entziehen, als *Insubordination* der Arbeiter gegenüber dem Kapital, durch die die Arbeiter von außen in die Kapitalverwertung eingreifen, sie nachhaltig stören und die Krise des Kapitals "produzieren".

Auch dieser Ansatz hat zur Voraussetzung, daß es dem Kapital und dem kapitalistischen Staat prinzipiell gelinge, die Widersprüche der Kapitalverwertung zu vermitteln (dies kommt im Begriff des "Gesellschaftsplans" und dessen Rückbezug auf Keynes auch deutlich zum Ausdruck). Und in diesem Zusammenhang finden wir in der Theorievariante wie in den schon dargestellten Ansätzen wieder die Vernachlässigung der dem Kapital jenseits der Machtauseinandersetzung zwischen den Klassen inhärenten Widersprüche vor. "Tatsächlich erweist sich die Profitrate nicht als eine von der organischen Zusammensetzung abhängige Variable, das Verhältnis zwischen toter und lebendiger Arbeit bestimmt sich nicht auf eindeutige Weise im technologischen Rhythmus, sondern der Profit hat sich von diesen seinen Bedingungen befreit." (Negri 1973, 14) Die Begründung von fallender Profitrate und Krise kann daher nur in den Lohnkämpfen gefunden werden: Der strukturelle Zusammenhang von Ka-

pitalzusammensetzung und Profitratenentwicklung wird auseinandergerissen, so daß die Analyse der Widersprüchlichkeit der Kapitalentwicklung einerseits auf den bloßen Verteilungskampf und andererseits auf die "Restrukturierung" des Arbeitsprozesses begrenzt werden kann. Auf betrieblicher Ebene wird nach dieser Theorie dann gegen die Folgen der Restrukturierung des Arbeitsprozesses, gegen Intensivierung der Arbeit und verschlechterte Arbeitsbedingungen gekämpft und auf der Zirkulationsebene im möglichst hohe Löhne. Es zeigt sich in der These, daß die Arbeiter von außen "in das Kapitalverhältnis einfallen", eine Entgegensetzung von verdinglichtem "Kapital" gegenüber dem "Subjekt Arbeiterklasse"; die Theorie erfaßt das Kapital nicht mehr als gesellschaftliches Verhältnis, als ökonomisch vermitteltes *Herrschaftsverhältnis*. Der darin angelegte prozessierende Widerspruch wird von den Theoretikern des Operaismus zugunsten einer äußerlichen Entgegensetzung aufgelöst: Hier Kapital als verdinglichte Gewalt - dort revolutionäres Subjekt Arbeiterklasse, das die Kontinuität der Verwertung durch Streiks etc. von außen stören kann.

In der Theorie des Operaismus bzw. des Planstaats wird somit der Ansatz, dessen Grundelemente wir zunächst anhand der Thesen von Glyn/Sutcliffe vorgestellt haben, konsequent zu Ende gebracht: Der Planung der gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt durch Kapital und Staat steht *äußerlich* die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt gegenüber. Die politische Substanz der Glyn/Sutcliffe-Thesen wird daher auch erst in der italienischen Diskussion (die sich allerdings auf die italienischen Klassenkämpfe seit Ende der 50er Jahre, vor allem aber seit dem "heißen Herbst" 1969, bezieht) voll herausgearbeitet: Die Alternative heißt abstrakt Planung der Gesellschaft durch das Kapital

oder Planung durch die Arbeiterklasse. Der Gesellschaftsplan des Kapitals wird durch die Insubordination der Arbeiterklasse gestört, die Arbeiterklasse produziert die Krise, ja, sie will die Krise.

Diese These - so radikal sie klingt - läßt sich allerdings umkehren, wie wir es auch schon oben anhand der beiden anderen Theorien demonstriert haben: Hören nämlich die Attacken der Arbeiterklasse auf und machen die Organisationen der Arbeiterklasse eine wirtschaftsfriedliche Politik und ordnen sie sich dem Gesellschaftsplan des Kapitals als kalkulierbare Faktoren ein (wie es Bergmann u.a. auch mit dem Begriffspaar "konfliktorische" vs. "kooperative" Gewerkschaftspolitik beschreiben), dann müßte das Kapital in die Lage versetzt sein, beschleunigt und krisenfrei zu akkumulieren und entsprechende Lohnerhöhungen zu gewähren. Wenn dieser Umkehrschluß nicht gezogen werden soll, dann sind zusätzliche Annahmen über eine gewisse Zyklizität der politisch-ökonomischen Entwicklung notwendig: Vollbeschäftigung und Kampfkraft der Arbeiterorganisationen, Angriffe auf das Kapital durch entsprechende Lohnforderungen (die durch die staatliche Vollbeschäftigungspolitik ermöglicht werden) und eine durch diese Angriffe herbeigeführte "Profitklemme" sind dann die Kategorien, in denen der Konjunkturzyklus als "politischer Krisenzyklus" beschrieben wird. Aber wenn es grundsätzlich richtig sein sollte, daß die Arbeiterklasse durch ihr Handeln bzw. Nicht-Handeln das Schicksal des Kapitals zu bestimmen vermag - warum sollte dann nicht ein Zustand herbeiführbar sein, in dem im Rahmen eines *funktionierenden Gesellschaftsplans* für die Arbeiterklasse und für das Kapital eine optimale Verteilung des nationalen Reichtums gewährleistet werden könnte?

Diese Vorstellung ist nicht als bloße Illusion abzutun, wird sie doch von der kapitalistischen Produktionsweise tagtäglich reproduziert: Die Arbeiterklasse steht eben nicht nur in einem rebellischen Verhältnis zum Kapital, sondern ist immer darin auch Moment des Kapitalverhältnisses, gerät mit dem Kapital in die Krise. Die Ideologie vom gemeinsamen Interesse von Kapital und Arbeit hat darin seine Wurzel. Zugleich wird aber auch diese Ideologie dort zerstört, wo trotz kooperativer, wirtschaftsfriedlicher Politik der Arbeiterorganisationen Krisen aus den immanenten Widersprüchen der Kapitalakkumulation aufbrechen.

7.3. Kapitalakkumulation und Krise - Das Kapital als prozessierender Widerspruch und die Macht gesellschaftlicher Gruppen und des Staates

In den drei von uns dargestellten Ansätzen wurde (analog zu neoricardianischen Theoremen (1)) die organische Kapitalzusammensetzung entweder als konstant oder als irrelevant für die Kapitalbewegung dargestellt. Am konsequentesten erscheint dabei die Aussage Negris, daß sich im Spätkapitalismus der Profit von den ihm eigenen Bedingungen befreit habe und der Lohn unmittelbar in Gegensatz zum Profit trete, daher auch

-
- (1) Zur Diskussion und zur Kritik der Theorie Sraffas in der Bundesrepublik liegen bisher erst wenige Beiträge vor - im Gegensatz zur Diskussion in Großbritannien, Japan und Italien. Eine kurze "verständliche" Zusammenfassung gibt Napoleoni (1974); Sraffas grundlegender Beitrag ist jetzt erst in der Bundesrepublik erschienen (Sraffa 1976) - vorher gab es eine DDR-Ausgabe; zur Diskussion vgl. die Beiträge von Cogoy (1974), Schefold (1976) und Semmler (1977b). Aufgrund der Offenheit dieser Diskussion ist eine "abschließende" Kritik der Theorie Sraffas hier nicht möglich und nicht beabsichtigt.

die Arbeiterklasse jenseits aller im Kapitalverhältnis angelegten Mystifikationen in direkten Gegensatz zum Kapital als Herrschafts- und Gewaltverhältnis gerate. Diese Auffassung ist jedoch im doppelten Sinne problematisch: Einmal wird damit überhaupt nicht mehr faßbar, daß sich in der kapitalistischen Gesellschaft die Herrschaftsverhältnisse als "*Sachzwänge*" darstellen, denen alle unterworfen sind, solange die Gesellschaft auf der arbeitsteiligen privaten Produktionsstruktur beruht, also nicht *a priori gesellschaftlich* organisiert ist. Überdies erscheint das Ausbeutungsverhältnis an der Oberfläche nicht unmittelbar, nicht zuletzt deshalb, weil der Lohn für die geleistete Arbeit gezahlt wird und dadurch die unbezahlte Arbeit nicht mehr erkenntlich ist, und weil - dies ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig - die *Profiträte das Verhältnis des Kapitals zu sich selbst* ausdrückt und somit den Anschein erweckt, als ob der Profit aus dem Kapital selbst entspringe und nicht von den Arbeitern - die ja einen "gerechten Lohn" erhalten - produziert worden ist. Gerade in diesen Mystifikationen, die ihren Niederschlag im normalen Bewußtsein finden, und in den ökonomischen "Zwängen" im Zyklus drückt sich die ökonomische Vermittlung des Herrschaftsverhältnisses des Kapitalisten gegenüber den Lohnarbeitern aus.

Zum anderen drückt die organische Zusammensetzung in Wertgrößen die Reaktion der Einzelkapitale auf die Konkurrenz der Einzelkapitale und auf die Aktionen der Lohnarbeiter aus, die sich den Kapitalen als äußere Zwänge aufherrschen. Erfolge . der Arbeiterklasse im Lohnkampf und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und die Konkurrenz der Kapitale untereinander führen beim Kapital zu Tendenzen der Restrukturierung des

des Produktionsprozesses: "Substitution von Arbeit durch das Kapital" und Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Beide - in der Regel zusammengehörende Momente - haben eine Veränderung der technischen und schließlich auch der organischen Kapitalzusammensetzung zur Folge - "spezifisch kapitalistische Produktionsmethoden" unterstellt (vgl. Stamatis 1976, 105ff.). In den bisher dargestellten Theorieansätzen wird dieser Zusammenhang zwischen Klassenbewußtsein und Klassenkampf, Produktivkraftsteigerung, Substitution von Arbeit durch Kapital (womit das Kapital dazu tendiert, sich vom "rebellischen Arbeiter" unabhängig zu machen) und Steigerung der organischen Kapitalzusammensetzung verkürzt: Glyn/Sutcliffe führen die Widerstände der Arbeiter gegen Produktivitätserhöhungen als Grund für die Unfähigkeit des britischen Kapitals an, über die Steigerung der Produktivität die "Lohnquote" zu senken; Bergmann u.a. betrachten die Wirkungen der Produktivitätserhöhungen lediglich bei Diskussion der Einkommenspolitik, und im "Operaismus" wird zwar die "Restrukturierung des Kapitals" zum zentralen Thema gemacht, wird aber lediglich in ihren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter betrachtet, nicht aber in ihren Auswirkungen auf eine Veränderung der technischen Zusammensetzung des Kapitals. Die Produktivitätsentwicklung wird also nur in ihrer Wirkung auf die Mehrwertrate berücksichtigt und daher in ihrer Bedeutung für die Verteilung und den technischen Arbeitsprozeß, nicht aber in ihren Konsequenzen für die Wertstruktur des Kapitals.

Überhaupt wird es schwierig, die *Mystifikationen* des Kapitalverhältnisses als bestimmende Momente für das Bewußtsein auch der Arbeiter zu begreifen, wenn gerade

die ökonomische, auf Sachzwängen scheinbar beruhende, vermittelte Beziehung der Menschen und Klassen untereinander mehr oder weniger bewußt ausgeklammert wird. Letztlich steht dahinter die Vorstellung, daß im "Spätkapitalismus" der Herrschaftscharakter des Kapitals unmittelbar zutage trete und damit der Klassegegensatz unmittelbar das Handeln der Arbeiter bestimmen können. Dabei schwimmt dann, daß Arbeiter sich aus einer Fülle von Erfahrungen und ihrer Reflexion zu Klassenbewußtsein "*emporarbeiten*", also gerade die das Bewußtsein und das Handeln bestimmenden verdinglichten *Formen* des Kapitalverhältnisses auf ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge kritisieren und überwinden müssen. Dieses "*Emporarbeiten*" wäre nicht nötig, wenn sich der Klassenkonflikt von Lohnarbeit und Kapital offen und direkt in seiner ganzen Brutalität regelmäßig darstellen würde; von gesellschaftlichen Ausnahmesituationen abgesehen besteht aber gerade das Problem darin, daß er vielfältig vermittelt ist und die gesellschaftliche Regulierung als ein neutraler Prozeß erscheint, der das Klassenverhältnis verhüllt. Auch in diesem Zusammenhang wird die organische Zusammensetzung des Kapitals bei der Kalkulation der Kapitalverwertung wichtig. Wir sehen, daß die Vernachlässigung oder gar Nicht-Berücksichtigung der im Begriff der organischen Kapitalzusammensetzung ausgedrückten Tendenzen der gesellschaftlichen Produktion in den "bornierten" Formen der kapitalistischen Produktionsweise Konsequenzen hat, die nur "umgangen" werden können, wenn der inneren Konsistenz und Totalität der Marxschen Theorie *äußerliche* Annahmen beigelegt werden.

In diesem Zusammenhang wollen wir die *Entfaltung* der inneren Widersprüche in der Kapitalakkumulation betrachten. Die Widersprüchlichkeit des Kapitals, die

Produktivität und die Mehrwertrate nur mittels steigender Kapitalzusammensetzung erreichen zu können, kann - wie gesagt - durch den Druck der Arbeiterklasse noch verstärkt werden: Das Kapital versucht dann, mit Restrukturierungen des Produktionsprozesses dem Druck der Arbeiterklasse (durch Lohnkämpfe, Streiks, Aufbegehren gegen die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzungen) zu entgehen. Abgesehen davon, daß damit neue Kämpfe provoziert werden (vgl. etwa die Entwicklung in Italien Ende der 60er Jahre), haben diese Reaktionen des Kapitals eine Steigerung der Kapitalzusammensetzung zur Folge, die einen negativen Effekt auf die in der Profitratenentwicklung "synthetisch" zum Ausdruck kommende Verwertungssituation des Kapitals ausgeübt. Die von jedem einzelnen Kapital eingeschlagene Strategie, den Attacken der Lohnarbeiter mit Produktivkraftsteigerungen und Restrukturierungen des Produktionsprozesses (als Arbeits- und Verwertungsprozeß) zu begegnen, führen für das Kapital insgesamt zu einer steigenden organischen Kapitalzusammensetzung. So gerät das Kapital in Verwertungsschwierigkeiten, obwohl es ihm gelungen sein mag, die Mehrwertrate zu steigern. Denn die dazu notwendigen Mittel (*spezifisch kapitalistische Mittel!*) geraten mit dem Zweck der *höchstmöglichen Verwertung in Konflikt* und führen zur ökonomischen Krise. Daher ist die Krise als immer wieder notwendig eingetretenes Resultat in der Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Akkumulationsprozesses angelegt. Eine aus der Struktur und Entwicklung der Kapitalakkumulation begründete Krisenerklärung muß keineswegs objektivistisch sein; sie ermöglicht es aber, zu begreifen, daß zwar die Arbeiterklasse wenig militant sein mag und trotzdem von ihnen - vermittelt über die Widersprüchlichkeit des Akkumulationsprozesses

- die Krise auch "produziert" wird. Diesen Aspekt wollen wir noch näher ausführen, bevor wir einen theoretischen Rahmen für die historische Untersuchung entwickeln.

Die Entwicklung des Kapitals schließt sowohl das in der Mehrwertrate zum Ausdruck kommende Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit als auch das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit ein. Die Entwicklung dieses *Verhältnisses von toter zu lebendiger Arbeit* zeigt dabei überhaupt den Grad an, "worin das Kapital als Kapital, als Macht über die lebendige Arbeit entwickelt ist und sich dem Produktionsprozeß überhaupt unterworfen hat." (Grundrisse, 587) Darin ist zugleich ausgedrückt, daß dieses Verhältnis zum entscheidenden Faktor für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung wird, insofern es anzeigt, daß sich das Kapital immer mehr nach den ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten bewegt. Krisen müssen dann nicht mehr wie in Perioden unterentwickelten Kapitalverhältnisses exogen erklärt werden (wie dies ja letztlich in den referierten Theorien geschieht, die allerdings zu diesem Zweck die Arbeiterklasse aus dem Kapital als Kapitalverhältnis herausnehmen müssen, um sie dann "von außen" wirken zu lassen); das Kapitalverhältnis *als prozessierender Widerspruch* wird zum Erklärungsgrund der Krisen (in *diesem* Zusammenhang wird bei Marx übrigens das einzige Mal von einem "Grundwiderspruch" gesprochen).

Dies wird besonders deutlich bei Betrachtung der Entwicklung und Rolle des *fixen Kapitals*, dessen Entwicklungsgrad "die schon erreichte Stufe der Entwicklung der auf dem Kapital beruhenden Produktionsweise [mißt] - oder wie weit das Kapital selbst schon als Bedingungen seiner eigenen Produktion vorausgesetzt ist, sich vorausgesetzt hat..." (Grundrisse, 603; vgl. auch

Schmiede 1973, 76). Es geht hier also um die Ablösung von gesellschaftlichen Gesetzen, die auf persönlichen Herrschaftsverhältnissen beruhen, durch die *Gesetze des Kapitals*, der *ökonomisch vermittelten Herrschaft*, und den Grad, inwieweit diese Gesetze zu den bestimmenden geworden sind. Wenn also eine Loslösung des Profits von den ihm eigenen Bedingungen behauptet wird, dann sind in der Tat die gesellschaftlichen Gesetze des Kapitals in der Analyse aufgehoben worden (und dies ist den Autoren bewußt); unmittelbare persönliche Herrschafts- bzw. Machtbeziehungen der Organisationen der Klassen, wodurch denn auch der Profit bestimmt wird, treten an ihre Stelle. Aber eben diese Behauptung wird nur spärlich begründet. Eine notwendige Bedingung für jene Loslösung des Profits von den ihm eigenen Bedingungen wäre z.B. der Nachweis der Konstanz und damit der Irrelevanz der organischen Zusammensetzung. Denn selbst ein Sinken der organischen Zusammensetzung - und dies ist periodisch Resultat der ökonomischen Krise - hätte Effekte auf die Profitrate, die eine Vernachlässigung der Untersuchung der organischen Zusammensetzung verbieten würden. Es sind dies Wirkungen, die sich aus den dem Kapital eigenen Gesetzmäßigkeiten erklären und nicht aus äußeren unmittelbaren gesellschaftlichen Beziehungen.

Die *Begründung und Einschätzung der periodischen Krise* (vgl. dazu auch Kapitel 2) ist jeweils anders, wenn die Krise einer infolge harter Klassenauseinandersetzungen gesunkenen Ausbeutungsrate angelastet oder aber mit einer aufgrund der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit veränderten organischen Zusammensetzung des Kapitals begründet wird. Eine solche Trennung

beider Faktoren, die auf die Profitrate wirken, ist allerdings gar nicht möglich: Im langfristigen Ablauf der ökonomischen Entwicklung können z.B. Lohnkämpfe und ein dadurch erreichtes hohes Lohnniveau zu verstärkten Anstrengungen bei den Kapitalisten führen, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern, was in der Regel in einer veränderten technischen Zusammensetzung des Kapitals resultiert. Andererseits kann bei Betrachtung des industriellen Zyklus festgestellt werden, daß die Macht der Arbeiterklasse aufgrund der Beschäftigungslage gerade in Phasen des Zyklus groß ist, wenn im Boom die Profitraten zu sinken beginnen, die Nachfragebedingungen zunächst in der Abteilung I sich verschlechtern und auf diesem Hintergrund die gestärkte Lohnverhandlungsmacht tatsächlich den Abschwung beschleunigt und die Krise verschärft. Diese Macht der Arbeiter erscheint daher nicht als *deus ex machina* auf der Bühne des kapitalistischen Ganges der Entwicklung, sondern ist weitgehend von der historischen Entwicklung der Kapitalakkumulation, von ökonomischen Phasen abhängig.

Der *Akkumulationsprozeß des Kapitals* hat die fortwährende Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zur Voraussetzung und zur Folge - *auch unabhängig von der jeweiligen Lohnhöhe*. Darin drückt sich zugleich eine relative Abnahme des in lebendiger Arbeit umgesetzten variablen Kapitalbestandteils gegenüber dem wachsenden, in Produktionsmittel umgesetzten konstanten Kapitalteilen aus. Dieser Prozeß bedeutet Konzentration und Zentralisation des Kapitals, technologische Umwälzungen, die eine wachsende Freisetzung von lebendiger Arbeit zur Folge haben. Auch wenn die steigende Produktivkraft der Arbeit sich in einer Wertsenkung aller Kapitalbestandteile niederschlägt, und deshalb eine steigende technische Zusammensetzung des Kapitals sich nicht

notwendig in einer steigenden organischen Zusammensetzung ausdrücken muß (vgl. dazu auch Kapital III, MEW 25, 239f.), so steigt doch bei Anwendung "spezifisch kapitalistischer Produktionsmethoden" - und dies ist auch das Ergebnis der neueren Diskussion zur Marxschen Akkumulationstheorie - die organische Zusammensetzung in den Fällen, in denen die technische Zusammensetzung schneller wächst als die Produktivkraft der Arbeit (vgl. Stamatis 1976). Dann gilt, daß die "Masse der angewandten Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten Arbeit" und der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist, muß "in einem stets abnehmenden Verhältnis stehen zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals" (Kapital Bd. 3, MEW 25, 223). *Das Verhältnis von Mehrwertmasse und Wert des angewandten Gesamtkapitals ist aber die Profitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.* Der tendenzielle Fall der Profitrate, die bei Marx als synthetischer Ausdruck des Widerspruchs des Kapitals entwickelt wird, ergibt sich aus der dem Kapital innewohnenden Tendenz einer permanenten Steigerung der Produktivkraft der angewandten Arbeit, die (durch die Erhöhung der Mehrwertrate und -masse) die Profitrate erhöhen soll: "Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte - gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals." (Kapital Bd. 3, MEW 25, 260) Andererseits entwickelt das Kapital gegen den Fall der Profitrate spezifische Strategien (Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals, Erhöhung der Mehrwertrate usw.), die unmittelbar auf die Lage der Lohnarbeiter wirken und deren Erfolg an Schwäche oder Stärke des Widerstandes der Lohnarbeiter gebunden sind. So scheint dann in bestimmten historischen Phasen die

Stärke der Lohnarbeiter die Ursache der Krise zu sein, während diese Stärke zunächst einmal nur hat *verhindern* können, daß der Fall der Profitrate durch den Druck auf den Reallohn, Intensivierung der Arbeit oder die Verlängerung des Arbeitstages in einem Maße "überkompensiert" werden konnte, daß die Profitabilität des Kapitals weiterhin gesichert gewesen wäre.

Die *Produktivkraftsteigerung* wirkt zweifach: Einerseits erhöht sie bei prozentual höherer Steigerung der technischen Zusammensetzung des Kapitals die Mehrwertrate, zum anderen aber berührt sie die Nachfrageverhältnisse, da durch sie die Masse der produzierten Gebrauchswerte wächst, die auf dem Markt abgesetzt werden müssen. Ebenso drückt sich eine veränderte technische Zusammensetzung des Kapitals in der Produktionsstruktur durch eine Verschiebung zugunsten der Produktion in der Abteilung I aus, was wiederum veränderte Nachfrageverhältnisse zur Folge haben dürfte (wie wir dies im Kapitel 3 am Beispiel der Bundesrepublik illustriert haben). So führt die Tendenz des Kapitals, die Mehrwertrate mittels Steigerung der Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen, nicht nur zu einer veränderten Zusammensetzung des Kapitals, sondern darin zugleich zur Möglichkeit von Ungleichgewichten, Störungen und Stockungen im Reproduktionsprozeß, die allein durch die angedeuteten Verschiebungen in der Produktionsstruktur und in den Nachfrageverhältnissen möglich werden und die zu krisenhaften Prozessen führen können, unabhängig vom Stand der Klassenauseinandersetzungen. Darin drückt sich die *Anarchie einer Produktionsweise* aus, die auf Privateigentum und Produktion für den Austausch beruht. Allerdings wäre es falsch, auf dieser Ebene

der *Möglichkeiten von Krisen*, von Ungleichgewichten, Störungen und Stockungen im Reproduktionsprozeß stehen zu bleiben. Krisentheorien, die sich in diesen aus der "Anarchie" der Produktionsweise angeleiteten zufälligen Krisen erschöpfen, bleiben auf einer Ebene stehen, die nicht mehr den systematischen Grund der periodisch wiederkehrenden Krisen erkennen läßt. (1)

Die "systematische Möglichkeit" von Krisen, sprich: die *Notwendigkeit von Krisen* (2) wird bei Marx in der Darstellung des Gesamtreproduktionsprozesses des Kapitals und darin insbesondere im tendenziellen Fall der Profitrate und seiner entgegenwirkenden Ursachen angegeben. Marx faßt darin systematisch die widersprüch-

-
- (1) Krisentheorien, die bei der Erkenntnis von der *Anarchie* der kapitalistischen Produktionsweise stehen bleiben, neigen naturgemäß viel stärker zu einer Betonung exogener Faktoren bzw. entscheidender Strukturveränderungen im Kapitalismus. Geht man z.B. wie Offe (1972) von einer solchen Anarchie aus, dann muß die Monopolisierung und der entwickelte Staatsinterventionismus als eine Bändigung dieser Anarchie und die gewerkschaftliche Organisation als eine Aufhebung der Unterworfenheit unter die Anarchie des Kapitals verstanden werden. Auf dieser theoretischen Basis argumentieren auch Bergmann u.a., die sich in ihrer Gewerkschaftstheorie deshalb auch o.w. auf organisationssoziologische Theorien (z.B. Michels, G. Briefs) stützen können.
- (2) "Notwendigkeit" wird hier also *nicht* als Wirklichkeit, sondern als systematische Möglichkeit einer Wirklichkeit verstanden. Dies hier noch zu betonen ist notwendig, um jenen zuvorzukommen, die den Marxismus auf einen kruden Determinismus zusammenschrumpfen lassen, um ihn dann umso bequemer wegfegen zu können - wobei allerdings nicht verschwiegen werden darf, daß die Theorien der Zweiten und Dritten Internationale einiges an einer solchen Verhuzung beigetragen haben. Wir beziehen uns hier auf die Darstellung dieser Begriffe bei Havemann (1968) und seiner Aufnahme bei Deutschmann (1977).

lichen Tendenzen in der Kapitalakkumulation zusammen, die in einem periodischen Fall der Profitrate münden und in der allgemeinen Krise ihre Lösungsform finden, in der durch Kapitalentwertung und -vernichtung, Freisetzung von Arbeitskräften und Druck auf die Reallöhne der Arbeiter durch die industrielle Reservearmee periodisch wieder erneut günstige Verwertungsbedingungen für das gesellschaftliche Gesamtkapital hergestellt werden. Diesen Prozeß kann die Aktion der Arbeiterklasse der Einzelkapitale (Monopole) und des Staates beeinflussen, aber diese Aktion ist nicht voraussetzungslos und sie trifft jeweils auf unterschiedliche Bedingungen der Kapitalverwertung. Erst auf dem Hintergrund des industriellen Zyklus des Kapitals und seiner langfristigen historischen Entwicklung wirken aber staatliche Wirtschaftspolitik, Monopole und Gewerkschaften bzw. Klassenkämpfe. Wir hatten die Notwendigkeit des industriellen Zyklus im zweiten Kapitel genauer analysiert und dargestellt, welche Funktion die Krise für die Restrukturierung des Kapitals hat. Wir hatten nach der Darstellung von Zyklus, Krise und Ursachen der Arbeitslosigkeit im fünften und sechsten Kapitel gesehen, daß die Notwendigkeit der Krise auch von der staatlichen Wirtschaftspolitik (bzw. der "monetären Akkumulation" der Kapitale bei Inflation) nur herausgezögert werden kann, nicht aber - wie es keynesianische Vorstellungen suggerieren - verhindert werden kann. Und wir hatten gesehen, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an im zyklischen Abschwung die staatliche Wirtschaftspolitik sogar die Wirkungen der Krise u.U. für sich "funktionalisiert", wenn sie vor und in der Krise ein Austerity-Programm durchsetzt. Ähnlich wirken auch die Aktionen der Lohnarbeiter und der Gewerkschaften erst vor diesem Hintergrund: Während in allgemeinen Prosperitätsphasen Lohnkämpfe zu Erfolgen (im Sinne einer materiellen Besserstellung der Arbeiterklasse) führen, ohne daß

dies die Prosperität des Kapital wesentlich berühren mag - aufgrund der breiten Kompromißzonen -, sind in Abschwungs-, Krisen- und Stagnationsphasen solche Kämpfe unmittelbar verschärfende Faktoren, weil es dem Kapital in solchen Phasen eben nicht möglich ist, durch massive Neuanlagen von Kapital die Produktivkraft in einem Maße zu steigern, daß die Lohnerhöhungen nicht auf die Mehrwertrate durchschlagen können. Denn in Abschwungs- und Krisenphasen ist die allgemeine Profitrate niedrig, damit auch die Profitrate, die auf Neuanlagen von Kapital *erwartet* wird: der Akkumulationsprozeß stockt, weil einerseits *zuviel* Kapital im Aufschwung akkumuliert wurde, das sich zur unzureichend gestiegenen Mehrwertmasse ins Verhältnis setzt, andererseits wiederum *zuwenig* Kapital zur Verfügung steht, um die Produktivkraft in einem Maße zu steigern, daß die gestiegene Mehrwertrate positiv auf die Profitrate durchschlagen könnte. Zugleich wird eine solche Produktivkraftsteigerung durch die stagnierende Nachfrage begrenzt: denn die zögernde Zusatzanlage aufgrund der sinkenden erwarteten Profitraten schlägt auf die Nachfrage nach Produkten der Abteilung I durch: ein kumulativer Prozeß nach unten ist die Folge. Die sich dadurch entwickelnde allgemeine Krise ist daher nicht nur "notwendig", um die Arbeiter zu disziplinieren, sondern um überhaupt den Widerspruch des Kapitals periodisch durch Kapitalvernichtung und -entwertung zu lösen.

Diese *doppelseitige Funktion der Krise* zeigt, daß die Machttheorien, die oben kritisiert wurden, nicht nur in der Erklärung der Krise zu kurz greifen, sondern auch nicht mehr die *Veränderungen der von ihnen vorgefundenen Machtverhältnisse* erklären können. Auch müssen die Grenzen des bloßen Wollens der Klassen im

Zyklus, in der Krise deutlich zutage treten: sei es, daß die Einzelkapitalisten nicht nur durch die Krise die Disziplin der Arbeiterklasse wiederhergestellt sehen, sondern u.U. ihre eigene Existenzvernichtung als Kapitalisten in der Krise riskieren (hier tritt die Unsinnigkeit des Begriffs des "Investitionsstreiks" deutlich hervor), sei es, daß die Arbeiter und Gewerkschaften die Krise als Schwächung ihrer Lohnverhandlungsmacht durch die industrielle Reservearmee, die verschärfte Konkurrenz der Arbeiter untereinander etc. begreifen müssen. (Daß solche Probleme auch auf eine entwickelte Klassenbewegung wie die in Italien zukommen, zeigt die Krise seit 1974, wenngleich hier ganz andere Möglichkeiten in der Abwehr der Krisenauswirkungen entwickelt werden könnten) Die Bedingungen der Machtverhältnisse zwischen den Klassen müssen daher aus dem *Zusammenhang von Kapitalentwicklung und Klassenkampf* entwickelt werden und können nicht aus sich selbst heraus erklärt werden.

Aus diesem Zusammenhang wird also deutlich, daß der Ausgangspunkt der Machttheorien selbst noch einmal erklärungsbedürftig ist: nämlich die gesellschaftliche Basis ihrer Macht. Denn will man ein organisationssoziologisches Vorgehen i.e.S. vermeiden, also die Macht bzw. Ohnmacht der Organisationen bzw. Institutionen nicht aus sich selbst heraus erklären, sondern aus der gesellschaftlichen Struktur (und dazu muß man kein Marxist sein), dann müssen die gesellschaftlichen Ursachen und Triebkräfte der Machtentfaltung und -begrenzung aus der Genesis und Struktur der Gesellschaft entwickelt werden. Auf diesem Hintergrund - und wir haben dies jetzt ausführlich begründet - erweisen sich die von uns referierten Machttheorien als Ansätze, die

sich auf "außerordentliche" Annahmen gründen. Konsequenz zu Ende gedacht, müßten diese Ansätze die Strukturveränderungen im Kapitalismus in der Aufhebung der arbeitsteiligen, privat organisierten Ökonomie behaupten (und Hilferdings "Generalkartell" [vgl. Hilferding 1968, 322] stand sicherlich nicht zufällig bei seiner politischen Theorie Pate), eine Strukturveränderung, der ja auch verschiedene Theorien vom "Monopolkapitalismus" theoretisch recht nahe kommen. Allein durch eine solche grundlegende Strukturveränderung würde nämlich das Wertgesetz und damit der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß des Kapitals außer Kraft gesetzt und andere Formen der Vergesellschaftung müßten an seine Stelle treten. Solange jedoch das Wertgesetz den inneren Zusammenhang der Produktionsweise konstituiert, müssen sich auch die verschiedenen Sphären der Politik auf diese Form der Vergesellschaftung beziehen und finden darin auch ihre Grenzen.

Wir wollen diese Zusammenhänge im letzten Teil unserer Arbeit nochmals am Beispiel der Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Politik (am historischen Beispiel der Bundesrepublik) verdeutlichen. Zugleich soll dann auch gefragt werden, inwieweit gerade in der Krise bzw. der folgenden relativen Stagnation der Kapitalakkumulation allein von den Gewerkschaften aus alternative gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeptionen entwickelt wurden, die das Wirken der kapitalistischen Reproduktion mit ihren Auswirkungen auf die Lage der Lohnarbeiter infrage stellen.

7.4. Zusammenfassung

Bei der Darstellung von sogenannten Machttheorien der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung ging es uns um die anhand der Diskussion der Theorie des "politischen Konjunkturzyklus" aufgeworfene Frage, inwieweit im Kapitalismus das Handeln der Subjekte (im weiteren Sinne: Staat, Kapitalisten, Arbeiterklasse) unmittelbar für die ökonomische Entwicklung bestimmend sind, oder: inwieweit dieses Handeln selbst noch gesellschaftlich bestimmt ist. Dabei wurde die bloße Entgegensetzung "Ökonomisches Gesetz vs. Macht" zurückgewiesen und die Form der ökonomischen Vermittlung gesellschaftlicher Herrschaft dargestellt. Anhand der Theorien vom "Profits-squeeze", vom "inflationären Verteilungskonflikt" und vom "Planstaat" wurden die immanenten Widersprüche und politischen Konsequenzen dieser "Machttheorien" aufgezeigt: In diesen Theorien muß von der immanenten Widersprüchlichkeit kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, wie sie bei Marx im Begriff der "organischen Zusammensetzung des Kapitals" und dem "Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate" thematisiert wird, abstrahiert werden, um den Lohn bzw. den Klassenkampf in ein unmittelbares Verhältnis zum Profit treten zu lassen. Durch diese Abstraktion wird die ökonomische Entwicklung nur noch machttheoretisch erklärbar, Krisen sind nicht mehr notwendige Durchgangsstadien der Kapitalakkumulation, sondern politisch produzierte ("Arbeiter produzieren die Krise"). Vor allem können diese Ansätze aber die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Macht (also ihres eigenen Ausgangspunktes) nicht mehr klären, sondern müssen diese historisch setzen.

Allgemein müssen die Machttheorien von Strukturveränderungen im Kapitalismus ausgehen, die letztlich das Wertgesetz als Form der Vergesellschaftung der Arbeit

Wertgesetz als Form der Vergesellschaftung der Arbeit in einer arbeitsteilig, privat produzierenden Gesellschaft überflüssig machen müßten. Gerade die behaupteten Strukturveränderungen (Monopolisierung, Gewerkschaftsmacht, Staatsinterventionismus) heben das Wertgesetz aber nicht auf (wenngleich sie es in seiner Wirkungsweise modifizieren'). Damit sind aber weiterhin die Voraussetzungen der Machtstrukturen in der Gesellschaft durch die Formen der Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise bestimmt.

3. Teil: Gewerkschaftliche Entwicklung im ökonomischen Zyklus und wirtschaftspolitische Alternativen gegen die Krise

Wir wenden uns jetzt wieder der Entwicklung im Zyklus 1966/67 - 1974/75 in der Bundesrepublik zu und nehmen dabei die im letzten Kapitel entwickelte und diskutierte Fragestellung nach den ökonomischen Vermittlungen gesellschaftlicher Machtstrukturen auf. Am Beispiel der *Entwicklung der Gewerkschaften im Zyklus* sollen die Veränderungen der Stellung der Gewerkschaften gegenüber Kapital und Staat und im Verhältnis zu ihrer Mitgliederschaft und zur Arbeiterklasse analysiert werden. Dabei müssen allerdings von uns historische und gesellschaftliche Bedingungen der gewerkschaftlichen Politik mitberücksichtigt werden, um die Stellung der Gewerkschaften in der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung erfassen zu können.

Eine zweite Aufgabe der Untersuchung in diesem Teil wird es sein, das *Verhältnis von ökonomischer Krise und den gesellschaftlichen und politischen Verarbeitungsweisen des Konfliktpotentials*, das durch die Krise entstanden ist, zu klären. Wir hatten im letzten Kapitel offen gelassen, ob denn nun allgemein die kapitalistische Krise die Basis für die Entfaltung des (ansonsten im Interessenkonflikt versteckten) Klassenbewußtseins und Klassenkampfes abgibt oder aber ob die ökonomische Krise die Herrschaft des Kapitals (des Kapitalverhältnisses) festigt. Wir werden versuchen, diese gegensätzlichen Aussagen zur Krise aufzulösen und die Wirkungen der Krise nicht nur für das gesellschaftliche Gesamtkapital, sondern auch auf die Entwicklungstendenzen innerhalb der Arbeiterklasse zu untersuchen.

Abschließend sollen *wirtschafts- und gewerkschafts-politische Alternativen* gegen die Krisenauswirkungen diskutiert werden. Denn die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Politik gegen die Krisenauswirkungen hängen eng damit zusammen, ob über die bloße Abwehrpolitik hinaus wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeptionen entwickelt werden können, in denen die Form der kapitalistischen Vergesellschaftung, deren unabdingbarer Bestandteil die ökonomischen Krisen sind, tendenziell überwunden werden kann. Dabei werden wir uns auf jene Diskussionen und Erfahrungen beschränken, die tatsächlich in den Gewerkschaften diskutiert bzw. politisch umgesetzt werden und uns fragen, inwieweit durch die Krise neue gewerkschaftliche Politikinhalte gegenüber den Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt wurden.

8. Kapitel: Ökonomischer Zyklus und gewerkschaftliche Entwicklung

Der Formwandel der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik von der keynesianischen Niveausteuerung zur monetaristisch geprägten Austerity-Politik wurde von uns als abhängig vom ökonomischen Zyklus analysiert; allerdings schloß dieser Formwandel auch eine bestimmte Form der Bewältigung gesellschaftlicher *Konsensprobleme* ein: Gesellschaftliche Konflikte sollten wieder weniger staatlich denn ökonomisch vermittelt werden, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse sollte wieder Regulator der gesellschaftlichen Prozesse werden. Dies zeigt sich nicht nur in der Rücknahme der vordem so euphorisch begonnenen "inneren Reformen" im Haushaltsstrukturgesetz, sondern auch und besonders in den sozialen Wirkungen ökonomischer Prozesse. Denn für diese Wirkungen gibt es zwar Auffangmechanismen im "Netz der sozialen Sicherheit", aber die Ursachen sind nicht mehr politisch anklagbar und eine politische Krisenabwehr nicht mehr einklagbar, sie bleiben vorerst (besonders unter den historischen Bedingungen in der Bundesrepublik) im "Schicksalhaften", im Sachzwang verborgen. Damit ist der gesellschaftliche Konsens aber auch wiederum in erster Linie *ökonomisch* vermittelt - wenngleich auch nicht mehr, wie in den 50er und 60er Jahren auf Basis einer ökonomischen Prosperität und der durch sie ermöglichten Kompromißzonen zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern repressiv.

8.1. Die Begründung des gesellschaftlichen Basiskonsenses in der Entwicklung der Bundesrepublik

8.1.1. Eine methodische Vorbemerkung

Akkumulation des Kapitals bedeutet auch absolute und relative Ausdehnung der Arbeiterklasse bzw. der Lohnabhängigen. Damit ist aber keineswegs unmittelbar eine quantitative Zunahme ihrer ökonomischen und politischen Macht verbunden, zumal dann nicht, wenn diese Akkumulation ohne große Friktionen und Konflikte verläuft und sogar zu einer relativen Prosperität der Lohnabhängigen führt, wie dies in der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren der Fall war. Eine solche Prosperität von Kapital und Arbeiterklasse bestätigt und verstärkt noch die in den verschiedenen Bereichen von Kultur, Ideologie, der Bewußtsein vermittelnden Institutionen vertretenen und verbreiteten Inhalte des Selbstverständnisses der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn sich daher in diesen Institutionen deutlich eine Hegemonie der bürgerlichen Klasse und ihrer Anschauungsweisen herausbildet, muß dies nicht unbedingt in Gegensatz stehen zum Bewußtsein der breiten Massen, sondern kann sogar einen vorhandenen gesellschaftlichen "Basiskonsens" ausdrücken. Dieses Basiskonsens wird (in der Bundesrepublik) also nicht nur darin deutlich, daß über lange Zeiten in der Prosperität ein breiter, durch Wahlen legitimierter Bürgerblock unter Führung der CDU/CSU die Politik bestimmen konnte, sondern auch darin, daß die in Opposition stehende Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm (1959) die letzten Reste einer Fundamentalopposition gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktionsweise ablegte.

Grundsätzlich wird die Basis dieser generellen Konsensbildung durch die spezifische Produktionsweise in der bürgerlichen Gesellschaft gelegt. Denn auch die in den verschiedenen Institutionen vermittelten Anschauungsweisen von der Gesellschaft und insbesondere von der Form der gesellschaftlichen Produktion im Kapitalismus (als privat-dezentralisierter) sind natürlich Momente der von dieser Produktionsweise selbst produzierten "Mystifikationen", also Existenzweisen der Formen des Kapitalverhältnisses auf der Oberfläche der Konkurrenz, wie sie auch das Bewußtsein der unmittelbaren Produzenten bestimmen.

Die kapitalistische Produktionsweise produziert zunächst quasi naturwüchsig in den Formen der Oberfläche der Konkurrenz, denen die Wareneigentümer einschließlich der Eigentümer der Ware Arbeitskraft verhaftet sind, Bewußtseinsformen, die die historisch bestimmte Produktionsweise des Kapitalismus als natürliche, ewige anerkennen lassen. Die Eigentümer der verschiedenen "Produktionsfaktoren" treten zueinander in Austauschverhältnisse, und in diesem Äquivalententausch ist auch das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital als gleichberechtigtes enthalten; das im Tausch von Arbeitskraft gegen variables Kapital vermittelte Klassenverhältnis von Lohnarbeit und Kapital ist nicht unmittelbar auf der Ebene der Warenzirkulation sichtbar.

Andererseits vermittelt aber eben die Warenzirkulation die Kapitalreproduktion und die Reproduktion des Klassenverhältnisses von Lohnarbeit und Kapital. Abstrakt ist daher in dieser notwendigen Vermittlung auch die Möglichkeit von Entstehung von Klassenbewußtsein und der Aufkündigung eines "sozialpartnerschaftlichen" Verhältnisses zwischen Lohnarbeit und Kapital

auf der Ebene der Zirkulation gegeben. Allerdings wird diese Möglichkeit in Phasen der Kapitalakkumulation, in denen der Austausch zwischen Lohnarbeit und Kapital breite Kompromißzonen von seiten des Kapitals vorfindet, kaum manifest werden können (auch wenn gerade in solchen Phasen die Arbeiter durch die günstige Stellung auf dem Arbeitsmarkt in einer starken Position gegenüber dem Kapital sind). In den Phasen, in denen die Kapitalakkumulation stockt und der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital nicht mehr so leicht kompromißhaft aufzuheben ist, ist die Erfahrung eines antagonistischen Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital möglich und daher allgemein auch die Möglichkeit eines Umschlagens von Verteilungskonflikten in Klassenauseinandersetzungen eher gegeben, aber zunächst auf dem Hintergrund einer durch die Krise geschwächten Position der Arbeiter.

Dieser kurze Abriß kann aber nur einen sehr abstrakten Hintergrund zur Entwicklung eines "Basiskonsens" in der bürgerlichen Gesellschaft abgeben. Denn die entwickelte Kampfkraft der Arbeiterklasse oder umgekehrt ihre historischen Niederlagen lassen historisch voneinander sehr differierende Situationen und Entwicklungen zu.

8.1.2. Zur historischen Begründung des Basiskonsenses in der Bundesrepublik

Für die Bundesrepublik kann gesagt werden, daß die ökonomische Prosperität in den 50er und 60er Jahren auf der Basis der Zerschlagung der Arbeiterklasse im Faschismus den breiten Basiskonsens in der Gesellschaft

und zwischen den Klassen ermöglicht hat. Die günstige ökonomische Entwicklung wurde dann zur "legitimato-
rischen" Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung
und der darauf basierenden Machtverteilung und Poli-
tik in der BRD. Dabei müssen zwei Aspekte berücksich-
tigt werden:

Erstens vollzog sich die Einbindung der Arbeiterklasse keineswegs konfliktfrei. Nach der Niederlage des Fa-
schismus war die legitimatorische Grundlage einer
die alten Machtverhältnisse wieder herstellenden ka-
pitalistischen Entwicklung äußerst schmal. Die "Neu-
ordnungsvorstellungen" nach dem Zweiten Weltkrieg
sind nicht einfach fallengelassen, sondern sie sind
der Arbeiterbewegung eher ausgetrieben worden. In der
Auseinandersetzung um das Mitbestimmungsgesetz 1950/51
und erst recht bei dem Versuch, die Mitbestimmungs-
rechte auf alle Wirtschaftszweige auszudehnen, mußten
der Arbeiterbewegung Niederlagen beigebracht werden,
um sie in den gesellschaftlichen Rahmen der Bundes-
republik zu integrieren. Die Streikbewegungen in der
ersten Hälfte der 50er Jahre richteten sich gegen den
späteren "Grundkonsens" eines wirtschaftsfriedlichen
Verhaltens von Lohnarbeit und Kapital. Die politische
Restauration von der Währungsreform 1948 und der Wie-
deraufrüstung seit 1952 bis zur Notstandsgesetzgebung
1968 und den repressiven Gesetzen zur "inneren Sicher-
heit" konnte sich nicht ohne hartnäckigen, allerdings
erfolglosen Widerstand durchsetzen. Daraus ergibt sich,
daß Konsens nicht einfach von Generation zu Generation
über die "ideologischen Apparate" (1) vermittelt wird,

(1) Vgl. zum Stellenwert der "ideologischen Apparate"
in der französischen und italienischen Diskussion
und zu ihrer Übernahme in die deutsche Diskussion
den Beitrag von Hirsch (1977).

sondern auch in Kämpfen erzwungen worden ist: Die Arbeiterbewegung hat auf vielen Gebieten und mit vielen ihrer Forderungen in der Nachkriegsgeschichte der BRD Niederlagen einstecken müssen. Die sozialistische und kommunistische Linke ist im Verlauf dieser Niederlagen innerhalb des politischen Systems in der BRD "marginalisiert" worden. Dies ist auch für die gegenwärtige Entwicklung noch immer von allergrößter Bedeutung: Daß die deutsche bzw. westdeutsche Arbeiterbewegung seit der historischen Niederlage von 1933 fast keine politischen Erfolge hat erzielen und so gegenüber den politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen des Kapitals keine wirksamen Alternativen hat entgegensetzen können.

Zweitens ist dieser Prozeß von Niederlagen aber nur interpretierbar, wenn gleichzeitig berücksichtigt wird, daß auf "materiellen Gebieten" in der Nachkriegszeit große Errungenschaften erreicht worden sind. Nachdem die Gewerkschaften die Neuordnungsvorstellungen nach der Niederlage von 1952 mit dem die abstrakte Friedenspflicht verlangenden Betriebsverfassungsgesetz hintanstellten und sich auf Lohnpolitik konzentrierten, konnten tatsächlich bedeutende Verbesserungen des Lebensstandards erzielt werden. Die Arbeitslosigkeit wurde innerhalb weniger Jahre beseitigt, die Millionen Flüchtlinge in das gesellschaftliche Leben integriert, Lohnerhöhungen ermöglichten ein besseres Leben und Arbeitszeitverkürzungen seit Ende der 50er Jahre schafften neue Möglichkeiten der Regeneration in der Freizeit. Auf der Grundlage der allgemeinen Prosperität waren Profitsteigerungen und Kapitalakkumulation einerseits und steigende Reallöhne und Verbesserungen der Lebenssituation der Lohnabhängigen andererseits möglich. Der Ausbau des "Systems für So-

zialversicherung" durch den Staat und eine Vielzahl von betrieblichen Sozialleistungen bildeten die vergoldete Kette des Basiskonsenses, aufgrund dessen die Arbeiterklasse fest an das System der BRD sich binden ließ. Die politisch Verantwortlichen des Systems bildeten sich daher nicht zu Unrecht etwas darauf ein, daß mit dem wachsenden Wohlstand für breite Kreise der Bevölkerung auch ein breiter Grundkonsens zwischen den Klassen hergestellt wurde. Die ökonomische Prosperität führte zu einer Erhöhung des allgemeinen Reproduktionsniveaus der Bevölkerung. Dabei waren die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Sicherung aus dem Reproduktionsfonds der Arbeitskraft finanziert, der mit steigender Produktivkraft der Arbeit ebenfalls ansteigen konnte. Auch wurden staatlicherseits Maßnahmen ergriffen, die nicht nur den Reproduktionsfonds der Arbeitskraft bzw. überhaupt den der Bevölkerung erhöhten, sondern die Einzelnen zusätzlich an die kapitalistische Form der gesellschaftlichen Produktion binden sollten. Hierzu gehört besonders der von der CDU/CSU geförderte Bau von Eigenheimen, die erhöhte Spartätigkeit, die durch die Ausgabe von "Volksaktien" reprivatisierten Unternehmen forciert werden sollte, die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand".

Ideologisch fand diese Entwicklung ihren Ausdruck in Theorien von "Wohlstands-" und "Versorgungsstaat", der "Überflußgesellschaft" etc. Die Klassengesellschaft galt als überwunden und ihre Theorie als von der empirischen Entwicklung widerlegt. Auch auf seiten der kritischen Wissenschaft wurden klassenspezifische Konzeptionen unter dem Eindruck eines nahezu ungebrochenen Wachstums des Kapitalismus in der Nachkriegszeit abgelöst bzw. modifiziert. Die "neue Klasse" der Angestellten, des Mittelstands allgemein wurde entdeckt, oder aber es wurde überhaupt der Klassengegensatz gegen-

über dem Phänomen struktureller Disparitäten quer zur Klassenscheidung in der Gesellschaft größere Bedeutung beigemessen. Die Theorie von der strukturellen Unterprivilegierung von Schichten in der Gesellschaft, deren Interessen nicht organisationsfähig sind und die sich daher nicht ihren Anteil am Wachstum des Nettoprodukts durch Interessenvertretung sichern können, wurde gegenüber dem orthodoxen Klassenbegriff und -gegensatz als ein für die "spätkapitalistische Industriegesellschaft" adäquateres Konzept angesehen (vgl. die Thesen von Bergmann u.a. 1969, Offe 1969; zur Kritik Müller/Neusüss 1970). Diese Theorien konnten sich dabei auf die *empirische* Entwicklung stützen.

Politisch fand der durch den materiellen Wohlstand breiter Schichten verfestigte Basiskonsens in der Bevölkerung seinen Ausdruck in der Entwicklung der Parteien zu "Volksparteien", zu Parteien also, die in ihrer Organisation schon die unterschiedlichen Interessen in der Gesellschaft aufheben wollten. Daß dies am ehesten der konservativen CDU/CSU gelang, lag u.a. nicht zuletzt daran, daß diese Partei strukturell darauf angelegt war, den Interessenkompromiß zwischen den unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft im Rahmen des kapitalistischen Wachstums zu verwirklichen. Das "Gemeinwohl", in dem sich letztlich das "Wohl des Kapitals" als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung versteckte, konnte solange als gemeinsamer Bezugspunkt der unterschiedlichen Interessen dienen, solange das kapitalistische Wachstums ungefährdet war und die Politik der CDU/CSU gerechtfertigt wurde.

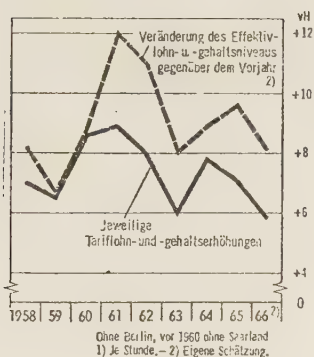
Aber auch die SPD vollzog im Zuge des "Wirtschaftswunders" und ihrer ständigen Niederlagen in den Wahlen einen Wandel: Im "Godesberger Programm" proklamierte sie ihren Wandel zur Volkspartei; nicht mehr das von der CDU/CSU verfolgte Ziel, des kapitalistischen Wachstums der Wirtschaft (das zuvor zumindest theoretisch noch problematisiert worden war), sondern nur noch die angewandten Mittel der Wirtschaftspolitik wurden nunmehr zum Thema der politischen Auseinandersetzung gemacht. Und auf dieser Ebene konnte die SPD mit ihren Wirtschaftsexperten Schiller am "Ende des Wirtschaftswunders" dem neoliberalen Konzept Erhards tatsächlich erfolgreich entgegentreten (vgl. Kapitel 5), während zugleich mit der Krise 1966/67 die Interessengegensätze in der CDU/CSU stärker hervortraten (vgl. ausführlicher Schmollinger/Stöss 1976).

8.2. Vollbeschäftigung und Gewerkschaften

Für die Gewerkschaften war diese Phase der Vollbeschäftigung der entscheidende Ausgangspunkt ihrer Politik, nachdem die Versuche wichtiger sozialpolitischer Reformen 1952 und die nachfolgende Strategie der "expansiven Lohnpolitik", die noch eine strukturelle Umverteilung der Einkommen und daher der Macht zwischen den Klassen beabsichtigte, gescheitert waren. Doch die Erfolge der Gewerkschaft in der Phase der Vollbeschäftigung, die sich sowohl in den Erhöhungen der Reallöhne als auch in der Verkürzung der Arbeitszeiten ausdrückten, waren im Grunde nicht Ergebnisse ihrer Politik, sondern naturwüchsiges Resultat der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Dies wird besonders anhand der unterschiedlichen Bewegung von Effektiv- und Tariflohniveau deutlich (vgl. Schaubild 12), worin allerdings auch der hohe Anteil von Überstundenableistung in Boomphasen aus-

gedrückt ist:

Schaubild 12: Tariflohn- und Effektivlohniveau
in der Bundesrepublik (Gesamtwirtschaft)
1958 - 1966.



Quelle: Sachverständigenrat JG 1966/67, Schaubild 30.

Wenngleich auch diese Phase der gesellschaftlichen Entwicklung nicht ohne gewerkschaftliche Kämpfe ab-
lief (herausragende Ereignisse waren hier der Schles-
wig-Holstein-Streik 1957 um die Lohnfortzahlung im
Krankheitsfall und der Metallarbeiterstreik in Baden-
Württemberg 1963 mit der politischen Schlichtung
durch den Bundeskanzler), so waren doch die offenen
Tarifauseinandersetzungen eher die Ausnahme. So konn-
ten sich auf Basis der Niederlagen der Gewerkschaften
in der Anfangsphase der Bundesrepublik, des erfahrenen
schnellen ökonomischen Aufschwungs im Kapitalismus und
der dadurch möglichen Realloohnerhöhungen ein Bewußt
sein und ein politisches Selbstverständnis bei den
Gewerkschaften (und insbesondere bei ihren Mitgliedern)

herausbilden, das sich wesentlich auf der Existenz der "gesicherten" Vollbeschäftigung und der gestärkten Lohnverhandlungsmacht angesichts des knappen "Faktors Arbeit" gründete.

Die Tatsache, daß die Lohnerhöhungen primär "naturwüchsiges" Resultat der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und deren *Absicherung* durch Tarifverträge und nicht Resultat klassenkämpferischer Auseinandersetzungen waren, hatte auch schwerwiegende Folgen für das Verhältnis der Gewerkschaften zur Arbeiterschaft: Zwar steigt in dieser Zeit der Mitgliederstand in den Gewerkschaften absolut, der Organisationsgrad der Arbeiterschaft (Gewerkschaftsmitglieder bezogen auf abhängig Erwerbstätige) sinkt aber (vgl. Tabelle 13):

Tabelle 13: Organisationsgrad des Deutschen Gewerkschaftsbundes (1)

Jahr	abhängig Erwerbs- tätige (Tsd)	DGB-Mitglie- der (Tsd)	Organisa- tionsgrad
1	2	3	3:2
1950	14 686	5 278	35,9
1955	17 955	6 104	34,0
1960	20 331	6 378	31,4
1965	21 841	6 574	30,1
1970	22 433	6 712	29,8

Quelle: Osterland u.a. 1973, Tab. 182 (i.Anh.)

zum Vergleich:

1973	22 564	7 168	31,8
1974	22 152	7 406	33,4
1975	21 386	7 365	34,4
1976	21 317	7 400	34,7

Quelle: Stat. Jahrbuch 1977, 96; 533; eigene Berechnungen

- (1) Die Tabelle gibt nur einen groben Raster für den tatsächlichen Organisationsgrad ab, insofern z.B. bei den Mitgliedern hier noch die Rentner mit-erfaßt sind. Bergmann u.a. (1975) haben am Bei-spiel der Untersuchung des Organisationsgrades in der Metallbranche versucht, dafür differenzier-tete Kriterien zu entwickeln. (Vgl. ebd., 360, Tab. 21) Sie kommen dabei für die Metallbranche zu ähnlichen Trends: Bis Mitte der 60er Jahre ist ein sinkender bzw. stagnierender, ab 1970 ein eindeutig steigender Organisationsgrad feststell-bar, In unserer Zahlen ab 1970 ist allerdings auch ausgedrückt, daß ein großer Teil derjenigen, die durch die Krise aus dem "Erwerbsleben" ausscheiden mußten, zuvor nicht gewerkschaftlich organisiert war, während zugleich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht im gleichen Ausmaß wie der Durch-schnitt der Arbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

In dieser Tabelle zeigt sich, daß gerade die im Zuge der beschleunigten Kapitalakkumulation in den 50er und 60er Jahren zusätzlich in den Produktionsprozeß eingegliederten Personen nicht Mitglieder der bestehenden Gewerkschaften wurden. Neben der Erfahrung, daß der Reallohn auch ohne gewerkschaftlichen Kampf anstieg, spielt hierbei besonders eine Rolle, daß in dieser Phase der Vollbeschäftigung die technologischen Umwälzungen zu einer verstärkten Beschäftigung von un- und angelernten Arbeitern, teilzeitbeschäftigten Frauen, Ausländern (ab 1958) geführt hatten, also alles Gruppen innerhalb der Arbeiterschaft, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß und ihres Bewußtseins nur schwer für die Gewerkschaften zu gewinnen waren; auf die relative Zunahme dieser Arbeiterschichten sind auch die sinkenden Organisationsgrade (vgl. auch Tabelle 14) zurückzuführen:

Tabelle 14: Organisationsgrad nach Qualifikation
(1961; 1964)

Der Organisationsgrad betrug (in v.H.) bei den		
	1961	1964
Ungelernten Arbeitern	32	20
Angelernten Arbeitern	39	35
Facharbeitern	50	48

Quelle: Nickel 1974, 130.

Zugleich wurden in dieser Phase der Prosperität Differenzierungen innerhalb der Arbeiterklasse möglich (z.B. die zwischen gutbezahlten Angestellten, Technikern, Ingenieuren gegenüber dem "einfachen" Arbeiter etc), die ebenfalls negativ für die gewerkschaftliche Organisation zu Buche schlugen.

Die technologische Entwicklung konfrontierte die Gewerkschaft in dieser Phase mit Problemen, die aus den Veränderungen im Produktionsprozeß entsprangen: Arbeitsintensivierung, wachsender Verschleiß der Arbeitskraft, Dequalifikation von hergebrachten Berufen, Entleerung der Arbeitsinhalte etc. Und wenngleich die Gefahren der technologischen Umwälzungen von den gewerkschaftlichen Repräsentanten durchaus erkannt wurden (vgl. z.B. die Arbeitstagung der IG Metall zur Automation 1963 und den Kongreß "Automation - Risiko und Chance" [1965], auf dem besonders das Beispiel der USA, in denen die Automation zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit geführt hatte, hervorgehoben wurde), so wurden doch nur wenige praktische Konsequenzen für die tarifpolitische Auseinandersetzung aus dieser Erkenntnis gezogen (vgl. RK Gewerkschaften 1972c, 178ff.). Und solange auf Basis der Vollbeschäftigung die durch die technologischen Umwälzungen freigesetzten Arbeiter jederzeit einen neuen Arbeitsplatz (wenn auch mit anderer Tätigkeit und u.U. in einer anderen Branche) finden konnten, war ja auch bei den Mitgliedern kaum ein Problembewußtsein dafür vorhanden. Denn angesichts steigender Reallöhne mußten durch Umsetzungen bewirkte Dequalifikationen nicht notwendigerweise als Reallohnkürzungen erscheinen, die Intensifikation der Arbeit mußte angesichts möglicher Kompensationen durch Zusatzlöhne nicht notwendigerweise als Verschlechterung der Lebens- und Arbeitssituation begriffen werden (zumal die Folgen eines verstärkten Verschleißes der Arbeitskraft u.U. erst nach Jahren in Form physischer und psychischer Beeinträchtigung der Gesundheit deutlich werden).

Aufgrund der genannten Kompensationsmöglichkeiten in dieser Phase der ökonomischen Entwicklung wurde daher der technische Fortschritt eher als *Chance* von der

Gewerkschaftsbewegung begriffen und die politischen Forderungen gingen darauf hinaus, die individuellen Risiken der Arbeiter zu senken und die allgemeine Qualifikation der Arbeitskraft an die neuen Bedingungen anzupassen (Forderungen nach verbesserten Umschulungsmöglichkeiten und nach Verhinderung der Mitte der 60er Jahre vorhergesagten "Bildungskatastrophe").

(1) Lediglich in einzelnen Branchen, die schon frühzeitig von Strukturkrisen betroffen waren und in denen eine Berufsstruktur vorherrschte, die traditionell so verfestigt war, daß eine Umsetzung und Umschulung erheblich erschwert war, brachen erste Konflikte auch in der Phase der Vollbeschäftigung aus. Dies gilt insbesondere für die Strukturkrise im Steinkohlebergbau; hier führte die "Kohlenkrise" (die bereits 1958 einsetzt und bis 1968 andauert) zu Widerstandskaktionen der traditionell sich stark mit ihrem Beruf und ihrer Qualifikation identifizierenden Bergarbeiter, deren Situation auch durch den Strukturwandel im Ruhrgebiet verschärft wurde (vgl. dazu genauer Hildebrandt 1975, 61ff.). Die Verhältnisse im Bergbau sind aber für die Zeit der ökonomischen Prosperität Ausnahme geblieben.

-
- (1) Die "Bildungskatastrophe" (Picht) steht in engem Zusammenhang mit der ab Mitte der 60er Jahre sich entwickelnden Studentenbewegung, die als erste (wenn auch relativ kleine) gesellschaftliche Bewegung aus dem seit den 50er Jahren stabilen gesellschaftlichen Konsens ausscherte und deren Existenz und Orientierung an Teilen der Arbeiterbewegung auch die Gewerkschaften beeinflusste.

8.3. Von der Vollbeschäftigung zur Krise: Staatliche
Wirtschaftspolitik, Gewerkschaften und Arbeiter-
widerstand im Zyklus 1966/67 bis 1974/75

Für die Phase der Vollbeschäftigung (bis 1965) kann zusammenfassend gesagt werden, daß die günstigen Bedingungen des kapitalistischen Wirtschaftswachstums die Basis dafür abgaben, daß der Klassenkonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital als bloßer Verteilungskonflikt zwischen den "Sozialpartnern" erscheinen konnte. Da selbst die Erfolge der Gewerkschaften nicht die ungestüme Akkumulation des Kapitals schmälern konnten, sondern diese umgekehrt die Basis für die Verbesserung des Lebensstandards für die Lohnabhängigen legte, konnte das gemeinsame Interesse am Wachstum der "Produktion" dominieren, denn dieses Wachstum schuf ja die Voraussetzung für den "Wohlstand für alle" und war auch unabdingbare Basis für weitergehende Forderungen der Gewerkschaften, z.B. nach gerechterer Einkommensverteilung, staatlicher Rahmenplanung etc.

Mit der Krise 1966/67 und der dann eingesetzten Globalsteuerung der staatlichen Wirtschaftspolitik erfährt dieser Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Verteilung einen qualitativen Wandel: Denn der Staat selbst ist es jetzt, der scheinbar das Ausmaß des Wirtschaftswachstums bestimmen und somit auch die Vollbeschäftigung garantieren kann. Damit erfährt aber auch die Funktion der Gewerkschaften im Rahmen der staatlichen Globalsteuerung einen qualitativen Wandel: Denn wenn bis dahin die gewerkschaftliche Organisation auf Basis der günstigen Akkumulationsbedingungen dem Kapital direkt als Tarifgegner gegenübertritt, so wird jetzt die Akkumulation des Kapitals und die Vollbeschäftigung wesentlich vom Staat mitbestimmt, der auch

in der Konzertierte Aktion die Tarifgegner auf seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Daten verpflichten will. Kann aber die Sicherung der Arbeitsplätze staatlicherseits garantiert werden (und die modernen Instrumente dazu wurden ja im Grundsatzprogramm des DGB selbst der Regierung anempfohlen!), dann erscheint es als irrational, die Wirtschaftspolitik vonseiten der Gewerkschaften nicht zu unterstützen, zumal die Krise 1966/67 und die sie begleitende Arbeitslosigkeit den Gewerkschaften die Gefahren einer un gelenkten kapitalistischen Wirtschaft wieder deutlich vor Augen geführt hatten. Mit der Großen Koalition und der Schillerschen Globalsteuerung erfüllen daher die beteiligten Gewerkschaftsorganisationen zunächst auch die Funktion, die "Vernunft" der aufgeklärten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in die Gewerkschaften hinein zu vermitteln und bei den Arbeitern dafür Verständnis zu wecken, daß das gesamtwirtschaftliche Wachstum nur durch zumindest zeitweilige Zurückhaltung in den Lohnforderungen abgesichert werden kann. Denn "die Einordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in die staatliche Wirtschaftspolitik ist nur die konsequente Folgerung aus der Annahme, staatliche Wirtschaftspolitik biete die Möglichkeit der Absicherung der gewerkschaftlichen Verhandlungsbasis: nämlich der Vollbeschäftigung." (Funke/Neusüß 1975, 178).

Angesichts der unterstellten wirtschaftspolitischen Möglichkeiten der Regierung und der Funktionalisierung der Gewerkschaften im Rahmen der Globalsteuerung wird sogar Zweifel laut, ob unter diesen Umständen die Gewerkschaften überhaupt noch eine Funktion im Interesse ihrer Mitglieder wahrnehmen könnten. Denn wenn einerseits durch eine staatlich bewirkte Verstetigung der Konjunktur die Vollbeschäftigung gesichert ist und

auch das Wachstum des Lebensstandards der Lohnabhängigen staatlich garantiert wird ("Soziale Symmetrie"), dann muß jedes gewerkschaftliche Handeln darüber hinaus als Störfaktor gegenüber einer Entwicklung gelten, die die Gewerkschaften nur gutheißen können. (1)

An der Forderung nach *gerechter Beteiligung an der Verteilung des Nettoprodukts* entzündeten sich auch die ersten Konflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital im Aufschwung nach der Krise 1966/67. Dank der gewerkschaftlichen Zurückhaltung in der Lohnpolitik, der Bindung der Tarife durch lange Laufzeiten und der in der Zwischenzeit erfolgenden schnellen Erhöhung der Arbeitsproduktivität konnten die Unternehmer hohe Gewinne verbuchen: Die Profitquote stieg an (vgl. Tabelle 3). Das Ausbleiben der "sozialen Symmetrie" und die Bindung der Gewerkschaften durch überlange Tarifverträge sind daher Anlässe für spontane betriebliche Protestaktionen 1969: die "Septemberstreiks".

Die Streiks, die wesentlich von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter getragen werden und an deren Spitze zumeist Betriebsräte bzw. gewerkschaftliche Vertrauensleute stehen, sind Ausdruck der Unzufriedenheit der gewerkschaftlichen Basis mit den sich zuungunsten der Arbeiter entwickelnden Verteilungsverhältnisse; die Forderungen laufen daher auf eine *proportionale Beteiligung* am Wachstum des Volkseinkommens (Nettoprodukt) hinaus. Sie sind Kampf gegen das Kapital auf

(1) So Schacht/Unterseher, wenn sie eine staatlich vermittelte Verstetigung der Konjunktur feststellen und als Pendant dazu die Notwendigkeit verstetigter Lohnerhöhungen konstatieren. "Doch Lohnerhöhungen als relativ problemlose Teilhabe am allgemeinen Fortschritt bringen die Gewerkschaften in Gefahr, ihre Legitimationsbasis zu verlieren..." (1972, 114).

der Betriebsebene und zugleich Kritik an der Einbindung der Gewerkschaftspolitik in der Konzertierten Aktion. In diesem Zusammenhang wird von einem im Zuge des staatlich abgesicherten kapitalistischen Wachstums entstandenen *neuen Lohnbewußtsein* bei den Arbeitern gesprochen, auf das auch die Septemberstreiks zurückzuführen seien: Während in der Vergangenheit bei den Arbeitern die Orientierung an der sozialen Situation der Arbeiterklasse dominiert habe, bezögen sich die Lohnansprüche nach der langanhaltenden Wachstumsphase und aufgrund der Absicherung des Arbeitsplatzes durch die staatliche Wirtschaftspolitik nunmehr "dynamisch" auf eine angemessene Beteiligung am wirtschaftlichen Wachstum (vgl. dazu Bergmann 1972, aber auch Schumann u.a. 1971), was von Bergmann als Angleichung an bürgerliche Denkweisen interpretiert wird. (1972, 176). Voraussetzung für dieses "neue Lohnbewußtsein" bei den Arbeitern ist aber das Bewußtsein, daß "Vollbeschäftigung zunehmend als grundsätzlich lösbares Problem, als Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik angesehen (wird)" (Bergmann 1972, 176), woraus sich auch erklären würde, daß "die Schwelle der politisch 'tragbaren' Arbeitslosigkeit heute ungleich niedriger liegt als noch in den Phasen der Hochkonjunktur der zwanziger Jahre" (ebd., 177), und woraus wiederum geschlossen wird, daß das politische System dann sofort in ein Legitimationsdefizit gerät, wenn das Anrecht auf einen sicheren Arbeitsplatz nicht mehr (politisch) gewährleistet erscheint.

Nun waren die Anlässe und die Forderungen sicherlich von dem Bewußtsein bei den beteiligten Arbeitern getragen, im Aufschwung benachteiligt worden zu sein und das Versprechen nach sozialer Symmetrie einfordern zu müssen. Aber die Charakterisierung des Strebens der Arbeiter nach proportionaler Beteiligung am ökonomischen

mischen Wachstum als "bürgerliche Denkweise" ist u. E. nicht präzise:

(1) Eine Ursache der Streiks war auch die *Verschlechterung der Arbeitsbedingungen* in den Betrieben, d.h. einer realen Verschlechterung der Reproduktion der Arbeitskraft durch den erhöhten Verschleiß gerade im Aufschwung. Aber diese Probleme werden erst *später* Gegenstand gewerkschaftlicher Politik ["Humanisierung der Arbeit" (1)] und unmittelbarer Anlaß von Auseinandersetzungen (in den spontanen Streiks 1973). Dabei mag eine Rolle gespielt haben, daß der erhöhte Verschleiß noch durch höhere Löhne kompensierbar erschien und daß die besonders von der Intensifikation der Arbeit betroffenen Arbeiter (Fließbandarbeiter - besonders Ausländer und Frauen etc.) nur am Rande in den Septemberstreiks aktiv geworden sind.

(2) Die den Thesen von Bergmann u.a. zugrunde liegenden empirischen Untersuchungen überraschen in ihrer Eindeutigkeit: Nur 14 v.H. der Befragten halten z.B. noch größere Krisen mit Massenarbeitslosigkeit für unvermeidbar (Bergmann 1972, 176). Allerdings wird hier der Kreis der Befragten wichtig: Dieser besteht nämlich in der zitierten Untersuchung nur aus haupt- und nebenamtlichen *Gewerkschaftsfunktionären*, Betriebsräten und Vertrauensleuten. Daß diese besonders stark die gewerkschaftliche Einschätzung von der politischen Machbarkeit der Wirtschaftsentwicklung (zumal unter der Sozial-

(1) Nach den Septemberstreiks wird im verstärkten Maße in den Gewerkschaften auch über Probleme der Arbeitsbedingungen diskutiert; im Herbst 1973 wird dann zur Durchsetzung von Forderungen gegen die Intensivierung der Arbeit in Betrieben gewerkschaftlich in Nordbaden/Nordwürttemberg gestreikt. (Streik um Lohnrahmentarifvertrag II).

demokratie) teilen, ist zu erwarten. Ganz anders sind daher die Ergebnisse einer Untersuchung, in der nicht nur Gewerkschaftsfunktionäre zu den Befragungen herangezogen wurden:

Tabelle 15: Erwartung von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit 1971/72

Kategorie Anzahl der Befragten	Arbeiter 1344	Angestellte 719
"Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit kommen in unserer kapitalistischen Wirtschaft immer wieder."	37 vH	42 vH
"Wirtschaftskrisen könnten schon vermieden werden, aber die Unternehmer sehen es manchmal ganz gern, wenn ein paar Leute arbeitslos sind."	32 vH	28 vH
"Wirtschaftskrisen können heute vermieden werden; der Staat kann schon verhindern, daß es Arbeitslosigkeit gibt."	31 vH	30 vH

Quelle: Eckart u.a. 1975, 13 (Tabelle 1)

Wenngleich also der Wandel des Bewußtseins durchaus nicht so eindeutig in Richtung einer Angleichung an bürgerliche Denkweisen ("Wirtschaftswachstum ist eine Frage der Politik") interpretierbar ist und sich somit auch ganz andere Entwicklungen bei einer eintretenden ökonomischen Krise als das vorausgesagte Legitimationsdefizit ergeben können, ist die Forderung nach gerechter Verteilung des Sozialprodukts und dessen Zuwachses der wichtigste Impuls für die Lohnkämpfe 1969 und in den darauffolgenden Jahren 1970-1972. Dabei gelingt es den Gewerkschaften in den Tarifrunden von 1970 bis

1972 die höchsten Lohnzuwächse in der Geschichte der Bundesrepublik durchzusetzen; das gewerkschaftliche Monopol auf Konfliktaustragung mit dem Kapital konnte wieder gesichert werden.

Wurden aber die Forderungen in den Septemberstreiks und in der Tarifrunde noch rasch von den Unternehmern erfüllt, die sich angesichts der günstigen Konjunktur keine langwierige Unterbrechung des Produktionsprozesses erlauben konnten, so werden die Auseinandersetzungen in den folgenden Jahren mit dem beginnenden zyklischen Abschwung zunehmend härter: Die Tarifrunden der IG Chemie und der IG Metall 1971 sind durch eine bis dahin unbekannte Vorbereitung der Arbeitgeberverbände auf eine harte Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften gekennzeichnet. Mit ihren provozierenden Lohnangeboten scheren die Unternehmer selbst aus der Konzentrierten Aktion aus. Waren bis dahin die kämpferischen Auseinandersetzungen weitgehend auf die IG Metall beschränkt, so breitet sich jetzt die Streikbereitschaft aus: In der Chemie-Branche finden die ersten (gewerkschaftlich organisierten) Streiks in der Geschichte der Bundesrepublik statt (1971); in der Metallindustrie ist die Tarifrunde angesichts von provozierend niedrigen Angeboten der Unternehmerverbände von einer außerordentlich hohen Streikbereitschaft der Arbeiter in den Betrieben geprägt. (1)

-
- (1) Die Tarifrunde war insbesondere in Nordbaden/Nordwürttemberg durch eine außerordentliche Härte gekennzeichnet: auf die Schwerpunktstreiks der IG Metall antworteten die Unternehmen mit Aussperrungen; nach dem Scheitern einer besonderen Schlichtung werden Brandt und Schiller in die Verhandlungen eingeschaltet; der Arbeitskampf wird zusätzlich durch den sogenannten Stingl-Erlaß verschärft, der für die betroffenen Arbeiter außerhalb des Streikgebiets eine Zahlung von Arbeitslosenunterstützung und Kurzarbeitergeld untersagte (diese Erlaß wird auf Druck der Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit zurückgenommen).

Zugleich machen die streikbereiten Teile der Arbeiterschaft in den gewerkschaftlich organisierten Tarifaussinandersetzungen und Streiks 1971 und 1972 die Erfahrung, daß die Gewerkschaftspolitik nur ungenügend ihre Forderungen umsetzt: Hier rächt sich die Einbindung der gewerkschaftlichen Politik in die Globalsteuerung, die in der Phase des beginnenden Abschwungs seit 1971 ermäßigte Lohnsteigerungen von den Tarifpartnern fordert. Vollends deutlich wird die Diskrepanz zwischen den kampfbereiten Teilen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftspolitik in den *spontanen Streiks 1973*, von denen sich die Gewerkschaften offen distanzieren - ganz im Gegensatz zu ihrem Verhalten in den Septemberstreiks. In den Streiks werden auch deutliche Unterschiede zu den bisherigen Auseinandersetzungen sichtbar (vgl. RK Gewerkschaften 1973; RK express. 1974).

(1) Die Streiks werden erstmals stark von den *unteren Arbeiterschichten* mitgetragen (1). Waren daher z.B. in den Septemberstreiks noch in erster Linie die traditionelle Facharbeiterschaft mit hohem Organisationsgrad aktiv, so sind es 1973 die unteren Schichten der an- und ungelernten Arbeiter mit hohem Ausländeranteil,

-
- (1) So wurden wichtige Streikinitiativen bei Ford/Köln, Hella/Lippstadt und Pierburg von ausländischen Arbeitern getragen; zum ersten Mal beteiligten sich auch Frauen in den unteren Lohngruppen in größerer Zahl an den Streikinitiativen. Die Bedeutung von Aktivitäten der unteren Arbeiterschichten wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß diese Gruppen traditionell eher gegen Streikaktivitäten und gewerkschaftliches Engagement eintreten als die anderen Arbeiterschichten. So kommt Nickel (1974) aufgrund von Umfragen zu dem Ergebnis, daß zwar 73 v.H. der Facharbeiter, aber nur 64 v.H. der "übrigen Arbeiter" dafür sind, daß "Arbeiter für höhere Löhne demonstrieren..." (423); 70 v.H. der Facharbeiter halten Streiks für richtig, aber nur 62 v.H. der "an- und ungelernten Arbeiter" (424; vgl. auch Tabelle 14 zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad unterer Arbeiterschichten.

die wenig gewerkschaftlich organisiert sind und deren Forderungen z.T. sogar auf den Widerstand der deutschen Facharbeiterschaft in den Betrieben stoßen. Die teilweise dadurch möglich gewordene Spaltung der Belegschaften in den Betrieben wird effektiv von den einzelnen Unternehmensführungen gegen die Arbeiter ausgenutzt (1).

(2) Gegenüber den traditionellen gewerkschaftlichen Forderungen in den Septemberstreiks (Prozentforderungen) orientieren sich die Forderungen in den Streiks 1973 nicht mehr so sehr an der Verteilung des produzierten Werts, sondern an der *Reproduktion der Arbeitskraft* (vgl. Kern 1974), und zwar sowohl in bezug auf die *Arbeitsbedingungen im Betrieb* (die für die unteren Arbeiterschichten besonders schlecht sind, vgl. RK Gewerkschaften 1972c) als auch in bezug auf die durch die Inflation geminderte *Reallohnhöhe* (Forderung nach linearen Teuerungszulagen, Problematisierung des Leistungsprinzips). Während einerseits daher diese Forderungen vereinheitlichende Momente beinhalten und den Klassengegensatz zum Kapital sichtbar machen, stehen andererseits die Forderungen gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen neben den traditionellen Interessen der Facharbeitergruppen.

(3) Die *Kampfbereitschaft* sowohl auf seiten der Arbeiter als auch auf seiten des Kapitals ist hoch: Es kommt trotz Niederlagen z.B. in sogenannten Avantgardebetrieben immer wieder zu neuen Streiks auch in Betrie-

(1) Die Spaltungstaktik ging in einigen Betrieben so weit, daß den (deutschen) Facharbeitern "freiwillig" Teuerungszulagen gewährt wurden, während die niedrigeren Lohngruppen (zumeist Ausländer) leer ausgingen. Vgl. dazu die Berichte in RK "express" 1974.

ben, in denen bisher nicht gestreikt wurde; die Streiks sind länger und ausdauernder, obwohl sie oft ohne die organisierende Kraft linker Gewerkschafter und gegen das Votum der Gewerkschaftsführung durchgeführt werden. Gegen die Streikaktionen hält das Kapital eine außerordentlich harte Strategie bis hin zum Polizeieinsatz; besondere Momente der Kapitalstrategie sind Versuche, besonders den Avantgardebetrieben (Mannesmann, Klöckner, Hoesch) Niederlagen zuzufügen, die Streiks zu zersplittern, keine Zugeständnisse an die gewerkschaftliche Politik zu machen, Meister, Vorarbeiter und/oder deutsche Facharbeiter gegen die Streikenden einzusetzen. Ebenfalls im Gegensatz zu den Septemberstreiks wird jetzt (in einer konjunkturrell veränderten Situation) die Arbeitsgerichtsbarkeit massiv eingesetzt.

Gerade die Streikaktionen 1973 zeigen, wie stark der gewerkschaftliche bzw. nicht-gewerkschaftliche Aktionsradius von Widerstand gegen das Kapital durch den industriellen Zyklus geprägt ist - eine Erfahrung, die in den Jahren des Prosperität, in denen "Wachstumszyklen" vorherrschten, verschüttet worden war. Zugleich zeigt sich aber auch im Zyklus, daß in den Phasen des zyklischen Aufschwungs *nach* der Krise und des zyklischen Abschwungs *vor* einer neuen Krise eine gewerkschaftliche Einbindung in die Globalsteuerung aufgrund der ökonomischen Zwänge eher gelingt als gerade in der Phase des Zyklus, in der diese Einbindung ihre eigentlichen Früchte für die Globalsteuerung erbringen soll: in der Phase der zyklischen Prosperität des Kapitals. In diesem Zeitraum können die Gewerkschaften aufgrund der günstigen konjunkturellen Situation und mit der Drohung der Mitgliedschaft im Nacken, notfalls selbst höhere Löhne durchzusetzen, hohe Tarifabschlüsse gegen das Votum der staatlichen Wirtschaftspolitik realisie-

ren. Dagegen trifft die Gewerkschaftspolitik in der Abschwungsphase auf den geschlossenen Widerstand der Kapitalverbände, die durch die veränderte ökonomische Situation auch in die Lage versetzt sind, den spontanen Widerstand der Arbeiter durch Spaltung der Arbeiterschaft und Zersplitterung der Streiks zu brechen.

Dieser Widerstand der Arbeiter war auch deshalb nicht effektiv, weil die Kämpfe in dieser Phase von den Gewerkschaften nicht aufgenommen, d.h. die Spaltung und Zersplitterung nicht verhindert worden sind. Die Schwächung der Kampfkraft der beteiligten Arbeiter auch durch das Verhalten der Gewerkschaften betrifft 1973 gerade Arbeiterschichten, die bis dahin wenig Widerstand gegen das Kapital geleistet hatten und die allgemein auch wenig gewerkschaftlich organisiert waren. Insofern hat das an der Globalsteuerung der SPD/FDP orientierte gewerkschaftliche Verhalten nicht nur die Widerstandsbereitschaft wichtiger Teile der Arbeiterschaft gegen die ersten Auswirkungen der Krise geschwächt, sondern auch die vorhandene Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft bestätigt und daher dazu beigetragen, der Möglichkeit eines gemeinsamen Widerstandes in der Krise den Boden zu entziehen.

Auch 1974 zu Beginn der Krise (die in den "strukturell schwachen Branchen" schon 1973 spürbar wurde) finden noch scharfe, gewerkschaftlich geführte Tarifausschreitungen statt, die insbesondere deshalb so hohe Abschlüsse bringen (zwischen + 9 v.H. und + 11 v.H.), weil jetzt die Preissteigerungen die höchsten Raten im gesamten Zyklus erreichen (bei den Verbraucherpreisen allein lagen die Preissteigerungen bei über + 9 v.H., vgl. dazu auch Tabelle 4 und Schaubild 5).

Bezeichnenderweise geht die Tarifrunde jetzt aber nicht von den Industriegewerkschaften aus, sondern vom Öffentlichen Dienst, in dem Flächenstreiks ein Ergebnis von + 11 v.H. Lohnsteigerungen erzwingen. Dieser Abschluß wird von den nachfolgenden Industriegewerkschaften - unterstützt von Warnstreiks (in der Metallindustrie streikt regional der Bezirk Unterwesser) teilweise noch übertroffen. Die "Vorreiterrolle" des Öffentlichen Dienstes ist in dieser Phase nicht zufällig: Einerseits verfiel bei den Arbeitern des Öffentlichen Dienstes die bereits existente Drohung einer krisenbedingten Arbeitslosigkeit wenig, wohl aber wurde der drohende Reallohnabbau angesichts der hohen Inflationsraten erkannt. Andererseits war aber auch der Widerstand des Staates gegen die Lohnforderungen ein Versuch, über das Vorziehen eines (niedrigen) Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst eine einkommenspolitische Signalwirkung auf die Tarifverhandlungen im privaten Bereich zu geben: Die Tarifverhandlungen sollten die Einkommenspolitik der Bundesregierung durchsetzen - ohne Erfolg.

Will man die Erfahrungen der Arbeiter und Gewerkschaften im Zyklus bis 1974 zusammenfassen, dann kann gesagt werden, daß gegenüber der Phase der Prosperität in den Auseinandersetzungen seit 1967 bei den Arbeitern das Kapital zwar zunehmend als *Klassengegner* ins Bewußtsein tritt: Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene als Gegner in den Lohnverhandlungen und als Ursache der die Reallöhne drückenden Inflation, auf der betrieblichen Ebene als Ursache verschlechternder Arbeitsbedingungen und als Arbeitsplatzvernichter, sofern jetzt schon Rationalisierungsinvestitionen einsetzen. Damit muß aber noch nicht notwendigerweise die *kapitalistische Produktionsweise* als Schranke der Sicherung der Lebensbedingungen der Arbeiter erscheinen und erkannt werden:

Selbst die Krise 1974/75 wird zunächst in der Regel als vom Weltmarkt "hereinbrechendes Schicksal" (wobei die "Ölkrise" eine entscheidende Rolle spielt) begriffen. Oder aber es werden auf betrieblicher Ebene ein "schlechtes Management" für den schlechten Absatz der Produkte verantwortlich gemacht. Das Kapital in der Form der personellen Herrschaft und Hierarchie im Betrieb, als Kapitalverband in der Branche oder als Gesamtverband in der Wirtschaft wird als Gegner begriffen; ein Gegner aber, der in der Krise die scheinbar besseren Argumente hat, auf alle Fälle aber "am längeren Hebel sitzt".

Zugleich können wir im Zyklus *Angleichungs- und Differenzierungsprozesse* innerhalb der Arbeiterschaft feststellen: Die Inflation drückt auf die Reallöhne aller Arbeiter (und Angestellten), aus dieser Erfahrung resultieren nicht nur Festgeldforderungen, sondern auch die potentielle Überwindung der Differenzen zwischen den Branchengewerkschaften und zwischen Industriegewerkschaften und Öffentlichem Dienst. Die tarifpolitischen Auseinandersetzungen, die Bedrohung der Reallöhne durch die Inflation und die verschlechterten Arbeitsbedingungen machen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und des gewerkschaftlichen Kampfs deutlicher: Der ansteigende Trend im Organisationsgrad (vgl. Tabelle 13) erklärt sich auch aus diesen Erfahrungen. Dagegen werden aber besonders in den spontanen Streiks auch die *Differenzen* innerhalb der Arbeiterschaft deutlich: Hier überschneiden sich ethnische und geschlechtliche Merkmale (teilzeitbeschäftigte Frauen, Ausländer) mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen: Diese unteren Arbeitergruppen stehen teilweise mit ihren Forderungen (z.B. den besonderen Urlaubsforderungen bei den Ausländern, dem Widerstand gegen die besonders schlechten Arbeitsbedingungen in bestimmten Abteilungen der

Betriebe etc.) neben den an proportionalen Lohnerhöhungen orientierten Forderungen der Facharbeiter und Angestellten. Hinzu kommt, daß diese Gruppen gewerkschaftlich unterrepräsentiert sind (vgl. dazu Nickel 1974, 129f.).

8.4. Ökonomische Krise und gesellschaftlicher Konsens

Mit der Ökonomischen Krise wird die Basis der Konsens- und Kompromißbildung zwischen Lohnarbeit und Kapital in der Verteilungssphäre objektiv stark eingeengt: Während auf der Seite des Kapitals der Druck der verstärkten Konkurrenz und drohender Entwertungsprozesse in der Verringerung der Lohnkosten der Ausweg aus der Krise gesucht wird, ist die gewerkschaftliche Lohnpolitik andererseits mit einer sich entwickelnden Arbeitslosigkeit konfrontiert, die die Erfolge der Tarifpolitik bedroht. Mit der sich verschärfenden Krise 1974/75 stehen die Interessen von Lohnarbeit und Kapital *unvereinbar* gegenüber: Das Interesse des Kapitals ist es, möglichst ohne tiefgreifende Entwertungs- und Vernichtungsprozesse die Krise zu überdauern und es versucht daher, die Lohnkosten durch Arbeitsintensivierung, Druck auf die Reallöhne und durch Entlassungen zu senken; das Interesse der Lohnarbeit ist es, die Reproduktion der Arbeitskraft zu bewahren, Lohnsenkungen, Arbeitsintensivierungen und Entlassungen abzuwehren.

Eine solche Einschätzung läßt auf den ersten Blick vermuten, daß eben jene tiefgreifende Legitimationskrise des gesellschaftlichen Systems in der ökonomischen Krise eintritt, die z.B. Bergmann (vgl. dazu 8.3.) für den Fall des Versagens der staatlichen Wirtschaftspolitik voraussagt: Die ökonomische Krise zersetzt den gesellschaftlichen Basiskonsens und gefährdet das politi-

sche Legitimationspotential. Eine solche Krisenerwartung vergißt aber, daß die ökonomische Krise selbst ökonomische und politische Mechanismen freisetzt, die den gesellschaftlichen "Konsens" auf eine neue, "repressive" Basis stellen können. Mit der ökonomischen Krise wird nicht nur die Möglichkeit der Entstehung von antikapitalistischem Bewußtsein auf der Basis des *erfahrenen* Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital produziert; es werden auch die Bedingungen des Erhalts der bürgerlichen Produktionsweise und Gesellschaftsform auf einer neuen historischen Stufe reproduziert. Wir wollen diesen widerspruchsvollen Prozeß zunächst anhand der veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Politik darstellen, um dann abschließend die politischen und gesellschaftlichen Prozesse im Verlauf der Krise zu analysieren. Dabei geht es uns um die Beantwortung der Frage, warum die ökonomische Krise *keine* offene Krise des gesellschaftlichen und politischen Systems zur Folge hatte und welche Vermittlungs- und Auffangmechanismen in der Krise gesellschaftliches Konfliktpotential absorbiert haben (vgl. dazu auch die Kontroverse zwischen Alt-vater u.a. 1977 und Koch/Narr 1976).

8.4.1. Gewerkschaftspolitik in der Krise (1)

Indem die zyklische Krise bisher fungierendes Kapital der Kapitalisten brach legt, wird auch die Arbeitskraft als Teil desselben von "Brachlegung" und "Entwertung" betroffen: Entlassungen füllen die industrielle Reservearmee auf, drücken auf die Lohnforderungen der beschäftigten Arbeiter und "entwerten" so die Ware Arbeitskraft; die Gewerkschaften finden veränderte Bedingungen der Tarifpolitik vor: Deren Spielräume sind eingeengt und es zeigt sich in der Krise überhaupt, daß in der Prosperität durchsetzbare Positionen der Gewerkschaften und ihrer Vertretungsorgane auf gesamtwirtschaftlicher und betrieblicher Ebene durch die Wirkungen der Krise in ihr Gegenteil verkehrt werden können. Hatten nämlich Betriebsräte wie Gewerkschaften ihre günstige Machtbasis in der Prosperität wesentlich ihrer günstigen Stellung in der Konkurrenz mit dem Kapital zu verdanken, so kehrt sich dieser Zusammenhang jetzt in der Krise um: die industrielle Reservearmee setzt die Konkurrenz der Arbeiter untereinander frei und es wird jetzt deutlich, daß Arbeiter wie Gewerkschaften ihre Interessen lange Zeit nicht in klassenkämpferischen Formen verteidigen mußten. Wir wollen dies im folgenden auf zwei Ebenen der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Kapital darstellen: der Ebene der Gesamtwirtschaft und der Ebene der Betriebe und der dortigen Kämpfe gegen Entlassungen, Arbeitsintensivierungen, Abstufungen und Dequalifizierungen.

-
- (1) Die Überschrift ist im doppelten Sinn zu verstehen. Die These, die Gewerkschaftspolitik sei selbst in eine Krise geraten, weil ihr die bisherige Basis, die Vollbeschäftigung, entzogen sei, wird scharf aus einer "orthodoxen" Position heraus kritisiert, die die Gewerkschaftspolitik als jeweils "notwendigen" Ausdruck des Bewußtseins der Mitglieder bzw. der Arbeiterklasse begreift. Vergessen wird in die-
(Fortsetzung nächste Seite)

I. *Gesamtwirtschaftlich* kann der Sachverständigenrat schon bald nach Beginn der Krise verkünden, daß er eine staatliche Einkommenspolitik mittels Orientierungsdaten im Grunde nicht für notwendig hält (1): "...nach unserem Eindruck sind die Tarifvertragsparteien zu einem für sie selbst und für die Volkswirtschaft tragbaren Kompromiß bereit ... Wieweit die Korrektur gehen muß, kann nicht einfach aus einer gesamtwirtschaftlichen Analyse abgeleitet (!) werden. Dies muß vielmehr von den Tarifvertragsparteien herausgefunden werden." (Sachverständigenrat JG 1975, 15) Dieser Erwartung entsprachen unter dem Druck der industriellen Reservearmee dann auch die Ergebnisse der Tarifrunden 1975/76; den Tarifpartnern wird im folgenden Jahresgutachten jedenfalls "stabilitätspolitisches Augenmaß" bescheinigt (vgl. JG 1976/77, 12) und die gesamtwirtschaftliche (bereinigte) Lohnquote fällt von 66,5 (1975) auf 64,8 (1976) (JG 1977/78, 81, Tab. 15). 1976 steigen die Einkommen aus "Unternehmer-tätigkeit und Vermögen" um (netto) 13,7 v.H., die aus unselbständiger Arbeit um 3,8 v.H. (ebd., 83). Diese massive Umverteilung ist in der Tat nicht auf die staatliche Einkommenspolitik zurückzuführen, auch wenn die Tarifabschlüsse im Rahmen der staatlichen Globalsteuerung lagen, sondern in erster Linie auf die Wirkungen der Krise selbst: So lagen 1976 die Effektivverdienste der Arbeiter nur deshalb leicht über den Tariflöhnen, weil die Unternehmer verstärkt aus Kosten-

Fortsetzung:

ser Position (die besonders in der Zeitschrift "Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" verbreitet wird), daß sich auch die Veränderung des Bewußtseins der Arbeiter nicht ohne Brüche und Konflikte ergibt und daß die entsprechenden Veränderungen in den Inhalten gewerkschaftlicher Politik nicht ohne Konflikte in den Gewerkschaften möglich sind. Vgl. zu einer differenzierteren Darstellung: RK Gewerkschaften 1974, 56-65).

- (1) In einem Interview im ZDF anlässlich der Übergabe des Jahresgutachtens wird dies vom Ratsmitglied Sievert bekräftigt.

gründen Überstunden im beginnenden Aufschwung ansetzten (vgl. auch JG 1976/77, 65).

Diese Hinnahme der Verschlechterung der Verteilungsposition der Arbeiter durch die Gewerkschaften erstaunt zunächst angesichts der gewerkschaftlichen Interpretation der Ursachen der Krise, die zwar in erster Linie exogen gefaßt wurde (Weltmarkt, Bundesbankpolitik), deren Überwindung jedoch durch den Ersatz des Nachfrageausfalls durch zusätzliche Nachfrage vonseiten des Konsums durch Lohnsteigerungen für möglich gehalten wurde. Die Erklärung hierfür ist, daß Lohnsteigerungen angesichts der Veränderungen in der Konkurrenz von Lohnarbeit und Kapital in der Krise *unter den in der Bundesrepublik entwickelten Kräfteverhältnissen* nicht mehr in einem Ausmaß durchsetzbar waren, um eine massive Umverteilung zugunsten der Profite verhindern zu können.

Die Erklärung dieser Schwäche der Organisationen der Lohnarbeiter gegenüber dem Kapital in der Bundesrepublik hat mehrere Ursachen:

(1) *Das Bewußtsein und Verhalten der Arbeiter*, also der Bezugspunkt jeder gewerkschaftlichen Politik. In ihrer großen Mehrzahl begreifen die Arbeiter die Krise zunächst "betriebsspezifisch" als Ausfall von Nachfrage nach Produkten des Betriebes, in dem sie beschäftigt sind. Wenn daher Krisen von einem großen Teil im allgemeinen als unvermeidbar in der herrschenden Produktionsweise angesehen werden (vgl. dazu Tabelle 14), so werden sie - bezogen auf die individuelle Situation - zunächst als Ausfall der Nachfrage gegenüber "ihren" Produkten erfahren und als "schicksalhaft" hingenommen. Daraus resultiert also zwar allgemein die Forderung nach höheren Löhnen (als Erhöhung der Massenkaufkraft)

bzw. die Forderung nach zusätzlichen staatlichen Ausgaben (zur Erhöhung der effektiven Nachfrage); aber die schwierige Situation des eigenen Betriebes und den drohenden Verlust des eigenen Arbeitsplatzes vor Augen existiert zugleich durchaus die Tendenz, zurückhaltend in den Lohnforderungen zu sein, eine Tendenz, die durch die Existenz einer anwachsenden industriellen Reservearmee vor den Betriebstoren noch verstärkt wird. Und insofern entsprachen die ersten Reaktionen der gewerkschaftlichen Politik in der Bundesrepublik auf die Krise - nach einer Phase des Stillhaltens - durchaus dem Problembewußtsein bei den Arbeitern: Forderungen nach zusätzlicher staatlicher Nachfrage; Verteidigung der bescheidenen Lohnforderungen gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit mit der Notwendigkeit zusätzlicher kaufkräftiger Nachfrage; Begründung dieser maßvollen Lohnforderungen, die eine Umverteilung zugunsten der Unternehmen implizierten, vor den eigenen Mitgliedern mit der schwierigen ökonomischen Situation. Allerdings sind für die Schwäche der Arbeiterorganisationen in der Abwehr der Krisenauswirkungen in dieser ersten Phase der Krise noch zwei weitere Momente wichtig geworden, die mittelbar mit dem Zustand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zusammenhängen:

(2) *Die Spaltung und Individualisierung innerhalb der Arbeiterschaft der Bundesrepublik.* Wir hatten schon auf die historischen Grundlagen dieses Zustandes hingewiesen: die Niederlagen im Faschismus, die Erfahrungen im Weltkrieg, die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse von den Tätigkeiten und Qualifikationen her (im Zuge der Umstrukturierung des Kapitals in der zweiten Phase der Kapitalakkumulation). Die Vollbeschäftigung und die günstige Stellung der Arbeiter als *einzelne* Verkäufer der Ware Arbeitskraft in der Konkurrenz mit dem Kapital haben diese Vereinzelung bestärkt wie

auch eine Tendenz zur Spaltung der Arbeiterschaft in traditionell gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter und (besonders ab Mitte der 50er Jahre neu in den Produktionsprozeß integrierte) an- und ungelernte Arbeiter, die zudem noch aufgrund geschlechtlicher (hoher Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen) und ethnischer (ausländische Arbeiter) Merkmale nur bedingt dem Durchschnitt gewerkschaftlicher Mitgliedschaft und Repräsentanz entsprachen. Diese Momente der Zersplitterung der Arbeiterschaft konnte in der Prosperität solange nicht unmittelbar zum Problem werden, solange alle Beschäftigten (wenn auch anteilmäßig unterschiedlich) Reallohnsteigerungen realisieren konnten. Erst mit der Verschärfung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gerade der unteren Arbeiterschichten durch Intensifikation der Arbeit und Inflation treten Differenzen zwischen den einzelnen Arbeiterschichten zutage, die in den Diskussionen um den Kampf gegen verschlechterte Arbeitsbedingungen deutlich werden und die in den Streiks 1973 kulminieren, in denen in einzelnen Betrieben die aufgebrochene Spaltung von den Unternehmensleitungen gegen die Streikenden ausgenutzt wird und in denen auch die Gewerkschaftsorganisationen gegen die Streikenden offen auftreten. Die Bestätigung der Spaltung der Arbeiterschaft auch durch die Gewerkschaften und die Schwächung der Kampfkraft in diesen Auseinandersetzungen gerade zu Beginn der Krise ist ein wichtiges Moment der Schwäche der Gewerkschaften in der Krise.

(3) Die Hinnahme von Lohnreduktionen und Arbeitsintensivierungen (einschließlich der "Modernisierung des Produktionsapparats" mittels Rationalisierungsinvestitionen) durch die Gewerkschaften in der ersten Phase der Krise hängt aber auch eng zusammen mit der schon in Kapitel 6 dargestellten *wirtschaftspolitischen Strategie*.

gie der sozialliberalen Koalition, über günstige Produktionsbedingungen von Profit mittels der "Bereinigung" wichtiger Kostenkomponenten des Kapitals die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt wieder zu stärken und von daher eine beschleunigte Akkumulation wieder einzuleiten. Diese Politik entspricht ja auch genau den Erfahrungen von Arbeitern und Gewerkschaften in der Prosperität, in der die günstige Position des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt einen wichtigen Faktor für Arbeitsplatzsicherheit und Realloohnerhöhungen darstellte, und die These vom Exportausfall als Ursache der tiefen Krise 1975 schien diese Strategie auch zu bestätigen. Mit dieser Politik waren die Gewerkschaften aber selbst noch einmal an die Kapitalstrategie gebunden: Denn eine Exportoffensive auf dem Weltmarkt konnte unter den Bedingungen einer synchron verlaufenden Weltmarktkrise nur dann gelingen, wenn die Kostenkomponenten im Inland sehr niedrig waren (vgl. auch Altvater/Neusüß 1975); eine solche Strategie mußte daher ihren Erfolg von dem Erfolg des Kapitals auf dem Weltmarkt abhängig machen und konnte der Kampfkraft der eigenen Organisation nur beschränkten Stellenwert im Kampf gegen die Krisenauswirkungen zuschreiben.(1)

-
- (1) Sofern eine solche Position in den Gewerkschaften dominiert, hat hier eine Strategie der "Konzentrierten Aktion", wie wir sie im Kapitel 6 bei der Analyse der Strukturpolitik dargestellt hatten, auch eine Basis in den Gewerkschaften. Auch in der seit 1976 verstärkt geführten Diskussion um Rationalisierungsinvestitionen stehen gewerkschaftliche Verlautbarungen dazu in dem Dilemma, einerseits die Forderung zu erheben, daß die sozialen Folgen für die Beschäftigten abgewehrt werden sollen, andererseits aber zugeben zu müssen, daß eine Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt (und damit der weitere Verlust von Arbeitsplätzen) auch von den Gewerkschaften nicht beabsichtigt ist. (Vgl. Loderer 1977).

Da die Gewerkschaften zu Beginn der Krise ohne kampfkraftige und geschlossene Mitgliedschaft dastehen, sind sie auf die staatliche Wirtschaftspolitik als Adressaten ihrer Forderungen verwiesen, ein Adressat, der sich durch die vorhandene Bindung der Gewerkschaftsbewegung an die Sozialdemokratie (1) zudem anbietet. Auf dieser Basis setzt die Gewerkschaftspolitik sogar noch ihre Politik der Interessenpolitik zugunsten der gewerkschaftlich repräsentierten deutschen Facharbeiterschaft fort. Diese Politik, die deutlich geworden ist in der Unterstützung der Ausländerpolitik der Re-

- (1) Diese Bindung an die Sozialdemokratie wird bei Zeuner (1977) verabsolutiert. In einer "generalisierten Staatsfixierung" der Arbeiter wird bei Zeuner die Basis für diese Bindung gesehen und der Autor weist die Behauptung zurück (bei Altvater/Neusüß (1975)), daß in der Krise die Integration der Arbeiter mit jedem Monat fortschreitender Krise immer weniger über ein vernünftiges Interesse vermittelt werden könne; dagegen sieht Zeuner gerade in der Krise eine Verstärkung der Fixierung der Arbeiter an den Staat. Zumindest für die erste Phase der Krise wird dem hier auch nicht widersprochen. Wir meinen aber, daß die Basis dieser Staatsfixierung in der Vereinzelung der Arbeiter durch die Krise, in dem Fehlen einer organisatorischen Vermittlung eines Abwehrkampfes bzw. überhaupt von Abwehrperspektiven liegt. Das Individuum ist - in der Krise auf sich selbst gestellt - natürlich in seinen Forderungen auf die politische Instanz verwiesen, solange eine kollektive Perspektive fehlt. In einer zweiten Phase der Krise scheint aber eine Veränderung eingetreten zu sein, die sich auch darin ausdrückt, daß die gewerkschaftliche Politik ihre Perspektive nicht mehr so sehr in der *staatlichen* Politik als in der betrieblichen und überbetrieblichen Auseinandersetzung mit dem *Kapital* sieht. Der Abwehrkampf gegen Rationalisierung und die Streiks Anfang 1978 werden gegen den Willen der Sozialdemokratie organisiert; in der Rentenfrage organisiert die IG Metall sogar in den Betrieben gegen die Regierungspläne Widerstand, und Vetter betont - in verschiedenen Artikeln in den Gewerkschaftlichen Monatsheften - stärker die *Autonomie* der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Regierung und der "Volkspartei" SPD. (Vgl. Vetter 1975, 206; 1978, 199).

gierung, gewinnt deshalb besondere Bedeutung, weil sie sich mit einer nach den ersten großen Entlassungswellen 1975 veränderten Personalpolitik der Betriebe überschneidet, in deren Entwicklung die gewerkschaftlichen Vertreter in den Betrieben einen schmerzhaften Lernprozeß durchmachen müssen.

II. Denn auf der *betrieblichen Ebene* verändern sich die Bedingungen gewerkschaftlicher betrieblicher Interessenvertretung mit dem Fortgang der Krise einschneidend. Waren nämlich in einer ersten Phase der Krise 1974/75 kollektive Widerstandsaktionen möglich, die sich gegen Massenentlassungen (besonders, wenn sie gleichzeitig in größerer Zahl auftraten) richteten, so ändert sich dies mit dem Andauern der Krise grundlegend: Erst Auswirkungen der Krise auch in den Betrieben, in denen keine Massenentlassungen vorgenommen wurden, sind: Angesichts des äußeren Drucks der industriellen Reservearmee verschärft sich die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft, nicht nur jene zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern, sondern auch jene zwischen den beschäftigten Arbeitern selbst. Mit innerbetrieblichen Rationalisierungen schälen sich die Differenzierungen innerhalb der Belegschaften nach Qualifikation, geschlechtlichen, sozialen und ethnischen Merkmalen heraus; ganze Arbeitergruppen werden innerbetrieblich herabgestuft, Facharbeiter auf Arbeitsplätze gesetzt, die zuvor angelernte Arbeiter innehatten, diese angelernten Arbeiter wiederum werden entlassen; gewachsene Kommunikationsstrukturen in und zwischen den Abteilungen werden durch die innerbetrieblichen Umstrukturierungsmaßnahmen zer schlagen, die Intensivierung der Arbeit und die Ableistung von Überstunden müssen angesichts der Arbeitslosen vor den Betriebstoren hingenommen werden.

Auf dieser Spaltung und Schwächung der Arbeiterschaft baut nach der ersten Phase der Massenentlassungen eine veränderte Betriebs- und Personalpolitik des Kapitals auf (vgl. zum folgenden Abschnitt die ausführlichere Analyse von Hildebrandt 1977). Denn während sich Lernprozesse der Gewerkschaften erst in den Tarifrunden 1977 und 1978 andeuten, haben die Unternehmen schon frühzeitig ihre Lernprozesse in der Krise abgeschlossen: daß nämlich Massenentlassungen, eine verschleiernde Informationspolitik über die Lage der Unternehmen und die zukünftige Personalpolitik und die rigide "Herr-im-Haus-Politik" zu geschlossen und die Solidarisierung fördernden Widerstandskaktionen der Belegschaften führen können. Stattdessen setzt die veränderte Betriebspolitik der Unternehmen an der Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft und der gewerkschaftlich dominierten Institution des Betriebsrats an: die verschiedenen Fraktionen der Belegschaften sollen gegeneinander ausgespielt werden, der durch das Betriebsverfassungsgesetz eingebundene Betriebsrat wird gerade aufgrund seiner Einspruchsrechte (Kündigungsschutz) auf die Seite der durch Rentabilitätsüberlegungen geprägten Unternehmenspolitik gezogen und zur Selektion zwischen den Betroffenen gezwungen.

Im einzelnen sind am Beispiel der Automobilindustrie von Hildebrandt (1977; vgl. auch Dombois 1976) an Erfahrungen mit der Betriebspolitik in der Krise aufgeführt worden:

- Die Machtposition des Betriebsrats, die in der Zeit der Prosperität ein wichtiges Mittel der Interessenpolitik für die Arbeiter war, wird unter den Bedingungen der Krise vom Unternehmen funktionalisiert:

Durch die Verrechtlichung der Betriebsratsposition verlagert sich die Betriebsratsarbeit in der Krise auf die Durchsetzung staatlicher Normen gegenüber der Unternehmensleitung; aber die Wirkung der Schutzgesetze besteht - so die Erfahrung in der Krise - weniger in einer Verringerung der Krisenlasten, sondern eher in einer Verzögerung und Umverteilung: "Verzögerung meint, daß Kündigungen [nicht sofort, d. Verf.] durchgesetzt werden können, daß die finanziellen Folgen aufgeschoben werden. Umverteilung meint, daß Schutzbestimmungen für die eine Gruppe kurzfristig für eine andere soziale Gruppe das Arbeitsplatzrisiko erhöht." (Hildebrandt 1977, 185f.)

- Durch die Mitbestimmung bei Kündigungen und seine Einspruchsrechte wird der Betriebsrat gezwungen, selbst die Selektion der zu entlassenen Arbeiter vorzunehmen mit der Folge, daß die Diskriminierung der betrieblichen "Randbelegschaft" (Frauen, Kranke, Jugendliche und Ausländer) zugunsten der "Kernbelegschaft" (die größtenteils gewerkschaftlich organisiert ist (1)) verstärkt wird.
- Durch eine offene Informationspolitik gegenüber dem Betriebsrat wird die Institution des Betriebsrats selbst in die Verantwortung für die ökonomische Krise des Unternehmens einbezogen, "zum mitverantwortlichen Träger gemacht und noch stärker von den Belegschaften getrennt. Eine wichtige Funktion hat dabei die *Schweigepflicht*, die die ständige Rückkoppelung

(1) Leider liegen uns für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad nach Qualifikationsstufen nur ältere Untersuchungen vor, die von Nickel (1974) zitiert werden; vgl. Tabelle 14.

mit der Belegschaft verhindert und die Trennung verstärkt." (ebd., 186) Lohnkostenabbau und/oder Rationalisierungen zur Verbesserung der Unternehmensrentabilität erscheinen unter diesen Umständen oft auch dem Betriebsrat als einzige Alternative zu Massentlassungen. "Insgesamt zeigt sich, daß die Betriebsräte aufgrund des *Fehlens einer verallgemeinerbaren gewerkschaftlichen Abwehrstrategie* in der Gegenwehr auf sich allein und ihren Betrieb beschränkt bleiben." (ebd., 188)

In die gleiche Richtung der Ausgrenzung bestimmter betroffener Schichten der Arbeiterschaft durch die betriebsspezifische Politik der Interessenvertreter der Arbeiter (die durch das BetrVG und das Fehlen einer gewerkschaftlichen Abwehrstrategie strukturell angelegt ist!) und damit die *Schwächung der Gewerkschaften selbst* wirkt auch die "Dezentralisierung und Delegation der Entscheidungen über das Arbeitsschicksal und das Reproduktionsniveau der Beschäftigten. Unternehmensleitung, Betriebsrat, Arbeitsgericht, Einigungsstelle, Arbeitsverwaltung und Sozialbetreuung zerstückeln den Gesamtzusammenhang des Entlassungsprozesses, zerren ihn institutionell und zeitlich auseinander, so daß der Überblick und die Kompetenz für die Betroffenen - Voraussetzungen, um die Bewältigung ihrer Probleme aktiv vorzunehmen - zerstört werden." (ebd., 190)

Fazit: Die Schwächung der Gewerkschaften in der Krise und damit das Fehlen einer offensiv interpretierenden und anleitenden Organisation, die die Krisenauswirkungen hätte aktiv bekämpfen können, ist offenbar schon in der vorhergehenden gesellschaftlichen Entwicklung angelegt gewesen: In der Vereinzelung des Arbeiters in der Konkurrenz mit dem Kapital, der Mar-

ginalisierung bestimmter Arbeiterschichten gegenüber der Facharbeiterschaft mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Diese Entwicklung war auch angelegt in der Suche nach dem Adressaten gewerkschaftlicher Politik in der sozialliberalen Wirtschaftspolitik und den sozialstaatlichen Institutionen, und in einer gewerkschaftlichen Politik, die auf die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt und die Fähigkeit des Krisenmanagements durch die Wirtschaftspolitik baute; diese zuletzt genannten Faktoren waren in der Phase der Prosperität - das soll nochmals betont werden - Stärken der bundesrepublikanischen Gewerkschaftsbewegung. Weil aber diese Machtpositionen mehr oder minder der günstigen Stellung der Lohnarbeit in der Konkurrenz mit dem Kapital geschuldet waren, fallen sie mit der Krise und der Massenarbeitslosigkeit weg und/oder werden unter den historisch entwickelten Kräfteverhältnissen in der Bundesrepublik gar im Sinne der Politik der Lohnreduktion, der Arbeitsintensivierung und der Entlassungen (gegen den Protest der Gewerkschaften) funktionalisiert.

Erst mit dem Andauern der Arbeitslosigkeit findet allmählich bei den Gewerkschaften eine Umorientierung statt, die vorerst in der Formulierung von Programmen gegen die Arbeitslosigkeit (vgl. dazu Kapitel 9) und in einer offensiveren Tarifpolitik erkennbar ist. Tarifpolitisch werden die Wirkungen von Rationalisierungsinvestitionen und überhaupt der technologischen Umwälzungen nach der Krise in der besonders betroffenen Druckbranche thematisiert (Kampf um die Durchsetzung des "Rastertarifvertrages" 1978); auch in der IG Metall werden in Nordbaden/Nordwürttemberg erste Erfolge im Kampf um betriebliche Absicherungen erzielt. Allerdings bleiben diese Ansätze auf diese

zwei Branchen und in der IG Metall auch nur auf bestimmte Tarifgebiete beschränkt. Dennoch deutet sich eine Umorientierung im Adressaten gewerkschaftlicher Politik gegen die Krisenauswirkungen an: Nicht mehr der *Staat*, sondern die betriebliche und überbetriebliche Auseinandersetzung mit dem *Kapital* wird als Ansatzpunkt begriffen - was auch der harte Widerstand der Kapitalverbände in der Tarifrunde 1978 verdeutlicht hat.

In diesen Auseinandersetzungen zeigt sich, daß angesichts des Problemdrucks von Krise und Massenarbeitslosigkeit die disziplinierende Kraft der Krise mit ihren Vermittlungs- und Selektionsmechanismen "bröckelt"; dem durch sie hergestellten "repressiven Konsens" auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene kann durch die Erfahrung kollektiven Widerstands durchaus entgegengetreten werden. Allerdings sind hier nur Ansätze erkennbar, die durchaus nicht verallgemeinert werden können. Auch haben wir in den letzten Abschnitten ja auch nur einen Ausschnitt gesellschaftlicher Prozesse in Prosperität und Krise betrachtet.

Aber die Krisenerfahrungen beinhalten noch einen anderen (langfristigen) Aspekt: Nicht nur wird in der Krise von den Lohnabhängigen die Unvereinbarkeit ihrer Bedürfnisse mit der "Akkumulationsnotwendigkeit" des Kapitals erfahren (eine Erfahrung, die - wie wir gesehen haben - weitgehend individuell verarbeitet werden muß), sondern auch die *gemeinsame* Betroffenheit als Klasse der Lohnarbeiter. Denn auch die Beschäftigten machen durch Abstufungen und Dequalifikationsprozesse die Erfahrung der Bedrohung ihrer Arbeiterexistenz und der Verminderung ihrer Reproduktionsmöglichkeiten; zugleich gehen drei- bis viermal so viel Lohnarbeiter als die

absolute Zahl durch eine Phase der Arbeitslosigkeit (wenngleich diese Fluktuationen sich wiederum besonders bei den genannten Problemgruppen konzentrieren). Abstufungen und Dequalifikationen bedeuten auch eine Annäherung der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse durch den Wegfall von damit ehemals verbundenen Privilegien. Es sind daher nicht nur Momente der Spaltung und der Individualisierung der Krisenerfahrungen innerhalb der Arbeiterschaft festzuhalten, sondern auch gegensätzliche Prozesse einer Vereinheitlichung, wenngleich diese Erfahrungen angesichts des aktuellen Problemdrucks erst allmählich von Bedeutung werden könnten. Denn in der Krise werden diese Tendenzen zur Vereinheitlichung eher als *negativ* in der Form des Verlustes von Qualifikation und Reallohn erfahren, so daß (auch als Abwehr!) die Differenzierungen zunächst eher an Gewicht gewinnen. (1)

Grundsätzlich dürften aber z. Zt. die besonderen Problemgruppen aus diesem Solidarezusammenhang ausgeschlossen bleiben und erst über eine gewerkschaftliche Politik, die sich dieser Spaltung (und damit ihrer eigenen Schwächung) bewußt ist, wieder in eine gemeinsame Aktion mit dem Gros der Arbeiterschaft gebracht werden. Inwieweit eine solche Solidarität aber von seiten der "Marginalisierten" her möglich ist, kann hier nicht beantwortet werden.

- (1) Die Schwierigkeit liegt also darin, daß diese Angleichungsprozesse negativ von den einzelnen Arbeitern erfahren werden und daher hier schwerlich konkrete Anknüpfungspunkte einer gewerkschaftlichen Politik liegen. Gerade die Streiks in der Druckindustrie und der Metallindustrie 1978 zeigen, daß die *Abwehr* des Verlustes des Facharbeiterstatus mobilisierend auf die betroffenen Arbeiter gewirkt hat.

8.4.2. Staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Bewältigung von Konfliktpotentialen

Wir hatten schon in unserer Darstellung der innerbetrieblichen Vermittlungsinstanzen und -prozesse auf die Bedeutung der Verrechtlichung bzw. Verstaatlichung der Interessenwahrnehmung hingewiesen: Auch wenn die rechtliche Absicherung bestimmter Kompromißlinien zwischen Lohnarbeit und Kapital, die "Verrechtlichung" (vgl. dazu Blanke u.a. 1974, 97ff.), von großer Bedeutung als Abwehrposition für die Stellung der Arbeiter gegenüber dem Kapital ist, so wird dadurch doch eine "Trennung von Verursachung (das Unternehmen entläßt) und Interessenwahrnehmungsinstanz (Gesetzgebung, Arbeitsgerichte, Arbeitsverwaltung) [bewirkt]" (Hildebrandt 1977, 190), die in der Krise den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital institutionell verschiebt, selektiert und individualisiert! Der Entlassene erscheint - einmal vom Betrieb entlassen und als Kläger vor dem Arbeitsgericht auftretend - nicht mehr als Opfer einer spezifischen Produktionsweise oder als Teil des Konflikts zwischen Lohnarbeit und Kapital auf Betriebs-ebene, sondern als Kläger gegen den Käufer seiner Ware Arbeitskraft vor dem Arbeitsgericht (bestenfalls noch unterstützt vom gewerkschaftlichen Rechtsbeistand), dann nach einem "Vergleich" vor dem Gericht als Objekt der staatlichen Arbeitsverwaltung und schließlich mit andauernder Arbeitslosigkeit als Objekt der staatlichen Sozialverwaltung, als "Sozialfall".

Dabei wird die Politik der "Marginalisierung" von bestimmten "Problemgruppen" (vgl. dazu Kapitel 3) von der staatlichen Arbeitsmarktpolitik offen praktiziert und mit ihrer Hilfe werden letztlich die Resultate der kapitalistischen Betriebspolitik in die Gesellschaft

hinein verlängert. Das mit der andauernden Massenarbeitslosigkeit entstehende Konfliktpotential in der Gesellschaft kann so teilweise absorbiert werden. Diese gesellschaftlichen und staatlichen Mechanismen der Konfliktabsorption sollen jetzt genauer betrachtet werden.

Wir hatten im vorhergehenden Abschnitt gesehen, daß die Veränderungen *in* den Betrieben nicht unabhängig vom Druck der industriellen Reservearmee *vor* den Betriebstoren zu analysieren sind, weil dieser Druck erst die innerbetriebliche Konkurrenz verstärkt und den Unternehmen leicht die Möglichkeit schafft, diese Konkurrenz für ihre Zwecke auszunutzen. Ist von daher eine gewerkschaftliche Strategie z.B. auf den *Zusammenhang* von der Situation der beschäftigten mit der Existenz von unbeschäftigten Arbeitern verwiesen, so wird andererseits jener Teil der Arbeitslosen, der auf lange Zeit keine Arbeit mehr findet (also zur "Sockelarbeitslosigkeit" gehört) mit der Dauer der Arbeitslosigkeit immer stärker von seinen beschäftigten Kollegen *getrennt*. Diese Spaltung von dem Solidarzusammenhang von beschäftigten bzw. nur vorübergehend arbeitslosen Arbeitern trifft nun wiederum aufgrund der zuvor entwickelten betrieblichen Strategien die "Problemgruppen" unter den Arbeitslosen in besonderem Ausmaß: also Ausländer, Frauen, Jugendliche, Kranke u.ä. Dabei trifft - auch das wurde schon hervorgehoben - für einen großen Teil der von der Dauerarbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter zu, daß sie traditionell schwach gewerkschaftlich organisiert sind und deshalb auch kaum ihre Situation im ausreichenden Maße von den Gewerkschaften thematisiert wird bzw. wurde. Fehlt diesen Problemgruppen also auf der einen Seite der organisatorische und situationsgemäße Zusammenhang

mit den beschäftigten Arbeitern, so treffen sie auf der anderen Seite im besonderen Ausmaß die Maßnahmen der staatlichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zur Selektion und Individualisierung ihres Schicksals: Die Ausländer werden über die Ausländerpolitik in ihre Heimatländer abgeschoben (wo sie natürlich erst recht keine Arbeit finden können und das dortige Arbeitslosenproblem verschärfen); die Möglichkeiten für Frauen, eine Teilzeitarbeit zu finden, wird durch die "Verfügbarkeitsklausel" gemindert (1); durch Frühverrentung können zwar Arbeitsmarktstatistiken, aber nicht unbedingt die Lebenssituation der Frühverrenteten verbessert werden (zumal dadurch auch die Möglichkeit einer intensiveren Vermutzung der Arbeitskraft durch das Kapital geschaffen wird); lediglich die Verlängerung der Schul- und Berufsausbildung als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit hat auch den positiven Effekt einer besseren Qualifikation der Arbeitskraft. Wichtig ist aber in diesem Zusammenhang, daß alle diesen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Verminderung des Konfliktpotentials und Verdrängung von möglicherweise Arbeitsuchenden vom Arbeitsmarkt ergriffen werden und keinerlei perspektivische Kraft entfalten können.

Die staatlich vermittelte Vereinzelung der Erfahrung des Arbeiterschicksals als Teil der industriellen Reservearmee knüpft daher an den ökonomischen Mechanismen zur Spaltung und Disziplinierung der betroffenen Arbeiter an. Dieser Anknüpfungspunkt ist durchaus nicht beliebig, sondern strukturell durch das Verhältnis

- (1) Diese Klausel besagt, daß die Zahlung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe von der jederzeitigen Verfügbarkeit des Arbeitssuchenden abhängig ist, was wiederum bei verheirateten Frauen mit Kindern neuerdings umstritten ist!

von Ökonomie und Politik, von Verursachung der Arbeitslosigkeit durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten und der Bewältigung der sozialen Auswirkungen durch die staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vorgegeben.

8.5. Austerity-Politik und repressiver gesellschaftlicher Konsens

Die ökonomische Krise führte in der Bundesrepublik nicht zu einer "politischen Krise" im Sinne einer offenen Legitimationskrise des politischen Systems. Vielmehr konnten die Konfliktpotentiale vorerst weitgehend durch ihre betriebliche, gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Zersplitterung und Absorption neutralisiert werden. Dabei setzte die staatliche Politik auf die Wirkungen der ökonomischen Krise: Durch die Austerity-Politik wurden die Gewerkschaften zu einer Politik der Lohnzurückhaltung gezwungen, ohne daß der Staat mittels einer staatlichen Einkommenspolitik hätte eingreifen müssen; durch die staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurden die marginalisierten Problemgruppen der Arbeitslosen aufgefangen und z.T. vom Arbeitsmarkt gedrängt, z.T. im Netz der "sozialen Sicherheit" aufgefangen und absorbiert. War daher in den 50er und 60er Jahren die Basis des gesellschaftlichen Konsens im Wachstum der Wirtschaft und den breiten Kompromißzonen zwischen Lohnarbeit und Kapital gelegt, so stehen mit Krise und Austerity-Politik Mitte der 70er Jahre Disziplinierung und Marginalisierung als Stützen für einen - wenn auch prekären - gesellschaftlichen Konsens. Der gesellschaftliche Basiskonsens der 50er und 60er Jahre ist damit nicht zersetzt, aber er steht auf einer anderen, repressiven Grundlage.

Mit der ökonomischen Krise hat sich daher auch die Form politischer Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft gewandelt - allerdings nicht in dem Sinne, daß von einem Umschlag z.B. in autoritäre oder faschistische Formen i.e.S. schon geredet werden könnte. Der Formwandel politischer Herrschaft blieb in erster Linie auf die Form der Wirtschafts- und Sozialpolitik beschränkt (1): Während diese zuvor als Mittel der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse begriffen und gehandhabt wurde und in dieser Politik das "Geld" die Form der Vermittlung von Staatseingriffen war, so tritt mit dem Formwandel des Staatsinterventionismus dieses "Medium" zurück. Der Staat handelt, indem er *nicht* handelt, indem er nicht in die autonome Bewegung der Ökonomie interveniert. Im Zusammenhang mit der so begriffenen Austerity-Politik gewinnt allerdings die Rechtsform an Bedeutung für die Vermittlung von Politik und Ökonomie; nicht nur im Sinne eines bewußten politischen Einsatzes (wenngleich dies auch der Fall ist, wie an den gerade in der Krise erfolgten Veränderungen der rechtlichen Regelungen demonstriert werden könnte), sondern strukturell:

-
- (1) Wir haben in unserem Zusammenhang bewußt auf eine Darstellung und Analyse der staatlichen Maßnahmen gegen den Terrorismus verzichtet. Sicherlich hängt der politische Terrorismus mit der allgemeinen Entwicklung seit Mitte der 60er Jahre zusammen und sicherlich sind die gesetzgeberischen und polizeilichen Maßnahmen gegen den Terrorismus ein wichtiges Moment in der Herstellung eines repressiven Konsenses gerade in einer ökonomischen Stagnationsphase mit Massenarbeitslosigkeit. Ebenfalls sind die staatlichen Maßnahmen gegen "Extremisten" Teil dieses repressiven Konsenses. Aber uns kam es hier auf jene Verschiebung in den Inhalten des gesellschaftlichen Konsenses an, die in der "Normalität" der bürgerlichen Gesellschaft und nicht in der spezifischen obrigkeitsstaatlichen Tradition Deutschlands begründet ist.

Entlassungen sind nicht mehr Problem der Wirtschaftspolitik, sondern Gegenstand der Arbeitsgerichte und der Arbeits- und Sozialverwaltung; das verminderte Reproduktionsniveau der Arbeiter und daraus resultierende Schwierigkeiten (z.B. der Mietzahlungen etc.) werden Gegenstand des Zivilrechts; die wachsende Kriminalität (besonders die Jugendkriminalität) wird Gegenstand des Strafrechts etc. Auch darin zeigt sich wiederum eine Form der Individualisierung und Verlagerung von Konfliktpotentialen, die ihre Ursache in der ökonomischen Krise haben. Zumindest hat bisher die Form "normaler" Selektivität des politischen Systems ausgereicht, um dieses Konfliktpotential weitgehend auszugrenzen.

Aber gerade diese Form der Konfliktbewältigung bzw. besser: -verschiebung verweist auf die Notwendigkeit einer *kollektiven* Verarbeitung und Abwehr. Denn diese Formen der Krisenverarbeitung implizieren jeweils auch Schwächen bzw. Niederlagen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung; die Partialisierung und Marginalisierung der Krisenbetroffenheit und -folgen werden vom Kapital in der Konkurrenz mit der Lohnarbeit ausgenutzt und gefördert, was letztlich auch eine Zersetzung der gewerkschaftlichen Solidarität zur Folge haben muß. Wollen sich die Gewerkschaften daher nicht in ein "amerikanisches" Modell der bornierten Interessenvertretung der Nur-Beschäftigten und Nur-Gewerkschaftsmitglieder drängen lassen und damit sich jeder effektiven Widerstandsmöglichkeit als Organisation der Klasse gegen das Kapital begeben, so müssen sie die Bedingungen der gewerkschaftlichen Stärke durch die Vertretung der Arbeitslosen und Marginalisierten in den Gewerkschaften und durch die Abwehr einer weiteren Spaltung der Lohnabhängigen wiederherzustellen.

8.6. Zusammenfassung

Der stabile gesellschaftliche Basiskonsens in den 50er und 60er Jahren hatte seine Ursachen in den Niederlagen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen und in der prosperierenden Kapitalakkumulation in diesem Zeitraum, die eine breite Kompromißzone sowohl für den Verteilungskonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital als auch für die staatlich vermittelte Steigerung des Lebensstandards breiter Schichten der Bevölkerung ermöglichte.

Für die Gewerkschaften gilt für die Phase der Vollbeschäftigung, daß aufgrund der günstigen Stellung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt kämpferische Auseinandersetzungen mit dem Kapital nicht notwendig sind, um die Arbeits- und Lebenssituation zu verbessern; dabei hinken die Erfolge der gewerkschaftlichen Tarifpolitik sogar noch hinter den Effektivverdiensten (die vom Arbeitsmarkt unmittelbar bestimmt werden) hinterher.

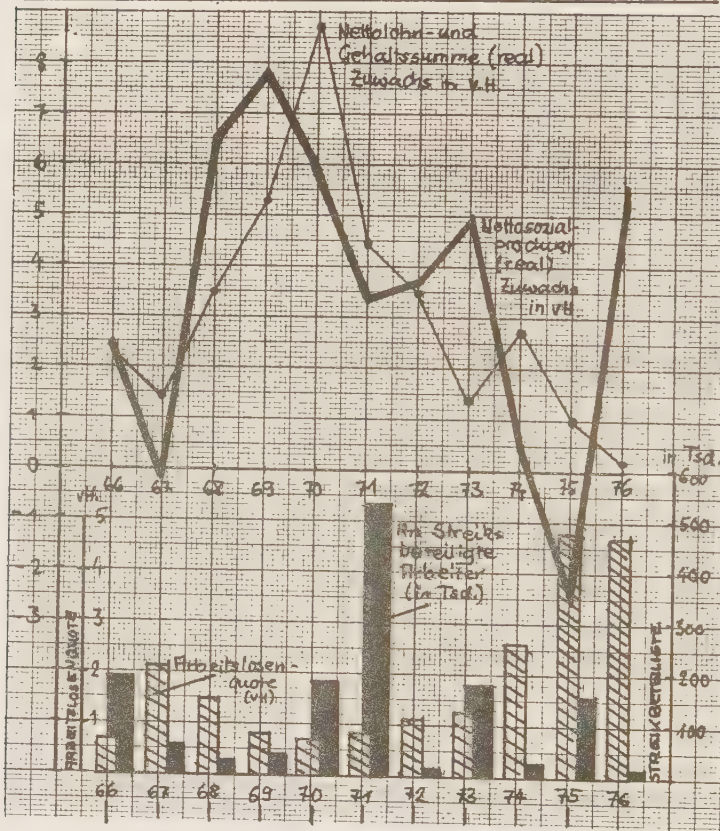
Mit der Krise 1966/67 und der darauffolgenden Globalsteuerung in der Wirtschaftspolitik wird die Basis dieses gesellschaftlichen Konsenses im stärkeren Maße als bis dahin politisch vermittelt: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum werden als politisch lösbare Aufgaben angesehen; dadurch steigt zwar der Legitimationsbedarf der Politik ohne daß aber damit die ökonomischen Verhältnisse in ihrer Bedeutung für die Konsensbeschaffung verlieren.

Analog zum ökonomischen Zyklus und dem Wechsel der Formen der Wirtschaftspolitik ist auch für die Gewerk-

schaften die Phase von 1966/67 bis 1974/75 durch einen eigentümlichen Zyklus im Verhältnis von Arbeitern, Gewerkschaften und staatlicher Wirtschaftspolitik gekennzeichnet.

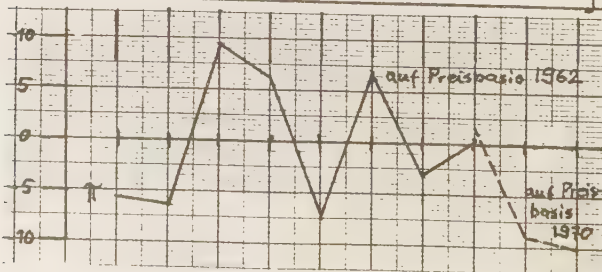
Die Veränderungen wichtiger Komponenten gewerkschaftlicher Macht im industriellen Zyklus sind im Schaubild 13 schematisch zusammengefaßt: Es zeigt sich eine zeitlich leicht verschobene Beziehung zwischen Entwicklung des Sozialprodukts, Steigerungsraten der realen Nettolohnsummen, Entwicklung der Arbeitslosenquoten und der Zahl der an Streiks beteiligten Arbeiter. Allerdings muß vor einer Überinterpretation dieser Zusammenhänge gewarnt werden: Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Streikaktivitäten z.B. kann nicht nur aufgrund notwendiger Abwehrkämpfe und klassenkämpferischer Auseinandersetzungen in Krisenphasen *entkoppelt* werden, sondern auch aufgrund einer Marginalisierung großer Teile der Arbeitslosen - für beides lassen in Westeuropa und den USA sich genügend **Belege** finden. Trotzdem ist hier der eindeutige Zusammenhang der verschiedenen Komponenten gewerkschaftlicher Machtentwicklung frappierend und muß auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung in der Bundesrepublik interpretiert werden, die - wie gezeigt - dazu geführt hat, daß die Gewerkschaften in ihrer Politik sehr eng an die Kapitalentwicklung gebunden waren. Es zeigt sich auch nochmals, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik nicht der bestimmende Faktor im Zyklus gewesen sein konnte - wie anhand von Machttheorien erwartet werden müßte -, sondern erst im *Nachhinein* die Lohnspielräume mehr oder minder ausschöpfte (bzw. darüberhinaus gehen konnte), die *zuvor* durch die Kapitalentwicklung gesetzt wurden. Die Ent-

Schaubild 13: Veränderungen wichtiger Komponenten gewerkschaftlicher Machtpositionen im Zyklus 1966/67 - 1974/75



Quellen: Sozialprodukt vgl. Tabelle 1
 Nettolohn - und Gehaltssumme
 An Streiks beteiligte Arbeiter
 Arbeitslosenquote

Jacobi u.a. 1978



Zum Vergleich:
 Wachstumsraten der
 Kapitalrentabilität
 1966 - 1975

Quelle: Altvater u.a.
 1979, Tab. 7a

wicklung des Nettosozialprodukts (bzw. seiner im Schaubild 1 dargestellten Komponenten) und die Kapitalakkumulation ist offensichtlich die *unabhängige Variable* im Zyklus gewesen.

Hinter der Bewegung dieser verschiedenen Indikatoren steht die folgende Entwicklung: Während die Gewerkschaftsorganisation zunächst nach der Krise 1966/67 in der Konzertierten Aktion auf staatliche Orientierungsdaten festgelegt wurde, stellt sie sich damit spätestens dann in Widerspruch zu ihren Mitgliedern, als mit dem zyklischen Aufschwung und Boom das Kapital große Profitmassen realisieren kann und die Einkommensverteilung sich zuungunsten der Arbeiter entwickelt, die dagegen in spontanen Streiks protestieren und Erfolg haben. In den nächsten Tarifrunden im Boom können die Gewerkschaften - indem sie sich von den staatlichen Orientierungsdaten lösen - die größten Lohnsteigerungen der Nachkriegszeit durchsetzen und so das gewerkschaftliche Monopol auf Konfliktaustragung mit dem Kapital wiederherstellen. Mit dem beginnenden zyklischen Abschwung nach 1970 nehmen aber auch die gewerkschaftlich organisierten Streiks an Härte zu (1971!).

Die Lohnsteigerungen können aber im Boom vom Kapital in zweierlei Hinsicht unterlaufen werden: günstige Nachfrageverhältnisse ermöglichen große Preiserhöhungsspielräume und innerbetrieblich kann über Rationalisierung, Arbeitsintensivierung und Überstundenarbeit etc. der Verschleiß der Arbeitskraft erhöht werden. Der Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und gegen die Auswirkungen der Inflation (Festgeldforderungen) werden daher seit Anfang der 70er Jahre immer stärker Gegenstand gewerkschaftlicher und

nicht-gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen mit dem Kapital.

Der zyklische Abschwung zwingt die Gewerkschaften wieder stärker in den Rahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik (die allerdings ab 1973 Restriktionspolitik ist) und die traditionelle Lohnpolitik zurück. Damit setzt sie sich in Widerspruch zu jenen Teilen der Arbeiterschaft, die besonders die schlechten Arbeitsbedingungen zu spüren bekommen. Diese "unteren Arbeiterschichten" mit sehr niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gewinnen in den spontanen Streiks 1973 an Bedeutung; zugleich zeigt sich in diesen Streiks, daß aufgrund einer veränderten ökonomischen Situation die Kapitalseite kompromißlos eine harte Spaltungs- und Zersplitterungsstrategie verfolgt, während die Gewerkschaftsorganisationen sich von den Streiks distanzieren.

Die Schwächung der Kampfkraft der Belegschaften und insbesondere die Spaltung der Belegschaften (untere Arbeiterschichten - Facharbeiterschaft) wirkt sich in der Krise 1974/75 und danach fatal aus: Denn gerade die unteren Arbeiterschichten sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen; die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft wird so bestätigt und wird eine Schwäche der gewerkschaftlichen Abwehrpolitik. Durch eine geschickte Betriebs- und Personalpolitik versucht im weiteren Verlauf der Krise das Kapital, diese Spaltung auszunutzen und die Vertretungsorgane der Arbeiter in eine an der Rentabilität der Unternehmen orientierte Politik zu integrieren. Dabei erweist sich die Verrechtlichung wichtiger Machtpositionen der Arbeiter im Betrieb als Mittel, die Spaltungs- und Marginalisierungspolitik durchzusetzen.

Durch die staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird die Betroffenheit und Marginalisierung bestimmter "Problemgruppen" der Arbeitslosen in die Gesellschaft verlängert; die Erfahrungen der Krisenauswirkungen werden partialisiert und politisch selektiert. Mit der Austerität-Politik wird daher der gesellschaftliche Konsens auf eine neue - ökonomisch vermittelte - repressive Basis gestellt: Während die beschäftigten Arbeiter durch die drohende industrielle Reservearmee vor den Fabrikatoren diszipliniert werden, werden die Erfahrungen der unmittelbar Betroffenen aus dem Solidariuszusammenhang der Arbeiterschaft gerissen und partialisiert. Erst mit dem Andauern der Massenarbeitslosigkeit und drohenden Entlassungen durch die im Abschwung ab 1976 vorgenommenen technologischen Umwälzungen verschärft sich der gewerkschaftliche Widerstand in der Tarifpolitik und werden alternative, auf den Abwehrkampf der Gewerkschaften in den Betrieben bezogene Programme diskutiert.

9. Kapitel: Alternativen der Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik

Wir haben im letzten Kapitel gesehen, daß die Macht der Arbeiterklasse bzw. ihrer Organisationen durch die zyklischen Stadien der Kapitalentwicklung vermittelt ist. Die Grenzen der Machtentfaltung der Organisation der Gewerkschaft werden ihr dabei in der Regel nicht unmittelbar durch Staat, Monopole oder ökonomische Entwicklung überhaupt gesetzt (wenngleich auch dies der Fall ist - von der Einkommenspolitik bis hin zum Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung), sondern ihr durch die jeweils veränderten Bedingungen der Konkurrenz der Arbeiter mit dem Kapital *und* der Konkurrenz der Arbeiter untereinander aufgezwungen. Diese Konkurrenzbedingungen sind abhängig von den verschiedenen Phasen des Zyklus (bzw. auch von langfristig zu betrachtenden Stadien der Kapitalakkumulation). Die gewerkschaftliche Organisation mag nun in der Lage sein, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander in der Krise in einem Maße einzuschränken, daß eine effektive Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter gegen das Kapital möglich ist, oder aber sie mag in der Lage sein, den beschäftigten Teil der Arbeiter in bestimmten prosperierenden Branchen zusammenzufassen und effektiv gegen das Kapital Widerstand zu leisten (und wird damit lediglich - wie alle ständischen Organisationen - die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse organisatorisch reproduzieren); grundsätzlich kann sie sich aber als Gewerkschaft nicht aus den Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise lösen, solange die Form der Vergesellschaftung durch das Wertgesetz bestimmt ist. Denn indem die Gewerkschaft in die Konkurrenz mit dem Kapital tritt, ist sie *Teil* dieser Konkurrenzbeziehung und bezieht sich so notgedrungen auf die von der Kapitalreproduktion gesetzten Bedin-

gungen dieser Konkurrenz.

Die Gesetzmäßigkeiten der Kapitalreproduktion sind aber *gesellschaftliche* Gesetze, auch wenn sie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sich als *Sachzwänge* darstellen und in den sachlichen Beziehungen der Menschen untereinander wirken. Das heißt aber auch, daß ein Verschwinden der Bedingtheit gesellschaftlichen Handelns durch die Form unbewußter Vergesellschaftung im Wertgesetz dann möglich ist, wenn diese Form der Vergesellschaftung durch die bewußt gesellschaftliche Regulierung der Produktion durch die unmittelbaren Produzenten ersetzt wird.

Es soll nun hier zum Abschluß der Arbeit *kein* "Modell" dieser alternativen Form der Vergesellschaftung entworfen werden (es wäre auch müßig, hier die gesamte Breite der marxistischen Diskussion zu den "Übergangsgesellschaften" oder den "Ländern des realen Sozialismus" zu dokumentieren). Es geht uns im folgenden Kapitel nicht um "alternative Modelle", sondern um die Frage, inwieweit in der (deutschen) Arbeiterbewegung und in den Gewerkschaften bereits Diskussionsstränge existieren, die anläßlich der Erfahrung prinzipieller Grenzen nur-gewerkschaftlicher Politik im ökonomischen Zyklus und in der ökonomischen Krise die notwendige Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen als *Antikrisenpolitik* thematisieren. Dabei werden wir wieder auf theoretische Paradigmata stoßen, die von uns bereits im zweiten Kapitel als Zyklustheorien diskutiert wurden und die den unterschiedlichen Vorschlägen einer Antikrisenpolitik als theoretische Basis dienen. Unsere Kritik an den verschiedenen Vorschlägen schließt daher an die Kritik im zweiten Kapitel an.

9.1. Traditionelle Ansatzpunkte einer Antikrisenpolitik in der gewerkschaftlichen Diskussion

Nicht nur die bürgerlichen Konzeptionen konjunktureller Steuerung sind mit der ökonomischen Krise fragwürdig geworden. Auch die Konzepte wirtschaftspolitischer Alternativen vonseiten der Arbeiterbewegung, wie sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der langen Phase der Prosperität in der BRD in den 50er und 60er Jahren entwickelt und vorgeschlagen worden sind, sind offensichtlich wenig hilfreich als politische Entwürfe einer Gegenwehr und Abwehr der Krisenfolgen und der Austerity-Politik. Dies gilt für die verschiedenen, im Verlauf der Entwicklung der BRD erarbeiteten Konzeptionen zur Steuerung der Wirtschaft, zur Einschränkung der Monopolmacht und zur Verbesserung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiterklasse, die allesamt von einem Zustand der *Vollbeschäftigung* ausgegangen sind und nur unzureichende Antworten auf die Probleme der Arbeitslosigkeit und einer Politik bei Existenz einer die Kampfkraft der Arbeiterklasse schwächenden industriellen Reserverarmee zu formulieren vermögen. Auch die noch in breiten Kreisen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zu Beginn der Krise verankerte Vorstellung, daß eine zeitweise Zurückhaltung in den ökonomischen und politischen Forderungen zu einer schnellen Überwindung der Krise beitragen würde, stellt sich als falsch heraus. Denn die Konjunktur des Kapitals mit steigenden Wachstumsraten der Produktion seit der zweiten Hälfte des Jahres 1975 bringt für die Arbeiterklasse auf absehbare Zeit keine Verbesserung der Beschäftigungslage und infolgedessen auch keine Bedingungen, unter denen bei Verknappung auf dem Arbeitsmarkt bedeutende ökonomische und politische Erfolge errungen werden könnten. Gerade weil die Gewerk-

schaften im Verlauf der langandauernden Prosperität sich wesentlich auf Lohnpolitik unter Prosperitätsbedingungen konzentriert haben, führt diese für die BRD neue Lage zur Notwendigkeit einer *Umorientierung gewerkschaftlicher Politikkonzeptionen in der Krise*.

Deshalb sollen hier in groben Zügen wichtige Diskussionsstränge innerhalb der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung nachgezeichnet werden, um die traditionellen Ansatzpunkte alternativer Konzeptionen einer Politik gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zu verdeutlichen. Dabei können wir nicht bei den in den letzten 30 Jahren entwickelten Strategien stehen bleiben. Denn Strategien gegen die kapitalistische Krise und die Arbeitslosigkeit wurden in der Geschichte der Arbeiterbewegung vielfach entwickelt und diskutiert und ohne einen Rekurs auf diese Tradition bleiben die aktuellen alternativen Konzeptionen in den Gewerkschaften unverständlich.

An die Diskusionen in der Weimarer Republik, die wir noch unten im einzelnen darstellen werden, knüpfen letztlich auch die Strategien der Linken und der Gewerkschaften in der Bundesrepublik nach 1945 an, jetzt allerdings theoretisch fundiert durch den (Links-) Keynesianismus: So wurden in der Nachkriegszeit im Münchener Programm des DGB grundlegende Ziele von der Diskussion um die "Wirtschaftsdemokratie" in der Weimarer Republik bestimmt: Wirtschaftsplanung zur Gewährleistung von Vollbeschäftigung und Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs, Mitbestimmung der Arbeiter in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung, die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit bei der Verteilung des Sozialprodukts.

Diese Strategien, die auch als Politik gegen die für unvermeidlich gehaltene kapitalistische Krise und Arbeitslosigkeit diskutiert wurden, gerieten aber dann immer mehr in Vergessenheit, als nicht die Krise eintrat sondern eine scheinbar ungebrochene kapitalistische Prosperität, und als nicht die fortschrittlichen politischen Kräfte mit der SPD an der Spitze, sondern der konservative Bürgerblock seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchsetzen konnten. Soweit Elemente des wirtschaftsdemokratisch geprägten Programms von 1949 im neuen Grundsatzprogramm des DGB 1963 wieder auftauchen, sind sie nicht mehr *Ziel* gewerkschaftlicher Grundsatzpolitik, sondern *Mittel* im Rahmen eines linkskeynesianischen Konzepts der Wirtschaftspolitik im Kapitalismus: Wirtschaftsplanung im Sinne einer indirekten "Investitionslenkung", um die "Fehlleitung von Kapital" zu verhindern, Gemeineigentum (soweit vorhanden) als "Lenkungs- und Steuerungsmittel" der Wirtschaft, volkswirtschaftliche "Rahmenplanung" als notwendige Orientierung für "die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen..." (vgl. dazu Leminski/Otto 1974, 50ff.).

In der Praxis konzentrierten sich die Gewerkschaften nach den Niederlagen in der Mitbestimmungsfrage (1952) immer mehr auf die Tarifpolitik als ihr "eigentliches Feld" der Auseinandersetzung mit dem Kapital, zumal diese in der Prosperität am ehesten eine erfolgreiche Durchsetzung der gewerkschaftlichen Zielvorstellungen von einer gerechteren Einkommensverteilung zu versprechen schien. Dagegen schienen die "Weimarer" Konzepte vom Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine gemeinschaftlich geplante und demokratisierte Wirtschaft weitgehend als Utopie: wurden diese Konzepte doch damals als Abwehrstrategien gegen einen krisengeschüttelten

und unsozialen Kapitalismus entwickelt, der für überwunden galt. Aber der Erfolg der Gewerkschaften in der Tarifpolitik war wesentlich auf die günstigen ökonomischen Bedingungen zurückzuführen (vgl. Kapitel 8) und mit den Krisen 1966/67 und 1974/75 gefährdet.

In der Krise 1974/75 und in der nachfolgenden Phase der Massenarbeitslosigkeit steht daher die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik nicht nur vor völlig veränderten Voraussetzungen ihrer bisher so erfolgreichen Tarifpolitik, sondern auch ohne theoretische und politische Strategien gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise da. Während die Gewerkschaften daher zunächst alternativlos an die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angebunden sind, werden mit dem Andauern der Massenarbeitslosigkeit trotz (verhaltenem) ökonomischen Aufschwung die strukturellen Komponenten der ökonomischen Entwicklung immer stärker in der gewerkschaftlichen Diskussion thematisiert. Nicht nur auf Kongressen werden die Strukturveränderungen und die Rationalisierungsinvestitionen diskutiert, sondern auch in der betrieblichen Abwehrpolitik und in der branchenbezogenen Tarifpolitik werden erste Schritte gegen die Auswirkungen der Rationalisierungsinvestitionen eingeleitet.

Wir haben hier zunächst einen ersten Problemabriß gegeben; im folgenden wollen wir zuerst die vorhandenen gewerkschaftlichen bzw. fortschrittlichen, sich auf die Gewerkschaften beziehenden Strategien gegen die Krisenauswirkungen unter Bezug auf die historisch entwickelten Konzeptionen einer gewerkschaftlichen Anti-Krisenpolitik genauer untersuchen. Wir werden daher die verschiedenen Strategien der Kaufkraftausweitung

diskutieren, die auf Basis der Unterkonsumtions-/Überproduktions-Theorien formuliert sind und die in der ersten Phase der Krise bei den Gewerkschaften hohe Priorität hatten. In einem zweiten Schritt werden dann beschäftigungspolitische Alternativkonzeptionen der Gewerkschaften (also insbesondere die der Arbeitszeitverkürzung) diskutiert, die etwa ab 1976/77 in gewerkschaftlichen Programmen auftauchen, aber bereits zu Beginn der Krise von Arbeitern in den Betrieben gefordert wurden.

9.2. Krisenüberwindung durch Kaufkraftausweitung?

Die Therapie zur Überwindung der Krise ist abhängig von der Diagnose ihrer Ursachen und Symptome. Bei der kurzen Skizzierung im Kapitel 2 von Konjunktur- und Krisentheorien hatten wir bereits hervorgehoben, daß die Interpretationen kapitalistischer Entwicklungstendenzen und ihrer zyklischen Verlaufsform sehr unterschiedliche politische Konsequenzen haben. An dieser Stelle, bei der Darstellung wirtschaftspolitischer Alternativen gegenüber der Austerity-Politik, wird dieser Zusammenhang wieder deutlich. Die wirtschaftspolitischen Ansatzpunkte für Alternativkonzepte sind sehr unterschiedlich, ja gegensätzlich, je nach der der Diagnose zugrunde liegenden Theorie.

Eine große Bedeutung in der Geschichte der Arbeiterbewegung haben Vorschläge erlangt, mit einer *Ausweitung der Massenkaufkraft* die Krise zu beheben. Bei diesen Konzepten handelt es sich um politisch gewendete Versionen der *Unterkonsumtionstheorie*, die ja die entschei-

dende Ursache der Krise in der mangelnden Massenkaufkraft zur Abnahme der produzierten Waren sieht und folglich dieses Dilemma meint, durch Ausweitung der Löhne, die in die Konsumtion fließen, beheben zu können (vgl. Kapitel 2). Dies wird von Karl Massar, einem Unterkonsumtionstheoretiker der vorfaschistischen Zeit, deutlich ausgedrückt: "Wenn es ... den Gewerkschaften gelingt, nach Eintritt der Krise die Löhne auf ihrer Konjunkturböhe zu fixieren, das heißt das volkswirtschaftliche Wohl einmal dem privatwirtschaftlichen überzuordnen, dann werden die Folgen der Krise milder sein als sonst ... Das wichtige Ergebnis dieser Betrachtung liegt in der *prognostisch bedeutsamen Erkenntnis* der vornehmen Wirkung hoher Löhne auf den Konjunkturverlauf. Immer werden hohe Löhne die wirtschaftliche Wellenbewegung abzuschwächen imstande sein, und im besonderen werden Lohnerhöhungen zu Beginn einer Konjunkturperiode und Hochhaltung der Löhne zu Beginn der Krise und im Verlauf der Depression die höchst unerwünschten Folgeerscheinungen mildern können." (Massar 1927, 76) Tatsächlich spricht der äußere Anschein der Krise für eine solche Therapie. Denn sind nicht die Warenlager überfüllt, stehen nicht Produktionsanlagen still und werden nicht auf der anderen Seite Löhne gekürzt, Arbeiter entlassen und damit die Massenkaufkraft noch reduziert und wird nicht aufgrund der allgemeinen Unsicherheit der Lage ein größerer Teil der Löhne und Gehälter als in der Hochkonjunktur gespart und folglich ebenfalls der effektiven Kaufkraft entzogen? Diese in der Krise auseinanderklaffenden Seiten zwischen Nachfrage und Angebot, zwischen Markt und Produktion scheinen tatsächlich leicht zusammenzubringen zu sein - durch Ausdehnung der Massenkaufkraft. Dabei hat dieses Konzept, das insbesondere von Gewerkschaftsseite zu Beginn der Krise sowohl 1929 als auch 1967 und 1974 vertreten wird, den scheinbaren Vorzug

einer *harmonischen* Krisenlösung: Denn steigen die Löhne und wird dadurch die Krise überwunden, dann werden sowohl die Arbeiterinteressen als auch diejenigen von Kapital und Staat gleichermaßen positiv berührt. Daß trotz dieses "Vorzugs" das Rezept der Kaufkraftausweitung nicht akzeptiert und niemals als Krisenbereinigung in kapitalistischen Ländern eingesetzt worden ist, sollte allerdings zu denken geben.

Letztlich ist eine solche Strategie schon im Ansatz problematisch, weil *erstens* die Löhne nicht nur ein Faktor der Massenkaufkraft, sondern auch ein "Kostenfaktor" sind, und daher zwar die Realisierungs- und Profitbedingungen für die Konsumgüterindustrie verbessern können, die Profitabilität der Investitionen aber verschlechtern. Da das Kapital nicht einfach auf Kaufkraft wartet, sondern darauf, daß die Waren zu Preisen abgesetzt werden, in denen eine Mindestkapitalverwertung abgesichert ist, können zwar steigende Löhne die Konsumtionskraft und den Auslastungsgrad in der Konsumgüterindustrie erhöhen, nicht aber unbedingt die Gesamtnachfrage, die sich auch auf die Produktionsmittel richtet. Eine mögliche zurückgehende Profitabilität der Investitionen macht also die Rückwirkung auf die Gesamtnachfrage ungewiß. Diese würde ebenfalls positiv ansteigen, wenn die Ertragsrate der Investitionen wieder ansteigen würde. Die Krise ist *zweitens* für das Kapital die Phase, in der Umstrukturierungen großen Ausmaßes vorgenommen werden. Branchen werden umstrukturiert, im Produktionsprozeß wird rationalisiert, die Konzentration nimmt zu, im internationalen Zusammenhang verändert sich das System der Arbeitsteilung. Eine gewerkschaftliche Politik gegen die Krise und ihre Auswirkungen kann daher nicht darauf verzichten, alternative Konzeptionen der strukturellen und ordnungspolitischen Entwicklung der Wirtschaft auszuarbeiten.

9.3. Kaufkraftausweitung mit flankierenden Maßnahmen

9.3.1. Der "Umbau der Wirtschaft"

Während den Konzepten zur Hebung der Massenkaufkraft eine harmonistische Vorstellung zugrunde liegt, die Krise also als zugespitzter Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche letztlich nicht ernst genommen wird, setzt sich in den weitergehenden Alternativprogrammen ein Realismus durch, der konzeptionell letztlich - bei konsequenter Durchführung - zu einer Zurückdrängung des Kapitals, zu einer größeren Rolle des staatlichen Sektors und möglicherweise auch zu einem größeren Einfluß der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auf die kapitalistische Wirtschaftsorganisation führen kann. Die Art der Weiterentwicklung von Alternativkonzeptionen läßt sich bereits sehr gut an den Vorstellungen Fritz Tarnows (einem bedeutenden Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) exemplifizieren, der noch vor der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre von einer relativ simplen Kaufkraftthese ausging: "Die Verteilung der gesamten Kaufkraft müßte zweckmäßigerweise so erfolgen, daß der Verwendung nach ein richtiges Verhältnis zwischen Konsumtion ... und Akkumulation ... gesichert ist." (Tarnow 1928, 44f.) Drei Jahre später auf dem Leipziger Parteitag der SPD 1931 sieht er, daß auf diesem Wege die Krise nicht zu beheben ist: es wird der "Umbau der Wirtschaft" gefordert (vgl. dazu Ulrich 1973, 65ff.). Dies ist zweifelsfrei ein durch die Krise erforderlich gewordenenes Hinausgehen über bloß harmonische Vorstellungen, nicht zuletzt auch um Alternativen gegenüber der damals aufdämmernden autoritären Krisenlösung nach nationalsozialistischem Muster zu entwickeln.

Wie dieser Umbau der Wirtschaft aussehen könnte, um die Arbeitslosigkeit zu verringern, stellt der von Woytinsky, Tarnow und Baade vorgelegte und im April 1932 vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund akzeptierte (nach den Verfassern so genannte) *WTB-Plan* vor: "Der Plan geht von dem Grundgedanken aus, daß zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum Wiederanstieg der Wirtschaft ein Anstoß erfolgen muß, weil die selbständigen Kräfte der Krisenüberwindung außer Funktion gesetzt oder gelähmt sind. Der Plan soll die Gewähr dafür bieten, daß zunächst etwa 1 Million Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen von Reichsbahn, Reichspost, kommunalen Verbänden und anderen Körperschaften des Öffentlichen Rechts Aufträge in solchem Maße vergeben werden, daß hierdurch teils unmittelbar, teils mittelbar eine Million bisher Arbeitsloser Beschäftigung findet. Bei dem Plan der Arbeitsbeschaffung sollen Arbeiten bevorzugt werden, die lediglich durch die krisenbedingten Einsparungen unterblieben sind. Die auftragvergebenden Stellen erhalten einen entsprechenden langfristigen mit niedrigen Zinsen und Amortisationsraten ausgestatteten Kredit gegen Schuldverschreibungen, die ... bei der Reichsbank re-diskontierbar sind..." (Grotkopp 1954, 352). Insgesamt rechneten die Verfasser des Plans mit einem Kreditvolumen von etwa 2 Mrd RM, um 1 Mio neue Arbeitsplätze zu schaffen, was auf eine durchschnittliche Kapitalintensität (ohne Kalkulation des Multiplikatoreffekts) von 2000 RM pro Arbeitsplatz verweist. Der Unterschied zu bloßen Kaufkraftprogrammen wird hier sehr deutlich: Es geht um vom Staat zu finanzierende und zu tragende öffentliche Aufträge und Subventionen, um neue Arbeitsplätze direkt und nicht erst auf dem Umweg einer stei-

genden kaufkräftigen Nachfrage zu schaffen. (1)

Wenig später, im Juni 1932, ging der ADGB in seinen "Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft" noch weiter. "Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle *Gemeinwirtschaft* ist unerlässlich." Dazu soll zunächst die Massenkaufkraft gestärkt und die Kapitalbildung und Kapitalverwendung geregelt werden. Weiter sollen die Arbeitszeit verkürzt und von der öffentlichen Hand "Mittel für Arbeiten und Aufträge in Krisenzeiten bereitgehalten" werden. Um das Programm wirksam zu machen, sollen Schlüsselindustrien, der Bergbau, die Eisenindustrie, die Energie- und Verkehrswirtschaft in Gemeinbesitz überführt werden. Monopole sollen durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt überwacht werden. Auch die Banken sollen

-
- (1) Der WTB-Plan war nicht der einzige Plan, der grundlegende Eingriffe in die Ökonomie vorsah. Bekanntgeworden ist auch der Lautenbach-Plan, der öffentliche Aufträge und öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen größten Umfangs vorsah. Er stellte sich die Finanzierung dieses Projekts durch einen volkswirtschaftlichen Kreditfonds vor, der zu einem wesentlichen Teil aus den Ersparnissen bei Lohnsenkungen gespeist werden sollte. Der Lautenbach-Plan ist insofern auch interessant, weil er einer Lohnsenkung ganz im Sinne der offiziellen Austeritätspolitik das Wort redete, aber dabei die negativen Folgen einer Kaufkraftminderung dadurch zu vermeiden trachtete, daß mit Hilfe der öffentlichen Aufträge die Gesamtbeschäftigung ausgeweitet wurde. (Vgl. dazu Kroll 1958, 381ff.) Es war Lautenbach nicht bewußt, daß die von ihm "eingepflanzte" Lohnsenkung nur mit autoritären Maßnahmen durchführbar ist und daher ein solcher Plan immer die Abkehr von demokratischen Institutionen wie der Tarif- und Gewerkschaftsfreiheit impliziert. Letztlich haben die Nationalsozialisten mit der ihnen eigenen Brutalität die Grundlage dieses Plans realisiert. Kroll, der auf den Lautenbach-Plan viel Lob verwendet, blendet gerade diesen Zusammenhang aus seiner Darstellung aus.

verstaatlicht werden. Dieser größere staatliche Sektor soll durch eine zentrale Planstelle aufgebaut und gelenkt werden. "Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen ... sind die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen." (Dokument, zit. nach Institut für Marxismus-Leninismus 1966, 574ff.) Die *Dreiheit* von *Vergesellschaftung* der wichtigsten Industrien, *Planung* der Wirtschaft und *Demokratisierung*, wie sie in den wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen des ADGB noch vor der Krise entwickelt worden sind (Naph-tali 1966) und in der Programmatik des DGB nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen werden (nun aber nicht als Konzept der Krisenüberwindung, sondern als "Programm gesellschaftlicher Neuordnung") enthält eine Problematik: Es ist als Programm zu wenig konkret, zu wenig situationsspezifisch auf die ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen der Krise und der von ihr Betroffenen bezogen. Die Berücksichtigung der machtpolitischen Durchsetzbarkeit eines solchen Programmes werden zu entscheidenden Kriterien der Wirksamkeit - jenseits des ökonomisch-technischen Gehalts - und dazu enthält es keine weiteren Aussagen.

9.3.2. Monopolkontrolle: Oskar Lange (1941),
Memorandum (1975)

Ein strukturell sehr ähnliches Programm wird auch in den USA entwickelt. Wir gehen deshalb darauf ein, weil die in ihm enthaltenen Vorstellungen Mitte der 70er Jahre in der BRD wieder aufgegriffen werden. Der Verfasser des Programms, Oskar Lange (Lange 1941, veröffentlicht 1977), geht zunächst einmal von dem Teufelskreis der Krise aus, die auf der einen Seite enorme

Produktionsressourcen verschwendet, auf der anderen Seite allergrößte Not hervorruft. Aus einem krisenbedingten verringerten Nationalprodukt müssen mehr Sozialleistungen infolge der Arbeitslosigkeit gezahlt werden, was den destruktiven Teufelskreis von Krise und Not einerseits und ungenutzten objektiven und subjektiven Produktionsbedingungen andererseits aufrecht erhält, wenn er nicht mit Alternativen der Wirtschaftspolitik überwunden wird. Nach seiner Darstellung beträgt der Volkseinkommensverlust in den USA von 1929 bis 1937 160 Mrd Dollar. Wenn man in der BRD nur die Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von 1974 bis 1977 mit dem Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem multipliziert, um einen sehr groben Indikator für die Wohlstandsverluste durch die gegenwärtige Krise zu erhalten, dann kommt man auf eine Summe von rund 85 Mrd DM. Verantwortlich für diese Verluste ist nach Langes Auffassung vor allem die *Monopolisierung*. Diese ist die eigentliche Barriere für eine Nutzung der gesellschaftlichen Ressourcen. Denn Monopole haben aufgrund ihrer Macht die Möglichkeit, die Preise zu erhöhen und somit einen Profitzuwachs zu erzielen, ohne die *Produktionsmenge* und folglich die *Beschäftigung* ausweiten zu müssen, denn bei den Monopolen werden die Preise trotz Produktivitätsfortschritten und Kostensenkungen nicht mehr herabgesetzt und die aus der ungleichen Einkommensverteilung entstandenen Profite nicht investiert. Überdies implizieren die Monopolprofite, daß im Konkurrenzsektor der Wirtschaft die Profite noch weiter gedrückt werden und auch dort ein Rückgang von Investitionen und Beschäftigung erfolgt. Da außerdem die Finanzmonopole in der Lage sind, die Zinsen zu heben und gegen die industriellen Unternehmen - sofern sie keine monopolistischen Machtgebilde sind - durchzusetzen, werden auch von dieser Seite die indu-

striellen Profite gedrückt und die Akkumulation verlangsamt. Alle diese *stagnativen Tendenzen* konnten im 19. Jahrhundert noch durch Ausweitung der Märkte, also durch imperialistische Expansion, kompensiert werden; im 20. Jahrhundert sind diese Möglichkeiten aber vorbei. Um also der Stagnation wirksam entgegenzuarbeiten, wird es notwendig sein, eine "*Reorganisation der Wirtschaft*" zur Einschränkung monopolistischer Praktiken zu betreiben. Nur wenn eine solche Politik der strukturellen Veränderungen Maßnahmen der Kaufkraftausweitung flankiert, kann ein Erfolg in Richtung einer Überwindung der Stagnation und Krise realistisch erwartet werden.

Auch Lange geht davon aus, daß die Massenkaufkraft angehoben werden müsse. Doch sieht er, daß davon allein keine Aufhebung der monopolistischen Praktiken zu erwarten ist. Die Instabilität des wirtschaftlichen Prozesses bliebe grundsätzlich erhalten. Dagegen müssen wirksame Restriktionen der Monopolmacht entwickelt werden, und zwar durch Wiederherstellung eines *echten Wettbewerbs* oder doch durch Institutionen, die die Funktion des Wettbewerbs übernehmen könnten. Lange zählt mehrere Maßnahmen auf: von der Beseitigung von Außenhandelsbarrieren über die Verschärfung der Anti-Trustgesetze, die Schaffung von öffentlichen Musterbetrieben, Preis- und Produktionsreglementierungen bis hin zur Ausweitung des öffentlichen Eigentums vor allem im Bank- und Kreditwesen, in den Grundstoff- und Schlüsselindustrien. Bei diesen strukturellen Veränderungen der Wirtschaft ist zu erwarten, daß Kostensenkungen auch zu Verringerungen der Preise führen. Nur wenn das gewährleistet ist, können auch Lohnkürzungen (um die Lohnstückkosten zu reduzieren) verantwortet werden. Infolge der Preissenkungen wird ja die reale

Massenkaufkraft dann nicht gesenkt. So scheint nach diesem Konzept mit einer Steigerung der realen Massenkaufkraft (unter anderem durch Preissenkungen), mit einer aufgrund der Produktionsausweitung erzielbaren Senkung der Lohnstückkosten die Konjunktur wieder in Gang zu setzen zu sein. Notwendige Bedingung für den Eintritt dieses Effekts ist die schon angesprochene "Reorganisierung der Wirtschaft", die Herstellung von mehr Wettbewerb gegenüber den monopolistischen Restriktionen. Gleichzeitig kann dadurch die *politische Demokratie* gestärkt werden. Denn "nur ein freier Markt garantiert die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die die Grundlage einer wirklichen Demokratie ist." (Lange 1977, 239) Die Quadratur des kapitalistischen Zirkels scheint gelungen, mehrere Fliegen scheinen mit einer Klappe geschlagen zu sein, indem flankierende antimonopolistische Maßnahmen zu einer Steigerung der realen Massenkaufkraft ergriffen werden.

Ganz ähnlich wie Oskar Lange im Jahre 1941 argumentieren im Jahre 1975 41 Wirtschaftswissenschaftler der BRD in einem Memorandum "Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik". Auch für sie ist die in der Krise offen zutage tretende Vergeudung von Ressourcen ein Hauptproblem, insbesondere aber die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die ganz im Sinne der Austerität darauf abzielt, "durch gewinnfördernde Maßnahmen die Aktivität der Unternehmer anzuregen". Dem stellen sie eine Alternative gegenüber, die ebenso wirksam wie sozial verpflichtend sein soll: Durch Lohnerhöhungen, Ausweitung oder zumindest Beibehaltung der Sozialleistungen und durch eine allgemeine Hebung des privaten und staatlichen Verbrauchs sowie der staatlichen Investitionen soll eine *Mengenkonjunktur* angeregt werden. Damit nun ein solches Nachfrageprogramm

nicht dazu führt, daß sich die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen erhöhen, *ohne* daß Produktion (und Beschäftigung) erhöht werden müßten, soll das Programm durch Preiskontrollen für marktbeherrschende Unternehmen flankiert werden. Dies alles soll allerdings geschehen, ohne daß das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Steuerungs- und Koordinierungsfunktion des Marktes angetastet werden - Elemente einer Wirtschaftsordnung, die Lange allerdings noch schärfer in Frage gestellt hat.

Dieser Konzeption liegt eine theoretische Einschätzung der Ursachen der Krise zugrunde, die in etwa folgendermaßen kurz zusammengefaßt werden kann: Die Schärfe der aktuellen zyklischen Krise ist wesentlich dadurch bestimmt, daß marktbeherrschende Unternehmen sich ihre Gewinne durch steigende Preise sichern, ohne daß dazu die Produktion weiter ausgedehnt werden müßte. Wenn aber durch staatliche Maßnahmen den großen Konzernen die Möglichkeit der autonomen Preiserhöhung genommen wird, dann können sie nur noch über die "Mengenkonjunktur", d.h. durch die Ausweitung der Produktion und der Beschäftigung, die Gewinne halten oder erhöhen. Für die *Unternehmen* bedeutet dieses Programm also sinkende Lohnstückkosten und steigende Gewinne, für die *Arbeiter* die Sicherung der Arbeitsplätze, Ausdehnung der Beschäftigung und Reallohnsteigerungen, für den *Staat* steigende Einnahmen, Abbau der Staatsverschuldung und für die Bevölkerung insgesamt Geldwertstabilität. Das Programm des "Memorandums" weist also tatsächlich strukturelle Ähnlichkeit mit den Überlegungen Oskar Langes auf. *Nachfrageausweitung* mit den *flankierenden Maßnahmen* einer Kontrolle der großen Konzerne (Monopole) lautet das Rezept, mit dem er oben bezeichnete Teufelskreis durchbrochen werden soll. Denn die Nachfrageaus-

weitung soll vor allem im sozialen Bereich (Verlängerung der Bezugsdauer und Erhöhung des Arbeitslosengeldes; Sonderhaushalte zur Finanzierung von Sozialwohnungen, von Investitionen zum Umweltschutz und in den Bereichen, die vor allem der Reproduktion der Arbeitskraft zugute kommen, wie Krankenhäuser, Schulen, Regionalförderung, Verringerung der Massensteuern und Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen bei Verringerung des Militäretats) erfolgen und letztlich sich selbst infolge der mit anlaufender Konjunktur höheren Steuereinnahmen finanzieren. Wie auch bei Lange die Restriktion monopolistischer Praktiken eine *conditio sine qua non* für das Funktionieren seines "demokratischen Vollbeschäftigungsprogramms" ist, so bei den Verfassern des Memorandums die Restriktion der monopolistischen Preissetzungsmacht. Ohne Begrenzung der Preissetzungsmacht würde nämlich die erwartete und beabsichtigte Mengenkonzunktur nicht zustande kommen können. So hängt das Rezept des Vollbeschäftigungsprogramms tatsächlich davon ab, inwiefern die Monopolkontrolle realisierbar ist. (1)

Hier ist jedoch sofort die Frage zu stellen, warum die Regierung eine solche Konzeption, die sie mit einem Schlage aus dem "Schneider" brächte, nicht aufgegriffen hat. Dies kann nicht nur an ihrer Ideenlosigkeit liegen, sondern muß wohl seinen Grund darin haben, daß in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Interessen von Lohnarbeit und Kapital nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen sind. Der Haken der wirt-

(1) Die Alternativkonzeptionen des Memorandums sind von einem der Unterzeichner, Huffschnid, in diesem Punkt noch konzeptionell weiterentwickelt worden. Allerdings bleiben die grundsätzlichen Annahmen, Schlußfolgerungen und politischen Forderungen die gleichen wie im Memorandum. (Vgl. Huffschnid 1976, 473ff.)

schaftspolitischen Therapie mit Hilfe einer (durch Monopolkontrollen flankierten) Kaufkraftausweitung liegt einmal in dem Kaufkraftargument, zum anderen in der Annahme von der stagnativen Funktion von Monopolen. Wenn die Wirtschaftskrise tatsächlich in der mangelnden Nachfrage und der Monopolmacht ihren Grund haben würde, dann könnten auch Alternativen der Nachfragebelebung und der Restriktionen monopolistischer Praktiken Erfolg haben. Die "Nachfrage" nach Konsumgütern oder Investitionsgütern ist kein autonomer Faktor, sondern von der Rentabilität der Produktion abhängig. Die Nachfrage ist gesunken, weil die industriellen Profitraten (nicht unbedingt die Profitmasse) gesunken sind. Anders ausgedrückt: Die Krise hat ihre Ursache nicht in den Verhältnissen des Marktes, sondern in der kapitalistischen Reproduktion. Geht man daher von den in Kapitel 2 entwickelten Zusammenhängen von Profitrate, Akkumulationsrate und Nachfragebedingungen aus - wobei allerdings noch die langfristigen Veränderungen in den Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik zu berücksichtigen sind -, dann können zwei Einwände grundsätzlich gegen den wirtschaftspolitischen Vorschlag im Memorandum begründet werden:

Erstens würden die Preiskontrollen die Verwertungsschwierigkeiten eher verschärfen, wenn die Kapitalrentabilität durch die Begrenzung der Preissetzungsmacht der Monopole eingeschränkt würde. (Zudem zeigt die Tatsache, daß selbst bei in der Krise stark ansteigenden Preisen - wie in Nachbarländern der BRD zu beobachten - die Unternehmen die Gewinne nicht so hoch halten können, daß die Kapitalrentabilität zu weiteren Investitionen Anlaß gibt.) Preiskontrollen müßten also einhergehen mit weiteren flankierenden Maßnahmen bis hin

zu staatlichen Eingriffen in die Investitionsentscheidungen der Unternehmen, soll sich die Arbeitslosigkeit nicht noch mehr ausbreiten.

Selbst wenn *zweitens* durch Preiskontrollen eine Ausweitung der Produktion erzwungen wird, ist damit bei der gegenwärtig hohen Kapitalintensität der Produktion keineswegs auch gesagt, daß dementsprechend auch die Beschäftigung ansteigen müßte. Die Autonomie der Unternehmen auf der Produktionsseite, bei "Wahl" kostenminimaler und arbeitssparender Technologie (vgl. dazu auch Bolle 1976) bleibt voll erhalten. Preiskontrollen würden nur "garantieren", daß die Rationalisierungsanstrengungen und Beschäftigungseinsparungen verstärkt würden. Die Kontrolle müßte daher gleichzeitig auf die "Wahl der Technologie" und die Gestaltung der Produktionsprozesse ausgedehnt werden. Das Konzept der Kaufkraftsteigerung mit flankierenden Maßnahmen (gegen Monopole) ist daher nicht konsistent und daher nicht realistisch, sofern es nicht als Alternativprojekt ausgeweitet wird, wie es mit den im folgenden darzustellenden Programmen geschehen ist.

9.4. Beschäftigungspolitische Alternativkonzeptionen

Ein Programm mit dem Titel "Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit" ist 1977 von dem gleichen Kreis vorgelegt worden, der auch das "Memorandum" (1975) getragen hat. Darin geht es (wie in dem DGB-Programm zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vom Juli 1977) nun nicht mehr allein um Kaufkraftsteigerungen bei Konsumtion und Investition (unter Berücksichtigung flankierender Maßnahmen), sondern gezielter um eine

Beeinflussung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt mit dem Ziel, entweder die Nachfrage so auszuweiten oder das Angebot an Arbeitskräften so zu verknappen (bzw. beides gleichzeitig zu tun), daß die beiden Seiten des Arbeitsmarktes in Übereinstimmung gebracht werden und die Arbeitslosigkeit verringert werden kann. Das Konzept enthält daher neben der schon diskutierten Forderung nach Ausweitung der Massenkaufkraft und flankierenden Maßnahmen gegen die Preissteigerungen drei Bestandteile: Erstens wird gefordert, daß die *Nachfrage* über erhöhte Staatsausgaben ausgeweitet wird. Zweitens sollen neue sozial orientierte Beschäftigungsmöglichkeiten im *öffentlichen Sektor* (Ausweitung des öffentlichen Dienstes) geschaffen werden. Drittens wird gefordert, die *Wochen- oder Lebensarbeitszeit* zu reduzieren, um das potentielle Arbeitsvolumen zu drücken. Wir werden auf diese und auf weitere von Gewerkschaften und linken Gruppen geforderte Maßnahmen gegen die Dauerarbeitslosigkeit nun genauer eingehen.

Ähnlich wie schon im dargestellten Woytinsky-Tarnow-Baade-Plan aus dem Jahre 1932 sollen *öffentliche Mittel* zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. In den "Vorschlägen ..." wird damit gerechnet, daß von einem 10 Mrd-DM-Programm rund 3 Mrd DM auf Löhne und Gehälter entfallen würden, was bei der bisherigen durchschnittlichen Arbeitsintensität eine Erhöhung der Beschäftigung um 120.000 Mannjahre ausmachen könnte. Legt man allerdings die Kapitalintensität von 1975 mit rund 72.000 DM je industriellem Arbeitsplatz zugrunde, dann kann man mit 3 Mrd DM knapp 42.000 neue Arbeitsplätze schaffen. (Vgl. aber auch Kapitel 4, Anm. S. 130f.) Da allerdings eine Reihe von Arbeitsplätzen nicht neu geschaffen werden muß, sondern - bei entsprechend ren-

tabler Produktion aufgrund von Aufträgen - nur neu besetzt zu werden braucht, ist davon auszugehen, daß tatsächlich die Zahl von 42.000 eine Mindestgröße darstellt. Nach Überlegungen des DGB ergibt sich bei staatlichen Aufträgen an die Wirtschaft bei einem Auftragsvolumen von 1 Mrd DM eine Zunahme der Arbeitsplätze um 22.000, während die 1 Mrd DM, zur Ausweitung des öffentlichen Dienstes verwandt, etwa 41.000 neue Arbeitsplätze schaffen könnte. Daher wird vom DGB auch eine *Ausweitung des öffentlichen Dienstes* gefordert, was letztlich (zumal in der Krise) auf eine Erhöhung der Staatsquote hinauslaufen müßte, also auf das Gegenteil des mit der Austerity-Politik Beabsichtigten. Bei dieser Planung kann sich der DGB auf Untersuchungen stützen, die davon ausgehen, daß der öffentliche Dienst in den kommenden Jahren sowieso ausgedehnt werden müsse, nicht nur zur Erweiterung von Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern wegen der wachsenden staatlichen Aufgaben im Bildungs- und Gesundheits-, im Verkehrs- und Sozialbereich. Damit kann dem öffentlichen Dienst auch in den kommenden Jahren die Funktion erhalten bleiben, die er bislang hatte: nämlich die in der industriellen Produktion freigesetzten Arbeitskräfte durch Umgruppierungen im Beschäftigungssystem aufzunehmen.

Der öffentliche Dienst ist nicht nur deshalb für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen besonders gut geeignet, weil staatliche beschäftigungspolitische Programme sozusagen direkt durchschlagen können und nicht auf eine von den unternehmerischen Entscheidungen abhängige Multiplikatorwirkung angewiesen sind, und auch nicht nur deshalb, weil in weiten Bereichen der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ein unabweisbarer Bedarf der Bevölkerung gegeben ist, also nicht erst Löcher

in die Erde gegraben und wieder zugeschüttet werden müssen, um Arbeit zu schaffen, sondern auch deshalb, weil hier die *Kapitalintensität*, also der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz, vergleichsweise gering ist. Dieser Tatbestand verweist aber auf eine weitere Methode, die Beschäftigung zu erhöhen: Mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist regelmäßig eine Erhöhung der Kapitalintensität verbunden, die eine Einsparung von lebendiger Arbeit auslöst. Der damit einhergehenden Freisetzung könnte dadurch entgegen gewirkt werden, daß entweder die Produktions ebenso stark erhöht wird wie die Arbeitsproduktivität (was in den 70er Jahren allerdings nicht mehr erfolgt ist, vgl. Kapitel 4), oder daß die Sektoren mit unterdurchschnittlicher Kapitalintensität durch gezielte Maßnahmen besonders beeinflußt werden, wodurch der *Anteil der arbeitsintensiven Produktion* an der Gesamtproduktion ausgedehnt werden kann.

Diese Umkehrung der kapitalistischen Entwicklungsperspektive als beschäftigungswirksame Maßnahme - die auch in dem Gegengutachten angesprochen wird - ist in Italien zur Diskussion gestellt worden (vgl. Foa 1976), würde aber aufgrund der dadurch notgedrungen eintretenden Produktivitätsrückstände gegenüber den Kapitalen anderer kapitalistischer Länder zu einer Verschlechterung der Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt und daher in Italien zu einer weiteren Passivierung der Zahlungsbilanz führen. Die Abschließung vom Weltmarkt wäre zumindest zeitweise ein sich aus dieser Perspektive ergebendes Erfordernis. Es ist tatsächlich fragwürdig, ob eine solche Umkehrung als Maßnahme zur Arbeitsplatzbeschaffung sinnvoll sein kann. Denn auf diese Weise würden ja Möglichkeiten der Arbeitszeitver-

kürzung gerade nicht genutzt und so die Geißel der Arbeitslosigkeit mit einem Verzicht auf die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit bekämpft werden, wobei infolge der Integration in den Weltmarkt der Erfolg noch recht zweifelhaft wäre. Wenn ein solches Programm für die italienische Wirtschaft mit im Durchschnitt geringerer Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität als in der BRD schon mehr als fragwürdig ist, dann erst recht für die westdeutsche Wirtschaft. Allenfalls in einigen ökonomischen Teilbereichen, z.B. in Landwirtschaft, Gartenbau und Forsten, lassen sich bei niedriger Kapitalintensität und hoher Arbeitsintensität mit geringen Mitteln Arbeitsplätze schaffen. Darin liegt aber gerade für die hier Beschäftigten eine schwerwiegende Problematik, da ja in der Regel diese Arbeitsplätze nur geringe Qualifikationen beanspruchen und folglich gerade nicht für den notwendigen Übergang in andere Arbeitsbereiche befähigen. Maßnahmen dieser Art sind in beinahe allen kapitalistischen Ländern zur Reduzierung von Jugendarbeitslosigkeit - Verwendung arbeitsloser Jugendlicher als unqualifizierte Hilfskräfte z.B. im kommunalen Gartenbau - durchgeführt worden. Sie haben das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst, sondern eher marginalisiert.

Dennoch haben Ansätze in dieser Richtung eine reale Bedeutung als Alternative. Denn gerade die niedrige Produktivität im Vergleich mit anderen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet die Möglichkeit für *Selbstaktivität*. Die Bildung von Kooperativen, von Produktionsgenossenschaften in Landwirtschaft und industrieller Manufaktur ist als Form der Selbstorganisation nur möglich, wenn die Anforderungen mit Kapitalausstattung (aufgrund niedriger Kapitalintensität) nicht zu groß

sind. Die Vergesellschaftung durch das Kapital, die sich vor allem auch in Substitution von Arbeit durch Kapital niederschlägt, hat nicht nur zur Konsequenz, daß dadurch Arbeiter freigesetzt werden, sondern daß auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten, die in Eigeninitiative geschaffen werden, nur *gegen* die Tendenzen der Kapitalintensivierung entwickelt werden können. Damit aber sind solche *Projekte alternativer Ökonomie*, wie sie Kooperativen usw. darstellen, gezwungen, sich außerhalb der durch das Kapital gesetzten Konkurrenzzwänge zu begeben. Die Formen, in denen dies geschehen kann und auch geschieht, sind vielfältig: von der kooperativ betriebenen Reparaturwerkstatt, deren Konkurrenzfähigkeit durch niedrigere Preise, Selbstausbeutung und ein Kundennetz aufgrund von freundschaftlichen und/oder politischen Beziehungen hergestellt wird, über die landwirtschaftliche Genossenschaft mit einem begrenzten, aber abgeschirmten Absatzmarkt bis hin zur besetzten Fabrik, deren Produkte nicht über den normalen Handelsweg, sondern direkt an den Verbraucher, in *politischer* Aktion gegen die *ökonomischen* Zwänge, verkauft werden und somit um die Handelsspanne billiger sein können. Jedesmal werden hier die Gesetze der Kapitalverwertung und -zirkulation durchbrochen. Allerdings ist es fraglich und nur im Einzelfall entscheidbar, ob es sich dabei um ein progressives oder regressives Durchbrechen handelt. Fabrikbesetzungen zur Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sind auf jeden Fall dann progressiv, wenn es sich um Fabriken mit moderner Technologie handelt, die lediglich aus Verwertungsinteressen des Kapitals stillgelegt werden sollen. Die französische Uhrenfabrik Lip ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Besetzung des Zementwerkes in Erwitte. Wenn es sich allerdings um technologisch zurückgebliebe-

ne Fabriken handelt, die innerhalb kapitalistischer Konkurrenz mit Notwendigkeit zum ökonomischen Unter-
gang verurteilt sind, dann ist die Frage nach der
Progressivität einer Besetzung nicht so leicht zu
beantworten. Ganz zweifellos besteht das progressive
Moment immer darin, daß sich die Arbeiter gegen das
kapitalistische Diktat der Unterwerfung ihrer Lebens-
interessen unter den "Gang der Geschäfte" aktiv zur
Wehr setzen. Aber dennoch bleibt das Problem der Inte-
gration in den Gesamtproduktionsprozeß des Kapitals,
der ja durch vereinzelte Fabrikbesetzungen nicht ein-
fach aufgehoben wird. Mit dessen Zwängen kann man von
seiten des einzelnen besetzten Betriebes aus nicht
fertig werden. Hier wird die Notwendigkeit offensicht-
lich, daß nur *politische Unterstützung* helfen kann,
z.B. seitens des Staates mit entsprechenden Subven-
tionen.

Neben diesen oben diskutierten Möglichkeiten - die Be-
schäftigung über eine Erhöhung der staatlichen Ausga-
ben oder direkt über die Ausweitung des öffentlichen
Dienstes bzw. der arbeitsintensiven Produktion zu er-
höhen - ist sowohl von den Vertretern des Gegengut-
achtens 1977 als von den Gewerkschaften ein drittes
Mittel zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit in
die Diskussion gebracht worden - die *Arbeitszeitver-
kürzung* bzw. die *Reduzierung des Beschäftigtenpoten-
tials*. In diesen angesprochenen Diskussionen, die sich
in der BRD seit Beginn des Jahres 1977 breit entwik-
kelt haben, drückt sich wieder eine gewisse Weiter-
entwicklung von Krisenvermeidungskonzeptionen, die
Erkenntnis, daß die "alten Mittel nicht mehr so zie-
hen" (so der DGB-Vorsitzende Vetter in einem Spiegel-
Interview, 29/1977) aus. Auch in dem DGB-Beschäftigungs-
programm vom Juli 1977 wird die Reduzierung der Wochen-

und Lebensarbeitszeit zum wesentlichen Bestandteil eines Beschäftigungsprogramms erklärt. Wurde zunächst die Krise und folglich auch die Arbeitslosigkeit als vorübergehende Erscheinung begriffen und glaubte man der Krise sehr schnell durch entsprechende Nachfragesteigerungen (Globalsteuerung) beikommen zu können, so wird im Verlauf der Krise immer deutlicher, daß auf diesem Wege die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann; die Diskussion um die Reduzierung des Arbeitsvolumens beginnt.

In dieser Diskussion um Arbeitszeitverkürzung in der Krise (als Übersicht vgl. Bolle u.a. 1977) drückt sich nur in verdrehter Form aus, daß im Verlauf der Akkumulation die Produktivkraft der Arbeit permanent gestiegen ist und deshalb auch mehr *freie Zeit* zur Verfügung stehen würde, die Arbeitszeit also reduziert werden *könnte*. Aber diese Möglichkeiten aufgrund der Potenzen der gesellschaftlichen Produktivkräfte, mehr zu produzieren und/oder die Arbeitszeit zu senken, setzen sich weder konfliktfrei noch in gesellschaftlicher Planung abgestimmt, sondern chaotisch und unter schweren sozialen Auseinandersetzungen und politischen Konflikten durch. Erst die langandauernde Massenarbeitslosigkeit macht deutlich, daß Arbeitszeitverkürzungen *möglich* sind; allerdings vollzieht sich dieser Prozeß gesellschaftlicher Einsicht in pervertierter Form auf der bornierten Grundlage des Kapitals (vgl. Grundrisse, 513ff.) - nicht als Prozeß der Befreiung aus den Zwängen der Arbeit und zu mehr Möglichkeiten der Selbstverwirklichung in freier Zeit -, sondern als *konjunkturpolitisch instrumentalisierte* Methode zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit und zur Marginalisierung der auf diese Weise vom Arbeitsmarkt hinweggeschafften

Arbeitskräfte. Wichtig ist nicht die Befreiung von übermäßiger Arbeit, sondern die Entlastung der Arbeitslosenstatistik und der Arbeitslosenversicherung.

Spontan geschieht eine Reduzierung des Angebots von Arbeitskräften sowieso im Verlauf der Krise, was sich statistisch in der Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen um diejenigen, die zwar aus dem Beschäftigungsverhältnis herausfallen, aber nicht als Arbeitslose gezählt werden, niederschlägt. Die Zahl der Erwerbstätigen ist nach einem Höhepunkt im Jahre 1973 mit 26,7 Mio Jahr für Jahr zurückgegangen bis auf 25,0 Mio im ersten Halbjahr 1976 - also um 1,7 Mio in rund drei Jahren Krise. Dabei liegen diese Zahlen über die "Entlastung" des Arbeitsmarktes von seiten des Angebots von Arbeitskräften noch viel zu niedrig. Von der anderen Seite des abnehmenden Angebots an Arbeitsplätzen sind diese Zahlen aber noch nicht hoch genug; denn die Arbeitslosenzahl weist seit 1975 mit über einer Million eine eher steigende als sinkende Tendenz auf. Welche Möglichkeiten bestehen dann, das Arbeitsvolumen zu reduzieren und somit Arbeitsplätze frei zu machen, auf denen bislang Arbeitslose eingestellt werden können? Rein *rechnerisch* kann das Arbeitskräfteangebot auf verschiedene Weisen reduziert werden: Der Arbeitsmarkt läßt sich dadurch "entlasten", daß

1. die *Schulzeit* ausgedehnt,
2. die *Altersgrenze* herabgesetzt und
3. die *Arbeitszeit* reduziert wird durch Verlängerung des Jahresurlaubs, die Verkürzung der Tages- bzw. Wochenarbeitszeit und die Verlängerung der Arbeitspausen.

Alle darauf beruhenden Konzepte sind zunächst nichts anderes als Modellbetrachtungen, deren Realisierung von einer Reihe von Bedingungen anhängig ist. Zum einen wird regelmäßig darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch eine einfache globale Reduzierung des Arbeitskräfteangebots behoben werden kann, da' der Arbeitsmarkt in eine Vielzahl von *Teil-arbeitsmärkten* nach Regionen, Berufsgruppen, Qualifikationen, Altersklassen, Wirtschaftszweigen *segmentiert* ist (zur Theorie vgl. Freiburghaus/Schmid 1975). Dieses Argument läuft darauf hinaus, daß mit Arbeitszeitverkürzungen die Friktionen des Arbeitsmarktes nicht aufgehoben würden und daher das Problem der friktionellen Arbeitslosigkeit auch nicht auf diese Weise zu lösen sei. Zumindest aber würde die Beschäftigungswirkung der Arbeitszeitverkürzung wesentlich geringer als in den Globalberechnungen ausfallen. Überdies ist davon auszugehen, daß ein Teil der rechnerischen Arbeitszeitverkürzung durch erhöhte Arbeitsleistung der Beschäftigten (Wegfall von Kurzarbeit, Überstunden, Arbeitsintensivierung) und nicht durch Neueinstellung von Arbeitslosen ausgeglichen wird. Schließlich würde die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich die Kostenbelastung der Unternehmen vergrößern, so daß aus diesem Grunde mit Produktionseinschränkungen oder doch mit einer Verringerung der Investitionstätigkeit zu rechnen sei, die auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes zu einer weiteren Verringerung der Nachfrage nach Arbeitskräften führen könnten, so daß der Effekt einer Umverteilung der geleisteten Gesamtarbeitszeit auf mehr Beschäftigte äußerst fragwürdig sei.

Während die Verlängerung der Schulzeit und die Herabsetzung des Rentenalters - oder andere gesellschaft-

liche Mittel der Marginalisierung der Arbeitslosigkeit - den Staat, die beschäftigten Arbeiter, die Familien belasten würden, belastet eine Reduzierung der betrieblichen Arbeitszeit (bei Lohnausgleich) direkt die Unternehmen. Nicht nur wäre hier mit einem viel größeren Widerstand gegen die Verminderung der Dauerarbeitslosigkeit zu rechnen, sondern die Unternehmen könnten jederzeit die Erfolge der Arbeiterklasse auf betrieblicher Ebene durch die oben genannten Methoden unterlaufen. Arbeitszeitverkürzungen scheinen im Rahmen der herrschenden wirtschaftlichen Organisation tatsächlich kein Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu sein, wenn nicht gleichzeitig die Kontrolle und Macht der Arbeiter und Gewerkschaften auf betrieblicher Ebene ausgebaut wird, und wenn nicht die Politik der Arbeitszeitverkürzung in einen Gesamtrahmen von wirtschaftspolitischen Alternativen gestellt wird.

Gerade an diesen Punkten zeichnen sich aber auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit dem Andauern der Massenarbeitslosigkeit Lernprozesse ab, die wir abschließend darstellen wollen.

9.5. Gewerkschaftliche Lernprozesse in der Krise

Im Verlauf der Entwicklung seit Beginn der Krise 1974/75 lassen sich zwei Phasen gewerkschaftlicher Diskussion zu alternativen Konzepten der Krisenbewältigung festhalten: In einer *ersten Phase* nach dem offenen Ausbruch der Krise 1974/75 ist die gewerkschaftliche Reaktion noch sehr stark von der eigenen Kriseninterpretation geprägt: Die Krise sei wesentlich

durch außerwirtschaftliche Einflüsse (Ölkrise, Weltmarktabschwung) und durch die Antiinflationsspolitik der Bundesbank bewirkt worden. Der hohe Stellenwert der Bundesbankpolitik ergibt sich aus dem gewerkschaftlichen theoretischen Paradigma, das in der bereits kurz von uns umrissenen DGB-Zielprojektion 1973-1977 politisch umgesetzt ist. Danach kann im Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik des Staates (die das Niveau der Nachfrage hochhält) eine gewerkschaftliche Umverteilungspolitik mit dem Ziel einer größeren sozialen Gerechtigkeit dann ohne Folgen für das Investitions- und Beschäftigungsniveau bleiben, wenn die zusätzlichen Investitionen der Unternehmen, deren Finanzierung aus den Gewinnen durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik gefährdet ist, durch eine erhöhte Fremdfinanzierung gesichert wird. In diesem Konzept kommt also der Geldmengen- und Zinspolitik der Bundesbank eine entscheidende Rolle zu. Diesem Interpretationsmuster entspricht die Entwicklung nach 1970 scheinbar in hohem Maße: Nachdem die Gewerkschaften in den Jahren 1970 bis 1972 hohe Lohnforderungen durchsetzen konnten, beschränkt die Bundesbank 1973 mit ihrer Antiinflationsspolitik die Geldmengenzufuhr und erhöht das Zinsniveau. Die Verteuerung der Fremdfinanzierung der Investitionen mußte so schlagartig die Nettoinvestitionen bei hohem Lohnniveau absinken lassen. Die gewerkschaftliche Kritik in dieser Phase richtet sich daher in erster Linie gegen die Unabhängigkeit der Bundesbank. Parallel dazu wird gefordert, durch eine Erhöhung der Massenkaufkraft und *zusätzliche staatliche Ausgaben* das Nachfrageniveau in einem Ausmaß zu erhöhen, das eine Stabilisierung und einen erneuten Aufschwung der Investitionen bewirken könnte. Da zusätzliche staatliche Ausgaben zunächst ausbleiben (bzw. sogar Kürzungen vorge-

nommen werden), konzentriert man sich auf die Forderung nach Erhöhung der Massenkaufkraft durch höhere Löhne (ohne diesen eigenen Prämissen in der Tarifpolitik folgen zu können), zumindest aber auf die Verhinderung der Reduktion des bestehenden Lohnniveaus.

Nachdem sich immer deutlicher herausstellt, daß die Krise 1974/75 nicht ohne weiteres mit Hilfe der staatlichen Globalsteuerung zu beheben ist und nachdem deutlich wird, daß auch die Massenarbeitslosigkeit trotz (verhaltenem) ökonomischem Aufschwung nicht beseitigt werden kann, werden in der *zweiten Phase* auch von den Gewerkschaften stärker die strukturellen Komponenten der Krise und ihrer Überwindung diskutiert. Dabei stehen die technologischen Umwälzungen in der Produktion im Zuge der verstärkten "Rationalisierungsinvestitionen" im Vordergrund der Diskussion, deren Auswirkungen auf die Beschäftigten einmal mit *Abwehrstrategien gegen Abgruppierungen und Dequalifikationsprozesse*, zum anderen mit der *Politik der Arbeitszeitverkürzungen* bzw. der Reduzierung des "Arbeitsvolumens" begegnet werden sollen. Waren also zunächst in der gewerkschaftlichen Diskussion Strategien gegen die Krise vorherrschend, die über die Veränderung der Nachfragebedingungen in der *Zirkulation*, durch eine effektivere Nachfragepolitik des Staates und die Ausweitung der Massenkaufkraft die Auswirkungen der Krise auf die Lage der Arbeiter abwehren sollten, sind in der zweiten Phase gewerkschaftlicher Diskussion auch die Bedingungen der *Produktion* thematisiert worden. Damit ändert sich auch in einem entscheidenden Punkt der "Adressat" der gewerkschaftlichen Politik: Die Forderungen sind nicht mehr in erster Linie an den Staat bzw. die staatliche Wirtschaftspolitik gerichtet, sondern greifen unmittelbar die Ausein-

andersetzungen in den Betrieben auf und knüpfen an artikulierte Interessen der Arbeiter an. Zugleich läuft diese Politik zwangsläufig auf die Forderung der Ausweitung der gewerkschaftlichen Kontrolle über betriebliche Arbeitsprozesse hinaus, die sich aus dieser Abwehrstrategie ergibt. Allerdings tritt damit die gewerkschaftliche Tarifpolitik nicht zurück. Denn die Erhaltung des erreichten Lebensstandards der Arbeiter erfordert sowohl die Abwehr der Versuche der Lohnreduktion auf gesamtwirtschaftlicher und Branchenebene als auch die Abwehr der Versuche der Unternehmer, das Lohnniveau durch Rationalisierung, dadurch ermöglichte Dequalifikation und Abgruppierung sowie durch Arbeitsintensivierung zu unterlaufen. Dieser Zusammenhang wurde besonders in den Tarifkämpfen der IG Druck und Papier und der IG Metall Anfang 1978 deutlich.

Die entscheidende Voraussetzung für alle hier diskutierten Strategien ist, daß diese Konzeptionen auch an den in den Betrieben und Gewerkschaften formulierten Interessen anknüpfen können und so zu ihrer Durchsetzung nicht nur von oben abstrakt "die Massen" mobilisiert werden, sondern daß eine solche Mobilisierung für bestimmte Forderungen bei den Arbeitern schon gegeben ist. Dies scheint am ehesten bei den Forderungen zur *Arbeitszeitverkürzung* der Fall zu sein, die schon frühzeitig in der Krise von den Arbeitern (zunächst als Kampf gegen Überstunden bei vorherrschender Arbeitslosigkeit) formuliert worden sind und die von seiten der Gewerkschaften (nicht zuletzt aufgrund der dadurch möglichen verschärften Auseinandersetzungen mit den Unternehmern) erst zögernd in das gewerkschaftliche Aktionsprogramm aufgenommen worden sind. (Vgl.

dazu Verlauf und Ergebnisse des IG-Metall Gewerkschaftstages 1977) Mit diesen Forderungen ist es daher möglich, an den *Erfahrungen* der Arbeiter in den Betrieben anzuknüpfen und diese mit der durch die verstärkte Rationalisierung (also steigende Produktivkraft der Arbeit) *historischen Perspektive* zu verbinden, die die Entwicklung des Kapitals selbst setzt: die sukzessive Abschaffung von notwendiger Arbeit und die Erweiterung der zur "freien" Verfügung des Arbeiters stehenden Zeit.

Das Anknüpfen an Erfahrungen und Interessen der Arbeiter in den Betrieben ist auch unmittelbar Bedingung der Durchsetzung alternativer Politik zur Krise und Arbeitslosigkeit. Aus der Diskussion der hier vorgestellten Alternativen läßt sich die Schlußfolgerung ziehen, daß die Anwendung eines oder mehrerer der diskutierten Mittel gegen die Arbeitslosigkeit (wie Kaufkraftsteigerung, flankierende Maßnahmen zur Monopolkontrolle, Steigerung der Staatsausgaben, Ausweitung des öffentlichen Dienstes, Arbeitszeitverkürzung) nur dann sinnvoll angewandt werden können, wenn erstens die Kontrolle und Macht der Arbeiter und Gewerkschaften nicht nur auf die *Einkommensverteilung* und die *Zirkulation*, sondern auch auf die *Produktions- und Investitionsentscheidungen* ausgedehnt werden, und wenn zweitens diese Forderungen und Lösungsmuster der Krise in den Zusammenhang mit alternativen *Vergesellschaftungsformen* gestellt werden. Denn die unmittelbar auf die Auswirkungen der Krise bezogenen gewerkschaftlichen Antworten bleiben ungenügend, wenn sie nicht in eine historische Perspektive gewerkschaftlicher Politik eingeordnet werden können, die über die bloße Abwehr der Krisenfolgen hinausgeht. Hier aber bleibt den Ge-

werkschaften - nachdem die Debatte um die Investitionslenkung den "Realitäten der Krise" hatte weichen müssen (wenn die Investitionen ausbleiben, kann man sie nicht mehr lenken) und nachdem die Mitbestimmung in so gänzlich anderer Form als von den Gewerkschaften gewünscht politisch umgesetzt wurde - vorerst nichts anderes übrig, als den in der Diskussion befindlichen Konzepten einer "Strukturpolitik" nachzulaufen. Diese aber schließen eine erneute politische Einbindung der Gewerkschaftsbewegung ein, d.h. daß selbst die notwendige Abwehrpolitik gegen die Auswirkungen der technologischen Umwälzungen gefährdet werden würde.

Werden überhaupt keine politischen Strategien entwickelt, die eine Veränderung der ökonomischen und gesellschaftlichen Basis der gewerkschaftlichen Politik einschließen, besteht die Gefahr, daß der gewerkschaftliche Abwehrkampf gegen die Auswirkungen der Krise und der Massenarbeitslosigkeit ins Leere läuft: Dann verhindert diese Politik die "systemgerechte, kapitalistische" Lösung der gesellschaftlichen Probleme und kann selbst bei den eigenen Gewerkschaftsmitgliedern unglaublich werden: Der Kampf gegen die Auswirkungen des Einsatzes neuer Technologien auf die Beschäftigten gerät dann u.U. zum Kampf gegen den "technologischen Fortschritt", die Abwehr einer Politik der Lohnsenkung kann dann umstandslos zur Ursache der Massenarbeitslosigkeit hochstilisiert werden (wie dies auch schon eifrig gemacht wird), der Kampf um Arbeitszeitverkürzung wird vollends unrealistisch angesichts der ökonomischen Belastungen der Unternehmen.

Daneben ist der Erfolg der gewerkschaftlichen Abwehrpolitik gegen die Krisenauswirkungen allerdings auch

davon abhängig, inwieweit es den Gewerkschaften gelingt, die Einheit der Arbeiterschaft auf den unterschiedlichen Ebenen des Kampfes (Betrieb, Branche, Gesamtwirtschaft und Gesellschaft) herzustellen, um so wirksam einer Marginalisierungstendenz gegenüber bestimmten Arbeiterschichten entgegenwirken zu können und die eigene Basis zu stärken. Aber auch hier ergibt sich die Notwendigkeit, gegenüber der vorherrschenden staatlichen Wirtschaftspolitik, die als Arbeitsmarktpolitik auf die Marginalisierung der Betroffenen setzt, eine strukturelle Alternative zu finden. (Daß dies in Grenzen sogar im Rahmen einer offensiven Tarifpolitik möglich ist, haben die italienischen Gewerkschaften gezeigt, die in ihren Tarifverträgen das italienische Kapital dazu gezwungen haben, verstärkt im Süden zu akkumulieren, um dort die strukturelle Arbeitslosigkeit aufzulösen.)

Soweit die gewerkschaftliche Politik nicht nur als Abwehrpolitik gegen Rationalisierungen und Lohnreduktion formuliert wird, sondern auch die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen ihres Handelns zu verändern versucht, hat diese Abwehrpolitik eine Perspektive; wird nämlich durch eine Politik gegen die vorherrschenden Strukturen der gesellschaftlichen Reproduktion diese Form der Vergesellschaftung infrage gestellt, gewinnt das "Klassenhandeln" auch eine neue Qualität gegenüber den "ökonomischen Gesetzen": Es wäre dann Teil einer immer *bewußteren* Vergesellschaftung in Form der Aneignung der Produktions- und Reproduktionsbedingungen durch die unmittelbaren Produzenten.

Dann aber ist die Frage, der wir uns in dieser Arbeit gestellt haben, nicht in der Weise beantwortet, daß jetzt das "Handeln der Subjekte", der "Klasse" etc.

gegenüber der Ökonomie dominiert, sondern in der Weise, daß die Bedingungen dieser Fragestellung überhaupt entfallen. Denn wenn die Vergesellschaftung in bewußten Formen abläuft, wenn die Menschen die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Reproduktion bewußt regeln, ist dem Wirken des Wertgesetzes als Ausdruck der unbewußten Vergesellschaftung die Basis entzogen.

An dieser Stelle, nach der Darstellung der zyklischen Entwicklung, der Analyse der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Gewerkschaftsentwicklung im Zyklus, und nach einer Kritik vorherrschender Vorstellungen von notwendigen strukturellen Veränderungen als Basis einer wirksamen gewerkschaftlichen Antikrisenpolitik, wäre es im Rahmen unseres Themas notwendig, die positiven Alternativen über die bloß abstrakte Forderung hinaus zu konkretisieren. Dies sprengt allerdings nicht nur den Rahmen der vorliegenden Arbeit, sondern kann auch nicht nur als theoretische Alternative konstruiert werden. Nicht nur müßten in eine Formulierung alternativer Politik die Erfahrungen der Arbeiter eingehen (um an eine vorhandene Interessenstruktur anknüpfen zu können); es wäre auch notwendig, auf allen ökonomischen und gesellschaftlichen Ebenen im einzelnen strukturelle Veränderungen durchzusetzen (1), die aber zunächst immer an den vorhandenen Strukturen anknüpfen müßten.

(1) In diesem Zusammenhang ist die an Gramscis Konzept der "Hegemonie" anknüpfende italienische Diskussion von Bedeutung, insofern sie in den vorhandenen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft auf allen Ebenen die Veränderung der jeweiligen hegemonialen Stellung bürgerlicher Positionen zugunsten der Vorstellungen der Arbeiterklasse thematisiert.

Literatur

- Adam 1972 Hermann Adam, Die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik, Köln 1972
- Agnoli 1975 Johannes Agnoli, Überlegungen zum bürgerlichen Staat, Berlin 1975
- Ahnefeld 1972 A. Ahnefeld, Neuere Versuche mit der Einkommenspolitik, in: Die Weltwirtschaft, Nr. 1, 1972
- Albers u.a. 1971 Detlev Albers, Werner Goldschmidt, Paul Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek bei Hamburg 1971
- Altwater u.a. 1974a Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Wolfgang Schoeller, Willi Semmler, Entwicklungsphasen und -tendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (Teil 1), in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 13, 1974
- Altwater u.a. 1974b Wolfgang Schoeller, Willi Semmler, Jürgen Hoffmann, Elmar Altwater, Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland (Teil 2), in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 16, 1974
- Altwater/Neusüß 1975 Elmar Altwater, Christel Neusüß, Wirtschaftskrise, Konjunkturprogramm und Entwicklung der Klassen- gegensätze, in: links, Oktober (Nr. 10) 1975
- Altwater u.a. 1975 Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Rainer Künzel, Willi Semmler, Inflation und Krise der Kapitalver- wertung, in: Probleme des Klassen- kampfes, Nr. 17/18, 1975
- Altwater 1976 Elmar Altwater, Arbeitsmarkt und Krise, in: Michael Bolle (Hrsg.), Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarkt- politik, Opladen 1976

- Altwater u.a. 1976a Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, Zum Problem der Profitratenberechnung, in: PROKLA Nr. 26, 1976
- Altwater u.a. 1976b Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, Wolfgang Schoeller, Staat, Akkumulation des Kapitals und soziale Bewegung, in: Pozzoli (Hrsg.), Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns, Frankfurt/Main 1976
- Altwater 1977 Elmar Altwater, Staat und gesellschaftliche Reproduktion - Anmerkungen zur Diskussion um den Planstaat, in: Volkhard Brandes, Jürgen Hoffmann, Ulrich Jürgens, Willi Semmler (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977
- Altwater u.a. 1977 Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, Alltagspolitik - Prinzip ohne Hoffnung, in: Leviathan, Nr.2, 1977
- Altwater u.a. 1979 Elmar Altwater, Jürgen Hoffmann, Willi Semmler, Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise - Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Manuskript, im Erscheinen
- Asor Rosa 1977 A. Asor Rosa, Le due società, I poteri sulla crisi italiana, Torino 1977
- Baisch u.a. 1977 H. Baisch, J. Berger, C. Brockhaus, M. Buhbe, T. Dückert, W. Eckart, U. Geipel, K. Gerlach, P. deGijssel, H. Holländer, A. Krafft, J. Schneider, W. Vogt, H. Wagner, G. Wiesner, Die Wirtschaftskrise in der BRD - Eine Auseinandersetzung mit den Analysen des Sachverständigenrats in: Leviathan, Nr. 2, 1977
- Beckenbach/Krätke 1978 Frank Beckenbach/Michael Krätke, Zur Kritik der Überakkumulationstheorie, in: PROKLA, Nr. 30, 1978

- Beirat 1973 Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Gutachten über Grundfragen der Stabilitätspolitik, in: Bundesanzeiger vom 19.4.1973
- Bergmann u.a. 1969 Joachim Bergmann, Gerhardt Brandt, Klaus Körber, Ernst Theodor Mohl, Claus Offe, Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft, Stuttgart 1969
- Bergmann 1972 Joachim Bergmann, Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks, in: Otto Jacobi, Walter Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, Frankfurt/Main 1972
- Bergmann 1973 Joachim Bergmann, Organisationsinterne Prozesse in kooperativen Gewerkschaften, in: Leviathan, Nr. 2, 1973
- Bergmann u.a. 1975 Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walter Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main - Köln 1975
- Bernstein 1904 Eduard Bernstein, Zur Theorie und Geschichte des Sozialismus, Berlin 1904
- Beveridge 1944 William Beveridge, Full Employment in a Free Society, London 1944
- Blackaby 1972 Frank Blackaby, An Incomes Policy for Britain, London 1972
- Blanke u.a. 1974 Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek, Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 14/15, 1974
- Blanke u.a. 1975 Bernhard Blanke, Ulrich Jürgens, Hans Kastendiek, Kritik der politischen Wissenschaft, Frankfurt/Main 1975

- Blanke 1977 Bernhard Blanke, Formen und Formwandel des politischen System in der bürgerlichen Gesellschaft, in: Volkhard Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977
- Body/Crotty 1974 Rawford Body/James Crotty, Class Conflict, Keynesian Policies and the Business Cycle, in: Monthly Review, No. 5, 1974
- Bolle 1976 Michael Bolle, Vollbeschäftigung: Theorie und Politik, in: ders. (Hrsg.), Arbeitsmarkttheorie und Arbeitsmarktpolitik, Opladen 1976
- Bolle 1977 Michael Bolle, Globalsteuerung und ökonomische Krise, in: Volkhard Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977
- Bolle u.a. 1977 Michael Bolle, Ulrike Fischer, Gerhard Jungnickel, Gerhard Lodzwick, Arbeitszeitverkürzung - Aspekte-Daten-Probleme, in: Karl Georg Zinn (Hrsg.), Strategien gegen die Arbeitslosigkeit, Frankfurt/Main - Köln 1977
- Brandes u.a. 1977 Volkhard Brandes, Jürgen Hoffmann, Ulrich Jürgens, Willi Semmler (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977
- Brody 1974 A. Brody, Proportions, Prices and Planning, A Mathematical Restatement of the Labour Theory of Value, Budapest, Amsterdam, London, New York 1974
- Bundesbank 1967ff. Deutsche Bundesbank, Geschäftsberichte, Frankfurt/Main 1977ff.
- Bundesbank 1976a Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Währung und Wirtschaft in Westdeutschland 1876-1975, Frankfurt/Main 1976
- CGIL/CISL 1973 CGIL/CISL, Zur Geschichte und Theorie der italienischen Gewerkschaftsbewegung (2 Bde.), Berlin 1973

- Cogoy 1974 Mario Cogoy, Das Dilemma der neo-ricardianischen Theorie, in: Gesellschaft, Nr. 2, 1974
- Deutschmann 1977 Manfred Deutschmann, Die systemtheoretischen Kritik an der marxistischen Staatstheorie, in: Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977
- Diefenbach u.a. 1976 Chr. Diefenbach, G. Grötzinger, D. Ipsen, F. Warthenpfuhl, U. Wengenroth, Wie real ist die Realanalyse? Eine Kritik, in: PROKLA, Nr. 24, 1976
- Dombois 1976 Rainer Dombois, Massenentlassungen bei VW; Individualisierung der Krise, in: Leviathan Nr. 4, 1976
- Eckart u.a. 1975 Christel Eckart, Richard Herding, Ursula Jaerisch, Klaus Japp, Berndt Kirchlechner, Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung, in: Gesellschaft, Nr. 4, 1975
- Eucken 1950 Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1950
- von Eynern 1968 Gert von Eynern, Grundriß der politischen Wirtschaftslehre, Köln und Opladen 1968
- Fellner u.a. 1961 William Fellner, Bent Hansen, Richard Kalm, Milton Gilbert, Friedrich Lutz, Pieter de Wolf, The Problem of Rising Prices, Paris 1961
- Fließhardt u.a. 1977 Peter Fließhardt, Uwe Haupt, Jörg Huffscheid, Reinhard Sablotny, Angelina Sörgel, Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie, 2 Bde., Köln 1977
- Foa 1976 Vittorio Foa, Die Herausforderung der Krise: Vollbeschäftigungspolitik im kapitalistischen System, in: Altvater/Brandes/Reiche (Hrsg.), Inflation - Akkumulation - Krise, II, Frankfurt/Main - Köln 1976

- Freiburghaus/Schmid 1975 Dieter Freiburghaus, Günther Schmid, Theorie der Segmentierung von Arbeitsmärkten, in: Leviathan, Nr. 3, 1975
- Friedman 1970 Milton Friedman, The Counter-Revolution in Monetary Theory, IEA Occasional Papers No. 33, Tonbridge 1970
- Frosch 1968 Alfred Frosch, Mikroprozessoren - zentrale Technologie einer umfassenden Rationalisierung, in: PROKLA Nr. 31 (1978)
- Funke/Neusüß 1975 Hajo Funke/Christel Neusüß, Wirtschaftskrise und Krise der Gewerkschaftspolitik, in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 19/20/21, 1975
- Gahlen 1973 Bernhard Gahlen, Verteilungskampf und Reformpolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 9, 1973
- Gater 1931 Rudolf Gater, Die Konjunkturprognose des Harvard-Instituts, Zürich 1931
- Glyn/Sutcliffe 1972 Andrew Glyn/Bob Sutcliffe, British Capitalism, Workers and the Profits-Squeeze, Harmondsworth 1972
- Görzig/Kirner 1976 Bernd Görzig/Wolfgang Kirner, Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland, DIW, Beiträge zur Strukturforchung Heft 41, Berlin 1976
- Gotthold 1975 Jürgen Gotthold, Wirtschaftliche Entwicklung und Verfassungsrecht, Köln 1975
- Grotkopp 1954 Wilhelm Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954
- Haberler 1948 Gottfried Haberler, Prosperität und Depression, Bern 1948
- Habermas 1973 Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/Main 1973
- Hahn 1967 L.A. Hahn, Ende der Ära Keynes? in: Kyklos Nr. 20, 1967

- | | |
|----------------------|---|
| Havemann 1968 | Robert Havemann, Dialektik ohne Dogma, Reinbek bei Hamburg 1968 |
| Helfert 1977a | Mario Helfert, Beschäftigung und Produktivitätsfortschritt, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 5, 1977 |
| Helfert 1977b | Mario Helfert, Rationalisierung, Beschäftigung, Wirtschaftspolitik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 7, 1977 |
| Hicks 1950 | J. R. Hicks, A Contribution to the Theory of the Trade Cycles, Oxford 1950 |
| Hildebrandt 1975 | Eckart Hildebrandt, Entwicklung der Beschäftigtenstruktur und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 19/20/21, 1975 |
| Hildebrandt 1977 | Eckart Hildebrandt, Feuern ohne zu Heuern - Betriebs- und Personalpolitik in der Krise, in: PROKLA, Nr. 26, 1977 |
| Hilferding 1927 | Rudolf Hilferding, Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, Rede auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Kiel 1927, Parteitagsprotokoll |
| Hilferding 1968 | Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Frankfurt/Main - Wien 1968 |
| Hirsch 1977 | Joachim Hirsch, Kapitalreproduktion, Klassenauseinandersetzungen und Widersprüche im Staatsapparat, in: Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977 |
| Hoffmann 1977 | Jürgen Hoffmann, Staatliche Wirtschaftspolitik als Anpassungsbewegung der Politik an die kapitalistische Ökonomie, in: Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977 |
| Hoppmann 1971 | Erich Hoppmann (Hrsg.), Konzentrierte Aktion - Kritische Beiträge zu einem Experiment, Frankfurt/Main 1971 |
| Hufschmid/Schui 1976 | Jörg Hufschmid/Herbert Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Köln 1976 |

- Huffschnid 1976 Jörg Huffschnid, Alternativen und Perspektiven im Kampf gegen die Krise, in: Jörg Huffschnid/Herbert Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Köln 1976
- Hunt/Sherman 1974 E.K. Hunt/ H.J. Sherman, Ökonomie aus traditioneller und radikaler Sicht, Bd. 2, Frankfurt/Main 1974
- Institut für Marxismus-Leninismus 1966 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin (DDR) 1966
- Jacobi 1972 Otto Jacobi, Ursache, Funktion und Ergebnis der Einkommenspolitik, in: Werner Meißner, Lutz Unterseher (Hrsg.), Verteilungskampf und Stabilitätspolitik, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972
- Jacobi u.a. 1978 Otto Jacobi, Walter Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaftspolitik in der Krise, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78 Berlin 1978
- Jürgens 1977 Ulrich Jürgens, Selbstregulierung des Kapitals. Problemstudien zum Verhältnis zwischen den objektiven Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie und den Anpassungsformen des Kapitals in der historischen Entwicklung insbesondere anhand der Kartellbewegung in Deutschland um die Jahrhundertwende, Diss. FU Berlin, 1977
- Jonas 1976 R. Jonas, Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels auf die Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik, in: H. Heidemann (Hrsg.), Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung Bonn - Bad Godesberg 1976
- Kadritzke 1976 Nils Kadritzke, Faschismus und Krise, Frankfurt/M 1976
- Kalecki 1972 Michael Kalecki, Political Aspects of Full Employment (1943), in: E.K. Hunt, Jesse G. Schwartz (eds.), A Critique of Economic Theory, Harmondsworth 1972

- Kalecki 1976 Michael Kalecki, Werkauswahl (Einleitung Karl Kühne), Neuwied 1976
- Kalmbach 1973 Peter Kalmbach (Hrsg.), Der neue Monetarismus, München 1973
- Kautsky 1972 Karl Kautsky, Der Weg zur Macht, Frankfurt/Main 1972
- Kern 1974 Horst Kern, Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen in den spontanen Streiks 1973, in: Otto Jacobi u.a. (Hrsg.), Gewerkschaften und Klassenkampf - Kritisches Jahrbuch 1974, Frankfurt/Main 1974
- Keynes 1936 John M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, (Deutsch von Fritz Waeger), Berlin 1936
- Keynes 1964 John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London-Melbourne-Toronto 1964
- Koch/Narr 1976 Claus Koch/Wolf-Dieter Narr, Krise - oder das falsche Prinzip Hoffnung, in: Leviathan, Nr. 3, 1976
- Kogon 1966 Eugen Kogon, Der Ausbau des autoritären Leistungsstaates in der Bundesrepublik, in: Frankfurter Hefte Nr. 4, 1966
- Koshimura 1975 S. Koshimura, Theory of Capital Reproduction and Accumulation, Ontario 1975
- Krelle 1967 Wilhelm Krelle, Grundlinien einer stochastischen Konjunkturtheorie, in: Wilhelm Weber (Hrsg.), Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, Köln-Berlin 1967
- Krengel u.a. 1973ff. Rolf Krengel u.a., Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, 12.-18. Folge, Berlin 1973ff.

- Kridde/Bach 1974 Herbert Kridde/Hans-Uwe Bach, Arbeitsmarktstatistische Zahlen in Zeitreihenform, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsfor- schung, 1974
- Kroll 1958 Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschafts- krise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958
- Künzel 1976 Rainer Künzel, Die Krisentendenz der auf den Wert gegründeten Produktions- weise, Diss. FU Berlin 1976
- Laaser 1977 Wolfram Laaser, Die Fiskalpolitik in der Wirtschaftskrise 1974/75 in: PROKLA Nr. 28, 1977
- Lange 1969 Oskar Lange, Theory of Reproduction and Accumulation, Oxford 1969
- Lange 1977 Oskar Lange, Ökonomisch-theoretische Studien, Köln 1977
- Lederer 1925 Emil Lederer, Konjunktur und Krise, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abteilung, Tübingen 1925
- Leminski/Otto 1974 Gerhard Leminski/ Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deut- schen Gewerkschaftsbundes, Köln 1974
- Lindner 1973 Gudrun Lindner, Die Krise als Steuerungsmittel, in: Leviathan Nr. 3, 1973
- Loderer 1977 Eugen Loderer, Strukturelle Arbeits- losigkeit durch technischen Wandel, Einleitungsreferat zur Technologie- Tagung der IG Metall vom 24. Mai 1977, hektogr. Manuskript
- Marquardt/Strigel 1959 Wilhelm Marquardt/ Werner Strigel, Der 'Konjunkturstest' - Eine neue Methode der Wirtschaftsbeobachtung, Berlin - München 1959
- Marx/Engels Marx/Engels werden im Text nach Marx/Engels - Werke (MEW) - Ausgabe zitiert, Berlin (DDR) 1964ff.

- "Das Kapital" (MEW 23-25) wurde mit Kapital I;II;III, die "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" (Berlin [DDR] 1953) mit "Grundrisse" abgekürzt.
- Massar 1927 Karl Massar, Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne, Berlin 1927
- Mattick 1976 Paul Mattick, Die deflationäre Inflation, in: Elmar Altvater, Volkhard Brandes, Jochen Reiche (Hrsg.), Handbuch 3: Inflation - Akkumulation - Krise, I, Frankfurt/Main - Köln 1976
- Meinhold 1965 Helmut Meinhold, Das Dilemma unserer Lohnpolitik, in: Die Zeit, vom 17.12.1965
- Memorandum 1975 Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik, Memorandum, vorgelegt am 4.11.1975, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 11, 1975
- Müller/Neusüß 1970 Wolfgang Müller/Christel Neusüß, Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik Nr. 6/7, 1970
- Naphtali 1966 Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt/Main 1966
- Napoleoni 1976 Claudio Napoleoni, Ricardo und Marx, Frankfurt/Main 1976
- Narr 1976 Wolf-Dieter Narr, Krise - Prinzip ohne Hoffnung, in: Leviathan, Nr. 3, 1976
- Narr/Offe 1977 Wolf-Dieter Narr/Claus Offe, Was heißt hier Strukturpolitik? Neokorporatismus als Rettung aus der Krise? in: Technologie und Politik, Nr. 6, 1977
- Negri 1973 Toni Negri, Krise des Planstaats, Kommunismus und revolutionäre Organisation, Berlin 1973

- Nickel 1974 Walter Nickel, Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaften, Köln 1974
- Nuti 1972a D.M.Nuti, On Incomes Policy (1969), in: E.K. Hunt, Jesse Schwartz (eds.) A Critique of Economic Theory, Harmondsworth 1972
- Nuti 1972b D.M. Nuti, 'Vulgar Economy' in the Theory of Income Distribution (1970), in: E.K. Hunt, Jesse Schwartz (eds.) A Critique of Economic Theory, Harmondsworth 1972
- Oelßner 1971 Fred Oelßner, die Wirtschaftskrisen. Die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt/Main 1971
- Offe 1969 Claus Offe, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Gisela Kress, Dieter Senghaas (Hrsg.), Politikwissenschaft, Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt/Main 1969
- Offe 1972 Claus Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/Main 1972
- Offe 1974 Claus Offe, Rationalitätskriterien und Funktionsprobleme politisch-administrativen Handelns, in: Leviathan, Nr. 3, 1974
- Olle/Schoeller 1977 Werner Olle/Wolfgang Schoeller, Auslandsproduktion und strukturelle Arbeitslosigkeit, Zur Entwicklung der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland, in: PROKLA Nr. 29, 1977
- Opitz 1965 Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: Die Formierte Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9, 1965
- Opitz 1966 Reinhard Opitz, Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 1966
- Osterland u.a. 1973 Martin Osterland, Wilfried Deppe, Frank Gerlach, Ulrich Mergner, Klaus Pelte und Manfred Schlösser, Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt/M 1973

- Osterwald 1977 Egbert Osterwald, Die Entwicklung der Konjunkturpolitik in der Bundesrepublik von 1955 bis 1967, unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung des Stabilitätsgesetzes, Staatsexamensarbeit Hannover 1977
- Peschel/Scheibe-Lange 1977 Peter Peschel, Ingrid Scheibe-Lange, Zu den Beschäftigungsperspektiven des Dienstleistungssektors, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 5, 1977
- Prittwitz 1977 Volker von Prittwitz, Krisenzyklus und Wirtschaft. Zur Analyse der internationalen Zyklus-Synchronisation im hochentwickelten Kapitalismus, Diss. FU Berlin 1977
- Projekt Klassenanalyse 1976 Projekt Klassenanalyse, Gesamtproduktionsprozeß in der BRD 1950-1975 - Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Berlin 1976
- Reiche 1974 Jochen Reiche, Zur Kritik bürgerlicher Inflationstheorien, in: Altvater u.a. (Hrsg.), Handbuch 3: Inflation - Akkumulation - Krise, I, Köln 1974
- Riese 1975 Hajo Riese, Wohlfahrt und Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg 1975
- RK "express" 1974 Redaktionskollektiv "express", Spontane Streiks 1973 - Krise der Gewerkschaftspolitik, Offenbach 1974
- RK Gewerkschaften 1972a Jürgen Hoffmann, Christel Neusüs, Willi Semmler, Zu einigen Aspekten der Klassenkämpfe in Westeuropa in den 60er Jahren anhand aktueller Untersuchungen, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 3, 1972
- RK Gewerkschaften 1972b Hajo Funke, unter Mitarbeit von Christel Neusüs, Willi Semmler, Jürgen Hoffmann, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD (1. Teil), in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 4, 1972

- RK Gewerkschaften 1972c Hajo Funke, Christel Neusüß, Willi Semmler, Jürgen Hoffmann, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD (2. Teil), in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 5, 1972
- RK Gewerkschaften 1973 Thomas Mitscherlich, Christel Neusüß, Neue Momente in der Klassenbewegung in der Metallindustrie, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 10, 1973
- RK Gewerkschaften 1974 Hajo Funke, Siegfried Heimann, Jürgen Hoffmann, Dieter Läßle, Thomas Mitscherlich, Christel Neusüß, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftspolitik, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 13, 1974
- Ronge/Schmiege 1973 Volker Ronge, Günter Schmiege, Restriktionen politischer Planung, Frankfurt/Main 1973
- Sachverständigenrat 1964ff. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964ff. (zit. wird nach Bundestagsdrucksach), in der Regel mit JG abgekürzt
- von Saldern 1973 Sabine von Saldern, Internationaler Vergleich der Direktinvestitionen wichtiger Industrieländer, HWWA-Report Nr. 15, Hamburg 1973
- Samuelson 1939 Paul A. Samuelson, Interactions between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration, in: Review of Economic Statistics 1939
- Schacht/Unterseher 1972 Konrad Schacht/ Lutz Unterseher, Das Tarifverhandlungssystem der Bundesrepublik, in: Werner Meißner, Lutz Unterseher (Hrsg.), Verteilungskampf und Stabilitätspolitik, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972
- Scharpf 1974 Fritz W. Scharpf, Krisenpolitik, in: Peter von Oertzen, Horst Ehmke, Herbert Ehrenberg (Hrsg.), Thema: Wirtschaftspolitik, Bonn - Bad Godesberg 1974

- Scharpf/Hauff 1975 Fritz W. Scharpf/ Volker Hauff,
Modernisierung der Volkswirtschaft,
Köln 1975
- Scharpf 1976 Fritz W. Scharpf, Wirtschafts- und
Gesellschaftsstruktur in der Bundes-
republik Deutschland, Entwicklung
und Perspektiven, Thesen zum Referat
auf dem Kongreß der IG Metall 'Krise
und Reform der Industriegesellschaft',
Köln 17.-19.5.1976; Manuskript
- Schefold 1976 Bertram Schefold, Nachworte (zur
Herausgabe von Sraffa, Warenproduk-
tion mittels Waren), in: Piero
Sraffa, Warenproduktion mittels Waren,
Frankfurt/Main 1976
- Schiller 1966 Karl Schiller, Preisstabilität durch
globale Steuerung der Marktwirtschaft,
Tübingen 1966
- Schiller 1967a Karl Schiller, Reden zur Wirtschafts-
politik, Bd. 1, Bonn 1967
- Schiller 1967b Karl Schiller, Reden zur Wirtschafts-
politik, Bd. 2, Bonn 1967
- Schlecht 1968 Otto Schlecht, Konzertierte Aktion
als Instrument der Wirtschaftspolitik,
Tübingen 1968
- Schlüter 1977 Thomas Schlüter, Die Änderung der
stabilitätspolitischen Konzeption
in der Bundesrepublik Deutschland
unter besonderer Berücksichtigung des
Sachverständigenrats zur Begutach-
tung der gesamtwirtschaftlichen Ent-
wicklung, Diplom-Hausarbeit am Fach-
bereich 15, FU Berlin, SS 1977
- Schlüter 1978 Thomas Schlüter, Bemerkungen zur
Theorie des politischen Konjunktur-
zyklus, Arbeitspapier im Unterpro-
jekt 3 des FGS "Politik und Ökono-
mie..." an den FB 10 und 15 der FU
Berlin, hektogr. Manuskript 1978
- Schmidt 1971 Eberhard Schmidt, Ordnungsfaktor
oder Gegenmacht - Die politische
Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt/
Main 1971

- Schmiede 1973 Rudi Schmiede, Grundprobleme der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie, Frankfurt/Main 1973
- Schmollinger/Stöss 1976 Horst W. Schmollinger, Richard Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (1. Teil), in: PROKLA Nr. 25, 1976
- Schmollinger/Stöss 1977 Horst W. Schmollinger, Richard Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik (2. Teil), in: PROKLA Nr. 26, 1977
- Schui 1976 Herbert Schui, Opfer für die Stabilität, in: Huffs Schmid/Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Köln 1976
- Schumann u.a. 1971 Michael Schumann, Frank Gerlach, Albert Gschlößl, Petra Milhoffer, Am Beispiel der Septemberstreiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Frankfurt/Main 1971
- Schumpeter 1961 Josef A. Schumpeter, Konjunkturzyklen Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 1961
- Semmler 1977a Willi Semmler, Private Produktion und öffentlicher Sektor, in: Brandes u.a. (Hrsg.), Handbuch 5: Staat, Köln 1977
- Semmler 1977b Willi Semmler, Zur Theorie der Reproduktion und Akkumulation, Berlin 1977
- Shaikh 1978 Anwar Shaikh, Einführung in die Geschichte der Krisentheorien, in: PROKLA Nr. 30, 1978
- Siebke/Willms 1974 Jürgen Siebke/ Manfred Willms, Theorien der Geldpolitik, Berlin-Heidelberg-New York 1974
- Simmert 1974 Diethard B. Simmert, Überlegungen zur Reform der Geld- und Kreditpolitik, in: Stabilisierungspolitik (WSI-Forum im Dezember 1973), Köln 1974

- SOFI 1977 Soziologisches Forschungsinstitut
Göttingen (SOFI), Produktion und
Qualifikation, Göttingen 1977
- Soltwedel/Spinanger 1976 Rüdiger Soltwedel/Dean Spinanger,
Zur Erklärung der Beschäftigungs-
probleme in ausgewählten Industrie-
staaten, in: Mitt AB 1976
- Soltwedel 1977 Rüdiger Soltwedel, Konjunkturelle
oder strukturelle Arbeitslosigkeit -
Ungelöstes Zurechnungsproblem, in:
WSI-Mitteilungen, Nr. 5, 1977
- Sraffa 1968 Piero Sraffa, Warenproduktion mittels
Waren, Berlin (DDR) 1968
- Stamatis 1977 Georgios Stamatis, Unreproduktive
Ausgaben, Staatsausgaben, gesellschaft-
liche Reproduktion und Profitabilität
des Kapitals, in: PROKLA Nr. 28, 1977
- Statistisches Jahrbuch Statistisches Bundesamt, Statistische
Jahrbuch für die Bundesrepublik
Deutschland 1950ff.
- Sweezy 1959 Paul M. Sweezy, Theorie der kapita-
listischen Entwicklung, Köln 1959
- Tarnow 1928 Fritz Tarnow, Warum arm sein?
Berlin 1928
- Tessaring 1977 Manfred Tessaring, Qualifikationsspe-
zifische Arbeitslosigkeit in der Bun-
desrepublik Deutschland, in: Mitt AB
1977
- Tichy 1976 G.J. Tichy, Konjunkturschwankungen,
Theorie, Messung, Prognose, Berlin-
Heidelberg-New York 1976
- Tronti 1974 Mario Tronti, Arbeiter und Kapital,
Frankfurt/Main 1974
- Ulrich 1973 Hans Ulrich, Kapitalistische Ent-
wicklung und Rolle des Staates in
der Einschätzung des Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbundes, in:
Probleme des Klassenkampfes, Nr. 6,
1973

- Varga 1969 Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/Main - Wien 1969
- Vetter 1975 Oskar Vetter, Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 4, 1975
- Vetter 1978 Oskar Vetter, Mit dem Rücken zur Wand? in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 4, 1978
- Vorschläge 1977 Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, 1977
- Weber/Neiss 1967 Wilhelm Weber/Herbert Neiss, Entwicklung und Probleme der Konjunkturtheorie, in: Wilhelm Weber (Hrsg.) Konjunktur- und Beschäftigungstheorie Köln-Berlin 1967
- Werner 1971 Josua Werner, Funktionswandel der Wirtschaftsverbände durch die Konzentrierte Aktion? in: Erich Hoppmann (Hrsg.), Konzentrierte Aktion, Kritische Beiträge zu einem Experiment, Frankfurt/Main 1971
- Yaffe 1974 David Yaffe, Die Krise der Kapitalverwertung - Eine Kritik an den Thesen von Glyn/Sutcliffe, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 14/15 1974
- Zeuner 1977 Bodo Zeuner, Solidarität mit der SPD oder Solidarität der Klasse, in: PROKLA Nr. 26, 1977

Zeitungen / Zeitschriften

(Sofern nicht im Literaturverzeichnis ausgewiesen)

ANBA Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt
 für Arbeit, Nürnberg

Bundesbank Monatsberichte, Frankfurt/Main

DIW Wochenberichte, Berlin

Frankfurter Rundschau, Frankfurt/Main

ifo-Schnelldienst, München

Der Spiegel, Hamburg

Die Zeit, Hamburg



Lebenslauf

- 12.9.1944 geboren in Jerxheim-Ort, Kr. Helmstedt
Eltern: Lehrer Karl Hoffmann
und Edith Hoffmann geb. Karste
- 1951-1955 Volksschule in Jerxheim
- 1955-1961 Gymnasium in Schöningen, Kr.Helmstedt
- 1961-1964 Gymnasium in Braunschweig
- 1964 Abitur
- 1964-1965 Wehrdienst
- 1965-1970 Studium der Politikwissenschaft am Otto-
Suhr-Institut der Freien Universität Berlin
(später Fachbereich Politikwissenschaft)
- 1970 Diplom im Fach Politikwissenschaft
- 1970-1976 Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich
Politikwissenschaft der FU Berlin
- seit 1976 Redakteur und wissenschaftlicher Angestell-
ter bei der Zeitschrift PROKLA
- Mitarbeit im FGS "Politik und Ökonomie..."
der der FU Berlin

INDEX

1. The first part of the book is devoted to a general survey of the history of the subject.	1-10
2. The second part of the book is devoted to a detailed study of the various theories of the subject.	11-25
3. The third part of the book is devoted to a critical examination of the various theories of the subject.	26-40
4. The fourth part of the book is devoted to a study of the various methods of the subject.	41-55
5. The fifth part of the book is devoted to a study of the various results of the subject.	56-70
6. The sixth part of the book is devoted to a study of the various applications of the subject.	71-85
7. The seventh part of the book is devoted to a study of the various problems of the subject.	86-100
8. The eighth part of the book is devoted to a study of the various questions of the subject.	101-115
9. The ninth part of the book is devoted to a study of the various theories of the subject.	116-130
10. The tenth part of the book is devoted to a study of the various methods of the subject.	131-145

